Stadt Oberhausen	Drucksachen-Nr. B/17/2786-01	Termin 12.12.2022	Rat der Stadt
Beschlussvorlage			öffentlich

Termin	Gremium	Vorlage zur*	Ergebnis	Beschluss-kontrolle*
05.12.2022	Haupt- und Finanzausschuss	V		
12.12.2022	Rat der Stadt	B		

Beratungsgegenstand

Beteiligungsbericht 2021

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt beschließt den Beteiligungsbericht 2021

Bereichsleiter Bereich 9-5	Dezernent	Kämmerer	Oberbürgermeister
Willecke Datum 15.11.2022	Datum	Tsalastras Datum 16.11.2022	Schranz Datum 22.11.2022

* Vorlage zur:	* Ergebnis :	Beschlusskontrolle:	Beteiligung:
Anhörung (A) Kenntnisnahme (K) Vorberatung (V) Beschlussfassung (B)	Zustimmung (Z) Ablehnung (A) Änderung (Ä) Anhörung vollzogen (AV) Kenntnisnahme (K)	Ja oder nein	Personalrat [ ] Gleichstellungsstelle [ ]

Stadt Oberhausen	Drucksachen-Nr. B/17/2786-01	Termin 12.12.2022	Rat der Stadt

Bezug

- DS B/17/1314-01 vom 13.12.2021 (Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabschlusses)

Konsequenzen

a) Finanzielle

keine [x]

ja [ ]

b) Sonstige

Begründung

Nach §§ 116a Abs. 3, 117 Abs. 1 S. 1 GO NRW in der aktuell gültigen Fassung ist ein Beteiligungsbericht ab dem Haushaltsjahr 2019 nur noch im Fall der Befreiung der Kommune von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabschlusses aufgrund der in § 116a Abs. 1 GO NRW festgelegten Größenmerkmale verpflichtend aufzustellen. Der Rat der Stadt Oberhausen hat in der Sitzung am 13.12.2021 (Drucksache: B/17/1314-01) die Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung des Gesamtabschlusses 2021 der Stadt Oberhausen gemäß § 116a GO NRW beschlossen. Wenn ein Beteiligungsbericht aufzustellen ist, wird gem. § 117 Abs. 1 S. 3 GO NRW ein gesonderter Beschluss des Rates in öffentlicher Sitzung herbeigeführt.

Der Beteiligungsbericht hat gemäß § 117 Abs. 2 GO NRW folgende Informationen zu sämtlichen verselbständigten Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher Form zu enthalten:

1. die Beteiligungsverhältnisse,
2. die Jahresergebnisse der verselbständigten Aufgabenbereiche,
3. eine Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals jedes verselbständigten Aufgabenbereiches sowie
4. eine Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander und mit der Gemeinde.

Der Beteiligungsbericht wird im ALLRIS-System zur Verfügung gestellt. Jede Fraktion erhält darüber hinaus eine Fassung in Papierform. Nach Beschluss durch den Rat der Stadt ist der Beteiligungsbericht für jedermann im Internetauftritt der Stadt Oberhausen unter der Rubrik Rathaus => Verwaltung => Verwaltungsführung => Beteiligungen => Beteiligungsbericht einzusehen.

Kurzfassung

- entfällt -

Anlage

Beteiligungsbericht 2021

BETEILIGUNGSBERICHT

DER STADT OBERHAUSEN

2021

Stadt Oberhausen
Der Oberbürgermeister ***Bereich 9-5 / Beteiligungen***

Stand: November 2022

Vorwort Beteiligungsbericht 2021

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Transparenz und Offenheit – darum geht es uns beim jährlich erscheinenden Beteiligungsbericht. Wir wollen Sie darüber informieren, wie es um die unterschiedlichen städtischen Beteiligungen steht. Lassen Sie mich zwei, drei Themen herausheben, von denen ich glaube, dass sie für viele von Ihnen besonders interessant sein könnten.

Da sind – natürlich – zunächst die **Servicebetriebe Oberhausen**, deren operativer Start das Jahr 2021 geprägt hat. Anfang Juli 2021 ist der Ausgliederungsprozess abgeschlossen worden, indem das für den Betrieb notwendige Vermögen auf die SBO übertragen wurde. Das war übrigens gleichzeitig auch der Startschuss für die Neustrukturierung des Immobilienbesitzes im Konzern Stadt Oberhausen, den der Rat der Stadt im Juni 2021 beschlossen hat.

Für die **STOAG** war 2021 ein ausgesprochen schwieriges Jahr: Die Corona-Pandemie und daraus folgend Homeoffice und Homeschooling sorgten dafür, dass deutlich weniger Menschen als sonst Bus und Bahn nutzten. Wir freuen uns, dass die STOAG den Oberhausenerinnen und Oberhausenern auch in diesen schwierigen Zeiten zuverlässig zur Verfügung stand.

Natürlich traf die Pandemie auch den **Gasometer**. Dass es dem Team trotzdem gelang, die Ausstellung „Das zerbrechliche Paradies“ im Oktober an den Start zu bringen, hat mich sehr gefreut.

Ich wünsche Ihnen eine aufschlussreiche Lektüre.

Oberhausen, im November 2022



Daniel Schranz
Oberbürgermeister

Inhaltsverzeichnis

Allgemeines zur Zulässigkeit der wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Betätigung von Kommunen....1
Beteiligungsbericht 2021....3
Rechtliche Grundlagen zur Erstellung eines Beteiligungsberichtes....3
Gegenstand und Zweck des Beteiligungsberichtes....4
Das Beteiligungsportfolio der Stadt Oberhausen....5
Änderungen im Beteiligungsportfolio....11
Beteiligungsstruktur....12
Finanzbeziehungen zu den Beteiligungen 2021....14
Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen....15
Allgemeine Hinweise zur Präsentation der Unternehmen....17
Erläuterungen der verwendeten Kennzahlen....19
Übersicht über ausgewählte finanz- und betriebswirtschaftliche Daten....22

***Einzeldarstellung der Beteiligungen nach Sparten*....23**

***Ver- und Entsorgung - unmittelbare Beteiligungen -*....25**
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH....28
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH....38
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH....52
VKA Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH....64

***Ver- und Entsorgung - mittelbare Beteiligungen -*....67**
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH....70
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH i. L.....78
OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH i. L.....82
evo Energieversorgung Oberhausen AG....86
Oberhausener Netzgesellschaft mbH....102
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG....112
Biostrom Oberhausen Management GmbH....118
Quantum GmbH....122
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH....136
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG....140
STEAG GmbH....166
Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH....170
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG....176
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH....178
Energiegenossenschaft Handwerk e.G....180
FSO GmbH & Co.KG....182
FSO Verwaltungs-GmbH....202
RWE Aktiengesellschaft....206
GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH....208

***Wirtschaftsförderung - unmittelbare Beteiligungen -*....219**
VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH....222
ENO Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH....228
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH....234

***Wirtschaftsförderung - mittelbare Beteiligungen -*....241**
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH....244
ecce - european centre for creative economy GmbH....250

***Freizeit und Tourismus - unmittelbare Beteiligungen -*....255**
LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH....258
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH....268
FMR Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr mbH....276

***Freizeit und Tourismus - mittelbare Beteiligungen -*....291**
Gasometer Oberhausen GmbH....294

***Wohnungsgenossenschaften*....299**
Bau- und Wohnungsgenossenschaft "Werkbundsiedlung Am Ruhrufer" e.G....300

Sonstige Unternehmen - unmittelbare Beteiligungen - *303*
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH 306
ASO Service GmbH 314
Jobcenter Oberhausen 320
Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH 324
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH & CO. KG 326
d-NRW Anstalt öffentlichen Rechts 332
CVUA-RRW Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper 340
Stadtsparkasse Oberhausen 352

Eigenbetriebsähnliche Einrichtungen *379*
Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen 382
SBO Servicebetriebe Oberhausen 392
Theater Oberhausen 402

Anlagen *409*
Gründungshistorie 410
Beteiligungen der Stadt Oberhausen zum 31.12.2021 413
Zusammensetzung der Management- und Aufsichtsgremien nach Geschlecht 417
Besetzung der Gesellschaftsorgane (Stand 30.09.2022) 418
Vertreter/innen der Stadt Oberhausen in Hauptversammlungen und in Gesellschafterversammlungen 418
Vertreter/innen der Stadt Oberhausen in Aufsichtsräten u. ä. (Stand 30.09.2022) 419
Besetzung der Betriebsausschüsse (Stand 30.09.2022) 423
Vergütungsbericht 2021 426
Wesentliche gesetzliche Grundlagen der wirtschaftlichen Betätigung 433
Rechtsformen wirtschaftlicher Betätigung 445
Verzeichnis der verwendeten Abkürzungen 448
Alphabetisches Inhaltsverzeichnis 451

Allgemeines zur Zulässigkeit der wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Betätigung von Kommunen

Das kommunale Selbstverwaltungsrecht nach Art. 28 Absatz 2 Grundgesetz erlaubt den Kommunen, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln. Die Kommunen sind gem. Art. 78 Absatz 2 der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen in ihrem Gebiet die alleinigen Träger der öffentlichen Verwaltung, soweit die Gesetze nichts anderes vorschreiben.

Durch diese verfassungsrechtlich verankerte Selbstverwaltungsgarantie haben die Kommunen die Möglichkeit, sich über den eigenen Hoheitsbereich hinausgehend wirtschaftlich zu betätigen. Ihren rechtlichen Rahmen findet die wirtschaftliche Betätigung im 11. Teil (§§ 107 ff.) der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW). Hierin ist geregelt, unter welchen Voraussetzungen eine wirtschaftliche bzw. nichtwirtschaftliche Betätigung zulässig ist („ob“) und welcher Rechtsform – öffentlich-rechtlich oder privatrechtlich – die Kommunen sich dabei bedienen dürfen („wie“).

Gemäß § 107 Absatz 1 GO NRW darf sich eine Gemeinde zur Erfüllung ihrer Aufgaben wirtschaftlich betätigen, wenn ein öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert (Nummer 1), die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht (Nummer 2) und bei einem Tätigwerden außerhalb der Wasserversorgung, des öffentlichen Verkehrs sowie des Betriebes von Telekommunikationsleitungsnetzen einschließlich der Telekommunikationsdienstleistungen der öffentliche Zweck durch andere Unternehmen nicht besser und wirtschaftlicher erfüllt werden kann (Nummer 3).

Von der wirtschaftlichen Betätigung ist die sog. nichtwirtschaftliche Betätigung gemäß § 107 Absatz 2 GO NRW abzugrenzen. Hierunter fallen Einrichtungen, zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist (Nummer 1), öffentliche Einrichtungen, die für die soziale und kulturelle Betreuung der Einwohner erforderlich sind, Einrichtungen, die der Straßenreinigung, der Wirtschaftsförderung, der Fremdenverkehrsförderung oder der Wohnraumversorgung dienen (Nummer 3), Einrichtungen des Umweltschutzes (Nummer 4) sowie Einrichtungen, die ausschließlich der Deckung des Eigenbedarfs von Gemeinden und Gemeindeverbänden dienen (Nummer 5). Auch diese Einrichtungen sind, soweit es mit ihrem öffentlichen Zweck vereinbar ist, nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu verwalten und können entsprechend den Vorschriften über die Eigenbetriebe geführt werden.

In § 109 sind die allgemeinen Wirtschaftsgrundsätze, die sowohl für die wirtschaftliche als auch für die nichtwirtschaftliche Betätigung gelten, niedergelegt. Demnach sind die Unternehmen und Einrichtungen so zu führen, zu steuern und zu kontrollieren, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird. Unternehmen sollen einen Ertrag für den Haushalt der Gemeinde abwerfen, soweit dadurch die Erfüllung des öffentlichen Zwecks nicht beeinträchtigt wird. Der Jahresgewinn der wirtschaftlichen Unternehmen als Unterschied der Erträge und Aufwendungen soll so hoch sein, dass außer den für die technische und wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens notwendigen Rücklagen mindestens eine marktübliche Verzinsung des Eigenkapitals erwirtschaftet wird.

Bei der Ausgestaltung der wirtschaftlichen Betätigung liegt es vorbehaltlich der gesetzlichen Bestimmungen im Ermessen der Kommunen, neben öffentlich-rechtlichen auch privatrechtliche Organisationsformen zu wählen. So dürfen Kommunen unter den Voraussetzungen des § 108 GO NRW Unternehmen und Einrichtungen in einer Rechtsform des privaten Rechts gründen oder sich daran beteiligen. Unter anderem muss die Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder sonstiges Organisationsstatut gewährleistet sein und eine

Rechtsform gewählt werden, welche die Haftung der Gemeinde auf einen bestimmten Betrag begrenzt.

Da im Verfassungsstaat das Gemeinwohl der allgemeine Legitimationsgrund aller Staatlichkeit ist, muss jedes Handeln der öffentlichen Hand einen öffentlichen Zweck verfolgen. Die gesetzliche Normierung der Erfüllung des öffentlichen Zwecks als Grundvoraussetzung für die Aufnahme einer wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Betätigung einer Kommune soll daher gewährleisten, dass sich diese stets im zulässigen Rahmen kommunaler Aufgabenerfüllung zu bewegen hat. Es ist daher nicht Angelegenheit der kommunalen Ebene, sich ausschließlich mit dem Ziel der Gewinnerzielung in den wirtschaftlichen Wettbewerb zu begeben. Stattdessen kann eine wirtschaftliche bzw. nichtwirtschaftliche Betätigung nur Instrument zur Erfüllung bestehender kommunaler Aufgaben sein.

Die Ausgestaltung des öffentlichen Zwecks ist dabei so vielfältig wie der verfassungsrechtlich umrissene Zuständigkeitsbereich der Kommunen. Der „öffentliche Zweck“ stellt einen unbestimmten Rechtsbegriff dar, für dessen inhaltliche Bestimmung zuvorderst die Zielsetzung des gemeindlichen Handelns maßgeblich ist.

Beteiligungsbericht 2021
Rechtliche Grundlagen zur Erstellung eines Beteiligungsberichtes

Grundsätzlich haben sämtliche Kommunen gemäß § 116 Absatz 1 GO NRW in jedem Haushaltsjahr für den Abschlussstichtag 31. Dezember einen Gesamtabschluss, der die Jahresabschlüsse sämtlicher verselbständigter Aufgabenbereiche in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form konsolidiert, sowie einen Gesamtlagebericht nach Absatz 2 aufzustellen.

Hiervon abweichend sind Kommunen gemäß § 116a Absatz 1 GO NRW von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabschlusses und Gesamtlageberichts befreit, wenn am Abschlussstichtag ihres Jahresabschlusses und am vorhergehenden Abschlussstichtag jeweils mindestens zwei der drei im Gesetz genannten Merkmale zutreffen.

Über das Vorliegen der Voraussetzungen für die Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabschlusses entscheidet der Rat gemäß § 116a Absatz 2 Satz 1 GO NRW für jedes Haushaltsjahr bis zum 30. September des auf das Haushaltsjahr folgenden Jahres.

Der Rat der Stadt Oberhausen hat am 13.12.2021 (Drucksache: B/17/1314-01) gemäß § 116a Absatz 2 Satz 1 GO NRW entschieden, von der nach § 116a Absatz 1 GO NRW vorgesehenen Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabschlusses und Gesamtlageberichts Gebrauch zu machen. Daher hat die Stadt Oberhasen gemäß § 116a Absatz 3 GO NRW einen Beteiligungsbericht nach § 117 GO NRW zu erstellen.

Der Beteiligungsbericht hat gemäß § 117 Absatz 2 GO NRW grundsätzlich folgende Informationen zu sämtlichen verselbständigten Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher und privat-rechtlicher Form zu enthalten:

1. die Beteiligungsverhältnisse,

2. die Jahresergebnisse der verselbständigten Aufgabenbereiche,

3. eine Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals jedes verselbständigten Aufgabenbereiches sowie

4. eine Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander und mit der Gemeinde.

Über den Beteiligungsbericht ist nach § 117 Absatz 1 Satz 3 GO NRW ein gesonderter Beschluss des Rates in öffentlicher Sitzung herbeizuführen. Der Rat der Stadt Oberhauen hat am 12.12.2022 den Beteiligungsbericht 2021 beschlossen.

Gegenstand und Zweck des Beteiligungsberichtes

Der Beteiligungsbericht enthält die näheren Informationen über sämtliche unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen an sämtlichen verselbständigten Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher Form der Stadt Oberhausen. Er lenkt den Blick jährlich auf die einzelnen Beteiligungen, indem er Auskunft über alle verselbständigten Aufgabenbereiche der Stadt Oberhausen, deren Leistungsspektrum und deren wirtschaftliche Situation und Aussichten gibt, unabhängig davon, ob diese dem Konsolidierungskreis für einen Gesamtabschluss angehören würden. Damit erfolgt eine differenzierte Darstellung der Leistungsfähigkeit der Stadt Oberhausen durch die Abbildung der Daten der einzelnen Beteiligungen.

Die Gliederung des Beteiligungsberichtes und die Angaben zu den einzelnen Beteiligungen ermöglichen, dass eine Beziehung zwischen den gebotenen Informationen und den dahinterstehenden Aufgaben hergestellt werden kann. Dies ermöglicht durch den Vergleich der Leistungen mit den Aufgaben auch die Feststellung, ob die Erfüllung der Aufgaben der Stadt Oberhausen durch die verschiedenen Organisationsformen nachhaltig gewährleistet ist.

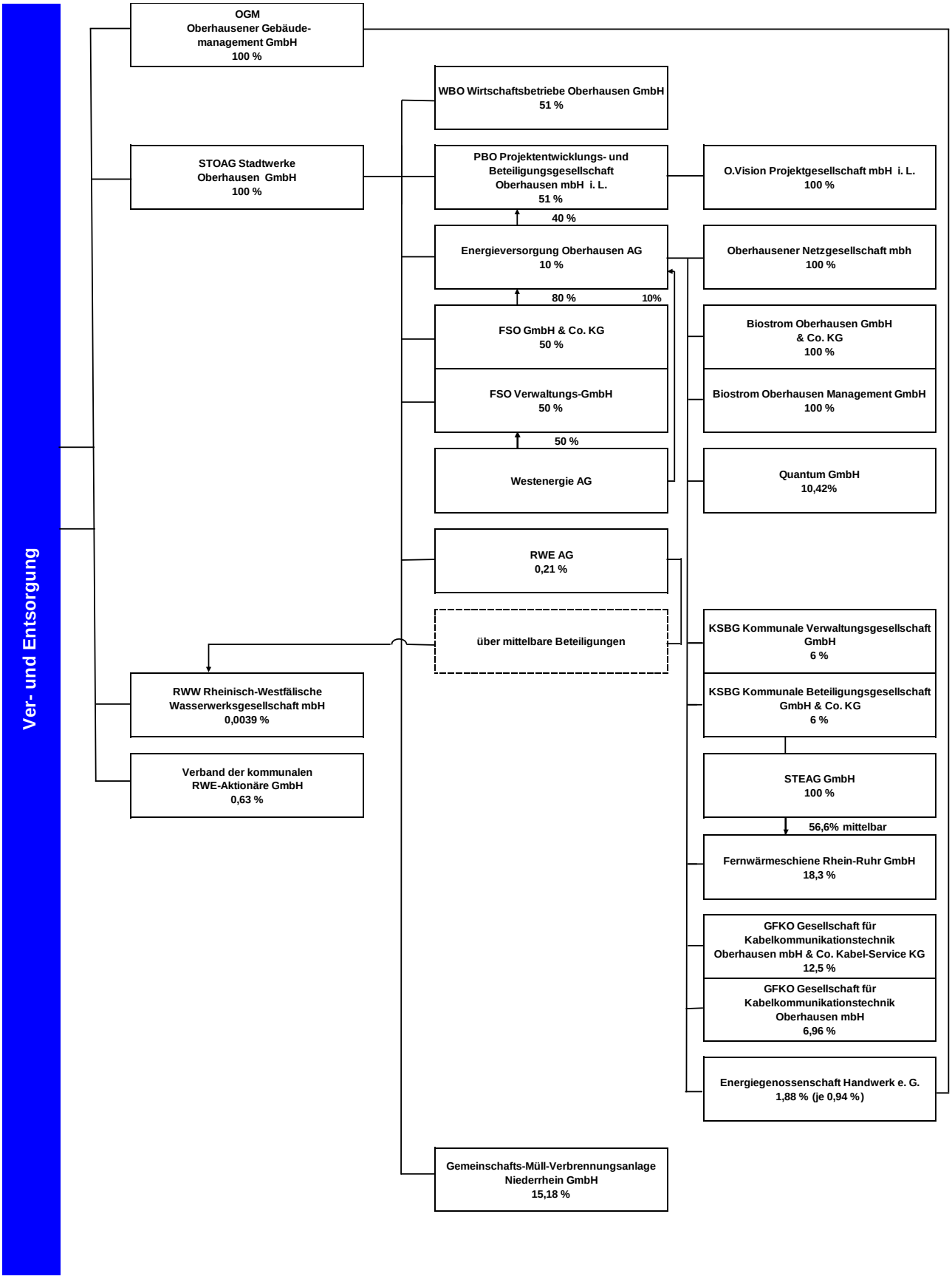
Der Beteiligungsbericht unterstützt damit eine regelmäßige Aufgabenkritik und eine Analyse der Aufbauorganisation der Stadt Oberhausen insgesamt durch die Mitglieder der Vertretungsgremien.

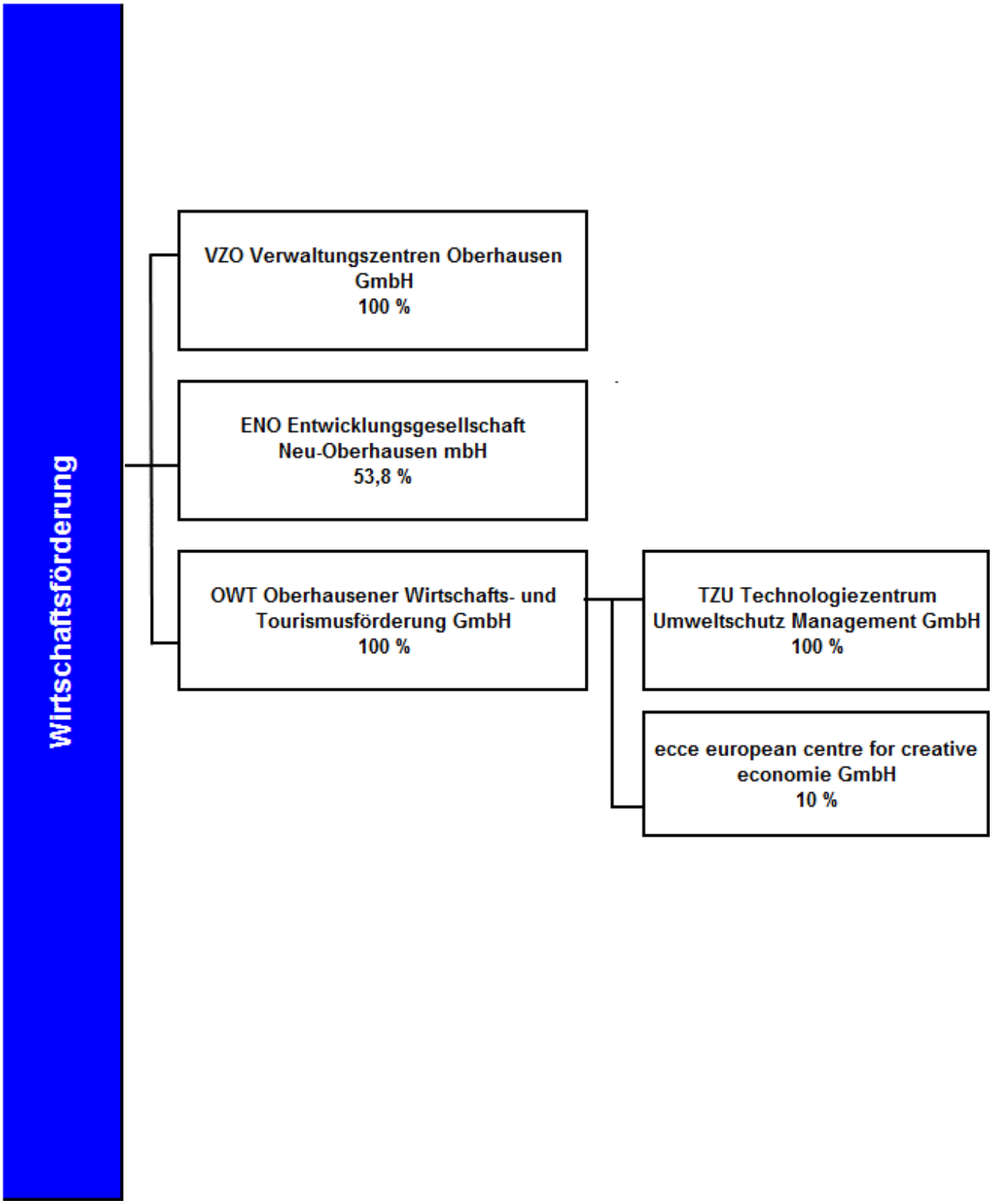
Adressat der Aufstellungspflicht ist die Stadt Oberhausen. Um diese Pflicht erfüllen zu können, müssen der Stadt Oberhausen die entsprechenden Informationen zur Verfügung stehen.

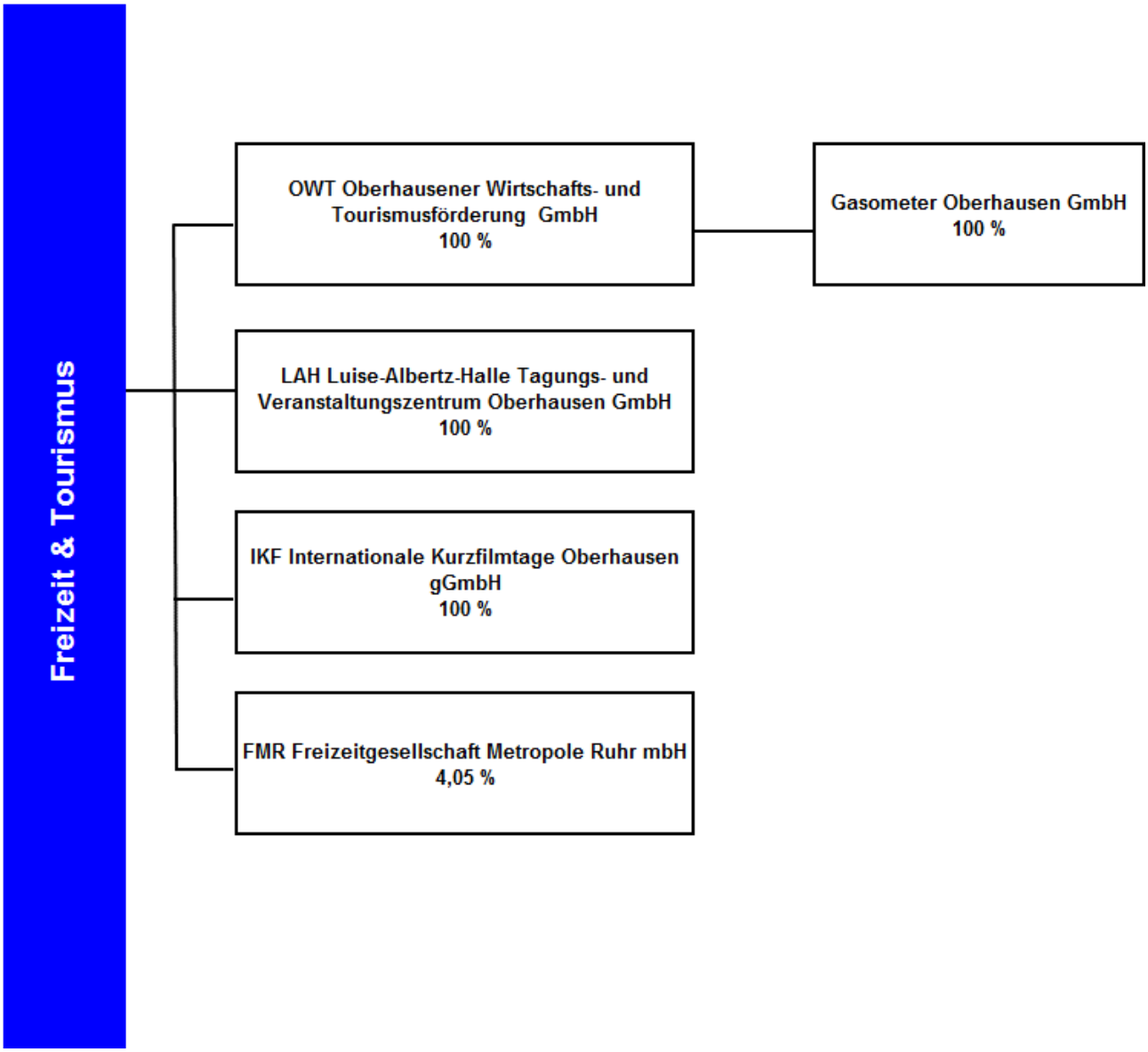
Hierzu kann die Stadt Oberhausen unmittelbar von jedem verselbständigten Aufgabenbereich alle Aufklärungen und Nachweise verlangen, die die Aufstellung des Beteiligungsberichtes erfordert (vgl. § 117 Absatz 1 Satz 2 i.V.m. § 116 Absatz 6 Satz 2 GO NRW).

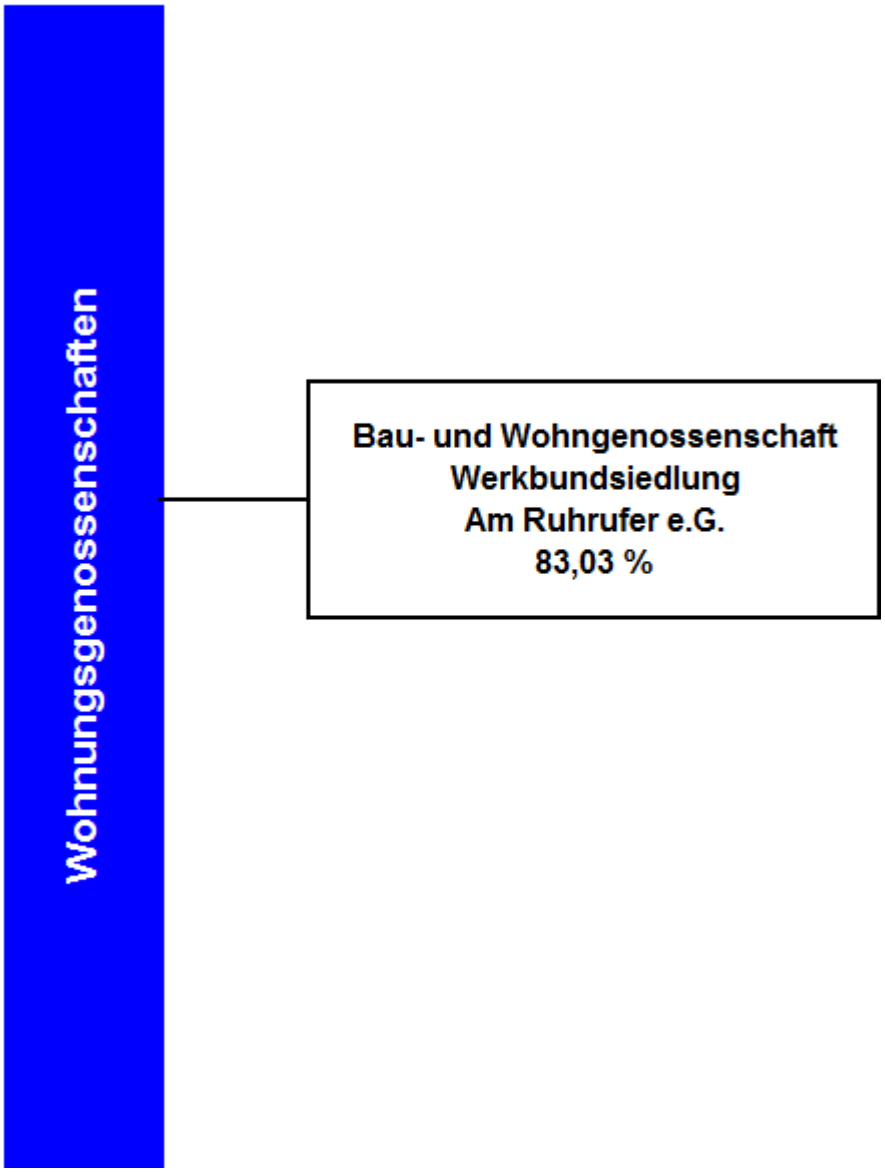
Die verwendeten wirtschaftlichen Daten beruhen auf den im Laufe des Jahres 2022 festgestellten Abschlüssen für das Geschäftsjahr 2021. Die Angaben zur Besetzung der Überwachungsorgane weisen den Stand zum 30.09.2022 aus.

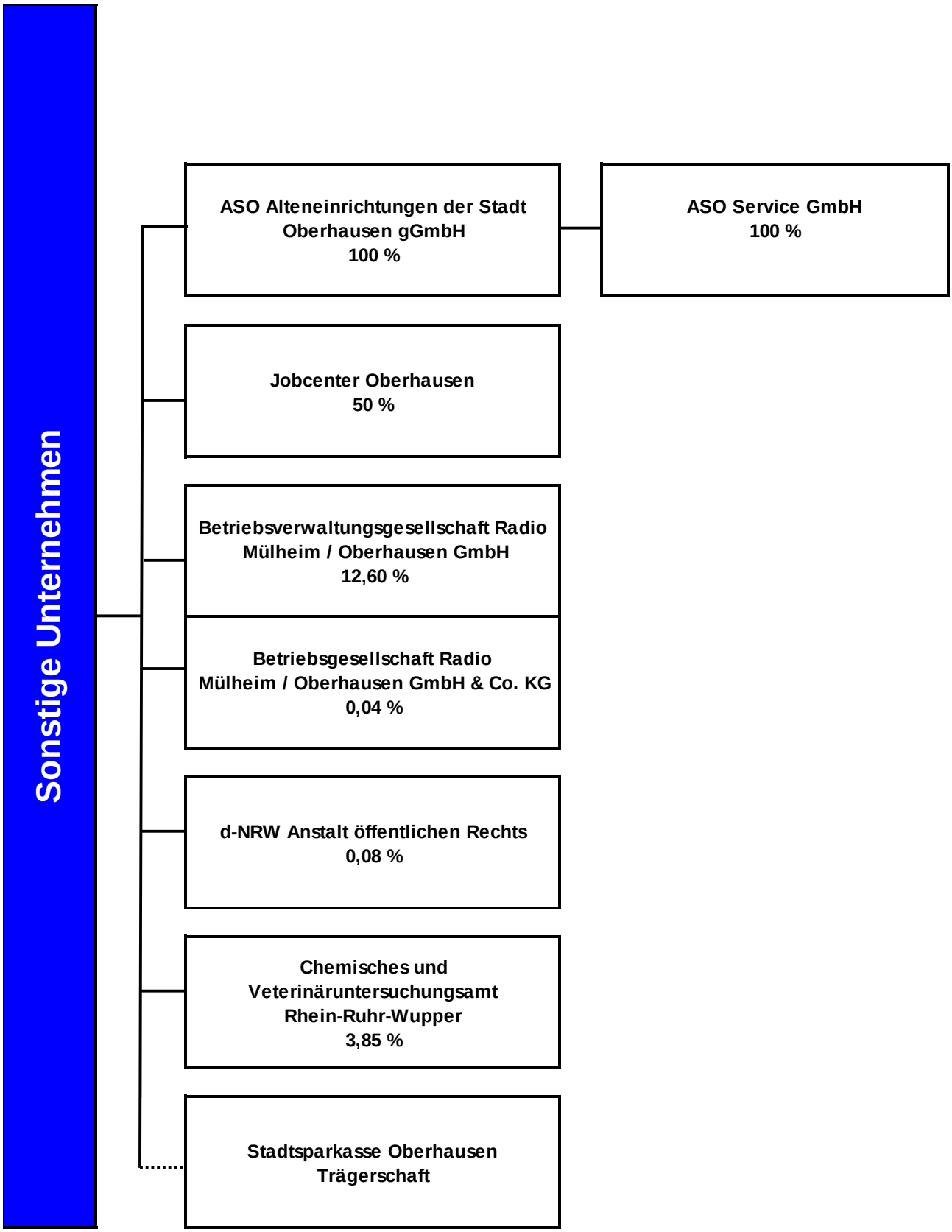
Das Beteiligungsportfolio der Stadt Oberhausen

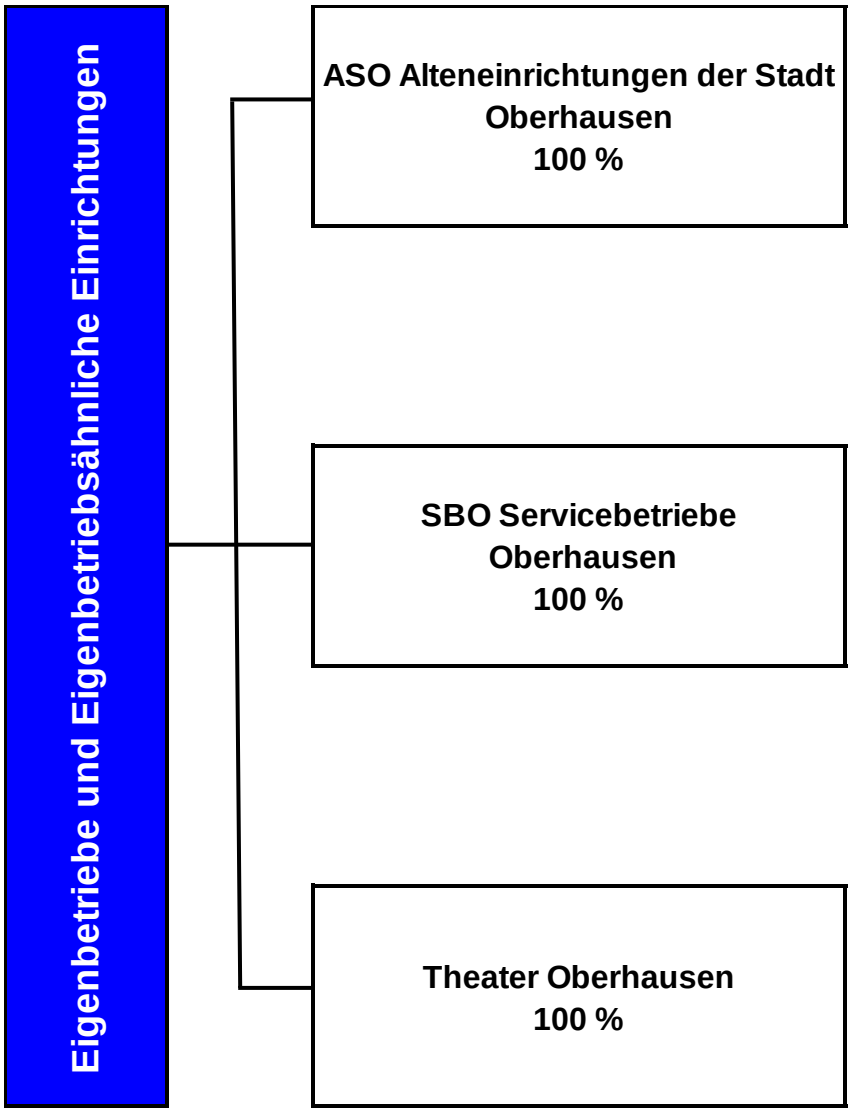



Wirtschaftsförderung
VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH
100 %
ENO Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH
53,8 %
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH
100 %
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH
100 %
ecce european centre for creative economie GmbH
10 %


Freizeit & Tourismus
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH
100 %
Gasometer Oberhausen GmbH
100 %
LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH
100 %
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH
100 %
FMR Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr mbH
4,05 %


Wohnungsgenossenschaften
Bau- und Wohngenossenschaft
Werkbundsiedlung
Am Ruhrufer e.G.
83,03 %


Sonstige Unternehmen
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH
100 %
ASO Service GmbH
100 %
Jobcenter Oberhausen
50 %
Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH
12,60 %
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH & Co. KG
0,04 %
d-NRW Anstalt öffentlichen Rechts
0,08 %
Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper
3,85 %
Stadtsparkasse Oberhausen
Trägerschaft


Eigenbetriebe und Eigenbetriebsähnliche Einrichtungen
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen
100 %
SBO Servicebetriebe Oberhausen
100 %
Theater Oberhausen
100 %

Änderungen im Beteiligungsportfolio

Zugänge

Im Berichtsjahr wurde die Beteiligung SBO Servicebetriebe Oberhausen Eigenbetrieb der Stadt Oberhausen neu gegründet. Trägerin des Eigenbetriebes ist die Stadt Oberhausen. Die SBO Servicebetriebe Oberhausen Eigenbetrieb der Stadt Oberhausen wird daher neu in den Beteiligungsbericht aufgenommen.

Abgänge

Mit Wirkung zum 01. Januar 2021 erfolgte die satzungsgemäß vereinbarte Verschmelzung der GMVA GmbH & Co. KG und der GMVA Verwaltungs-GmbH auf die GMVA GmbH.

Veränderung in Beteiligungsquoten

Bei der Beteiligung **Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper** (CVUA-RRW) haben sich im Jahr 2021 die Beteiligungsquoten geändert. Die Stadt Oberhausen ist neu mit 3,8462 % (2020: 4,55 %) beteiligt.

Beteiligungsstruktur

Lfd. Nr.	Beteiligung Ver- und Entsorgung	Höhe des Stamm-kapitals und des Jahresergebnisses am 31.12.2021 T€	(durchgerechneter) Anteil der Stadt Oberhausen am Stammkapital T€	 %	Beteiligungsart
1	OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	1.406	1.406	100,0	unmittelbar
	Jahresergebnis 2021	-1.968,19			
2	STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	26	26	100,0	unmittelbar
	Jahresergebnis 2021	8.278,19			
3	RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH	15.381,95	0,60	0,0039	unmittelbar
	Jahresergebnis 2021	5.321,63			
4	VKA Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH	127.82	0,80	0,63	unmittelbar
	Jahresergebnis 2021				
5	WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	1.250	637,50	51,0	mittelbar
	Jahresergebnis 2021	4.531,90			
6	PBO Projektentwicklungs- und Betriebsgesellschaft Oberhausen mbH	255,65	205	80,0	mittelbar
	Jahresergebnis 2021	209,17			
7	OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH	25	20	80,0	mittelbar
	Jahresergebnis 2021	-349,28			
8	evo Energieversorgung Oberhausen AG	26.000	13.000	50,0	mittelbar
	Jahresergebnis 2021	17.997,63			
9	Oberhausener Netzgesellschaft mbH	50	25,0	50,0	mittelbar
	Jahresergebnis 2021	4.525,46			
10	Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG	1.000,00	500	50,0	mittelbar
	Jahresergebnis 2021	657,49			
11	Biostrom Oberhausen Management GmbH	25,0	12,5	50,0	mittelbar
	Jahresergebnis 2021	-1,01			
12	Quantum GmbH	1.035,25	45,24	4,37	mittelbar
	Jahresergebnis 2021	315,64			
13	KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH	100,00	3,0	3,0	mittelbar
	Jahresergebnis 2021	5,00			
14	KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG	1,00	0,03	3,0	mittelbar
	Jahresergebnis 2021	301.321,37			
15	STEAG GmbH	128.000,00	3.840	3,0	mittelbar
	Jahresergebnis 2021	301.321,37			
16	Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH	100,00	11,04	11,04	mittelbar
	Jahresergebnis 2021	0,00			
17	GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik mbH & Co. Kabel-Service KG	143,16	8,95	6,25	mittelbar
	Jahresergebnis 2021				
18	GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik mbH	25,30	0,08	3,48	mittelbar
	Jahresergebnis 2021				
19	Energiegenossenschaft Handwerk e. G.	107,5	1,49	1,39	mittelbar
	Jahresergebnis 2021				
20	FSO GmbH & Co. KG	30	15	50,0	mittelbar
	Jahresergebnis 2021	11.399,67			
21	FSO Verwaltungs-GmbH	30	15,0	50,0	mittelbar
	Jahresergebnis 2021	0,04			
22	RWE Aktiengesellschaft	1.573.748	3.012,68	0,21	mittelbar
	Jahresergebnis 2021				
23	GMVA Gemeinschafts-Müllverbrennungsanlage Niederrhein GmbH	255,65	38,81	15,18	mittelbar
	Jahresergebnis 2021	16.183,72			

Lfd. Nr.	Beteiligung	Höhe des Stamm-kapitals und des Jahresergebnisses am 31.12.2021	(durchgerechneter) Anteil der Stadt Oberhausen am Stammkapital		Beteiligungsart
	Wirtschaftsförderung	**T€**	**T€**	**%**	
24	VZO Verwaltungszentrum Oberhausen GmbH	25	25	100	unmittelbar
	Jahresergebnis 2021	1.616,42			
25	Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	319	159	53,84	unmittelbar
	Jahresergebnis 2021	42,15			
26	OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH	26	26	100	unmittelbar
	Jahresergebnis 2021	-1.360,72			
27	TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH	153	153	100	mittelbar
	Jahresergebnis 2021	-377,23			
28	ecce - european centre for creative economy GmbH	25	2,5	10	mittelbar
	Jahresergebnis 2021	0,00			
	Freizeit und Tourismus				
29	LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	256	256	100	unmittelbar
	Jahresergebnis 2021	1.356,13			
30	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	26	26	100	unmittelbar
	Jahresergebnis 2021	117,37			
31	Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr mbH	440	18	4,05	unmittelbar
	Jahresergebnis 2021	-6.522,49			
32	Gasometer Oberhausen GmbH	26	26	100	mittelbar
	Jahresergebnis 2021	-205,82			
	Wohnungsgenossenschaften				
33	Bau- und Wohnungsgenossenschaft "Werkbundsiedlung Am Ruhrufer" e. G.	201,45	167,70	83,25	unmittelbar
	Jahresergebnis 2021	14,58			
	Sonstige Unternehmen				
34	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	25	25	100	unmittelbar
	Jahresergebnis 2021	284,35			
35	Jobcenter Oberhausen	0,00	0,00	50	unmittelbar
	Jahresergebnis 2021				
36	Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH.	25	3,15	12,6	unmittelbar
	Jahresergebnis 2021				
37	Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH & Co. KG	2.905,00	1,24	0,04	unmittelbar
	Jahresergebnis 2021				
38	d-NRW Anstalt öffentlichen Rechts	1.281,00	1,00	0,08	unmittelbar
	Jahresergebnis 2021	0,00			
39	Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW)	390,00	15,00	3,85	unmittelbar
	Jahresergebnis 2021	1.810,76			
40	Stadtsparkasse Oberhausen	0	0	100	unmittelbar
	Jahresergebnis 2021	2.053,24			
41	PD - Berater der öffentlichen Hand GmbH	2.004,00	3,0	0,15	unmittelbar
	Jahresergebnis 2021				
42	ASO Service GmbH	25	25	100	mittelbar
	Jahresergebnis 2021	0,00			
	eigenbetriebsähnliche Einrichtung				
43	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	1.789,52	1.789,52	100	unmittelbar
	Jahresergebnis 2021	1.894,77			
44	SBO Servicebetriebe Oberhausen	2.000	2.000	100	unmittelbar
	Jahresergebnis 2021	1.977,48			
45	Theater Oberhausen	100	100	100	unmittelbar
	Jahresergebnis 2021	1.278,61			

Finanzbeziehungen zu den Beteiligungen 2021

	Ertrags-/Betriebs-kostenzuschüsse	Verlust-ausgleich	Investitions-zuschüsse	Kapital-zuführung	Darlehens-gewährung	Stand der Bürg-schaften	Übrige Ver-günstigungen	Gewinn-abführung	Konzessions-angaben	Übrige Zahlungen an die Stadt
Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen										
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH						69.162,50				50.000,00
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH & CO. KG										3.865,36
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	434.600,00									
evo Energieversorgung Oberhausen AG									8.545.457,96	
Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr mbH	297.600,00	240.116,09								
FSO GmbH & Co.KG								5.699.834,97		
GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH								3.191.400,72		
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	777.270,00									
LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH		1.057.990,00	61.000,00			3.585.341,20				
OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH						3.286.614,73				
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH	1.278.890,00									
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH								235,69	3.734.390,12	
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH		8.278.191,29				11.266.569,16				14.817,72
Theater Oberhausen	9.180.833,33									
VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH						17.305.533,71				

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Wesentliche Leistungsbeziehungen
im Konzern Stadt
Geschäftsjahr 2021/ -in T€ -

Leistungserbringer		Leistungsempfänger: Stadt Oberhausen	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	ASO Service GmbH	ENO Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH	evo Energieversorgung Oberhausen AG	Gasometer Oberhausen GmbH	GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung	SBO Serviceberiebe Oberhausen	STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	Theater Oberhausen	TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH	VZO Verwaltungszentrum Oberhausen GmbH	WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH
Stadt Oberhausen	Forderungen		4							1	45		1	127	17	30	1	173	204
	Verbindlichkeiten			16					521			816	319	5.170	1.700	1.603			599
	Erträge		239	90		1	8.007	39		12	46	270	179	309	247	264	1.141	986	2.014
	Aufwendungen		9	230			47	3	6.348	777	1.131	5.192	1.784	105.437	14.724	2.003	6		39.777
Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Forderungen			303															
	Verbindlichkeiten	23.005		23										10					
	Erträge	2.124		2.032															
	Aufwendungen	788		23										139					
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Forderungen		23		78														
	Verbindlichkeiten	20	303				102												1
	Erträge		23																
	Aufwendungen	247	2.032		1.301		743												13
ASO Service GmbH	Forderungen														184				
	Verbindlichkeiten	36		78															
	Erträge			1.301															
	Aufwendungen	37																	
ENO Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH	Forderungen												1						
	Verbindlichkeiten												10				40		
	Erträge	365					50					50	97		50				50
	Aufwendungen	2					15						677				5		
evo Energieversorgung Oberhausen AG	Forderungen	6												35	5.681				19
	Verbindlichkeiten										2								
	Erträge	43		125		14		147			73	8.900	113		1.843	63	254		360
	Aufwendungen	368				50			3.101	5			10	2	243				10
Gasometer Oberhausen GmbH	Forderungen	3											9						
	Verbindlichkeiten	5					10						119						1
	Erträge	5											10			16			
	Aufwendungen	43					147						430				3		9
GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH	Forderungen																		
	Verbindlichkeiten																		
	Erträge	5.336					3.755					25		25					
	Aufwendungen	11													14				21
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Forderungen																		
	Verbindlichkeiten																		
	Erträge						5												
	Aufwendungen	7					8						2	2					
LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	Forderungen	63											4				18		
	Verbindlichkeiten						28						1	3					
	Erträge	22											4				22		
	Aufwendungen	114					175						1	33					
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Forderungen																		
	Verbindlichkeiten	7.162											1.240	2.868					
	Erträge													119					
	Aufwendungen													95					
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung	Forderungen	658				10		119			1	1.240		8		6	18		
	Verbindlichkeiten	1.243				1		9									18		
	Erträge	188				677	10	430		1	1			50	18	192	243		5
	Aufwendungen	205				97	126	10						7			23		1

Wesentliche Leistungsbeziehungen
im Konzern Stadt
Geschäftsjahr 2021/ -in T€ -

Leistungserbringer			Leistungsempfänger																		
			Stadt Oberhausen	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	ASO Service GmbH	ENO Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH	evo Energieversorgung Oberhausen AG	Gasometer Oberhausen GmbH	GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung	SBO Servicebetriebe Oberhausen	STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	Theater Oberhausen	TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH	VZO Verwaltungszentrum Oberhausen GmbH	WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH
SBO Servicebetriebe Oberhausen	Forderungen											3	11.784				1			3
	Verbindlichkeiten	12.307					600		3		2	1.497					2	73	66
	Erträge	92.132	139							2	33	-612	6		4	11		372	40
	Aufwendungen	2.380					10.389		29	1	7	1	12		35		4	4.933	546
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	Forderungen	342																	
	Verbindlichkeiten	1.784					245												107
	Erträge	3.074		10	3		228		1.024										2.207
	Aufwendungen	36		1	0	50	1.909												412
Theater Oberhausen	Forderungen																		
	Verbindlichkeiten	10					19												1
	Erträge	9																	
	Aufwendungen	302					139	18				1	188	10					13
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH	Forderungen																		
	Verbindlichkeiten																		
	Erträge																		
	Aufwendungen																		
VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH	Forderungen																		
	Verbindlichkeiten																		
	Erträge																		
	Aufwendungen																		
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	Forderungen	662					11		3					75	64	1			
	Verbindlichkeiten	-162					-51				-1								
	Erträge	-1.986				-60	-552			-3	-2		-6	-47	-8				
	Aufwendungen	49.293		13			23	3	22				1	483	69	13	2		

Allgemeine Hinweise zur Präsentation der Unternehmen

Umfang der Präsentation

Soweit die Beteiligung der Stadt bzw. einer ihrer Tochtergesellschaften an einem Unternehmen niedriger als 20 % ist, wird - insbesondere mit Blick auf die fehlenden Einflussmöglichkeiten - auf die differenzierte Darstellung der Unternehmensdaten verzichtet. Die Präsentation wird in diesen Fällen auf die Beschreibung des Unternehmensgegenstandes, die Besetzung der Gesellschaftsorgane sowie die Beteiligungen der Gesellschaft beschränkt. Eine Ausnahme stellt hier die Sparte Ver- und Entsorgung dar, deren Unternehmen gemäß den aktuellen Beteiligungsrichtlinien der Stadt Oberhausen unabhängig von der Beteiligungsquote umfassend dargestellt werden. Mittelbare Kleinstbeteiligungen mit einer Beteiligungsquote von unter 1 % werden bis zur dritten Stufe der Beteiligungen in der Darstellung aller städtischen Beteiligungen zusammen mit den Beteiligungsquoten tabellarisch als Übersicht „Beteiligungen der Stadt Oberhausen zum 31.12.2021 aufgeführt.

Die Auswirkungen auf den städtischen Haushalt sind in der Übersicht der Finanzbeziehungen zu den Beteiligungen 2021 im allgemeinen Teil tabellarisch dargestellt. Dieser Aufstellung ist auch der Stand städtischer Bürgschaften zum Stichtag 31.12.2021 zu entnehmen.

Ausgewählte finanz- und betriebswirtschaftliche Daten der bedeutsamen Beteiligungen sowie die Finanzbeziehungen zwischen diesen sind ebenfalls tabellarisch dargestellt. Diesen Aufstellungen sind auch die jeweiligen Mitarbeiter- und Auszubildendenzahlen zu entnehmen.

Unternehmensdaten

Die Unternehmensdaten 2019 - 2021 basieren auf den geprüften Jahresabschlüssen.

Durch die Auswahl des Stichtages 31.12.2021 für die Präsentation der Unternehmen werden die Planzahlen 2022 im Betrachtungszeitraum nicht mit erfasst. Da der Haupt- und Finanzausschuss über die Statusberichte regelmäßig sehr zeitnah über die Planzahlen informiert wird, wird auf die freiwillige Angabe der Planzahlen im Beteiligungsbericht verzichtet.

Kennzahlen

Im vorliegenden Beteiligungsbericht werden für alle wesentlichen Gesellschaften Kennzahlen gebildet. Die Zusammensetzung dieser Kennzahlen wird im nächsten Abschnitt näher erläutert.

Bei der Auswertung der Kennzahlen ist zu berücksichtigen, dass die städtischen Gesellschaften insbesondere hinsichtlich der Kapitalausstattung und der Liquidität anders gewertet werden müssen als rein privatwirtschaftliche Unternehmen. Dies trägt der Tatsache Rechnung, dass die städtischen Gesellschaften in erster Linie auf Aufgaben der Daseinsvorsorge ausgerichtet sind.

Bei den für die Stadtsparkasse Oberhausen gebildeten Kennzahlen ist zu beachten, dass deren Bilanzstruktur von der einer AG oder einer GmbH abweicht. Eine unmittelbare Vergleichbarkeit zwischen diesen Kennzahlen ist somit nicht gegeben.

Beteiligungen

Die Angaben über die Beteiligungen der einzelnen Unternehmen beruhen auf dem Stand des letzten vorliegenden Jahresabschlusses (31.12.2021).

Besetzung der Gremien

Die Angaben über die Besetzung der Gesellschaftsorgane in den Einzeldarstellungen entsprechen dem Stand des letzten vorliegenden Jahresabschlusses (31.12.2021).

In der Anlage zu diesem Beteiligungsbericht sind die aktuellen städtischen Vertreterinnen und Vertreter (Stand 30.09.2022) aufgeführt.

Soweit nachfolgend im Zusammenhang mit der Mitgliedschaft in einem Organ oder sonstigen Gremium auf § 113 GO verwiesen wird (z. B. „Mitglied gem. § 113 GO“), bezieht sich dies auf die durch § 113 Abs. 2 Satz 2 bzw. Abs. 3 Satz 3 GO NRW gesetzlich vorgeschriebene Mitgliedschaft des Oberbürgermeisters oder eines/einer von ihm vorgeschlagenen Bediensteten der Gemeinde in dem betreffenden Organ oder Gremium.

Vergütungsbericht

In der Anlage sind sämtliche Veröffentlichungen zusammengefasst, welche die Beteiligungen der Stadt, die in den Anwendungsbereich des Transparenzgesetzes NRW fallen, im Zusammenhang mit dem Jahresabschluss 2021 auf der Grundlage des Transparenzgesetzes NRW veranlasst haben. Aus Gründen der Übersichtlichkeit sind in der Anlage in Fällen, in denen nicht alle Organmitglieder oder stellvertretenden Organmitglieder Bezüge erhalten haben (wie z. B. der Verwaltungsrat der Stadtsparkasse Oberhausen) nur diejenigen Mitglieder oder stellvertretenden Mitglieder aufgeführt, die tatsächlich Bezüge erhalten haben. Soweit aus anderen Gründen keine Veröffentlichung erfolgte (z. B. weil für die Tätigkeit in einem Aufsichtsrat insgesamt keine Zahlungen erfolgt sind oder wegen fehlender Zustimmung Betroffener) sind die entsprechenden Gesellschaften nicht aufgeführt.

Erläuterungen der verwendeten Kennzahlen

Kennzahlen zur Ertragslage

Umsatzrentabilität:	$\frac{\text{Jahresergebnis x 100}}{\text{Umsatz}}$

Die Kennzahl ist ein Maßstab für die Effizienz der betrieblichen Tätigkeit. Sie drückt aus, in welchem Umfang sich der Umsatz für die Gesellschaft rentiert hat. Ihre Aussagekraft gewinnt die Kennzahl durch die mehrjährige Entwicklung.

Ein mittelfristiger Rückgang könnte durch den Rückgang der innerbetrieblichen Effizienz oder veränderte Rahmenbedingungen im Markt verursacht werden.

Eigenkapitalrentabilität:	$\frac{\text{Jahresergebnis x 100}}{\text{Eigenkapital}}$

Durch die Kennzahl wird der geschäftliche Erfolg der Gesellschaft in Relation zum eingesetzten Kapital gebracht. Der Vergleich zur am Kapitalmarkt erzielbaren Rendite gibt einen Anhaltspunkt für die Beurteilung, ob der Einsatz des Eigenkapitals im Unternehmen unter finanzwirtschaftlichen Aspekten sinnvoll ist. Aussagekräftiger als die Kennzahl an sich ist die mehrjährige Entwicklung.

Sofern die Kennzahl mittelfristig unter der Kapitalmarktrendite liegt, könnte es finanzwirtschaftlich sinnvoll sein, das Eigenkapital aus der Gesellschaft abzuziehen und anderweitig einzusetzen.

Die Kennzahl erlaubt keine umfassende Wertung der Gesellschaft.

Cash-Flow:	Jahresergebnis + Abschreibungen (- Zuschreibungen)

Der Cash-Flow dient als Indikator der Zahlungskraft und ermöglicht eine Beurteilung des Innenfinanzierungspotenzials in einem Unternehmen.

Der Cash-Flow-Wert bringt zum Ausdruck, in wie weit oder ob ein Unternehmen in der Lage ist, Vermögen, das in der Bilanz abgebildet ist, im Rahmen eines Umsatzprozesses wieder zu gewinnen und in wie weit das Unternehmen dabei die Mittel für die Substanzerhaltung und Erweiterungsinvestitionen selbst erwirtschaften kann.

Gesamtleistung je Mitarbeiter: $\frac{\text{Gesamtleistung}}{\text{Anzahl der Mitarbeiter}}$ = Umsatz, Bestandsveränderung, akt. Eigenleistungen, Sonstige betriebliche Erträge
Die Kennzahl drückt die Produktivität des eingesetzten Personals aus. Im Branchenvergleich kann so die Effizienz des Personaleinsatzes gewertet werden. Je niedriger die Gesamtleistung pro Mitarbeiter im Branchenvergleich, desto intensiver sollte der Umfang des Personaleinsatzes überprüft werden.

Personalaufwandsquote: $\frac{\text{Personalaufwand x 100}}{\text{Gesamtleistung}}$
Die Kennzahl ist ein Indikator für die Personalintensität der Gesellschaft. Im Branchenvergleich kann sie auf die Notwendigkeit personalwirtschaftlicher Maßnahmen hinweisen. Ggf. kann die Rentabilität der Gesellschaft durch den verstärkten Einsatz anderer Produktionsfaktoren verbessert werden. Je höher die Kennzahl im Branchenvergleich, desto größer ist die Notwendigkeit, den Umfang des Personaleinsatzes zu überprüfen.

Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

Sachanlagenintensität: $\frac{\text{Sachanlagevermögen x 100}}{\text{Bilanzsumme}}$
Diese Kennzahl lässt Rückschlüsse auf den Automatisierungsgrad, die Kapitalintensität sowie die Konjunkturabhängigkeit zu. Überaltertes Anlagevermögen drückt sich in sinkender Anlagenintensität aus. Ein hoher Automatisierungsgrad drückt sich in hoher Anlagenintensität bzw. hohen Reinvestitionen aus.

Eigenkapitalquote:	$\frac{\text{Eigenkapital} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$

Die Finanzierung der Aktivseite der Bilanz wird auf der Passivseite ausgewiesen. Dabei belegt der Anteil des Eigenkapitals an der Gesamtfinanzierung, wie gut das Unternehmen mit Kapital versorgt wird.

Je niedriger die Ausstattung des Unternehmens mit Eigenkapital, desto abhängiger ist es von Gläubigern bzw. desto eher werden ggf. Kapitalzuführungen von Gesellschaftern benötigt.

Fremdkapitalquote:	$\frac{(\text{Bilanzsumme} - \text{Eigenkapital}) \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$

Die Fremdkapitalquote gibt an, wie hoch der Anteil des Fremdkapitals am Gesamtkapital ist. Die Fremdkapitalquote dient dazu, das Kapitalrisiko zu beurteilen. Das heißt, dass bei steigendem kurz-, mittel- oder langfristigem Fremdkapital auch die Neuaufnahme von Krediten schwieriger werden kann oder das Risiko der Kündigung von Krediten steigt.

Übersicht über ausgewählte finanz- und betriebswirtschaftliche Daten aller bedeutsamen Beteiligungen zum 31.12.2021

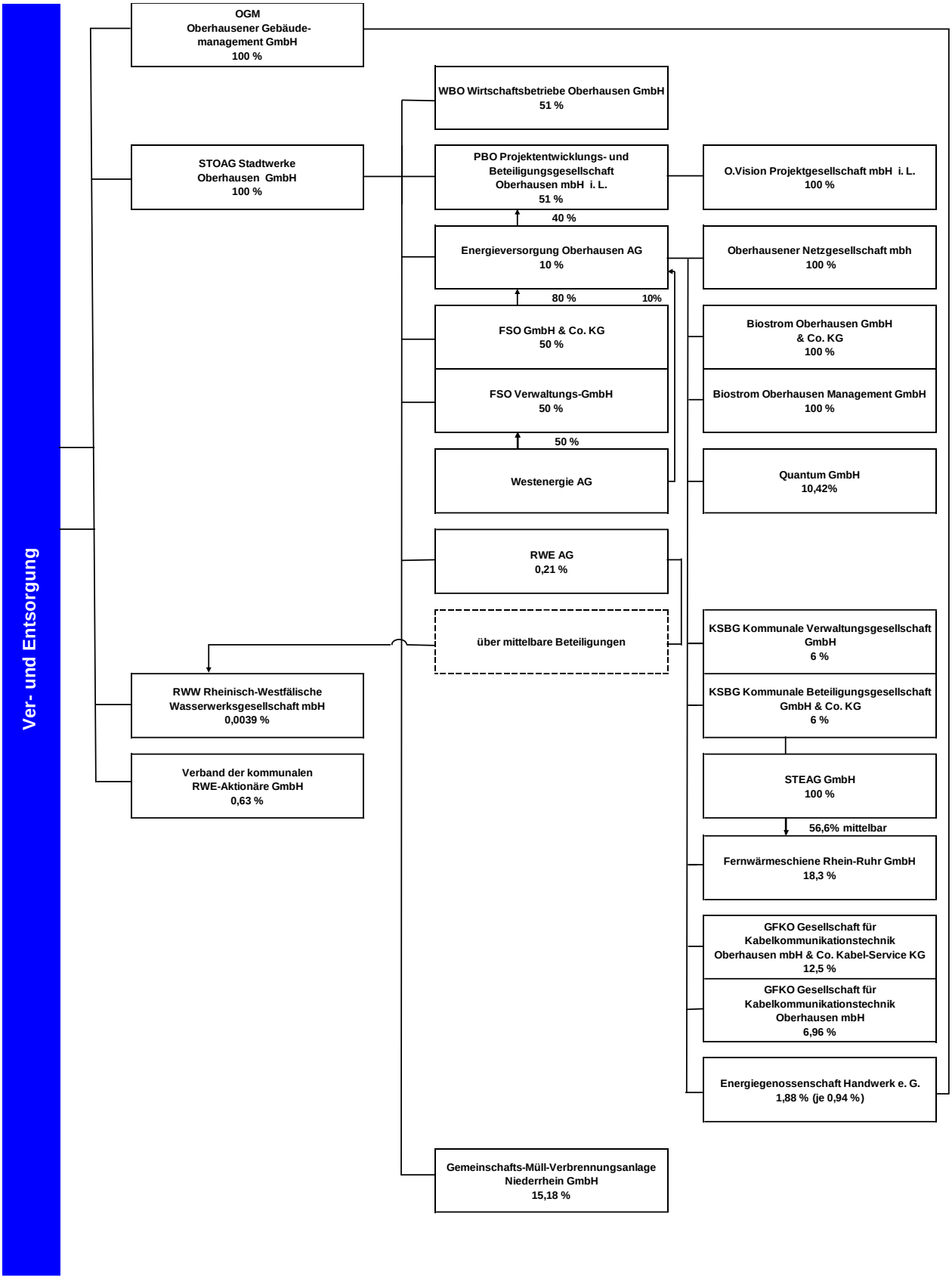
Kennzahlen zum Jahresabschluss der Unternehmen für das Jahr 2021

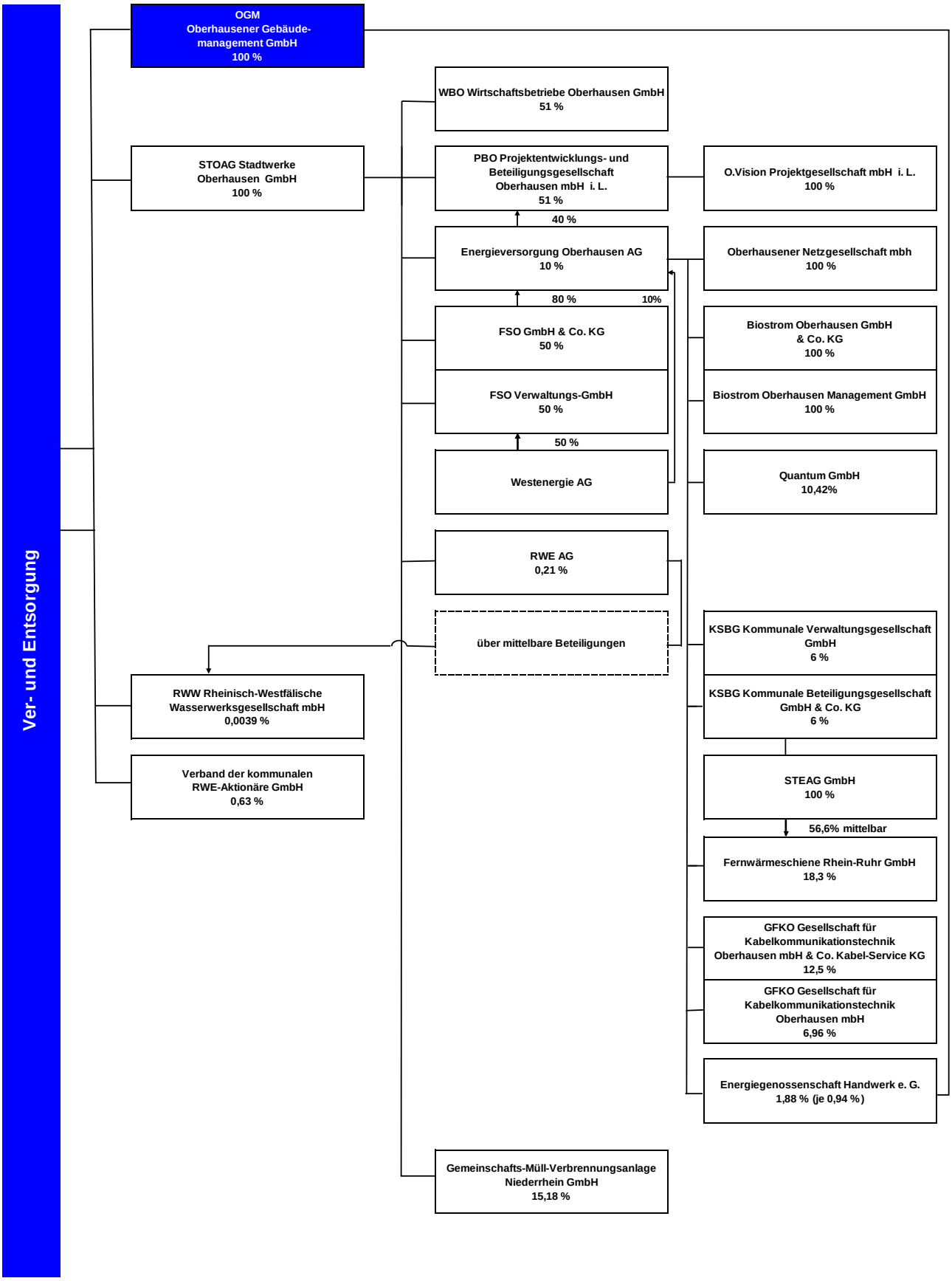
	Gesamtleistung in T€	Umsatz in T€	Jahresergebnis (vor EAV)in T€	Bilanzsumme in T€	Anlagevermögen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter	Auszubildende
Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	4.188,46	2.044,06	1.894,77	32.132,92	30.394,93	7.951,68	24,7	0	0
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	23.628,99	22.682,04	284,35	14.570,09	8.602,60	5.067,12	34,8	194	4
ASO Service GmbH	1.481,77	1.300,65	0,00	217,55	0,00	25,00	11,5	32	0
Bau- und Wohnungsgenossenschaft "Werkbundsiedlung Am Ruhrufer" e.G.	151,52	141,16	14,58	1.564,36	1.398,75	651,38	41,6	0	0
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG	5.172,79	5.086,50	657,49	8.867,42	8.102,75	5.008,99	56,5	0	0
Biostrom Oberhausen Management GmbH	2,50	0,00	-1,01	30,02	0,00	27,22	90,7	0	0
Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW)	28.409,69	28.388,67	1.810,76	54.553,78	26.573,15	8.092,57	14,8	163	0
d-NRW Anstalt öffentlichen Rechts	51.345,75	51.001,54	0,00	20.601,02	75,85	2.809,75	13,6	62	0
ecce - european centre for creative economy GmbH	543,54	83,41	0,00	68,48	0,23	25,00	36,5	8	0
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	975,47	959,00	42,15	502,18	7,56	220,28	43,9	2	0
evo Energieversorgung Oberhausen AG	198.364,25	192.001,30	17.997,63	189.797,79	139.713,15	35.344,99	18,6	240	21
Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr mbH	5.802,67	3.932,42	-6.522,49	23.418,98	22.108,49	7.939,62	33,9	141	0
FSO GmbH & Co.KG	534,23	519,85	11.399,67	35.778,37	21.561,84	32.961,51	92,1	4	0
FSO Verwaltungs-GmbH	5,64	0,00	0,04	37,23	0,00	34,33	92,2	0	0
Gasometer Oberhausen GmbH	7.688,39	1.850,56	-205,82	4.713,40	390,29	4.016,83	85,2	3	0
GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH	75.529,06	73.749,76	16.183,72	64.079,56	17.850,03	46.668,93	72,8	184	7
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	1.463,47	1.390,42	117,37	803,18	4,95	330,34	41,1	10	0
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG	219.170,85	1.449,34	301.321,37	1.000.986,61	828.742,31	347.387,99	34,7	0	0
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH	995,58	0,00	5,00	267,39	1,65	151,40	56,6	3	0
LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	618,75	538,53	1.356,13	5.447,17	4.965,20	1.621,02	29,8	6	0
Oberhausener Netzgesellschaft mbH	93.750,17	90.833,86	4.525,46	99.831,72	74.559,08	55.249,80	55,3	163	0
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	2.110,56	2.066,35	-1.968,19	18.728,06	11.583,29	487,57	2,6	2	0
OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH i.L.	8,88	8,65	-349,28	23.708,98	0,00	0,00	0,0	0	0
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH	2.543,80	2.295,17	-1.360,72	5.856,91	1.883,12	3.817,68	65,2	35	0
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH i.L.	39,55	39,50	209,17	8.501,71	0,00	0,00	0,0	1	0
Quantum GmbH	522.292,75	522.094,15	315,64	31.233,35	108,30	5.405,96	17,3	22	0
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH	126.459,89	123.553,66	5.321,63	206.833,94	125.443,30	74.859,84	36,2	414	18
SBO Servicebetriebe Oberhausen (Eigenbetrieb der Stadt Oberhausen)	129.533,55	99.185,67	1.977,48	65.218,78	32.897,07	4.716,61	7,2	579	23
Stadtsparkasse Oberhausen	0,00	0,00	2.053,24	2.809.923,85	0,00	132.695,29	4,7	451	26
STEAG GmbH	2.304.900,00	1.734.100,00	134.900,00	3.730.100,00	1.579.100,00	478.300,00	12,8	1075	
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	34.315,19	25.170,03	8.278,19	81.080,24	66.828,30	31.577,63	38,9	413	12
Theater Oberhausen	11.541,55	53,56	1.278,61	2.462,99	0,00	1.508,95	61,3	124	0
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH	1.080,25	872,17	-377,23	10.461,31	244,98	9.760,10	93,3	3	0
VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH	5.611,74	5.596,74	1.616,42	50.662,40	49.273,72	7.552,01	14,9	0	0
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	53.385,63	49.430,55	4.531,90	44.052,71	12.057,56	6.115,81	13,9	385	26

Einzeldarstellung der Beteiligungen nach Sparten

Beteiligungen der Stadt Oberhausen zum 31. Dezember 2021

Ver- und Entsorgung - unmittelbare Beteiligungen -




Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100 %
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH
51 %
STOAG Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesellschaft
Oberhausen mbH i. L.
51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH i. L.
100 %
40 %
Energieversorgung Oberhausen AG
10 %
Oberhausener Netzgesellschaft mbh
100 %
80 %
10%
FSO GmbH & Co. KG
50 %
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100 %
FSO Verwaltungs-GmbH
50 %
Biostrom Oberhausen Management GmbH
100 %
50 %
Westenergie AG
Quantum GmbH
10,42%
RWE AG
0,21 %
über mittelbare Beteiligungen
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft
GmbH
6 %
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co. KG
6 %
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
Verband der kommunalen
RWE-Aktionäre GmbH
0,63 %
STEAG GmbH
100 %
56,6% mittelbar
Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH
18,3 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG
12,5 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH
6,96 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G.
1,88 % (je 0,94 %)
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,18 %

OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift:

Kontakt:

Telefon	0208 / 594-5
Fax	0208 / 594-7070
e-Mail	ogminfo@ogm.de
Internet	http://www.ogm.de
Rechtsform:	GmbH
Stammkapital:	1.405,752

Gesellschafter:		**T€**	**%**
	Stadt Oberhausen	1.405,752	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens sind Dienstleistungen im Bereich Gebäudemanagement, insbesondere die Unterhaltung von Verwaltungsgebäuden der Stadt Oberhausen sowie die Integration von Planung, Kontrolle und Bewirtschaftung bei Gebäuden, Anlagen und Einrichtungen und die Verbesserung von Nutzungsflexibilität, Arbeitsproduktivität und Kapitalrentabilität unter Berücksichtigung von Arbeitsplatz und Arbeitsumfeld, die Vermietung von Räumen sowie im Einzelfall der Erwerb und die Veräußerung von Immobilien im Stadtgebiet Oberhausens.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Rechtsgeschäften berechtigt, durch die der vorgenannte Gesellschaftszweck auch mittelbar gefördert werden kann.

Die Gesellschaft ist berechtigt, zur Förderung ihres Unternehmenszwecks Beteiligungen gleicher oder ähnlicher Art zu erwerben oder Tochtergesellschaften zu gründen.

Wichtige Verträge

SBO Servicebetriebe Oberhausen (Eigenbetrieb der Stadt Oberhausen)	Dienstleistungsvertrag zwischen der Stadt Oberhausen/SBO und der OGM in Bezug auf den bei der OGM verblebenden Geschäftsbetrieb zum 01.01.2021
SBO Servicebetriebe Oberhausen (Eigenbetrieb der Stadt Oberhausen)	Miet- und Betreibervertrag zwischen der SBO und der OGM in Bezug auf das Parkhaus an der Marina
SBO Servicebetriebe Oberhausen (Eigenbetrieb der Stadt Oberhausen)	Mietvertrag über Büroräume im Technischen Rathaus über eine Mietfläche von rd. 96 m² zum 01.01.2021

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2021)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Kalthoff, Horst
	Geschäftsführer	Schmidt, Hartmut
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:	Mitglied	Schranz, Daniel
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Flore, Manfred
	stellv. Vorsitzende	Stehr, Simone Tatjana
	Mitglied gem. § 113 GO	Schmidt, Jürgen

Mitglied	Cordes, Hubert
Mitglied	Dr. Dilly, Mark
Mitglied	Karacelik, Yusuf
Mitglied	Nakot, Werner
Mitglied	Gadde, Andreas
Mitglied	Wilts, Silke

c) Beteiligungen

unmittelbar	**T€**	**%**
Energiegenossenschaft Handwerk e.G.	1,00	0,93
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	12,50	4,22

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2019		**2020**		**2021**		**Veränder-ungen**	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	65.141,56	72,8	59.950,47	83,8	11.583,29	61,8	-48.367,18	-80,68
Umlaufvermögen	22.566,36	25,2	10.432,13	14,6	6.116,41	32,7	-4.315,72	-41,37
Rechnungsabgrenzungsposten	1.767,09	2,0	1.184,07	1,7	1.028,36	5,5	-155,71	-13,15
Bilanzsumme	**89.475,02**	**100,00**	**71.566,66**	**100,00**	**18.728,06**	**100,00**	**-52.838,60**	**-73,83**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	8.520,34	9,5	3.021,15	4,2	487,57	2,6	-2.533,58	-83,86
Sonderposten mit Rücklagenanteil	385,58	0,4	245,36	0,3			-245,36	-100,00
Rückstellungen	5.651,70	6,3	5.929,93	8,3	295,10	1,6	-5.634,83	-95,02
Verbindlichkeiten	74.042,41	82,8	61.673,74	86,2	17.702,83	94,5	-43.970,91	-71,30
Rechnungsabgrenzungsposten	875,00	1,0	696,48	1,0	242,55	1,3	-453,93	-65,17
Bilanzsumme	**89.475,02**	**100,00**	**71.566,66**	**100,00**	**18.728,06**	**100,00**	**-52.838,60**	**-73,83**

bb) GuV

	2019	2020	2021
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	101.314,84	174.208,36	2.066,35
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	20.552,05	-58.991,85	
sonstige betriebliche Erträge	483,58	605,95	44,20
Materialaufwand	75.955,60	73.266,86	983,37
Personalaufwand	28.784,00	27.619,07	384,57
Abschreibungen	5.865,26	5.517,53	365,56
sonstige betriebliche Aufwendungen	11.145,38	12.272,73	2.024,86
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	41,05	37,51	17,21
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.953,93	1.757,22	157,82
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-1.312,63	-4.573,45	-1.788,42
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-89,89	439,39	25,17
sonstige Steuern	525,79	486,36	154,60
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	-1.748,53	-5.499,19	-1.968,19
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-1.748,53	-5.499,19	-1.968,19

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2021	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-1,73	-3,16	-95,25	%
Eigenkapitalrentabilität:	-17,03	-64,54	-80,15	%
Cash-Flow:	4.116,73	18,34	-1.602,63	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	212,41	211,35	1.055,28	T€
Personalaufwandsquote:	23,53	23,85	18,22	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2021	Angaben in
Sachanlagenintensität:	72,32	83,35	61,78	%
Eigenkapitalquote:	9,52	4,22	2,60	%
Fremdkapitalquote:	90,48	95,78	97,40	%

e) Lagebericht

A. Grundlagen des Unternehmens

1. Allgemeines

Die OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH – nachfolgend OGM genannt – ist eine 100%ige Tochter der Stadt Oberhausen.

Das umfangreiche Aufgabenspektrum der OGM umfasste bis zum 31.12.2020 u.a. die Durchführung von Baumaßnahmen, die Bereitstellung von beweglichen Sachanlagen, die Reinigung der Schulen, der städtischen Kindertageseinrichtungen und der städtischen Verwaltungsgebäude, die Versorgung der städtischen Gebäude mit Energie, die Pflege und den Betrieb der städtischen Friedhöfe, die Pflege der städtischen Sport- und Grünanlagen sowie den Betrieb von Sport- und Freizeitbädern. Leistungen im Bereich IT- Management wurden bereits zum 01. Januar 2020 auf die Stadt Oberhausen zurück übertragen.

Der Rat der Stadt Oberhausen hat in seiner Sitzung am 22. Juni 2020 die Entscheidung getroffen, dass der größte Teil der Geschäftsbereiche der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH ab dem 1. Januar 2021 auf die Stadt Oberhausen bzw. den Eigenbetrieb SBO Servicebetriebe Oberhausen der Stadt Oberhausen übergeht.

Der Großteil der Aufgaben der OGM GmbH wurde daher ab dem 01.01.2021 durch den neugegründeten Eigenbetrieb der Stadt Oberhausen bzw. die Stadt Oberhausen übernommen. Hierzu hat eine Spaltung nach den Vorschriften des Umwandlungsgesetzes stattgefunden. Zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen ist im Rahmen eines Spaltungs-

und Übernahmevertrags vereinbart worden, welche Vermögensgegenstände und Schulden sowie damit zusammenhängende Verträge von der OGM GmbH auf die Stadt Oberhausen übertragen werden.

Die Übertragung der Vermögensgegenstände und Schulden einschließlich der Verträge sind mit Eintragung der Spaltung im Handelsregister der OGM GmbH zum 16. Juli 2021 rechtlich wirksam geworden.

Aufsichtsgremium der Gesellschaft ist der Aufsichtsrat. Für die Zusammensetzung des Aufsichtsrates sowie der Unternehmensführung hat der Gesellschafter folgende Festlegungen getroffen:

Für den Aufsichtsrat der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH wird ein Frauenanteil von 30% festgelegt, der bis zum 30. Juni 2022 erreicht werden soll.

Auf der Ebene der Geschäftsführung legen wir eine Zielgröße von 30% fest, die bis zum 30. Juni 2022 zu erreichen ist, sofern mehr als ein Geschäftsführer bestellt ist.

Gemäß dem im Juli 2017 in Kraft getretenen Entgelttransparenzgesetz (EntgTranspG) hat die OGM erstmals im Jahr 2018 einen Bericht zu Maßnahmen zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern erstellt.

Dieser Bericht wurde am 27.07.2018 im Bundesanzeiger im Bereich "Rechnungslegung/Finanzberichte - Jahresabschlüsse" veröffentlicht.

2. Forschung und Entwicklung

Aus dem Aufgabengebiet eines kommunalen Dienstleisters heraus ergibt sich für die OGM nicht die Notwendigkeit zu Forschungstätigkeiten oder Produktentwicklungen.

B. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Gesamtwirtschaftliche Einflüsse

Die OGM unterliegt als 100%ige Tochter der Stadt Oberhausen den strengen Regelungen der §§ 107 ff. der Gemeindeordnung und kann daher ihre Leistungen lediglich im Konzern „Stadt Oberhausen“ erbringen. Damit unterliegt sie nur in begrenztem Umfang gesamtwirtschaftlichen Einflüssen. Hier sind insbesondere Preissteigerungen im Energiebereich, allgemeine Preissteigerungen sowie tarifliche Lohn- und Gehaltssteigerungen zu nennen. Pandemiebedingte Einflüsse sind allerdings bei der OGM ebenfalls zu verzeichnen.

Geschäftsverlauf

In der Vorperiode prognostizierte Wirtschaftsdaten waren nicht in allen Bereichen zutreffend. Abweichungen werden in der Plan/Ist-Analyse erläutert. Bezüglich der Finanzmittelströme wird auf die diesem Bericht beigefügte Kapitalflussrechnung verwiesen.

Beteiligungen

Die OGM hält eine Beteiligung an der Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH – ENO. Die Beteiligungsquote liegt unter 20 %.

C. Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage

1. Wirtschaftliche Entwicklung

Da die Stadt Oberhausen Hauptkundin der OGM ist, werden die Umsatzerlöse im Wesentlichen durch die von der Stadt Oberhausen gezahlten Entgelte geprägt.

Die Entgelte in EUR sind wie folgt zusammengesetzt:

	2021/EUR	2020/EUR
Mieterträge und Nebenkosten	2.066.353,410	9.561.419
Umsatzerlöse Objektmanagement und HOAI	0	87.070.774
Umsatzerlöse Einheitspreise aus LV	0	26.808.245
Umsatzerlöse Gebäudeunterhaltung	0	16.176.697
Umsatzerlöse Rechnungsjournale	0	14.137.859
Umsatzerlöse Bäderwesen	0	7.410.999
Erlöse Nutzungsentgelt	0	2.381.359
Umsatzerlöse Friedhöfe	0	1.955.658
Versicherungserträge	0	1.693.131
Umsatzerlöse Tiergehege	0	968.178
Pauschalentgelte	0	955.227
Sonstige allgemeine Umsatzerlöse	0	5.088.818
	2.066.353,41	174.208.364

Die Umsatzerlöse belaufen sich im Geschäftsjahr 2021 insgesamt auf 2,1 Mio. EUR. Im Vergleich zum Vorjahr ist dies eine Minderung um 172,1 Mio. EUR bzw. 98,8 %. Der Rückgang resultiert aus der Übertragung der wesentlichen Geschäftstätigkeiten der OGM auf die Stadt Oberhausen bzw. den Eigenbetrieb SBO der Stadt Oberhausen.

Der Materialaufwand liegt mit 1,0 Mio. EUR rd. 72,3 Mio. EUR (98,7 %) unter dem Vorjahr (73,3 Mio. EUR). Die Reduzierung korrespondiert mit dem Übergang der einzelnen Bereiche in die Stadt Oberhausen bzw. den Eigenbetrieb SBO der Stadt Oberhausen.

Die Personalkosten liegen mit 0,4 Mio. EUR rd. 27,2 Mio. EUR (98,6%) unter dem Vorjahresbetrag. Auch hier ist die Ursache die Übertragung der wesentlichen Geschäftstätigkeiten der OGM auf die Stadt Oberhausen bzw. den Eigenbetrieb SBO der Stadt Oberhausen.

Die Abschreibungen liegen mit 0,4 Mio. EUR rd. 5,1 Mio. EUR unter dem Vorjahresniveau und beruhen auf dem verbliebenen Anlagevermögen der OGM.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen belaufen sich auf 2,0 Mio. EUR und liegen 83,5% unter dem Vorjahreswert. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen beinhalten im Wesentlichen eine Ausbuchung einer Forderung gegenüber der Stadt Oberhausen in Höhe von 1,3 Mio., die durch die Übertragung eines Bankdarlehens auf die Stadt Oberhausen keine Vertragsgrundlage mehr hatte.

Das Betriebsergebnis liegt mit einem Verlust von 1,8 Mio. EUR um 1,5 Mio. EUR unter dem Vorjahr (3,3 Mio. EUR).

Das Finanzergebnis in Höhe von -0,1 Mio. EUR liegt um 1,6 Mio. EUR unter dem Vorjahr (91,8%).

Das Ergebnis nach Ertragsteuern beläuft sich auf -1,8 Mio. EUR (-3,2 Mio. EUR).

Nach sonstigen Steuern ergibt sich ein Jahresfehlbetrag von 2,0 Mio. EUR (5,5 Mio. EUR).

Die folgende Übersicht gibt einen Überblick über die Entwicklung einiger finanzieller Leistungsindikatoren sowie der Vermögens- und Kapitalstruktur.

	2017	2018	2019	2020	2021
Umsatzerlöse (T€)	99.583	94.825	101.315	174.208	2.066
Materialaufwandsquote	54%	61%	62%	64%	48%
Personalintensität	28%	23%	24%	24%	19%
Personalaufwand pro Kopf (T€)	44	44	47	48	192
Jahresergebnis (T€)	75	139	-1.749	-5.499	-1.968
Eigenkapital (T€)	10.130	10.269	8.520	3.021	488
Eigenkapitalquote	11,12%	10,36%	9,52%	4,22%	2,60%
Investitionen (T€)	2.320	3.618	4.612	1.886	0
Verschuldungsquote*	87,24%	88,38%	89,07%	94,50%	96,10%
Anlagevermögen	69.384	66.411	65.142	59.950	11.583
Anlagenintensität	76,15%	67,01%	72,80%	83,77%	61,84%
Abschreibungsintensität	5,87%	4,89%	4,82%	4,65%	17,69%

*=((Rückstellungen + Verbindlichkeiten)/Bilanzsumme)

2. Sonstiges

Notwendige Finanzierungen im Berichtsjahr erfolgten durch Kontokorrentkredite und Darlehen. Eine Kreditlinie wird ausschließlich bedarfsgerecht und flexibel mit Kreditinstituten vereinbart, da sich auf Grund des allgemeinen Zinsniveaus auch für nicht in Anspruch genommene Kontokorrentkredite Bereitstellungskosten etabliert haben.

Weitere Finanzierungsinstrumente wurden nicht eingesetzt.

3. Kapitalflussrechnung

Cashflowrechnung 2020	T€
1. Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	
Jahresergebnis	-1.968
Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	366
Zunahme/Abnahme (-) der Rückstellungen	197
Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge	1.259
Zunahme (-) / Abnahme (+) der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-64
Zunahme (+) / Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	1.469
	0
Zinsaufwendungen/Zinserträge	141
Ertragsteueraufwand/-ertrag	25
Ertragsteuerzahlungen	-4
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	1.421
2. Cashflow aus Investitionstätigkeit	
Erhaltene Zinsen	17
Cashflow aus Investitionstätigkeit	0
3. Cashflow aus Finanzierungsätigkeit	
Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von (Finanz-) Krediten	145
Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und (Finanz-) Krediten	-691
Gezahlte Zinsen	-157
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-703
Finanzmittelfonds	
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	735
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	1
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	736
Zusammensetzung des Finanzmittelbestands	
Liquide Mittel	736

D. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

1. Wirtschaftsplan 2022 / Finanzplanung 2022 ff.

Der Rat der Stadt Oberhausen hat in seiner Sitzung am 22. Juni 2020 die Entscheidung getroffen, dass der größte Teil der Geschäftsbereiche der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH ab dem 1. Januar 2021 auf die Stadt Oberhausen bzw. den Eigenbetrieb SBO Servicebetriebe Oberhausen der Stadt Oberhausen übergeht.

Die OGM wird unter Einbeziehung der zuvor beschriebenen Strukturveränderung und der damit einhergehenden finanziellen Auswirkungen für das Geschäftsjahr 2022 nicht von einer Erzielung eines Jahresüberschusses ausgehen. Vielmehr ergibt sich unter Berücksichtigung der veränderten Gegebenheiten ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 220 T€. Ein Investitionsplan ist für das Wirtschaftsplanjahr 2022 nicht erforderlich, da sowohl die Ersatz- und Neubeschaffungen im Bereich des beweglichen Anlagevermögens für den Bedarf der Stadt Oberhausen von dieser selbst durchgeführt wird als auch für den Eigenbedarf der OGM keine Investitionen notwendig sind. Bei der Finanzplanung für die nächsten fünf Jahre ist die Umsetzung der Umstrukturierungsplanungen der Gesellschafterin zu einer Neuordnung der OGM berücksichtigt.

2. Risikomanagement

Die OGM hat im Geschäftsjahr 2005 ein Risiko-Chancen-Management eingeführt. Es wurden grundsätzlich alle vier Monate Risiko-Inventuren durchgeführt, in denen eine Beschreibung der jeweiligen Risiken sowie die Eintrittswahrscheinlichkeit und die möglichen finanziellen Auswirkungen, aber auch Chancen in der künftigen Entwicklung, erfasst wurden.

Im Rahmen der Risiko-Inventuren wurden alle bestehenden oder abzusehenden Risiken wirtschaftlicher, finanzieller, fachlicher und personeller Art erfasst, soweit sie sich nicht grundsätzlich aus dem Betrieb eines Objektes oder aus gesetzlichen und allgemeinen vertraglichen Regelungen ergeben.

Aufgrund der seit der Abspaltung mit Wirkung zum 01.01.2021 stark reduzierten Größe des Unternehmens, der Art der Geschäftstätigkeit und der engen Einbindung der Geschäftsführung in das operative Geschäft des Unternehmens, die es erlaubt, latente Risiken rechtzeitig zu erkennen, wurden im Berichtsjahr keine Risikoinventuren durchgeführt.

Die Stadt Oberhausen als 100%ige Gesellschafterin beabsichtigt, ihr Immobiliengeschäft neu zu ordnen. In diesem Zusammenhang wird die OGM auf eine neu zu gründende Gesellschaft voraussichtlich zum 01.01.2023 übertragen.

3. Steuerung des Unternehmens

Der Dienstleister der OGM stellt der OGM sein Controlling zur Verfügung. Hier erfolgen in Zusammenarbeit mit der Geschäftsführung der OGM Analysen im Rahmen von Plan- / Ist-Vergleichen auf der Basis eines detaillierten Kostenstellen- und Auftragsnummernsystems. Das entsprechende Datenmaterial wird quartalsmäßig zur Verfügung gestellt und ermöglicht diesen eine zeitnahe Steuerung.

E. Sonstige Angaben

1. Besetzung der Geschäftsführung

Die Geschäftsführung ist wie folgt besetzt:

Hartmut Schmidt Angestellter
Sprecher der Geschäftsführung

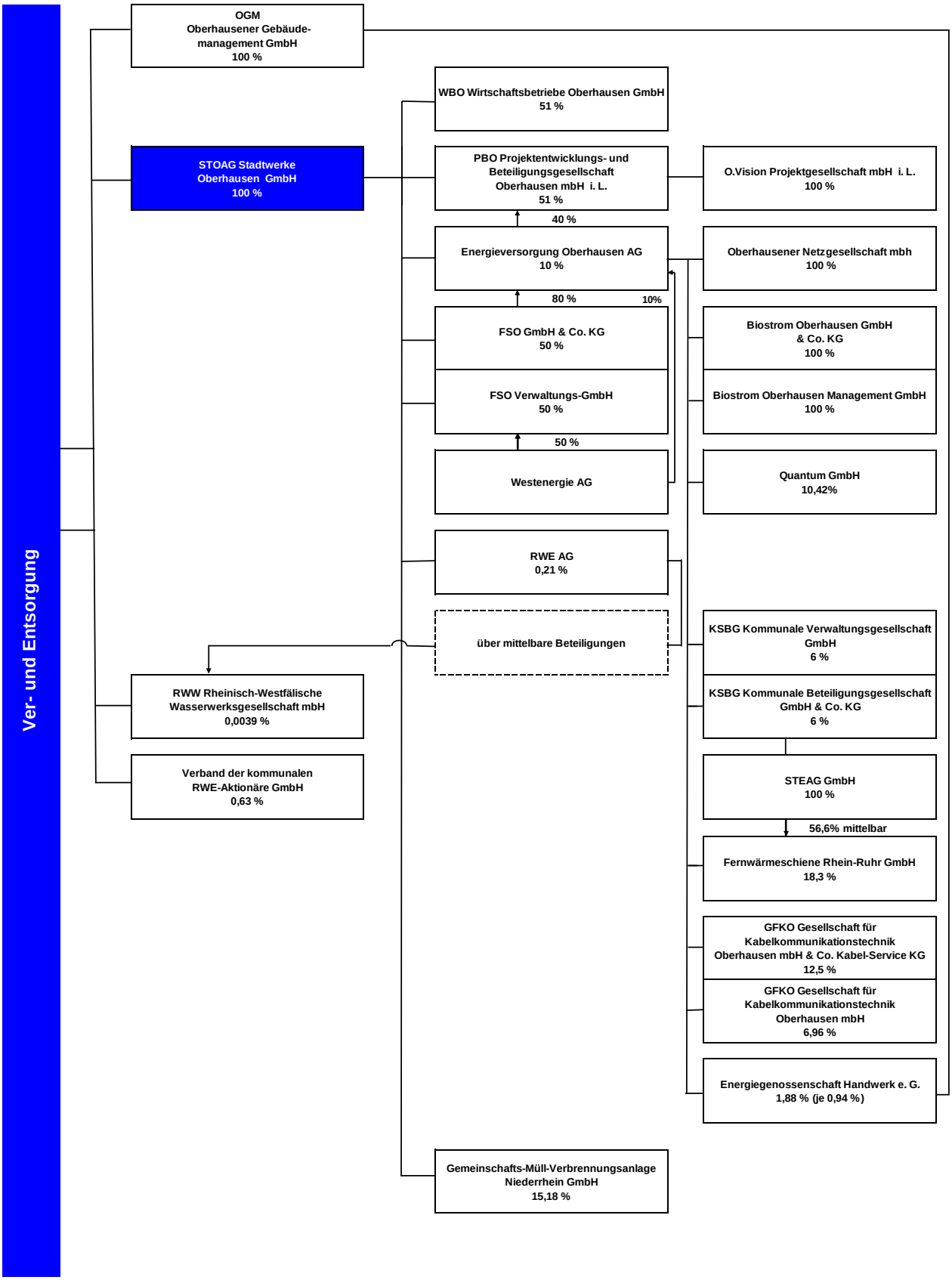
Horst Kalthoff Diplom-Ingenieur, Architekt
Beamter der Stadt Oberhausen

Es wird versichert, dass im Lagebericht nach bestem Wissen der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Gesellschaft so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird und dass die wesentlichen Chancen und Risiken beschrieben sind.

Oberhausen, 12. April 2022

Oberhausener Gebäudemanagement GmbH (OGM)

Hartmut Schmidt / Horst Kalthoff
Geschäftsführung


Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100 %
STOAG Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
Verband der kommunalen
RWE-Aktionäre GmbH
0,63 %
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH
51 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesellschaft
Oberhausen mbH i. L.
51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH i. L.
100 %
40 %
Energieversorgung Oberhausen AG
10 %
Oberhausener Netzgesellschaft mbh
100 %
80 %
10%
FSO GmbH & Co. KG
50 %
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100 %
FSO Verwaltungs-GmbH
50 %
Biostrom Oberhausen Management GmbH
100 %
50 %
Westenergie AG
Quantum GmbH
10,42%
RWE AG
0,21 %
über mittelbare Beteiligungen
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft
GmbH
6 %
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co. KG
6 %
STEAG GmbH
100 %
56,6% mittelbar
Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH
18,3 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG
12,5 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH
6,96 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G.
1,88 % (je 0,94 %)
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,18 %

STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Max-Eyth-Str. 62
46149 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/ 835 55
Fax	0208/ 835 5009
e-Mail	info@stoag.de
Internet	http://www.stoag.de

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 25.600,00

Gesellschafter:

	T€	%
Stadt Oberhausen	25.600,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Bedienung des Nahverkehrs sowie die Beteiligung an Energieversorgungs- und anderen Ver- und Entsorgungsunternehmen. Daneben kann das Unternehmen andere, ihm von der Stadt Oberhausen zugewiesene Aufgaben wahrnehmen.
Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Rechtsgeschäften berechtigt, durch die der vorgenannte Gesellschaftszweck auch mittelbar gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben an anderen Unternehmen beteiligen, fremde Unternehmen erwerben sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

evo Energieversorgung Oberhausen AG	Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag zwischen der von der STOAG und der RWE Rhein-Ruhr AG im Geschäftsjahr 2003 gegründeten FSO GmbH & Co. KG und der evo vom 16.12.2003
evo Energieversorgung Oberhausen AG	Geschäftsbesorgungsvertrag zwischen der evo und der STOAG vom 24.09.2004 im Rahmen der kaufmännischen Verwaltung für die STOAG
Mülheimer Verkehrsgesellschaft mbH	Betriebsführungsvertrag zwischen den Betrieben der Stadt Mülheim an der Ruhr und der STOAG in der Fassung vom 27.05.2010 (Straßenbahn).
Stadt Oberhausen	Gestattungs- und Nutzungsvertrag über den Personennahverkehr zwischen der Stadt Oberhausen und der STOAG in der Fassung vom 12.01.2007 sowie Zusatzvereinbarung über die Einrichtung eines rechnergesteuerten Betriebsleitsystems vom 29.11.1989
Verkehrsverbund Rhein Ruhr	Vertragswerk über den Verkehrsverbund Rhein Ruhr (VRR) i.d.F. vom 31.12.1989 bestehend aus: - der Zweckverbandssatzung für den Zweckverband VRR - Satzung der Verkehrsverbund Rhein-Ruhr AöR - Richtlinie zur Finanzierung des ÖSPV im Verkehrsverbund Rhein-Ruhr - dem Kooperationsvertrag für den VRR - dem Einnahmenaufteilungsvertrag

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2021)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Overkamp, Werner
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Bongers, Sonja
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Osmann, Denis
	1. stellv. Vorsitzender	Real, Ulrich
	2. stellv. Vorsitzender	Pecheol, Sebastian
	Mitglied gem. § 113 GO	Tsalastras, Apostolos
	Mitglied	Bischoff, Jörg
	Mitglied	Blanke, Andreas
	Mitglied	Brodrick, Helmut
	Mitglied	Bruckhoff, Peter
	Mitglied	Karacelik, Yusuf
	Mitglied	Müthing, Christa
	Mitglied	Wolter, Marita
	Mitglied (AN)	Kamps, Thorsten
	Mitglied (AN)	Michalik, Manfred
	Mitglied (AN)	Ricken, Norbert
	Mitglied (AN)	Koca, Vedat
Prokura:	Prokurist	Achterfeld, Uwe
	Prokurist	Thurm, Stefan
	Prokurist	Walenciak, Olaf

c) Beteiligungen

unmittelbar	**T€**	**%**
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	12,50	4,22
evo Energieversorgung Oberhausen AG	2.600,00	10,00
FSO GmbH & Co.KG	15,00	50,00
FSO Verwaltungs-GmbH	15,00	50,00
GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH	38,81	15,18
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH i.L.	130,38	51,00
RWE Aktiengesellschaft	3.012,68	0,19
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	637,50	51,00
mittelbar	**T€**	**%**
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG	500,00	50,00
Biostrom Oberhausen Management GmbH	12,50	50,00
Energiegenossenschaft Handwerk e.G.	0,50	0,47
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	12,63	4,26
evo Energieversorgung Oberhausen AG	10.400,00	40,00
Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH	11,04	11,04

Fernwärmeversorgung Niederrhein GmbH	124,80	0,78
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH	0,80	3,48
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG	8,95	6,25
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG	0,03	3,00
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH	3,00	3,00
Oberhausener Netzgesellschaft mbH	25,00	50,00
OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH i.L.	17,75	71,00
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH i.L.	51,13	20,00
Projektgesellschaft FIBE S.p.A., Neapel/Italien		0,01
Quantum GmbH	41,25	4,37
STEAG Fernwärme GmbH	615,00	3,00
STEAG GmbH	3.840,00	3,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2019		2020		2021		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	66.128,32	83,9	70.138,06	86,3	66.828,30	82,4	-3.309,76	-4,72
Umlaufvermögen	12.646,40	16,0	10.719,52	13,2	13.882,78	17,1	3.163,26	29,51
Rechnungsabgrenzungsposten	49,31	0,1	453,51	0,6	369,16	0,5	-84,35	-18,60
Bilanzsumme	**78.824,03**	**100,00**	**81.311,09**	**100,00**	**81.080,24**	**100,00**	**-230,85**	**-0,28**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	31.577,63	40,1	31.577,63	38,8	31.577,63	38,9	0,00	0,00
Sonderposten mit Rücklagenanteil	259,82	0,3	2.095,83	2,6	1.429,82	1,8	-666,01	-31,78
Rückstellungen	14.357,46	18,2	15.294,38	18,8	15.512,07	19,1	217,69	1,42
Verbindlichkeiten	32.441,71	41,2	32.238,76	39,6	32.424,16	40,0	185,40	0,58
Rechnungsabgrenzungsposten	187,41	0,2	104,49	0,1	136,56	0,2	32,07	30,69
Bilanzsumme	**78.824,03**	**100,00**	**81.311,09**	**100,00**	**81.080,24**	**100,00**	**-230,85**	**-0,28**

bb) GuV

	2019	2020	2021
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	30.815,66	26.067,47	25.170,03
sonstige betriebliche Erträge	3.690,98	9.130,26	9.145,16
Materialaufwand	15.859,99	17.043,80	17.502,97
Personalaufwand	24.822,33	25.209,55	25.236,32
Abschreibungen	4.707,40	4.671,18	4.586,89
sonstige betriebliche Aufwendungen	4.920,26	5.010,65	4.620,41
Erträge aus Beteiligungen	8.987,76	6.542,94	8.909,32
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	823,86	1.147,46	1.383,34
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	8,61	47,30	40,49
Aufwendungen aus Verlustübernahmen	50,00	50,00	50,00
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.092,18	899,43	809,04
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-7.125,31	-9.949,19	-8.157,29
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00	11,23	-5,04
sonstige Steuern	87,60	125,39	125,94
Erträge aus Verlustübernahmen	7.212,91	10.085,81	8.278,19
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	0,00	0,00	0,00
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,00	0,00	0,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2021	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-23,41	-38,69	-32,89	%
Eigenkapitalrentabilität:	-22,84	-31,94	-26,22	%
Cash-Flow:	-2.505,52	-5.414,62	-3.691,30	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	84,16	84,61	83,09	T€
Personalaufwandsquote:	71,93	71,62	73,54	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2021	Angaben in
Sachanlagenintensität:	45,36	48,79	44,83	%
Eigenkapitalquote:	40,06	38,84	38,95	%
Fremdkapitalquote:	59,94	61,16	61,05	%

e) Lagebericht

1. Geschäftstätigkeit und Unternehmensziele

Die STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH (STOAG) ist als hundertprozentige Tochter der Stadt Oberhausen der kommunale Anbieter für den Bus- und Straßenbahnverkehr in Oberhausen. Als moderner, intermodaler Verkehrsdienstleister mit rund 440 Beschäftigten sorgt die STOAG mit emissionsarmen und emissionsfreien Fahrzeugen für umweltfreundliche Mobilität und leistet damit einen wichtigen Beitrag sowohl zum Klimaschutz in der Stadt als auch zur Erreichung der Klimaziele 2030.

Diese Unternehmensziele stehen gleichberechtigt im Mittelpunkt des wirtschaftlichen und strategischen Handelns:
- Wahrnehmung der Regie- und Managementaufgaben für den kommunalen ÖPNV
- Optimierung der Marktfähigkeit und Wirtschaftlichkeit des Unternehmens
- Sicherung der Leistungsfähigkeit des ÖPNV
- Sicherung der Arbeitsplätze
- Weiterentwicklung einer umweltverträglichen Mobilität
- Sensibilisierung für die Mobilitätswende

2. Rahmenbedingungen

Die Einwohnerzahl der Stadt Oberhausen ist erneut leicht zurückgegangen. Zum Stichtag 31. Dezember 2021 leben 210.041 Bürgerinnen und Bürger in der Stadt, 940 Personen weniger als im Vorjahr (210.981).

Der Bestand an Kraftfahrzeugen liegt bei 620 Fahrzeugen pro 1.000 Einwohner und damit erneut über dem Vorjahresbestand von 604 Fahrzeugen pro 1.000 Einwohner. Die Arbeitslosenquote in Oberhausen ist nahezu konstant geblieben und beträgt im Jahresdurchschnitt 10,5 % (2020: 10,6 %).

Laut der aktuellen Pendler-Statistik des Landesamtes IT.NRW (Datenstand 2020) beträgt die Quote der Einpendler nach Oberhausen 51,8 % (47.026) der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, der Anteil der Auspendler beträgt 55,9 % (55.469).

Die coronabedingten Restriktionen haben Einfluss auf die touristische Entwicklung in Oberhausen. Die Zahl der Übernachtungen ist laut Statistischem Landesamt IT.NRW gegenüber dem Vorjahr um 20,4 % auf 332.846 gestiegen, liegt damit aber immer noch unter dem Niveau von 2019.

Novelle Personenbeförderungsgesetz

Am 26. März 2021 hat der Bundesrat dem vom Bundestag beschlossenen Gesetzentwurf für ein neues Personenbeförderungsgesetz (PBefG) zugestimmt. Das Gesetz, das seit 1. August in Kraft ist, enthält einen neuen Rechtsrahmen für digitale Mobilitätsangebote. Neu eingeführt wird innerhalb des ÖPNV der Linienbedarfsverkehr, bei dem die Fahrgäste die Beförderung zwischen bestimmten Einstiegs- und Ausstiegspunkten innerhalb eines festgelegten Gebietes bestellen. Die Aufgabenträger bestimmen in den Nahverkehrsplänen, in welchen Gebieten und zu welchen Zeiten der Linienbedarfsverkehr angeboten werden darf.

Corona

Die Coronapandemie beeinflusst das öffentliche und private Leben im Jahr 2021. Der Ausnahmezustand wird zum Normalzustand. Stark schwankende Inzidenzen im Verlauf des Jahres führen zu regelmäßigen Anpassungen der Gesetze, Verordnungen und Verfügungen und schränken das öffentliche Leben in unterschiedlichem Maße ein.

In Oberhausen beginnt das Jahr mit einer Ausgangssperre in den Abend- und Nachtstunden und einer Inzidenz von 126 (1. Januar 2021). Während im Februar und März die Infektionszahlen sinken, steigen sie im April stark an. Eine erneute Ausgangssperre schränkt in Oberhausen das Geschehen zwischen 22 und 5 Uhr ein. Trotz sinkender Nachfrage wird das Angebot an Bussen und Bahnen in nahezu vollem Umfang weiter aufrechterhalten, um den Bürgerinnen und Bürgern ein umfassendes Angebot und gleichzeitig durch hohe Frequenzen mehr Platz je Fahrgast anbieten zu können. Nur am Wochenende legen Busse und Straßenbahnen ab Mitte März eine Betriebspause zwischen 00:30 und 04:00 Uhr ein, der Revierflitzer® fährt weiter.

Am 1. Mai erreicht die Inzidenz in Oberhausen einen Wert von 159. Ab Juni sinkt die Inzidenz deutlich und konstant, viele Restriktionen werden gelockert. Die Regelungen der bundesweiten "Notbremse", die ab einer Inzidenz über 100 zur Geltung kamen, laufen zum 30. Juni aus. Das Leben kehrt zurück, Außen- und Innengastronomie öffnen, Volksfeste und Kulturveranstaltungen innen und außen können unter Auflagen mit bis zu 1.000 Besuchern stattfinden. Die NachtExpress-Linien verkehren ab Ende Mai am Wochenende wieder rund um die Uhr. Ab 1. September sind Sportfeste ohne Personenbegrenzung möglich. Mit Beginn des neuen Schuljahres startet der Präsenzunterricht an den Schulen. Wie schon im Vorjahr unterstützen flexibel eingesetzte Verstärkerbusse im Schülerverkehr das reguläre Angebot. Das Land Nordrhein-Westfalen fördert die Mehrausgaben für zusätzlich eingesetzte Fahrzeuge im Schülerverkehr.

Im November steigen mit der Omikron-Virusvariante die Inzidenzen bundesweit rasant an, in Oberhausen erreicht die Inzidenz am 1. Dezember den Wert von 289. Ab dem 24. November werden bundesweit 2G-Regeln im Kultur- und Freizeitbereich eingeführt, sodass der Besuch von Veranstaltungen und Einrichtungen im Kultur-, Sport- und Freizeitbereich nur noch immunisierten Personen gestattet ist, die vollständig geimpft oder genesen sind. Darunter fallen Besuche von Restaurants, Gaststätten, Museen, Ausstellungen, Konzerten, Theatern, Kinos, Tierparks, Freizeitparks und Schwimmbädern. Der Besuch von Sportveranstaltungen, Weihnachtsmärkten und Volksfesten fällt ebenfalls unter diese Regelung. Im Bereich von nicht freizeitbezogenen Einrichtungen und Veranstaltungen bleiben bestehende 3G-Regelungen erhalten. Im öffentlichen Nahverkehr gilt die 3G-Regelung.

Die Politik hat auch im Jahr 2021 die Verkehrsunternehmen aufgefordert, ihre Angebote während der Pandemie trotz deutlicher Fahrgastrückgänge möglichst uneingeschränkt aufrechtzuerhalten. Bund und Länder spannen deshalb den zweiten ÖPNV-Rettungsschirm auf, um die pandemiebedingten Einnahmeverluste auszugleichen. Das Land NRW stellt 278 Mio. EUR zur Verfügung.

3. Geschäftsentwicklung und Lage

Fahrgäste

Die pandemiebedingten Einschränkungen mit einem sechsmonatigen Lockdown zu Beginn des Jahres 2021, ein flächendeckender Ausfall des Präsenzunterrichts an Schulen, die gesetzliche Pflicht zum Homeoffice sowie die 2G-Regel im öffentlichen Leben reduzieren Fahrtanlässe. Hinzu kommt die Aufforderung seitens der Politik, persönliche Kontakte zu

reduzieren. Das System ÖPNV wird trotz Widerlegung durch die umfangreiche Studie der Charité Research Organisation zum Infektionsgeschehen im ÖPNV mit einem erhöhten Infektionsrisiko in Verbindung gebracht. Diese Entwicklung führt auch im Jahr 2021 zu einer reduzierten Nutzung von Bussen und Straßenbahnen und zu einem Fahrgastrückgang in Höhe von rund 24 % gegenüber dem Vor-Corona-Jahr 2019. Insgesamt haben 26,2 Mio. Fahrgäste die Busse und Straßenbahnen der STOAG benutzt.

Mit Ausnahme des Bartarifs und des 7-TageTickets sind die Fahrgastzahlen bei allen Ticketarten rückläufig.

Während viele Abonnenten im Jahr 2020 noch ihr Abo behalten haben, nehmen die Kündigungen im Jahr 2021 auch bei dieser Kundengruppe zu. Hier liegt der Rückgang bei 13,3 %.

Die Nachfrage nach monatlich zu erwerbenden Zeitfahrausweise ist abhängig von den Einschränkungen des öffentlichen Lebens. So steigt mit den Lockerungen der Kontaktbeschränkungen im Sommer sowie mit Schul- und Ausbildungsbeginn im Herbst die Nachfrage bei den Monatskarten. Im Jahresmittel jedoch reduziert die Anzahl der Fahrgäste mit monatlich zu erwerbenden Zeitfahrausweisen um 14,6 %. Insbesondere bei den Monatskarten für preisbewusste ÖPNV-Nutzer, also den beiden 9-Uhr Varianten, sind mit über 19 % die höchsten Rückgänge zu verzeichnen. Dieser Trend zeigt sich auch beim SozialTicket, genannt MeinTicket. Mit 21,3 % weniger Fahrgästen ist das SozialTicket von allen Zeitkarten am stärksten rückgängig, da gerade in den günstigeren Ticketsegmenten konkrete Fahrtanlässe gegeben sein müssen.

Auch die Nachfrage nach Online-Tickets korreliert stark mit den Inzidenzwerten und ihren Folgen. Das 7-Tage-Ticket beispielsweise weist Fahrgastzuwächse in Höhe von 15,7% auf und ist ein Beleg dafür, dass sich Fahrgäste während der Pandemie nicht längerfristig binden möchten.

Die Entwicklung der Fahrgastzahlen im Zeitkartenbereich über alle Ticketarten reduziert sich gegenüber dem Vorjahr um 15 %.

Wie bereits im Vorjahr ist auch der Ausbildungsverkehr von den Auswirkungen der Pandemie stark betroffen. Im gesamten Ausbildungsverkehr (Schüler und Auszubildende) reduzieren sich die Fahrgastzahlen 9,2 % im Vergleich zum Vorjahr. Im Schülerbereich sinken die Fahrgastzahlen um 7,4 %, bei den Auszubildenden, die mit einer Monatskarte mobil sind, gibt es einen Rückgang um 33,2 %. Auch der Ausbildungsbeginn im September konnte diesen negativen Trend nicht auffangen. Bei den YoungTicketPlus-Abonnenten liegt der Rückgang bei 15,3 %.

Eine positive Entwicklung ist bei den Gelegenheitskunden zu verzeichnen, die für ihre Fahrten den Bartarif in Anspruch nehmen. Hier liegt der Zuwachs über alle Ticketarten bei 23,6 %. Diejenigen, die nicht regelmäßig den öffentlichen Personennahverkehr nutzen, haben meist auf eine Bevorratung von Mehrfahrtentickets verzichtet. Dies zeigt sich anhand des Fahrtenrückgangs um 13,2 %. Stattdessen werden mehr Fahrten mit dem EinzelTicket (48,9 %) oder dem 4-Stunden-Ticket (31,7 %) durchgeführt.

Tabelle der Fahrgastentwicklung im Vergleich zum Vorjahr *
(ohne VRR-Zuscheidungen, EBE und Schwerbehinderte)

	2020	**2021**	**Abweichung**
Bartarif Einzel-/Mehrfahrten/TagesTickets	1.193.677	1.475.622	+23,6 %
Zeitfahrausweise Ticket1000/Ticket2000 SozialTicket	1.128.305 1.802.976	963.814 1.419.444	-14,6 % -21,3 %
Abonnement Ticket1000/Ticket2000/BärenTicket FirmenTicket	6.472.918	5.611.837	-13,3 %
Ausbildungsverkehr Schoko-/YoungTicket	11.201.013	10.168.274	-9,2 %

*Zum 1. Januar 2022 wurde keine Tarifanpassung vorgenommen. Es gelten wieder die Preise vor der Mehrwertsteuerabsenkung (Ausnahmen Preisstufe D). Aufgrund der geringen Inanspruchnahme des ÖPNV wurden ab März 2020, zunächst befristet bis Dezember 2021, die Fahrtenhäufigkeiten im Zeitkartenbereich um 15 % abgesenkt.

Betriebsleistung

Im Jahr 2021 beträgt die Summe der Nutzwagenkilometer (Nwkm) 9,12 Mio. Hiervon entfallen 8,74 Mio. Nwkm auf den Busverkehr und 0,38 Mio. Nwkm auf den Straßenbahnverkehr. Damit liegen die Nutzwagenkilometer im Jahr 2021 um 5 % über dem Vorjahreswert, obwohl aufgrund der Schulschließungen vorübergehend keine Einsatzwagen gefahren sind und aufgrund der Einschränkungen in den Abend- und Nachtstunden das nächtliche Angebot temporär eingeschränkt wurde. Die erhöhten Nutzwagenkilometer sind u. a. zurückzuführen auf die Übernahme zusätzlicher Leistungen auf den Linien 935 und 939 im Rahmen des Naturalausgleichs für die Linie 907.

Ertragslage

Das Betriebsergebnis der STOAG beträgt -17.631 T€ (Vorjahr: -16.737 T€). Der Finanzierungsbetrag der Stadt Oberhausen verringerte sich von 10.086 T€ im Jahr 2020 um 1.808 T€ auf 8.278 T€ für das Jahr 2021.

Im Geschäftsjahr 2021 erzielte die STOAG Umsatzerlöse in Höhe von 25.170 T€. Diese lagen mit 897 T€ unter dem Vergleichswert des Vorjahres (26.067 T€). Darin enthalten sind die Verkaufserlöse, die sich im Vergleich zum Vorjahr (24.212 T€) auf 22.706 T€ verringert haben.

Die Abgeltungszahlungen für die unentgeltliche Beförderung von Schülern und Studenten, die sogenannte Ausbildungsverkehr-Pauschale gemäß § 11a ÖPNVG NRW (vormals § 45a PBefG), wurden im Jahr 2021 in Höhe von 1.191 T€ ausgezahlt (Vorjahr: 1.205 T€).

Bei Aufstellung des Jahresabschlusses lagen vom VRR die endgültigen Auswertungen zur Einnahmeaufteilung 2021 vor. Daraus hat die STOAG zusätzliche Erträge in Höhe von 208 T€ generiert. Im Jahresergebnis 2021 wurden dadurch bedingt nur die geleisteten Anzahlungen auf die Einnahmeaufteilung 2021 in Höhe von -826 T€ bei den Übersteigerbeträgen (Kommunale Verkehrsunternehmen, Deutsche Bahn AG und Busverkehr Rheinland GmbH) berücksichtigt. Eine Rückstellung für Zahlungsverpflichtungen aus der Einnahmeaufteilung 2021 wurde nicht gebildet.
Die sonstigen Umsatzerlöse belaufen sich im Geschäftsjahr auf 984 T€.

Das ÖPNVG NRW sieht ab dem Jahr 2017 vor, dass von dem Anteil der durch die Aufgabenträger für Zwecke des ÖPNV weiterzuleitenden ÖPNV-Pauschale gemäß § 11 Abs. 2 ÖPNVG NRW mindestens 30 % der ÖPNV-Pauschale innerhalb des europarechtlichen Rahmens „als Anreiz zum Einsatz neuer und barrierefreier Fahrzeuge“ an öffentliche und private Verkehrsunternehmen weiterzuleiten sind.

Es entfallen 1.338 T€ auf Alternative B (Ausbildungsverkehr). Weitere 584 T€ werden investiv für die Beschaffung und den Einsatz neuwertiger Fahrzeuge verausgabt. Diese Mittel wurden mittels Änderungsbescheid im Dezember 2021 beschieden und nach Bestandskraft an die STOAG ausgezahlt. Die STOAG hat diese Mittel im laufenden Geschäftsjahr mit den Anschaffungskosten der Solo- und Gelenkbusse der Busbeschaffung 2022 verrechnet.

Die sonstigen betrieblichen Erträge veränderten sich von 7.818 T€ auf 7.807 T€.

Die STOAG hat im Rahmen des ÖPNV-Rettungsschirms 2021 einen Gesamtbetrag in Höhe von 5.946 T€ erhalten. Im Geschäftsjahr 2021 wurden aus der endgültigen Abrechnung des ÖPNV-Rettungsschirms 2020 530 T€ zurückbezahlt. Im Jahresabschluss 2020 wurde dafür bereits eine Rückstellung in Höhe von 376 T€ gebildet, so dass das Jahresergebnis 2021 nur mit dem überschüssigen Betrag in Höhe von 155 T€ belastet wurde. Ebenso wurde im Rahmen des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2021 eine Rückstellung in Höhe von 402 T€ für etwaige Rückzahlungsverpflichtungen aus dem ÖPNV-Rettungsschirm eingebucht. Hintergrund ist, dass die Einnahmeverluste der STOAG entgegen der Prognoserechnung des VRR aus dem Frühjahr 2020, welche Basis für die Ermittlung des Schadens aus Fahrgeldmindereinahmen innerhalb des ÖPNV-Rettungsschirms waren, nicht in dieser Höhe eingetreten sind. Im Jahresergebnis 2021 sind somit 5.391 T€ als Ertrag aus dem ÖPNV-Rettungsschirm 2021 eingeflossen.

Weiterhin sind im Geschäftsjahr insbesondere Auflösungen von Rückstellungen in Höhe von 482 T€ sowie Erträge aus dem Projekt „Soziale Teilhabe“ (442 T€) enthalten.

Somit ergeben sich im Geschäftsjahr Gesamtbetriebserträge in Höhe von 34.315 T€ (Vorjahr: 35.198 T€).

Der Materialaufwand erhöhte sich von 17.044 T€ auf 17.503 T€. Die Steigerung beruht auf erhöhten Aufwendungen für die Erbringung der Fahrleistung durch Subunternehmer und erhöhte Aufwendungen für Energiestoffe (Diesel).

Der Personalaufwand veränderte sich geringfügig von 25.210 T€ auf 25.236 T€. Die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ohne Geschäftsführung, Auszubildende, geringfügig Beschäftigte und Mitarbeitende in der Ruhephase der Altersteilzeit veränderte sich von 416 zu Beginn des Jahres 2021 auf 417 am Jahresende.

Die Abschreibungen reduzierten sich geringfügig von 4.671 T€ auf 4.587 T€.

Der sonstige betriebliche Aufwand betrug im Jahr 2021 4.620 T€ und ist gegenüber dem Vorjahr (5.011 T€) um 391 T€ gesunken.

Das Finanzergebnis veränderte sich um 83 T€ von -852 T€ auf -769 T€.

Die Erträge aus Beteiligungen erhöhten sich um 2.366 T€ auf 8.909 T€. Die Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens erhöhten sich um 236 T€ auf 1.383 T€.

Die oben beschriebenen Sachverhalte führten dazu, dass sich der durch die Stadt Oberhausen zu übernehmende Finanzierungsbetrag für das Wirtschaftsjahr 2021 von 10.086 T€ im Jahr 2020 um 1.808 T€ auf 8.278 T€ verringerte.

Vermögens- und Finanzlage

Die Bilanzsumme der STOAG zum 31. Dezember 2021 betrug 81.080 T€. Die Veränderung zum Vorjahreswert (81.311 T€) resultiert im Wesentlichen aus der Verminderung des Sachanlagevermögens um 3.328 T€.

Im Sonderposten für Investitionszuwendungen zum Anlagevermögen sind erhaltene Zuschüsse beispielsweise für das Projekt „Digitales Funksystem“, die noch nicht mit getätigten Investitionen verrechnet werden können, sowie den noch zu verrechnenden Zuschüssen des VRR für die Beschaffung von E-Bussen (584 T€).

Die Rückstellungen belaufen sich auf 15.512 T€ und sind gegenüber dem Vorjahr (15.294 T€) um 218 T€ gestiegen. Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen erhöhten sich auf 9.174 T€ (Vorjahr: 9.034 T€).

Die Verbindlichkeiten in Höhe von 32.424 T€ blieben im Vergleich zum Vorjahr (32.239 T€) nahezu unverändert. Darin enthalten sind die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von 21.364 T€, die sich bedingt durch geleistete Tilgungen im Vergleich zum Vorjahr (26.675 T€) um 5.311 T€ reduzierten. Eine Kreditaufnahme ist im Jahr 2021 nicht erfolgt. Weiterhin sind die um 1.458 T€ verminderten Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (3.033 T€) sowie die im Wesentlichen um eine kurzfristige Darlehensgewährung von 5.350 T€ erhöhten Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen auf 5.692 T€, enthalten.

Investitionen und Förderprojekte

Die Summe der Investitionen belief sich im Geschäftsjahr 2021 auf 1.458 T€. Größte Position sind mit 511 T€ die sanierten Brücken Lipperfeld und Fahrnhorststraße aus dem ÖPNV-Investitionsprogramm sowie das Projekt zur Erhebung von Fahrgastbewegungsdaten (210 T€).

Die wirtschaftliche Lage und Entwicklung der STOAG im Berichtsjahr wird seitens der Geschäftsführung als gut bewertet.

4. Risikobericht

Zur Sicherung der Unternehmensziele, des künftigen Erfolges des Unternehmens sowie zur Senkung der Risikokosten führt die STOAG jährlich eine Risikoinventur durch. Damit Risiken frühzeitig erkannt und rechtzeitig angemessene Gegensteuerungsmaßnahmen ergriffen werden können, ist bei der STOAG ein Risikomanagementsystem gemäß dem Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) implementiert.

Risikopaten stufen alle erfassten Risiken hinsichtlich ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit und ihrer Auswirkung ein. Die Risiken werden nicht nur auf die mit den Risiken verbundenen Kosten, Erlöseinbußen, Margenverluste oder Betriebsunterbrechungen untersucht, sondern auch der Einfluss auf Ressourcen, wie z. B. Personenschäden oder Imageverlust werden analysiert.

In der Risikoinventur 2021 wurden dieselben sechs Risiken wie im Vorjahr erfasst. Die Bewertung der Risiken hat sich nicht verändert.

Beim Risiko „Ausfall EFM-System“ kann es durch den Ausfall von Verkaufsgeräten in den verschiedenen Vertriebswegen zu Einnahmeeinbußen beim Barverkauf kommen. Zur Risikominimierung wurden im Jahr 2021 die Bordrechner und Fahrscheindrucker in allen Fahrzeugen ausgetauscht. Die Systemerneuerung wurde weitgehend abgeschlossen.

Keines der erfassten Risiken wurde als inakzeptabel eingestuft. Für die STOAG wurde kein Risiko identifiziert, das von den Risikopaten in seiner Auswirkung als bestandsgefährdend und dessen Eintrittswahrscheinlichkeit als relativ hoch betrachtet wird.

5. Ausblick und Prognose

Fahrgastentwicklung und Kundenbindung

Die COVID-19-Pandemie prägt das Jahr 2021. Fahrgäste mit Masken, Kundengespräche hinter Trennscheiben und Videokonferenzen aus dem Homeoffice bestimmen das tägliche Handeln und sind zur Normalität geworden. Dies hat Auswirkungen auf die Arbeitswelt, das Lern- und Freizeitverhalten und damit auf die Mobilität. Der Fahrgastrückgang bei Bus und Bahn infolgedessen ist unvermeidlich. Jeder Einschränkung und jeder Lockerung folgt eine umgehende Reaktion der Kunden, deutlich spürbar im Umsatz und bei den Fahrgastzahlen.

Die Entwicklung der Fahrgastzahlen und der Einnahmen lässt sich gegenwärtig nur schwer prognostizieren. Die Zunahme der Fahrgastzahlen im Bartarif ist Anlass zu vorsichtigem Optimismus. Sofern Fahrtanlässe vorhanden sind, werden diese von den Kunden genutzt und Fahrten durchgeführt. Die dauerhafte Kundenbindung im Abonnementbereich und bei Monatskarten gestaltet sich indes schwieriger. Eine vom Verkehrsverbund Rhein-Ruhr und der Industrie- und Handelskammer Nord Westfalen beauftragte Studie kommt zum Ergebnis, dass rund ein Viertel aller Arbeitnehmenden künftig voraussichtlich an einigen Tagen in der Woche im Homeoffice oder mobil arbeiten werden. Flexible Angebote wie das FlexTicket oder der neue E-Tarif eezy bieten Möglichkeiten, ohne langfristige Bindung, ohne Vorlauf und ohne Zugangsbarrieren den ÖPNV zu nutzen.

Die vom VRR im August 2021 erstellte Prognose sieht Mindereinnahmen für das Jahr 2022 in Höhe von 16 % und für das Jahr 2023 in Höhe von 8 % gegenüber dem Vor-Corona-Jahr vor. Erst im Jahr 2024 könnten die Einnahmen aus Verkaufserlösen dem Ergebnis aus dem Jahr 2019 entsprechen. Trotz Omikron und der sogenannten vierten Welle sind die Einnahmen weniger stark eingebrochen als bei den ersten Wellen. Aktuell geht der VRR davon aus, dass das Einnahmenniveau von 2019 voraussichtlich bereits Mitte des Jahres 2024 erreicht werden kann.

Die Kundenrück- und neugewinnung ist das vornehmliche Ziel der gesamten Branche. Viele Kunden haben andere Mobilitätsformen für sich entdeckt oder im Rahmen der Digitalisierung eine Veränderung ihres Alltags erfahren. Diese Kunden gilt es zurückzugewinnen und von den Angeboten zu überzeugen.

Das durch den Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) ins Leben gerufene Deutschland-Abo in den Sommerferien 2021 war ein voller Erfolg. Fahrgäste, die ein gültiges ÖPNV-Abonnement besitzen, konnten zwischen dem 13. und 26. September ohne zusätzliche Kosten Nahverkehrsangebote nutzen – und zwar bundesweit. Die Anmeldungen übertrafen alle Erwartungen, das Feedback der STOAG-Kunden war durchweg positiv. Für das Jahr 2022 wird eine ähnliche Aktion mit NRW-weiten Freifahrten an Wochenenden in den entsprechenden Gremien vorbereitet. Auch hier geht es darum, Abonnenten zu belohnen und neue hinzuzugewinnen.

Insbesondere die digitalen Dienstleistungen haben einen wesentlichen Beitrag geleistet, um den Nahverkehr in Pandemiezeiten zu gewährleisten. Diese gilt es, konsequent weiter auszubauen. Der Ticketshop der STOAG wird im Jahr 2022 überarbeitet, Abo-Online wird erweitert und mit Instagram die Social-Media-Präsenz erhöht und für die Kundenbindung genutzt.

Tarifmaßnahmen

Am 1. Dezember 2021 wurde ein NRW-einheitlicher elektronischer Tarif eingeführt: eezy. Damit können Fahrgäste ohne Tarifkenntnisse den ÖPNV in ganz NRW nutzen, unabhängig von Verbund- bzw. Tarifraumgrenzen. Der neue Tarif, der sich insbesondere für Fahrgäste, die nur gelegentlich den ÖPNV nutzen, eignet, ist ausschließlich mit dem Smartphone zu nutzen. Dazu wurde die STOAG-App komplett überarbeitet. Die Fahrtkosten setzen sich aus einem Grundpreis und einem Kilometerpreis zusammen und errechnen sich aus der kürzesten Distanz zwischen dem Start- und dem Zielort (Luftlinie). Bei Einzelfahrten wird ein Preisdeckel in Höhe des EinzelTickets der jeweiligen Preisstufe zugrunde gelegt, bei mehreren Fahrten am Tag gilt der sogenannte 24-Stunden-Deckel.

Mit dem neuen FlexTicket und seinen zwei Tarifmodellen Flex25 und Flex35 wurde am 1. Januar 2022 ein weiteres Ticket eingeführt, das eine Abkehr vom traditionellen VRR-Tarifsystem bedeutet. Zielgruppe sind Kunden, die regelmäßig, aber nicht täglich mit Bus und Bahn unterwegs sind und für die ein klassisches Monatsticket oder Abonnement nicht rentabel ist. Zu einem festen Grundbetrag werden um 25 % bzw. 35 % ermäßigte Preise auf EinzelTickets in der gewünschten Preisstufe angeboten. Auch das FlexTicket ist ausschließlich über die App erhältlich und jeweils 30 Tage gültig mit monatlicher Kündigungsfrist.

On-Demand-Verkehr

Seit Juni 2020 bietet die STOAG als ergänzendes ÖPNV-Angebot einen On-Demand-Service unter dem Namen Revierflitzer® an – zuerst nur im Norden der Stadt, seit Februar 2021 im gesamten Stadtgebiet. Der Grundgedanke besteht darin, Ressourcen gemeinsam zu nutzen und damit das Verkehrsaufkommen und die Umweltbelastung in Oberhausen zu verringern und zudem auf die individuellen Bedürfnisse der Fahrgäste einzugehen.

Die fünf elektrisch betriebenen LEVC-Fahrzeuge, die neueste Generation der London Taxis, erfreuen sich immer größerer Beliebtheit. Trotz schwieriger Rahmenbedingungen – Ausgangssperren und andere Beschränkungen im Rahmen der Covid-19 Pandemie – erhöht sich die Nachfrage nach den Sechssitzern stetig. Bis zu 225 Fahrgastfahrten pro Nacht werden gebucht.

Im Fokus steht derzeit die Weiterentwicklung dieses Verkehrsangebots. Dazu zählt zum einen die Erhöhung des Ridepooling-Faktors, also die Mitnahme weiterer Fahrgäste bei einer bestehenden Buchung. Coronabedingt werden nur vier der sechs Sitzplätze belegt. Zum anderen wird geprüft, inwieweit Teile des NachtExpress-Angebots durch den Revierflitzer® mit einer angepassten tariflichen Regelung ersetzt werden können.

Darüber hinaus werden Möglichkeiten untersucht, die Nutzung der Revierflitzer® als Zu- und Abbringer zum NachtExpress oder zum SPNV zu fördern, u.a. zur stärkeren Einbindung in den Umweltverbund. Hier sind auch Stadtgrenzen übergreifende Verkehre mit dem Revierflitzer® denkbar – nicht im Sinne eines Regionalverkehrs, sondern als Umstieg vom Revierflitzer® in die regionalen Nachtexpresse oder SPNV-Verkehre.

Entwicklung Elektromobilität

Der Ausbau der Elektromobilität befindet sich in der Umsetzung. Die Ende 2020 europaweit ausgeschriebenen 15 Elektrobusse sind beim Hersteller VDL Bus & Coach aus den Niederlanden bestellt. Die Lieferung dieser Solo-Busse vom Typ Citea LF-122 soll bis Dezember 2022 erfolgen. Anfang 2023 werden die Elektrobusse an den Start gehen und auf den Linien SB97/952, 953, 956 und 961 zum Einsatz kommen.

Die Energieversorgung der HV-Speicherbatterien erfolgt an insgesamt vier Ladestandorten der Endhaltestellen im Liniennetz, die Ladeleistung am Fahrzeug erfolgt mit rund 430 kW:
- Everslohstraße – Linien SB97/952
- Wehrstraße – Linien 953/961
- Goerdelerstaße – Linie 956
- Hirschkamp – Linie 954

Die dazu notwendige Ladeinfrastruktur, bestehend aus Trafostation, Mittelspannungs-schaltanlage, Ladegerät, Lademast mit Ladehaube etc., soll in Kombination mit einer jeweils neu errichteten Sanitäranlage an den vier Ladestandorten errichtet werden.

Auf dem Betriebshof ist der Bau von 18 Ladestandorten geplant, die Ladeleistung hier beträgt bis maximal 150 kW. Ziel ist es, bis Ende Mai 2022 den Bauauftrag zu erteilen. Sowohl die Fahrzeuge als auch der Bau der notwendigen Ladeinfrastruktur werden von Bund und Land gefördert. Der Fördersatz für die Beschaffung der E-Busse beträgt 60 % (Verkehrsverbund Rhein-Ruhr) und 20 % (Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz) des Differenzbetrages zwischen einem batterieelektrisch betriebenen Bus gegenüber einem vergleichbaren Dieselbus. Die Förderquote für die Errichtung der notwendigen Infrastruktur beträgt 90 % (Verkehrsverbund Rhein-Ruhr) der zuwendungsfähigen Investitionskosten.

Bis zum Jahr 2026 ist die Anschaffung weiterer 37 Elektrobusse vorgesehen. Geplant sind 29 batterieelektrische Solobusse und acht batterieelektrische Gelenkbusse.

Nach aktuellen technischen Stand sind Elektrobusse durch ihre benötigten Ladezeiten nicht gänzlich so flexibel einzusetzen wie konventionell angetriebene Fahrzeuge. Bei der Elektrifizierung der Linien ist es erklärtes Ziel der STOAG, durch die Umstellung auf Elektrobusse keine Nachteile für den Kunden entstehen zu lassen und die Attraktivität des ÖPNV durch umwelt- und klimafreundliche, leise, komfortable und moderne Fahrzeuge zu steigern.

Aus dem Betrieb und der sukzessiven Einführung von batterieelektrischen Bussen ergeben sich grundsätzlich neue Anforderungen an die Werkstatt- und Abstellhallen. Diese müssen umfangreich umgebaut werden, die Planung haben bereits begonnen.

Entwicklung Angebot

Um Fahrgäste zu gewinnen bzw. zurückzugewinnen, stehen trotz der anhaltenden Corona-pandemie – verbunden mit einem Rückgang der Fahrgastzahlen – Angebotsausweitungen und Angebotsverbesserungen im Fokus: Zur Einhaltung der Klimaziele 2030 ist eine Verkehrswende, also eine umfangreiche dauerhafte Verschiebung der Alltagsmobilität zu Verkehrsträgern des Umweltverbundes, ein unverzichtbarer Baustein. Erreichbar ist dieses nur durch eine breite Attraktivitätssteigerung in Verbindung mit einer Reglementierung des Individualverkehrs. Für das Verkehrsgebiet in Oberhausen wurden daher Szenarien zur Angebotsverdichtung untersucht, die Kunden eine noch flexiblere, unkompliziertere Nutzung des Bus- und Bahnangebotes ermöglichen und mit einer hohen Fahrtenfolge die Mobilität der ÖPNV-Nutzer in Oberhausen weiter steigern soll.

Im Bereich der Buslinien der STOAG gibt es Planungen, den Fahrgästen neue Verbindungen anzubieten, die mit attraktiven Fahrzeiten echte Alternativen zum Individualverkehr darstellen. So ist für Mitte 2022 eine neue Linie geplant (Linie 967), die als Verstärkerlinie der Linie 957 gezielt der Anbindung der Gewerbegebiete Waldteich (Geodis/Leckerland) und des EDEKA-Zentrallagers dient.

Grundsätzlich werden für eine erfolgreiche Entwicklung des Angebots folgende Ziele verfolgt:
- Taktverdichtung – bei kurzen Takten kann der ÖPNV unkompliziert ohne Fahrplankenntnisse genutzt werden, da Anschlüsse fortwährend gegeben sind.
- Lückenschlüsse im Netz zur Schöpfung von neuen Fahrgastpotentialen – mit Fokus auf Stadtgrenzen-übergreifende Verkehre.
- Geradlinig und direkt geführte, schnelle Verbindungen – durch geeignete Maßnahmen wie Busspuren, Buskap-Haltestellen oder Ampel-Vorrangschaltung zusätzlich beschleunigt, sorgen diese Verbindungen für eine höhere Konkurrenzfähigkeit zum Individualverkehr.
- Attraktive Fahrzeuge, Haltestellenausstattung und umfangreiche und moderne Fahrgastinformationen – sie steigern die Attraktivität des Verkehrssystems ÖPNV.

Linie 105

Die aus Essen kommende Linie 105 endet derzeit an der Stadtgrenze Oberhausen. Die geplante Verlängerung der Straßenbahnlinie 105 von der Stadtgrenze Oberhausen/Essen durch das ehemalige Stahlwerksgelände der Gutehoffnungshütte, dem heutigen Areal Brammenring, bis zur Neuen Mitte und der ÖPNV-Trasse stellt als aktuell größte Maßnahme einen Zugewinn für den Standort Neue Mitte Oberhausen dar. Sie gilt auch innerhalb der Region als Leuchtturm-Projekt für das Bestreben, kommunale Schienenwege Stadtgrenzen übergreifend auszubauen und Netzlücken zu schließen.

Der Trassenverlauf sowie die Haltestellenpositionen befinden sich im Abstimmungsverfahren. Eine Förderung der Maßnahme durch Bundes- und Landesmittel ist möglich. Um die bestehenden und künftigen Verkehrsströme effizienter zu lenken, sind auch innovative ÖPNV-Angebote wie eine Seilbahn zur Naherschließung des Areals im Gespräch. Das Projekt Masterplan Neue Mitte 4.0 der Stadt Oberhausen läuft in Zusammenarbeit mit der STOAG. Das durch die Stadt beauftragte Büro Albert Speer + Partner (AS+P) übernimmt dabei die übergeordnete Planung zur Entwicklung des Großraums Neue Mitte.

Schnellbuslinie X42

Im Jahr 2019 hat der Verwaltungsrat des VRR die VRR AöR beauftragt, ein regionales Schnellbusnetz zu entwickeln, das vor allen Angebotslücken schließen, das Netz des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) ergänzen und neue Verbindungen für Orte generieren soll, die nicht an den SPNV angebunden sind. Eine der sieben Linien, die mit dem Fahrplanwechsel im Juni 2022 realisiert wird, ist die Linie X42. Sie sieht eine stündliche Verbindung von Dorsten über Bottrop bis zum Oberhausener Hauptbahnhof vor, ergänzt durch eine halbstündige Fahrt zwischen Oberhausen und Freizeitpark Movie-Park in Bottrop. Dadurch entsteht ein halbstündiger Takt zwischen Oberhausen Hauptbahnhof und Bottrop.

Beteiligungen

Die Energieversorgung Oberhausen AG (evo) hat im Geschäftsjahr 2021 ein Ergebnis in Höhe von 11,4 Mio. EUR (Vorjahr 5,7 Mio. EUR) erzielt und hat damit das mindestens erwartete Volumen in Höhe von 11 Mio. EUR eingehalten.

Die STOAG geht derzeit weiter davon aus, dass die FSO GmbH & Co. KG eine Ergebnisabführung für die Jahre 2022 bis 2026 von jährlich insgesamt 11 Mio. EUR erwirtschaftet und der Westenergie AG, Essen, und der STOAG somit jeweils 5,5 Mio. EUR pro Wirtschaftsjahr zufließen.

Das finanzielle Ergebnis aus der Beteiligung an der Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH (GMVA) in Oberhausen ist in hohem Maße von der Auslastung der Verbrennungskapazitäten, sowie insbesondere vom Vermarktungspreis pro verkaufter MWh abhängig. Die GMVA führt den Weg der Konsolidierung stetig fort und hat im Geschäftsjahr 2021 ein Ergebnis in Höhe von 16.183 T€ (Vorjahr 11.452 T€) erzielt. In das Jahresergebnis 2021 der STOAG ist daraus eine Ausschüttung in Höhe von 1.011 T€ eingeflossen.

Aus den im Finanzanlagevermögen ausgewiesenen RWE-AG-Aktien wurde für das Geschäftsjahr 2020 im Jahr 2021 eine Dividende in Höhe von 0,85 EUR pro Aktie ausgezahlt.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Der Wirtschaftsplan für den Zeitraum von 2022 bis 2026 weist für das Jahr 2022 nach derzeitiger Planung bei leicht steigenden Umsatzerlösen gegenüber dem Jahresergebnis 2021 einen erhöhten Restfehlbetrag aus.

Die mittelfristige Planung weist für das Jahr 2022 einen verbleibenden Finanzierungsbetrag in Höhe von 15.135 T€ aus. Hier sind allerdings Mittel aus einem möglichen ÖPNV-Rettungsschirm für das Jahr 2022 noch nicht berücksichtigt.

Für den Zeitraum von 2023 bis 2026 werden verbleibende Finanzierungsbeträge in Höhe von ca. 14,2 Mio. EUR bis zu 16,0 Mio. EUR erwartet.

Die STOAG ging bei ihrer Planung für das Jahr 2022 von einer stabilen Entwicklung der Verkaufserlöse auf der Basis des Jahres 2021 aus. Die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die Fahrgastzahlen und daraus resultierende Verkaufserlöse lassen sich zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht exakt beziffern, da jeder neue Lockdown zu weiteren Fahrgastrückgängen und damit zu Mindereinnahmen führt.

Die Erträge aus Beteiligungen und anderen Wertpapieren werden in den kommenden Jahren stabil verlaufen und im Jahr 2022 voraussichtlich 10.255 T€ betragen.

Die Hauptversammlung der RWE AG, Essen, ist für den 28. April 2022 geplant. Für das Geschäftsjahr 2021 beabsichtigen Vorstand und Aufsichtsrat, eine Dividende in Höhe von 0,90 EUR je Aktie der Hauptversammlung vorzuschlagen. Dies bedeutet für die STOAG, dass im Jahr 2022 ein Dividendenertrag in Höhe von 1.290 T€ zufließen würde. Die STOAG hat in ihrer Wirtschaftsplanung für die Jahre 2023 bis 2026 eine Dividende in Höhe von 0,90 EUR je Aktie eingeplant.

Die GMVA hat für das Geschäftsjahr 2021 einen Jahresüberschuss in Höhe von 16.184 T€ erzielt. Im Wirtschaftsplan 2022 der STOAG ist eine Ausschüttung seitens der GMVA in Höhe von anteilig 1.500 T€ berücksichtigt.

Die Pensionsverpflichtungen entwickeln sich langfristig gesehen rückläufig.

Die Entwicklung der Pandemie und damit die Auswirkungen auf das wirtschaftliche Gesamtergebnis 2022 der STOAG lassen sich derzeitig noch nicht abschätzen.

6. Chancen

Deutschland ist auf dem Weg zur Klimaneutralität. Ohne eine Mobilitätswende ist diese nicht zu erreichen. Hierbei geht es nicht nur um einen Wechsel der Antriebstechnologie, sondern um ein Umdenken in der Gesellschaft, bei den politisch Verantwortlichen und auch bei den Verkehrsunternehmen.

Oberhausen muss beim ÖPNV weiter auf Wachstum setzen, um die selbst gesetzten Klimaziele zu realisieren. Wachstum bedeutet mehr Angebote und eine größere ÖPNV-Kapazität. Hierin liegt für die STOAG eine große Chance.

Zusammen mit anderen Angeboten im Umweltverbund muss den Oberhausener Bürgerinnen und Bürgern ein Verkehrsangebot zur Verfügung gestellt werden, das die Mobilitätsbedürfnisse in Gänze abdeckt – nicht nur auf dem Weg zur Arbeit, zur Ausbildung oder zum Einkauf, sondern auch bei individuellen Mobilitätswünschen in zeitlich und räumlich nachfrageschwachen Bereichen. Der Revierflitzer® ist ein Beispiel dafür, die Bürgerinnen und Bürger sicher und bequem selbst nachts und auch auf sehr individuellen Fahrtrelationen ans Ziel zu bringen. Die Erfüllung sämtlicher Mobilitätswünsche in Summe durch den Umweltverbund ist letztendlich Voraussetzung für den erfolgreichen Wechsel vom motorisierten Individualverkehr zum Umweltverbund und damit für die Mobilitätswende.

Die STOAG steht für Nachhaltigkeit und Klimaschutz in der Stadt Oberhausen. Dieses muss stärker kommuniziert und die Wahrnehmung der Bürgerinnen und Bürgern dafür geschärft werden.

Die digitalen Dienstleistungen haben sich durch die Coronapandemie stark entwickelt. STOAG-App und Ticketshop, der Ausbau von bargeld- und kontaktlosen Bezahlen von Tickets, Echtzeitinformationen zur aktuellen Verkehrslage sowie Ridepooling-Angebote sorgen schon heute für eine sichere und verlässliche Mobilität in Oberhausen. Mit flexiblen, digitalen Ticketvarianten, mit intermodalen Mobilitätspaketen und Mobilitätsbudgets sind auch neue Kundensegmente anzusprechen.

Mit der Direktvergabe, mit der die STOAG durch den Rat der Stadt bis Ende 2029 mit der Erbringung der Verkehrsleistung in Oberhausen betraut worden ist, hat die STOAG die nötige Planungssicherheit für den Ausbau weiterer Mobilitätsangebote.

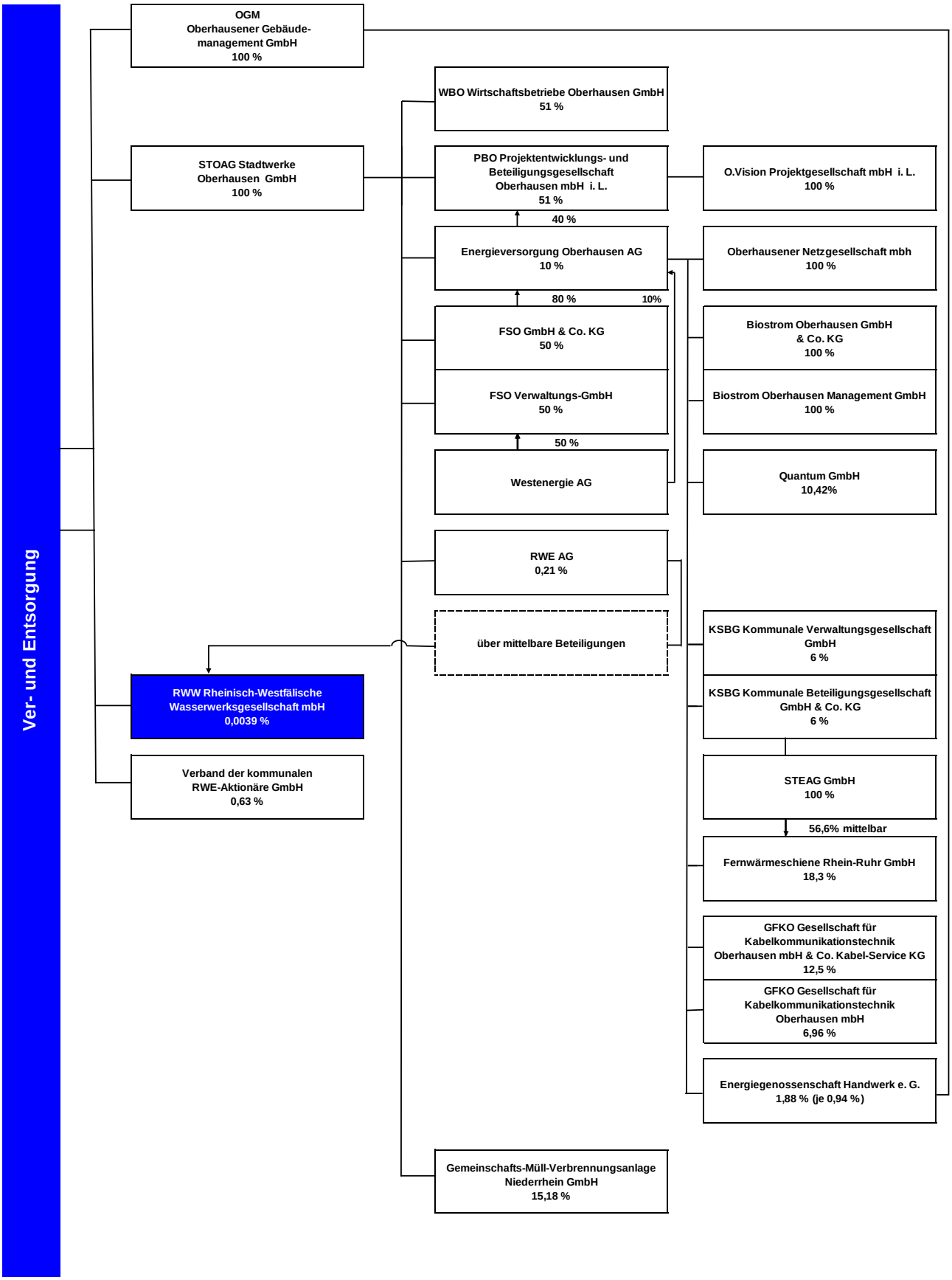
7. Fazit

Unter Berücksichtigung aller oben erwähnten Faktoren sieht sich die STOAG grundsätzlich für alle zukünftigen unternehmerischen Herausforderungen gewappnet und aus heutiger Sicht bestmöglich aufgestellt.

Oberhausen, 24. Mai 2022

Stadtwerke Oberhausen GmbH (STOAG)

Werner Overkamp
Geschäftsführer


Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100 %
STOAG Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
Verband der kommunalen
RWE-Aktionäre GmbH
0,63 %
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH
51 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesellschaft
Oberhausen mbH i. L.
51 %
40 %
Energieversorgung Oberhausen AG
10 %
80 %
10%
FSO GmbH & Co. KG
50 %
FSO Verwaltungs-GmbH
50 %
50 %
Westenergie AG
RWE AG
0,21 %
über mittelbare Beteiligungen
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,18 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH i. L.
100 %
Oberhausener Netzgesellschaft mbh
100 %
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100 %
Biostrom Oberhausen Management GmbH
100 %
Quantum GmbH
10,42%
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft
GmbH
6 %
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co. KG
6 %
STEAG GmbH
100 %
56,6% mittelbar
Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH
18,3 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG
12,5 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH
6,96 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G.
1,88 % (je 0,94 %)

RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Am Schloß Broich 1-3
45479 Mülheim an der Ruhr

Kontakt:

Telefon	0208/ 44331
Fax	0208/ 4433233
e-Mail	rww@rwe.com
Internet	http://www.rww.de

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 15.381,95

Gesellschafter:

	T€	%
Kreis Recklinghausen	55,15	0,36
Stadt Bottrop	862,85	5,61
Stadt Gladbeck	652,70	4,24
Stadt Mülheim	1.538,20	10,00
Stadt Oberhausen	0,60	0,00
Westenergie Aqua GmbH	12.272,45	79,78

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Erfüllung wassertechnischer und wasserwirtschaftlicher Aufgaben und Dienstleistungen auf dem Wasser- und Abwassersektor.

Dies gilt, beschränkt auf Deutschland, auch außerhalb des Versorgungsgebietes und für die Betätigung im Bereich der Energiewirtschaft mit Ausnahme des Energievertriebs an Erdkunden aller Art.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2021)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Dr. Schulte, Franz-Josef
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Flore, Manfred
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Dr. Küppers, Stefan
	stellv. Vorsitzender	Hirschfelder, Herrmann
	stellv. Vorsitzender	Buchholz, Marc
	Mitglied	Püll, Markus
	Mitglied	Bunte, Thorsten
	Mitglied	Dr. Fritzen, Wolfgang
	Mitglied	Diddens, Diddo

	Mitglied	Henrichs, Oliver
	Mitglied (AN)	Brockmann, Bernd
	Mitglied (AN)	Trapka, Alexander
Prokura:	Prokurist	Roggatz, Rainer
	Prokurist	Dr. Grotelüschen, Henning

c) Beteiligungen

unmittelbar	**T€**	**%**
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	6,39	2,16
Gesellschaft für Stadtmarketing mbH, Bottrop	0,83	3,13
IWW Rheinisch-Westfälisches Institut für Wasserforschung gGmbH	184,30	15,31
SEG Stadtentwässerung Schwerte GmbH	24,60	48,00
Wasserverbund Niederrhein GmbH	600,60	26,00
WiN Emscher-Lippe Gesellschaft zur Strukturverbesserung mbH	2,55	0,83

mittelbar	**T€**	**%**
	0,60	0,00
	55,15	0,36
	652,70	4,24
	862,85	5,61
	1.538,20	10,00
	12.272,45	79,78

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2019		**2020**		**2021**		**Veränder-ungen**	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	124.684,25	63,2	126.323,79	62,6	125.443,30	60,6	-880,49	-0,70
Umlaufvermögen	72.524,31	36,8	75.433,23	37,4	80.732,26	39,0	5.299,03	7,02
Rechnungsabgrenzungsposten	27,60	0,0	39,88	0,0	658,38	0,3	618,50	1.550,90
Bilanzsumme	**197.236,17**	**100,00**	**201.796,89**	**100,00**	**206.833,94**	**100,00**	**5.037,05**	**2,50**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	78.547,05	39,8	76.538,21	37,9	74.859,84	36,2	-1.678,37	-2,19
Sonderposten mit Rücklagenanteil	6.087,50	3,1	6.384,43	3,2	6.048,66	2,9	-335,77	-5,26
Rückstellungen	104.670,00	53,1	109.456,22	54,2	118.156,40	57,1	8.700,18	7,95
Verbindlichkeiten	7.931,62	4,0	9.398,04	4,7	7.752,08	3,7	-1.645,96	-17,51
Rechnungsabgrenzungsposten			20,00	0,0	16,97	0,0	-3,03	-15,15
Bilanzsumme	**197.236,17**	**100,00**	**201.796,89**	**100,00**	**206.833,94**	**100,00**	**5.037,05**	**2,50**

bb) GuV

	2019	2020	2021
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	119.758,55	125.131,41	123.553,66
andere aktivierte Eigenleistungen	735,89	489,63	339,36
sonstige betriebliche Erträge	5.319,09	914,05	2.566,87
Materialaufwand	33.755,63	36.538,33	32.668,44
Personalaufwand	34.258,01	34.770,73	36.391,03
Abschreibungen	8.231,50	7.772,25	7.916,54
sonstige betriebliche Aufwendungen	27.184,04	27.932,19	27.796,17
Erträge aus Beteiligungen	315,42	280,17	261,43
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	33,78	25,05	0,29
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	7.910,94	11.075,72	9.862,68
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	14.822,60	8.751,10	12.086,73
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	6.849,59	3.759,94	6.765,11
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	7.973,00	4.991,16	5.321,63
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	7.973,00	4.991,16	5.321,63

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2021	Angaben in
Umsatzrentabilität:	6,66	3,99	4,31	%
Eigenkapitalrentabilität:	11,30	6,98	7,65	%
Cash-Flow:	16.204,50	12.763,40	13.238,17	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	312,19	309,38	305,46	T€
Personalaufwandsquote:	27,23	27,48	28,78	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2021	Angaben in
Sachanlagenintensität:	61,98	61,33	59,53	%
Eigenkapitalquote:	39,82	37,93	36,19	%
Fremdkapitalquote:	60,18	62,07	63,81	%

e) Lagebericht

1. Geschäftsgrundlagen

Die RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH, Mülheim an der Ruhr (im Folgenden „RWW“ genannt), gehört als regionaler Trinkwasserversorger – gemessen an der Trinkwasserabgabe (m³) – zu den größten deutschen Wasserversorgungsunternehmen. RWW wurde 1912 gegründet und versorgt in Mülheim an der Ruhr, Oberhausen, Bottrop, Gladbeck, Dorsten, Reken, Velen, Gescher, Schermbeck und Raesfeld ca. 700.000 Einwohner als Direktversorger mit Trinkwasser. Darüber hinaus versorgt RWW als Trinkwasservorlieferant der Stadtwerke Velbert, Wülfrath, Ratingen und Borken indirekt weitere ca. 120.000 Einwohner.

Im Bereich der unteren Ruhr in Essen-Kettwig, in Mülheim an der Ruhr sowie am Rhein in Duisburg-Mündelheim betreibt RWW Flusswasserwerke. Diese liefern Trinkwasser, ausgehend von der traditionell im Ruhrtal weit verbreiteten künstlichen Grundwasseranreicherung, durch den Einsatz eines mehrstufigen Aufbereitungsprozesses. Im nördlichen Versorgungsgebiet verfügt RWW im Verbreitungsgebiet der „Halterner Sande“ über drei Wasserwerke, die Grundwasser fördern. Betriebswasser gewinnt RWW zudem mit dem Seewasserwerk in Dorsten.

Die Wasserverteilung erfolgt über ein weit verzweigtes Rohrnetz mit einer Gesamtlänge von ca. 2.900 km. Zur Instandhaltung des Rohrnetzes sind vier regionale Service-Points im Versorgungsgebiet eingerichtet, die über die zentrale Betriebsdirektion in Bottrop gesteuert werden.

Das Unternehmen ist funktional gegliedert. Die Linienfunktionen umfassen die Organisationseinheiten Technik, Recht, Personal, Finanzen, Controlling sowie Geschäftsentwicklung. Die Organisationseinheiten Arbeitssicherheit/Umweltmanagement und kommunales Partnermanagement sind der Geschäftsführung als Stabsfunktionen zugeordnet. Die Tätigkeit der internen Revision wird im Rahmen eines Dienstleistungsvertrages von der E.ON SE, Essen, erbracht.

Westenergie Aqua GmbH (Sitz Mülheim an der Ruhr) ist mit 79,8% Hauptgesellschafter der RWW. Die Städte Mülheim an der Ruhr, Bottrop, Gladbeck, Oberhausen sowie der Kreis Recklinghausen sind die weiteren Gesellschafter des Unternehmens und in den Aufsichtsgremien des Unternehmens vertreten. Die Gesellschaft erfüllt mit ihrer Tätigkeit den öffentlichen Zweck der Trinkwasserversorgung (§§ 107 f. GO NRW).

Managementseitig geführt wird RWW von der Westenergie AG, Essen.

2. Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Das hydrologische Jahr (auch Abflussjahr oder Wasserwirtschaftsjahr) weicht vom Kalenderjahr ab. Es beginnt am 1. November und endet am 31.Oktober.

Der Winter 2020/2021 war sowohl, was die Temperaturen als auch die Niederschlagsmengen angeht, eher durchschnittlich. Die Monate Januar und Februar 2021 entsprachen fast der Durchschnittstemperatur der langjährigen Referenzperiode 1991-2020. Insgesamt ergab sich eine leichte Abweichung nach oben von +0,6°C. Der Vergleich der mittleren Temperaturen des Winters zeigt eine signifikante Zunahme.

1881-1910	1961-1990	1991-2020	2021
1,0 °C	1,7 °C	2,7 °C	3,3 °C

Der Frühling 2021 ist der kälteste seit 2013 und sogar mit Platz 12 der kälteste Frühling seit 1881. Der Niederschlag im Frühjahr lag mit 190 l/m² um 13 l/m² über dem Mittel (=177 l/m²) der Referenzperiode 1991-2020 und entspricht 107% des Mittelwertes und bot mit leicht höheren Niederschlagsmengen als ein Jahr zuvor keine Verschärfung des Niederschlagsdefizites. Hier wirkte sich vor allem der Mai 2021 mit erhöhten Niederschlägen aus. Im Vergleich zu der Zeitreihe liegt somit der Frühling 2021 im Mittelfeld der Niederschlagssummen.

Der Sommer 2021 kann umschrieben werden mit: regnerisch, mild und mit mäßigem Sonnenschein. Während die Sommerniederschlagsmengen in den letzten drei Jahren weit unter dem Durchschnitt der Referenzperiode lagen, erwies sich der Sommer 2021 mit 297 l/m² als durchschnittlich regenreich. Hierzu trugen punktuell vor allem die Starkregenereignisse des 13. und 14. Juli 2021 bei, die vielerorts großflächig und katastrophale Überschwemmungen brachten. So auch bei RWW. Die Niederschläge lösten an der Ruhr zerstörerische Fluten aus. Die Schäden sind bis zum heutigen Tag bei RWW noch nicht vollends beseitigt und werden RWW noch bis ins Jahr 2022 beschäftigen. Nach nicht abschließenden Instandsetzungen liegt der Schaden bei RWW deutlich über einer Millionen Euro und betrifft im Wesentlichen die Wasserwerke in Essen-Kettwig sowie die Werke Mülheim-Styrum Ost und West. Darüber hinaus wurde das Museum Haus Ruhrnatur mit den zugehörigen Einrichtungsgenständen massiv beschädigt. Die Schleuseninsel wurde durch das Hochwasser fast vollständig überflutet. Das turbulent abfließende Wasser führte auf einer Fläche von mehr als 500 Quadratmetern zu einem Abbruch der Böschung nordwestlich des Wasserbahnhofs, beschädigte den Fahrweg und einen Teil des Platzes vor dem Wasserbahnhof und überflutete Teile des Kraftwerks Kahlenberg. Durch den engagierten Einsatz der RWW-Mitarbeiter mit der Unterstützung der Feuerwehr sowie des Technisches Hilfswerks konnten noch größere Schäden an den RWW-Anlagen abgewendet werden.

Trotz dieses Jahrhunderthochwassers zeigen die Messwerte jahresübergreifend tendenziell einen leichten Rückgang der Niederschlagsentwicklung, wie anhand der Periodenvergleiche sichtbar wird. Es bleibt abzuwarten, ob die hohen Niederschlagswerte des Sommers 2021 Einfluss auf das langjährige Mittel haben werden.

1881-1910	1961-1990	1991-2020	Sommer 2021
249 l/m²	241 l/m²	238 l/m²	297 l/m²

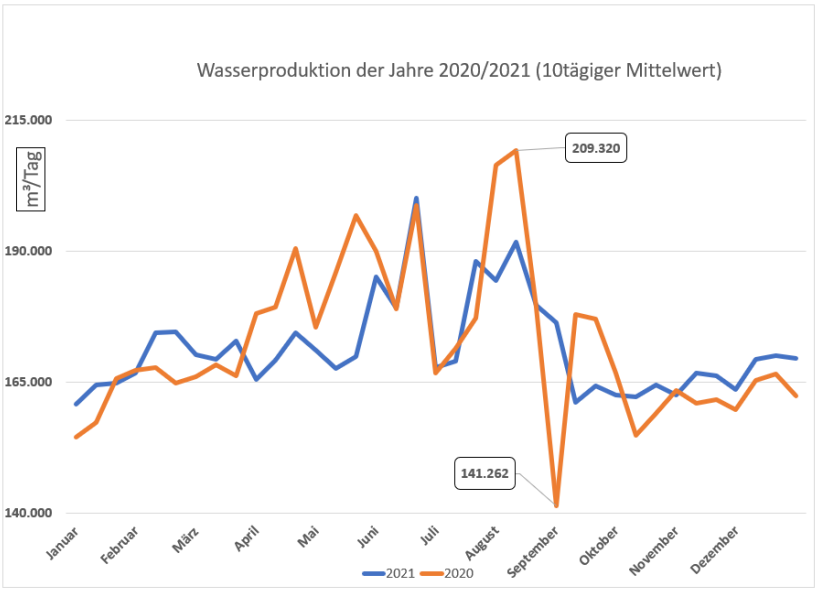
Die Temperaturamplitude ist in 2021 im Vergleich zum Vorjahr deutlich geringer und weist höhere Tiefst- und niedrigere Höchsttemperaturen auf.

Die Niederschlagsmengen im Herbst 2021 fielen allesamt deutlich geringer aus als es die langjährigen Mittelwerte erwarten lassen würden:

1881-1910	1961-1990	1991-2020	Herbst 2021
196 l/m²	208 l/m²	219 l/m²	134 l/m²

Die Förder- und Absatzsituation bei RWW wurde durch diesen Jahresverlauf beeinflusst.

Nachfolgende Grafik zeigt den Verlauf der Trinkwasserproduktion (Messwerte) der Jahre 2020 und 2021 der RWW-Wasserwerke im 10-Tages-Durchschnitt.



Geschäftsverlauf

Die Schwerpunkte der Investitionsmaßnahmen lagen im Sachanlagevermögen (einschl. der Anlagen im Bau) mit insgesamt 7,8 Mio. € (Vorjahr: 9,3 Mio. €). Davon entfielen auf das Verteilnetz 2,9 Mio. € sowie auf die Wassergewinnung und –aufbereitung 3,4 Mio. €.

RWW baut gezielt auf Basis der Software PiReM (Pipe Rehabilitation Management System) die Rehabilitationsplanung auf und hat die daraus priorisierten Maßnahmen im Bereich des (Netz-) Asset Managements weiter umgesetzt. Abgeleitete Ergebnisse sind entsprechend in die Maßnahmenplanung integriert. Hauptleitungen („Magistralen“) stellen den kritischen Teil des Versorgungsnetzes dar. Mit dem weitergeführten Erneuerungsprogramm hat RWW konsequent die Versorgungssicherheit erhöht.

Berichterstattung nach EnWG / Wasserlaufkraftwerk Kahlenberg:
RWW ist ein im Sinne des § 3 Nr. 38 EnWG vertikal integriertes Energieversorgungsunternehmen mit den Folgen der Kontentrennungspflicht nach § 6 b Abs. 3 EnWG und der erweiterten Pflicht zur Lageberichterstattung nach § 6 b Abs. 7 S. 4 EnWG. Im Geschäftsjahr 2021 wurden innerhalb des Elektrizitätssektors ausschließlich „andere Tätigkeiten“ gemäß § 6 b Abs. 3 S. 3 EnWG durchgeführt.

Die Energieeigenerzeugung aus dem RWW-Laufwasserkraftwerk Kahlenberg an der Ruhr stellt eine wichtige Komponente des RWW-Energiemanagements dar. Das Kraftwerk entnimmt dem Ruhrschifffahrtskanal so viel Wasser, dass möglichst die drei Turbinen zur Stromerzeugung eingesetzt werden können. Eine direkte wirtschaftliche Abhängigkeit von der Wasserführung der Ruhr ist gegeben.

Im Geschäftsjahr 2021 wurde eine Strommenge von 15,8 GWh (Vorjahr: 12,6 GWh) produziert, die RWW ausschließlich im eigenen Unternehmen einsetzte. Der Anstieg der produzierten Strommenge ist im Wesentlichen auf die höhere Abflussmenge der Ruhr zurückzuführen.

Die Ausbreitung des Corona-Virus (SARS-CoV-2) wurde am 11.03.2020 von der Weltgesundheitsbehörde zu einer Pandemie erklärt. Das öffentliche, wirtschaftliche und private Leben ist nach wie vor zunehmend beeinträchtigt. Auf die Wasserversorgung bei RWW hatte das Corona-Virus im Geschäftsjahr 2021 keine wesentlichen wirtschaftlichen Auswirkungen.

Leistungsindikatoren

Zur Steuerung der Unternehmensaktivitäten im Hinblick auf die Unternehmensziele nutzt RWW verschiedene Kennzahlen: das Betriebsergebnis, die Förder- und Absatzmenge, die Höhe der Investitionen sowie das Jahresergebnis werden als wesentliche Steuerungsgrößen verwendet.

Die Kennziffer Betriebsergebnis definiert sich aus dem Ergebnis vor Steuern und Zinsen. Sie erhöhte sich im Geschäftsjahr um 2,1. Mio. € auf 21,9 Mio. € und liegt auf Prognose- und Planniveau.

Die gesamte Absatzmenge 2021 von 72,2 Mio. m³ liegt mit 2,3 Mio. m³ unter der Vorjahresmenge. Der Rückgang entfällt mit 1,1 Mio. m³ auf das Tarifkundensegment sowie mit 1,2 Mio. m³ auf die Gruppe der Sondervertragskunden.

Das Geschäft der RWW ist anlagenintensiv. Daher bildet die Höhe der Investitionen eine weitere Zielgröße. Die Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen betrugen im Geschäftsjahr 7,9 Mio. € (Vorjahr: 9,5 Mio. €).

Der Anstieg des Jahresergebnisses um 0,3 Mio. € auf 5,3 Mio. € ergibt sich im Wesentlichen aufgrund nachfolgender Sachverhalte:

Ergebnismindernd wirkten sich aus:
- Umsatzerlöse, einschließlich aktivierter Eigenleistungen (-1,7 Mio. €)
- Personalaufwendungen (+1,7 Mio. €)
- Abschreibungen (+0,1 Mio. €) sowie
- Steuern vom Einkommen und Ertrag (+3,0 Mio. €)

Ergebnissteigernd wirkten sich aus:
- sonstige betriebliche Erträge (+1,7 Mio. €)
- Materialaufwendungen (-3,9 Mio. €)
- sonstige betriebliche Aufwendungen (-0,1 Mio. €) sowie
- Zinsaufwendungen (-1,2 Mio. €)

Ertragslage

Die nachfolgende Gewinn- und Verlustrechnung gibt einen Überblick über wesentliche Posten:

	2021 Mio. €	2020 Mio. €
Umsatzerlöse (einschl. aktivierte Eigenleistungen)	123,9	125,6
Sonstige betriebliche Erträge	2,5	0,9
Materialaufwand	-32,6	-36,5
Personalaufwand	-36,4	-34,8
Abschreibungen	-7,9	-7,8
Sonstige betriebliche Aufwendungen (einschl. sonstige Steuern)	-27,8	-27,9
Zins- und Finanzergebnis	-9,6	-10,8
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-6,8	-3,7
Jahresüberschuss	5,3	5,0

Die Umsatzerlöse (einschl. aktivierter Eigenleistung) minderten sich um 1,7 Mio. € auf 123,9 Mio. € im Wesentlichen bedingt durch geringere Absatzmengen im Tarif- und Sondervertragskundensegment.

Nachfolgende Tabelle gibt einen Mengenüberblick über die Wasserbeschaffung der RWW:

	2021 Mio. m³	2020 Mio. m³
Wasserbeschaffung		
Eigenproduktion	66,5	66,4
Fremdbezug	12,1	14,5
Summe	78,6	80,9

Nachfolgende Tabelle gibt einen Mengenüberblick über die Wasserabgabe der RWW:

	2021 Mio. m³	2020 Mio. m³
Wasserabgabe		
Sondervertragskunden		
Trinkwasser	22,9	25,2
Betriebswasser	11,9	10,8
Summe	34,8	36,0
Tarifkunden	37,4	38,5
Gesamtsumme	72,2	74,5

Während die Eigenproduktion mit 66,5 Mio. m³ leicht erhöht (+0,1 Mio. €) auf Vorjahresniveau blieb, reduzierte sich der Fremdbezug um 2,4 Mio. m³ auf 12,1 Mio. m³.

Die Absatzmenge gegenüber den Sondervertragskunden inklusive der Weiterverteiler reduzierte sich im Trinkwassersegment deutlich um 2,3 Mio. m³ auf 22,9 Mio. m³, während die Wasserabgabe im Betriebswassersegment um 1,1 Mio. m³ auf 11,9 Mio. m³ anstieg.

Die Absatzsituation im Tarifkundensegment war mit 1,1 Mio. m³ leicht rückläufig, bleibt dennoch mit 37,4 Mio. m³ auf hohem Niveau.

Beim Vergleich der Beschaffungs- und Absatzmengen, ergeben sich im Berichtsjahr unentgeltliche Verbräuche (Eigenverbräuche, Rohrbrüche, Feuerlöschwasser, Spülungen und Netzverluste) von 6,4 Mio. m³, die exakt auf Vorjahresniveau liegen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge erhöhten sich um 1,6 Mio. € auf 2,5 Mio. € im Wesentlichen bedingt durch die im Berichtsjahr vorgenommene Auflösung von Baukostenzuschüssen, die in der Vergangenheit abschreibungskonform aufgelöst wurde (+0,8 Mio. €) sowie durch Rückstellungsauflösungen (+0,9 Mio. €).

Der Materialaufwand reduzierte sich um 3,9 Mio. € auf 32,6 Mio. € gegenüber dem Vorjahr. Die Minderung entfällt mit 1,2 Mio. € auf die Aufwendungen für Roh,- Hilfs- und Betriebsstoffe, mit 1,3 Mio. € auf die Aufwendungen für bezogene Leistungen sowie mit 1,4 Mio. € auf die Energieaufwendungen. Der Rückgang der Energieaufwendungen ist im Wesentlichen mengenbedingt und erklärt sich aufgrund der geringeren Absatzmengen als auch einer größeren Produktion im Kraftwerk.

Die Personalaufwendungen erhöhten sich um 1,6 Mio. € auf 36,4 Mio. €. Die zum 01.04.2021 in Kraft getretene Tariferhöhung von 2,5% zeigt sich bei den Lohn- und Gehaltsaufwendungen belastend im Jahresvergleich. Darüber hinaus wirkte sich die erhöhte Zuführung zur Altersteilzeitrückstellung (Erfüllungsrückstand) gewinnmindernd aus. Die Aufwendungen für soziale Abgaben blieben, trotz der Erhöhung der Beitragsbemessungsgrundlagen in der Sozialversicherung, nahezu konstant. Der Vorjahreswert war aufgrund der durchgeführten Abfindungsangebote zur betrieblichen Altersversorgung deutlich erhöht.

Zum Stichtag 31.12.2021 beschäftigte RWW 427 (Vorjahr 431) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Gemäß geringfügig modifizierter Definition des Begriffs Personalbestand seitens der E.ON SE werden nunmehr auch die Werkstudenten zum Personalbestand gezählt. Somit erhöht sich die Anzahl der Beschäftigten um 5 Werkstudenten auf insgesamt 432 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Acht Mitarbeiter befinden sich in der Freistellungsphase der Altersteilzeit. Diese Mitarbeiter werden gesondert ausgewiesen, da sie nicht in der Stammbelegschaft geführt werden.

Die Zahl der Angestellten beträgt 225 Mitarbeiter. Im gewerblichen Bereich sind 207 Mitarbeiter beschäftigt. Im Berichtsjahr beträgt der Anteil der weiblichen Beschäftigten 17,1% der Gesamtbelegschaft, bezogen auf den Angestelltenbereich beträgt ihr Anteil 31,1%. Am 31.12.2021 befanden sich 18 Jugendliche in einer Ausbildung in den Berufsbildern Elektroniker/-in für Betriebstechnik, Industriemechaniker/-in und Anlagenmechaniker/-in mit Fachrichtung Rohrsystemtechnik und Fachkraft für Wasserversorgungstechnik. RWW beschäftigte zum Jahresende 31 anerkannt schwerbehinderte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, davon befinden sich zwei Mitarbeiter in der Altersteilzeit-Freistellungsphase.

Die Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen lagen mit 7,9 Mio. € (Vorjahr: 7,8 Mio. €) geringfügig über dem Vorjahreswert.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen (einschließlich der sonstigen Steuern) dotierten mit 27,8 Mio. € (Vorjahr: 27,9 Mio. €) auf Vorjahresniveau. Die Aufwendungen für Konzessionsab-gaben reduzierten sich erlösbedingt um 0,1 Mio. €. Während die sonstigen Beiträge und Gebühren sich um 0,3 Mio. € erhöhten, im Wesentlichen die wasserwirtschaftlichen Beiträge, reduzierten sich die übrigen sonstigen betrieblichen Aufwendungen um 0,3 Mio. €.

Das Zins- und Finanzergebnis verbesserte sich um 1,2 Mio. €. Im Wesentlichen bedingt durch den Zinsanstieg der Pensionsrückstellungen um 1,3 Mio. € auf 14,2 Mio. € bei gleichzeitig erhöhten Erträgen aus der Marktbewertung des CTA (+2,5 Mio. €).

Die Steuerquote, definiert als Quotient aus dem Ertragssteueraufwand und dem Vorsteuerergebnis, beträgt 56,0% (Vj. 43,0%). Treiber dieser Steuerquote sind hauptsächlich die hohen Abweichungen der Pensionsrückstellungen in Handels- und Steuerbilanz.

Finanzlage

Zwischen der RWW und der E.ON SE ist eine Vereinbarung über die Errichtung eines Zerobalancing-Verfahrens (= automatisches Saldenübertragungsverfahren) verbunden mit einem konzerninternen Clearing geschlossen worden. Der Vertrag umfasst die Durchführung von Zahlungsverkehr, Liquiditätsdisposition und Liquiditätsausgleich sowie die Anlage und die Aufnahme von Tages- und Termingeldern sowie Darlehen. Zum 31.12.2021 waren insgesamt 60,0 Mio. € (Vorjahr 62,0 Mio. €) bei der E.ON SE angelegt.

Wie der nachfolgend wiedergegebenen Kurzfassung der Kapitalflussrechnung zu entnehmen ist, ergibt sich ein zahlungswirksamer Rückgang des Finanzmittelfonds um 2,0 Mio. €. Der Finanzmittelfonds wird definiert als Summe aus Kassenbestand einschließlich Geldbestand bei der Sparkasse Mülheim sowie der konzerninternen Geldanlagen.

	2021 Mio. €	2020 Mio. €
Cash flow aus laufender Geschäftstätigkeit	12,6	18,0
Cash flow aus Investitionstätigkeit	-7,6	-9,4
Cash flow aus Finanzierungstätigkeit	-7,0	-7,0
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	**-2,0**	**1,6**

Der Rückgang des Cash flow aus laufender Geschäftstätigkeit um 5,4 Mio. € ergibt sich im Wesentlichen aufgrund nachfolgend aufgeführter, zahlungsrelevanter Veränderungen:
- Rückstellungen (+2,0 Mio. €),
- Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (-7,5 Mio. €),
- Sonstige Vermögensgegenstände (+1,2 Mio. €)
- Sonstige Verbindlichkeiten (-1,1 Mio. €),

Der Cash flow aus Investitionstätigkeit erhöhte sich um 1,8 Mio. € auf -7,6 Mio. € nahezu ausschließlich bedingt durch geringere Investitionen des Anlagevermögens (-1,7 Mio. €).
Da sich die Ausschüttung des Berichtsjahres gegenüber dem Vorjahr nicht veränderte, blieb der Cash flow aus Finanzierungstätigkeit bei -7,0 Mio. €.

Das Manageable Working Capital (im Wesentlichen Differenz zwischen Umlaufvermögen und kurzfristigen Verbindlichkeiten) beläuft sich auf 5,4 Mio. € und unterschreitet somit deutlich das Ziel von maximal 10,5 Mio. €.

Vermögenslage

Nachfolgende Bilanzstruktur gibt einen Überblick über die wesentlichen Posten:

	31.12.2021 Mio. €	31.12.2020 Mio. €
Anlagevermögen	125,4	126,3
Umlaufvermögen (einschl. aktive Rechnungsabgrenzung)	81,4	75,5
Bilanzsumme	**206,8**	**201,8**
Eigenkapital	74,9	76,5
Rohrnetzkostenzuschüsse	6,0	6,4
Rückstellungen	116,2	109,5
Verbindlichkeiten (einschl. passive Rechnungsabgrenzung)	9,7	9,4
Bilanzsumme	**206,8**	**201,8**

Die Bilanzsumme erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um 5,0 Mio. € auf 206,8 Mio. €. Auf der Aktivseite ist dies im Wesentlichen bedingt durch die um 7,0 Mio. € erhöhten Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, bei gleichzeitigem Rückgang der Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen um 2,0 Mio. €. Auf der Passivseite sind vor allem erhöhte Rückstellungen (+6,7 Mio. €) und ein rückläufiges Eigenkapital (-1,6 Mio. €) hierfür verantwortlich.

Das Anlagevermögen nahm um 0,9 Mio. € auf 125,4 Mio. € ab: Gesamtinvestitionen von 7,9 Mio. €, Nettoabgängen von 0,9 Mio. € und verrechneten Abschreibungen von 7,9 Mio. €. Die Gesamtinvestitionen (einschließlich der Zuordnung der geleisteten Anzahlungen und Anlagen im Bau) entfallen auf:

	31.12.2021 Mio. €	31.12.2020 Mio. €
Immaterielle Vermögensgegenstände	0,3	0,2
Grundstücke und Bauten	0,0	0,0
Technische Anlagen und Maschinen	3,5	2,7
Rohrnetz und Wasserzähler	2,8	5,3
Betriebs- und Geschäftsausstattung	1,3	1,2
Finanzanlagen	---	0,2
	7,9	**9,6**

Das Eigenkapital des Berichtsjahres minderte sich um 1,6 Mio. € auf 74,9 Mio. € im Wesentlichen bedingt durch die ausschüttungsbedingte Reduzierung der Gewinnrücklagen.

Die Rückstellungen erhöhten sich um 6,7 Mio. €, im Wesentlichen bedingt durch die Entwicklung der Pensionsrückstellung. Aufgrund der weiter fortschreitenden Zinsschmelze erhöhte sich diese Rückstellung nach Saldierung des CTA um 8,3 Mio. €. Der Marktwert des CTA entlastete die Position um 4,7 Mio. €.

RWW weist für das Geschäftsjahr 2021 einen Jahresüberschuss von 5,3 Mio. € aus.

Die Eigenkapitalquote reduzierte sich weiter auf 36,2% (Vorjahr 37,9%).

3. Chancen- und Risikobericht

RWW ist vollständig in das Risikomanagement der Westenergie AG eingebunden. Die Risikomanagementprozesse der Gesellschaft sind daher auf die Vorgehensweisen und Berichtsstrukturen der Führungsgesellschaft Westenergie abgestellt. Innerhalb der RWW ist ein Risikomanagement-Ausschuss implementiert, der sich aus Vertretern der wesentlichen Bereiche der Gesellschaft zusammensetzt. So ist sichergestellt, dass alle Risikokategorien berücksichtigt und bewertet werden können. Alle identifizierten Risiken, unabhängig von deren Eintrittswahrscheinlichkeit und Risikohöhe, werden zwecks transparenter Dokumentation und Risiko-Steuerung in einem Katalog zusammengestellt. Der Risikomanagement-Ausschuss tagt regelmäßig und mindestens zweimal jährlich, um den Risikokatalog entsprechend zu inventarisieren und

zu aktualisieren. Der Risikomanagement-Ausschuss-Vorsitzende berichtet direkt an die Geschäftsführung, die die Funktion des Risikokoordinators wahrnimmt. Zu den vorbeugenden Maßnahmen des Risikomanagements zählen detaillierte Arbeits- und Verfahrensanweisungen, regelmäßige Wartungen und Überprüfungen der Anlagen, Ersatz- und/oder Neuinvestitionen, Schulungen sowie Weiterbildungsmaßnahmen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und, entsprechend dem Bedarf, Versicherungen. Hierdurch soll das Risikopotenzial minimiert werden.

Um im Spannungsfeld zwischen Verlustrisiken und Gewinnchancen weiterhin erfolgreich zu sein, ist die Wahrnehmung unternehmerischer Chancen wichtiger Bestandteil unserer strategischen Ausrichtung. Ein Ziel besteht in der systematischen und dauerhaften Verbesserung von Arbeitsabläufen und Prozessen.

Die RWW ist grundsätzlich vor allem folgenden Risiken ausgesetzt:

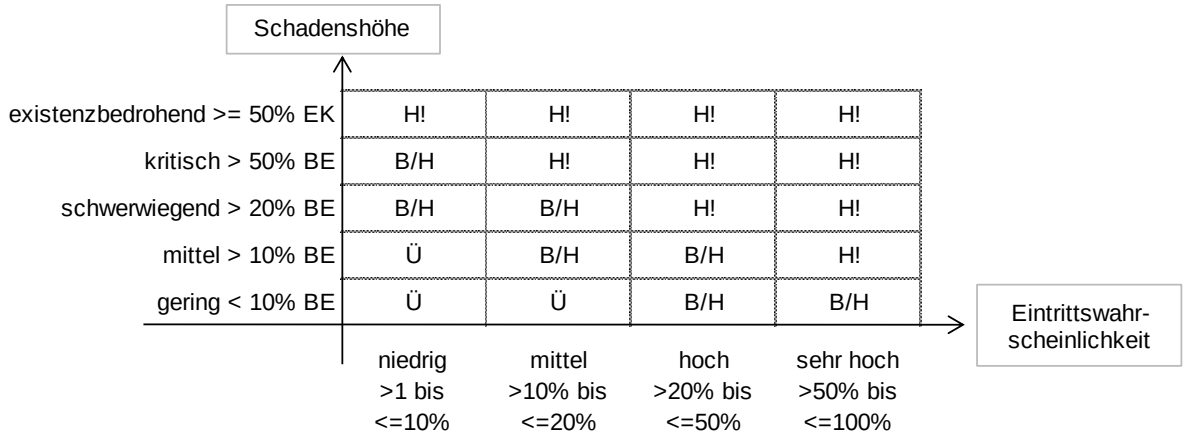
Marktrisiken: Preisrisiken sowie Risiken und Chancen aus dem Verlust bzw. Gewinn von Konzessionsverträgen begegnet RWW unter anderem durch eine aktive Vertriebspolitik, eine weitgehend absatzorientierte Beschaffung sowie ein effektives Kostenmanagement.

Betriebsrisiken: Betriebsrisiken, auch als operative Risiken bezeichnet, umfassen negative Effekte aus der spezifischen Geschäftstätigkeit. Durch die systematische Wartung von Leitungen und Anlagen sowie die kontinuierliche Optimierung entsprechender Prozesse werden Störungen vorgebeugt. Dies ist die Basis für eine hohe Versorgungssicherheit.

Finanzrisiken: Im Rahmen des unternehmerischen Handelns können auch Risiken und Chancen aus Kredit-, Zins- und Preisänderungen entstehen. Als Ursachen werden die Zinsentwicklung, die Geld,- Finanz- und Lohnpolitik genannt. RWW trägt diesen Risiken mit einer konservativen Anlagestrategie Rechnung. RWW hat zur Finanzierung der Pensionsrückstellungen eine Vereinbarung zur Übertragung von Vermögen zur treuhänderischen Verwaltung und zur Sicherung abgeschlossen (CTA). Der Schwerpunkt der strategischen Kapitalanlage liegt auf in- und ausländischen Staatsanleihen. Aktien haben im Portfolio ein geringeres Gewicht als Rentenpapiere. Die Anlage erfolgt in verschiedenen Regionen. Aus der Anlage in Aktien soll langfristig eine Risikoprämie gegenüber Rentenanlagen erzielt werden. Um zusätzlich möglichst gleichmäßig hohe Erträge zu erreichen, wird auch in Produkte investiert, die im Zeitablauf relativ gleichmäßig positive Erträge erzielen sollen. Ein Asset Management Committee beschließt die Anlagestrategie in Bezug auf das Treuhandvermögen. Dennoch bestehen kurzfristig kapitalmarktübliche Chancen und Risiken, die sich unmittelbar in der Gewinn- und Verlustrechnung von RWW niederschlagen können.

Da Kunden ihren Zahlungsverpflichtungen unter Umständen nicht oder nicht fristgerecht nachkommen, sind mit dem Vertriebsgeschäft grundsätzlich Risiken verbunden. Mit Wirkung zum 01.11.2020 / 01.01.2021 hat die RWW die Leistungen „Kundenservice“ an die rhenag Rheinische Energie Aktiengesellschaft, Köln, vergeben. Zu den von RWW übertragenen Tätigkeiten zählen im Besonderen die zentrale Kundenbetreuung, Abrechnung und Debitorenmanagement, Forderungsmanagement und Inkassoleistungen sowie das Management von Beschwerden aller Art.

Die folgende Abbildung skizziert die Risikoportfolio-Matrix, bestehend aus den Dimensionen Eintrittswahrscheinlichkeit in % und erwartete Schadenshöhe in Mio. €, die von RWW als Analyse der Risiken genutzt wird. Die Wesentlichkeitsgrenze wird definiert in Abhängigkeit vom Betriebsergebnis bzw. vom Eigenkapital der Gesellschaft.



H!…aktueller Handlungsbedarf; B/H…beobachten, ggf. handeln; Ü…überwachen
EK…Eigenkapital nach HGB; BE…betriebliches Ergebnis

Die kritische Prüfung des Risikoportfolios lässt die Feststellung zu, dass im abgelaufenen Geschäftsjahr keine wesentlichen Risiken der Kategorien H! oder B/H bestanden haben und nach gegenwärtigem Kenntnisstand auch für das Geschäftsjahr 2022 nicht erkennbar sind. Sämtliche zuvor erläuterten Risiken sind der Kategorie Ü zuzuordnen.

Das Corona-Virus hatte keine wesentlich negativen wirtschaftlichen Auswirkungen im Geschäftsjahr 2021. Die Geschäftsführung geht davon aus, dass dies auch zukünftig nicht der Fall sein wird. RWW führt regelmäßig Risikobewertungen durch, da sich die aktuelle Lage als sehr dynamisch abzeichnet. Die Qualität des Trinkwassers ist nicht durch das Virus

beeinträchtigt. Folglich ist das Trinkwasser, das unter Beachtung der allgemein anerkannten Regeln der Technik gewonnen, aufbereitet und verteilt wird, sehr gut gegen alle Viren, einschließlich der Corona-Viren und deren Mutationen geschützt.

4. Prognosebericht

Neue EU-Trinkwasserrichtlinie

Nachdem die EU-Trinkwasserrichtlinie vom Ministerrat und dem Europäischen Parlament am 15.12.2020 angenommen wurde, steht nun die Umsetzung ins deutsche Recht an. Diese Umsetzung muss bis zum 12.01.2023 ins nationale Recht erfolgen.

Die Richtlinie verschärft einerseits Grenzwerte für Schadstoffe im Trinkwasser (wie z. B. Blei oder Per- und Polyfluoralkylsubstanzen) und führt Obergrenzen für endokrine Disruptoren ein, also hormonell wirksame Substanzen. Andererseits wird eine „Beobachtungsliste“ eingeführt, die es ermöglichen soll, flexibler auf neue Erkenntnisse über potenziell schädliche Stoffe zu reagieren. Umwelthormone, Arzneimittel und Mikroplastik sollen nicht ihren Weg ins Trinkwasser finden und die Gesundheit des Menschen gefährden.

Die Richtlinie soll im europäischen Rahmen die Sicherheit der Verbraucher verbessern, indem das chemische Monitoring erweitert wird und zukünftig eine Risikobewertung und ein Risikomanagement für die Einzugsgebiete von Entnahmestellen von Wasser durchgeführt werden.

Ziel der Umsetzung muss es sein, einen unverhältnismäßigen, bürokratischen Aufwand für die Wasserwirtschaft zu vermeiden. Es bleibt zu hoffen, dass dieser Anspruch vom nationalen Gesetzgeber eingehalten wird.

Projekt „Olympia“

Im Projekt „Olympia“, das Anfang 2020 ins Leben gerufen wurde, sollen Veränderungen identifiziert und umgesetzt werden, um nachhaltig Ergebnissteigerungen bei RWW zu erwirtschaften. Unter diesem Titel werden die nachfolgenden fünf näher beschriebenen Teilgebiete zusammengefasst. Alle Teilgebiete greifen ineinander und zeigen ein hohes Maß an Interdependenzen.

Strategie

Infolge des gesellschaftlichen Wandels, aber vor allem auch infolge des Klimawandels und den damit verbundenen Entwicklungsdynamiken verändern sich die Anforderungen auch an RWW. Die Nachhaltigkeitsdebatte und die Versorgungssicherheit haben durch die Corona-Pandemie einen weiteren - im Sinne von RWW auch durchaus richtigen - Wertewandel bewirkt (u. a. Nachhaltigkeit versus Preis). Die Veränderungen der Branche sind allerorts zahlreich und bergen zugleich Chancen aber auch Risiken. Diese hat RWW in Bezug auf das eigene Unternehmen im Rahmen des Strategieprozesses im ersten Halbjahr des Geschäftsjahres analysiert und entsprechende strategische Handlungsfelder festgelegt bzw. bereits in der Vergangenheit erarbeitete Handlungsfelder entsprechend nachgeschärft, um die Zukunft des Unternehmens weiterführend zu gestalten und gleichzeitig die vorhandenen Unternehmensressourcen richtig und effizient einzusetzen.

Als kapitalintensives Unternehmen und dem Anspruch der Nachhaltigkeit entsprechend liegt der Fokus der Strategie auf dem Asset-Management. Strategisch planen und entsprechend investieren, langfristige Investitionsprogramme entwickeln und in eine Nachhaltigkeitsstrategie integrieren sind die Ziele, an denen RWW sich, neben einem Ergebnis auf konstant gutem Niveau, in den nächsten Jahren messen lassen will.

RWW wird auch in den kommenden Jahren den größten Teil des Umsatzes mit dem Wassergeschäft generieren. Allerdings gilt es, im Rahmen der strategischen Ausrichtung des Unternehmens neue Produktfelder und Geschäftsmodelle zu ergänzen bzw. zu erschließen. Ein Fokus wird hierfür u. a. der Wasserzähler als Schnittstelle zum Kunden sein.

Effektivität und Effizienz

In diesem Teilprojekt sind insgesamt elf Arbeitspakete geschnürt worden, die die größten Werthebel zeigen. Diese Arbeitspakete betreffen sowohl Kernprozesse (zum Beispiel Produktion, Netze, Messwesen und Vertrieb) als auch zentrale Bereiche, wie zum Beispiel Controlling, Personal, Materialwirtschaft und Facilitymanagement. Erste vielversprechende Ergebnisse liegen vor. Das Teilprojekt soll bis ca. Mitte 2022 abgeschlossen werden.

Kultur- und Personalentwicklung

Mit dem Format „Botschafter“ wird RWW weiterentwickelt. In vier Botschafter-Teams erarbeiten RWWler Maßnahmen zu den Kulturthemen Veränderung, Zusammenarbeit, Anerkennung und Entscheidung und bringen diese ins Unternehmen z. B. durch Lunch & Learn Formate, Methodenkoffer, Kollegenarenen, Gastvorträge, Lob- und Feedbackkarten, Etablierung von Besprechungs-Scouts. Einbezogen in die Kultur- und Personalentwicklung sind alle Unternehmensebenen. Die kontinuierliche Befähigung der Führungskräfte wird insbesondere durch das Entwicklungsprogramm „Führung, die Kreise zieht“ sowie einer Workshopreihe für das Führungsteam gefördert.

Demographie

In den kommenden Jahren wird eine nennenswerte Anzahl von qualifizierten Mitarbeitern in den Ruhestand gehen. Somit wird sich das Angebot an qualifizierten Fach- und Führungskräften bei RWW in den nächsten Jahren verknappen. Den zukünftigen Fach- und Führungskräftebedarf sichert RWW durch die stetige Verbesserung der Ausbildung von Nachwuchskräften (Berufsausbildung, Praktika für Schüler und Studenten, Durchführung von Praxissemstern, Begleitung von Bachelor- und Masterarbeiten) sowie vorausschauender Personalplanung und Ableitung zielgerichteter Personalmaßnahmen z. B. in den Bereichen Recruiting und Mitarbeiterentwicklung. Die Digitalisierung gilt weiterhin als große Chance. Zudem sind die Erhaltung und Förderung der Arbeits- und Leistungsfähigkeit der Belegschaft wesentlich. Dies wird unterstützt durch die zielgerichtete Weiterentwicklung des Betrieblichen Gesundheitsmanagements.

Stellenplan

Den uns gestellten Herausforderungen, verschärft durch die globalen Megatrends demographische Entwicklung, Digitalisierung und Wertewandel, begegnen wir mit einer Personalplanung, die wir ausgehend von unserer heutigen, operativen kurz- bis mittelfristigen Planung zu einer langfristigen, strategischen Personalplanung ausweiten werden. So können wir künftige Entwicklungen rechtzeitig antizipieren und vorausschauend planen, wie viele Mitarbeiter mit welchen Kompetenzen wir in den kommenden Jahren benötigen, und zielgerichtete Personal-Maßnahmen (z. B. Recruiting, Mitarbeiterentwicklung) ableiten.

Ausblick

Ab dem 01.01.2022 gelten neue Trinkwasserpreise bei der RWW. Der Mengenpreis je 1.000 Liter Trinkwasser kostet dann 1,43 € brutto statt bisher 1,37 € brutto (+4,3%). Der Systempreis einschließlich Umsatzsteuer erhöht sich in einem Einfamilienhaus jährlich um 14,68 € auf 256,53 €, in einem Dreifamilienhaus um 19,98 € auf 349,22 €, in einem Sechsfamilienhaus um 29,54 € auf 516,25 €. Die Mengenpreisanpassung entspricht einer Steigerung von umgerechnet rund 2,2 % pro Jahr bezogen auf die letzte Anpassung vor zwei Jahren.

RWW setzt weiterhin auf effizienzsteigernde Maßnahmen, die Kostensteigerungen der letzten Jahre ließen sich jedoch nur zum Teil auffangen, so dass anteilige Tarif- und Preissteigerungen an die Kunden weitergegeben werden mussten.

Für das kommende Geschäftsjahr wird ein Betriebsergebnis von ca. 22,5 Mio. € sowie ein Jahresergebnis von ca. 7,4 Mio. € angestrebt. Dem liegt die Annahme zugrunde, dass RWW effizientere Prozesse in den geschäftsübergreifenden und zentralen Bereichen etabliert. Das prognostizierte Betriebsergebnis basiert auf einer Absatzmenge von ca. 71,2 Mio. m³.

Es bleibt abzuwarten, in welchem Umfang die „Zinsschmelze“ auf den Kapitalmärkten fortschreitet und damit den Jahresüberschuss durch hohe Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen zukünftig weiter belastet.

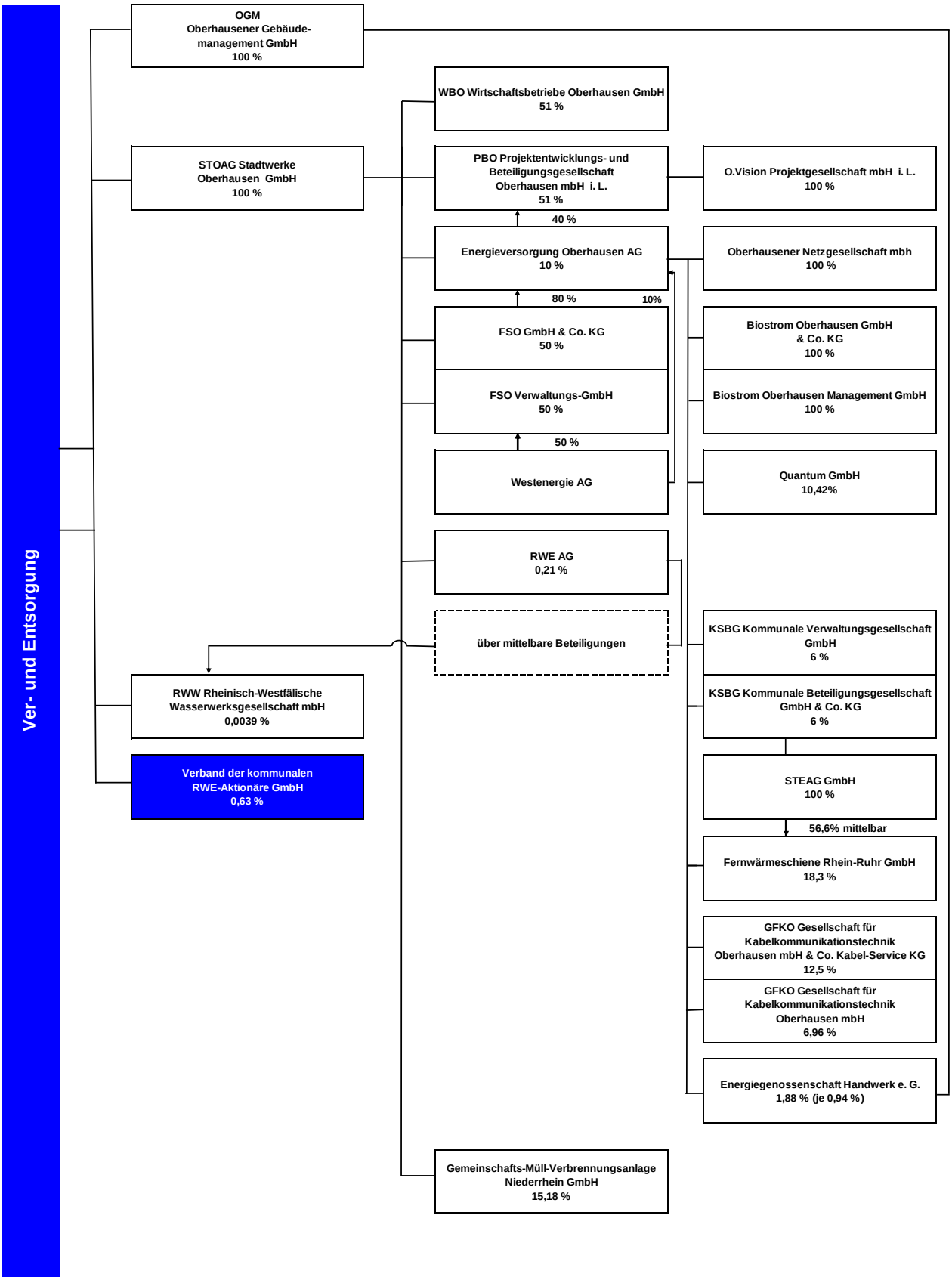
Die vorgesehenen Investitionen in das Sachanlagevermögen des kommenden Jahres konzentrieren sich mit einem Volumen von ca. 14,0 Mio. € auf Erhaltungs- und Ersatzinvestitionen sowie verschiedene Sondermaßnahmen (u. a. Automatisierung der Wasserwerke).

Die Geschäftsführung geht von einer Dividendenzahlung für 2022 in Höhe von 7,0 Mio. € aus.

Mülheim an der Ruhr, 31. Januar 2022

RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH

Die Geschäftsführung


Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100 %
STOAG Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
Verband der kommunalen
RWE-Aktionäre GmbH
0,63 %
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH
51 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesellschaft
Oberhausen mbH i. L.
51 %
40 %
Energieversorgung Oberhausen AG
10 %
80 %
10%
FSO GmbH & Co. KG
50 %
FSO Verwaltungs-GmbH
50 %
50 %
Westenergie AG
RWE AG
0,21 %
über mittelbare Beteiligungen
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,18 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH i. L.
100 %
Oberhausener Netzgesellschaft mbh
100 %
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100 %
Biostrom Oberhausen Management GmbH
100 %
Quantum GmbH
10,42%
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft
GmbH
6 %
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co. KG
6 %
STEAG GmbH
100 %
56,6% mittelbar
Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH
18,3 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG
12,5 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH
6,96 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G.
1,88 % (je 0,94 %)

VKA Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Rüttenscheider Str. 62
45130 Essen

Kontakt:

Telefon	0201/ 221377
Fax	0201/ 222974
e-Mail	info@vka-rwe.de
Internet	http://www.vka-rwe.de

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 127,82

Gesellschafter:	**T€**	**%**
Stadt Oberhausen	0,80	0,63
Stadtsparkasse Oberhausen	0,51	0,40

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand der Gesellschaft ist die Bildung einer einheitlichen Auffassung der Gesellschafter in energiewirtschaftlichen und damit zusammenhängenden kommunalpolitischen Fragen sowie die Unterstützung ihrer Gesellschafter bei deren Aufgaben zur Sicherung einer wirtschaftlich sinnvollen Daseinsvorsorge und bei der Darbietung einer sicheren und preiswerten Ver- und Entsorgung in den Bereichen Strom, Öl, Gas, Wasser, Abwasser und Abfall.

Hierzu hat die Gesellschaft die Aufgaben
- die Interessen der Gesellschafter in den Fragen der Versorgung und Entsorgung ihrer Gebiete wie auch des angemessenen Einsatzes heimischer Energieträger zu koordinieren, soweit dies erforderlich ist, und diese gegenüber staatlichen Stellen, gegenüber anderen Verbänden und gegenüber der Öffentlichkeit zu vertreten;
- die Gesellschafter und ihre Gemeinden in allen Fragen der Versorgung und der Entsorgung zu beraten.

Die Gesellschaft kann nach Beschluss der Gesellschafterversammlung weitergehende Aufgaben auf dem Gebiet der öffentlichen Ver- und Entsorgungswirtschaft übernehmen. Die Übernahme sonstiger Aufgaben bedarf einer Änderung des Gesellschaftsvertrages.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2021)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Gerlach, Ernst
	Geschäftsführer	Ottmann, Peter
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Schranz, Daniel

Verwaltungsrat:	Vorsitzender	Geisel, Thomas
	1. stellv. Vorsitzender	Schartz, Günther
	2. stellv. Vorsitzender	Bertram, Rudi
		sowie weitere 10 Mitglieder
Prokura:		Berndmeyer, Günter
		Roßberg, Judith

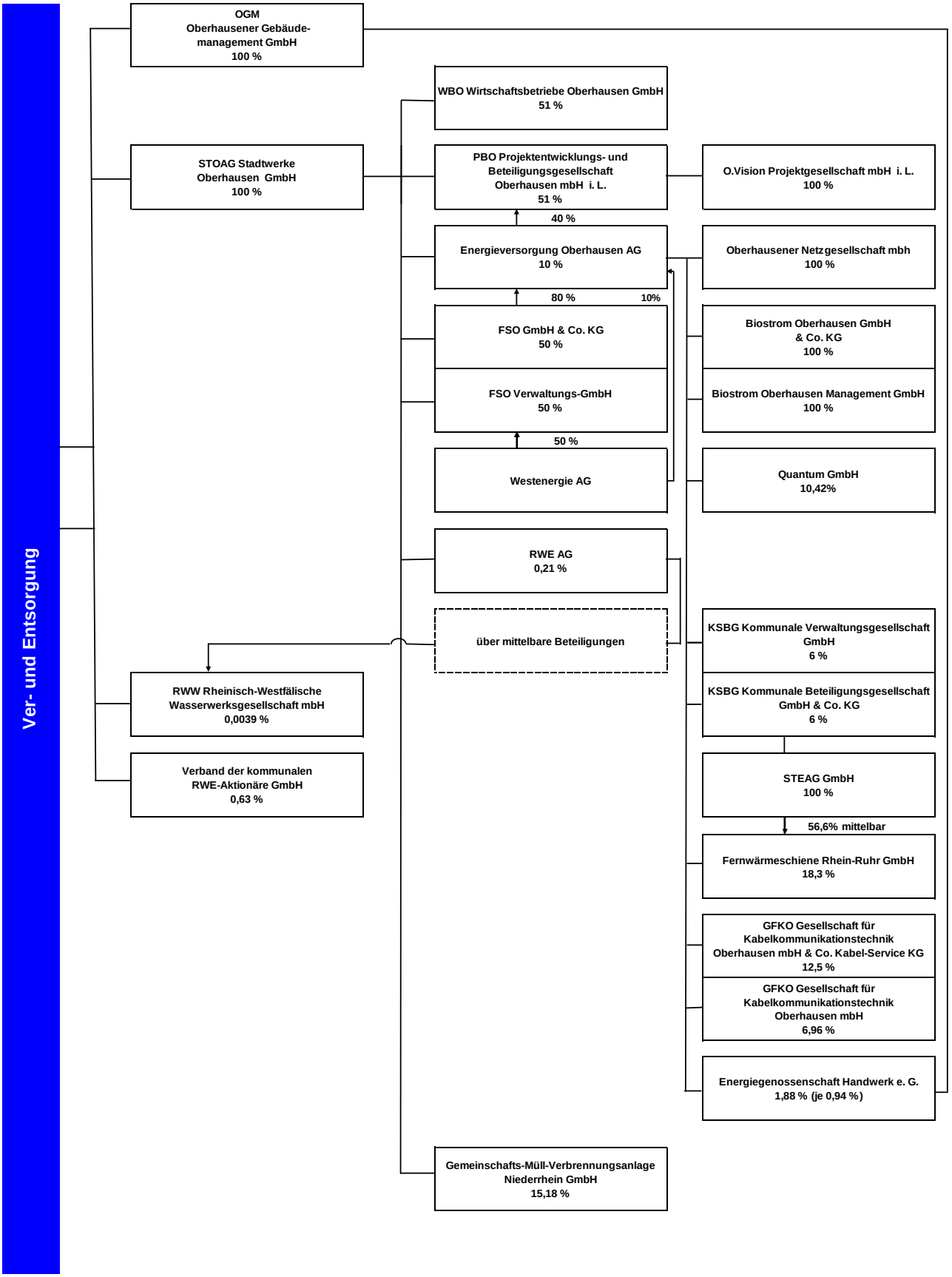
c) Beteiligungen

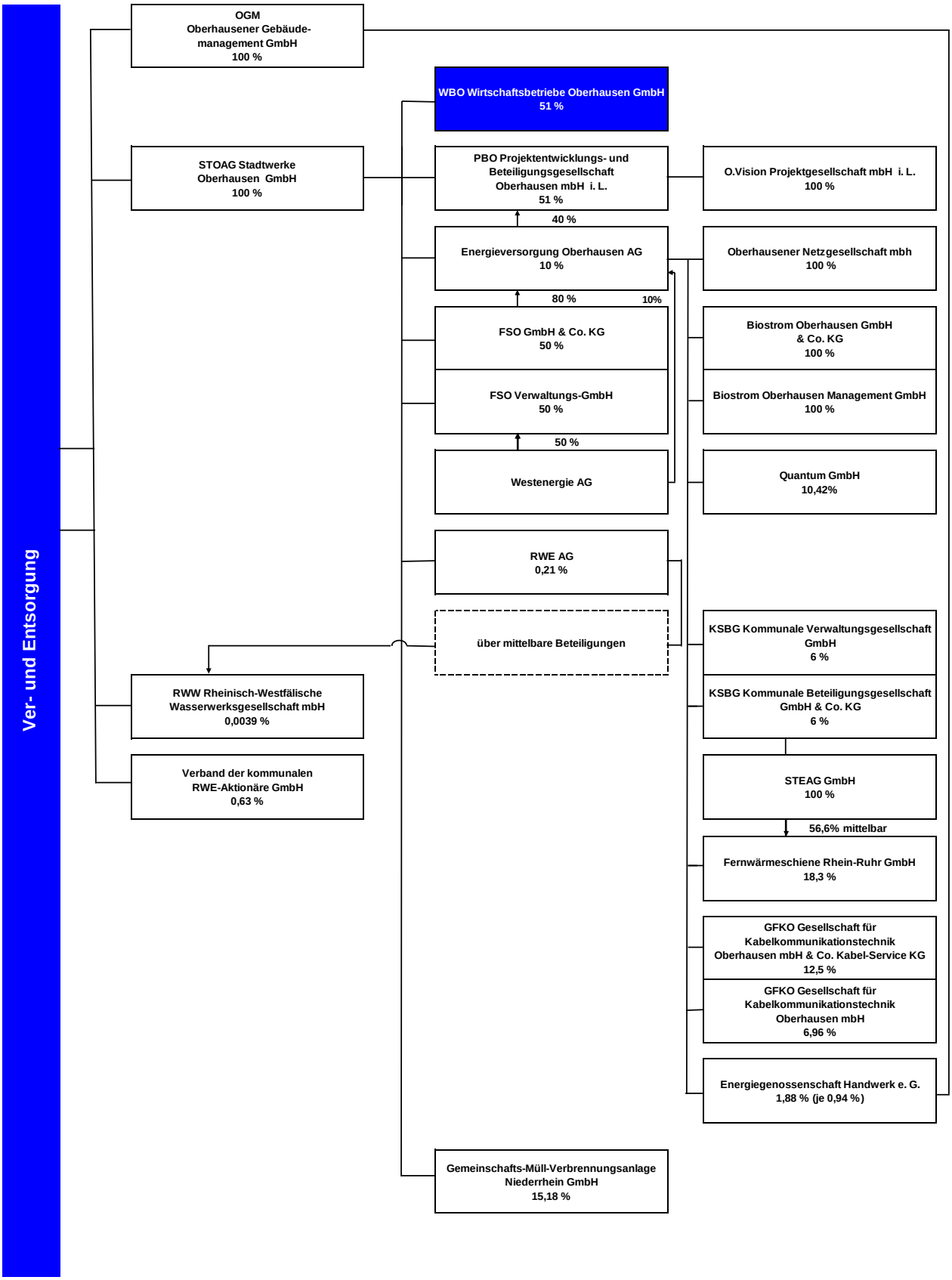
mittelbar	**T€**	**%**
	0,51	0,40
	0,80	0,63

d) Lagebericht

Auf die Darstellung der wirtschftlichen Daten sowie des Lageberichts wird auf Grund der untergeordneten wirtschaftlichen Bedeutung dieser Beteiligung für die Stadt Oberhausen verzichtet

Ver- und Entsorgung - mittelbare Beteiligungen -




Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100 %
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH
51 %
STOAG Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesellschaft
Oberhausen mbH i. L.
51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH i. L.
100 %
40 %
Energieversorgung Oberhausen AG
10 %
Oberhausener Netzgesellschaft mbh
100 %
80 %
10%
FSO GmbH & Co. KG
50 %
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100 %
FSO Verwaltungs-GmbH
50 %
Biostrom Oberhausen Management GmbH
100 %
50 %
Westenergie AG
Quantum GmbH
10,42%
RWE AG
0,21 %
über mittelbare Beteiligungen
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft
GmbH
6 %
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co. KG
6 %
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
Verband der kommunalen
RWE-Aktionäre GmbH
0,63 %
STEAG GmbH
100 %
56,6% mittelbar
Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH
18,3 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG
12,5 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH
6,96 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G.
1,88 % (je 0,94 %)
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,18 %

WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Buschhausener Straße 149
46049 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208 / 8587-30
Fax	0208 / 8578-404
e-Mail	info@wbo-online.de
Internet	http://www.wbo-online.de/

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 1.250,00

Gesellschafter:

	T€	%
REMONDIS Kommunale Dienste West GmbH	612,50	49,00
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	637,50	51,00

Gegenstand des Unternehmens:

1. Gegenstand des Unternehmens sind insbesondere Dienstleistungen für die Stadt Oberhausen

1.1 in den gebührenrelevanten Bereichen
- Entwässerung
- Müllabfuhr
- Straßenreinigung

1.2 in den nichtgebührenrelevanten Bereichen
- Fließgewässer
- Straßenunterhaltung
- Kfz-Werkstattbetrieb
- Aufgaben im Rahmen des DSD
- Abfallwirtschaft
- Unterhaltung von Verkehrsflächen und Signalanlagen

2. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Rechtsgeschäften berechtigt, durch die der vorgenannte Gesellschaftszweck auch mittelbar gefördert werden kann.

3. Die Gesellschaft ist berechtigt, zur Förderung ihres Unternehmenszwecks Beteiligungen gleicher oder ähnlicher Art zu erwerben oder Tochtergesellschaften zu gründen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

Stadt Oberhausen	Dienstleistungsvertrag vom 15.01.2008
Stadt Oberhausen	Leistungsvertrag zwischen der Stadt Oberhausen und der WBO GmbH vom 12.01.1996
Stadt Oberhausen	Personalgestellungsvertrag zwischen der Stadt Oberhausen und der WBO GmbH vom 07.12.1995
Stadt Oberhausen	Überleitungstarifvertrag zwischen der Stadt Oberhausen, der WBO GmbH und der ÖTV (nunmehr ver.di) vom 07.12.1995
Stadt Oberhausen	Überleitungsvertrag zwischen der Stadt Oberhausen und der WBO GmbH vom 07.12.1995
Stadt Oberhausen	Vereinbarung Geobasisdaten vom 03.03.2006
Stadt Oberhausen	Vereinbarung zu Abnahme, Transport und Entsorgung von Laub vom 01.07.2007 - 31.12.2010

Stadt Oberhausen	Vereinbarung zu Abnahme, Transport und Entsorgung von Straßenlaub vom 01.07.2007 - 31.12.2010
Stadt Oberhausen	Vertrag über die Abrechnung von Ingenieurleistungen Kanalbau vom 22.01.1998
Stadt Oberhausen	Vertrag über die Abrechnung von Ingenieurleistungen Straßenbau vom 26.01.2001
Stadt Oberhausen	Vertrag über die Regelung der Grundsätze der Alttextilerfassung in Oberhausen vom 08.03.2000; Nachtrag vom 19.11.2004
Stadt Oberhausen	Vertrag über die Reinigung der Bundesautobahn-Anschlussstellen im Stadtgebiet Oberhausen vom 20.08.2008

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2021)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Woidtke, Karsten Bernard
	Mitglied	Kußel, Andreas
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:	Mitglied	Schranz, Daniel
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Hanning, Guido
	stellv. Vorsitzende	Willing-Spielmann, Ulrike
	stellv. Vorsitzende (AN)	Herrmann, Regina
	Mitglied gem. § 113 GO	Jehn, Michael
	Mitglied	Bongers, Sonja
	Mitglied	Broß, Klaus Dieter
	Mitglied	Erlenbach, Klaus
	Mitglied	Rubin, Dirk
	Mitglied	Rudolph, Karl-Ulrich
	Mitglied	Steinberg, Wolfgang
	Mitglied	Juchem, Timo
	Mitglied	Tschentscher, Stefan
	Mitglied	Dr. Schröer, Jörg
	Mitglied	Bletgen, David
	Mitglied	Dresen, Marga
	Mitglied	Feldt, Thorsten
	Mitglied (AN)	Bohnes, Ralf
	Mitglied (AN)	Horatz, Stefan
	Mitglied (AN)	Froese, Anke
	Mitglied (AN)	Brands, Pierre
	Mitglied (AN)	Brinkert, Matthias
	Mitglied (AN)	Gellert, Heiko

c) Beteiligungen

unmittelbar	**T€**	**%**
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	12,50	4,22

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2019		2020		2021		Veränder-ungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	11.806,94	34,9	11.839,31	30,4	12.057,56	27,4	218,25	1,84
Umlaufvermögen	21.992,86	65,1	27.144,19	69,6	31.850,56	72,3	4.706,37	17,34
Rechnungsabgrenzungsposten			8,91	0,0	144,59	0,3	135,68	1.522,78
Bilanzsumme	**33.799,80**	**100,00**	**38.992,41**	**100,00**	**44.052,71**	**100,00**	**5.060,30**	**12,98**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	5.724,19	16,9	5.893,90	15,1	6.115,81	13,9	221,91	3,77
Rückstellungen	4.527,82	13,4	4.832,90	12,4	4.922,18	11,2	89,28	1,85
Verbindlichkeiten	23.547,79	69,7	28.265,60	72,5	33.014,72	74,9	4.749,12	16,80
Bilanzsumme	**33.799,80**	**100,00**	**38.992,41**	**100,00**	**44.052,71**	**100,00**	**5.060,30**	**12,98**

bb) GuV

	2019	2020	2021
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	50.553,99	48.433,28	49.430,55
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-1.652,32	4.222,70	3.294,05
andere aktivierte Eigenleistungen	25,56	12,68	20,75
sonstige betriebliche Erträge	392,19	630,92	640,27
Materialaufwand	16.314,85	19.279,80	18.846,12
Personalaufwand	22.627,85	23.329,26	23.216,09
Abschreibungen	1.675,66	1.817,25	1.993,52
sonstige betriebliche Aufwendungen	2.015,17	1.930,92	2.136,87
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		2,50	8,30
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	25,28	11,46	6,08
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	6.660,61	6.933,38	7.195,25
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	2.431,27	2.534,72	2.583,02
sonstige Steuern	86,28	88,95	80,33
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	4.143,07	4.309,71	4.531,90
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	4.141,30	4.144,37	4.314,08
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	4.140,00	4.140,00	4.310,00
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	4.144,37	4.314,08	4.535,98

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2021	Angaben in
Umsatzrentabilität:	8,20	8,90	9,17	%
Eigenkapitalrentabilität:	262,25	272,80	286,86	%
Cash-Flow:	5.818,73	6.126,96	6.525,42	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	129,45	137,02	138,66	T€
Personalaufwandsquote:	45,88	43,77	43,49	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2021	Angaben in
Sachanlagenintensität:	34,66	30,24	27,10	%
Eigenkapitalquote:	16,94	15,12	13,88	%
Fremdkapitalquote:	83,06	84,88	86,12	%

e) Lagebericht

1. Darstellung des Geschäftsverlaufs der Gesellschaft

Das Geschäftsjahr 2021 schließt mit einer Gesamtleistung von T€ 53.386 ab, was einem Anstieg gegenüber dem Vorjahr in Höhe von 0,2 % entspricht. Nachstehende Tabelle bietet einen Überblick über die Entwicklung der zur Gesamtleistung beitragenden Positionen sowie einen Vergleich zum Vorjahr:

	2021	2020	Veränderung	
	T€	T€	T€	%
Umsatzerlöse	49.431	48.433	998	2,1
Bestandsveränderungen	3.294	4.223	-929	-22,0
Aktivierte Eigenleistungen	21	13	8	61,5
Sonstige betriebliche Erträge	640	631	9	1,4
Gesamtleistung	**53.386**	**53.300**	**86**	**0,2**

Die Umsatzerlöse liegen um 2,1 % über dem Niveau des Vorjahres. Mit Ausnahme der anderen Umsätze mit der Stadt Oberhausen (Umsätze außerhalb des Leistungsvertrags und des Kanalbauprogramms) fallen die Erlöse in allen Kategorien höher aus als im Vorjahr.

Der Bestand der nicht abgeschlossenen Kanalbaumaßnahmen erhöht sich um T€ 3.264 (Vorjahr: Erhöhung um T€ 5.029). Gemeinsam mit den Bestandserhöhungen für sonstige Maßnahmen des Betriebes Kanäle und Straßen in Höhe von T€ 30 ergibt sich in Summe eine Bestandserhöhung in Höhe von T€ 3.294.

In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von T€ 361, Versicherungserstattungen in Höhe von T€ 95, Erträge aus Anlagenabgängen in Höhe von T€ 88 sowie Bonuserstattungen enthalten.

In der folgenden Tabelle sind die Umsatzerlöse der WBO dargestellt:

	2021	2020	Veränderung	
	T€	T€	T€	%
Leistungsvertrag Stadt OB	31.187	31.141	46	0,1
andere Umsätze Stadt OB / städt. Beteiligungen	3.158	4.870	-1.712	-35,2
Sonderbauprogramme Stadt OB	8.136	5.940	2.196	37,0
sonstige Umsätze	6.950	6.482	468	7,2
Summe Umsatzerlöse	**49.431**	**48.433**	**998**	**2,1**

Für den Leistungsvertrag ist die Steigerung der Umsatzerlöse von 0,1 % ausschließlich auf Preis- und Mengenänderungen in den Bereichen zurückzuführen, die im städtischen Haushalt nicht zum Gebührenhaushalt gehören.

Die anderen Umsätze mit der Stadt Oberhausen und den städtischen Beteiligungsgesellschaften sind gegenüber dem Jahr 2020 um 35,2% gesunken, was vor allem auf hohe Vorjahresumsätze des Betriebs Kanäle und Straßen für die Bebauungspläne Rechenacker- Samlandstraße und Lilienthalstraße zurückzuführen ist.

Die Umsatzerlöse aus Sonderbauprogrammen mit der Stadt Oberhausen sind im Verhältnis zum Vorjahr um 37 % gestiegen. Unter Berücksichtigung der zugehörigen Bestandsveränderungen für die Kanalbaumaßnahmen ergibt sich jedoch insgesamt eine Steigerung der Leistungen für die Sonderbauprogramme in Höhe von 3,9 % zum Vorjahr.

	2021	2020	Veränderung	
	T€	T€	T€	%
Umsatzerlöse Sonderbauprogramme	8.136	5.940	2.196	37,0
Bestandsveränderungen Sonderbauprogramme	3.264	5.029	-1.765	-35,1
Leistungen Sonderbauprogramme	**11.400**	**10.969**	**431**	**3,9**
darin enthaltene Ingenieurleistungen (HOAI)	1.211	1.103	108	9,8

Die sonstigen Umsätze sind um 7,2 % gestiegen. Ursächlich hierfür sind insbesondere höhere Treibstofferlöse infolge der Preisentwicklung beim Diesel, gestiegene Verwertungserlöse für das gewerbliche Altpapier und höhere Drittumsätze im Hausanschlussgeschäft.

	2021	2020	Veränderung	
	T€	T€	T€	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	90	4	86	2.150,0
Grundstücke und Bauten	0	118	-118	-100,0
andere Anlagen, BGA	1.678	1.361	317	23,3
Anlagen im Bau	447	373	74	19,8
Summe Investitionen	**2.215**	**1.856**	**359**	**19,3**

Die Investitionstätigkeit (T€ 2.215) hat sich gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 19,3 % erhöht. Der Anstieg ergibt sich im Wesentlichen aus erhöhten Anlagenzugängen bei den Nutzfahrzeugen und im Softwarebereich.

2. Darstellung der Lage der Gesellschaft

Der Jahresüberschuss erhöht sich gegenüber dem Vorjahr von T€ 4.310 auf T€ 4.532.

Die Kennzahlen des Unternehmens stellen sich wie folgt dar:

	2021	2020
Umsatzrentabilität*	9,2%	8,9%
Gesamtkapitalrentabilität**	10,3%	11,1%
Eigenkapitalrentabilität***	286,9%	272,8%

* Gewinn x 100 / Umsatz
** (Gewinn + Fremdkapitalzinsen) x 100 / Bilanzsumme [Gesamtkapital]
*** Gewinn x 100 / gezeichnetes Kapital + Rücklage

Aufgrund des im Verhältnis zum Umsatz stärker gestiegenen Jahresergebnisses erhöht sich auch die Umsatzrentabilität gegenüber dem Vorjahr.

Die Verringerung der Gesamtkapitalrentabilität trotz Steigerung des Jahresergebnisses erklärt sich aus der vergleichsweise größeren Erhöhung der Bilanzsumme insbesondere infolge gestiegener Bestände an nicht abgeschlossenen Kanalbaumaßnahmen.

Die leichte Erhöhung der Eigenkapitalrentabilität zum Vorjahr ist Folge des gestiegenen Jahresergebnisses.

Die Vermögens- und Finanzlage spiegeln folgende Kennzahlen wider:

	2021	2020
Eigenkapital (T€)	6.116	5.894
Eigenkapitalquote*	13,9%	15,1%
Verschuldungsgrad**	86,1%	84,9%
Anlagendeckungsgrad***	50,7%	49,8%

* Eigenkapital x 100 / Bilanzsumme [Gesamtkapital]
** Fremdkapital x 100 / Bilanzsumme [Gesamtkapital]
*** Eigenkapital x 100 / Anlagevermögen

Das zum Bilanzstichtag ausgewiesene Eigenkapital erhöht sich gegenüber dem Vorjahr entsprechend der Erhöhung des Bilanzgewinns.

Die geringere Eigenkapitalquote trotz höherem Eigenkapital erklärt sich aus der relativ höher gestiegenen Bilanzsumme. Der Verschuldungsgrad als korrespondierende Größe erhöht sich entsprechend.

Der leicht gestiegene Anlagendeckungsgrad gegenüber dem Vorjahr resultiert aus dem im Verhältnis zum Anlagevermögen stärker gestiegenen Jahresergebnis.

Die Innenfinanzierungskraft (Jahresüberschuss + Abschreibungen + Veränderung der langfristigen Rückstellungen) entwickelt sich deutlich positiv (+T€ 794). Die Entwicklung dieser Kennzahl gegenüber dem Vorjahr erklärt sich sowohl durch das höhere Jahresergebnis, die höheren Abschreibungen als auch den Anstieg der langfristigen Rückstellungen.

3. Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Die WBO agiert relativ unabhängig von allgemeinen Marktentwicklungen. Grund dafür sind langfristig abgeschlossene Verträge mit der Stadt Oberhausen und deren Beteiligungsgesellschaften sowie mehrjährige Verträge mit REMONDIS.

Die Stadt Oberhausen hat der WBO im Jahr 2015 einen Kündigungsverzicht für den überwiegenden Teil der Leistungsbereiche des bestehenden Leistungsvertrags bis zum 30.06.2022 ausgesprochen.

Das Geschäftsjahr 2021 war weiterhin von den Auswirkungen der Corona-Pandemie geprägt. Der eingerichtete Krisenstab musste in diesem Rahmen diverse organisatorische Maßnahmen beschließen und umsetzen. Neben der Aufrechterhaltung von Verhaltensmaßnahmen wurde die räumliche Trennung der Belegschaft durch Einrichtung neuer, dezentraler Standorte und der Ausweitung des mobilen Arbeitens fortgesetzt. Die Möglichkeiten der zeitversetzten Arbeitszeiten und des Homeoffice wurden weiterhin ausgebaut.

Zahlreiche weitere organisatorische Maßnahmen, die zwischenzeitlich von der Bezirksregierung überprüft wurden, haben dazu beigetragen, dass sich das Infektionsgeschehen innerhalb des Betriebes in Fällen von Erkrankung nicht flächendeckend ausbreiten konnte und die Leistungs- und Einsatzbereitschaft jederzeit gegeben war und bis heute ist.

Die WBO plant, den bestehenden Wertstoffhof an der Buschhausener Straße sowohl betrieblich als auch verkehrlich neu zu gestalten. Aufgrund dessen wurde von der WBO in Zusammenarbeit mit einem Verkehrsingenieurbüro eine Überplanung in Auftrag gegeben, mit dem Ziel einen auftretenden Rückstau auf das Betriebsgelände des Wertstoffhofes der WBO verlagern zu können. Eine entsprechende Analyseuntersuchung wurde durchgeführt und eine daraus resultierende Umsetzungsvariante ausgearbeitet.

Erste Maßnahmen zur Stellung des Bauantrages (z. B. Lärmemissionsgutachten, Bodengutachten, Bombenverdachtsfläche usw.) sind in die Wege geleitet worden. Eine bauliche Umsetzung ist für das Jahr 2022 geplant.

Am Montag, dem 06.04.2020 eröffnete die WBO nebenher noch eine weitere Abgabestelle für die Bürgerinnen und Bürger aus Oberhausen an der Gabelstraße/Zum Ravenhorst. Hier können von den Bürgerinnen und Bürgern Sperrmüll, Bauschutt und Grünabfälle kostenlos abgegeben werden. Diese temporäre Annahmestelle wurde dadurch begründet, dass aufgrund der umfangreichen Baumaßnahme an der Buschhausener Straße durch Straßen NRW möglicherweise Verkehrsbehinderungen im Bereich des Wertstoffhofes entstanden wären. Die Baumaßnahme von Straßen NRW wird voraussichtlich April 2022 fertiggestellt.

Die Genehmigung von Seiten der Stadt Oberhausen zum Betrieb der temporären Annahmestelle Gabelstraße/Zum Ravenhorst gilt bis zum 31.12.2022. Eine darüber hinaus gehende Fortführung der Annahmestelle ist von Seiten der Stadt Oberhausen gewünscht. Die dauerhafte Einrichtung belastete das Ergebnis im Geschäftsjahr mit rund T€ 285.

Die Lage auf dem Markt der Alttextilien bleibt auch in Zeiten der Corona-Pandemie überaus angespannt. Der Anteil an Original-Sammelware, die dürftige Qualität der Sammelware, die eingebrochenen Absatzmärkte, gerade nach Osteuropa hin, begründet durch die Corona-Pandemie, führen zu weiterhin niedrigen Vergütungspreisen.

Waren noch zu Beginn des Jahres 2021 120 € je Tonne Altkleider zu erzielen, so sind diese Preise unterjährig auf 180 € je Tonne gestiegen. Die WBO hat die leistungsvertragliche Erfassung der Alttextilien im Stadtgebiet Oberhausen im Jahr 2021 vollumfänglich durchgeführt.

Die WBO hat den Zuschlag für das europaweite Ausschreibungsverfahren der dualen Systeme über die Erfassung der Glasmengen im Stadtgebiet Oberhausen für die Jahre 2022 bis 2024 erhalten.

Überall dort, wo der Raum begrenzt ist, etwa bei dichter Wohnbebauung oder in Innenstädten, werden Müllgefäße möglicherweise schnell zum Platzproblem. An diesen Stellen kann der Einsatz von Unterflur- und Halbunterflurbehältern effektiv sein. Diese gewährleisten u. a. einen barrierearmen Zugang für Kinder, Senioren und Menschen mit Behinderungen und bieten eine deutliche Verbesserung hinsichtlich der Sauberkeit. Die Behälter sind über die Satzung der Stadt Oberhausen erfasst. Die WBO hat in Abstimmung mit der Stadt Oberhausen inzwischen mehrere Standorte im Bereich der Wohnungswirtschaft ausgestattet. Zuletzt wurden im Geschäftsjahr zwei weiteren Standorte an der Danziger Straße und am Eugen-Zur-Nieden-Ring errichtet. Insgesamt wirkt sich diese Art der Müllaufbewahrung im Wohnumfeld positiv auf das städtische Erscheinungsbild aus und bietet somit Potenzial für die Zukunft.

Vor dem Hintergrund des weltweiten Klimawandels aber auch lokal drängender Herausforderungen, wie beispielsweise der Vermeidung von Fahrverboten, arbeitet WBO an einem Mobilitäts – und Energiemanagementkonzept. Hier gilt es,

alternative Antriebstechniken bzw. Treibstoffe für den Fuhrpark zu finden, zu testen und einzusetzen. Des Weiteren gilt es Energieverbräuche z.B. im Gebäudebereich zu verbessern und alternative Energiequellen zu prüfen. Dies geschieht u.a. in Zusammenarbeit mit der Hochschule Ruhr-West.

So wurden inzwischen vier Elektrofahrzeuge und ein E-Bike beschafft, ein Fahrradfinanzierungmodell für die Belegschaft entwickelt und Energieeinsparungen bei der Gebäudeenergie erzielt. In Schulungen wird eine treibstoffsparende Fahrweise trainiert und softwarebasiert an Routenoptimierungen gearbeitet. Des Weiteren wurde ein mit Erdgas (CNG) angetriebenes Müllsammelfahrzeug in den Fuhrpark aufgenommen und Mitte des Geschäftsjahres ein wasserstoffgetriebenes Müllsammelfahrzeug bestellt. Finanzielle Fördermöglichkeiten für alternative Antriebe oder Nachrüstung von z.B. Abbiegeassistenzsystemen wurden in Anspruch genommen und werden fortwährend nachverfolgt.

Das Thema Digitalisierung wurde auch im Geschäftsjahr 2021 weiter vorangetrieben. So wurde die Einführung eines Betriebsführungssystems im Betrieb Kanäle und Straßen fortgesetzt, kombiniert mit einer Online-Planauskunft für Dritte, welche im Juni des Jahres produktiv ging. Die bereits vor Ausbruch der Pandemie begonnene Digitalisierung von Prozessen hat bei der Ausweitung der mobilen Arbeit geholfen. Weitere Prozesse sind bereits identifiziert, die sukzessive angepasst werden und damit weitere Chancen für eine effiziente Ablaufgestaltung bieten. So wurde insbesondere gegen Ende des Jahres ein Dokumentenmanagementsystem für die Rechnungslegung und das Bestellwesen in Auftrag gegeben. Die digitale Archivierung, verbunden mit einem Workflow, soll sukzessive ausgebaut werden.

Die Stadt Oberhausen hat als öffentlicher Entsorgungsträger (örE) mit den Systembetreibern zur flächendeckenden Entsorgung von restentleerten Verpackungen aus Papier, Pappe und Karton eine Vereinbarung geschlossen, wonach diese mit Wirkung zum 01.01.2021 die Sammelstruktur der Stadt mitbenutzen. Durch diese neue Regelung entfällt die bisherige Abrechnung der WBO mit den Systembetreibern, und die Stadt rechnet den gewerblichen Verpackungsanteil am Altpapier selbst ab. Infolge der geänderten Preisgestaltung und Marktsituation, welche die Stadt in diesem Zusammenhang ausgehandelt hat, erhöhen sich auch die Erlöse der WBO für die Logistik.

Der demografische Wandel und der zunehmende Fachkräftemangel stellen auch die WBO vor neue Herausforderungen. Es wird zurzeit ein Recruitingkonzept entwickelt um zielgerichtet Medien und Kommunikationskanäle zur Gewinnung von Auszubildenden und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu nutzen.

Die WBO ermittelt regelmäßig ihre Risiken im Rahmen des Risikomanagements, um Chancen rechtzeitig zu erkennen, zu bewerten und der Geschäftsführung die Möglichkeit zur rechtzeitigen Gegensteuerung zu geben.

Änderungen rechtlicher Rahmenbedingungen, die einen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der WBO haben, sind zum jetzigen Zeitpunkt nicht erkennbar.

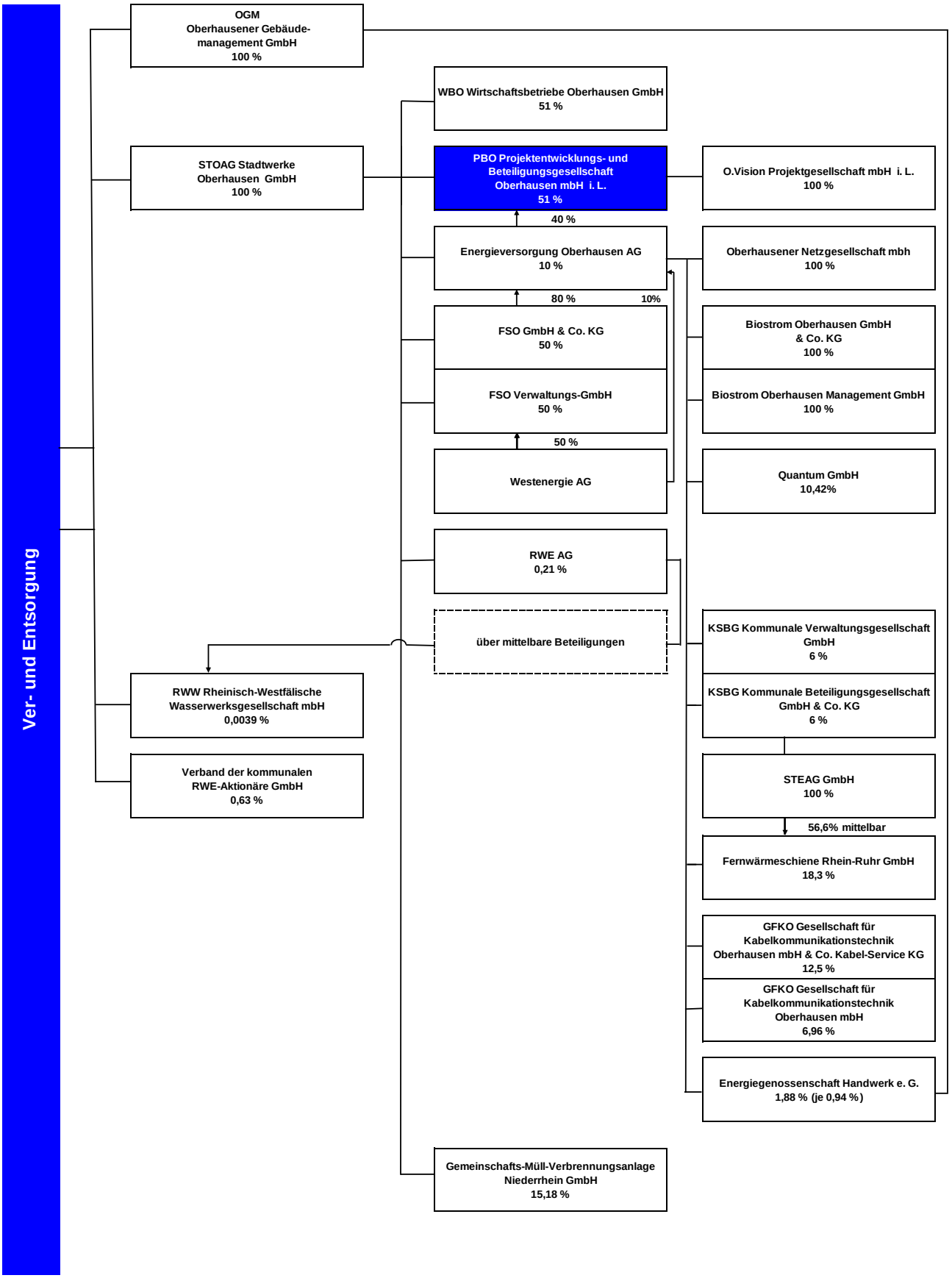
Bestandsgefährdende Risiken sind von der Geschäftsführung derzeit nicht zu erkennen.

Unser besonderer Dank gilt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gesellschaft im Jahre 2021. Wir vertrauen weiterhin auf den Einsatz und die Leistungsbereitschaft der Belegschaft.

Oberhausen, 28. Februar 2022

Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH (WBO)

Andreas Kußel / Karsten Woidtke
Geschäftsführung


Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100 %
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH
51 %
STOAG Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesellschaft
Oberhausen mbH i. L.
51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH i. L.
100 %
40 %
Energieversorgung Oberhausen AG
10 %
Oberhausener Netzgesellschaft mbh
100 %
80 %
10%
FSO GmbH & Co. KG
50 %
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100 %
FSO Verwaltungs-GmbH
50 %
Biostrom Oberhausen Management GmbH
100 %
50 %
Westenergie AG
Quantum GmbH
10,42%
RWE AG
0,21 %
über mittelbare Beteiligungen
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft
GmbH
6 %
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co. KG
6 %
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
Verband der kommunalen
RWE-Aktionäre GmbH
0,63 %
STEAG GmbH
100 %
56,6% mittelbar
Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH
18,3 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG
12,5 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH
6,96 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G.
1,88 % (je 0,94 %)
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,18 %

PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH i. L.

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Bahnhofstr. 66
46145 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/ 835 5301
Fax	0208/85 03 610
e-Mail	herzog.pbo@gmx.de
Rechtsform:	GmbH
Stammkapital in T€:	255,65

Gesellschafter:

	T€	%
evo Energieversorgung Oberhausen AG	102,26	40,00
Stadtsparkasse Oberhausen	23,01	9,00
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	130,38	51,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Entwicklung ausgewählter Gewerbestandorte mit dem Ziel, zur Stärkung und Förderung zukunftsorientierter Wirtschaftsstrukturen geeignete Gewerbeflächen und -objekte marktreif anbieten zu können.

Die Gesellschaft wird zu diesem Zweck insbesondere Grundstücke und Gebäude erwerben oder sich das Verfügungsrecht darüber sichern, deren künftige Nutzung selbst oder mit Unterstützung Dritter konzipieren, die wirtschaftlichen, rechtlichen und tatsächlichen Voraussetzungen zur Vermarktung und Nutzung schaffen sowie Grundstücke geeigneten Investoren, Eigennutzern, Projektentwicklern oder sonstigen Dritten veräußern oder überlassen. Soweit dies dem Prinzip der Wirtschaftlichkeit nicht zuwiderläuft, beachtet die Gesellschaft insbesondere bei der Auswahl der Erwerber die wirtschaftsfördernden Ziele.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Rechtsgeschäften berechtigt, durch die der vorgenannte Gesellschaftszweck auch mittelbar gefördert werden kann.

Die Gesellschaft kann sich an anderen Unternehmen beteiligen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH i.L.	Geschäftsbesorgungsvertrag mit der O.VISION Projektgesellschaft mbH

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2021)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Herzog, Stefan
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Overkamp, Werner

c) Beteiligungen

unmittelbar	**T€**	**%**
OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH i.L.	25,00	100,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2019		**2020**		**2021**		**Verände-rungen**	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	0,00	0,0	0,00	0,0	0,00	0,0	0,00	
Umlaufvermögen	4.884,42	61,5	4.724,80	57,8	5.257,76	61,8	532,96	11,28
Rechnungsabgrenzungsposten	0,85	0,0	0,85	0,0	0,85	0,0	0,00	0,00
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	3.059,75	38,5	3.452,27	42,2	3.243,10	38,1	-209,17	-6,06
Bilanzsumme	**7.945,02**	**100,00**	**8.177,92**	**100,00**	**8.501,71**	**100,00**	**323,79**	**3,96**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Rückstellungen	773,94	9,7	734,77	9,0	722,11	8,5	-12,66	-1,72
Verbindlichkeiten	7.171,07	90,3	7.443,15	91,0	7.779,59	91,5	336,44	4,52
Bilanzsumme	**7.945,02**	**100,00**	**8.177,92**	**100,00**	**8.501,71**	**100,00**	**323,79**	**3,96**

bb) GuV

	2019	**2020**	**2021**
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	904,75	39,50	39,50
sonstige betriebliche Erträge	0,12		0,04
Personalaufwand		3,52	7,06
sonstige betriebliche Aufwendungen	453,58	694,11	108,37
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	385,57	385,57	385,58
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	123,10	113,62	99,68
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	713,76	-386,17	210,02
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		5,50	-0,00
sonstige Steuern	0,85	0,85	0,85
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	712,90	-392,52	209,17
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	712,90	-392,52	209,17

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2019	**31.12.2020**	**31.12.2021**	Angaben in
Umsatzrentabilität:	78,80	-993,62	529,49	%
Eigenkapitalrentabilität:	-100,00	-100,00	-100,00	%
Cash-Flow:	712,90	-392,52	209,17	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:		39,50	39,55	T€
Personalaufwandsquote:		8,90	17,84	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2021	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	0,00	0,00	0,00	%
Fremdkapitalquote:	100,00	100,00	100,00	%

e) Lagebericht

Rechtsstreit EAI

EAI und PBO/OVP haben den Rechtsstreit Anfang 2019 durch einen Vergleich beendet.

EAI zahlte einen Restbetrag in Höhe von ca. 1.741 T€ in 12 gleichhohen Raten, beginnend nach der Beurkundung des Vergleichs jeweils zum Quartalsende an PBO/OVP. Die letzte Zahlung erfolgte im 4. Quartal 2021. Mit Abschluss des Vergleichs sind sämtliche wechselseitigen Ansprüche erledigt.

Jahresabschluss 2021

Im Geschäftsjahr 2021 hat die PBO (einschließlich der zum 1. Januar 2008 verschmolzenen O.Vision Zukunftspark Oberhausen - OVZ) keine Umsatzerlöse aus dem Vergleich mit EAI erzielt, da die im Jahr 2021 erfolgten Zahlungen dem Geschäftsjahr 2019 zugeordnet werden.

Die PBO weist zum Abschluss des Geschäftsjahres 2021 einen Jahresüberschuss von 209 T€ aus. Das negative Eigenkapital hat sich hierdurch auf 3.243 T€ verringert.

Einer Überschuldung wurde durch entsprechende Rangrücktritte vorgebeugt.

Die Aufwandsseite ist im Wesentlichen von einer Erhöhung der Einzelwertberichtigung auf Forderungen gegen OVP (65 T€) und Zinsaufwendungen (100 T€) geprägt. Die Erlösseite wird durch Umsatzerlöse (40 T€ Kostenweiterberechnungen) sowie durch Zinserträge (386 T€), insbesondere aus interner Verrechnung mit der OVP, bestimmt.

Ausblick

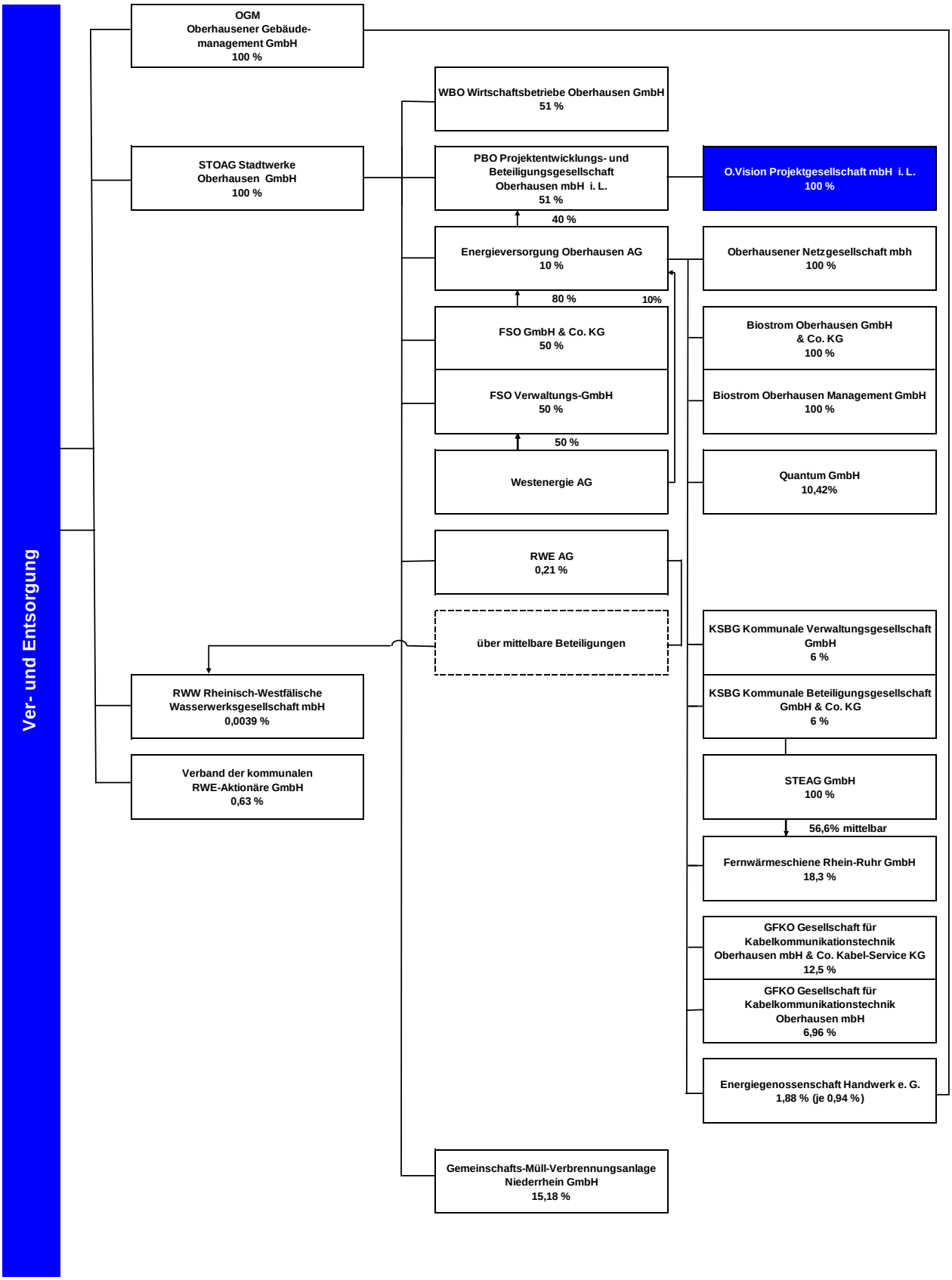
Die PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH i.L. wurde mit Wirkung zum 31.12.2020 aufgelöst.

Die Auflösung soll 2022 beendet werden.

Oberhausen, 28. Februar 2022

Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH (PBO)

Stefan Herzog
Geschäftsführer


Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100 %
STOAG Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
Verband der kommunalen
RWE-Aktionäre GmbH
0,63 %
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH
51 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesellschaft
Oberhausen mbH i. L.
51 %
40 %
Energieversorgung Oberhausen AG
10 %
80 %
10%
FSO GmbH & Co. KG
50 %
FSO Verwaltungs-GmbH
50 %
50 %
Westenergie AG
RWE AG
0,21 %
über mittelbare Beteiligungen
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,18 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH i. L.
100 %
Oberhausener Netzgesellschaft mbh
100 %
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100 %
Biostrom Oberhausen Management GmbH
100 %
Quantum GmbH
10,42%
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft
GmbH
6 %
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co. KG
6 %
STEAG GmbH
100 %
56,6% mittelbar
Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH
18,3 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG
12,5 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH
6,96 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G.
1,88 % (je 0,94 %)

OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH i. L.

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift:	Bahnhofstr. 66 46145 Oberhausen
Kontakt:	
Telefon	0208/ 835 5301
Fax	0208/ 85 03 610
e-Mail	-
Internet	-
Rechtsform:	GmbH
Stammkapital in T€:	25,00

Gesellschafter:	**T€**	**%**
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH i.L.	25,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Entwicklung ausgewählter Gewerbestandorte, insbesondere von Grundstücksteilflächen des ehemaligen Stahlwerks Oberhausen mit dem Ziel, zur Stärkung und Förderung zukunftsorientierter Wirtschaftsstrukturen geeignete Gewerbeflächen und -objekte marktreif anbieten zu können.

Die Gesellschaft wird zu diesem Zweck insbesondere Grundstücke und Gebäude erwerben oder sich das Verfügungsrecht darüber sichern, deren künftige Nutzung selbst oder mit Unterstützung Dritter konzipieren, die wirtschaftlichen, rechtlichen und tatsächlichen Voraussetzungen zur Vermarktung und Nutzung schaffen sowie Grundstücke geeigneten Investoren, Eigennutzern, Projektentwicklern oder sonstigen Dritten veräußern oder überlassen. Soweit dies dem Prinzip der Wirtschaftlichkeit nicht zuwiderläuft, beachtet die Gesellschaft insbesondere bei der Auswahl der Erwerber die wirtschaftsfördernden Ziele.

Die Gesellschaft ist nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH i.L.	Geschäftsbesorgungsvertrag mit der O.VISION Projektgesellschaft mbH
Stadt Oberhausen	Erklärung einer Mittelverwendungsbürgschaft der Stadt über 18.491 TDM vom 17.11.1999 zur Sicherung des Investitionszuschusses des Landes an die O.Vision Projektgesellschaft mbH

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2021)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Herzog, Stefan
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Overkamp, Werner

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2019		2020		2021		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Umlaufvermögen	3.064,70	13,4	3.140,86	13,5	3.216,49	13,6	75,63	2,41
Rechnungsabgrenzungsposten	0,85	0,0	0,85	0,0	0,85	0,0	0,00	0,00
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	19.793,17	86,6	20.142,37	86,5	20.491,65	86,4	349,28	1,73
Bilanzsumme	**22.858,72**	**100,00**	**23.284,08**	**100,00**	**23.708,98**	**100,00**	**424,90**	**1,82**
Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Rückstellungen	7,80	0,0	7,88	0,0	7,58	0,0	-0,30	-3,81
Verbindlichkeiten	22.850,92	100,0	23.276,21	100,0	23.701,41	100,0	425,20	1,83
Bilanzsumme	**22.858,72**	**100,00**	**23.284,08**	**100,00**	**23.708,98**	**100,00**	**424,90**	**1,82**

bb) GuV

	2019	2020	2021
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	884,34	8,65	8,65
sonstige betriebliche Erträge	0,14	0,00	0,23
sonstige betriebliche Aufwendungen	53,10	53,83	54,13
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	82,47	82,47	82,47
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	385,56	385,56	385,56
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	528,30	-348,26	-348,34
sonstige Steuern	0,94	0,94	0,94
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	527,36	-349,20	-349,28
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	527,36	-349,20	-349,28

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2021	Angaben in
Umsatzrentabilität:	59,63	-4.034,85	-4.038,19	%
Eigenkapitalrentabilität:	-100,00	-100,00	-100,00	%
Cash-Flow:	527,36	-349,20	-349,28	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2021	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	0,00	0,00	0,00	%
Fremdkapitalquote:	100,00	100,00	100,00	%

e) Lagebericht

Rechtsstreit EAI

EAI und PBO/OVP haben den Rechtsstreit Anfang 2019 durch einen Vergleich beendet.

EAI zahlte einen Restbetrag in Höhe von ca. 1.741 T€ in 12 gleichhohen Raten beginnend nach der Beurkundung des Vergleichs jeweils zum Quartalsende an PBO/OVP. Die letzte Zahlung erfolgte im 4. Quartal 2021. Mit Abschluss des Vergleichs sind sämtliche wechselseitigen Ansprüche erledigt.

Jahresabschluss 2021
Umsatzerlöse aus dem Vertrag mit EAI konnten im Geschäftsjahr 2021 nicht erzielt werden, da die in 2021 erfolgten Zahlungen dem Geschäftsjahr 2019 zugeordnet werden. Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 349 T€ resultiert in erster Linie aus den Zinsbelastungen im Zusammenhang mit den Gesellschafterdarlehen.

Zur Sicherstellung der Liquidität der Gesellschaft hat die PBO auch im Geschäftsjahr 2021 Gesellschafterdarlehen zur Verfügung gestellt. Zum 31. Dezember 2021 bestehen Rang- rücktritte der Gesellschafterin PBO im Zusammenhang mit ihren Forderungen in Höhe von 14,1 Mio. € sowie der Stadt Oberhausen in Höhe von 9,6 Mio. €. Eine Überschuldung der OVP im insolvenzrechtlichen Sinne ist damit zum 31. Dezember 2021 nicht gegeben.

Ausblick / Risiken

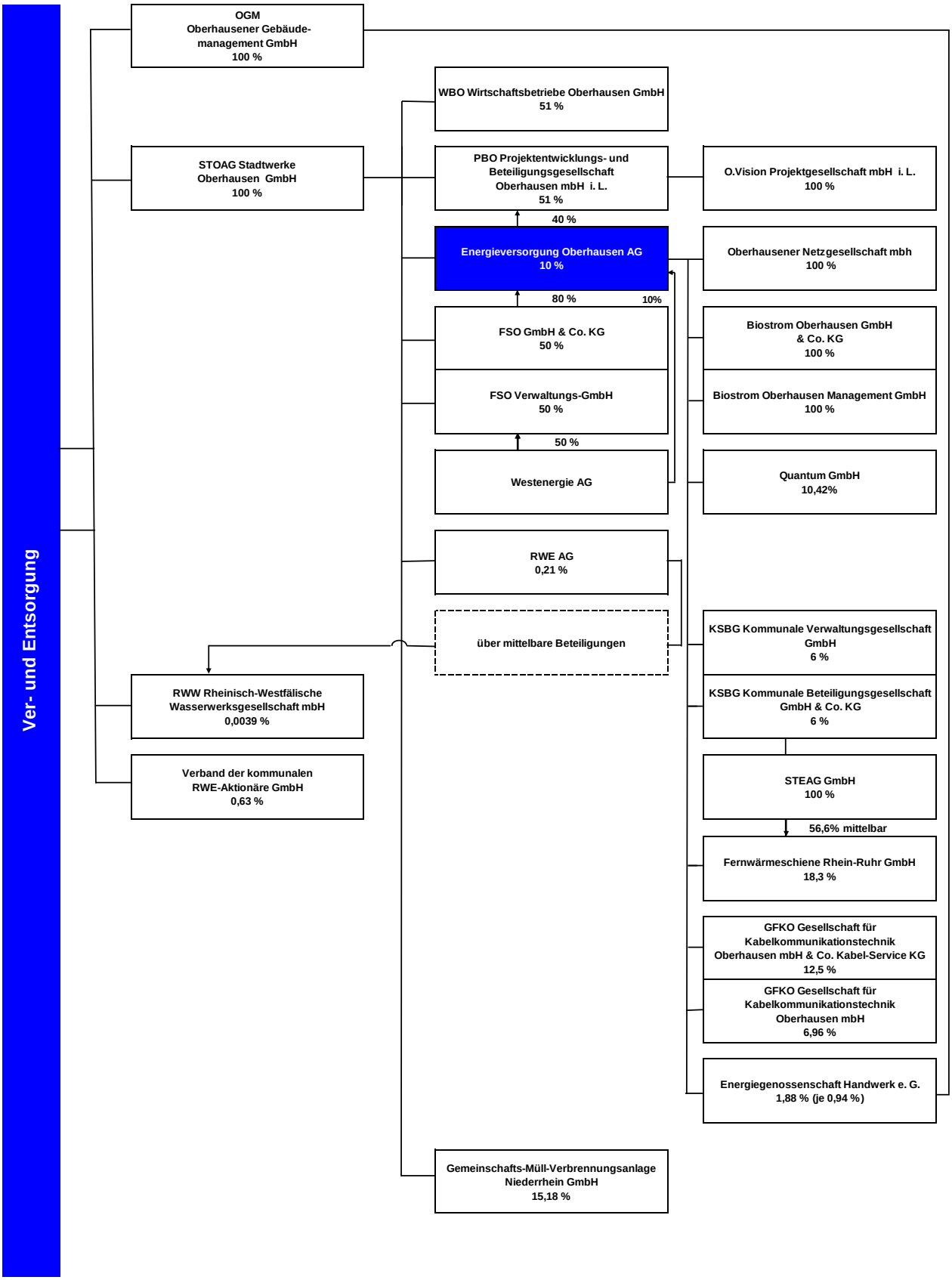
Die O.VISION Projektgesellschaft mbH wurde mit Wirkung zum 31.12.2020 aufgelöst.

Die Auflösung soll 2022 beendet werden.

Oberhausen, 12. Januar 2022

O.VISION Projektgesellschaft mbH (OVP)

Stefan Herzog
Geschäftsführer


Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100 %
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH
51 %
STOAG Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesellschaft
Oberhausen mbH i. L.
51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH i. L.
100 %
40 %
Energieversorgung Oberhausen AG
10 %
Oberhausener Netzgesellschaft mbh
100 %
80 %
10%
FSO GmbH & Co. KG
50 %
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100 %
FSO Verwaltungs-GmbH
50 %
Biostrom Oberhausen Management GmbH
100 %
50 %
Westenergie AG
Quantum GmbH
10,42%
RWE AG
0,21 %
über mittelbare Beteiligungen
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft
GmbH
6 %
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co. KG
6 %
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
Verband der kommunalen
RWE-Aktionäre GmbH
0,63 %
STEAG GmbH
100 %
56,6% mittelbar
Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH
18,3 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG
12,5 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH
6,96 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G.
1,88 % (je 0,94 %)
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,18 %

evo Energieversorgung Oberhausen AG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Danziger Str. 31
46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/835-0
Fax	0208/835-2697
e-Mail	service@evo-energie.de
Internet	http://www.evo-energie.de

Rechtsform: AG

Stammkapital in T€: 26.000,00

Gesellschafter:

	T€	%
FSO GmbH & Co.KG	20.800,00	80,00
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	2.600,00	10,00
Westenergie AG	2.600,00	10,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist

- jedwede Art der Erzeugung, gewerblichen Nutzung und Verteilung von Energie (Strom, Gas und Fernwärme) und Wasser im jeweiligen Gebiet der Stadt Oberhausen sowie im Zusammenhang damit die Abgabe solcher Energien in Netze außerhalb des Stadtgebietes;

- die Entsorgung von Abfällen jeglicher Art;

- die Planung und Durchführung von baulichen und maschinellen Anlagen auf den Gebieten der Energie- und Wasserversorgung und -verteilung sowie der Abfallentsorgung auch für Dritte;

- die Errichtung, der Betrieb und die Unterhaltung von Ladeinfrastrukturen und zugehörigen Nebenanlagen sowie der Betrieb von Fahrzeugen im Bereich der E-Mobilität oder anderer alternativer Antriebsmethoden;

- die Erbringung von Dienstleistungen, insbesondere die Planung, Vorbereitung und Durchführung von Energie-Contracting-Projekten;

- sowie die Errichtung und der Betrieb von Anlagen im Bereich der Telekommunikation.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die mit dem Gegenstand des Unternehmens zusammenhängen oder ihm unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind.
Sie kann insbesondere

- Dienstleistungen erbringen;

- Anlagen und Einrichtungen aller Art erwerben, errichten und betreiben, allein oder gemeinsam mit anderen, für eigene oder fremde Rechnung;

- Forschung und Entwicklung betreiben;

- Patente oder sonstige gewerbliche Schutzrechte, Kenntnisse oder Erfahrungen erwerben, verwerten und veräußern;

- Grundstücke und andere Immobilien erwerben, verwerten und veräußern.

Die Gesellschaft kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben an anderen Unternehmen beteiligen, fremde Unternehmen erwerben sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH	Fernwärmeliefervertrag zwischen der evo und GMVA vom 29.05.2009
LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	Vertrag über Einrichtung, Betrieb, Wartung und Überlassung von technischen Anlagen vom 1.10.2000
Oberhausener Netzgesellschaft mbH	EAV zwischen evo AG und evo Energie-Netz GmbH vom 16.10.2006
Oberhausener Netzgesellschaft mbH	Pachtvertrag über Strom- und Gasversorgungsnetze zwischen der evo AG und der evo Energie-Netz GmbH vom 16.11.2006 sowie erste Änderungsvereinbarung vom 05./06.12.2007; Pachtvertrag über Fernwärmeversorgungsnetze zwischen der evo AG und der evo Energie-Netz GmbH vom 16.11.2006; Arbeitnehmerüberlassungsvertrag zwischen der evo AG und der evo Energie-Netz GmbH vom 16.11.2006
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH	Geschäftsbesorgungsvertrag vom 28.11.2006 über die Erbringung der gesamten Geschäftsbuchführung für OWT (vormals WFO) und deren Tochtergesellschaften
RWE Gesellschaften	Rahmenvertrag über den Kauf/Verkauf von elektrischer Energie und Optionen vom 28.06.2006; Vertrag über die "bilanzkreistechnische Abwicklung von Lieferungen in Regelzonen der E.ON, Vattenfall und EnBW" und Lieferung von Ausgleichsenergie in diesen Regelzonen; Vertrag über Kauf und Rückgabe von Fahrplänen und Lieferung von Ausgleichsenergie vom 17.07.2008
Stadt Oberhausen	Konzessionsvertrag für das Gasverteilungsnetz der allgemeinen Versorgung in der Stadt Oberhausen vom 13.05.2013 für den Zeitraum 01.01.2015-31.12.2034
Stadt Oberhausen	Konzessionsvertrag für das Stromverteilungsnetz der allgemeinen Versorgung in der Stadt Oberhausen vom 13.05.2013 für den Zeitraum 01.01.2015-31.12.2034
Stadt Oberhausen	Konzessionsvertrag für die Fernwärmeversorgung in der Stadt Oberhausen vom 13.05.2013 für den Zeitraum 01.01.2015-31.12.2034
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag zwischen der von der STOAG und der RWE Rhein-Ruhr AG im Geschäftsjahr 2003 gegründeten FSO GmbH & Co. KG und der evo vom 16.12.2003
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	Geschäftsbesorgungsvertrag zwischen der evo und der STOAG vom 24.09.2004 im Rahmen der kaufmännischen Verwaltung für die STOAG

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2021)

Vorstand:	Mitglied	Gieske, Hartmut
	Mitglied	Basler, Christian
Hauptversammlung:		Geschäftsführung der STOAG
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Dr. Schröder, Achim
	1. stellv. Vorsitzender	Schranz, Daniel
	2. stellv. Vorsitzender (AN)	Teigelkamp, Frank
	Mitglied	Dr. Dilly, Mark
	Mitglied	Sahin, Bülent
	Mitglied	Dr. Schulte, Franz-Josef
	Mitglied	Stehr, Simone Tatjana

	Mitglied	Bedenbecker, Nicolai
	Mitglied	Bockelmann, Cosima
	Mitglied	Jacobs, Silke
	Mitglied (AN)	Ludwig, Andreas
	Mitglied (AN)	Püttmann, Uwe
	Mitglied (AN)	Tirbs, Markus
	Mitglied (AN)	Cleven, Frank
	Mitglied	Eckenroth, Lutz
Prokura:	Prokuristin	Slomma, Claudia
	Prokuristin	Benter, Sabine
	Prokurist	Mucke, Arnd
	Prokurist	Seifert, Eckhard
	Prokurist	Hüser, Reinald

c) Beteiligungen

unmittelbar	**T€**	**%**
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG	1.000,00	100,00
Biostrom Oberhausen Management GmbH	25,00	100,00
Energiegenossenschaft Handwerk e.G.	1,00	0,93
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	12,50	4,22
Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH	18,30	18,30
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH	1,60	6,96
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG	17,90	12,50
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG	0,06	6,00
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH	6,00	6,00
Oberhausener Netzgesellschaft mbH	50,00	100,00
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH i.L.	102,26	40,00
Projektgesellschaft FIBE S.p.A., Neapel/Italien		0,01
Quantum GmbH	82,50	8,73

mittelbar	**T€**	**%**
Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH	3,79	3,79
Fernwärmeversorgung Niederrhein GmbH	249,60	1,56
OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH i.L.	10,00	40,00
STEAG Fernwärme GmbH	1.230,00	6,00
STEAG GmbH	7.680,00	6,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2019		2020		2021		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	135.212,32	73,8	135.624,93	77,3	139.713,15	73,6	4.088,22	3,01
Umlaufvermögen	47.930,80	26,2	39.589,27	22,6	49.982,41	26,3	10.393,14	26,25
Rechnungsabgrenzungsposten	78,90	0,0	127,58	0,1	102,23	0,1	-25,35	-19,87
Bilanzsumme	**183.222,02**	**100,00**	**175.341,78**	**100,00**	**189.797,79**	**100,00**	**14.456,01**	**8,24**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	35.344,99	19,3	35.344,99	20,2	35.344,99	18,6	0,00	0,00
Sonderposten mit Rücklagenanteil	7.478,19	4,1	7.603,52	4,3	7.953,01	4,2	349,49	4,60
Rückstellungen	47.376,57	25,9	43.108,55	24,6	53.683,28	28,3	10.574,73	24,53
Verbindlichkeiten	79.829,19	43,6	89.284,72	50,9	92.816,51	48,9	3.531,79	3,96
Rechnungsabgrenzungsposten	13.193,08	7,2					0,00	
Bilanzsumme	**183.222,02**	**100,00**	**175.341,78**	**100,00**	**189.797,79**	**100,00**	**14.456,01**	**8,24**

bb) GuV

	2019	2020	2021
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	191.033,84	181.743,45	192.001,30
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	132,04	-159,07	-7,12
andere aktivierte Eigenleistungen	95,19	469,27	201,91
sonstige betriebliche Erträge	3.714,91	14.152,64	6.168,15
Materialaufwand	130.124,47	127.767,40	132.700,62
Personalaufwand	24.059,08	27.593,52	25.429,41
Abschreibungen	6.700,02	4.644,59	6.754,00
sonstige betriebliche Aufwendungen	13.851,58	17.603,82	20.413,49
Erträge aus Beteiligungen	4,00	654,00	8,50
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	16,04	9,59	0,00
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	257,00	402,16	296,33
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufsvermögens	3.874,03	10.155,63	276,28
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3.320,09	2.941,62	2.906,97
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	13.323,77	6.565,45	10.188,30
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	3.941,47	4.296,71	5.271,80
sonstige Steuern	193,15	193,24	187,64
Erträge aus Verlustübernahmen	1.874,68	3.543,27	6.634,39
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	11.063,83	5.618,77	11.363,25
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	0,00	0,00	0,00
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	0,00		
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,00	0,00	0,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2021	Angaben in
Umsatzrentabilität:	4,81	1,14	2,46	%
Eigenkapitalrentabilität:	26,00	5,87	13,38	%
Cash-Flow:	19.763,19	16.875,72	11.759,14	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	783,04	784,83	826,52	T€
Personalaufwandsquote:	12,34	14,06	12,82	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2021	Angaben in
Sachanlagenintensität:	66,21	43,79	42,91	%
Eigenkapitalquote:	19,29	20,16	18,62	%
Fremdkapitalquote:	80,71	79,84	81,38	%

e) Lagebericht

Unternehmen

Die Energieversorgung Oberhausen Aktiengesellschaft (evo) nimmt im Stadtgebiet Oberhausen den Vertrieb von Energie (Strom, Erdgas, Fernwärme), die Erbringung energienaher Dienstleistungen sowie die Energieerzeugung im Kraft-Wärme-Kopplungsprozess wahr. Fernwärme für die Verteilung durch das eigene Netz und Strom werden in jeweils zwei eigenen Heizkraftwerken und KWK-Gasmotoren sowie in einem Biomasse-Heizkraftwerk, betrieben von der Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG (BSO KG) als 100-%ige Tochter der evo, erzeugt. Weitere Wärmebezugsquellen sind die Gemeinschafts-Müllverbrennungsanlage Niederrhein GmbH (GMVA) und die OQ Chemicals (vormals OXEA Group).

Der Vertrieb von Strom und Erdgas erfolgt auch national außerhalb von Oberhausen.

Die Energiebereitstellung der evo wird ergänzt durch externe Energiebeschaffung; hierzu bedient sich die evo eines Dienstleisters - der Quantum GmbH, Ratingen. Die Höhe der Erdgas- und Strombeschaffungen orientiert sich an dem zukünftig prognostizierten Vertriebsabsatz.

Im Berichtsjahr wurde die Satzung überarbeitet und der Unternehmensgegenstand auf die Tätigkeiten der E-Mobilität und das Contracting ausgeweitet.

Gesellschaftsrechtliche Situation

Das Grundkapital der evo beträgt T€ 26.000 und ist eingeteilt in 64.000 Stückaktien. Aktionäre sind die Westenergie AG, Essen, und die STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH (STOAG), Oberhausen, mit je 6.400 Stückaktien sowie die FSO GmbH & Co. KG (FSO), Oberhausen, mit 51.200 Stückaktien. Diese repräsentieren ein Grundkapital von je T€ 2.600 für die West-energie und die STOAG sowie ein Grundkapital von T€ 20.800 für die FSO.

Die Oberhausener Netzgesellschaft mbH (OB-Netz) ist eine 100-%ige Tochter der evo und betreibt das ihr eigene Strom- und Gasverteilungsnetz.

Sowohl zur FSO als gewerblich geprägte Konzernmutter als auch mit der OB-Netz bestehen Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge; zusammen bilden diese eine ertragsteuerliche Organschaft.

Rahmenbedingungen

Die Energiewirtschaft befindet sich weiterhin in einem beispiellosen Transformationsprozess. Regulatorische Eingriffe im Netzgeschäft sowie ein hoher vertrieblicher Wettbewerb in den Bereichen Strom und Erdgas sind geeignet, die Wirtschaftlichkeit der Versorgungsunternehmen nachhaltig zu belasten. Hinzu kommen allgemeine Kostensteigerungen insbesondere in den Bereichen Personal und IT.

Bedeutsam sind auch die Vorgaben durch das Klimaschutzgesetz. Damit verschärft die Bundesregierung die Klimaschutzvorgaben und verankert das Ziel der Treibhausgasneutralität bis 2045. Bereits bis 2030 sollen die Emissionen um 65 % gegenüber 1990 sinken. Die Gesetzesnovelle ist am 31. August 2021 in Kraft getreten.

Es bestehen aktuell große Unsicherheiten über die zukünftige Ausrichtung in den Bereichen Erdgas und Fernwärme mit den KWK-Anlagen und industriellen Einspeisern (z. B. GMVA und OQ Chemicals). Fest steht, dass nur mit den lokalen Stadtwerken die Energiewende insgesamt und vor Ort gelingen kann. Somit kommt auch dem evo-Konzern eine entscheidende Bedeutung zu. Als zentraler Infrastrukturdienstleister für die Stadt Oberhausen steht der Unternehmensverbund vor

der großen Herausforderung, die gesetzten Ziele mit der einhergehenden Sektorenkopplung sowie Dekarbonisierung anzugehen und als Chance für die künftige Positionierung zu begreifen. Die Strom-, Erdgas und Fernwärme-Netze werden fortan gesamthaft zu betrachten sein; die Instandhaltungs-, Ausbau- und Transformationsziele sind aufeinander abzustimmen und dürfen nicht länger isoliert betrachtet werden. Die Sicherung der langfristigen Versorgungssicherheit der Kunden mit Wärme hat als Leistungsziel vorrangige Priorität. In der vorliegenden Mittelfristplanung wird weiterhin keine Realisierung des Projektes „FWSRR“ unterstellt.

All dies wird nur durch substanzielle Fördermittel (Klimatopf Kommunen) realisiert werden können, so dass die entsprechenden Programme sowie Optionen zeitnah und eng zu monitoren sind. Ohne weitreichende öffentliche Unterstützungen ist eine wirtschaftliche Umsetzung kaum möglich.

Die jüngsten beachtlichen Energiepreissteigerungen für die Beschaffung von Strom und Erdgas sowie CO2-Zertifikate bringen zudem weitere Herausforderungen für alle Erzeuger und Energievertriebe. Durch die rollierende Beschaffung für den Absatz an die Privat- und Kleingewerbekunden kommt es nach aktuellem Kenntnisstand zu Rohertragseinbußen im Bereich Fernwärme für das Geschäftsjahr 2022. Gleichzeitig ist die Fortentwicklung der neuen Geschäftsfelder zu forcieren, um das rückläufige Bestandsgeschäft durch (wenn auch anfangs marginale) Ergebnisbeiträge zu stützen.

Durch das evo-interne Strukturprogramm Change[22], einhergehend mit dem jüngst angestoßenen Altersteilzeitprogramm, werden es der evo AG und der OB-Netz gelingen, sich zukunftsfähig sowie digital aufzustellen und die erforderlichen wirtschaftlichen Hebel zu realisieren, damit in den kommenden Jahren die angestrebte Gewinnabführung operativ erwirtschaftet werden kann.

Die Belastungen aus der Corona-Krise sind nach aktuellem Kenntnisstand weitgehend überwunden, sofern es nicht durch Virusvarianten zu neuen Kontaktbeschränkungen oder gar einem weiteren Lockdown kommt. Die vorjährige angemessene Berücksichtigung von Risiken hat sich in dieser Hinsicht bestätigt und trägt zu einer stabilen Ausgangsbasis für die vorliegende Mittelfristplanung bei.

Der Bereich der E-Mobilität wird die kommenden Jahre voraussichtlich stetig wachsen. Der Ausbau des Ladenetzes - von öffentlichen Ladesäulen bis hin zur Versorgung der privaten Ladestationen in der eigenen Garage - ist für die evo (zusammen mit der OB-Netz) von zentraler Bedeutung.

Die langfristigen Zinsen sind weiterhin niedrig und haben eine stabilisierende Wirkung auf das Finanzergebnis. Dieser Effekt kehrt sich allerdings um und wird zum Risiko, wenn bei geringer Eigenkapitalquote die Zinsen wieder steigen. Die finanziellen Stabilitätskennzahlen werden daher kontinuierlich überwacht, um die Einhaltung von zugesicherten Kennzahlen in Kreditverträgen nicht zu gefährden.

Leistungsindikatoren und Geschäftsverlauf

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Für die Unternehmenssteuerung wird ein quartalsweises, centerbezogenes Berichtswesen eingesetzt, das in eine differenzierte Erfolgsrechnung mündet.

Als wichtigste finanzielle Leistungskennzahl der evo wird - auch in Anbetracht der Gewinnerwartung der Anteilseigner - das Ergebnis vor Gewinnabführung beobachtet und analysiert.

Dieses wird maßgeblich durch die Energieverkaufserlöse und die Energiebezugskosten sowie durch weitere wesentliche Erlös- und Kostenpositionen bestimmt; hinzu kommen die Gewinnabführung durch die OB-Netz, aber auch das Beteiligungsergebnis der BSO sowie weitere Bewertungs- und Steuereffekte.

Als wesentliche nichtfinanzielle Leistungsindikatoren werden der physikalische Energieabsatz an die Vertriebskunden insgesamt sowie die vertrieblichen Marktanteile im Bereich der Privat- und Gewerbekunden herangezogen.

Weitere Aspekte in Bezug auf die Umwelt, Soziales und Unternehmensführung („ESG - Environment Social Governance“) werden aktuell aufgenommen und sollen künftig mit in die Berichterstattung einfließen.

Geschäftsverlauf und Ergebnis

Der Jahresüberschuss der evo für das Geschäftsjahr 2021 beträgt 11,4 Mio. €. Die vertragliche Gewinnabführung liegt somit 0,2 Mio. € über der Planung und übertrifft das Vorjahr um 5,8 Mio. €, welches durch die Corona-Pandemie und eine Vollabschreibung auf den Buchwert an der KSBG des Gesellschafterdarlehens an die KSBG sowie die unerwartet höhere Zuführung zur Pensions- und Restrukturierungsrückstellung stark negativ belastet war. Positiv hatten sich im Vorjahr dagegen die Hebung von stillen Reserven aus der Ausgliederung des Strom- und Gasnetzes auf die OB Netz ausgewirkt.
Das Ergebnis für das Geschäftsjahr 2021 wird durch das Projekt Change[22] beeinflusst, welches mit dem Ziel aufgelegt wurde, konzernweit Strukturveränderungen herbeizuführen, um damit die evo kundenorientierter, agiler, schlanker und wirtschaftlicher aufzustellen. Aufgrund Personalversetzungen von der evo zur OB-Netz kommt es zwischen den Gesellschaften zu Verschiebungen in den Personalaufwendungen sowie bei Erlösen und Aufwendungen aus den internen Dienstleistungserträgen. Für das Konzernergebnis 2021 ist dieser Vorgang erfolgsneutral, jedoch für die künftig zugestandenen Erlöse der OB-Netz im Bereich des regulierten Netzgeschäfts voraussichtlich nützlich. Zusätzlich bewirkt die Konkretisierung des konzernweiten Altersteilzeitprogramms einen Anstieg der Personalkosten; mittelfristig wird jedoch eine

Senkung erwartet. Zum einen soll eine erforderliche Reduzierung des durchschnittlichen Belegschaftsalters erreicht werden; des Weiteren werden Handlungsoptionen eröffnet, durch die flexibler auf die Auswirkungen des Projektes Change[22] reagiert werden kann.

Das Geschäftsfeld E-Roller-Sharing hat sich pandemiebedingt noch nicht wie angenommen etabliert, so dass die hierzu bilanzierten Vermögensgegenstände zum Bilanzstichtag außerplanmäßig abgeschrieben wurden und das Ergebnis mit 1,3 Mio. € belasten. Langfristig ist die evo weiterhin von dem Erfolg im Bereich E-Roller-Sharing überzeugt - insbesondere durch die hohe Wahrnehmung in der Bevölkerung, wodurch die evo-Marke gestärkt werden kann - und wird demzufolge auch die dafür notwendigen Ressourcen einbringen. Gegenläufig wirken spätere Realisierungen von Nahwärmeprojekten, die den Aufwand aus Abschreibungen mindern.

Nachdem bereits im Vorjahr 50 % des an die KSBG ausgegebenen Gesellschafterdarlehens abgeschrieben wurden, erfolgte zum 31.12.2021 eine vollständige Wertberichtigung über die daraus noch bestehenden Forderungen in Höhe von 1,3 Mio. €.

Positiv hervorzuheben ist die Rohertragsentwicklung der evo, die zur teilweisen Kompensation der vorgenannten Effekte beiträgt. Aufgrund der witterungsbedingt erhöhten Absätze in den Bereichen Gas und Fernwärme konnten die gestiegenen Bezugskosten teilweise ausgeglichen werden. Weitere positive neutrale Effekte sowie höhere Ergebnisbeiträge aus der Direktvermarktung, die maßgeblich durch die aktuellen Preisentwicklungen der Energiebörsen geprägt werden, bewirken ebenfalls eine Ergebnisverbesserung.

Ein weiterer kompensierender Effekt resultiert aus der in diesem Jahr geringer ausfallenden Wertberichtigung auf offene Kunden-Forderungen. Für die besonderen Risiken aus der Coronakrise und daraus drohende Forderungsausfälle wurde im Vorjahresabschluss ein Wertberichtigungsbedarf von rd. 2,0 Mio. € ermittelt. Im Laufe des Geschäftsjahres 2021 zeichnete sich erfreulicherweise bereits ab, dass die Forderungsausfälle weniger stark sind als befürchtet und die Wertberichtigung um 1,4 Mio. € ertragswirksam aufgelöst werden konnte.

Absatz- und Preisentwicklung

Der Geschäftsverlauf in einzelnen Bereichen stellt sich wie folgt dar:

Vertrieb Strom

Im Geschäftsjahr 2021 ist der Stromabsatz der evo insgesamt (ohne Verlustenergie OB Netz) um 4,1 % auf 374,8 GWh gesunken. Dabei liegt der Stromabsatz an Privat- und Gewerbekunden mit 277,9 GWh um 2,3 % unter dem des Vorjahresniveaus (284,5 GWh). Im Segment der Oberhausener Geschäftskunden geht der Absatz (78,3 GWh) um - 6,1 % und beim Vertrieb außerhalb von Oberhausen (20,1 GWh) um - 12,0 % zurück. Dieser Absatzrückgang ist jeweils auf das Auslaufen eines Liefervertrages mit einem großen Kunden zurückzuführen.

Die Strompreise des Allgemeinen Stromtarifs für Privat- und Gewerbekunden sind zum 1. Januar 2021 im Arbeitspreis um - 0,17 ct/kWh (Netto) angepasst worden. Für Geschäfts- und Industriekunden sind die Preise individuell kalkuliert und überwiegend zum Jahresbeginn 2021 gesenkt worden. Aufgrund der Marktsituation auf den Energiemärkten vor allem im letzten Quartal 2021 und zur Abwendung des sich daraus entwickelnden wirtschaftlichen Risikos hat sich die evo zur Einführung der Grund- und Ersatzversorgung II zum 01.11.2021 für die Neukunden Gewerbe und zum 01.12.2021 für die Neukunden Haushalt und Kleingewerbe kleiner 10.000 kWh entschlossen. Der Marktanteil Strom liegt in Oberhausen mit ca. 76 % zum Jahreswechsel zwei Prozentpunkte unter Vorjahresniveau.

Vertrieb Erdgas und Fernwärme

Der Erdgasabsatz ist im Wesentlichen aus dem anhaltend herausfordernden Wettbewerbsumfeld, den witterungsbedingten Einflüssen und den Folgen der Corona-Pandemie geprägt. So machen sich die Temperaturen und die Dauer der Heizperiode eines Jahres im Erdgasabsatz bemerkbar. Als ein Indikator dient die Summe der Gradtagzahlen eines Jahres. Diese liegt für 2021 zum Zeitpunkt des Jahresabschlusses um 18,7 % über dem Wert des Jahres 2020.

Im Geschäftsjahr 2021 ist der Erdgasabsatz insgesamt um 10,3 % auf 659,9 GWh gestiegen. Bei den Privat- und Gewerbekunden (628,0 GWh) liegt der Absatz mit 13,0 % über dem des Vorjahres. Bei den Geschäfts- und Industriekunden (19,1 GWh) ist der Absatz aufgrund von auslaufenden Energielieferverträgen, die nicht verlängert wurden, mit 41,2 % deutlich rückläufig. Zudem wirkt sich die COVID19-Pandemie weiterhin stark auf den Absatz einiger RLM-Kunden aus, z.B. auf Freizeitgesellschaften. Außerhalb von Oberhausen fällt der Gesamtabsatz (12,8 GWh) im Vorjahresvergleich um 28,0 % höher aus.

Die Gaspreise der Tarifkunden sind im Allgemeinen Tarif zum 1. Januar 2021 um 0,45 ct/kWh erhöht worden. Für Geschäfts- und Industriekunden sind die Preise individuell kalkuliert und überwiegend zum Jahresbeginn 2021 gesunken. Aufgrund der Marktsituation des letzten Quartals 2021 und zur Abwendung des wirtschaftlichen Risikos sind auch für den Vertrieb Gas die Grund- und Ersatzversorgung II zum 01.11.2021 für die Neukunden Gewerbe und zum 01.12.2021 für die Neukunden Haushalt und Kleingewerbe kleiner 10.000 kWh eingeführt worden. Der Marktanteil Gas liegt in Oberhausen mit ca. 76 % zum Jahreswechsel zwei Prozentpunkte unter Vorjahresniveau.

Auch der Fernwärmeabsatz ist im Wesentlichen von witterungsbedingten Einflüssen geprägt. Im Bereich der Fernwärme liegt der Gesamtabsatz mit 456,1 GWh, bei einer Abweichung von 15,4 %, über dem des Vorjahres. Die Arbeitspreise der Fernwärme wurden entsprechend der Preisgleitklausel zum 1. Oktober 2021 um 0,36 Cent/kWh (Netto) angepasst. Hierbei wird seit dem 1. Oktober 2021 der Arbeitspreis für CO_2 separat ermittelt und entsprechend der Preisgleitklausel angepasst. Die von der evo vertriebene Fernwärme zeichnet sich durch einen ressourcen- und klimaschonenden, zertifizierten Primärenergiefaktor für 2021 von 0,13 aus. Das bedeutet, dass für 100 % erzeugte Heizwärme lediglich 13 % Primärenergie aufgewandt werden müssen.

Dienstleistungen sowie Energielösungen

Die evo erbringt kaufmännische, technische und IT-Dienstleistungen für Dritte. Dazu gehören im Wesentlichen die BSO KG, die FSO KG, die InfraTec Duisburg GmbH, die OB-Netz, die Stadt Oberhausen mit ihren kommunalen Eigenbetrieben, die STOAG und die WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH. Die Erlöse im Bereich dieser Dienstleistungen haben sich im Geschäftsjahr 2021 erhöht und lagen bei T€ 1.655,5 (Vj: T€ 1.598,6).

Ferner bietet die evo Contracting-Leistungen im Bereich Wärmeversorgung für Privathaus-halte oder Gewerbetreibende an. Der Absatz in diesem Bereich Energielösungen (EL) liegt bei 13,3 GWh (Vorjahr 9,8 GWh) und wurde damit um rd. 35 % ausgebaut.

Strategische Beteiligungen

Die evo hält verschiedene operative und strategische Beteiligungen, von denen Nachfolgende für die Entwicklung im abgelaufenen Geschäftsjahr von besonderer Bedeutung waren.

Oberhausener Netzgesellschaft mbH

Die Oberhausener Netzgesellschaft mbH (OB-Netz) ist eine 100-%ige Tochter der evo. Das Kerngeschäft der Netzgesellschaft ist darauf ausgerichtet, das in ihrem Eigentum befindliche Strom- und Gasnetz entsprechend den Vorgaben des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) diskriminierungsfrei zu betreiben, zu warten und bedarfsgerecht auszubauen. Um vorhandene Synergiepotenziale zu nutzen, ist in die Gesellschaft zusätzlich die Unterhaltung und der Ausbau für das Fernwärmenetz integriert. Darüber hinaus gehört die technische Unterhaltung der öffentlichen Beleuchtung für die Stadt Oberhausen zur Geschäftstätigkeit der Netzgesellschaft.

Im Geschäftsjahr 2021 hat die evo Erträge aus Gewinnabführung der OB-Netz in Höhe von 4.525 T€ vereinnahmt und übertrifft damit den Vorjahreswert von 2.680 T€. Die Ergebnisverbesserung resultiert maßgeblich aus einem witterungsbedingten Anstieg der Netznutzungsentgelte, periodenfremden Erlösen sowie im Saldo positiven Ergebnisbeiträgen aus der Mehrmindermengenabrechnung. Weiterhin führen die Umstrukturierungsmaßnahmen durch Change[22] im Vergleich zum Vorjahr zu verminderten Aufwendungen und höheren Erlösen aus den Dienstleistungsverträgen mit der evo über einen saldierten Betrag von 1,8 Mio. €. Gegenläufig wirkt der Anstieg des Personalaufwands über 3,4 Mio. € durch Rückstellungsbildungen für das konkretisierte Altersteilzeitprogramm sowie durch Versetzungen von Mitarbeitern von der evo zur OB-Netz infolge der vorgenannten Reorganisation.

Biostrom GmbH & Co. KG

Die Biostrom Oberhausen Management GmbH (BSO GmbH) ist die persönlich haftende Gesellschafterin der Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG (BSO KG) und übernimmt deren Geschäftsführungsaufgaben; die weitere operative Tätigkeit - d.h. der Betrieb eines Biomasse-Heizkraftwerks (BMK) - obliegt der BSO KG. Die evo ist 100-%ige Gesellschafterin beider Gesellschaften und übernimmt auf der Basis eines Dienstleistungsvertrages die kaufmännische Geschäftsbuchhaltung und technische Dienstleistungen.

Das BMK arbeitet nach dem Grundsatz der Kraft-Wärme-Kopplung. Als Brennstoff werden Material aus der Landschaftspflege/Grünschnitt und insbesondere Holzhackschnitzel aus der Landschaftspflege eingesetzt. Im Biomassekessel wird Wasser zu überhitztem Dampf aufgeheizt, der dann in einer Turbine entspannt wird. Der durch die Dampfturbine produzierte Strom wird in das Stromnetz des örtlichen Netzbetreibers Oberhausener Netzgesellschaft mbH eingespeist. Die Vergütungssätze für die Stromeinspeisung sind durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) über 20 Jahre gesichert. Die in der Turbine gleichzeitig anfallende Wärme, die im Dampf enthalten ist, wird zur Wärmeauskopplung genutzt und in das Fernwärmenetz der evo eingespeist.

Für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2021 verzeichnet die Gesellschaft einen Jahresüberschuss nach Steuern von T€ 657,5 (Vj. T€ 648,9). Zur Stärkung der Kapitalstruktur, z. B. für unvorhergesehene Reparaturen und Stillstände, ist aktuell keine Gewinnauszahlung an die evo geplant.

Beteiligung KSBG – STEAG

Gemeinsam mit fünf weiteren Stadtwerken ist die evo mittelbar zu 100 % an der STEAG GmbH (STEAG) beteiligt. Die jeweiligen Anteile - bezogen auf die evo sind dies 6 % - sind in der KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG (KSBG) gebündelt, die damit Alleingesellschafterin ist.

Mit dem Erwerb der Anteile bis 2014 waren Erwartungen verbunden, die sich aus heutiger Sicht nicht mehr erfüllen lassen. Durch eine Vielzahl energiepolitischer Entscheidungen auf europäischer sowie nationaler Ebene und hieraus resultierende energiewirtschaftliche Entwicklungen haben sich die Rahmenbedingungen sowie Perspektiven grundlegend - und insbesondere für das STEAG-Geschäftsmodell nachteilig - verändert. KSBG und STEAG befinden sich demnach in einem Restrukturierungsprozess.

Die Konsorten hatten sich darauf verständigt, die Begleitung der Restrukturierung einem erfahrenen Treuhänder zu übertragen. Final wurden im 4. Quartal 2021 durch alle Konsorten, so auch durch die evo, die erforderlichen Beschlüsse für die Überführung von 89,9 % der KSBG-Anteile in eine Sanierungstreuhand gefasst und am 17. Dezember 2021 die dazu erforderlichen Verträge notariell geschlossen. Neben dem eigentlichen Treuhandvertrag mit der neu gegründeten KSBGTH GmbH unter dem Geschäftsführer Rechtsanwalt Dr. Jan-Markus Plathner kann es zu notwendigen Änderungen insbesondere des Gesellschafts- und Konsortialvertrages. Der neue Treuhänder hält und verwaltet die übertragenen KSBG-Anteile im eigenen Namen, aber auf Gefahr und für Rechnung der Treugeber. Das wirtschaftliche Eigentum verbleibt bei den Konsorten.

Nach Ablauf der Sanierungstreuhand ab dem Jahr 2024 soll die Beteiligung gemeinschaftlich durch alle Konsorten an einen neuen Investor veräußert werden. Die evo hat bereits in den Vorjahren den gesamten Buchwert an der KSBG sowie in diesem Geschäftsjahr auch den Buchwert des Gesellschafterdarlehens an die KSBG sowie die Zinsansprüche gegenüber der KSBG aus dem Darlehen mit insgesamt 1,3 Mio. € vollständig wertberichtigt.

Ertragslage

In Ergänzung zu den detaillierten Ausführungen im Anhang des Jahresabschlusses stellen sich die wesentlichen GuV-Positionen für das Geschäftsjahr 2021 wie folgt dar:

Die Umsatzerlöse belaufen sich auf 192,0 Mio. € und haben sich damit um 5,9 Mio. € gegenüber der Planung gesteigert (Vorjahr 181,7 Mio. €). Der Energiemarkt unterliegt einem harten Wettbewerb. Dies spiegelt sich insbesondere bei der Entwicklung der (geschätzten) Marktanteile wider: Im Bereich Strom wurden die geplanten Marktanteilsziele von 76 % erreicht; im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich jedoch ein Rückgang von 2 %. Beim Gas ergibt sich ebenfalls eine leichte Minderung im Vergleich zum Budget und Vorjahr; hier belaufen sich die Anteile auf 76 %.

Insgesamt ist für die Verkaufserlöse Strom, Erdgas und Wärme jedoch eine Zunahme der Umsatzerlöse in Höhe von 6,8 Mio. € gegenüber der Planung zu verzeichnen, die im Wesentlichen aus der kalten Witterung im ersten Halbjahr und positiven Effekten aus Vorjahren resultiert. Insgesamt liegt die verkaufte Energiemenge von 1.521 GWh um 44 GWh über dem Budgetansatz und mit 133 GWh über der im Vorjahr verkauften Energiemenge. In den Energieumsätzen ist der Verkauf der Verlustenergie an die Netzgesellschaft enthalten.

Bedingt durch die Insolvenzen diverser Lieferanten im Oberhausener Netzgebiet musste die evo diese „Neukunden“ aufnehmen, um deren Versorgungssicherheit zu gewährleisten; dies jedoch - im Interesse der langjährigen Bestandskunden - zu einem gesonderten höheren Tarif.

Der vertriebliche Strom-Absatz beträgt zum Jahresende 374,8 GWh (ohne Verlustenergie an die OB-Netz) bzw. 390,4 GWh (inkl. Verlustenergie an die OB-Netz) und liegt damit um 5,6 GWh unter dem Budgetansatz (ebenfalls inklusive Verlustenergie OB Netz). Hierin ist der Verkauf innerhalb und außerhalb der Stadt Oberhausen enthalten. Weiterhin sind 50 % der Verlustenergie, die für die OB-Netz bereitgestellt wird, enthalten. Ein anderer Marktteilnehmer hat den Zuschlag für das zweite Los erhalten.

Der sowohl erlös- als auch absatzseitige Gas-Anstieg resultiert überwiegend aus der kalten Witterung sowie neutralen Effekten aus Vorjahren. Die Absatzmenge (660 GWh) liegt mit 20 GWh über dem Planwert. Zusätzlich führt eine zum 01.01.2021 durchgeführte Preiserhöhung um 0,455 ct/kWh, die mit Inkrafttreten des Brennstoffemissionshandelsgesetztes erforderlich wurde, zu einer Erhöhung der Erlöse. Die Ausführungen zum „Grund- und Ersatzversorgungstarifes II“ gelten auch im Gasbereich analog zum Strom.

Die Wärmeumsätze und -absätze werden durch die Witterung positiv beeinflusst. Im Vergleich zum Budget ergibt sich hieraus ein absatzseitiger Anstieg in Höhe von + 28 GWh, sodass sich die verkaufte Energiemenge auf 469 GWh im Geschäftsjahr 2021 beläuft. Zusätzlich wirken sich auch in dieser Position positive Effekte aus Vorjahren erlöserhöhend aus.

Die Verkaufserlöse Sonstige beinhalten die Direktvermarktung der Kraftwerke und den Intraday-Handel. Durch die hohe Laufleistung eines evo-Heizkrafwerkes in den ersten Monaten sowie einem höheren Marktpreisniveau an der Strombörse liegen die Erlöse um 1,6 Mio. € über dem Budget.

Der Anstieg bei den Sonstigen betrieblichen Erträgen ist unter anderem auf die Auflösung der im Vorjahr gebildeten Wertberichtigungen auf Forderungsbestände in Höhe von 1,7 Mio. € zurückzuführen. Ein weiterer Ertrag mit 1,5 Mio. € resultiert aus der Auflösung der im Vorjahr gebildeten Rückstellungen für Restrukturierungsmaßnahmen. Durch die in 2021 erfolgte Konkretisierung eines Altersteilzeitprogramms ergeben sich jedoch neue Verpflichtungen zur Rückstellungsbildung in Höhe von und 0,9 Mio € (ATZ) sowie 0,6 Mio. € (Restrukturierung) bei der evo und 1,1 Mio € (ATZ) sowie 0,9 Mio. € (Restrukturierung) bei der OB-Netz, die den Personalaufwand der jeweiligen Gesellschaft erhöhen.

Der Materialaufwand beträgt 132,7 Mio. € und ist damit um 6,6 Mio. € höher als in der Planung angenommen (Vorjahr 127,8 Mio. €). Die Positionen Energiebereitstellung Strom, Energiebezug Erdgas, Wärme sowie Netzunterhaltung Fernwärme liegen mit 8,0 Mio. € über dem Budget. Die Absatz- und Preisentwicklung auf den Energiemärkten der letzten Monate führen insbesondere im Bereich Erdgas und Fernwärme zu einer Budgetüberschreitung. Der Strom- und Gasbezugsaufwand zur Wärmeerzeugung wird zusätzlich noch durch die Bildung einer Rückstellung für abzugebende CO^2-Zertifikate belastet.

Der Personalaufwand übersteigt mit 25,4 Mio. € den Budgetansatz um 0,2 Mio. €. Dies resultiert im Wesentlichen aus der Zuführung von Rückstellungen für das konkretisierte Altersteilprogramm in Höhe von 0,9 Mio. € (ATZ) und 0,6 Mio. €

(Restrukturierung). Gegenläufig wirkt die Versetzung von Mitarbeitern zur OB-Netz im Rahmen des Change[22]-Projektes. Die Abschreibungen von 6,8 Mio. € (Vorjahr 4,6 Mio. €) entsprechen dem Budgetansatz und werden durch die Wertberichtigung der E-Roller geprägt; gegenläufig wirken verspätete Projektrealisierungen z. B. bei Nahwärmeprojekten wie Osterfeld und Tackenberg. Auch durch Vorjahreseinflüsse ergeben sich damit spätere Aktivierungszeitpunkte und folglich geringere Abschreibungen.

Ein Anstieg der Sonstigen betrieblichen Aufwendungen mit 20,4 Mio. € um 6,2 Mio. € gegenüber der Planung (Vorjahr 17,6 Mio. €) ist maßgeblich auf die zusätzlichen Beratungsleistungen für das Projekt „Change[22]“ sowie für die KSBG-/STEAG-Verkaufsbemühungen und die Wertberichtigung der noch bilanzierten Darlehensforderungen gegenüber der KSBG zurückzuführen. Ferner sind hier die Kosten für IT, Versicherungen, Werbung und Sponsoring, Weiterbildung, Vereins- und Verbandsbeiträge, Aufsichtsratsvergütungen, Beratungsleistungen, Grundbesitzabgaben sowie für alle weiteren allgemeinen Verwaltungskosten und die Implementierung der neuen Geschäftsfelder enthalten.

Vermögens- und Finanzlage

Vermögenslage/Investitionen

Die Vermögenslage wird im Wesentlichen durch das Anlagevermögen bestimmt, die Entwicklung wird im Anlagespiegel dargestellt. Die Veränderung des Bestands an Flüssigen Mitteln wird unter Finanzlage dargestellt. Dem betriebsnotwendigen Vermögen stehen Passiva in Form von Eigenkapital oder langfristigen Verbindlichkeiten gegenüber. Zum Bilanzstichtag belief sich die Eigenkapitalquote auf 18,6 %.

Durch die Übertragung der Strom- und Gasnetze auf die OB-Netz werden die entsprechenden Investitionen dort direkt aktiviert; lediglich die Investitionen für das Fernwärmenetz werden neben den Investitionen für die Strom- und Wärmeerzeugungsanlagen bei der evo als Zugang im Anlagevermögen ausgewiesen. Die technisch-wirtschaftliche Optimierung des Fernwärmenetzes wurde im Berichtsjahr weiter vorangetrieben. Der Anteil der dafür notwendigen Investitionen in 2021 für die Verteilungsanlagen der Fernwärmeversorgung bei der evo an den gesamten Investitionen des Sachanlagevermögens und der Immateriellen Vermögensgegenstände betrug rund 50 %.

Die Investitionen stellen sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

	Budget 2021 in T€	**Ist 2021 in T€**	**Ist 2020 in T€**
Investitionen	14.021	11.356	70.967
Abschreibungen	6.800	6.754	4.645

Neben Investitionen in Höhe von T€ 3.908 für die Strom- und Wärmebereitstellung sowie T€ 5.787 zur Erneuerung des Fernwärmenetzes sah das Investitions-Budget 2021 weitere Erneuerungen im Bereich der Gemeinsamen Anlagen von T€ 4.326 vor.

Die Investitionen im Berichtsjahr betrugen T€ 11.356 und teilen sich wie folgt auf:

	Ist 2021 in T€	**Ist 2020 in T€**
Immaterielle Vermögensgegenstände	206	464
Sachanlagen		
▪ Strom- und Wärmebereitstellung	3.462	8.191
▪ Stromversorgung	284	229
▪ Erdgasversorgung	0	64
▪ Fernwärmeversorgung	4.063	3.564
▪ Energieservice	2.212	696
▪ Gemeinsame Anlagen	1.047	3.652
Finanzanlagen	82	54.107
Gesamtbetrag	**11.356**	**70.967**

Wesentlicher Einflussfaktor der Zugänge zum Sachanlagevermögen war der Bereich der Strom- und Wärmebereitstellung mit den Investitionen zum Gasmotorenkraftwerk am HKW I.

Weiterhin wurden zahlreiche Projekte im Bereich Contracting und Nahwärme umgesetzt. Diese Vertriebsprojekte bestehen aus Maßnahmen von einzelnen Heizkesseln (Kleinanlagen-Contracting) bis hin zu kleineren Nahwärmenetzen, bei dem Blockheizkraftwerke die angeschlossenen Häuser mit Wärme und Strom versorgen. Durch diese für die evo wirtschaftlich sinnvollen Neuinvestitionen wird zudem das Marktrisiko - insbesondere im Gasvertrieb - durch langfristige Kundenbindung reduziert.

In den kommenden Geschäftsjahren wird die vorhandene Liquidität nicht vollständig zur Deckung der erforderlichen Investitionen ausreichen. Es ist geplant, zukünftig den dafür jährlich erforderlichen Anteil der Investitionen durch langfristige Darlehensaufnahmen sukzessive zu finanzieren. Für das Geschäftsjahr 2022 wurden die Verhandlungen zur Darlehensaufnahme in Höhe von T€ 10.000 zur anteiligen Finanzierung der Sachinvestitionen 2022 im Konzern bereits frühzeitig im Oktober 2021 aufgenommen, zur Auszahlung von zwei Darlehen kam es im Dezember 2021 sowie im Januar 2022.

Finanzlage

Der Mittelzufluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit mindert sich in 2021 um rund T€ 2.318 auf T€ 27.798. Dies ist auf die Abschreibung von Finanzanlagen zurück zu führen, welche im Vergleich zum Vorjahr deutlich sinken (T€ - 9.874), kompensierend wirkt sich der Anstieg bei den Abschreibungen des übrigen Anlagevermögens aus (T€ 2.109). Weiterhin kam es in 2020 zu einer Zuschreibung der Finanzanlagen von T€ 1.145 (Berichtsjahr T€ 0,0). Die Investitionstätigkeiten innerhalb der Kapitalflussrechnung belaufen sich im Berichtsjahr auf T€ - 11.118 (Vorjahr T€ - 14.063). Hierbei können die Investitionen in das Sachanlage- und Finanzanlagevermögen nicht zu 100 % durch die Abschreibungen finanziert werden (siehe unten). Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit (T€ - 17.583) beinhaltet neben der Ergebnisabführung aus dem abgelaufenen Berichtsjahr (T€ - 11.363) auch die Einzahlungen aus langfristigen Krediten in Höhe von T€ 5.000 sowie die Zunahme der Kontokorrentkredite (T€ 4.297).

Ende 2021 kam es zu einer Minderung des Finanzmittelfonds um T€ 903 auf T€ 788.

Im Rahmen einer zentralen Anlagestrategie wurde eine Cash-Pooling-Vereinbarung mit der OB-Netz und der FSO getroffen, wobei die Verzinsung von Darlehen zu Geldmarktsätzen am Frankfurter Bankenplatz erfolgt. Die Anlage von kurz- und mittelfristig freien liquiden Mitteln erfolgt zentral durch die evo in Tages- und Festgeldern.

Ein seit 2007 bestehender Spezialfonds dient zur Deckung der mittelfristigen Rückstellungen, die im Wesentlichen Maßnahmen aus dem Personalbereich beinhalten. Weiterhin werden bei den Rückstellungen Verpflichtungen für noch ausstehende Rechnungen ausgewiesen. Hierbei handelt es sich vorwiegend um Rechnungen für erhaltene Energielieferungen aus den Bereichen Strom und Erdgas.

Aus den Finanzplanungen der evo für die kommenden Jahre ergibt sich weiterhin - wie unter Vermögenslage erläutert - ein zusätzlicher Kapitalbedarf mit der Folge, dass zukünftig Teile der Investitionen durch Fremdkapital finanziert werden müssen. Ebenso ist geplant, die Bezugskostenspitzen in den Wintermonaten über kurzfristige Mittel im Rahmen der bestehenden Kreditlinien temporär zu bezahlen.

Tätigkeitsabschlüsse

Vertikal integrierte Energieversorgungsunternehmen sind nach § 6b Abs. 5 in Verbindung mit Abs. 3 Nr. 1 - 7 EnWG verpflichtet, für jede ihrer dort genannten Tätigkeiten einen gesonderten Tätigkeitsabschluss zu erstellen. Bei der evo umfasst dies die beiden Tätigkeitsbereiche Dienstleistungen Stromverteilung und Dienstleistungen Gasverteilung. Für die Bereiche Dienstleistung Stromverteilung und Dienstleistung Gasverteilung wurden gesonderte Tätigkeitsabschlüsse entsprechend dem Rechnungslegungsstandard des Fachausschusses für öffentliche Unternehmen und Verwaltungen (RS ÖFA 2) erstellt und damit den Empfehlungen der Bundesnetzagentur und des IDW gefolgt.

In den anderen Tätigkeiten innerhalb des Elektrizitäts- und Gasbereiches nach § 6b Abs. 3 Satz 3 EnWG werden die Beschaffung und der Vertrieb von Strom und Gas erfasst. Unter den sonstigen Aktivitäten werden neben der Erzeugung und Verteilung von Fernwärme, dem Contracting und weiteren Dienstleistungen für Dritte, auch die Tätigkeiten des Verwaltungsbereichs zusammengefasst.

Risiko- und Chancenbericht

Risikomanagementsystem einschließlich Corona-Pandemie

Zur Sicherung der Unternehmensziele, des künftigen Erfolges des Unternehmens sowie zur Senkung der Risikokosten führt die evo halbjährlich eine Risikoinventur durch. Diese Aufgabe wird auch für die Oberhausener Netzgesellschaft und BSO wahrgenommen. Damit Risiken frühzeitig erkannt und rechtzeitig angemessene Gegensteuerungsmaßnahmen ergriffen werden können, ist bei der evo ein Risikomanagementsystem gemäß dem Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) implementiert. Alle erfassten Risiken werden durch Risikopaten hinsichtlich ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit (unmöglich bis akut) und Schadenshöhe (unbedeutend bis existenzvernichtend) eingestuft. Die Risiken werden dabei nicht nur auf die mit den Risiken verbundenen Kosten, Erlöseinbußen, Margenverluste oder Betriebsunterbrechungen untersucht, es wird auch der Einfluss auf Ressourcen, wie z. B. Personenschäden oder Imageverlust analysiert.

In der letzten Risikoinventur auf Ebene der gesamten Unternehmensgruppe wurden zum 31. Dezember 2021 insgesamt 43 Risiken erfasst. Die Risiken wurden im Wesentlichen (39 Risiken) den niedrigen Risikoklassen zugeordnet. Lediglich vier Risiken beinhalten ein mittleres Risiko. Dazu gehören der Ausfall des Stromnetzes und Haftung nach NAV, der Ausfall der Fernwärmeerzeugung, unbeabsichtigter Datenabfluss sowie der Margenverlust im Privatkundengeschäft. Das höchste Risiko, der Ausfall des Stromnetzes und Haftung nach NAV, liegt bei einem Schadenserwartungswert von 19.500 T€.

Den operativen Risiken und Auswirkungen der Corona-Pandemie wird wie folgt begegnet. Zu den Aufgaben der evo gehört es, die Versorgungssicherheit in Oberhausen unter allen Umständen sicherzustellen. Daher praktizieren wir bereits seit 2011 ein Krisenmanagement, das durch regelmäßige Krisenübungen professionalisiert und kontinuierlich an die neuesten Erkenntnisse angepasst wird. Ein Unterweisungstool stellt sicher, dass alle Personen des Krisenstabes mit den Aufgaben der ihnen zugewiesenen Rolle vertraut sind. Außerdem gibt es bei der evo einen Pandemieplan sowie eine Betriebsvereinbarung „Pandemie“. Diese Instrumente waren wichtige Voraussetzungen, mit der die evo in der aktuellen Corona-Krise die Lage schnell analysieren, die betriebliche Krisen-Situation einschätzen und frühzeitig wesentliche Maßnahmen (z.B. frühzeitige Ermöglichung der mobilen Arbeit, dezentrale Steuerung der Netzleitwarte) veranlassen konnte.

Konkret tagt seit Februar 2020 mindestens 1x wöchentlich ein „Pandemiestab“. Hieran nehmen unter Leitung des technischen Vorstandes, alle Sicherheitsfachkräfte, die Unternehmenskommunikation, Vertreter der Personalabteilung und der Betriebsrat teil, um die erforderlichen betrieblichen Maßnahmen in der Krisensituation zu initiieren und wirkungsvoll umsetzen zu können. Eine weitere wichtige Voraussetzung für das weitgehend reibungsfreie Arbeiten in der Krise ist eine verlässliche Kommunikation. Durch die Einbindung der Unternehmenskommunikation (intern, extern, Social Media) können wir zu jeder Zeit sicherstellen, dass alle Informationen (z. B. über das Intranet) bei den Beschäftigten (u. U. auch täglich) ankommen. Kundenanliegen werden zudem über die etablierten Kommunikationskanäle proaktiv behandelt. Der Krisenstab der evo steht in engem Austausch mit dem Krisenstab der Stadt Oberhausen.

Die finanziellen Risiken der evo in Folge der Corona Pandemie resultieren im Wesentlichen aus einem sinkenden Absatz im Stromvertrieb sowie damit einhergehenden Verlusten aus dem Rückverkauf bereits erworbener Terminkontrakte an der Energiebörse (EEX). Weiterhin sind in Folge der angespannten wirtschaftlichen Situation höhere Forderungsausfälle bei Privat- und Gewerbekunden zu befürchten. Zudem konnte das neue Geschäftsfeld E-Roller-Sharing nicht wie angestrebt entwickelt werden.

Im Rahmen der halbjährlich durchgeführten Risikoinventuren wurden für den Berichtszeitraum vier neue Risiken identifiziert, es wurden keine Risiken abgemeldet.

Absatzmarktrisiken

Das wesentliche Risiko bilden die vermehrten Wechselprozesse in den Geschäftsfeldern Strom- und Erdgasvertrieb. Hier ist für die Zukunft mit einer steigenden, zumindest aber mit einer gleichbleibend hohen Wechselbereitschaft der Kunden zu rechnen, getrieben u.a. durch von Kundenwechseln profitierenden neuen Marktteilnehmern in Form von Vergleichs- und Wechselportalen. Hinzu kommen Unsicherheiten hinsichtlich der zukünftigen Preisgestaltung insbesondere im Bereich des Stromvertriebs, die angesichts zunehmender gesetzlicher Eingriffe und Regulierungen nicht mehr allein unternehmerisch zu beeinflussen ist.

Einfluss auf die zukünftige Form des Wettbewerbs haben auch die neuen gesetzlichen Rahmenbedingungen, insbesondere das Gesetz für faire Verbraucherverträge. Auf der einen Seite kann die etablierte Energiewirtschaft darauf hoffen, dass die unfairen und irreführenden Marktpraktiken, die in der Vergangenheit durch neue Marktteilnehmer im Markt eingeführt wurden, erschwert werden, auf der anderen Seite wird die Marktmacht zu Gunsten der Verbraucher verschoben. Somit ist ein fairerer, aber auch ein intensiverer Wettbewerb in den Energiemärkten zu erwarten.

Beschaffungsmarktrisiken

Bei der Energiebeschaffung verfolgt die evo eine risikoaverse Strategie. Die evo betreibt selbst keinen Energiehandel, sondern beschafft die Erdgas- und Strommengen für ihren geplanten Absatz über die Beteiligungsgesellschaft Quantum. Zur Vermeidung des Preisrisikos erfolgt die Beschaffung von Mengen für Großkunden „back to back“, d. h. die Menge wird erst bei Vertragsabschluss beschafft und unterliegt so nur einem geringen Preisrisiko. Für den größeren Teil der evo-Kunden, die über Standardlastprofile beliefert werden, erfolgt eine große Streuung über die Produktart (Standardprodukte und Fahrpläne) und den Zeitpunkt der zu beschaffenden Energien. Aufgrund des großen Anteils von Haushaltskunden und kleineren Sondervertragskunden am Gesamtabsatz ergeben sich nur geringe Mengenrisiken. Operative Risiken werden durch Prozesse und interne Kontrollmechanismen bei der Quantum minimiert.

Im letzten Quartal des Jahres 2021 sind die Preise auf den Energiebeschaffungsmärkten ungewöhnlich stark gestiegen. Die oben beschriebene Beschaffungsstrategie konnte verhindern, dass die Preise für die Bestandskunden kurzfristig entsprechend schnell erhöht werden mussten. Die Effekte wurden abgemildert. Wenn das aktuell hohe Preisniveau noch längerfristig bestehen bleibt, müssen diese Kosten jedoch an die Endverbraucher weitergegeben werden.

Die Beschaffung von Kraftwerksgas folgt aus technischen Gründen einer anderen, kurzfristigeren Einkaufsstrategie. Die hohen Preise auf den Beschaffungsmärkten werden die Kosten der Energiebereitstellung somit schon zeitnah steigen lassen, während die Index-gebundenen Endverbraucherpreise erst mit Verzögerung entsprechend erhöht werden können.

Betriebsrisiken

Grundsätzlich schützt sich die evo gegen Risiken, die im unmittelbaren Zusammenhang mit der unternehmerischen Tätigkeit stehen, durch adäquate Versicherungen. Haftungsrisiken werden durch eine entsprechende Betriebshaftpflichtversicherung abgedeckt.

Zu den Betriebsrisiken der evo gehören auch Risiken steigender Cyberkriminalität, die aufgrund der immer weiter voranschreitenden Digitalisierung entstehen. Hierzu gehören die Risiken, die sowohl die Verfügbarkeit der entsprechenden IT-Systeme, der damit zu verarbeitenden Daten und somit die Grundlage einer modernen, effektiven Prozessabwicklung bei evo, als auch die Verletzung der Vertraulichkeit und der Integrität von Informationen betreffen. Immer weiter in den Fokus rücken hier vor allem der unbeabsichtigte Datenabfluss - vor allem auch über mobile Kommunikationsgeräte und cloudbasierte Dienste, sowie die Nichtverfügbarkeit von Teilen der IT-Infrastruktur und -Services. Die evo begegnet diesen Risiken mit geeigneten Maßnahmen, die im Rahmen eines Informationssicherheits-Managementsystems (ISMS) identifiziert und in einem IT-Risikomanagement bewertet und behandelt werden. Hierzu gehören organisatorische und technische Maßnahmen, wie z.B. Zugangsregelungen, regelmäßige Updates, Datensicherungen, E-Mail- und Internet-Absicherung, die Analyse von Schwachstellen und deren Behebung, wenn solche aufgedeckt werden. Weiterhin erfolgt permanent eine Sensibilisierung der Mitarbeiter. Ein erhöhtes Risiko durch Cyberkriminalität ist bei der evo aufgrund des Betriebes kritischer Infrastrukturen für Oberhausen grundsätzlich zu sehen. Die evo und der Versicherungsmakler VMD Prinas haben im Januar einen vierstündigen Risikodialog zu allen Themen rund um cyberrisk absolviert. Der noch ausstehende Risikobericht wird Grundlage der weiteren Bewertung, ob und in welchem Umfang eine Cyberrisikodeckung für evo in Frage kommt.

Finanzrisiken

Auf Basis einer rollierenden kurz- bis langfristigen Finanzplanung erfolgt die Liquiditätssteuerung innerhalb von genehmigten Banken-Kreditlinien. Durch das Kerngeschäft und die Vielzahl der Kunden ergeben sich neben den im Abschluss bereits berücksichtigten Einzel- und Pauschalwertberichtigungen, keine weiteren bedeutsamen Preis- und Adressausfallrisiken. Zahlungsstromschwankungen sind aufgrund bekannter Abrechnungszyklen und anhand von Gradtagzahlen weitestgehend planbar. Zur strategischen Ausrichtung hat die evo Finanzmittel in Wertpapieren (Spezialfonds) angelegt. Diese unterliegen marktbedingten Preisrisiken, die auch zu Kursverlusten und somit zu Schaden führen könnten. Das Investment wird als bewusst eingegangene unternehmerische Tätigkeit verstanden, wobei die große Diversifikation in eine Vielzahl von Rentenpapieren und Aktien zur Risikoverminderung beiträgt; unter Berücksichtigung der vereinbarten Anlagestrategie ist von einem maximal leichten Schaden auszugehen.

Gesamtrisiko

Die beiden halbjährlichen Risikoinventuren haben keine Risiken mit wesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage und keine bestandsgefährdenden Risiken aufgezeigt. Auch für die Zukunft sind keine derartigen Risiken erkennbar.

Chancenbericht

Im Zusammenhang mit der anhaltenden Corona-Pandemie ergeben sich für die evo trotz der beschriebenen Risiken und Herausforderungen unter anderem Chancen im Rahmen der Digitalisierung. Es werden vermehrt digitale Lösungen eingesetzt und geprüft, um mobil von zuhause und unterwegs zu arbeiten, Konferenzen werden per Video abgehalten und es wird zunehmend per Chat kommuniziert. Hieraus resultiert die Möglichkeit, sich dauerhaft weiterzuentwickeln und ein digitales Arbeitsumfeld zu schaffen, dass den Mitarbeitern, Kunden und weiteren Beteiligten flexiblere Möglichkeiten der Arbeit und Kommunikation bietet. Zudem wäre es denkbar auf lange Sicht Büroflächen zu optimieren, wenn sich eine Lösung für die mobile Arbeit dauerhaft als praktikabel erweist.

Für die Herausforderungen des Wettbewerbs auf den Comodity-Märkten sieht sich der evo-Vertrieb gut gerüstet, insbesondere im Hinblick auf die überarbeiteten Produkte für Geschäfts- und Gewerbekunden. Aber auch die Fernwärme ist nach wie vor beliebt und wird im Rahmen der Energiewende eine bedeutende Rolle spielen können. Zudem tun sich neue Geschäftspotentiale auf. Die Thematik E-Mobilität rückt immer mehr in den Fokus der Bevölkerung. Damit einhergehend bietet sich für die evo die Chance, den Kunden passgenaue Produkte anzubieten sowie höheren Stromabsatz zu generieren. Zudem arbeitet die evo laufend daran, neue Produkte und Geschäftsfelder z.B. im Bereich dezentrale Erzeugung oder Energiedienstleistungen zu etablieren und damit nah an den Kundenwünschen zu agieren und vorhandene Potenziale weiter auszubauen.

Die für 2045 durch den Gesetzgeber beschlossene Klimaneutralität wird unweigerlich die fortschreitende Dekarbonisierung beschleunigen und die Konnektivität der Energienetzte vorantreiben. Der Stromverbrauch und damit die Netzlast wird zunehmen und der evo vertriebliche Opportunitäten bieten. Durch die jüngsten Energiepreisverwerfungen und Insolvenzen von Mitbewerbern wurden Kunden der evo in den Bereich der Grundversorgung zugeordnet. Es besteht die Chance, diese Kunden längerfristig durch den evo-Vertrieb zu beliefern und die Reputation der evo als verlässlicher Vertragspartner zu stärken.

Prognosebericht

Der Aufsichtsrat der evo hat am 18.11.2021 dem Budget sowie der Finanzplanung 2022 zugestimmt. Die Planung 2022 geht von Umsatzerlösen in Höhe von 192,6 Mio. € und Materialaufwendungen von 133,8 Mio. € aus.

Weiterhin besteht ein steigender Erlös- und Kostendruck. Die evo rechnet bei der Prognose der Umsatzerlöse und Beschaffungsaufwendungen im Bereich Strom und Gas mit einem Rückgang des Marktanteils im Stammgebiet Oberhausen. Insbesondere im SLP-Kundensegment (Standardlastprofilkunden; Privat- und Kleingewerbekunden) wird - in Fortschreibung der Erfahrungen der Vorjahre - eine hohe Wechselbereitschaft unterstellt. Im wettbewerbsintensiven RLM-Kundensegment (Kunden mit registrierender Lastgangmessung; größere Geschäfts- und Industriekunden) wird von einem konstanten Niveau an Vertragsabschlüssen ausgegangen. Es wird durch den Ausbau des Vertriebs außerhalb des Netzgebietes Oberhausen eine moderate positive Auswirkung auf die Umsatzentwicklung erwartet.

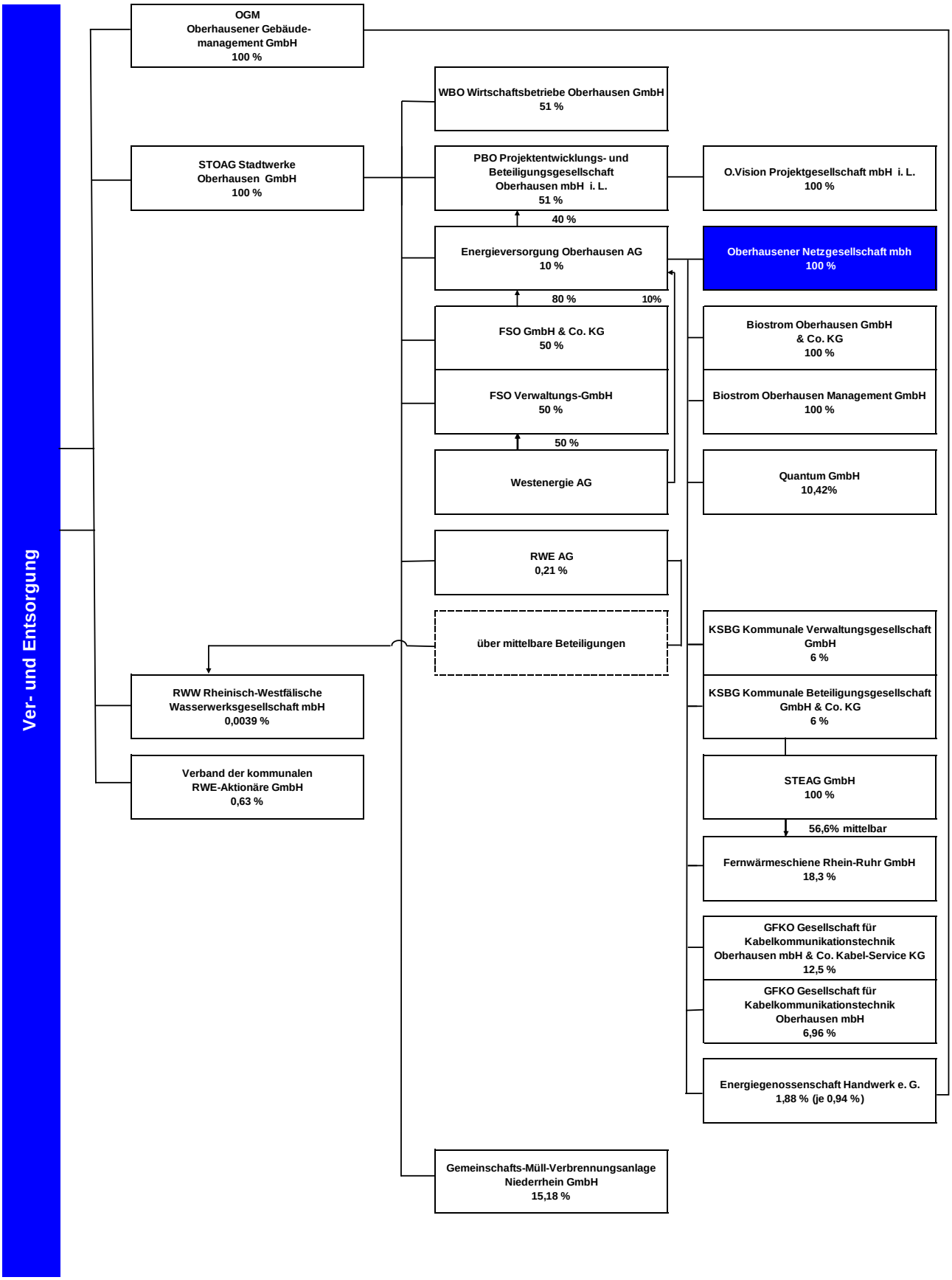
Neben den Geschäftsfeldern Strom, Erdgas und Fernwärme plant die evo, die Angebote im Geschäftsfeld Energiedienstleistungen weiter auszubauen. Besondere Bedeutung kommt zunehmend dem Themenfeld Elektromobilität zu. Hier bestehen Wachstumspotentiale, die langfristig zum Ergebnis beitragen sollen. Darüber hinaus unternimmt die evo Anstrengungen, Prozesse und Abläufe zu prüfen sowie zu optimieren, um damit die Kostenstruktur dauerhaft zu verschlanken und die seitens der Anteilseigner fortgeschriebene Gewinnerwartung gesichert erfüllen zu können. Hierzu sieht die Planung für das Geschäftsjahr 2022 sonstige betriebliche Aufwendungen von 13,7 Mio. € sowie Personalaufwendungen von 24,1 Mio. € vor.

Zusammenfassend strebt die Planung für das Geschäftsjahr 2022 einen Jahresüberschuss vor Gewinnabführung an die FSO KG in Höhe von 11,0 Mio. € an.

Oberhausen, 16. Februar 2022

Energieversorgung Oberhausen AG (EVO)

Gieske / Basler
Vorstand


Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100 %
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH
51 %
STOAG Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesellschaft
Oberhausen mbH i. L.
51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH i. L.
100 %
40 %
Energieversorgung Oberhausen AG
10 %
Oberhausener Netzgesellschaft mbh
100 %
80 %
10%
FSO GmbH & Co. KG
50 %
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100 %
FSO Verwaltungs-GmbH
50 %
Biostrom Oberhausen Management GmbH
100 %
50 %
Westenergie AG
Quantum GmbH
10,42%
RWE AG
0,21 %
über mittelbare Beteiligungen
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft
GmbH
6 %
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co. KG
6 %
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
Verband der kommunalen
RWE-Aktionäre GmbH
0,63 %
STEAG GmbH
100 %
56,6% mittelbar
Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH
18,3 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG
12,5 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH
6,96 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G.
1,88 % (je 0,94 %)
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,18 %

Oberhausener Netzgesellschaft mbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Danziger Str. 31
46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/835-3000
Fax	0208/835-2697
e-Mail	info@ob-netz.de
Internet	http://www.ob-netz.de

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 50,00

Gesellschafter:	**T€**	**%**
evo Energieversorgung Oberhausen AG	50,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist
- die Verteilung von Energie (Strom, Gas und Fernwärme) an Weiterverteiler und Letztverbraucher,
- die Erbringung von energienahen Dienstleistungen,
- die Planung, der Neu- bzw. Ausbau, die Änderung und der Betrieb (Bedienung, Überwachung bzw. Inspektion, Wartung, Reparaturen und Erneuerungen) der Verteilungsanlagen,
- die Vermarktung der Kapazitäten der Verteilungsanlagen.

Die Gesellschaft kann andere Unternehmen gründen, erwerben und sich an ihnen beteiligen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

evo Energieversorgung Oberhausen AG	EAV zwischen evo AG und evo Energie-Netz GmbH vom 16.10.2006
evo Energieversorgung Oberhausen AG	Pachtvertrag über Strom- und Gasversorgungsnetze zwischen der evo AG und der evo Energie-Netz GmbH vom 16.11.2006 sowie erste Änderungsvereinbarung vom 05./06.12.2007; Pachtvertrag über Fernwärmeversorgungsnetze zwischen der evo AG und der evo Energie-Netz GmbH vom 16.11.2006; Arbeitnehmerüberlassungsvertrag zwischen der evo AG und der evo Energie-Netz GmbH vom 16.11.2006

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2021)

Geschäftsführung:		Hell, Bernd Paul
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Vorstand der evo AG
Prokura:	Prokurist	Hein, Robert
		Alberts, Hans-Jörg
		Möckl, Oliver Rüdiger

c) Beteiligungen

mittelbar	T€	%
	30,00	100,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2019		2020		2021		Veränder-ungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	305,60	2,9	69.292,09	76,3	74.559,08	74,7	5.266,99	7,60
Umlaufvermögen	10.156,68	97,1	21.539,90	23,7	25.267,47	25,3	3.727,57	17,31
Rechnungsabgrenzungsposten			5,92	0,0	5,16	0,0	-0,76	-12,84
Bilanzsumme	**10.462,28**	**100,00**	**90.837,90**	**100,00**	**99.831,72**	**100,00**	**8.993,82**	**9,90**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	1.142,99	10,9	55.249,80	60,8	55.249,80	55,3	0,00	0,00
Sonderposten mit Rücklagenanteil			156,01	0,2	30,17	0,0	-125,84	-80,66
Rückstellungen	6.445,91	61,6	9.497,95	10,5	14.005,09	14,0	4.507,14	47,45
Verbindlichkeiten	2.873,39	27,5	12.838,43	14,1	13.811,34	13,8	972,91	7,58
Rechnungsabgrenzungsposten			13.095,72	14,4	16.735,32	16,8	3.639,60	27,79
Bilanzsumme	**10.462,28**	**100,00**	**90.837,90**	**100,00**	**99.831,72**	**100,00**	**8.993,82**	**9,90**

bb) GuV

	2019	2020	2021
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	94.945,16	86.576,42	90.833,86
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	52,75	-45,59	37,57
andere aktivierte Eigenleistungen		2.182,31	2.071,01
sonstige betriebliche Erträge	1.165,27	1.212,41	807,73
Materialaufwand	42.201,62	40.360,58	39.951,34
Personalaufwand	14.259,64	13.946,87	17.336,99
Abschreibungen		2.644,19	2.617,64
sonstige betriebliche Aufwendungen	37.661,18	29.012,97	26.818,41
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	5,09	8,31	1,73
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	170,63	425,99	389,46
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.875,19	3.543,27	6.638,06
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	242,07	863,09	2.108,93
sonstige Steuern			3,67
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	1.632,61	2.680,18	4.525,46
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	0,51	0,00	0,00
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,51	0,00	0,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2021	Angaben in
Umsatzrentabilität:	1,72	3,10	4,98	%
Eigenkapitalrentabilität:	142,95	4,85	8,19	%
Cash-Flow:	1.633,12	5.324,37	7.143,10	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	589,96	562,03	575,15	T€
Personalaufwandsquote:	14,83	15,51	18,49	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2021	Angaben in
Sachanlagenintensität:		75,87	74,29	%
Eigenkapitalquote:	10,92	60,82	55,34	%
Fremdkapitalquote:	89,08	39,18	44,66	%

e) Lagebericht

Unternehmen und gesellschaftsrechtliche Situation

Die Oberhausener Netzgesellschaft mbH (OB-Netz) ist eine 100-prozentige Tochter der evo. Das Kerngeschäft der Netzgesellschaft ist darauf ausgerichtet, dass in ihrem Eigentum befindliche Strom- und Gasnetz entsprechend den Vorgaben des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) diskriminierungsfrei zu betreiben, zu warten und bedarfsgerecht auszubauen. Die Netzgesellschaft übernimmt zudem die Funktion des grundzuständigen Messstellenbetreibers in Oberhausen. Um vorhandene Synergiepotenziale zu nutzen, ist in die Gesellschaft zusätzlich die Unterhaltung und der Ausbau für das Fernwärmenetz integriert. Darüber hinaus gehört die technische Unterhaltung der öffentlichen Beleuchtung für die Stadt Oberhausen zur Geschäftstätigkeit der Netzgesellschaft.

Mit evo besteht ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag (EAV); ferner ist die Gesellschaft in den Konzern der FSO GmbH & Co. KG und als Organgesellschaft in eine ertragsteuerliche Organschaft eingebunden.

Rahmenbedingungen

Die Netzgesellschaft betreibt mit ihrem Strom- und Gasnetz eine sog. kritische Infrastruktur (KRITIS) von wesentlicher Bedeutung für die Aufrechterhaltung wichtiger gesellschaftlicher Funktionen im Sinne des BSI und des BBK, bei deren Ausfall es zu erheblichen nachhaltig wirkenden Versorgungsengpässen kommen könnte. Vor diesem Hintergrund war das Jahr 2021 bei der Netzgesellschaft genauso wie bei vielen anderen Unternehmen operativ weiterhin stark von der Corona-Pandemie geprägt. Es wurden umfangreiche Hygienekonzepte für alle Unternehmensbereiche erarbeitet, um jederzeit einen sicheren Betrieb und die Versorgungssicherheit in Oberhausen gewährleisten zu können.

Die Baumaßnahmen im Netz konnten deshalb trotz der Corona-Pandemie wie geplant umgesetzt werden. Die Tätigkeiten zum Roll-Out von modernen Messeinrichtungen sowie der eichrechtskonforme Tausch von Messeinrichtungen wurden jedoch heruntergefahren. Wenngleich Wechselungen für mehrere Monate pausieren mussten, konnte ein Großteil der anstehenden Arbeiten im Verlauf des Jahres aufgeholt werden.

Ein wesentlicher Teil des Geschäftes der Netzgesellschaft wird in den regulierten Sparten Strom und Gas erzielt. Daher werden die wichtigsten regulatorischen Rahmenbedingungen im Folgenden dargestellt:

Kostenantrag Erdgas

Für jeweils eine Regulierungsperiode wird jedem Netzbetreiber eine individuelle Erlösobergrenze für seine Erlöse zugestanden, die er aus Netzentgelten erzielen darf. Für die Bestimmung der individuellen Erlösobergrenze für die nächste Regulierungsperiode wird durch die Regulierungsbehörde eine Kostenprüfung durchgeführt. Im Gasbereich wurden der Bericht und die Erhebungsbögen zur Kostenprüfung für die vierte Regulierungsperiode (2023 bis 2027) fristgerecht zum 01.07.2021 eingereicht. Im Dezember wurde das Anhörungsverfahren seitens der LRegK NRW eingeleitet. Die ersten Fragestellungen wurden in einem telefonischen Austausch erörtert und im Nachgang im Rahmen einer ausführlichen Stellungnahme noch vor den Weihnachtsferien beantwortet.

Anschließend werden die Kosten der einzelnen Netzbetreiber in einen Effizienzvergleich überführt. Durch diesen Effizienzvergleich wird die relative Kosteneffizienz des Netzbetreiber bestimmt, hierbei setzen real existierende Netzbetreiber den Benchmark. Die Daten zur Ermittlung des Effizienzwertes Gas wurden in einem aufwändigen Prozess erhoben und von der BNetzA im Internet veröffentlicht. Um einen unternehmensindividuellen Effizienzwert ermitteln und festlegen zu können, benötigt die BNetzA die noch ausstehende festgelegte Kostenbasis aus den jeweiligen Verfahren.

Kostenantrag Strom

Die Netzgesellschaft befand sich im Geschäftsjahr 2021 im Strombereich im Basisjahr für die vierte Regulierungsperiode (2024 bis 2028). Derzeit (Stand 31.01.2022) befinden sich die Vorgaben zur Datenerhebung für die Kostenprüfung zur Bestimmung des Ausgangsniveaus noch im Status der Konsultation. Zum derzeitigen Stand müssen wieder umfangreiche Daten für die Marktrollen Verteilnetzbetreiber sowie Dienstleister erhoben und in einem Bericht detailliert dargestellt werden. Die Abgabe ist für den 01.07.2022 vorgesehen.

Beschwerden

Die Netzgesellschaft hat gegen die Festlegung der BNetzA zur Eigenkapitalverzinsung für Gas und Strom vom 20.10.2021 im Rahmen einer Prozesskostengemeinschaft der Kanzlei Becker Büttner Held beim OLG Düsseldorf Einspruch eingelegt. Der Vorteil von Prozesskostengemeinschaften besteht darin, dass die Kosten überschaubar bleiben, da nur wenige Musterverfahren geführt werden und die Kosten auf alle Teilnehmer aufgeteilt werden. Das Chance-Risiko-Verhältnis ist hierbei sehr gut.

Leistungsindikatoren und Geschäftsverlauf

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Für die Unternehmenssteuerung wird ein quartalsweises, centerbezogenes Berichtswesen eingesetzt, das in eine differenzierte Erfolgsrechnung mündet.

Für die Einschätzung der wirtschaftlichen Lage der OB-Netz werden regelmäßig die Umsätze, die Kostenstruktur und das Ergebnis vor Gewinnabführung beobachtet sowie analysiert; all dies unter Beachtung der regulatorischen Rahmenbedingungen.

Als wesentliche nichtfinanzielle Leistungsindikatoren werden durchgeleitete Energiemengen und die Verfügbarkeit der Strom- und Gasnetze herangezogen, die sich wie in den Vorjahren durch eine hohe Qualität auszeichnen.

Weitere Aspekte in Bezug auf die Umwelt, Soziales und Unternehmensführung („ESG - Environment Social Governance“) werden aktuell aufgenommen und sollen künftig mit in die Berichterstattung einfließen.

Geschäftsverlauf und Ergebnis

Das Ergebnis 2021 (nach Steuerumlage) vor Abführung an die evo beläuft sich auf + 4,5 Mio. € und steigert sich um 3,0 Mio. € gegenüber dem Budgetansatz. Die Ergebnisverbesserung resultiert maßgeblich aus einem witterungsbedingten Anstieg der Netznutzungsentgelte, periodenfremden Erlösen sowie im Saldo positiven Ergebnisbeiträgen aus der Mehrmindermengenabrechnung. Die Umsatzerlöse liegen daher mit 90,8 Mio. € über dem Budget von 84,6 Mio €. Dabei übersteigen die Netznutzungsentgelte Strom das Budget um 4,8 Mio. € im Wesentlichen aufgrund des Anstiegs der vorgelagerten Netzkosten. Die Netznutzungsentgelte Gas übersteigen das Budget um 3,2 Mio. € und sind auf eine witterungsbedingt höhere Netzlast zurückzuführen. Der Materialaufwand (40,0 Mio. €) liegt mit 1,3 Mio. € über dem Budget. Hierzu trugen höhere Aufwendungen für vorgelagerte Netzkosten (+ 5,5 Mio. €) bei geringeren Ökologietransferaufwendungen (- 1,8 Mio. €) und geringere Aufwendungen für Investitionsprojekte (- 1,8 Mio. €) bei. Weiterhin führen die Umstrukturierungsmaßnahmen durch Change[22] - einem konzernweiten Reorganisationsprojekt - zu verminderten sonstigen betrieblichen Aufwendungen (- 1,5 Mio. €) und höheren Erlösen aus den Dienstleistungsverträgen mit der evo gegenüber dem Budgetansatz. Gegenläufig wirkt der Anstieg des Personalaufwands (+ 2,7 Mio. € gegenüber der Planung) durch Rückstellungsbildungen für das konkretisierte Altersteilzeitprogramm sowie durch Versetzungen von Mitarbeitern von der evo zur OB-Netz infolge der vorgenannten Reorganisation.

Durchgeleitete Energiemengen und Verfügbarkeit

Die Entwicklung der durchgeleiteten Energiemengen im Oberhausener Netzgebiet stellt sich für das Geschäftsjahr 2021 wie folgt dar:

	Gj. 2021 (in MWh)	**Vorjahr** (in MWh)
Stromnetz:	**698.157**	**690.464**
Gas an Kunden:	1.035.087	895.877
Gas an evo-Kraftwerke:	350.189	208.231
Gas gesamt:	**1.385.276**	**1.104.108**
Fernwärme an Kunden Heizwasser:	533.900	460.220
Dampf-Bereitstellung:	2.227	2.605
Fernwärme gesamt:	**536.127**	**462.825**
Energiebereitstellung gesamt	**2.619.560**	**2.257.397**

Der geringfügige Anstieg der durchgeleiteten Energiemengen im Strom gegenüber 2020 erfolgte über alle Netz- und Umspannebenen und Kundengruppen. Die Erhöhung der durchgeleiteten Gasmenge begründet sich durch die sehr kühle Witterung in den ersten Monaten des Jahres 2021 sowie auf den ganzjährigen Betrieb einer Gasturbine in Oberhausen Sterkrade und zweier Gasmotoren. Ebenso kam es zu einer Steigerung der Fernwärmebereitstellung. In 2021 wurden

weniger Turbinenprüfläufe von MAN im Vergleich zum Vorjahr durchgeführt; dadurch ging die Dampflieferung um 14,5% zurück.

In Bezug auf die Netzverfügbarkeiten befindet sich die evo etwa im Branchen-Durchschnitt. In allen Netzen war die Versorgungssicherheit zu keinem Zeitpunkt gefährdet.

Ertragslage

In Ergänzung zu den detaillierten Ausführungen im Anhang des Jahresabschlusses stellen sich die wesentlichen GuV-Positionen für das Geschäftsjahr 2021 wie folgt dar:

Die Umsatzerlöse betragen 90,8 Mio. €. Die vereinnahmten Umsätze aus Netznutzungsentgelten (NNE) Strom prägen mit 53,3 Mio. € diese Position. Die NNE Gas sind mit 22,0 Mio. € zu verzeichnen und übersteigen witterungsbedingt sowie aufgrund der Effekte aus Mehr-Minder-Mengenabrechnungen den Vorjahreswert. Weiter enthält diese Position die Abrechnung von Fernwärme-Netz-Investitionsprojekten an die evo, Erlöse aus konzerninternen Vertragsbeziehungen und erfolgsneutrale Ökologietransfererlöse (Erstattungen im Rahmen des EEG).

Der Materialaufwand von 40,0 Mio. € ist maßgeblich bestimmt durch die vorgelagerten Netzkosten mit 25,9 Mio. € und umfasst neben den NNE für Strom und den Kapazitätsentgelten für Gas an die vorgelagerten Netzbetreiber ebenso die Aufwendungen für die vermiedene Netznutzung an dezentrale Erzeuger. Ferner enthält die Position Kosten für abzurechnende Investitionsprojekte an die evo, für die Unterhaltung sowie Reparaturen der Strom- und Gasnetze, interne Vertragsbeziehungen zur evo, die Kosten der Verlustenergie und die mit den Umsatzerlösen korrespondierenden Ökologietransferkosten für an Kunden gezahlte Vergütungen für erneuerbare Energien.

Im Personalaufwand mit 17,3 Mio. € sind Versetzungen von Mitarbeitern von der evo zur OB-Netz im Zuge des Projekts „Change[22]“ - einem konzernweiten Reorganisationsprojekt - enthalten. Zusätzlich wurden durch die Konkretisierung eines konzernweiten Altersteilzeitprogrammes Rückstellungen gebildet. Durch diese Maßnahmen erhöhte sich der Personalaufwand im Vergleich zum Vorjahr um 3,4 Mio. €.

Die Abschreibungen betragen 2,6 Mio. € und liegen damit auf Vorjahresniveau.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen (26,8 Mio. €) nahmen in 2021 um 2,3 Mio. € ab und enthalten vor allem die Fakturierung der internen Verträge für die Gebäude-, Fahrzeug- und Arbeitsplatzmiete sowie die Dienstleistungen der evo für die OB-Netz mit 15,8 Mio. € (Vj: 17,8 Mio €). Die an die Stadt Oberhausen abzuführenden Konzessionsabgaben belaufen sich auf 8,5 Mio. € Für die OB-Netz ist dieser Aufwand erfolgsneutral, da die Konzessionsabgaben als Preiskomponente vom „Endkunden“ gezahlt und an die Stadt Oberhausen weitergeleitet werden. Zusätzlich werden die Anschaffungskosten für Smart Meter, Aufwendungen für Beratungsleistungen, Jahresabschlussprüfungen, Wirtschaftsprüfer-Testate, Mieten und Pachten, Qualifizierungsmaßnahmen, Verbandsbeiträge sowie übrige Aufwendungen ausgewiesen.

Aufgrund der positiven Ergebnisentwicklung und vor dem Hintergrund, dass einige Rückstellungen z. B. für das Altersteilzeitprogramm oder das Regulierungskonto steuerlich erst im Folgejahr anerkannt werden, ergibt sich für die OB-Netz eine an die evo zu leistende Gewerbesteuerumlage in Höhe von 2,1 Mio. € (Vj: 0,9 Mio. €).

Die Gewinnabführung der OB-Netz an die evo beläuft sich vor dem Hintergrund der vorstehenden Erläuterungen auf 4,5 Mio. € und erhöhte sich in 2021 gegenüber dem Vorjahr um 1,8 Mio €.

Vermögens- und Finanzlage

Vermögenslage

Die Vermögenslage der OB-Netz ist im Wesentlichen durch das Anlagevermögen geprägt. Die Entwicklung wird im Anlagespiegel dargestellt.

Die immateriellen Vermögensgegenstände und Sachanlagen (74.203.574,06 €, Vorjahr 68.994.745,62 €) haben einen Anteil von 74,3 % an der Bilanzsumme. Zudem tragen höhere Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände (23.877.307,30 €, Vorjahr 20.420.462,45 €) aufgrund höherer Cashpool-Forderungen gegenüber evo zur gestiegenen Bilanzsumme (99.831.716,97 €, Vorjahr 90.837.904,05 €) bei.

Die Passivseite wird durch das Eigenkapital der Gesellschaft in Höhe von 55.249.795,01 € geprägt, es gab im Vergleich zum Vorjahr keine Veränderung. Die Eigenkapitalquote mindert sich in 2021 auf 55,3 % (Vorjahr 60,8 %).

Zudem erhöhen sich die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (11.358.100,00 €, Vorjahr 6.916.820,00 €) aufgrund der Übertragung eines Kredites für Investitionen 2020 durch die evo.

Finanzlage/Investitionen

Die technisch-wirtschaftliche Optimierung der Strom- und Gasnetze wurde weiter vorangetrieben. Der Anteil der dafür notwendigen Investitionen in 2021 für die Verteilungsanlagen der Sparten Strom und Gas bei der OB-Netz an den gesamten Investitionen des Sachanlagevermögens und der Immateriellen Vermögensgegenstände betrug nahezu 100 %.

	Budget 2021 in T€	**Ist 2021 in T€**	**Ist 2020 in T€**
Investitionen	7.201	7.918	8.009
Abschreibungen	3.100	2.618	2.644

Neben Investitionen in Höhe von T€ 4.044 für die Erneuerung des Stromnetzes sowie T€ 1.914 zur Erneuerung des Gasnetzes sah das Investitions-Budget 2021 weitere Erneuerungen im Bereich der Gemeinsamen Anlagen von T€ 1.243 vor.

Die Investitionen betrugen T€ 7.918 und teilen sich wie folgt auf:

	Ist 2021 in T€	**Ist 2020 in T€**
Immaterielle Vermögensgegenstände	39	3
Sachanlagen		
▪ Stromversorgung	4.602	6.331
▪ Erdgasversorgung	3.186	1.655
▪ Gemeinsame Anlagen	0	0
Finanzanlagen	92	20
Gesamtbetrag	**7.918**	**8.009**

Die Investitionen in die Erneuerung der Netze der Strom- und Gasversorgung waren die wesentlichen Anlagenzugänge in 2021.

In den kommenden Geschäftsjahren wird die vorhandene Liquidität nicht vollständig zur Deckung der erforderlichen Investitionen ausreichen.

Bereits im Berichtsjahr wurde damit begonnen, den Fremdkapitalbedarf der OB-Netz zur Finanzierung der Investitionen in die Strom- und Gasversorgung durch die evo aufzunehmen und die entsprechende Liquidität über das Cash-Pooling an die Netzgesellschaft weiterzugeben. Falls es zukünftig aus regulatorischen Gesichtspunkten für den Konzern von Vorteil ist, Teile des Fremdkapitalbedarfs unmittelbar bei der OB-Netz aufzunehmen, wird dies geprüft und entsprechend umgesetzt.

Finanzstrategie

Im Rahmen einer zentralen Anlagestrategie wurde eine Cash-Pooling-Vereinbarung mit der evo getroffen, wobei die Verzinsung sowohl der Forderungen als auch der Verbindlichkeiten zu Geldmarktsätzen am Frankfurter Bankenplatz erfolgt. Die wesentlichen Mittelabflüsse ergeben sich aus der Investitionstätigkeit, dem zahlungswirksamen Rückgang der Rückstellungen, der Instandhaltung der Netze sowie der jährlichen Gewinnabführung an die evo. Eventuelle Jahresfehlbeträge werden durch die evo ausgeglichen.

Aus den Finanzplanungen für die kommenden Jahre ergibt sich ein zusätzlicher Kapitalbedarf mit der Folge, dass zukünftig Teile der Investitionen durch Fremdkapital finanziert werden müssen, hierbei können die erforderlichen Mittel sowohl direkt am Kapitalmarkt oder aber auch über die evo beschafft werden.

Die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der OB-Netz wird im Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses aufgrund der Cash-Pooling-Vereinbarung und des vorhandenen EAV mit der evo aus Sicht der Netzgesellschaft als zufriedenstellend betrachtet.

Tätigkeitsabschlüsse

Vertikal integrierte Energieversorgungsunternehmen sind nach § 6b Abs. 3 und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG verpflichtet, für jede in § 6 Abs. 3 Nr. 1 - 7 EnWG genannte Tätigkeite einen gesonderten Tätigkeitsabschluss zu erstellen. In der Netzgesellschaft werden vier Tätigkeitsbereiche ausgewiesen. Dies sind die Verteilnetze Strom und Gas, Messstellenbetrieb sowie die Sonstigen Aktivitäten. Für die Bereiche Verteilnetze Strom und Gas sowie Messstellenbetrieb wurden gesonderte Tätigkeitsabschlüsse entsprechend dem Rechnungslegungsstandard des Fachausschusses für öffentliche Unternehmen und Verwaltungen (RS ÖFA 2) erstellt und damit den Empfehlungen der Bundesnetzagentur und des IDW gefolgt.

Die sonstigen Tätigkeiten umfassen die nicht regulierten Bereiche wie das Verteilnetz Fernwärme, die Netzdokumentation, Öffentliche Beleuchtung und weitere sonstige Dienstleistungen für Dritte außerhalb des Strom- und Gasbereichs. Die Tätigkeit Messstellenbetrieb betrifft das Zählerdatenmanagement.

Risiko- und Chancenbericht

Risikobericht

Zur Sicherung der Unternehmensziele, des künftigen Erfolges des Unternehmens sowie zur Senkung der Risikokosten führt die evo halbjährlich eine Risikoinventur durch. Diese Aufgabe wird auch für die OB-Netz und BSO wahrgenommen. Damit Risiken frühzeitig erkannt und rechtzeitig angemessene Gegensteuerungsmaßnahmen ergriffen werden können, ist bei der evo ein Risikomanagementsystem gemäß dem Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) implementiert. Alle erfassten Risiken werden durch Risikopaten hinsichtlich ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit (unmöglich bis akut) und Schadenshöhe (unbedeutend bis existenzvernichtend) eingestuft. Die Risiken werden dabei nicht nur auf die mit den Risiken verbundenen Kosten, Erlöseinbußen, Margenverluste oder Betriebsunterbrechungen untersucht, es wird auch der Einfluss auf Ressourcen, wie z. B. Personenschäden oder Imageverlust analysiert.

Das bestehende Informationssicherheitsmanagementsystem (ISMS) für den Geltungsbereich Netzleittechnik wurde im März 2021 rezertifiziert. Weiterhin werden geeignete Steuerungsmaßnahmen ergriffen, um Netzausfälle zu vermeiden.
In der letzten Risikoinventur wurden zwölf Risiken erfasst. Die Risiken wurden bewertet und mit einer Ausnahme den niedrigen Risikoklasse zugeordnet. Das Risiko Ausfall der Stromnetze ist von rechtlich/technischer Art. Bei einem Ausfall bzw. Störfall könnte es unter bestimmten Umständen zu Schadensersatzansprüchen von einigen wenigen Kunden in unbegrenzter Höhe kommen. Die Eintrittswahrscheinlichkeit wird jedoch als gering erachtet, sodass es insgesamt zu einer mittleren Risikoeinstufung kommt. Im Rahmen des Asset-Managements wurden Maßnahmen zur Schadensminimierung und Reduzierung der Eintrittswahrscheinlichkeit definiert und laufend durchgeführt.

Die Risiken bei der Netzgesellschaft resultieren im Wesentlichen aus Forderungsausfällen. Weiterhin besteht bei andauernder Pandemie die Gefahr, dass es zu Verzögerungen hinsichtlich der Netzinstandhaltung und -investitionen kommen kann. Im Rahmen der halbjährlich durchgeführten Risikoinventuren wurde für den Berichtszeitraum zwei neue Risiken erfasst und kein Risiko abgemeldet. Aus den Vorjahren bleiben folgende Risiken weiterbestehen:

Änderungen der regulatorischen Rahmenbedingungen, Ausfall Gasnetz und Haftung nach NDAV, Ausfall Stromnetz und Haftung nach NDAV, Beschaffung von Verlustenergie , BNetzA Festlegung zur Erstellung und Prüfung von Tätigkeitsabschlüssen in viEVUs (zu § 6b EnWG), Diebstahl von Kupferkabeln, Einführung Smart Meter Technologie, Forderungsausfälle durch Insolvenzen von Strom- oder Gashändlern, Leckageortung Fernwärme, Grundsätzliche Änderung des Regulierungsrahmens aufgrund EuGH-Urteil C-718/18, Schaden an verschiedenen Anlagen des Netzes. Der OB-Netz sind zurzeit keine erhöhten Umweltrisiken bekannt.

Neu aufgenommen wurden folgende Risiken: Bei der Beschaffung von Verlustenergie kommt ein Risiko dadurch zu Stande, dass zwischen den in der Ermittlung der Erlösobergrenze angenommenen Gaspreisen und den Preisen im tatsächlichen Beschaffungszeitraum Differenzen entstehen können. Das zweite neu aufgenommene Risiko ist die grundsätzliche Änderung des Regulierungsrahmens aufgrund EuGH Urteil C-718/18. Der EuGH hat am 02.09.2021 ein vielbeachtetes Urteil (C-718/18) zum Vertragsverletzungsverfahren der EU-Kommission gegen die Bundesrepublik Deutschland verkündet. Gegenstand des Verfahrens war die nicht ordnungsgemäße Umsetzung der Elektrizitäts- und Erdgasbinnenmarkt-Richtlinie 2009/72/EG u. a. durch eine unzureichende Unabhängigkeit der BNetzA und ein zu geringer Entscheidungsspielraum der Regulierungsbehörden in Deutschland. Die deutsche Gesetzgebung im Energiesektor muss in der Folge mittelfristig grundlegend neu strukturiert werden. Kurzfristig besteht aber Bestandsschutz, so dass davon auszugehen ist, dass die Verfahren zur Ermittlung der Erlösobergrenzen für die vierte Regulierungsperiode nach bisherigem Recht erfolgen wird. Abschließend bleibt festzustellen: Die beiden halbjährlichen Risikoinventuren haben keine Risiken mit wesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage und keine bestandsgefährdenden Risiken aufgezeigt. Auch für die Zukunft sind keine derartigen Risiken erkennbar.

Chancenbericht

Neben den beschriebenen Risiken bestehen auch Chancen für das Geschäft. Diese können sich grundsätzlich sich aus regulatorischen Änderungen ergeben. Ferner ist durch den Wechsel von Öl- auf Gasheizungen sowie Fernwärmeanschlüsse mit einer Steigerung von Netzanschlüssen zu rechnen. Dies trägt zu einer Stabilisierung der Netzlast bei. Die für

2045 durch den Gesetzgeber beschlossene Klimaneutralität wird unweigerlich die fortschreitende Dekarbonisierung beschleunigen und die Konnektivität der Energienetzte vorantreiben. Der Stromverbrauch und damit die Netzlast für die OB Netz wird dadurch zunehmen.

Die Netzgesellschaft beteiligt sich mit wesentlichen Teilprojekten am Projekt Change[22] des evo-Konzerns. Hierdurch werden grundsätzliche Strukturveränderungen geprüft und umgesetzt, mit dem Ziel einer deutlichen Effizienzsteigerung und gleichzeitiger Erhöhung der Kundenzufriedenheit.

Prognosebericht

Die grundsätzliche Lage der Energiewirtschaft und hier insbesondere jene der Verteilnetzbetreiber hat sich im Vergleich zu den Vorjahren kaum verändert und bleibt weiterhin volatil. Dies stellt alle Verteilnetzbetreiber vor große wirtschaftliche Herausforderungen.

Die Gesellschafterversammlung der OB Netz hat am 18.11.2021 dem Budget sowie der Finanzplanung 2022 zugestimmt. Auch in 2022 werden die Umsatzerlöse hauptsächlich bestimmt durch die genehmigten Erlösobergrenzen in den regulierten Sparten Strom und Gas. Es werden Umsätze in Höhe von ca. T€ 84.700 sowie eine Netzlast auf dem Niveau des Vorjahres erwartet. Unter Berücksichtigung von Personal- und sonstigen Kostensteigerungen wird für 2022 bei erwarteten Materialaufwendungen von 39,9 Mio €, Personalaufwendungen von 15,9 Mio € und sonstigen betrieblichen Aufwendungen von 27,9 Mio € ein Jahresüberschuss vor Gewinnabführung an die evo in Höhe von T€ 100 angenommen.

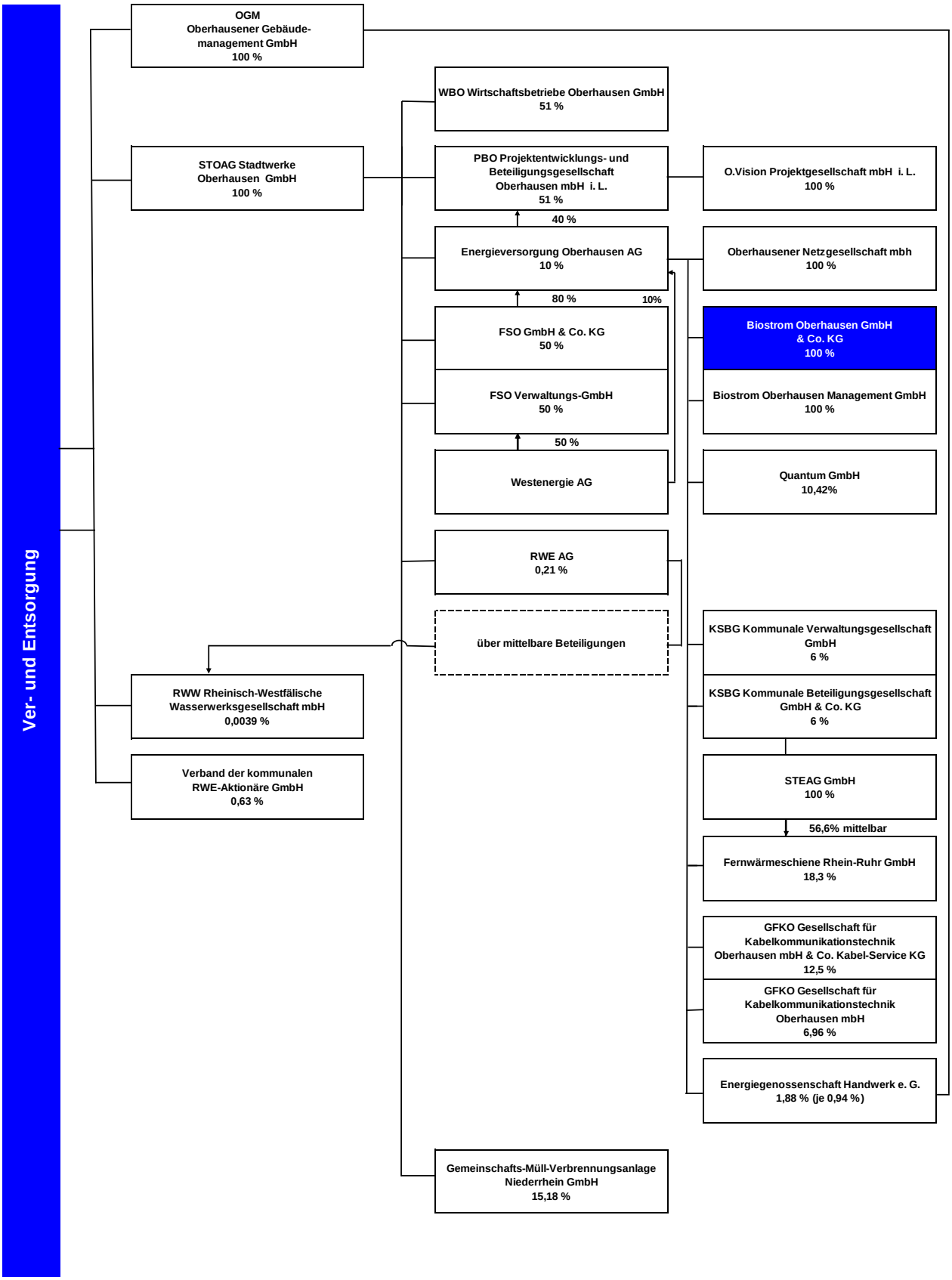
Einen wesentlichen Einfluss auf die Kosten- und damit in der Folge auch Erlösposition kommt den kalkulatorischen Kostenbestandteilen zu. Dabei stellt die Eigenkapitalverzinsung als regulatorisch zugestandener Gewinn eine wichtige Position dar.

Das Ergebnis der Netzgesellschaft ist im Kontext des Gesamtkonzerns zu betrachten. Die Netzgesellschaft arbeitet zusammen mit der evo an Lösungen und Methoden, um auch weiterhin eine hohe Wirtschaftlichkeit zu gewährleisten. Das in Umsetzung befindliche Reorganisationsprojekt Change[22] soll hierzu einen bedeutsamen Beitrag leisten.

Oberhausen, 16. Februar 2022

Oberhausener Netzgesellschaft mbH

Bernd Hell
Geschäftsführer


Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100 %
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH
51 %
STOAG Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesellschaft
Oberhausen mbH i. L.
51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH i. L.
100 %
40 %
Energieversorgung Oberhausen AG
10 %
Oberhausener Netzgesellschaft mbh
100 %
80 %
10%
FSO GmbH & Co. KG
50 %
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100 %
FSO Verwaltungs-GmbH
50 %
Biostrom Oberhausen Management GmbH
100 %
50 %
Westenergie AG
Quantum GmbH
10,42%
RWE AG
0,21 %
über mittelbare Beteiligungen
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft
GmbH
6 %
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co. KG
6 %
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
Verband der kommunalen
RWE-Aktionäre GmbH
0,63 %
STEAG GmbH
100 %
56,6% mittelbar
Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH
18,3 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG
12,5 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH
6,96 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G.
1,88 % (je 0,94 %)
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,18 %

Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Danziger Straße 31
46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/835-0
Telefon	0208/8350
Fax	0208/8352620
Fax	0208/835-2697
e-Mail	service@evo-energie.de
Internet	http://www.evo-energie.de

Rechtsform: GmbH & Co. KG
Stammkapital in T€: 1.000,00

Gesellschafter:

	T€	%
evo Energieversorgung Oberhausen AG	1.000,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Planung, der Bau sowie der Betrieb eines Biomasseheizkraftwerkes in Oberhausen sowie alle damit im Zusammenhang stehenden Geschäfte.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2021)

Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung: Geschäftsführung der Biostrom Oberhausen Management GmbH

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2019		2020		2021		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	9.228,38	97,8	8.555,08	92,0	8.102,75	91,4	-452,33	-5,29
Umlaufvermögen	210,93	2,2	739,77	8,0	764,68	8,6	24,91	3,37
Bilanzsumme	**9.439,31**	**100,00**	**9.294,85**	**100,00**	**8.867,42**	**100,00**	**-427,43**	**-4,60**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	4.352,61	46,1	5.001,50	53,8	5.008,99	56,5	7,49	0,15
Rückstellungen	460,98	4,9	265,00	2,9	358,98	4,0	93,98	35,46
Verbindlichkeiten	4.625,71	49,0	4.028,35	43,3	3.499,45	39,5	-528,90	-13,13
Bilanzsumme	**9.439,31**	**100,00**	**9.294,85**	**100,00**	**8.867,42**	**100,00**	**-427,43**	**-4,60**

bb) GuV

	2019	2020	2021
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	5.109,66	5.320,46	5.086,50
sonstige betriebliche Erträge	156,09	113,39	86,29
Materialaufwand	3.059,14	3.054,94	2.795,99
Abschreibungen	777,51	796,11	815,47
sonstige betriebliche Aufwendungen	677,50	709,96	680,59
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3,17	2,18	1,56
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	36,69	37,68	34,18
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	718,08	837,33	848,11
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	163,06	188,44	190,62
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	555,03	648,89	657,49
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	555,03	648,89	657,49

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2021	Angaben in
Umsatzrentabilität:	10,86	12,20	12,93	%
Eigenkapitalrentabilität:	14,62	14,91	15,11	%
Cash-Flow:	1.332,54	1.445,00	1.472,96	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				
Personalaufwandsquote:				

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2021	Angaben in
Sachanlagenintensität:	97,77	92,04	91,38	%
Eigenkapitalquote:	46,11	53,81	56,49	%
Fremdkapitalquote:	53,89	46,19	43,51	%

e) Lagebericht

Rahmenbedingungen und Geschäftsverlauf

Vorbemerkungen

Die Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG (BSO KG) hat auf dem postalisch mit Friedrichstraße 37, 46145 Oberhausen, bezeichneten Grundstück ein Biomasse-Heizkraftwerk (im Weiteren „BMK“) errichtet, welches mindestens über den gesamten Förderzeitraum über eine Laufzeit von 20 Jahren bis 2031 betrieben werden soll.

Das BMK arbeitet nach dem Grundsatz der Kraft-Wärme-Kopplung. Im Biomassekessel wird Wasser zu überhitztem Dampf aufgeheizt, der dann in einer Turbine entspannt wird. Der durch die Dampfturbine produzierte Strom wird in das Stromnetz des örtlichen Netzbetreibers Oberhausener Netzgesellschaft mbH eingespeist. Die Vergütungssätze für die Stromeinspeisung sind durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) über 20 Jahre gesichert. Die in der Turbine gleichzeitig anfallende Wärme, die im Dampf enthalten ist, wird zur Wärmeauskopplung genutzt und in das Fernwärmenetz der Energieversorgung Oberhausen AG (evo) eingespeist.

Die BSO KG verfügt über kein eigenes Personal und profitiert in erster Linie von der langjährigen Erfahrung der evo hinsichtlich technischer und wirtschaftlicher Betriebsführung von (Biomasse-)Kraftwerken. Sie stellt die qualifizierten Mitarbeiter, die den operativen Anlagenbetrieb gewährleisten und über Know-how im Betrieb von Dampfkesseln, Dampfturbinen sowie auf dem Gebiet der Strom- und Fernwärmeversorgung verfügen. Durch die Bündelung der kaufmännischen und technischen Aufgaben bei der evo stehen eine sichere Infrastruktur wie geprüfte Buchhaltungs- und andere Systeme sowie Risiko vermeidende Regelungen für die gesamte Geschäftsabwicklung zur Verfügung.

Als Brennstoff wird ausschließlich Material aus der Landschaftspflege/Grünschnitt (laut EEG-Positivliste) und insbesondere Holzhackschnitzel aus der Landschaftspflege eingesetzt. Die Brennstofflieferung ist ebenfalls über einen langfristigen Liefervertrag (20 Jahre) abgesichert.

Gesellschaftsrechtliche Situation

Die Biostrom Oberhausen Management GmbH (BSO GmbH) ist die persönlich haftende Gesellschafterin der BSO KG und übernimmt deren Geschäftsführungsaufgaben; die weitere operative Tätigkeit - d. h. der Betrieb des BMK - obliegt der BSO KG. Die evo ist 100%-ige Gesellschafterin beider Gesellschaften und übernimmt auf der Basis eines Dienstleistungsvertrages die kaufmännische Geschäftsbuchhaltung.

Herr Christian Basler ist Geschäftsführer der BSO GmbH und gleichzeitig technischer Vorstand der evo.

Geschäftsverlauf und Technische Bestandsanalyse

Im Jahr 2021 wurden in der Anlage 40.604,72 Tonnen Holzhackschnitzel verbrannt. Der Anteil der Rostasche im Verhältnis zur eingesetzten Brennstoffmenge lag bei 1,89 %, der Anteil der Feinasche bei 0,24%. Dies spricht aus Sicht der BSO KG für eine gute Qualität des eingesetzten Brennstoffs.

Die Verfügbarkeit der Anlage im Jahr 2021 war geringfügig niedriger als im Jahr 2020, die Zahl der Volllastbenutzungsstunden lag in 2021 bei 7.454, somit lag man im Vergleich zur letztjährigen Prognose (7.800 Stunden) geringfügig unter dem angestrebten Zielwert.

Die Bruttostromeinspeisung des Biomassekraftwerks lag im Jahr 2021 bei 19.235,30 MWh. Die dazu gehörende Fernwärmeerzeugung lag bei 72.573, 67 MWh.

Trotz geringerer Betriebsstunden im Vergleich zur Planung konnte das geplante EBITDA (Ergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen) von ca. 1,5 Mio. € mit 1,7 Mio. € sogar übertroffen werden. Ebenso übertrifft der Jahresüberschuss mit T€ 657 das geplante Ergebnis von T€ 523.

Hauptbestandteil der Anlagenrevision im Juni 2021 war die Erneuerung der feuerfesten Auskleidung im Bereich des 2. Rauchgaszuges. Hier wurde, wie im Vorjahr, die Ausmauerung mit einer höherwertigeren Steinqualität und optimiertem Verankerungskonzept umgebaut. Die Neukonstruktion, die Beschaffung der Materialen und die Bauüberwachung wurden durch einen Sachverständigen für Feuerfestauskleidung begleitet. Der Zeitplan der Revision konnte trotz der umfangreichen Umbaumaßnahmen eingehalten werden.

Optimierungsmaßnahmen am Kessel

Im Rahmen der Revision, wurde ein akustisches Schallreinigungssystem (2 Schallhörner) im Bereich der Überhitzer fest installiert. Dazu waren Anpassungsarbeiten an den örtlichen Membranwänden des Dampferzeugers notwendig. Aus Sicht der BSO KG wird durch dieses System einer Verschmutzung der Kesselrohre - und damit einer Verminderung des Wirkungsgrades - vorgebeugt und die Reisezeit der Anlage erhöht.

Finanzielle und nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Für die interne Unternehmenssteuerung wird im gesamten Konzernverbund ein quartalsweises, centerbezogenes Berichtswesen eingesetzt. Dieses Berichtswesen, das zugleich Steuerungsinstrument ist, mündet in eine differenzierte Erfolgsrechnung. Wesentliche finanzielle Steuerungsgrößen sind dabei die Volllastbenutzungsstunden der Anlage, die Einnahmen aus EEG-Strom- und Wärmevergütungen, die Brennstoffausgaben, das EBITDA und das Jahresergebnis.

Die Leistungsfähigkeit des evo-Verbunds zeigt sich nicht allein in finanziellen Kennzahlen. Als nicht finanzielle Leistungsindikatoren werden im evo-Verbund insbesondere Belange der Nachhaltigkeit und Umwelt im Handeln und Planen berücksichtigt.

Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2021 verzeichnet die Gesellschaft einen Jahresüberschuss nach Steuern von T€ 657,5 (Vj. T€ 648,9). Das EBITDA beläuft sich auf 1,7 Mio. € (Vj. 1,7 Mio €).

Die Umsatzerlöse aus der Strom- und Wärmeeinspeisung in Höhe von T€ 5.086,5 sind im Vergleich zum Vorjahr um T€ 234,0 gesunken, dies ist auf die geringere Verfügbarkeit der Anlage zurück zu führen. Die Zahl der Volllastbenutzungsstunden lag in 2021 bei 7.454 VBh Vj. 7.751 VBh). Die Bruttostromeinspeisung des Biomassekraftwerks lag im Jahr 2021 bei 19.235,30 MWh (Vj. 20.273 MWh). Die dazu gehörende Fernwärmeerzeugung lag bei 72.573, 67 MWh (Vj. 75.933 MWh).

Die Materialaufwendungen vermindern sich aus demselben Grund um T€ 258,9 auf T€ 2.796,0.

Die Sonstigen betrieblichen Erträge lagen mit T€ 86,3 unter dem Wert aus dem Vorjahr (T€ 113,4); sie beinhalten im Wesentlichen eine Energiesteuererstattung (T€ 59,9).

Zur Vermeidung von Liquiditätsengpässen hat die evo der Gesellschaft neben zwei Gesellschafterdarlehen (T€ 3.280) einen kurzfristigen Kreditrahmen von bis zu T€ 400 eingeräumt. Ein Gesellschafterdarlehen wird regelmäßig getilgt, nach vollständiger Rückzahlung wird mit der Tilgung des zweiten Darlehens begonnen. Es wird weiterhin von einer guten Liquidität des Unternehmens ausgegangen.

Die Eigenkapitalquote der BSO KG liegt in 2021 bei 56,5 % (Vj. 53,8 %), daraus resultiert eine entsprechende Fremdkapitalquote in Höhe von 43,5 % (Vj. 46,2 %).

Risikobericht

Zur Sicherung der Unternehmensziele, des künftigen Erfolges des Unternehmens sowie zur Senkung der Risikokosten führt die evo halbjährlich eine Risikoinventur durch. Hierbei werden auch mögliche Risiken die BSO KG betreffend untersucht. Damit Risiken frühzeitig erkannt und rechtzeitig angemessene Gegensteuerungsmaßnahmen ergriffen werden können, ist bei der evo ein Risikomanagementsystem, das auch die BSO KG einschließt, gemäß dem Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) implementiert.

Alle erfassten Risiken werden durch Risikopaten hinsichtlich ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit (unmöglich bis akut) und Schadenshöhe (unbedeutend bis existenzvernichtend) eingestuft.

In der letzten Risikoinventur auf Ebene der gesamten Unternehmensgruppe wurden zum 31. Dezember 2021 43 Risiken erfasst. Die Risiken wurden im Wesentlichen (39 Risiken) den niedrigen Risikoklassen zugeordnet. Lediglich vier Risiken beinhalten ein mittleres Risiko. Auf Ebene der BSO KG sind davon ausschließlich Risiken der niedrigen Risikoklassen relevant.

In den beiden halbjährlichen Risikoinventuren wurden keine bestandsgefährdenden Risiken für die BSO KG erkennbar. Auch für die Zukunft sind keine derartigen Risiken abzusehen.

Prognosebericht

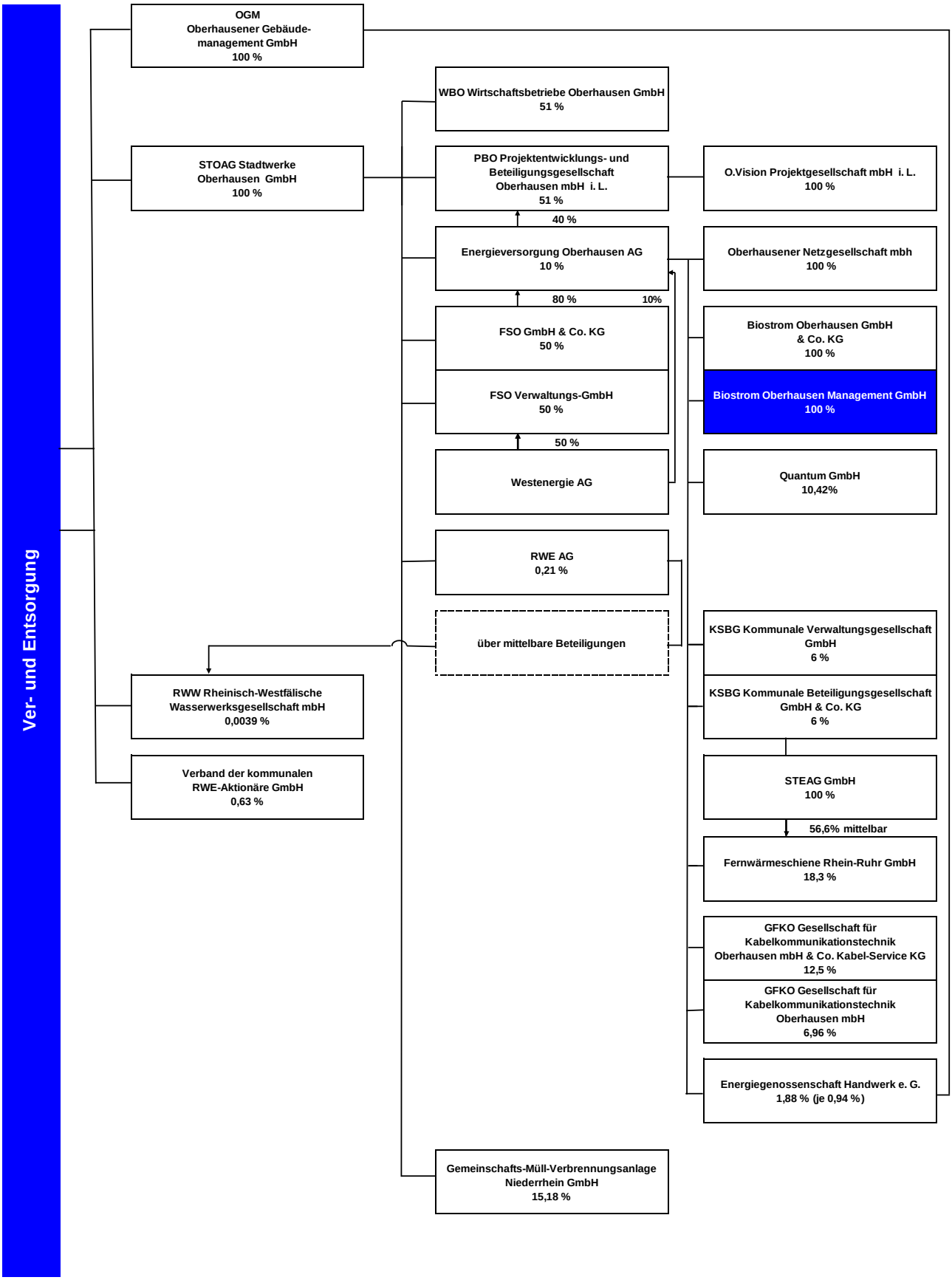
Wie im Vorjahr (7.800 Stunden) werden für 2022 weiterhin realistische Volllastbenutzungsstunden von 7.800 angestrebt. Die Verfügbarkeit der Anlage soll in 2022 weiter stabil gehalten werden. Geplanten Einnahmen aus Strom- und Wärmevergütung von T€ 5.513 stehen geplante Brennstoffkosten von T€ 3.415 gegenüber.

Unter diesen Rahmenbedingungen sieht die Wirtschaftsplanung 2022 für das folgende Geschäftsjahr ein Ergebnis vor Zinsen, Abschreibungen und Steuern von rd. 1,6 Mio. € vor. Der Jahresüberschuss 2022 wird auf T€ 540 prognostiziert.

Oberhausen, 21. Januar 2022

Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG

Christian Basler
Geschäftsführer der Biostrom Oberhausen Management GmbH


Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100 %
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH
51 %
STOAG Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesellschaft
Oberhausen mbH i. L.
51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH i. L.
100 %
40 %
Energieversorgung Oberhausen AG
10 %
Oberhausener Netzgesellschaft mbh
100 %
80 %
10%
FSO GmbH & Co. KG
50 %
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100 %
FSO Verwaltungs-GmbH
50 %
Biostrom Oberhausen Management GmbH
100 %
50 %
Westenergie AG
Quantum GmbH
10,42%
RWE AG
0,21 %
über mittelbare Beteiligungen
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft
GmbH
6 %
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co. KG
6 %
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
Verband der kommunalen
RWE-Aktionäre GmbH
0,63 %
STEAG GmbH
100 %
56,6% mittelbar
Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH
18,3 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG
12,5 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH
6,96 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G.
1,88 % (je 0,94 %)
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,18 %

Biostrom Oberhausen Management GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Danziger Straße 31
46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/835-0
Telefon	0208/8350
Fax	0208/8352620
Fax	0208/835-2697
e-Mail	service@evo-energie.de
Internet	http://www.evo-energie.de

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 25,00

Gesellschafter:

	T€	%
evo Energieversorgung Oberhausen AG	25,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Funktion als persönlich haftende Gesellschafterin sowie die Übernahme von Geschäftsführungsaufgaben der Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG, Oberhausen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2021)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Basler, Christian
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Vorstand der evo AG
Prokura:	Prokurist	Engel, Michael

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2019		2020		2021		Veränder-ungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Umlaufvermögen	31,82	100,0	30,73	100,0	30,02	100,0	-0,71	-2,31
Bilanzsumme	**31,82**	**100,00**	**30,73**	**100,00**	**30,02**	**100,00**	**-0,71**	**-2,31**
Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	29,18	91,7	28,23	91,9	27,22	90,7	-1,01	-3,58
Rückstellungen	2,64	8,3	2,50	8,1	2,50	8,3	0,00	0,00
Verbindlichkeiten					0,30	1,0	0,30	
Bilanzsumme	**31,82**	**100,00**	**30,73**	**100,00**	**30,02**	**100,00**	**-0,71**	**-2,31**

bb) GuV

	2019	2020	2021
	T€	T€	T€
sonstige betriebliche Erträge	2,50	2,50	2,50
sonstige betriebliche Aufwendungen	3,35	3,45	3,51
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-0,85	-0,95	-1,01
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	-0,85	-0,95	-1,01
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-0,85	-0,95	-1,01

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

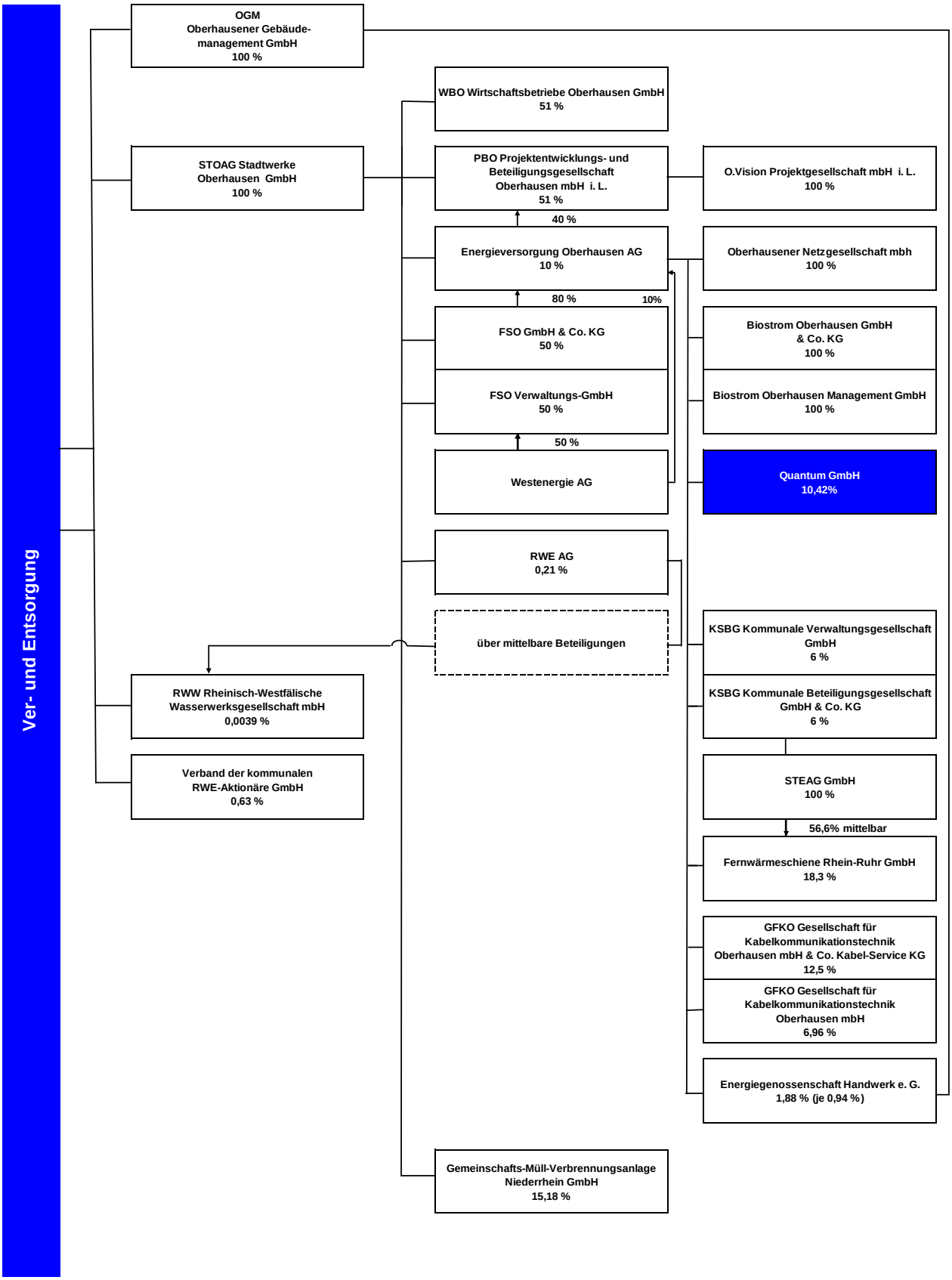
	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2021	Angaben in
Umsatzrentabilität:				%
Eigenkapitalrentabilität:	-2,81	-3,25	-3,57	%
Cash-Flow:	-0,85	-0,95	-1,01	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2021	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	91,70	91,87	90,68	%
Fremdkapitalquote:	8,30	8,13	9,32	%

e) Lagebericht

Ein Lagebericht wird nicht erstellt.


Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100 %
STOAG Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH
51 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesellschaft
Oberhausen mbH i. L.
51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH i. L.
100 %
40 %
Energieversorgung Oberhausen AG
10 %
Oberhausener Netzgesellschaft mbh
100 %
80 %
10%
FSO GmbH & Co. KG
50 %
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100 %
FSO Verwaltungs-GmbH
50 %
Biostrom Oberhausen Management GmbH
100 %
50 %
Westenergie AG
Quantum GmbH
10,42%
RWE AG
0,21 %
über mittelbare Beteiligungen
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft
GmbH
6 %
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co. KG
6 %
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
Verband der kommunalen
RWE-Aktionäre GmbH
0,63 %
STEAG GmbH
100 %
56,6% mittelbar
Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH
18,3 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG
12,5 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH
6,96 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G.
1,88 % (je 0,94 %)
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,18 %

Quantum GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Balcke-Dürr-Allee 1
40882 Ratingen

Kontakt:

Telefon	02102 939 77-0
Telefon	0211-4369270
Fax	02102 939 77-33
Fax	0211-43692733
e-Mail	info@quantum.de
Internet	http://www.quantum.de

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 1.035,25

Gesellschafter:

	T€	%
Bocholter Energie- und Wasserversorgung GmbH	57,75	6,11
evo Energieversorgung Oberhausen AG	82,50	8,73
Gemeindewerke Grefrath GmbH	16,50	1,75
Klever Versorgungsbetriebe GmbH	57,75	6,11
Stadtwerke Brühl GmbH	33,00	3,49
Stadtwerke Goch GmbH	16,50	1,75
Stadtwerke Heiligenhaus GmbH	16,50	1,75
Stadtwerke Jülich GmbH	16,50	1,75
Stadtwerke Kempen GmbH	33,00	3,49
Stadtwerke Neuwied GmbH	57,75	6,11
Stadtwerke Radevormwald GmbH	16,50	1,75
Stadtwerke Rees GmbH	16,50	1,75
Stadtwerke Willich GmbH	33,00	3,49
SWK Energie GmbH	247,50	26,20
WBM Wirtschaftsbetriebe Meerbusch GmbH	33,00	3,49

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist der Handel mit Energie und die Erbringung von Dienstleistungen im unmittelbaren Bereich der Energieversorgung mit dem Ziel, die örtliche Energieversorgung in den Gemeindegebieten der mittelbar an der Gesellschaft beteiligten Kommunen zu stärken.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2021)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Hardt, Dirk
	Geschäftsführer	Benz, Andreas

Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesell-schafterversammlung:		Vorstand der evo AG
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Gieske, Hartmut
	1. stellv. Vorsitzender	Liedtke, Carsten
	2. stellv. Vorsitzender	Kamburg, Ulf
	Mitglied	Elmer, Jürgen
	Mitglied	Ix, Erik
	Mitglied	Ferling, Siegfried
	Mitglied	Herschbach, Stefan
	Mitglied	Dercks, Claudia
Prokura:	Prokurist	Schäfer, Michael
	Prokurist	Schechinger, Klaus

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2019		2020		2021		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	159,81	0,6	131,96	1,0	108,30	0,3	-23,66	-17,93
Umlaufvermögen	25.819,36	99,4	13.422,17	99,0	31.078,28	99,5	17.656,11	131,54
Rechnungsabgrenzungsposten	2,39	0,0	9,81	0,1	46,76	0,1	36,95	376,66
Bilanzsumme	**25.981,57**	**100,00**	**13.563,94**	**100,00**	**31.233,35**	**100,00**	**17.669,41**	**130,27**
Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	5.437,73	20,9	5.090,32	37,5	5.405,96	17,3	315,64	6,20
Rückstellungen	2.202,84	8,5	2.258,04	16,6	2.322,56	7,4	64,52	2,86
Verbindlichkeiten	18.340,20	70,6	6.215,58	45,8	23.487,04	75,2	17.271,46	277,87
Rechnungsabgrenzungsposten	0,80	0,0			17,79	0,1	17,79	
Bilanzsumme	**25.981,57**	**100,00**	**13.563,94**	**100,00**	**31.233,35**	**100,00**	**17.669,41**	**130,27**

bb) GuV

	2019	2020	2021
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	387.128,11	361.527,35	522.094,15
sonstige betriebliche Erträge	210,73	204,11	198,59
Materialaufwand	381.880,70	356.027,12	516.430,12
Personalaufwand	2.591,93	2.583,60	2.301,99
Abschreibungen	70,23	61,58	46,70
sonstige betriebliche Aufwendungen	2.527,31	2.742,75	2.782,36
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	206,42	310,30	350,05
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	62,25	6,11	381,53
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	6,76	3,24	65,22
sonstige Steuern	17,82	0,97	0,67
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	37,67	1,90	315,64
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	37,67	1,90	315,64

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2021	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,01	0,00	0,06	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,70	0,04	6,20	%
Cash-Flow:	107,90	63,48	362,34	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	16.623,98	14.886,07	23.421,20	T€
Personalaufwandsquote:	0,67	0,71	0,44	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2021	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,40	0,68	0,27	%
Eigenkapitalquote:	20,93	37,53	17,31	%
Fremdkapitalquote:	79,07	62,47	82,69	%

e) Lagebericht

Grundlagen der Quantum GmbH

Geschäftsmodell

Die Quantum versteht sich als Dienstleister mit überregionalem Betätigungsfeld. Alle Dienstleistungen werden überwiegend für die Gesellschafter und Kunden aus dem kommunalen Umfeld erbracht.

Die Quantum bietet diverse Dienstleistungen an, die auf den wirtschaftlichen Erfolg und damit auf die Stärkung ihrer Gesellschafter und Kunden im wettbewerblichen Umfeld ausgerichtet sind. Sie zielen darauf ab:

- die Eigenständigkeit der kommunalen Versorgungsunternehmen zu wahren,
- das Erreichen und Ausgestalten einer vorteilhaften Wettbewerbsposition zu er- möglichen, sowie
- die Professionalisierung und Verbesserung der Effektivität und Effizienz der Aufgabenerfüllung zu fördern.

Die Dienstleistungen der Quantum werden entsprechend der Marktentwicklung und den Kundenwünschen ständig verbessert und erweitert.

Die Basisdienstleistungen der Quantum decken dabei die Kernfunktionen eines professionellen Beschaffungs-Portfoliomanagements ab.

Basisdienstleistungen
- Beschaffungsportfoliomanagement
- Beschaffungsabwicklung
- Kurzfristoptimierung 24/7
- Bilanzkreismanagement
- Prognosedienstleistung
- Risiko- und Vertragsmanagement
- Prozessdienstleistungen (MaBis / GaBi)
- Regulatorische Meldungen im Rahmen der REMIT Anforderungen

Um dem individuell auch weiterreichenden Unterstützungsbedarf der Gesell- schafter und Partner entsprechen zu können, bietet die Quantum ausgewählte Zusatzdienstleistungen an, die ergänzend beauftragt werden.

Zusatzdienstleistungen
- Absatzportfoliomanagement
- Erweitertes Prognosemanagement
- Erweitertes Bilanzkreismanagement
- Management von Überführungszeitreihen nach dem Erneuerbare Energien Gesetz
- Planung und Optimierung von dezentralen Erzeugungsanlagen
- Kraftwerkseinsatzoptimierung
- Prozessoptimierung, -digitalisierung und -automatisierung
- Prozessdienstleistungen Vertriebs- und Netz EDM
- Unterstützung im Geschäftskundenvertrieb
  (White Label-Vertriebsstrategie „Tranche Komfort“)
- Umsetzung BEHG (Brennstoffemissionshandelsgesetz)
- Umsetzung Redispatch 2.0
- Kundenmonitoring / Unterstützung bei Kundenzufriedenheitsanalysen
- Unterstützung bei der Entwicklung einer Vision und Strategie für die neue Energiewelt sowie der Ableitung datenbasierter Geschäftsmodelle
  (EFM-Netzwerk / „Energie für morgen“)

Das Unternehmen steht als Kooperation im kommunalen Umfeld weiteren Gesellschaftern und Kunden offen. Im Zuge ihrer kontinuierlichen Akquisitionsbemühungen konnte die Quantum gegen Ende 2021 ein weiteres kommunales Unternehmen als Kunden für die Basisdienstleistungen gewinnen. Die betreffenden Dienstleistungen erbringt die Quantum für diesen Neukunden seit dem 1. Januar 2022.
Auch im aktuellen Jahr besteht aufgrund der intensiven Vertriebsbemühungen und des umfassenden Dienstleistungsangebot die Aussicht, dass weitere Unter- nehmen in den Kunden- bzw. Gesellschafterkreis aufgenommen werden können.

Die regulatorischen Rahmenbedingungen in der Energiewirtschaft entwickeln sich zunehmend komplexer und kurzfristiger. Quantum reagierte im Berichtsjahr z. B. auf die Anforderungen des Brennstoffemissionshandelsgesetzes (BEHG) und den erweiterten Anforderungen zum Redispatch 2.0 sehr schnell mit der Neuentwicklung entsprechender Dienstleistungen. Quantum war einer der wenigen Marktteilnehmer, die fristgerecht und kostengünstig den Anforderungen genügen konnten.

Strategien und Ziele Quantum Beschaffungsstrategien

Im Jahr 2021 lag der Fokus auf der Umsetzung der operativen Erfordernisse, die im Gasbereich aus der Zusammenlegung der beiden Marktgebiete NCG und GASPOOL zum neuen virtuellen Handelspunkt Trading Hub Europe (THE) entstanden. Sowohl system- als auch prozessseitig konnten alle Anforderungen störungsfrei umgesetzt werden.

Kurzfristoptimierung

Quantum nutzt weiterhin Optimierungschancen am Kurzfristmarkt durch die Glattstellung von ¼ h-Positionen im fortlaufenden Handel. Mithilfe des hierbei eingesetzten automatisierten Handelssystems werden solche Positionen 24/7 an 365 Tagen im Jahr am kurzfristigen Markt risikominimierend gehandelt. Als weiteres Ziel wird die Erwirtschaftung zusätzlicher Deckungsbeiträge verfolgt.

Kraftwerkseinsatzoptimierung

Im Jahr 2021 wurde der Ausbau der Dienstleistung Kraftwerkseinsatzoptimierung weiter vorangetrieben. Die Quantum erbringt diese Dienstleistung inzwischen erfolgreich bei drei Gesellschaftern und ist zuversichtlich, über den Weg von Pilotstudien im laufenden Jahr den Auftrag für die Optimierung von mindestens einem weiteren Fernwärmenetz zu erhalten.

Absatzportfoliomanagement

Die Dienstleistung Absatzportfoliomanagement wird aktuell von fünf Quantum- Gesellschaftern in Anspruch genommen. Über die Dienstleistung werden rund 60% des Gesamtabsatzes der Quantum abgewickelt. Die Software SE Sales unterstützt die Vertriebe bei der Kalkulation, Angebotslegung und Ausführung des Strom- / Gaseinkaufs am Großhandelsmarkt. Das integrierte Reporting verschafft einen detaillierten Ertrags- und Kostenüberblick einzelner Vertriebssegmente. Für 2022 wird von einem neutralen Beitrag der Zusatzdienstleistung zum Gesamtergebnis ausgegangen.

Digitales Kunden-Portal eportfol.io

Das digitale Kunden-Portal der Quantum (eportfol.io) ist die zentrale, webbasierte (Energie-) Informations- und Transaktionsplattform für die effiziente Zusammenarbeit mit Kunden und Partnern der Quantum. Das Online-Portal unterstützt die Prozesse rund um die Energiebeschaffung mit folgenden Funktionen: Management-Dashboard, (Angebots-) Preis-Kalkulation und Prognosen von RLM- und SLP-Kunden, Energietransaktionen mit Warenkorb-Funktion sowie umfassende Portfolioinformationen (numerisch / graphisch).

Eine Planung und Aufwandseinschätzung zur Modernisierung des Portals zur Sicherstellung eines performanten und fehlerfreien Weiterbetriebes wurde aufgestellt. Im Jahr 2021 wurde ein Update des Portals auf die neueste Version des unterliegenden php Frameworks „Symfony“ vorbereitet, die im Q1 2022 durchgeführt wird.

Zum Ende des Jahres 2021 hat der Schweizer Energieversorger, der eine angepasste Version des Portals genutzt hat, seine Lizenz gekündigt, da fortan ein eigen entwickeltes Portal genutzt wird.

Prozessoptimierung, -digitalisierung und –automatisierung

Im Jahr 2021 konnten weitere Prozesse im Bereich Portfoliomanagement automatisiert werden, so wurde u. a. ein Hedgetool mit Bestimmung der Formelfaktoren (Base / Peak) entwickelt, und die Systemlandschaft der Quantum an die Marktgebietszusammenlegung THE angepasst.

Die Wartung und der Betrieb der automatisierten Prozesse aus den vorherigen Jahren und des QUICC Portals zur Prozessüberwachung und Steuerung wurde optimiert. Hierdurch konnte der manuelle Aufwand weiter verringert, Fehlerpotentiale gesenkt und die Qualität unserer Basisdienstleistung weiter erhöht werden.

Schon im Jahr 2020 wurde aus dieser Tätigkeit der Prozessautomatisierung und Digitalisierung ein Dienstleistungsangebot formuliert und einigen Gesellschaftern im Sommer 2021 vorgestellt.

Daraus haben sich drei Pilotprojekte entwickelt. Bei dem ersten Projekt wurden manuelle Schritte im Kundenwechselprozess in der Software Wilken durch einen „Bot“ automatisiert. Bei dem zweiten Projekt wurde ein automatischer Datenimport in das CRM-System entwickelt. Außerdem wurde ein weiteres Stadtwerk bei der organisatorischen Optimierung der Kraftwerkseinsatzplanung unterstützt und Schritte im System *Virtuelles Kraftwerk Center* (VKC) automatisiert.

Die Pilotprojekte haben dazu gedient, unser Verständnis der Bedürfnisse unserer Gesellschafter bezogen auf die Dienstleistung zu schärfen und unsere Abläufe hierauf auszurichten und stetig zu optimieren. So hat die Quantum im Frühjahr 2021 entschieden, mit der *Robotic Process Automation* das Lösungsangebot zu ergänzen. Diese Funktionalität wurde auch bereits in einem der o. g. Pilotprojekte eingesetzt.

Des Weiteren wurde das Geschäftsmodell der Prozessautomatisierung weiter- entwickelt und im Sommer 2021 zwei Workshops mit unseren Gesellschaftern durchgeführt. Hier wurde festgestellt, welche Gesellschafter Interesse an Dienstleistungen hinsichtlich Prozessoptimierung, -digitalisierung und -automatisierung haben und welche Bedingungen erfüllt werden müssen, um eine Kompetenzplattform innerhalb der Quantum aufzubauen. Während der Gesellschafterversammlung im Dezember 2021 wurde ein entsprechender Beschluss gefasst. Mit der dadurch erforderlich gewordenen personellen Verstärkung des Teams wurde begonnen.

Weitere Zusatzdienstleistungen 2021 / 2022

Im Berichtsjahr hat die Quantum erfolgreich weitere Zusatzdienstleistungen für ihre Gesellschafter und Kunden entwickelt bzw. umgesetzt.

Zum 1. Januar 2021 trat das neue Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG) in Kraft. Die Quantum unterstützt die Gesellschafter und Kunden im Rahmen ihrer neuen BEHG-Dienstleistung umfassend bei der Umsetzung der sich aus dem Gesetz ergebenden Verpflichtungen. Dies beinhaltet vor allem die Eröffnung und Verwaltung der Zertifikatekonten bei der Deutschen Emissionshandelsstelle, die Beschaffung der Emissionszertifikate an der EEX-Börse, sowie die Erstellung von Emissionsberichten.

Eine weitere Ergänzung der angebotenen Zusatzdienstleistungen betrifft schließlich die Unterstützung der Gesellschafter und Kunden bei der Umsetzung der Anforderungen aus den neuen Redispatch 2.0-Vorschriften. Hierzu wurden verschiedene Unterstützungsangebote entwickelt, welche sowohl die Anforderungen an die betroffenen Netzbetreiber als auch die an die jeweiligen Anlagenbetreiber abdecken.

Mit diesen Zusatzdienstleistungen konnte über die Bestandskunden hinaus eine Vielzahl von Neukunden gewonnen werden.

Organisation

Seit einigen Jahren wird die Organisation konsequent im Sinne des Arbeitens nach agilen Werten weiterentwickelt. Im Sinne des überarbeiteten Führungsleitbildes wurde das eigenverantwortliche unternehmerische Handeln und Entscheiden in den Teams weiter gefordert und gefördert. Um kosteneffizient mit einer möglichst geringen Mitarbeiterzahl Dienstleistungen in besserer Qualität schneller erbringen zu können, arbeiten Teams und so genannte Boards mit interdisziplinäreren Kompetenzen sowie klar fokussierten Aufgabenstellungen. Einzelne Mitarbeiter können je nach Kompetenz und Interesse in mehreren Teams, Boards und Kreisen mitwirken. Die Quantum arbeitet mit einer flachen Hierarchie. Abgesehen von den Teams bringt sich die Geschäftsführung in die Arbeit der Boards und Kreise mit ein. Die Wettbewerbsfähigkeit der Vertriebseinheiten unserer Gesellschafter sowie die bestmögliche Erfüllung der Bedürfnisse unserer Kunden steht im Zentrum und Fokus aller Bestrebungen und Aktivitäten der Quantum.

Berichterstattung gemäß § 108 Abs. 3 Nr. 2 der Gemeindeordnung NRW

Die Quantum GmbH hat im Geschäftsjahr 2021 der aus ihrer gesellschaftsvertraglichen Aufgabenstellung folgenden öffentlichen Zwecksetzung und Zweckerreichung entsprochen.

Forschung und Entwicklung

Der Bereich Forschung und Entwicklung wird bei der Quantum im Wesentlichen durch die Innovations-Plattform EFM (“Energie für morgen”) vorangetrieben. In 2021 stand neben der Marktbeobachtung im Bereich neuer Energie-Abrechnungssysteme die Entwicklung des Themas „Klimaneutrales Stadtwerk“ im Vordergrund der Aktivitäten. Angestrebt werden hier insb. Dienstleistungen in den Bereichen CO2-Audits / CO2-Reduktions-Roadmaps, sowie beim Aufbau von Grünstromportfolien.

Wirtschaftsbericht

Regulatorische Rahmenbedingungen

Die Entwicklungen der europäischen Finanz- und Energiemarktregulierung waren fortgesetzt wichtiger Beobachtungsgegenstand des Risikomanagements.

In diesem Jahr wurde der im Brennstoffemissionshandelsgesetz festgelegte nationale Zertifikatehandel für Brennstoffemissionen gestartet. Quantum ist hiervon nicht direkt betroffen, hat sich aber als Dienstleister in diesem Bereich positioniert. Die Einführung des Redispatch 2.0 stellte die Branche vor große Herausforderungen. Viele Marktteilnehmer konnten die Anforderungen zum 01.10.2021 nicht erfüllen, sodass die Bundesnetzagentur eine Übergangsfrist bis zum 01.03.2022 beschlossen hat. Quantum war als einer der wenigen Dienstleister zum Starttermin lieferfähig.

Geschäftsverlauf

Gesellschafterangelegenheiten

Im Gesellschafterkreis der Quantum GmbH haben sich in 2021 keine Veränderungen ergeben.

Strommarkt

Die Notierungen des deutschen Stromfrontjahres 2022 waren im abgelaufen Jahr 2021 von einem massiven Preisanstieg geprägt. Nach einem Einstieg des Baseloadpreises von 50,92 €/MWh am 04. Januar 2021 stieg das Jahresprodukt 2022 im Zuge der weltweiten wirtschaftlichen Erholung nach dem Corona-Einbruch und der sich entwickelnden Gaskrise kontinuierlich an. Ein extremer Preisanstieg mit teilweise panikartigen Käufen war schließlich im Dezember zu verzeichnen, welcher am 22. Dezember 2021 zu einem neuen Allzeithoch von 324,60 €/MWh führte. Der Kontrakt schloss das Jahr mit einem Kurs von 219,88 €/MWh und einem Mittelwert von 88,42 €/MWh (Mittelwert 2020: 40,20 €/MWh). Eine vergleichbare Preisbewegung gab es auch beim Peak-Frontjahr 2022. Der Tiefpunkt wurde am 18. Januar 2021 bei einem Wert von 58,78 €/MWh erreicht und das Hoch am 22. Dezember 2021 bei 410 €/MWh. Der Jahresdurchschnittspreis lag bei 107,23 €/MWh (Mittelwert 2020: 49,07 €/MWh).

Gasmarkt

Der Gasmarkt 2021 war von einem im Vergleich zu den Vorjahren langen und kalten Winter 2020/2021 geprägt. Die wirtschaftliche Erholung nach der Coronakrise in 2020 in Verbindung mit niedrigen Gasspeicherständen am Ende der Heizsaison ließ die Gasnachfrage deutlich ansteigen. Eine reduzierte russische Gaslieferung und die Verzögerungen bei der Inbetriebnahme von Nord Stream 2 sorgten für einen Nachfrageüberhang an Gas, was wiederum zu steigen- den Preisen führte. Der Gaskontrakt für das Frontjahr 2022 stieg von seiner ersten Notierung von 16,31 €/MWh am 4. Januar 2021 kontinuierlich an. Der niedrigste Preis für das Cal 22 wurde am 06. Januar 2021 mit 15,72 €/MWh erreicht. Zum Jahresende kam es auch im Gasmarkt zu einer Preisexplosion, nachdem die Versorgungssicherheit mit Gas über den Winter in Frage gestellt wurde. Der höchste Preis war am 22. Dezember 2021 mit 140,67 €/MWh zu verzeichnen. Das Jahr schloss mit einem Preis von 90,59 €/MWh. Im Durchschnitt notierte das Frontjahr 2022 bei 33,82 €/MWh und damit rund 20 €/MWh höher als im Vorjahr.

Ertragslage

Auch im Geschäftsjahr 2021 hat die Quantum GmbH ihre wirtschaftlichen Ziele erreicht. Da gemäß dem Geschäftsmodell der Quantum GmbH alle am Großhandelsmarkt realisierten Preiskonditionen grundsätzlich "1:1" an die Kunden weitergegeben werden, ist sie von den Auswirkungen der allgemeinen Marktpreisentwicklung nicht betroffen.

Die Umsatzerlöse, welche fast ausschließlich mit Gesellschaftern erzielt wurden, betrugen in 2021 522,1 Mio.€. Die Planungsprognose für das Geschäftsjahr 2021 wurde um ca. 43,2% überschritten, gleichzeitig bedeutet dies im Vergleich zum Vorjahr Mehrerlöse von 44,4%. Bei der Elektrizität haben sich die Umsätze von 200,2 Mio.€ auf 231,3 Mio.€ erhöht (+15,5%), die Gasumsätze stiegen von 154,1 Mio.€ auf 206,9 Mio.€ (+34,3%). Die übrigen Erlöse gehen auf die Dienstleistungen und Zusatzdienstleistungen an Gesellschafter und Partner sowie auf Erlöse mit Zertifikaten (2021: 78,1 Mio.€) und Ähnlichem zurück.

Auf der Einkaufsseite unterhält die Quantum Handelsbeziehungen zu etablierten nationalen und internationalen Unternehmen der Energiebranche.

Die Gesellschaft hat ein Ergebnis von 316 T€ erzielt und damit den Plan um 313 T€ übertroffen.

Die Personalkosten sind im Berichtszeitraum um 10,9 % beziehungsweise um 0,3 Mio. € auf 2,3 Mio.€ gesunken.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen stiegen im Jahre 2021 von 2.743 T€ auf 2.782 T€ (+1,5%). Für den Anstieg sind im Wesentlichen Fremddienstleistungen verantwortlich, die jedoch zum größeren Teil zu Weiterfakturen bei den Zusatzdienstleistungen geführt haben.

	2021 T€	**2020 T€**	**Veränderung T€**	**%**
+ Umsatzerlöse	522.094	361.527	160.567	44,4
- Materialaufwand	516.430	356.027	160.403	45,1
Rohertrag	**5.664**	**5.500**	**164**	**3,0**
- Personalaufwand	2.302	2.584	-282	-10,9
- Abschreibungen	47	62	-15	-24,2
- Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.782	2.742	40	1,5
+ Sonstige betriebliche Erträge	199	204	-5	-2,5
Betriebsergebnis	**732**	**316**	**416**	**>100**
+ Zinserträge	3	2	1	50,0
- Zinsaufwendungen	353	312	41	13,1
Finanzergebnis	**-350**	**-310**	**-40**	**12,9**
- Ertragsteuern	65	3	62	>100
Ergebnis nach Ertragsteuern	**316**	**2**	**314**	**>100**
- Sonstige Steuern	1	1	0	0
Jahresüberschuss	**315**	**1**	**314**	**>100**

Finanz- und Vermögenslage

	Kapitalflussrechnung	2021	2020
		- T€ -	- T€ -
	Periodenergebnis (Jahresüberschuss)	316	2
±	Abschreibungen / Zuschreibungen auf das Anlagevermögen	+47	+62
±	Zunahme / Abnahme der Rückstellungen	+65	+55
±	Zunahme / Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-11.287	+13.927
±	Zunahme / Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	17.307	-12.016
±	Zinsaufwendungen / Zinserträge	+350	+310
=	**Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit**	**+6.798**	**+2.340**
+	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	1	0
-	Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-24	-34
+	**Cash-Flow aus der Investitionstätigkeit**	**-23**	**-34**
=	Ein- / Auszahlungen aus Eigenkapitalzuführungen von Gesellschaftern	0	-349
±	Einzahlung aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von (Finanz-) Krediten	-21	-112
+	Gezahlte Zinsen	-350	-310
-	**Cash-Flow aus Finanzierungstätigkeit**	**-371**	**-771**
=	**Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds**	**+6.404**	**+1.535**
=	Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	11.102	9.567
+	**Finanzmittelfonds am Ende der Periode**	**17.506**	**11.102**
=			

Der positive Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit resultiert im Wesentlichen aus den per Saldo gestiegenen Forderungen, denen steigende Verbindlichkeiten aus Energielieferungen gegenüberstehen. Auch insgesamt lief es auf eine Erhöhung des Finanzmittelfonds hinaus.

Kapitalstruktur	2021	2020	Veränderung	
	T€	T€	T€	%
Summe Eigenkapital	5.406	5.090	316	6,2
Summe Fremdkapital	25.827	8.474	17.353	204,8
Bilanzsumme	**31.233**	**13.564**	**17.669**	**130,3**

	%	%
Eigenkapitalquote	17,3	37,5
Fremdkapitalquote	82,7	62,5

Das Anlagevermögen der Quantum ist in voller Höhe durch das Eigenkapital gedeckt. Die Eigenkapitalquote verminderte sich aufgrund der gestiegenen Bilanzsumme auf 17,3%.

Bei den Forderungen ergab sich gegenüber dem Vorjahr eine Veränderung von
+11,2 Mio.€, bei den Verbindlichkeiten von +17,2 Mio.€. Beide Effekte führten zu einer Erhöhung der Bilanzsumme mit der entsprechenden Wirkung auf die Eigenkapitalquote.

Liquidität

Die Quantum verfügte im Geschäftsjahr 2021 stets über ausreichende Liquidität. Zusätzlich wurde in 2020 ein Vertrag zur gegenseitigen Liquiditätsüberlassung mit der SWK Stadtwerke Krefeld AG geschlossen. Ziel des Vertrages ist es, Verwahrentgelte und im Einzelfall auch Kreditzinsen durch gegenseitige Liquiditäts überlassung zu vermeiden.

Vermögenslage

Seit der in 2018 erfolgten Kapitalerhöhung und der damit verbundenen Aufstockung der Rücklagen hat sich nominal das Eigenkapital der Quantum erhöht. Allgemein wird die Höhe des Eigenkapitals durch Gesellschafter und Geschäftsführung für den allgemeinen Geschäftsbetrieb als ausreichend angesehen.

Organisation

Im Jahr 2021 waren alle Bereiche der Quantum mit insgesamt durchschnittlich 22,3 (Vorjahr 24,3) qualifizierten Mitarbeitern planmäßig besetzt, davon durchschnittlich 17,0 Vollzeitkräfte und 5,5 Teilzeitkräfte.

Risikobericht, Prognose- und Chancenbericht

Risikobericht

Die Quantum GmbH wurde gegründet, um ihren Gesellschaftern und Kunden einen transparenten, effizienten, Synergie-nutzenden Zugang zu den Beschaffungsmärkten des Energie-Großhandelsmarktes zu ermöglichen. Satzungsgemäß können Gesellschafter nur Unternehmen werden, die zu mindestens 50% in kommunalem Eigentum stehen.

Die gute Bonität der Gesellschafter erleichtert das Management der Kreditrisiken aus Energiebeschaffung und Energiepreissicherung. Für die Schwankungen der Energiemarktpreise begehren die Lieferanten Sicherheiten für ihr Wiederabsatz- und Zahlungsausfallrisiko.

Das bewährte Besicherungskonzept zur Verstärkung der Eigenbonität der Quantum wurde fortgeführt. Bei Bedarf stehen ein oder mehrere Gesellschafter als Sicherheitengeber zur Verfügung. Der starke Anstieg der Energiepreise führt zu einem Anstieg des Wiedereindeckungsrisikos auf Seiten der Quantum. Entsprechende Lösungen hierfür werden mit den Handelspartnern in Abstimmung mit dem Risikokomitee der Quantum erarbeitet.

Das wesentliche Merkmal des Geschäftsmodells besteht darin, dass keine Marktpreisrisiken von der Quantum getragen werden. Auf dieser Grundlage entwickelt die Quantum die ihren Gesellschaftern und Kunden angebotenen Produkte weiter. Potenzielle Produkte und Optimierungsstrategien durchlaufen einen definierten Freigabeprozess, der die vollständige Identifikation und das erforderliche Management der Risiken sowie ggf. die Bereitstellung eines erforderlichen Risikokapitals zum Gegenstand hat. Unverändert hält die Quantum keine Termin-Positionen am Markt auf eigenes Risiko und gibt Energie zu den am Markt erzielten Konditionen an die Gesellschafter und Partner weiter. Diese erhalten damit Zugriff auf die Großhandelspreise ohne Margenaufschläge. Die Betriebskosten der Quantum werden durch Dienstleistungsentgelte finanziert, deren Höhe die Gesellschafterversammlung im Zuge der Wirtschaftsplanung beschließt.

Rechtliche Risiken begrenzt die Quantum durch standardisierte Rahmenvertragswerke mit den Marktpartnern, die weitestgehend kongruent bzw. spiegelbildlich gegenüber den Kunden ausgestaltet sind. Im operativen Vertragsmanagement standen die Abschlüsse neuer Standardbeschaffungsverträge (EFET oder individuelle Rahmenverträge) an.

Im Risikohandbuch der Quantum sind die Grundsätze für die risikobewusste Ausgestaltung des Geschäftsbetriebs beschrieben.

Die Umsetzung überwacht das Risikokomitee, das aus Vertretern der Gesellschafter, der Geschäftsführung und dem für Risikomanagement zuständigen Mitarbeiter der Quantum besteht. Alle wesentlichen Entwicklungen der Quantum erfolgen in enger Abstimmung mit dem Risikokomitee, dem Aufsichtsrat und der Gesellschafterversammlung.

Für die Quantum wesentliche Risiken liegen weiterhin im operativen Bereich. Zur Minimierung von Risiken bei der Bearbeitung – insbesondere von Beschaffungsvorgängen – sind die Prozesse in hohem Maße automatisiert. Die eingesetzten IT- Systeme werden ebenfalls ständig fortentwickelt und entsprechen den aktuellen Markt- und Regulierungsanforderungen.

In 2020 und 2021 wurde ein Audit über die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems nach IDW PS 951 für das Geschäftsjahr 2020, bezogen auf die Prozesse, die die Quantum dienstleistend für Gesellschafter und Kunden leistet, durchgeführt. Das Audit führte zu keinen Feststellungen.

Aufgrund verschiedener globaler Entwicklungen (große Energienachfrage im asiatischen Raum, geringere Füllstände der Gasspeicher in Europa zu Beginn des Winterhalbjahrs, Diskussion zu Nord Stream 2 in Deutschland) stiegen die Preise für Gas im Verlauf des Jahres 2021 deutlich an und erreichten im Oktober 2021 ein erstes Maximum. Teilweise legten die Notierungen innerhalb eines Tages um bis zu 40 €/MWh zu. Nach einer leichten Beruhigung des Marktes kam es kurz vor Weihnachten erneut zu erheblichen Preissteigerungen, die sogar deutlich über den Oktoberwerten lagen.

Um auch in dieser außergewöhnlichen Marktlage handlungsfähig zu bleiben, entschloss sich die Quantum in enger Abstimmung mit dem Risikokomitee trotz Überschreitung der internen Kreditlinien einzelne Handelspartner weiterhin für den Handel mit Strom und Gas freizugeben.

Ausblick regulatorische Rahmenbedingungen

In 2022 werden die Regelungen des Redispatch 2.0 nach der im letzten Jahr durch die Bundesnetzagentur gewährten Übergangsfrist in Gänze wirksam.

Prognosebericht / Chancenbericht

Wirtschaftliche Aussichten

Neben der menschlichen, sozialen und wirtschaftlichen Katastrophe für die betroffenen Ukrainerinnen und Ukrainer hat der Angriffskrieg Russlands ebenfalls erhebliche Auswirkungen auf die deutsche Energiewirtschaft. Die geopolitischen Entwicklungen und die daraus resultierenden Konsequenzen für die Quantum und ihre Gesellschafter sind komplex und derzeit nur sehr schwer einzuschätzen. Eines erscheint allerdings als sicher: Die Einstellung der Gaslieferungen durch Russland oder die Verhängung eines Embargos durch die deutsche oder die europäischen Regierungen hätte für einige (systemrelevante) Unternehmen existenzgefährdende Auswirkungen und somit ernsthafte Implikationen für die gesamte Energieversorgung in Deutschland.

Quantum informiert sich aus den öffentlich zugängigen Quellen sowie aus ihrem gesamten Netzwerk. Nach kritischer Würdigung, zeitnaher Analyse und Diskussion - gegebenenfalls mit den Gesellschaftern - soll im Rahmen der Möglichkeiten der Quantum die Handlungsfähigkeit erhalten und mindestens zeitnah oder, wo möglich, vorausschauend gehandelt werden.

Auch unter normalen Marktumständen analysiert die Quantum die Lieferfähigkeit sowie die Kreditwürdigkeit und Zahlungsfähigkeit ihrer Lieferanten und Kunden. Dies geschieht umso mehr in Krisenzeiten.

So wurden z. B. die vertraglichen Beziehungen zu Unternehmen in russischem Eigentum einer ad hoc-Prüfung unterzogen mit dem Ergebnis, dass die betreffenden sukzessiven Lieferverträge rechtlich wirksam und die erfolgten Lieferungen zu bezahlen sind.

Als eine weitere Maßnahme wurde zeitnah nach Ausbruch des Konflikts, am 2. März 2022, eine Web-Konferenz mit den Gesellschaftern der Quantum durchgeführt. Als wesentliche Ergebnisse wurde festgehalten, dass Quantum bis auf weiteres an der grundsätzlichen Bewirtschaftung ihrer Strategien festhält, Beschaffungen je nach Marktlage durchgeführt werden und es einer noch intensiveren Kommunikation bedarf.

Wie bereits zuvor erwähnt, besteht ein wesentliches Merkmal des Geschäftsmodells der Quantum darin, dass keine Marktrisiken von der Quantum getragen werden. Dies soll zukünftig beibehalten werden. Quantum wird auch weiterhin alles in ihrem Einflussbereich liegende und angemessene tun, um Risiken der Krise frühzeitig zu erkennen und deren Auswirkungen für sich, Ihre Gesellschafter und Kunden so gering wie möglich zu halten.

Der aktuelle, professionelle und international branchenübliche Regelungsrahmen der Quantum, hat bisher, unter normalen Marktbedingungen, in ausreichender Weise den von den Gesellschaftern gewünschten Grundsatz: „Quantum übernimmt keine Marktrisiken“ geregelt. Damit hat die Quantum sogar die Finanzkrise 2009 mit ihren Auswirkungen gemeistert. Sollten Quantum, ihre Gesellschafter und Kunden während der aktuell geführten Diskussionen zu der Auffassung gelangen,

dass dieser Regelungsrahmen für die aktuelle Krisensituationen nicht ausreichend ist, werden entsprechende Anpassungen kurzfristig vereinbart und umgesetzt. Die aktuell nicht einschätzbare Gesamtsituation erschwert die Einschätzung der Energiepreisentwicklung und somit auch die Erlösplanung. Insgesamt werden Erlöse im Bereich von 584 Mio.€ erwartet. Dabei wird davon ausgegangen, dass die Quantum GmbH im Geschäftsjahr 2022 ein ausgeglichenes Ergebnis erzielen wird.

Die Teams der Quantum ermitteln fortlaufend die Bedürfnisse der Kunden und beobachten die sich ändernden Rahmenbedingungen. Dies geschieht im Hinblick auf die bereits angebotenen Lösungen und die mögliche Entwicklung neuer Lösungen.

Nach Analyse und Bewertung werden bei erfolgsversprechenden Handlungsfeldern entsprechende Produktentwicklungsprozesse angestoßen. Diese laufende Überprüfung, Optimierung und Ergänzung des Produktportfolios stellt die maßgebliche Basis für die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft dar. Für die Folgejahre wird ein moderates Wachstum, sowohl bei der Anzahl der Verträge als auch bei den erlösten Dienstleistungsentgelten angestrebt.

Der gesellschaftspolitisch gewollte Umbau der Energieversorgung in Deutschland (Energiewende) setzt die gesamte Branche in Zugzwang. Auf die kommunalen Versorgungsunternehmen wird im zukünftigen Marktdesign weitere Verantwortung zukommen, die größere Risiken beinhaltet, aber auch Chancen eröffnet.

Zur Abbildung der komplexen Anforderungen werden sich jedoch kleine und mittlere Versorgungsunternehmen Dritter bedienen oder über Kooperationen Synergieeffekte erzielen müssen.

Durch die jahrelange Erfahrung bei Dienstleistungen für Energieversorgungsunternehmen sieht sich die Quantum für die neuen Anforderungen im Markt gut positioniert und erwartet für ihre Dienstleistungen eine moderat steigende Nachfrage. Allerdings besteht vor allem im Markt für Portfolio-Dienstleistungen eine unverändert hohe Wettbewerbsintensität.

Weiterhin im Fokus stehen bei der Quantum die Entwicklung neuer Produkte und Dienstleistungen für Kunden. Durch eine stetige Weiterentwicklung der IT- Systeme, Fortbildung der Mitarbeiter und organisatorische Anpassungen von Prozessen und Strukturen bereitet sich die Quantum auf zukünftige Herausforderungen vor, indem sie die Grundlagen für eine möglichst effiziente Erbringung ihrer Dienstleistung schafft.

Energie für morgen

Im Zentrum der Aktivitäten der Innovationsplattform EFM steht in 2022 die Ausgestaltung und Vermarktung der in 2021 konzipierten Dienstleistungen im Bereich 4E (Eigen-Erzeugung-Erneuerbare-Energien). Im Fokus steht weiterhin die Weiterentwicklung des erfolgreichen Eventformats *„Stadtwerke Impact Day (SID)“* zu einer deutschlandweit relevanten Innovations- und Impact-Plattform im digitalen Raum.

Kunden-Portal

Nach der notwendigen technischen Modernisierung wird die Weiterentwicklung auf Basis der erfassten und priorisierten Nutzerbedürfnisse angegangen. Für das Jahr 2022 ist eine modernisierte Nutzeroberfläche (Frontend) geplant.

Prozessautomatisierung im Kundenauftrag

Im Jahr 2022 wird die fakultative Zusatzdienstleistung bzw. Kompetenzplattform *Prozesse und Digitalisierung* für unseren Gesellschafterkreis aufgebaut, das Team erweitert und Projekte für vier Gesellschafter durchgeführt.

Gesellschafterangelegenheiten

Veränderungen im Gesellschafterkreis der Quantum GmbH zeichnen sich für 2022 nicht ab. Unabhängig davon ist die Quantum GmbH weiterhin bestrebt, neue Kunden und Gesellschafter insbesondere für das Kerngeschäft „Portfoliomanagement“, aber auch für die zahlreichen Zusatzdienstleistungen zu gewinnen. Zudem wird in 2022 eine Anpassung der Satzung der Quantum GmbH für den Aufbau des Geschäftsfeldes *Prozesse und Digitalisierung*, sowie für die digitale Durchführung von Gremiensitzungen angestrebt.

Organisation

Zum Stichtag 31. Dezember 2021 beschäftigte die Quantum 17,0 Vollzeit- und 5,5 Teilzeitkräfte. In Abhängigkeit des Auftragseingangs für die neuen Geschäftsfelder im Stadtwerkeumfeld wird ein Personalaufbau angestrebt, um diese Aufträge kundengerecht bedienen zu können.

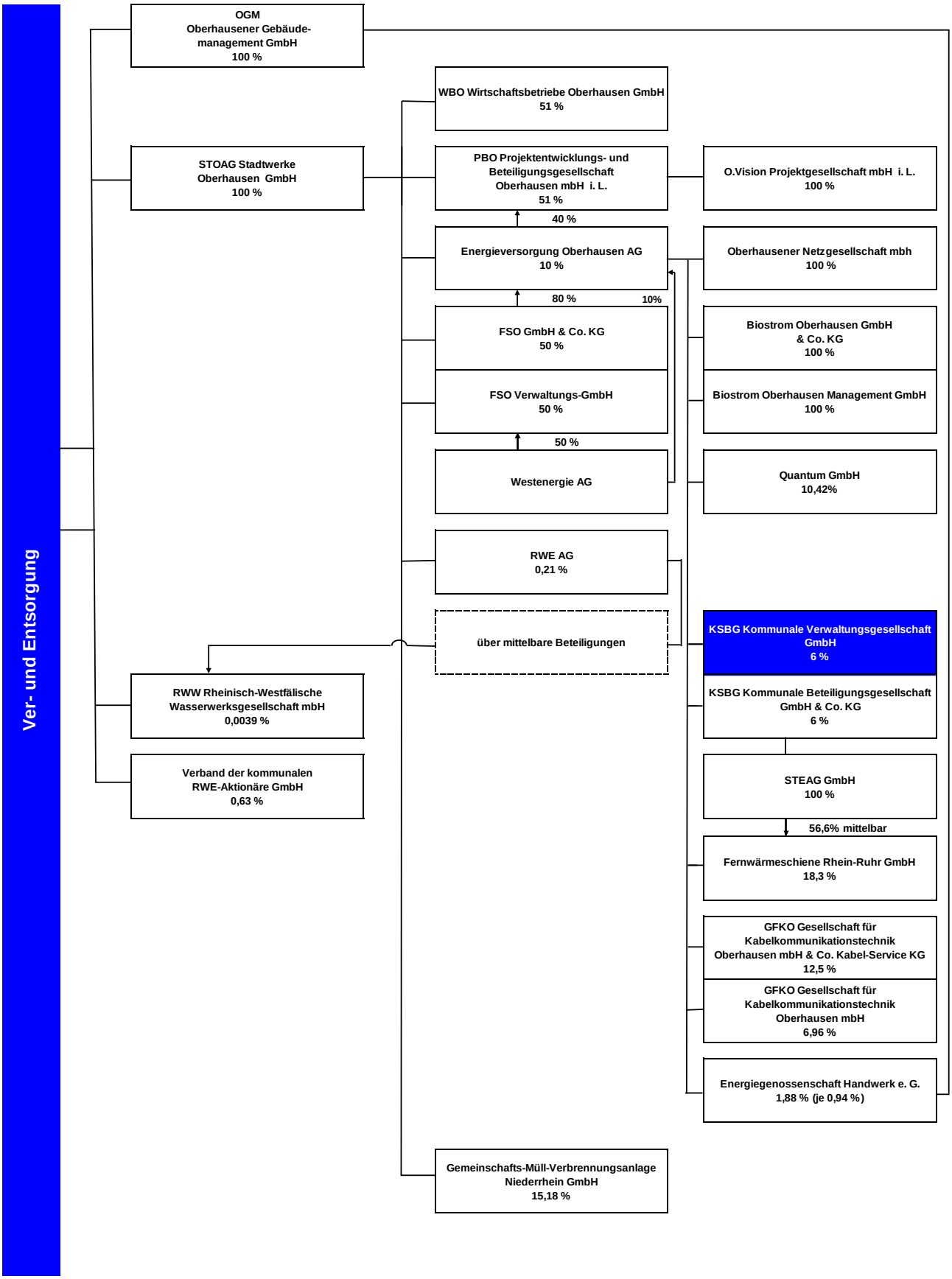
Corona Pandemie

Auch das zweite Pandemie-Jahr hat die Quantum dank der bereits bestehenden Konzepte aus dem letztem Jahr ohne Einschränkung ihres Kerngeschäftes gemeistert. Nach wie vor arbeiten die Mitarbeiter weitgehend mobil, im Büro ist nur eine Mindestbesetzung zur Gewährleistung unbedingt präsenter Arbeiten anwesend. Ursprünglich in Präsenz geplante Veranstaltungen wurden überwiegend als Videokonferenz durchgeführt. Lediglich in den Sommermonaten konnten einige Treffen mit einer größeren Teilnehmerzahl unter Einhaltung der Hygieneregeln als physisches Treffen durchgeführt werden. Die aktuelle Pandemielage wird ständig verfolgt und notwendige organisatorische Veränderungen werden, wie der Gesetzgeber es vorsieht, umgesetzt.

Düsseldorf, 26. April 2022

Quantum GmbH

Dirk Hardt / Andreas Benz
Geschäftsführung


Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100 %
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH
51 %
STOAG Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesellschaft
Oberhausen mbH i. L.
51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH i. L.
100 %
40 %
Energieversorgung Oberhausen AG
10 %
Oberhausener Netzgesellschaft mbh
100 %
80 %
10%
FSO GmbH & Co. KG
50 %
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100 %
FSO Verwaltungs-GmbH
50 %
Biostrom Oberhausen Management GmbH
100 %
50 %
Westenergie AG
Quantum GmbH
10,42%
RWE AG
0,21 %
über mittelbare Beteiligungen
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft
GmbH
6 %
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co. KG
6 %
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
Verband der kommunalen
RWE-Aktionäre GmbH
0,63 %
STEAG GmbH
100 %
56,6% mittelbar
Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH
18,3 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG
12,5 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH
6,96 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G.
1,88 % (je 0,94 %)
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,18 %

KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Rüttenscheider Straße 1 - 3
45128 Essen

Kontakt:

Telefon	0201/801-1280
Fax	0208/835 2620
e-Mail	info-ksbg@ksbg-gmbh.de
Internet	http://www.stadtwerke-konsortium.de

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 100,00

Gesellschafter:

	T€	%
Dortmunder Stadtwerke AG	36,00	36,00
evo Energieversorgung Oberhausen AG	6,00	6,00
Stadtwerke Bochum Holding GmbH	18,00	18,00
Stadtwerke Dinslaken GmbH	6,00	6,00
Stadtwerke Duisburg AG	19,00	19,00
Stadtwerke Essen AG	15,00	15,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Übernahme der Stellung als persönlich haftende Gesellschafterin und die Übernahme der Geschäftsführung der KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2021)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Schröder, Carsten
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Vorstand der evo AG
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Kufen, Thomas
	1. stellv. Vorsitzender	Sikorski, Ralf
	2. stellv. Vorsitzender	Spohn, Dietmar
	Mitglied	Dr. Bartels, Ralf
	Mitglied	Gieske, Hartmut
	Mitglied	Hagemeier, Bernd
	Mitglied	Pehlke, Guntram
	Mitglied	Süpke, Sabine
	Mitglied	Westphal, Thomas

	Mitglied	Prof. Dr. Hermanns, Julia
	Mitglied	Banaszak, Jörg
	Mitglied	Dinter, Thomas
	Mitglied	Samland, Ursula
	Mitglied	Kremer, Josef
	Mitglied	Wittig, Marcus
	Mitglied	Kiefer, Elmar
	Mitglied	Grabmeier, Gerhard
	Mitglied	Hanke, Jörg
	Mitglied	Reuter, Ingrid
Prokura:	Prokuristin	Unterberg, Carina
	Prokuristin	Sommerfeld, Anke
	Prokurist	Grau, Tobias
Präsidium:	Vorsitzender	Kufen, Thomas
	Mitglied	Dr. Bartels, Ralf
	Mitglied	Hagemeier, Bernd
	Mitglied	Sikorski, Ralf
	Mitglied	Spohn, Dietmar
	Mitglied	Wittig, Marcus

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2019		2020		2021		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	4,18	2,0	3,13	1,3	1,65	0,6	-1,48	-47,28
Umlaufvermögen	207,85	98,0	235,46	98,7	265,73	99,4	30,27	12,86
Bilanzsumme	**212,03**	**100,00**	**238,60**	**100,00**	**267,39**	**100,00**	**28,79**	**12,07**
Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	141,40	66,7	146,40	61,4	151,40	56,6	5,00	3,42
Rückstellungen	30,81	14,5	46,14	19,3	25,11	9,4	-21,03	-45,58
Verbindlichkeiten	39,82	18,8	46,05	19,3	90,88	34,0	44,83	97,35
Bilanzsumme	**212,03**	**100,00**	**238,60**	**100,00**	**267,39**	**100,00**	**28,79**	**12,07**

bb) GuV

	2019	2020	2021
	T€	T€	T€
sonstige betriebliche Erträge	1.127,06	930,43	995,58
Personalaufwand	717,52	717,99	678,60
Abschreibungen	1,66	1,48	1,48
sonstige betriebliche Aufwendungen	269,60	247,58	232,50
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	138,28	-36,62	83,00
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	132,92	-41,86	77,77
sonstige Steuern	0,36	0,24	0,24
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	5,00	5,00	5,00
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	5,00	5,00	5,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

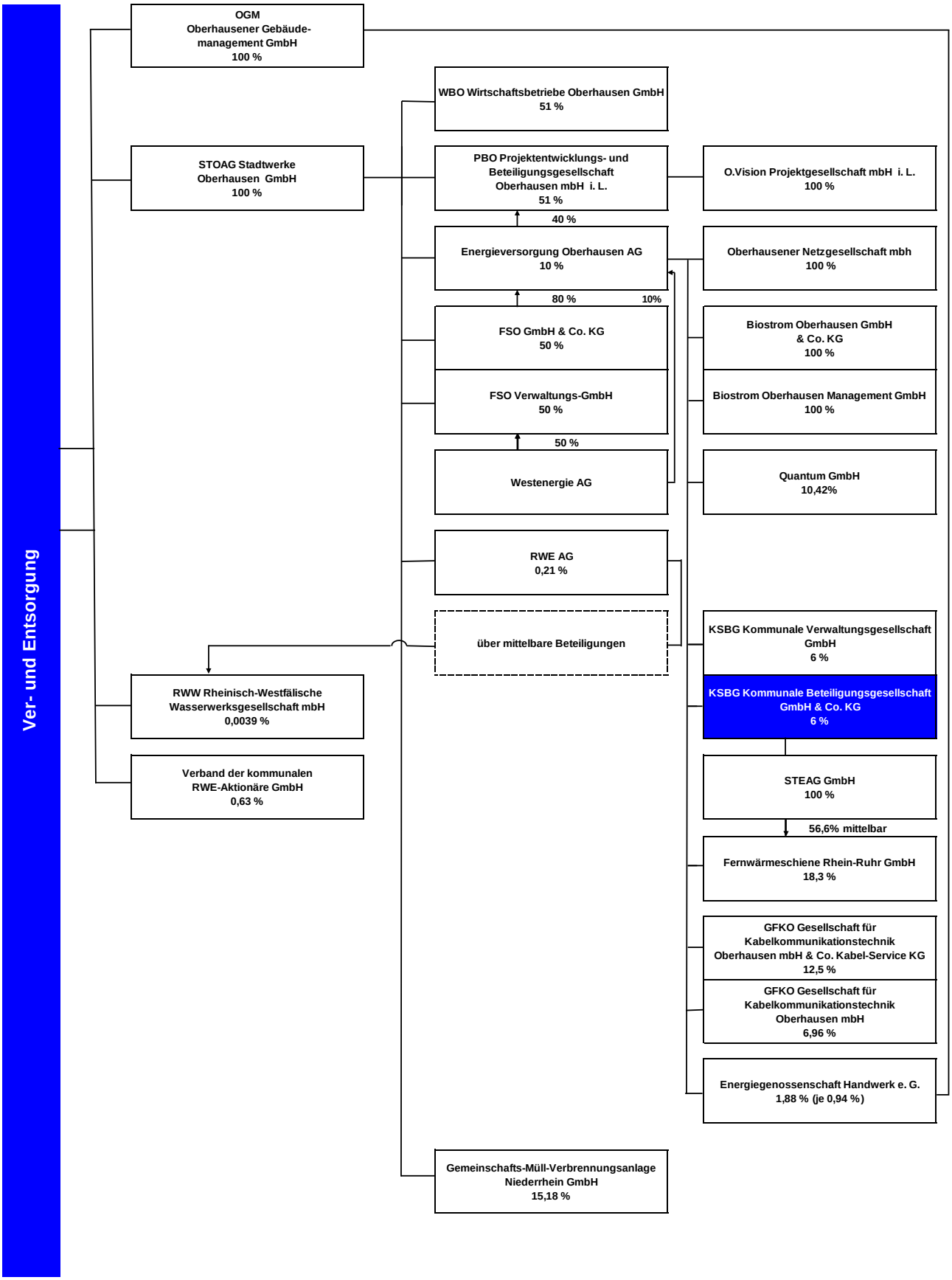
	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2021	Angaben in
Umsatzrentabilität:				%
Eigenkapitalrentabilität:	3,67	3,54	3,42	%
Cash-Flow:	6,66	6,48	6,48	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	281,77	310,14	331,86	T€
Personalaufwandsquote:	63,66	77,17	68,16	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2021	Angaben in
Sachanlagenintensität:	1,97	1,31	0,62	%
Eigenkapitalquote:	66,69	61,36	56,62	%
Fremdkapitalquote:	33,31	38,64	43,38	%

e) Lagebericht

Der zusammengefasster Lagebericht für die KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG (KSBG KG) und Ihre Tochtergesellschaft (zusammen „KSBG-Konzern“) ist unter der KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG nachzulesen.


Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100 %
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH
51 %
STOAG Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesellschaft
Oberhausen mbH i. L.
51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH i. L.
100 %
40 %
Energieversorgung Oberhausen AG
10 %
Oberhausener Netzgesellschaft mbh
100 %
80 %
10%
FSO GmbH & Co. KG
50 %
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100 %
FSO Verwaltungs-GmbH
50 %
Biostrom Oberhausen Management GmbH
100 %
50 %
Westenergie AG
Quantum GmbH
10,42%
RWE AG
0,21 %
über mittelbare Beteiligungen
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft
GmbH
6 %
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co. KG
6 %
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
Verband der kommunalen
RWE-Aktionäre GmbH
0,63 %
STEAG GmbH
100 %
56,6% mittelbar
Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH
18,3 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG
12,5 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH
6,96 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G.
1,88 % (je 0,94 %)
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,18 %

KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Rüttenscheider Straße 1 - 3
45128 Essen

Kontakt:

Telefon	0201/801-1280
Fax	0208/835 2620
e-Mail	info-ksbg@ksbg-gmbh.de
Internet	http://www.stadtwerke-konsortium.de

Rechtsform: GmbH & Co. KG
Stammkapital in T€: 1,00

Gesellschafter:

	T€	%
Dortmunder Stadtwerke AG	0,36	36,00
evo Energieversorgung Oberhausen AG	0,06	6,00
Stadtwerke Bochum Holding GmbH	0,18	18,00
Stadtwerke Dinslaken GmbH	0,06	6,00
Stadtwerke Duisburg AG	0,19	19,00
Stadtwerke Essen AG	0,15	15,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung an der Evonik Steag GmbH als Unternehmen der Energieversorgung, die Erbringung von Dienstleistungen gegenüber ihren Gesellschaftern und der Evonik Steag GmbH, sowie die Sicherung der nachhaltigen Energieversorgung durch Energieversorgungsunternehmen mit kommunaler Beteiligung.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2021)

Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung: Vorstand der evo AG

c) Beteiligungen

unmittelbar	**T€**	**%**
STEAG GmbH	128.000,00	100,00
mittelbar	**T€**	**%**
Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH	63,13	63,13
Fernwärmeversorgung Niederrhein GmbH	4.160,00	26,00
STEAG Fernwärme GmbH	20.500,00	100,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2019		2020		2021		Veränder-ungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	863.476,25	92,2	617.855,43	95,3	828.742,31	82,8	210.886,88	34,13
Umlaufvermögen	72.285,23	7,7	30.422,13	4,7	172.045,04	17,2	141.622,91	465,53
Rechnungsabgrenzungsposten	439,11	0,0	274,43	0,0	199,26	0,0	-75,17	-27,39
Bilanzsumme	**936.200,58**	**100,00**	**648.551,99**	**100,00**	**1.000.986,61**	**100,00**	**352.434,62**	**54,34**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	310.410,83	33,2	46.066,63	7,1	347.387,99	34,7	301.321,36	654,10
Rückstellungen	9.457,62	1,0	9.146,23	1,4	17.399,32	1,7	8.253,09	90,23
Verbindlichkeiten	616.332,13	65,8	593.339,13	91,5	636.199,30	63,6	42.860,17	7,22
Bilanzsumme	**936.200,58**	**100,00**	**648.551,99**	**100,00**	**1.000.986,61**	**100,00**	**352.434,62**	**54,34**

bb) GuV

	2019	2020	2021
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	1.366,13	1.196,78	1.449,34
sonstige betriebliche Erträge	778,25	9.652,58	217.721,51
Materialaufwand	654,05	600,74	872,47
Abschreibungen	118,81	121,76	122,98
sonstige betriebliche Aufwendungen	9.441,45	4.283,66	13.832,69
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	45.019,47	0,00	134.866,54
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	627,09	739,71	627,15
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufsvermögens	0,00	245.499,06	0,00
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	27.627,21	27.003,73	28.007,27
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	9.949,41	-265.919,88	311.829,12
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-75,76	-0,01	9.371,58
sonstige Steuern	-1.086,60	-1.575,66	1.136,17
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	11.111,77	-264.344,21	301.321,37
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	11.111,77	-264.344,21	301.321,37

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2021	30.12.2020	Angaben in
Umsatzrentabilität:	813,37	-22.087,91	20.790,31		%
Eigenkapitalrentabilität:	3,71	-85,16	654,10		%
Cash-Flow:	11.230,58	-18.723,39	301.444,35		T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:					T€
Personalaufwandsquote:					%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2021	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,17	0,22	0,13	%
Eigenkapitalquote:	33,16	7,10	34,70	%
Fremdkapitalquote:	66,84	92,90	65,30	%

e) Lagebericht

Bei diesem Lagebericht handelt es sich um einen zusammengefassten Lagebericht für die KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG und ihre Tochterunternehmen (zusammen „KSBG-Konzern“) sowie die KSBG KG. Auf die wirtschaftliche Entwicklung der KSBG KG wird in einem gesonderten Abschnitt eingegangen. Der Konzernabschluss wurde nach den International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie in der EU anzuwenden sind, und der Einzelabschluss nach den Vorschriften des deutschen Handelsgesetzbuches (HGB) sowie des GmbH-Gesetzes aufgestellt.

Grundlagen des KSBG-Konzerns
Geschäftsmodell des Konzerns
Geschäft

Die KSBG KG ist ein Konsortium aus sechs deutschen Stadtwerke-Gesellschaften der Rhein-Ruhr-Region. Gegenstand des Unternehmens ist neben der Beteiligung an der STEAG GmbH und der Erbringung von Dienstleistungen gegenüber Gesellschaftern insbesondere die Sicherung der nachhaltigen Energieversorgung durch Energieversorgungsunternehmen mit kommunaler Beteiligung. Dieser öffentliche Zweck wurde mit der Beteiligung an der STEAG GmbH erreicht. Darüber hinaus betreibt die KSBG KG drei dezentrale Energieerzeugungsanlagen.

Der KSBG-Konzern ist ein national und international tätiges Unternehmen, das auf Basis seines integrierten Geschäftsmodells seinen Kunden Lösungen und Dienstleistungen in wesentlichen Teilen der energiewirtschaftlichen Wertschöpfungskette anbietet.

Zu den Kernkompetenzen gehören Planung, Realisierung und Betrieb von Erzeugungsanlagen, erneuerbaren Energie- und dezentralen Anlagen, der Strom- und Brennstoffhandel sowie mit der Energieerzeugung verbundene Dienstleistungen. Grundlagen für die Energieerzeugung sind neben fossilen Brennstoffen, Photovoltaik, Wind und Ersatz- sowie Spezialbrennstoffe.

Organisatorische Struktur des Konzerns

Die KSBG KG ist Alleingesellschafterin der STEAG GmbH. Somit ist die KSBG KG gem. § 290 HGB zur Aufstellung eines Konzernabschlusses verpflichtet, in den neben der STEAG GmbH alle wesentlichen in- und ausländischen Tochterunternehmen einbezogen werden.

Da die KSBG KG im Wesentlichen Holdingfunktionen ausübt, wird die Tätigkeit des KSBG-Konzerns durch die Tätigkeit der STEAG GmbH und ihrer Tochtergesellschaften bestimmt. Darüber hinaus nutzt die KSBG KG im Wesentlichen die bei der STEAG GmbH eingerichteten Prozesse und Systeme, um die Geschäftstätigkeit des Konzerns zu überwachen. Hierzu zählen beispielweise Risiko- und Finanzmanagement sowie weitere kaufmännische Prozesse.

Die STEAG GmbH mit Sitz in Essen ist die Führungsgesellschaft des KSBG-Konzerns. Sie hält direkt und indirekt die Anteile an den zum KSBG-Konzern gehörenden Tochterunternehmen. Der STEAG GmbH obliegt die strategische und operative Leitung der Unternehmensbereiche des KSBG-Konzerns, bisher bestehend aus dem Unternehmensbereich Kraftwirtschaft (Geschäftsbereiche Erzeugung, Trading & Optimization (T&O), Fernwärme, Power Minerals (veräußert zum 31. Mai 2021), Energy Services, Technischer Service) sowie dem Unternehmensbereich Erneuerbare Energien und Dezentrale Anlagen (Geschäftsbereiche New Energies, Waste to Energy und KWK Polen).

Als ein wesentliches Ergebnis des Projekts „FUTURE“ hat STEAG den aufgrund gewandelter Marktbedingungen sowie der Beendigung der Kohleverstromung in Deutschland notwendigen Transformationsprozess eingeleitet und sich mit den strategischen Geschäftsbereichen „**Renewables**“ (Erneuerbare Energien), „**Energy Solutions**“ (Dienstleistungen und Energielösungen), „**Asset Management**“ (Anlagen und Beteiligungen) und „**STEAG Verbundkraftwerke**“ (Ausstiegspfad der Steinkohleverstromung der Verbundkraftwerke in Deutschland) neu aufgestellt. Ergänzt werden die neuen strategischen Geschäftsbereiche durch die Querschnittsfunktionen „**Trading**“ (Handelsgeschäft) und „**Digital**“ sowie durch „Steuerungs- und Unterstützungsfunktionen“ (interne Prozesse und Verwaltungsfunktionen). Die erstmalige Berichterstattung in dieser Struktur erfolgt ab dem Geschäftsjahr 2022.

Produkte und Dienstleistungen

Technologieunabhängiger Energieerzeuger

In Deutschland betreibt der KSBG-Konzern zum 31. Dezember 2021 noch Großkraftwerke an vier Standorten. Im Rahmen des Kohleverstromungsbeendigungsgesetzes hat STEAG bereits vier Kraftwerksblöcke im Rahmen von Auktionen zur

Stilllegung angemeldet und wird den Kohlekraftwerkspark in Deutschland weiter sukzessive vom Netz nehmen und endgültig stilllegen.

Die STEAG Beteiligungsgesellschaft mbH und die Siemens Project Ventures GmbH haben das Projekt für den schlüsselfertigen Bau, Betrieb und die langfristige Wartung eines hochmodernen Gas- und Dampfkraftwerks (GuD-Kraftwerks) am bestehenden Standort in Herne (Herne 6) im Jahr 2021 weiter vorangetrieben. Eine kommerzielle Inbetriebnahme des neuen GuD-Kraftwerks ist im Jahr 2022 vorgesehen.

International betreibt der KSBG-Konzern eigene Großkraftwerke in der Türkei, auf den Philippinen und in Kolumbien und arbeitet hierbei langjährig eng mit Partnern zusammen. Die Beteiligungen an der philippinischen und den kolumbianischen Gesellschaften befinden sich aktuell in Verkaufsprozessen.

In Deutschland betreibt der KSBG-Konzern rund 193 Anlagen zur Energieerzeugung aus erneuerbaren Energien bzw. dezentrale Anlagen für die Industrie und Kommunen und zur Wärmeversorgung.

Darüber hinaus erzeugt der KSBG-Konzern Strom und Wärme aus Grubengas sowie der Verbrennung von Hausmüll und ist im Bereich der geothermischen Wärmegewinnung tätig. Zudem ist der KSBG-Konzern ein großer Fernwärmeversorger und Contracting-Anbieter sowie Betreiber von Biomasse-Anlagen.

Kompetenter Handelspartner

Auf der Grundlage langjähriger Erfahrungen im Strom-, Kohle- und CO_2-Geschäft hat der KSBG-Konzern nicht nur ein breites Produkt- und Dienstleistungsportfolio geschaffen, sondern auch eine hohe Handelskompetenz aufgebaut. Dazu zählen die Beschaffung und Vermarktung von Strom, Brennstoffen und CO_2-Emissionsberechtigungen ebenso wie die Kapazitäts- und Energievermarktung von Wärme und Dampf. Daneben ist der KSBG-Konzern ein Importeur und Vermarkter von Steinkohle in Deutschland.

Professioneller Dienstleister

Das Angebot von Energiedienstleistungen gewinnt für den KSBG-Konzern immer mehr an Bedeutung. Der KSBG-Konzern hat über Jahrzehnte Erfahrung und Expertise in der Modernisierung und Optimierung bestehender Anlagen der Energieerzeugung gesammelt und ist als Anbieter von ganzheitlichen Lösungen für eine Energieversorgung, die auf Kundenanforderungen zugeschnitten sowie umweltfreundlich und zugleich wirtschaftlich sind, etabliert.

Engineering- und Betreiberlösungen für alle Bereiche der Energieerzeugung gehören zum Kompetenzfeld des KSBG-Konzerns. Die Experten der Tochtergesellschaft STEAG Energy Services GmbH sind international und mit eigenen Gesellschaften in Brasilien, Botswana, Spanien, der Türkei, der Schweiz, den USA und Indien aktiv. Es werden Projekte in den Technologiefeldern erneuerbare Energien, konventionelle Energie, Kerntechnik und Energiespeichersysteme verfolgt.

Organisatorische Veränderungen

Der KSBG-Konzern hat mit dem Projekt FUTURE die strategische Neuausrichtung der Geschäftsbereiche sowie eine Optimierung der Strukturen und Abläufe im Konzern verfolgt. Eine organisatorische Neuaufstellung unterstützt sowohl geplante Kosteneinsparungen in der Verwaltung als auch Verbesserungen in der Steuerungsfähigkeit des Geschäftsbetriebs.
In der ersten Stilllegungsauktion für Steinkohlekraftwerke am 1. Dezember 2020 ist der Block Walsum 9 bezuschlagt worden. Für den KSBG-Konzern bedeutet die Entscheidung, dass der Block Walsum 9 ab Januar 2021 nicht mehr am Strommarkt teilnehmen durfte. Endgültig vom Netz genommen wurde er zum 1. Juli 2021. Mit der Bezuschlagung von Walsum 9 ist sichergestellt, dass die von der Stilllegung betroffenen Mitarbeiter einen gesetzlichen Anspruch auf ein Anpassungsgeld (APG) bei vorzeitigem Eintritt in den Ruhestand besitzen. Auch an der zweiten Stilllegungsauktion am 4. Januar 2021 hat sich STEAG beteiligt, wurde jedoch nicht mit einem Zuschlag berücksichtigt.

Am 2. Februar 2021 hat STEAG die seit 2017 in der Netzreserve befindlichen saarländischen Kraftwerksblöcke Weiher 3 und Bexbach bei der Bundesnetzagentur zur endgültigen Stilllegung angemeldet. Amprion hat daraufhin die Verlängerung der Systemrelevanz über das Jahr 2022 hinaus bis zum 31. März 2025 beantragt. In einem Vorentscheid hat die Bundesnetzagentur diesem Antrag bereits stattgegeben. Erst nach Ende der Systemrelevanz dürfen beide Blöcke endgültig stillgelegt werden.

Am 4. Mai 2021 hat STEAG die vorläufige Stilllegung der beiden Blöcke des Heizkraftwerks Völklingen-Fenne und des Kraftwerks Bergkamen bei der Bundesnetzagentur beantragt. Am 14. Juli 2021 hat die Bundesnetzagentur bekannt gegeben, dass STEAG in der dritten Stilllegungsauktion Zuschläge für Stilllegungsprämien für das Kraftwerk Bergkamen sowie das Heizkraftwerk (HKV) und das Modellkraftwerk (MKV) im saarländischen Völklingen erhalten hat. Die Bezuschlagung in der dritten Stilllegungsauktion bedeutet, dass die drei STEAG-Kraftwerke ab dem 31. Oktober 2022 im Zuge einer kommerziellen Nutzung keine Kohle mehr verfeuern dürfen. Der Übertragungsnetzbetreiber Amprion hat die Blöcke nach mehrmonatiger Überprüfung im März 2022 als systemrelevant einstuft. Die Bundesnetzagentur muss diese Empfehlung noch abschließend bewerten.

Am 23. Dezember 2020 haben STEAG und die Societatea de Producere a Energiei Electrice în Hidrocentrale Hidroelectrica S.A. (Hidroelectrica) einen Vertrag über den Verkauf der STEAG-Anteile an der rumänischen Tochtergesellschaft

Crucea Wind Farm S. A. (Crucea Wind Farm) und STEAG Energie Romania S.R.L. (STEAG Energie Romania) unterzeichnet. Der Vollzug der Transaktion hat am 11. März 2021 stattgefunden.

Am 17. Dezember 2020 wurde der Anteilskaufvertrag über den Verkauf von 100 Prozent der Anteile an dem türkischen Windpark STEAG Rüzgar Süloğlu Enerji Uretim ve Ticaret A.S. sowie der Betreibergesellschaft STEAG Turkey Enerji Yatirimlari ve Hizmetleri unterschrieben. Der Vollzug der Transaktion erfolgte am 4. August 2021.

Am 10. März 2021 haben STEAG und die EP Power Europe, a.s. (EPPE), eine Tochtergesellschaft der Energetický a průmyslový holding, a.s. (EPH) einen Vertrag über den Verkauf der STEAG-Anteile an der STEAG Power Minerals GmbH sowie deren Tochterunternehmen unterzeichnet. Der Vollzug der Transaktion hat am 31. Mai 2021 stattgefunden.

Am 24. September 2021 haben die STEAG Walsum 10 Kraftwerksbeteiligungsgesellschaft mbH und die EVN Kraftwerks- und Beteiligungsgesellschaft mbH (EVN) einen Anteilskauf- und Übertragungsvertrag geschlossen. Hiernach übernahm STEAG die 49 Prozent der Anteile von EVN an dem Kraftwerksprojekt Walsum 10 und wurde damit alleinige Gesellschafterin. Der mit der EVN bestehende Stromliefervertrag wurde gegen Zahlung eines Ablösungsbetrags vorzeitig beendet. Die erhaltenen Gelder wurden im Wesentlichen zur Ablösung der Projektfinanzierung des Kraftwerks verwendet.

Am 12. Februar 2021 wurde Carsten König als Chief Transformation Officer (CTO) zum Mitglied der Geschäftsführung der STEAG GmbH bestellt. Nach zahlreichen Verhandlungsrunden zum Gesamtfinanzierungskonzept von STEAG und der KSBG sowie der Verbesserung der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens ist STEAG in eine neue Transformationsphase mit veränderten Schwerpunkten eingetreten. Infolgedessen gab es Anfang August einen erneuten Wechsel in der Geschäftsführung. Zum 2. August 2021 wurde Ralf Schmitz neu in die Geschäftsführung der STEAG GmbH berufen und Carsten König hat sein Amt als Geschäftsführer niedergelegt. Zum 15. September 2021 hat Dr. Heiko Sanders sein Amt als Geschäftsführer der STEAG GmbH niedergelegt.

Mit Datum vom 17. Dezember 2021 haben die Kommanditisten der KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG (KSBG) sowie die Gesellschafter der KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft GmbH (KSBG GmbH) jeweils 89,9 % der Kommandit- bzw. Geschäftsanteile an den beiden Gesellschaften im Rahmen eines Treuhandvertrages an die KSBGTH GmbH übertragen. Das wirtschaftliche Eigentum der Anteile verbleibt weiterhin bei den ursprünglichen Kommanditisten bzw. Gesellschaftern.

Zum Jahresende 2021 hat Joachim Rumstadt auf eigenen Wunsch sein Amt als Vorsitzender der Geschäftsführung der STEAG GmbH niedergelegt. Zum 1. Januar 2022 wurde Dr. Andreas Reichel als Nachfolger zum Sprecher der Geschäftsführung der STEAG GmbH bestellt.

Strategie

Mit einem Geschäftsmodell, das sich auf die in mehr als acht Jahrzehnten aufgebauten Erfahrungen bei der Lösung von komplexen energiewirtschaftlichen Problemstellungen stützt, ist die Geschäftsführung überzeugt, dass der KSBG-Konzern für seine Kunden auch in Zukunft einen deutlichen Mehrwert schaffen und aussichtsreiche Wachstumsfelder für sich erschließen wird. Schwerpunkt werden die „drei D der Energiewirtschaft“ -Dienstleistungen, Digitalisierung und Dekarbonisierung- bilden.

Im Bereich **Renewables** werden erneuerbare Energien durch EPC-Projekte und selektive Projektentwicklung weiter ausgebaut. Während mit PV flexibel internationale Märkte bedient werden, konzentriert sich die Entwicklung von Windprojekten auf Frankreich. Die Vermarktung von PV- und Windparks durch Green-PPAs (langfristige „grüne“ Stromvermarktungsverträge) durch den Bereich Trading werden das Leistungsspektrum ergänzen.

Der Bereich **Energy Solutions** adressiert insbesondere den Ausbau und die Weiterentwicklung von intelligenten, ganzheitlichen Energielösungen für unsere Kunden unter Nutzung der Trends zu Dekarbonisierung, Digitalisierung und Dezentralisierung sowie am Markt ausgerichtete Betriebsführungen. Dabei positioniert sich STEAG als ganzheitlicher Lösungsanbieter und Investitionspartner für Dekarbonisierungsprojekte der Industrie und Kommunen. Bei der Anbahnung, Entwicklung und Realisierung von Projekten spielt die energiewirtschaftliche Kompetenz eine wesentliche Rolle, sodass dies im Schulterschuss mit dem Bereich Trading erfolgt. Unter Nutzung aller Kompetenzen und der bisherigen Erfahrungen positioniert sich STEAG weiterhin als Planungsspezialist im wachsenden Markt für Energieprojekte aller Art. Hierbei richtet sich der Fokus künftig unter anderem auch auf Wasserstoff- und Speicherprojekte.

Der Bereich **Asset Management** stellt einen ganzheitlichen Blick auf die Beteiligungen an internationalen Großkraftwerken und nationalen und internationalen Partnerschaften sicher und übernimmt die Betreuung, Bewertung und Optimierung sowie die Beauftragung von Asset-Service-Dienstleistungen. In diesem Geschäftsbereich bündelt STEAG die für eigene Beteiligungen und Großanlagen notwendige technische und wirtschaftliche Kompetenz und entwickelt ein neues Steuerungsverständnis.

Der Bereich **STEAG Verbundkraftwerke** verantwortet den Betrieb, die Instandhaltung sowie die Vorbe-reitung und Durchführung des Auslaufbetriebs der deutschen Verbund-Steinkohlekraftwerke an Ruhr und Saar.

Im Bereich **Trading** werden die Handelsaktivitäten mit hoher Standardisierung und Automatisierung neu aufgestellt. Der Fokus wechselt von der Bewirtschaftung der eigenen Steinkohlekraftwerke in Deutsch-land hin zur Entwicklung neuer Vermarktungslösungen für dezentrale Anlagen, Flexibilitäten sowie Green PPAs („grüne“ Stromlieferverträge) auch für Dritte.

Im Bereich **Digital** stellt sich STEAG zur Entwicklung und Vermarktung digitaler Geschäftsmodelle neu auf. Im Fokus steht die Entwicklung einer digitalen Serviceplattform, die Services und Tools insbeson-dere zum Performance-Monitoring, zur Sicherstellung der Transparenz über Zustand und Wirtschaftlichkeit von Energieanlagen bis hin zu einer optimierten Bewirtschaftung von Energiesystemen zusammenfasst und einer breiten internationalen Kundenbasis anbietet. Dies sowohl eigenständig als auch in Partnerschaften. Darüber hinaus werden weitere Initiativen zur Digitalisierung von Geschäftsmodellen vorangetrieben.

Forschung und Entwicklung

Die Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten des KSBG-Konzerns konzentrierten sich im Jahr 2021 wie bereits in Vorjahren auf anwendungsnahe Themen und nicht auf die Grundlagenforschung. Die besondere Bedeutung der Digitalisierung durch den Aufbau neuer digitaler Geschäftsmodelle wurde dabei weiter ausgebaut. Dies betrifft sowohl die zentrale Forschung und Entwicklung der STEAG GmbH als auch die der Tochtergesellschaften.

Das Anfang 2017 mit insgesamt 46 Partnern im Rahmen des Förderprogramms „Schaufenster intelligente Energie – Digitale Agenda für die Energiewende“ (SINTEG) des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie gestartete Vorhaben „Designnetz“ wurde im März 2021 abgeschlossen. In der SINTEG-Initiative wurden in großflächigen Modellregionen übertragbare Musterlösungen für eine sichere, wirtschaftliche und umweltverträgliche Energieversorgung bei zeitweise 100 Prozent Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien entwickelt und demonstriert. Der im Rahmen dieses Projekts am Standort Fenne errichtete Elektrodenkessel sowie der Fernwärmespeicher der Fernwärme-Verbund Saar GmbH wurden mit anderen Pilotprojekten über moderne Methoden zum Datenaustausch (Stichwort „Internet of Things“) an ein übergreifendes „Systemcockpit“ angebunden.

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie hat 2019 den Ideenwettbewerb „Reallabore der Energiewende“ ausgeschrieben. Im Juli 2019 wurde vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie die Projektskizze „HydroHub Fenne“ zur Errichtung Elektrolyseurs am Standort Fenne zu einem der 20 Gewinner des Ideenwettbewerbs ernannt. Das Projekt wurde in 2021 mit dem Partner Siemens weiterverfolgt, mit dem Ziel im Verbund eine grenzüberschreitende Wasserstoffwirtschaft im Saarland, in Frankreich und in Luxemburg aufzubauen. Gemeinsam mit Projektkomponenten der Creos und der Stahl-Holding-Saar wurde der HydroHub erfolgreich im Rahmen einer nationalen Vorauswahl als Important Project of Common European Interest (IPCEI) qualifiziert und befindet sich in der Pränotifizierungsphase des Verfahrens zur beihilferechtlichen Genehmigung durch die Europäische Kommission.

Digitale Geschäftmodelle werden wichtige Bestandteile des Portfolios zukünftiger Unternehmen sein. Die STEAG hat daher in 2021 begonnen, das im Vorjahr erarbeitete Konzept für die Realisierung und Vermarktung einer digitalen Plattform umzusetzen. Diese Plattform soll als Betriebssystem der Energiewirtschaft weltweit und aus einer Hand Softwareprodukte und Dienstleistungen kostengünstig und skalierbar für die dezentraleren, erneuerbaren Energiesysteme der Zukunft anbieten. Im April 2021 wurde ein Letter of Intent über den weiteren Aufbau der Zusammenarbeit mit einem möglichen Partner (der Software AG) unterzeichnet und in diesem Rahmen bis Oktober 2021 erfolgreich ein gemeinsamer Proof of Concept für die weitere Entwicklung der Plattform erstellt. Die Partnerschaft wurde zwischenzeitlich beendet. Aktuell werden neue Ansätze mit potenziellen Partnern bezüglich einer weiteren Zusammenarbeit ausgearbeitet.

Die Umsetzung der digitalen Plattform wird begleitet durch den Aufbau von KnowHow im Umfeld der Anwendung von künstlicher Intelligenz insbesondere im Kontext der erneuerbaren Energien: 2021 wurde im Rahmen des Spitzenclusters für industrielle Innovationen des Landes NRW das 2020 gestartete Forschungsprojekt „Digitales Services Center“ weiter öffentlich gefördert. In dem Projekt beschäftigen sich Mitsubishi Hitachi Power Systems, der KSBG-Konzern und das Fraunhofer-Institut für Intelligente Analyse- und Informationssysteme mit den industriellen Einsatzmöglichkeiten von maschinellem Lernen, um diese Methoden für die intelligente Überwachung von kleineren dezentralen Anlagen der zukünftigen Energielandschaft nutzbar zu machen. Die Laufzeit des Projektes ist bis Mitte 2023 geplant. Ergänzend dazu beteiligt sich der STEAG Konzern als assoziierter Partner am ADWENTURE Projekt des Fraunhofer Institutes für Energiewirtschaft und Energiesystemtechnik, im dem ein Fehlerfrühwarnsystem für Windenenergieanlagen entwickelt werden soll.

Wirtschaftsbericht
Wirtschaftliche Rahmenbedingungen
Gesamtwirtschaftliche Entwicklung[1]

Die deutsche Wirtschaft lässt die Pandemie langsamer als erwartet hinter sich, denn das immer wieder aufflammende Infektionsgeschehen hat insbesondere die Erholung bei den Dienstleistern mehrmals ausgebremst. Die Industrie leidet – trotz voller Auftragsbücher – unter globalen Störungen der Lieferketten für wichtige industrielle Vorprodukte. Dadurch schwächten sich die Exporte merklich ab. Auch die Unternehmensinvestitionen wurden durch die Lieferengpässe beeinträchtigt, da die Investitionsgüterproduzenten ebenfalls unter den Lieferengpässen diverser Rohstoffe und Vorprodukte, sowie Logistikprobleme leiden. Der Arbeitsmarkt nahm im Laufe des Jahres langsam Fahrt auf. Die im Zuge der Lockdowns ab November 2020 zeitweilig auf weit über drei Mio. hochgeschnellte Zahl an KurzarbeiterInnen hat sich seit dem Frühjahr 2021 halbiert. Neben der Rückkehr Kurzzeitarbeitender in die reguläre Beschäftigung folgte im Jahresverlauf auch ein Beschäftigungsaufbau. Die Inflation ist in Deutschland merklich angestiegen, getrieben von einem hohen Anstieg

[1] Die nachfolgenden Ausführungen basieren im Wesentlichen auf Kieler Konjunkturberichte, Institut für Weltwirtschaft (IFW) Kiel, Deutsche Konjunktur, Nr. 86 (2021/Q4) , Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) Berlin, Wochenbericht Nr. 37/2021, RWI - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) Essen, RWI Konjunkturberichte 72 (2021) Heft 3, Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, Gemeinschaftsdiagnose vom Herbst 2021.

der Energiepreise und der Rücknahme der vorübergehenden Senkung der Umsatzsteuersätze zu Beginn des Jahres 2021. Insgesamt legte die Inflation in 2021 mit 3,1 Prozent deutlich zu (2020: 0,5 Prozent). Alles in allem ist das Bruttoinlandsprodukt in 2021 um 2,8 Prozent gestiegen, nachdem es im Vorjahr noch um 4,6 Prozent rückläufig war.

Energieverbrauch und -erzeugung[2]

Der Primärenergieverbrauch in Deutschland ist im Jahr 2021 gegenüber dem Vorjahr um 2,6 Prozent gestiegen. Dies ist vor allem auf die gesamtwirtschaftliche Erholung und die gegenüber dem Vorjahr kühlere Witterung zurückzuführen. Der Anstieg beim Energieverbrauch erstreckt sich bis auf Mineralöl auf alle fossilen Energieträger. So nahm der Verbrauch von Steinkohle und der von Braunkohle jeweils um rund 18 Prozent zu. Der Anstieg beim Erdgas mit knapp 4 Prozent resultiert hauptsächlich aus der in den ersten fünf Monaten deutlich kühleren und größtenteils eher windarmen Witterung, die zum Mehreinsatz von Erdgas sowohl in der Wärme- wie auch in der Stromerzeugung führte. Der Verbrauch von Mineralöl fiel 2021 gegenüber dem Vorjahr um 5,1 Prozent, vor allem bei leichtem Heizöl, da im Vorjahr viele Verbraucher bei niedrigen Preisen ihre Tanks aufgefüllt hatten. Auch die Nutzung der Kernenergie nahm mit 7,2 Prozent deutlich zu. Dagegen verminderten die erneuerbaren Energien ihren Beitrag zum Primärenergieverbrauch nur leicht um 0,2 Prozent. Im Jahr 2021 beträgt der Anteil erneuerbarer Energien am deutschen Energieverbrauch 16,1 Prozent (2020: 16,5 Prozent).

Stromverbrauch

Der Stromverbrauch 2021 ist in Summe gegenüber 2020 um rund 7,8 TWh auf 565,3 TWh gestiegen. Die Bruttostromerzeugung nahm um 1,9 Prozent zu (2021: 584,5 TWh vs. 2020: 573,6 TWh). Der Exportüberschuss betrug 19,2 TWh (2020: 18,9 TWh).

Energiepreisentwicklung

Im Verlauf des Jahres 2021, insbesondere in der zweiten Jahreshälfte, konnte ein zum Teil deutlicher Preisanstieg an den internationalen Rohstoffmärkten beobachtet werden.

Der durchschnittliche Preis für Erdgas im Marktgebiet Net Connect Germany/Trading Hub Europe[3] stieg im Jahr 2021 gegenüber dem Vorjahr um rund 390 Prozent auf 46,6 €/MWh (2020: 9,5 €/MWh) an. Die starke Zunahme des Erdgaspreises in 2021 ist eine Folge niedriger Speicherfüllstände nach einem langen Winter 2019/2020. Zudem wurden die Gasspeicher im Sommer nur langsam aufgefüllt, unter anderem bedingt durch die nicht erfolgte Inbetriebnahme der Gaspipeline Nord-Stream 2 und Instandhaltungsarbeiten an Europas Gasinfrastruktur. Die Erholung der Konjunktur führte nachfrageseitig zu einer weiteren Verknappung. Die steigende LNG Nachfrage in Asien führte zu zeitweise weniger LNG-Importen nach Europa. Der Spotpreis für Erdgas nahm im Jahresverlauf deutlich zu. Lag er im Januar noch bei knapp 20 €/MWh erreichte er im Schlussquartal Höchstwerte von bis zu 183 €/MWh.

Im Vergleich zum Vorjahr hat der API#2, der für Europa relevante Preisindex für Steinkohle, einen Preisanstieg von rund 142 Prozent verzeichnet, infolge des deutlichen Gaspreisanstiegs und der damit höheren Nachfrage nach Kohle. Zusätzlich hat die diesjährige rasche globale wirtschaftliche Erholung die Kohlenachfrage angetrieben. Da das Angebot nicht mit der starken Nachfrage u.a. in China Schritt halten konnte, stiegen die Kohlepreise an den internationalen Kohlemärkten. Dabei wurden historische Höchstwerte von fast 300 USD/t erreicht. Nachdem der Preis für Steinkohle 2020 im Durchschnitt noch 50,4 USD/t betrug, stieg dieser 2021 auf 122,2 USD/t.

Im europäischen Emissionshandel markierte das Jahr 2021 den Beginn der vierten Handelsphase und den Austritt Großbritanniens aus dem europäischen Handelssystem. In Erwartung einer künftigen Verknappung erreichten die Preise für europäische Emissionszertifikate in 2021 einen neuen Höchststand mit knapp 90 €/t. Ein geringeres Angebot, die Ankündigung einer Verschärfung der Klimaziele der EU bis 2030 und ein Zustrom von Spekulanten haben die Preise in der EU-Allowances („EUA“) in die Höhe getrieben. Höhere Emissionen des Stromsektors aus der wieder zunehmenden Kohleverstromung im Jahr 2021 haben die Preise ebenfalls gestützt. Alles in allem lag das durchschnittliche Niveau im Jahr 2021 mit 53,2 €/t auf einem im Vergleich zum Vorjahr deutlich höherem Niveau (24,7 €/t).

Nach dem Rückgang der Strompreise in den Vorjahren, verzeichneten diese im Jahr 2021 einen deutlichen Anstieg. So stiegen die durchschnittlichen Spotpreise mit mehr als 217 Prozent gegenüber dem Vorjahr an und lagen an der europäischen Strombörse EPEX Spot bei 96,9 €/MWh (2020: 30,5 €/MWh). Auch der Peak-Kontrakt stieg um rund 221 Prozent an und erreichte im Durchschnitt 105,2 €/MWh (2020: 32,8 €/MWh). Dieser Preisanstieg ist vor allem auf die relativ schwache Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien und die stark angestiegenen Erzeugungskosten zurückzuführen.

Geschäftsverlauf

Der Geschäftsverlauf des Jahres 2021 ist wie bereits das Vorjahr wesentlich geprägt durch einmalige Ergebniseffekte. So war das Geschäftsjahr 2020 maßgeblich belastet durch die Corona-Pandemie, die Verabschiedung des Gesetzes zur Reduzierung und zur Beendigung der Kohleverstromung (KVBG) sowie das Transformationsprojekt FUTURE. Im Geschäftsjahr 2021 haben sich dagegen Einmaleffekte aus dem Zuschlag in der dritten Stilllegungsauktion sowie der Ablösezahlung von EVN zur Aufhebung des Stromliefervertrags positiv auf das Ergebnis ausgewirkt.

[2] Alle Daten zu Energieverbrauch und -erzeugung sowei Stromverbrauch sind vorläufige Angaben der AG Energiebilanzen e. V. (Stand: Dezember 2021)

[3] Die zwei bisherigen Gasmarktgebiete GASPOOL (GPL) und NetConnect Germany (NCG) wurden zum 01.10.2021 in das neue gesamtdeutsche Gasmarktgebiet Trading Hub Europe (THE) zusammengeführt.

Im dritten Quartal 2021 sind die Gas-, Kohle- und Strompreise erheblich gestiegen. Hierdurch ergibt sich eine verbesserte Margensituation für die inländischen Kohlekraftwerke. In Folge der Preisanstiege wurden zur Begrenzung der Liquiditätsrisiken aus dem Clearing & Margining im Rahmen des Risikorahmenkonzepts des Handelsbereichs Gegengeschäfte zu den bereits abgeschlossenen Termingeschäften erforderlich. Dies hatte zur Folge, dass ein Großteil der Vermarktung der inländischen Kraftwerke über den Spotmarkt mit entsprechenden Marktchancen und -risiken erfolgte. Im Wesentlichen aus dem Abschluss dieser Geschäfte resultierte im Geschäftsjahr 2021 ein außerordentlicher Aufwand aus der Bewertung der unrealisierten Derivate und Finanzinstrumente in Höhe von 179,0 Mio. €, welcher sich im Wesentlichen bis zum Ende des ersten Quartals 2022 gegenläufig auswirkt und durch höhere Spoterlöse überkompensiert wird.

Lage
Ertragslage
Ergebnis 2021

Zur internen Steuerung und als Indikator für die nachhaltige Ertragskraft des Konzerns werden die Kennzahlen EBITDA und EBIT verwendet. Im Rahmen der Neuaufstellung des STEAG-Konzerns erfolgte eine Anpassung der Definitionen des EBIT, EBITDA und neutralen Ergebnisses zum 31. Dezember 2021. Demnach werden die im Finanzergebnis abgebildeten Werte für das Beteiligungs-, das Equity-Ergebnis und das sonstige Finanzergebnis nicht weiter dem EBIT und EBITDA hinzugerechnet. Darüber hinaus erfolgte eine Anpassung der Definition und Bezeichnung des bisher als „Neutrales Ergebnis“ und zukünftig als „Außerordentliches Ergebnis“ bezeichneten Ergebnisanteils. Es handelt sich nunmehr um das um Sondereffekte (Außerordentliches Ergebnis) bereinigte Ergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen (EBITDA) bzw. vor Zinsen und Steuern (EBIT).

Mit dem Außerordentlichen Ergebnis wird das in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesene Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit um Effekte bereinigt, die zwar für die Beurteilung der Ertragslage wesentlich, jedoch kein Indikator für die operative Wertschöpfung des Unternehmens sind, um so ein nachhaltiges betriebliches Ergebnis zu ermitteln und auszuweisen. Hierzu zählen insbesondere Ergebnisse aus der Änderung von Bewertungsmethoden, Aufwendungen aus Restrukturierungen, Wertminderungen und –aufholungen, Ergebnisse aus sonstigen außerordentlichen Geschäftsvorfällen sowie Ergebnisse aus unrealisierten Effekten aus der Derivatebewertung.

Im Geschäftsjahr 2021 haben sich die Kennzahlen Umsatzerlöse, EBITDA und EBIT des KSBG-Konzerns wie folgt entwickelt.

EBITDA* und EBIT* KSBG-Konzern

in Millionen €	**2021**	2020	2020**	Veränd. in %
Umsatzerlöse	2.761,6	2.013,1	2.013,1	37,2
EBITDA	369,3	368,5	366,0	0,2
EBIT	186,3	132,0	136,2	41,1
EBITDA-Marge in %	**13,4%**	**18,3%**	**18,2%**	
EBIT-Marge in %	**6,7%**	**6,6%**	**6,8%**	

*Gemäß der KSBG Definition 2021, bereinigt um außerordentliche Effekte
**Gemäß der KSBG Definition 2020, bereinigt um neutrale Effekte

Mit einer Erhöhung der Umsatzerlöse um 37,2 Prozent auf 2,8 Milliarden € wurde die Vorjahreserwartung eines Anstiegs auf 2,2 Milliarden € deutlich übertroffen.

Auch das EBIT hat mit 186,3 Mio. € das Budget um 98,4 Mio. €, den Wert des Geschäftsjahres 2020 von 132,0 Mio. € um 54,3 Mio. € und somit die Prognoseerwartung übertroffen. Die EBIT-Marge (EBIT/Umsatz) ist von 6,8 Prozent auf 6,7 Prozent gesunken.

Das EBITDA hat mit 369,3 Mio. € das Budget um 97,9 Mio. € übertroffen und liegt knapp über dem Wert des Geschäftsjahres 2020 von 368,5 Mio. €. Die EBITDA-Marge (EBITDA/Umsatz) liegt mit 13,4 Prozent unter dem Niveau des Vorjahres von 18,2 Prozent.

Die nachfolgende Überleitung vom Ergebnis vor Finanzergebnis und Ertragsteuern zum um außerordentliche Effekte bereinigten EBIT und EBITDA stellt dar, dass die Ergebnisgrößen im Geschäftsjahr 2021 erneut in einem hohen Maße durch Sondereffekte beeinflusst wurden.

Überleitung EBIT* und EBITDA* KSBG-Konzern

in Millionen €	**2021**	2020
Ergebnis vor Finanzergebnis und Ertragsteuern	**298,1**	**-121,7**
Außerordentliche Effekte aus dem KVBG	-105,0	158,7
Außerordentliche Restrukturierungsrückstellungen KVBG und FUTURE	29,3	68,7
Außerordentliche Effekte aus dem Ausstieg EVN	-229,3	-
Außerordentliche Effekte aus den Transformationsprogramm FUTURE und STEAG 2022	40,1	-3,8
Andere außerordentliche Wertaufholungen und Wertberichtigungen	-9,9	36,9
Außerordentliche Effekte aus der Sicherung von Commodities	182,4	28,7
Außerordentliche Effekte aus Portfoliomaßnahmen	-21,5	-
Weitere Effekte	2,1	-31,3
EBIT	**186,3**	**136,2**
Abschreibungen und Wertminderungen laut GuV	415,6	434,7
Wertaufholungen laut GuV	-1,4	-19,7
Wertminderungen at Equity-Beteiligungen	-	15,1
Wertaufholungen at Equity-Beteiligungen	-	-2,3
zzgl. außerordentlicher Wertaufholungen und Wertminderungen	-231,2	-198,0
EBITDA	**369,3**	**366,0**

*Gemäß der KSBG Definition, bereinigt um außerordentliche Effekte

Die außerordentlichen Effekte aus dem Ausstieg EVN beinhalten die Erträge aus der Ablösezahlung für die Aufhebung des Stromliefervertrags sowie daraus resultierende außerordentliche Wertminderungen auf das Kraftwerk Walsum 10.

Die in dem Punkt KVBG zusammengefassten außerordentlichen Sachverhalte betreffen insbesondere Wertminderungen auf das Anlagevermögen und das Magazinmaterial der deutschen Verbundkraftwerke sowie Anpassungen von Rückstellungen und Erträge aus Stilllegungsauktionen.

Die anderen außerordentlichen Wertaufholungen und Wertberichtigungen betreffen die Zuschreibung von Finanzanlagen. Das Vorjahr betraf insbesondere Wertminderungen auf das Geothermieprojekt in Indonesien, auf Fernwärmeaktivitäten und auf ein amerikanisches Gemeinschaftsunternehmen sowie Wertaufholungen auf einen Windpark in Rumänien und ein Solarthermiekraftwerk in Spanien.

Gewinn- und Verlustrechnung KSBG-Konzern

in Millionen €	**2021**	2020
Umsatzerlöse	2.761,6	2.013,1
Bestandsveränderung der Erzeugnisse	8,8	2,2
Andere aktivierte Eigenleistungen	1,4	1,2
Sonstige betriebliche Erträge	1.198,1	275,5
Materialaufwand	-1.965,6	-1.241,9
Personalaufwand	-387,9	-441,2
Abschreibungen und Wertminderungen	-415,6	-434,7
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-902,7	-295,9
Ergebnis vor Finanzergebnis und Ertragsteuern	**298,1**	**-121,7**
Zinserträge	9,6	8,5
Zinsaufwendungen	-101,9	-90,7
Ergebnis aus at Equity bilanzierten Unternehmen	2,2	-3,6
Sonstiges Finanzergebnis	0,1	0,1
Finanzergebnis	**-90,0**	**-85,7**
Ergebnis vor Ertragsteuern	**208,1**	**-207,4**
Ertragsteuern	37,2	-39,5
Ergebnis nach Steuern	**245,3**	**-246,9**
Davon entfallen auf		
andere Gesellschafter	34,6	39,1
Gesellschafter der KSBG KG (Konzernergebnis)	210,7	-286,0

Außenumsatz nach Unternehmensbereichen

in Millionen €	2021	2020	Veränd. in %
Kraftwirtschaft	2.463,9	1.656,4	48,8
Erneuerbare Energien und Dezentrale Anlagen	297,7	356,7	-16,5
KSBG-Konzern	**2.761,6**	**2.013,1**	**37,2**

Die Umsatzerlöse erhöhten sich insgesamt um 37,2 Prozent auf 2.761,6 Mio. € (Vorjahr: 2.013,1 Mio. €). Der Anstieg der Erlöse aus dem Verkauf von Gütern resultiert im Wesentlichen aus einer Erhöhung der Stromproduktion in Deutschland sowie aus einem gestiegenen Preisniveau am Absatzmarkt. Der Anstieg der Erlöse aus Dienstleistungen resultiert im Wesentlichen aus Neuprojekten. Gegenläufig wirkt sich der Rückgang bei den Erlösen aus Fertigungsaufträgen aus.

Der gesamte Energieabsatz aus eigener und für Kunden betriebener Leistung im Unternehmensbereich Kraftwirtschaft sank gegenüber 2020 um 2,8 Prozent auf 14.919 $GWh_{ä}$[4] (Vorjahr: 15.355 $GWh_{ä}$). Der Rückgang des Energieabsatzes ist insbesondere auf die Verringerung des Energieabsatzes im Ausland auf 8.634 $GWh_{ä}$ (Vorjahr: 10.350 $GWh_{ä}$) zurückzuführen. Die vermarktete Kraftwerksleistung in Deutschland erhöhte sich dagegen auf 6.285 $GWh_{ä}$ (Vorjahr: 5.005 $GWh_{ä}$). Der Wärmeabsatz aus dem Unternehmensbereich Erneuerbare Energien und Dezentrale Anlagen erhöhte sich um 7,1 Prozent auf 2.277 GWh_{th} (Vorjahr: 2.127 GWh_{th}) und der Stromabsatz aus diesem Unternehmensbereich sank um 20,0 Prozent auf 2.082 GWh_{el} (Vorjahr: 2.603 GWh_{el}).

Der Rückgang des Umsatzes im Unternehmensbereich Erneuerbare Energien und Dezentrale Anlagen um 16,6 Prozent liegt im Wesentlichen an der Veräußerung der Windparks in der Türkei und Rumänien und der damit entfallenden Umsatzerlöse dieser Gesellschaften.

Die Bestandsveränderungen der angearbeiteten Leistungen liegen mit 8,8 Mio. € (Vorjahr: 2,2 Mio. €) um 6,6 Mio. € über dem Vorjahreswert; die anderen aktivierten Eigenleistungen sind mit 1,4 Mio. € (Vorjahr: 1,2 Mio. €) nahezu unverändert zum Vorjahr.

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind im Vergleich zum Vorjahr von 275,5 Mio. € um 922,6 Mio. € auf 1.198,1 Mio. € im Berichtsjahr gestiegen. Die Erhöhung im Vergleich zum Vorjahr ist im Wesentlichen auf um 288,9 Mio. € höhere Erträge aus der Bewertung von Derivaten (ohne Zinsderivate) in Höhe von 396,0 Mio. € (Vorjahr: 107,1 Mio. €) zurückzuführen. Die Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen fallen mit 10,4 Mio. € um 36,8 Mio. € niedriger aus als im Vorjahr (Vorjahr: 47,2 Mio. €). Dies liegt im Wesentlichen an der im Vorjahr erfolgten Auflösung von Rückstellungen im Zusammenhang mit der Verkürzung von Standortsicherungsverpflichtung für den Kraftwerksstandort Voerde in Höhe von 28,2 Mio. €. Die Erträge aus Wertaufholungen von 1,4 Mio. € betreffen insbesondere Ausleihungen und sonstige Forderungen. Im Vorjahr wurden im Wesentlichen Wertaufholungen auf den Windpark in Rumänien von 19,7 Mio. € realisiert. Die Übrigen Erträge in Höhe von 650,9 Mio. € umfassen eine Vielzahl betrieblicher Erträge. Unter anderem werden hier die Entschädigungszahlung für die Aufhebung des Stromliefervertrags mit dem österreichischen Energiekonzern EVN sowie die Erlöse aus dem Zuschlag der dritten Stilllegungsauktion ausgewiesen.

Der Anstieg des Materialaufwandes um 723,7 Mio. € steht in Zusammenhang mit gestiegenen Aufwendungen für CO_2-Emissionszertifikate und einer höheren Beschäftigung der inländischen Kraftwerke.

Der Personalaufwand hat sich um 53,3 Mio. € auf 387,9 Mio. € (Vorjahr: 441,2 Mio. €) vermindert. Die durchschnittliche Mitarbeiterzahl ist im KSBG-Konzern von 6.148 auf 5.754 Mitarbeiter gesunken. Ursache für den Rückgang des Personalaufwands sind vor allem geringere Restrukturierungsaufwendungen im Zusammenhang mit dem Transformationsprojekt FUTURE und den Kraftwerksschließungen infolge der Umsetzung des KVBG in Höhe von 22,3 Mio. € (Vorjahr: 68,6 Mio. €).

Die Abschreibungen und Wertminderungen von 415,6 Mio. € (Vorjahr: 434,7 Mio. €) betreffen mit 176,0 Mio. € (Vorjahr: 222,6 Mio. €) planmäßige Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte, Sachanlagen und als Finanzinvestition gehaltene Immobilien. Die Wertminderungen von 239,6 Mio. € betreffen mit 208,4 Mio. € Wertminderungen auf fortgeführte Aktivitäten (Vorjahr: 212,2 Mio. €) und mit 31,2 Mio. € Wertminderungen auf zur Veräußerung vorgesehene Vermögenswerte (Vorjahr: 0,0 Mio. €).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind im Vergleich zum Vorjahr von 295,9 Mio. € um 606,8 Mio. € auf 902,7 Mio. € gestiegen. Die Erhöhung im Vergleich zum Vorjahr ist im Wesentlichen auf gestiegene Aufwendungen aus der Bewertung von Derivaten (ohne Zinsderivate) in Höhe von 601,7 Mio. € (Vorjahr: 76,4 Mio. €) zurückzuführen. Ebenso haben sich die Beratungsaufwendungen im Wesentlichen aufgrund des Projektes FUTURE sowie der erfolgten Refinanzierung um 30,3 Mio. € auf 55,8 Mio. € erhöht.

Das Ergebnis vor Finanzergebnis und Ertragsteuern hat sich gegenüber dem Vorjahr insbesondere durch die vorgenannten Sondereffekte um 419,8 Mio. € auf 298,1 Mio. € erhöht.

Im Finanzergebnis 2021 haben sich die Zinserträge um 1,1 Mio. € erhöht. Die Zinsaufwendungen sind maßgeblich aufgrund erhöhter Aufwendungen für Finanzverbindlichkeiten um 11,2 Mio. € im Geschäftsjahr 2021 gestiegen.

[4] Energieabsatz in GWhä umfasst elektrische und thermische Energie, wobei die thermische in eine äquivalente elektrische Menge umgerechnet wurde.

Der Anstieg des Ergebnisses aus at Equity bilanzierten Unternehmen um 5,8 Mio. € hat sich positiv auf das Finanzergebnis ausgewirkt. Belastend wirkte wie im Vorjahr die Wertminderung auf ein Gemeinschaftsunternehmen in den USA.
Das Ergebnis vor Ertragsteuern hat sich ebenfalls insbesondere durch die vorgenannten Sondereffekte von minus 207,4 Mio. € auf 208,1 Mio. € erhöht.

Der Ertragsteueraufwand hat sich gegenüber dem Vorjahr von 39,5 Mio. € um 76,7 Mio. € auf einen Ertrag von 37,2 Mio. € vermindert. Die Veränderung des Ertragsteueraufwands resultiert maßgeblich aus der Veränderung der latenten Steuer um 82,5 Mio. € aufgrund der Rücknahme der Wertminderung des aktiven latenten Steuerüberhangs in Zusammenhang mit den positiven zukünftigen Ergebniserwartungen

Finanzlage
Finanzwirtschaftliches Risikomanagement

Das Finanzmanagement im Konzern wird für die Konzerngesellschaften im Wesentlichen von der STEAG GmbH vorgenommen. Die STEAG GmbH führt dies im Rahmen eines im Jahr 2011 mit der KSBG KG sowie der KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft GmbH als Komplementärin der KSBG KG geschlossenen Dienstleistungsvertrags auch für diese Gesellschaften durch.

Die wesentlichen Ziele des Finanzmanagements sind die Koordination des Finanz- und Liquiditätsbedarfs innerhalb des Konzerns, die Gewährleistung der finanziellen Unabhängigkeit und der jederzeit ausreichenden Liquidität sowie die Begrenzung von Refinanzierungsrisiken für den KSBG-Konzern.

Die STEAG GmbH steuert die Mittelaufnahmen sowie die Bürgschaften und Garantien der STEAG-Konzerngesellschaften zentral. Die STEAG GmbH verfügt über ausreichende Möglichkeiten zur Absicherung der Kapitalerfordernisse aus laufender Geschäftstätigkeit sowie aus Investitionen und Tilgungen von Finanzschulden.

Ein weiteres wesentliches Ziel des Finanzmanagements ist es, die Einhaltung der in den Verträgen der KSBG KG und der STEAG GmbH enthaltenen Kennzahlen sicherzustellen. Die KSBG KG hat zur Finanzierung eines Teils des Kaufpreises für die Anteile an der STEAG GmbH einen Kreditvertrag mit einem Bankenkonsortium geschlossen. Zu den wesentlichen Konditionen dieses Konsortialkreditvertrags gehört die Einhaltung von Finanzkennzahlen, die auf Basis des Konzernabschlusses der KSBG KG zu ermitteln sind. Es sind Vorgaben zum Nettoverschuldungsgrad als Verhältnis von Nettoverschuldung und adjustiertem EBITDA einzuhalten[5].

Zu den wesentlichen Konditionen der Schuldscheindarlehen der STEAG GmbH und den Verträgen gemäß Standards der European Federation of Energy Traders (EFET-Verträgen) gehört die Einhaltung von Finanzkennzahlen, die auf Basis des Konzernabschlusses der STEAG GmbH zu ermitteln sind. Hierbei handelt es sich um eine Vorgabe zum Nettoverschuldungsgrad als Verhältnis von Nettoverschuldung zu adjustiertem EBITDA[6] sowie bei den EFET-Verträgen um Vorgaben zum Tangible Net Worth[7] und/oder zur Eigenkapitalquote.

Vierter Änderungsvertrag zum Konsortialkreditvertrag KSBG KG

Ende September 2021 hat die KSBG KG mit ihren Banken eine Verlängerung des bestehenden Konsortialkreditvertrages bis zum 30. Juni 2024, mit einer Verlängerungsoption bis zum 31. Dezember 2024, vereinbart. Für diese Laufzeit wird die Tilgung ausgesetzt. In diesem Rahmen ist die Einsetzung eines Treuhänders an den Anteilen der KSBG KG unter Bedingungen zur Zufriedenheit der Konsortialkreditgeber vereinbart.

Im Rahmen der Restrukturierung gewährten die Gesellschafter der KSBG KG ein weiteres Darlehen über 30 Mio. € mit einer Laufzeit bis 31. Dezember 2024, mit einer Verlängerungsoption bis zum 30. Juni 2025. Zudem wurden die in 2019 gewährten Gesellschafterdarlehen sowie das von der STEAG GmbH in 2014 gewährte Aufwärtsdarlehen ebenfalls bis zum 31. Dezember 2024, mit einer Verlängerungsoption bis zum 30. Juni 2025, prolongiert.

Sanierungsvereinbarung STEAG GmbH

Vor dem Hintergrund der Ergebnisentwicklung der letzten Jahre und der durch die Energiewende ver-schärften Markt- und Wettbewerbsentwicklung wurde im Rahmen des Transformationsprojektes FUTURE bereits seit 2019 ein Restrukturierungs- und Sanierungskonzept entwickelt, das verschiedene Maßnahmen umfasst. Die nachfolgend dargestellte Sanierungsvereinbarung ist ein wesentlicher Baustein dieses Konzeptes. Ende September 2021 haben die Avalkreditgeber, die Schuldscheingläubiger, die Gläubiger eines Geldmarktdarlehens sowie die sonstigen Finanzierungsgläubiger und die STEAG eine Sanierungsvereinbarung mit einer Laufzeit bis zum 31. Dezember 2023 geschlossen. Diese regelt die Sanierungsbeiträge der unterschiedlichen Gläubigergruppen sowie die hierfür von den Gesellschaften der STEAG-Gruppe zu erbringenden Sicherheiten, Entgelte und Sanierungsbeiträge in ihren wesentlichen Aspekten.

In dem zeitgleich abgeschlossenen Rahmenavalkreditvertrag werden Konditionen für Altavale und Neuavale geregelt. Die Laufzeiten aller Fazilitäten lauten bis zum 31. Dezember 2023. Die Inanspruchnahme erfolgt jeweils auf Basis von bilateralen Avalkreditverträgen zwischen der STEAG GmbH (oder Gruppengesellschaften) und dem jeweiligen Avalkreditgeber.

[5] Definition gemäß Konsortialkreditvertrag.
[6] Definition gemäß den Schuldscheindarlehensverträgen.
[7] Definition gemäß den EFET-Verträgen.

Die Laufzeiten der restrukturierten Schuldscheine und des Geldmarktdarlehens wurden im Rahmen der Sanierungsvereinbarung bis zum 31. Dezember 2023 verlängert.

Gemäß der Sanierungsvereinbarung werden als Sicherheiten Barunterlegungen der Aval-Faziliäten auf erstrangig verpfändeten und gesperrten Konten für die Avalkreditgeber geregelt, die insgesamt im Zeitablauf ansteigen. Darüber hinaus werden zur Besicherung der Verbindlichkeiten gegenüber den Avalkreditgebern, den Schuldscheingläubigern, den Gläubigern des Geldmarktdarlehens und den sonstigen Finanzierungsgläubigern weitere Sicherheiten wie zum Beispiel Verpfändung von Geschäftsanteilen, Sicherungsabtretungen, Verpfändungen von Bankkonten, Grundschulden oder Abtretung von Zahlungsansprüchen gegen die Bundesrepublik Deutschland aus Auktionserlösen in einem Sicherheitenpool bestellt.

Auf Basis der Sanierungsvereinbarung sind die Finanzierungskonditionen der STEAG bis zum 31. Dezember 2023 sowie die vollständige Rückführung der restrukturierten Schuldscheine und des Geldmarktdarlehens vereinbart.

Finanzierungspolitik

Im Rahmen des Erwerbs der restlichen 49,0 Prozent an der STEAG GmbH im Jahr 2014 wurde die Finanzierung der KSBG KG neu strukturiert. Ein Bankenkonsortium bestehend aus vierzehn Banken hat der KSBG KG einen Konsortialkredit mit einer Laufzeit von bis zu zehn Jahren zur Verfügung gestellt.

Innerhalb des Konzerns stellt die STEAG GmbH für die Gesellschaften die Finanzmittel zur Verfügung und übernimmt von den Gesellschaften überschüssige Liquidität zu jeweils marktüblichen Bedingungen. In gewissem Umfang nehmen Nicht-Projektgesellschaften auch selbst Fremdmittel am Bankenmarkt auf bzw. legen überschüssige Liquidität dort an. In diesen Fällen erfolgt die Mittelaufnahme unter Besicherung der STEAG GmbH. Die Projektgesellschaften haften grundsätzlich mit ihren Cashflows und ihren Vermögenswerten und sind im Regelfall non-recourse finanziert. Ein Rückgriff auf die STEAG GmbH ist in diesen Fällen nicht möglich.

Das Cashpooling im Inland wird bei der STEAG GmbH geführt. Um externe Kreditaufnahmen zu minimieren, werden Liquiditätsüberschüsse im Inland in einem Cashpool auf STEAG-Konzernebene genutzt. Dadurch wird der Finanzbedarf im Konzern insgesamt optimiert.

Finanzierungsstruktur

Wesentlicher Bestandteil der finanziellen Vermögenswerte sind die Forderungen aus Finanzierungsleasing in Höhe von 39,5 Mio. € (Vorjahr: 233,7 Mio. €). Der Rückgang resultiert aus der Umgliederung der Forderung über die Leistungsvorhaltung aus dem Kraftwerk Mindanao (Philippinen) in zur Veräußerung vorgesehene Vermögenswerte (Vorjahr: 197,6 Mio. €). Von den Forderungen aus Finanzierungsleasing am Jahresende 2021 entfallen 8,4 Mio. € (Vorjahr: 32,2 Mio. €) auf kurzfristige Forderungen.

Zum 31. Dezember 2021 standen den Finanzverbindlichkeiten von 2.065,8 Mio. € (Vorjahr: 1.807,3 Mio. €) flüssige Mittel in Höhe von 375,3 Mio. € (Vorjahr: 487,0 Mio. €) gegenüber. Weiterhin waren 29,3 Mio. € (Vorjahr: 10,0 Mio. €) in kurzfristigen Termineinlagen gebunden.

Ein wesentlicher Bestandteil der langfristigen Finanzverbindlichkeiten in Höhe von 1.232,4 Mio. € (Vorjahr: 1.119,7 Mio. €) sind die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, insbesondere für die KSBG KG und Projektgesellschaften im In- und Ausland. Darüber hinaus wird auf der Passivseite das Schuldscheindarlehen der STEAG GmbH ausgewiesen, welches 2014 in Höhe von 400,0 Mio. € aufgenommen wurde.

Der KSBG-Konzern verfügt über keine außerbilanziellen Finanzierungsinstrumente, die einen wesentlichen Einfluss auf die derzeitige und zukünftige Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben.

Die KSBG KG hat den Erwerb der Anteile an der STEAG GmbH teilweise fremdfinanziert. Die Finanzierung wurde in 2019 neu strukturiert. In diesem Zusammenhang hat sie ein Akquisitionsdarlehen in Höhe von 23,4 Mio. € mit einer Laufzeit bis zum 30. April 2020, ein Akquisitionsdarlehen in Höhe von 28,5 Mio. € mit einer Laufzeit bis zum 30. September 2024, zwei Akquisitionsdarlehen in Höhe von insgesamt 250,0 Mio. € mit einer Laufzeit bis zum 30. Juni 2023 sowie ein endfälliges Akquisitionsdarlehen von 50,0 Mio. € mit einer Laufzeit bis zum 30. Juni 2023 aufgenommen. Sämtliche Darlehen wurden im Rahmen des vierten Änderungsvertrags zum Konsortialkreditvertrag bis zum 30. Juni 2024 mit einer Verlängerungsoption bis zum 31. Dezember 2024 verlängert.

Darüber hinaus hat die KSBG KG in 2019 Darlehen von ihren mittelbaren und unmittelbaren Gesellschaftern in Höhe von insgesamt 100,0 Mio. € mit einer Laufzeit bis 30. September 2023 aufgenommen, die zu einem Großteil zur Tilgung der Bankenfinanzierung verwendet wurden. Im Rahmen der Restrukturierung Ende 2021 wurden die Darlehen analog zu den zusätzlich gewährten Darlehen über 30 Mio. € bis zum 31. Dezember 2024 mit einer Verlängerungsoption bis zum 30. Juni 2025 prolongiert.

Die Finanzierung und die Liquidität des KSBG-Konzerns waren im Berichtsjahr stets gesichert.

Investitionen

Der KSBG-Konzern verfolgt mit zielgerichteten Investitionsprojekten den Erhalt von Wettbewerbspositionen und die Expansion in Geschäfte und Märkte, in denen Potenziale für nachhaltiges, profitables Wachstum und angemessene Renditen gesehen werden. Jedes Projekt wird detaillierten strategischen und wirtschaftlichen Analysen unter Berücksichtigung von Sensitivitäten und Szenarien zur Abbildung wesentlicher Risiken unterzogen. Die Projekte müssen geschäftsspezifische und risikoadjustierte Mindestrenditeanforderungen erfüllen.

Sach- und Finanzinvestitionen

in Millionen €	**2021**	2020	Veränd. in %
Kraftwirtschaft	240,1	74,1	224,0
Erneuerbare Energien und Dezentrale Anlagen	54,3	44,5	22,0
Sonstige	1,4	36,5	-96,2
KSBG-Konzern	**295,8**	**155,1**	**90,7**

Die Investitionen betrugen insgesamt 295,8 Mio. € (Vorjahr: 155,1 Mio. €) und lagen damit über den planmäßigen Abschreibungen von 176,0 Mio. € (Vorjahr: 222,6 Mio. €). Die Sachinvestitionen erhöhten sich im Geschäftsjahr 2021 um 10,5 Prozent auf 110,9 Mio. € (Vorjahr: 100,4 Mio. €).

49,9 Prozent der Sachinvestitionen entfielen auf den Unternehmensbereich Kraftwirtschaft (55,3 Mio. €; Vorjahr: 50,9 Mio. €). Davon betrafen 16,0 Mio. € das Kraftwerk Iskenderun (Türkei), 15,1 Mio. € die STEAG Fernwärme und 4,9 Mio. € den Bereich Krantz. Weitere 48,9 Prozent der Sachinvestitionen entfielen auf den Unternehmensbereich Erneuerbare Energien und Dezentrale Anlagen (54,2 Mio. €; Vorjahr: 44,4 Mio. €), wovon 48,5 Mio. € die STEAG New Energies betraf.

Verpflichtungen zum Erwerb von Sachanlagen bestehen in Höhe von 28,8 Mio. € (Vorjahr: 30,6 Mio. €).

Die Finanzinvestitionen für das abgelaufene Geschäftsjahr belaufen sich auf 184,9 Mio. € (Vorjahr: 54,7 Mio. €). Der Anstieg resultiert im Wesentlichen aus dem Erwerb des 49 Prozent Minderheitenanteils an dem Kraftwerksprojekt Walsum 10.

Cashflow
Kapitalflussrechnung KSBG-Konzern (Kurzfassung)

in Millionen €	**2021**	2020
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	306,3	276,1
Cashflow aus Investitionstätigkeit	180,7	-92,9
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-612,2	-98,4
Einfluss von Wechselkurs- und sonstigen Wertänderungen auf die flüssigen Mittel	13,5	-28,8
Flüssige Mittel zum 31. Dezember	**375,3**	**487,0**

Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit lag mit 306,3 Mio. € über dem Vorjahreswert von 276,1 Mio. € und ist wesentlich geprägt durch die stichtagsbedingten Veränderungen der Forderungen und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, der Vorräte sowie die Veränderungen der sonstigen Rückstellungen und der übrigen Vermögenswerte und Schulden. Der Abfluss liquider Mittel aufgrund von Zinszahlungen hat sich im Vorjahresvergleich um 27,9 Mio. € auf minus 83,5 Mio. € erhöht. Die Auszahlungen für Ertragsteuern fielen im Geschäftsjahr 2021 mit 51,0 Mio. € um 11,7 Mio. € höher aus als im Vorjahr (39,3 Mio. €).

Der Cashflow aus Investitionstätigkeit lag mit 180,7 Mio. € über dem Vorjahreswert von minus 92,9 Mio. €. Die Auszahlungen für Investitionen sind mit minus 97,4 Mio. € um 18,8 Mio. höher als im Vorjahr. Gleichzeitig sind im Rahmen der Portfoliomaßnahmen jedoch auch die Einzahlungen aus Veräußerungen von immateriellen Vermögenswerten, Sachanlagen und Unternehmensbeteiligungen um 182,6 Mio. € höher ausgefallen als im Vorjahr. Ebenfalls hat sich der Saldo aus Ein- und Auszahlungen für Wertpapiere, Geldanlagen und Ausleihungen um 109,8 Mio. € erhöht. Zum Bilanzstichtag hat sich der in kurzfristigen Termineinlagen gebundene Bestand liquider Mittel auf 10,2 Mio. € (Vorjahr: 29,2 Mio. €) verringert.

Der Cashflow aus Finanzierungstätigkeit lag mit minus 612,2 Mio. € deutlich unter dem Vorjahreswert von minus 98,4 Mio. €. Die Auszahlungen an andere Gesellschafter aufgrund von Dividendenausschüttungen haben sich von 79,0 Mio. € auf 51,8 Mio. € verringert. Die Einzahlungen bzw. Auszahlungen aus dem Verkauf von Unternehmensteilen ohne Kontrollverlust lagen im Berichtsjahr um 131,0 Mio. € über dem Vorjahreswert. Der Saldo aus der Aufnahme und Tilgung von Finanzschulden belief sich im Geschäftsjahr 2021 auf minus 389,5 Mio. €, wohingegen im Vorjahr eine Nettofinanzaufnahme in Höhe von 15,0 Mio. € erfolgte. Die hohe Tilgung von Finanzschulden im Berichtsjahr resultiert maßgeblich aus der vollständigen Ablösung der Projektfinanzierung für das Kraftwerk Walsum 10 in Zusammenhang mit dem Ausstieg von EVN sowie weiterer Tilgungen entsprechend der Vorgaben aus der Sanierungsvereinbarung.
Zusammenfassend verringerten sich die flüssigen Mittel gegenüber dem Vorjahr um 111,7 Mio. €. Darüber hinaus wurden im Vorjahr unter den zur Veräußerung vorgesehenen Vermögenswerten 29,3 Mio. € an flüssigen Mitteln ausgewiesen.

Der Buchwert der flüssigen Mittel, die als Sicherheiten verpfändet wurden, beträgt 225,6 Mio. € (Vorjahr: 98,4 Mio. €).

Vermögenslage
Bilanzstruktur

Aktiva		**31.12.2021**		31.12.2020	
in Millionen €		%		%	Differenz
Langfristige Vermögenswerte	2.524,7	48,7%	2.752,4	62,2%	-227,7
Kurzfristige Vermögenswerte	2.656,1	51,3%	1.671,5	37,8%	984,6
Bilanzsumme	**5.180,8**	**100,0%**	**4.423,9**	**100,0%**	**756,9**

Passiva		**31.12.2021**		31.12.2020	
in Millionen €		%		%	Differenz
Eigenkapital	170,2	3,3%	-55,1	-1,2%	225,3
Langfristiges Fremdkapital	2.882,1	55,6%	2.876,9	65,0%	5,2
Kurzfristiges Fremdkapital	2.128,5	41,1%	1.602,1	36,2%	526,4
Bilanzsumme	**5.180,8**	**100,0%**	**4.423,9**	**100,0%**	**756,9**

Die Bilanzsumme erhöhte sich gegenüber dem 31. Dezember 2020 von 4.423,9 Mio. € um 756,9 auf 5.180,8 Mio. € zum 31. Dezember 2021.

Die langfristigen Vermögenswerte verringerten sich um 227,7 Mio. € auf 2.524,7 Mio. € (Vorjahr: 2.752,4 Mio. €). Der Rückgang resultiert dabei im Wesentlichen aus den vorgenommenen Wertminderungen auf immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen sowie aus der veräußerungsinduzierten Umgliederung langfristiger Vermögenswerte der SFW Energia Gruppe sowie der STEAG State Power Inc. als zur Veräußerung vorgesehene Vermögenswerte. Im Wesentlichen aufgrund der Aufhebung der Wertminderung des Überhangs aktiver latenter Steuern, haben sich die langfristigen latenten Steueransprüche um 137,9 Mio. € erhöht.

Den Investitionen in Höhe von 295,8 Mio. € (Vorjahr: 155,1 Mio. €) stehen planmäßige Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte, Sachanlagen und als Finanzinvestitionen gehaltene Immobilien in Höhe von insgesamt 176,0 Mio. € (Vorjahr: 222,6 Mio. €) sowie Wertminderungen von 234,5 Mio. € (Vorjahr: 204,0 Mio. €) gegenüber.

Der Anteil des langfristigen Vermögens am Gesamtvermögen betrug 48,7 Prozent (Vorjahr: 62,2 Prozent). Die langfristigen Vermögenswerte sind zu 120,9 Prozent durch langfristiges Kapital gedeckt (Vorjahr: 102,5 Prozent).

Die kurzfristigen Vermögenswerte lagen mit 2.656,1 Mio. € (Vorjahr: 1.671,5 Mio. €) um 984,6 Mio. € über dem Wert zum Geschäftsjahresende 2020. Die Veränderung resultiert maßgeblich aus der Erhöhung der Finanziellen Vermögenswerte auf 814,7 Mio. € (Vorjahr: 188,3 Mio. €) aufgrund des Anstiegs der Forderungen aus Derivaten um 318,7 Mio. € sowie der übrigen sonstigen finanziellen Vermögenswerte um 351,4 Mio. €.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen erhöhten sich um 230,2 Mio. € auf 588,1 Mio. € (Vorjahr: 357,9 Mio. €) im Wesentlichen bedingt durch den Anstieg des Abrechnungsvolumens.

Der Anstieg des Vorratsbestands von 152,3 Mio. € um 108,0 Mio. € auf 260,3 Mio. € ist hauptsächlich auf höhere Kohlebestände zurückzuführen. Darüber hinaus haben sich die fertigen Erzeugnisse und Waren aufgrund eines höheren Bestands an Handelswaren um 45,7 Mio. € auf 47,8 Mio. € erhöht.

Die kurzfristigen Vermögenswerte überstiegen das kurzfristige Fremdkapital um 23,3 Prozent (Vorjahr: 4,3 Prozent).

Das Eigenkapital erhöhte sich um 225,3 Mio. € auf 170,2 Mio. € (Vorjahr: minus 55,1 Mio. €). Hiervon entfallen minus 382,9 Mio. € (Vorjahr: minus 718,2 Mio. €) auf den Anteil der Gesellschafter der KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG und 553,1 Mio. € (Vorjahr: 663,1 Mio. €) auf den Anteil anderer Gesellschafter. Die Eigenkapitalquote stieg von minus 1,2 Prozent auf 3,3 Prozent.

Das langfristige Fremdkapital verringerte sich um 5,2 Mio. € beziehungsweise 0,2 Prozent auf 2.882,1 Mio. € (Vorjahr: 2.876,9 Mio. €). Die Verringerung der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 367,3 Mio. € wird hierbei teilweise kompensiert durch die Erhöhung der Kredite von Nichtbanken um 34,3 Mio. € sowie der Verbindlichkeiten aus Derivaten um 98,4 Mio. €. Die latenten Steuerschulden haben sich um 19,1 Mio. € und die langfristigen Rückstellungen in Summe um 84,1 Mio. € verringert.

Das kurzfristige Fremdkapital ist um 526,4 Mio. € auf 2.128,5 Mio. € gestiegen (Vorjahr: 1.602,1 Mio. €). Hierbei erhöhten sich die Finanziellen Verbindlichkeiten um 145,8 Mio. € auf 833,4 Mio. € (Vorjahr: 687,6 Mio. €) durch den preis- und volumenbedingten Anstieg der Verbindlichkeiten aus Derivaten von 434,3 Mio. €. Zugleich stiegen die Sonstigen Rückstellungen um 279,7 Mio. € auf 689,8 Mio. € (Vorjahr: 410,1 Mio. €) hauptsächlich bedingt durch den Anstieg der Rückstellung für Abgabeverpflichtungen von Emissionsrechten um 297,8 Mio. €. Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

sind im Vorjahresvergleich um 57,7 Mio. € auf 264,6 Mio. € und die Schulden im Zusammenhang mit zur Veräußerung vorgesehenen Vermögenswerten sind um 29,9 Mio. € gestiegen.

Wirtschaftliche Entwicklung der KSBG KG
Ertragslage

in Millionen €	**2021**	2020
Umsatzerlöse	1,4	1,2
Sonstige betriebliche Erträge	217,7	9,7
Materialaufwand	-0,9	-0,6
Abschreibungen und Wertminderungen	-0,1	-0,1
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-13,8	-4,3
Beteiligungsergebnis	134,9	-
Abschreibungen auf Finanzanlagen	-	-245,5
Finanzergebnis	-27,4	-26,2
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-9,4	1,5
Ergebnis nach Steuern	**302,4**	**-264,3**
Sonstige Steuern	-1,1	-
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	**301,3**	**-264,3**

Mit dem Verkauf von Wärmelieferungen aus den Heizwerken erzielte die Gesellschaft Umsatzerlöse in Höhe von 1,4 Mio. €. Diese Erlöse entfallen ausschließlich auf Kunden im Inland.

Der Betrieb der Heizwerke verursachte einen Materialeinsatz von 0,9 Mio. €, der im Wesentlichen auf den Heizöl- und Gaseinsatz zurückzuführen war. Die im normalen Umfang vorgenommenen Wartungsarbeiten waren gegenüber dem Vorjahr leicht erhöht.

Die sonstigen betrieblichen Erträgen resultieren im Berichtsjahr insbesondere aus Erträgen aus Erstattungsansprüchen gegenüber den Gesellschaftern von 2,3 Mio. €, aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von 3,9 Mio. € sowie aus Zuschreibungen auf die Beteiligung an der STEAG GmbH von 211,0 Mio. €. Zum 31. Dezember 2021 beträgt der Beteiligungsbuchwert 827,4 Mio. €.

Unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von 13,8 Mio. € werden hauptsächlich Rechts- und Beratungskosten, Aufwendungen für die kaufmännischen- und technischen Dienstleistungsverträge sowie die von der KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft GmbH im Rahmen der Geschäftsführung entstandenen und weiterbelasteten Geschäftsführungsaufwendungen, ausgewiesen. Die deutliche Erhöhung der Aufwandsposition im Vergleich zum Vorjahr resultiert im Wesentlichen aus höheren Rechts- und Beratungskosten für die Neufinanzierung der Gesellschaft.

Aus dem mit der STEAG GmbH geschlossenen Gewinnabführungsvertrag erzielte die Gesellschaft Beteiligungserträge in Höhe von 134,9 Mio. €.

Zum 31. Dezember 2020 wurde der Beteiligungsbuchwert an der STEAG GmbH um 245,5 Mio. € auf den gutachterlich ermittelten Unternehmenswert von 616,4 Mio. € wertberichtigt.

Das im Berichtszeitraum negative Finanzergebnis in Höhe von 27,4 Mio. € wurde analog zum Vorjahr wesentlich durch die bestehenden Konsortialkredite bestimmt. Den angefallenen Zinsaufwendungen und Provisionen in Höhe von 28,0 Mio. € standen Zinserträge von 0,6 Mio. € gegenüber.

Die sonstigen Steuern beinhalten hauptsächlich Aufwendungen aus Gewerbesteuer in Höhe von 11,5 Mio. € sowie Gewerbesteuererstattungen aus Vorjahren in Höhe von 1,9 Mio. €.

Vermögenslage

Der Abschluss der KSBG KG weist zum 31. Dezember 2021 eine im Vergleich zum Vorjahr um 352,3 Mio. € höhere Bilanzsumme von 1.000,9 Mio. € (Vorjahr: 648,6 Mio. €) aus.

Aktiva

in Millionen €	**31.12.2021**	31.12.2020
Sachanlagen	1,4	1,5
Finanzanlagen	827,4	616,4
Anlagevermögen	**828,8**	**617,9**
Vorräte	0,1	0,1
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	137,5	9,3
Flüssige Mittel	34,3	21,0
Umlaufvermögen	**171,9**	**30,4**
Rechnungsabgrenzungsposten	**0,2**	**0,3**
Summe Aktiva	**1.000,9**	**648,6**

Passiva

in Millionen €	**31.12.2021**	31.12.2020
Kapitalanteile	-	-
Rücklagen	46,1	310,4
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	301,3	-264,3
Eigenkapital	**347,4**	**46,1**
Rückstellungen	**17,4**	**9,2**
Verbindlichkeiten	**636,1**	**593,3**
Summe Passiva	**1.000,9**	**648,6**

Das Finanzanlagevermögen betrifft ausschließlich die 100 prozentige Beteiligung an der STEAG GmbH. Im Berichtsjahr erfolgte eine Wertaufholung auf den Beteiligungsbuchwert von 211,0 Mio. €. Im Geschäftsjahr 2020 wurde die Beteiligung um 245,5 Mio. € wertberichtigt. Zum Bilanzstichtag beträgt der Beteiligungsbuchwert nun 827,4 Mio. €.

Das Umlaufvermögen erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um 141,5 Mio. € auf 171,9 Mio. €. Dies ist im Wesentlichen auf den Anstieg der Forderung aus Ergebnisabführung um 134,9 Mio. € gegen die STEAG GmbH zurückzuführen.

Das Eigenkapital erhöhte sich um 301,3 Mio. €. Der Jahresfehlbetrag 2020 in Höhe von 264,3 Mio. € wurde gemäß Gesellschafterbeschluss den Rücklagekonten abgezogen. Die Gesellschaft weist im Geschäftsjahr 2021 einen Jahresüberschuss in Höhe von 301,3 Mio. € aus. Die Eigenkapitalquote erhöhte sich um 27,6 Prozentpunkte auf 34,7 Prozent.

Die ausgewiesenen Rückstellungen in Höhe von 17,4 Mio. € berücksichtigen im Wesentlichen mögliche Risiken aus der Endabrechnung der Kaufpreisverbindlichkeit, die im Zusammenhang mit dem Beteiligungserwerb der STEAG GmbH stehen, und Steuerrückstellungen in Höhe von 15,3 Mio. €.

Der Anstieg der Verbindlichkeiten um 42,8 Mio. € auf 636,1 Mio. € ist im Wesentlichen auf die Gewährung weiterer Darlehen der Gesellschafter der KSBG KG in Höhe von 30,0 Mio. € zurückzuführen. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind um 1,9 Mio. € auf 320,3 Mio. € gesunken. Zinsen auf das Aufwärtsdarlehen der STEAG GmbH in Höhe von 6,3 Mio. € wurden kapitalisiert und die korrespondierende Verbindlichkeit hierdurch auf 163,3 Mio. € erhöht. Die Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern haben sich durch die Gewährung weiterer Darlehen und durch im Geschäftsjahr angefallene Zinsen von 9,0 Mio. € insgesamt auf 115,8 Mio. € erhöht.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren
Mitarbeiter
Entwicklung der Mitarbeiterzahlen

Ende Dezember 2021 waren im KSBG-Konzern 5.692 Mitarbeiter beschäftigt. Der Anteil der weiblichen Beschäftigten betrug 13 Prozent, das Durchschnittsalter der Mitarbeiter lag bei 44 Jahren. 47 Prozent der Beschäftigten waren außerhalb Deutschlands tätig.

Der Personalstand im Konzern ist gegenüber dem Vorjahr insgesamt um 569 Mitarbeiter gesunken. Hierfür waren hauptsächlich Veränderungen im Unternehmensbereich Kraftwirtschaft (minus 445 Mitarbeiter) ursächlich: Innerhalb der Kraftwirtschaft reduzierte sich das Personal unter anderem durch den Verkauf der Power Minerals Gruppe um 156 Mitarbeiter, im Geschäftsbereich Trading & Optimization um 10 Mitarbeiter, Erzeugung um 55 Mitarbeiter, Beteiligungen Kraftwirtschaft um 19 Mitarbeiter, sowie im Bereich Energy Services um 163 Mitarbeiter. Der Unternehmensbereich Erneuerbare Energien und Dezentrale Anlagen verzeichnete eine Veränderung von minus 42 Mitarbeitern und die Verwaltung von minus 82 Mitarbeitern (davon 48 Auszubildende).

Mitarbeiter nach Unternehmensbereichen	**31.12.2021**	31.12.2020
Kraftwirtschaft	4.404	4.849
Erneuerbare Energien und Dezentrale Anlagen	956	998
Verwaltung	332	414
KSBG-Konzern	**5.692**	**6.261**
Davon Inland	2.998	3.310
Davon Ausland	2.694	2.951

Der mit den Kraftwerksstilllegungen und dem Transformationsprogramm FUTURE verbundene Personalabbau wurde 2021 auf der Grundlage des geltenden Konzernsozialplans und Rahmeninteressenausgleichs sozialverträglich, das heißt ohne betriebsbedingte Beendigungskündigungen, begonnen.

Arbeits-, Gesundheits- und Umweltschutzmanagement

Der Schutz vor Arbeitsunfällen sowie Gesundheits- und Umweltgefahren ist Unternehmensziel. Mit einer konsequenten Arbeits- und Gesundheitsschutzpolitik sowie den damit verbundenen Zielen und Maßnahmen konnte das Sicherheitsniveau im KSBG-Konzern weiter verbessert werden. Ein zertifiziertes Managementsystem für Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit unterstützt die Ziele im Arbeits- und Gesundheitsschutz. Tödliche Unfälle haben sich nicht ereignet. Die Unfallkennziffer Lost Time Injury Frequency (LTIF) liegt mit 2,3 Unfällen pro eine Million Arbeitsstunden per Dezember 2021 weiterhin im fallenden Trend der vergangenen Jahre.

Die Corona-Pandemie hatte keine wesentlichen betrieblichen Einschränkungen zur Folge. Der Konzernkrisenstab – unter Beteiligung der Geschäftsführung und fachlicher Experten – sowie die lokalen Krisenstäbe beobachten weiterhin intensiv das Infektionsgeschehen und legen entsprechende Schutzmaßnahmen fest.

Nachtragsbericht

Nach dem Abschluss des Treuhandvertrages zwischen den über die KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH (KSBG) an der STEAG GmbH beteiligten Stadtwerken und der Atlantik Advisors GmbH & Co. KG sowie der KSBGTH GmbH erfolgte auch eine Veränderung im Aufsichtsrat der STEAG GmbH: Guntram Pehlke, Vorstandsvorsitzender der Dortmunder Stadtwerke AG – DSW21 und seit Anfang 2013 STEAG-Aufsichtsratsvorsitzender, hat sein Amt am 9. Februar 2022 im Rahmen einer Sondersitzung des Gremiums niedergelegt. Zu seinem Nachfolger wählte der Aufsichtsrat Gerhard Jochum, der dem Kontrollorgan bereits seit Herbst 2014 als Mitglied angehört.

Am 10. Februar 2022 haben STEAG, SPC Power Corporation und Intrepid Holdings LLP einen Vertrag über den Verkauf des 51 Prozent Anteils an der philippinischen Kraftwerksgesellschaft STEAG State Power Inc. geschlossen. Die Transaktion steht unter dem Vorbehalt des Vorkaufsrechts der Mitgesellschafter Aboitiz Power Corp. und La Filipina Uy Gongco Corporation. Der Abschluss der Transaktion wird für das zweite Quartal 2022 erwartet.

Mit dem Projekt „Sunrise“ beginnt für STEAG eine weitere, wichtige Etappe auf dem Weg der Transformation. Am 23.Februar 2022 wurde eine Options- und Machbarkeitsstudie zur Aufteilung der STEAG in ein Kohle- und ein Wachstumsgeschäft an verschiedene Zielgruppen mit jeweils unterschiedlichen Perspektiven und Interessen versandt. Ende März haben die adressierten Stakeholder die Grundsatzentscheidung zur weiteren Vorbereitung der Separierung getroffen. Diese sieht vor, unter dem Dach der STEAG GmbH die Kohleaktivitäten in Deutschland und im Ausland (Kohlegeschäft) und die Aktivitäten im Bereich der erneuerbaren Energien, der Dekarbonisierung von Industrie und Wärmeversorgung, der Wasserstoff- und Speichertechnologien sowie der Digitalisierung (Wachstumsgeschäft) zu teilen. Und zwar umfassend, also gesellschaftsrechtlich, organisatorisch und personell. Mit der Separierung der beiden Geschäftsbereiche geht STEAG den derzeit größten Veränderungsschritt aktiv an. Dies gilt für die künftigen Anforderungen der Energiemärkte, aber auch für die strengeren Anforderungen der Kapitalmärkte und der EU-Taxonomie, die es Unternehmen mit Kohleaktivitäten zunehmend schwerer machen, Banken, Versicherer und Investoren als Partner zu gewinnen. Mit der Separierung des Kohle- und Wachstumsgeschäft unter dem Dach der STEAG wird die Basis für eine deutliche Wertsteigerung des grünen Wachstumsbereichs gelegt sowie die Möglichkeiten der Refinanzierung der STEAG verbessert. Begleitend hat STEAG mit einer Strategie-Überprüfung begonnen. Die Unternehmensstrategie, die im Projekt FUTURE im Jahr 2020 entwickelt wurde, wird dabei auf Basis der inzwischen veränderten externen und internen Parameter einem Belastungstest unterzogen und anschließend mit dem Sunrise-Prozess zusammengeführt.

Mit der jüngsten Anerkennung der Separatistengebiete Donezk und Luhansk als unabhängige Staaten und der Militäroffensive in der Ukraine hat der russische Präsident Putin die diplomatischen Bemühungen abgebrochen und am Abend des 24. Februar 2022 einen Angriffskrieg auf die Ukraine begonnen. Infolgedessen haben sowohl die USA als auch die EU und einige weitere Länder massive Sanktionen verhängt bzw. sind dabei, diese sukzessive zu verschärfen. Die politische Lage ist unklar und ändert sich fortlaufend. Die KSBG hat die Effekte, die diese Entwicklungen auf den Konzern haben könnten, aus heutiger Sicht analysiert. Aus dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine ergeben sich marktinduzierte Auswirkungen auf KSBG, die sich insbesondere in den Bereichen der Rohstoffversorgung sowie in Marktvolatilitäten zeigen. In Bezug auf den Rohstoffeinkauf lässt sich festhalten, dass KSBG zu einem geringen Anteil Kohle aus Russland bezogen hat und daher auch keine wesentlichen Auswirkungen auf die Geschäftsaktivitäten des KSBG-Konzern unter Berücksichtigung des von den EU-Staaten gebilligten Embargos für Kohle aus Russland erwartet. Die Mengen können

durch Bezüge aus anderen Lieferländern kompensiert werden. Für den KSBG-Konzern besteht nach aktueller Einschätzung das Risiko nicht im Angebot, sondern in der Preisentwicklung für Kohle am Weltmarkt. Darüber hinaus kann es bei der Binnenlogistik, also dem Transport der Kohle von den Seehäfen zu den Kraftwerken, zu Engpässen kommen. Die Gasversorgung der noch im Bau befindlichen GuD-Anlage in Herne wurde für das Jahr 2023 weitestgehend am Terminmarkt eingedeckt. Zukünftige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns bleiben abzuwarten und können derzeit noch nicht quantifiziert werden. Die Geschäftsführung sieht aufgrund der Analysen die Fortführung des Unternehmens aktuell nicht gefährdet.

Am 14. März 2022 hat der Übertragungsnetzbetreiber Amprion gegenüber der Bundesnetzagentur beantragt, die beiden Blöcke des Heizkraftwerks Völklingen-Fenne und das Kraftwerk Bergkamen bis zum 31. Oktober 2024 als systemrelevant auszuweisen. Die Entscheidung der Bundesnetzagentur steht derzeit noch aus.

Am 25. März 2022 haben STEAG und EnBW Energie Baden-Württemberg AG („EnBW“) einen Vertrag zur vorzeitigen Beendigung des bestehenden Leistungsvorhaltungs- und Strombezugsrechtsvertrags geschlossen. Gemäß der Vereinbarung wird der Bezugsvertrag einvernehmlich zum Ablauf des 31. Dezember 2023 beendet. STEAG erhält als Ausgleich eine Beendigungszahlung zahlbar in zwei Raten zum 1. April 2022 und zum 5. Juli 2023.

Die Ukrainekrise löste Ende Februar 2022 extreme Marktturbulenzen auf den Energiemärkten mit ungewöhnlich hohen Preisschwankungen aus. In der Folge mussten die Marktteilnehmer daraus entstehende Nachschussverpflichtungen in Form von Barsicherheiten für bestehende Absicherungsgeschäfte erfüllen. Die für STEAG resultierende kurzfristige Liquiditätsbelastung als Folge dieses externen Schocks konnte aus eigenen Mitteln bewältigt werden. Da aber weitere ungewöhnlich hohe Marktschwankungen in den kommenden Monaten nicht ausgeschlossen werden können, hat STEAG im April 2022 mit der KfW, Frankfurt am Main, eine bis zum 31. Oktober 2022 zeitlich befristete, revolvierende Kreditlinie in Höhe von 400,0 Mio. € ziehbar zur Erfüllung von Verpflichtungen zur Erbringung von Barsicherheiten (sogenannten „Margins“) unter Energie- und Rohstoffhandelsverträgen zu nicht spekulativen Zwecken unterzeichnet.

Risiko-, Chancen- und Prognosebericht
Risikobericht
Risikostrategie

Durch seine vielfältigen Geschäftsaktivitäten ergeben sich für den KSBG-Konzern kontinuierlich Chancen und Risiken. Das Risikomanagement ist daher ein zentraler Bestandteil der Unternehmenssteuerung und dient der gezielten Sicherung bestehender und künftiger Erfolgspotenziale, insbesondere durch die Vermeidung und Verminderung von Risiken und daraus resultierender Folgen. Das frühzeitige Erkennen und die Realisierung von Chancen können den Unternehmenserfolg erhöhen.

Der KSBG-Konzern ist aufgrund seiner Betätigungsfelder sich ständig ändernden politischen, gesellschaftlichen, demografischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ausgesetzt. Den sich daraus ableitenden Risiken wird entsprochen, indem das gesamte Umfeld beobachtet und analysiert wird und Marktentwicklungen antizipiert werden. Die so gewonnenen Erkenntnisse werden genutzt, um das Portfolio konsequent entsprechend der Konzernstrategie weiterzuentwickeln.

Aufbau und Organisation des Risikomanagements

Grundlage des betrieblichen Risikomanagements des KSBG-Konzerns bildet ein konzernweites internes Risikomanagementsystem, bei dem gleichermaßen Risiken im Sinne von potenziell negativen Zielabweichungen, aber auch positive Zielabweichungen durch das Aufzeigen von Chancen im Fokus stehen.

Das Risikomanagementsystem hat einen dezentralen Aufbau. Die originäre Risikoverantwortung liegt bei den Bereichen, die für Früherkennung, Abschätzung der Auswirkungen, Erarbeitung und Umsetzung geeigneter Vorsorge- und Sicherungsmaßnahmen sowie für die konzerninterne Kommunikation der Chancen und Risiken verantwortlich sind. Innerhalb dieser Organisationseinheiten koordinieren Risikobeauftragte die jeweiligen Risikomanagementaktivitäten. Für den KSBG-Konzern nimmt das Konzerncontrolling die Steuerungs- und Kontrollfunktionen für Abläufe und Systeme wahr. Es ist Ansprechpartner für alle Risikobeauftragten und zuständig für die Koordination, Information und Dokumentation auf Konzernebene. Gleichzeitig verantwortet es die methodische Weiterentwicklung des Risikomanagementsystems. Neben organisatorischen Sicherungsmaßnahmen und einem internen Kontrollsystem unterstützt dabei auch die Revision als prozessunabhängige Kontrollinstanz das Risikomanagement.

Risikomanagement ist auf allen Ebenen ein wesentliches Element der Controllingprozesse des KSBG-Konzerns. Zu diesen zählen die strategische und operative Planung, die Vorbereitung von Investitionsentscheidungen sowie die Monatsberichterstattungen und Hochrechnungen und – ab einem bestimmten Schwellenwert – eine Risiko-Sofortberichterstattung. Die Organisationseinheiten führen einmal jährlich eine umfassende Inventur von Chancen und Risiken durch, die Sachverhalte kurzfristig für ein Jahr sowie mittelfristig über einen Zeitraum von mindestens fünf Jahren betrachtet. Alle Sachverhalte werden systematisch erfasst, dokumentiert und hinsichtlich ihrer potenziellen Schadenshöhe und Eintrittswahrscheinlichkeit bewertet. Für die bei der Inventur erkannten Chancen und Risiken müssen sämtliche Organisationseinheiten Frühwarnindikatoren benennen, deren Eintritt verfolgt wird. Aus der Inventur werden monatliche Chancen- und Risikoberichte abgeleitet, in denen Veränderungen bei den bereits identifizierten sowie neu aufgetretenen Sachverhalten bezogen auf das laufende Jahr erfasst werden.

Gesamtrisikosituation

Aus der Gesamtheit der identifizierten Risiken (gegliedert nach strategischen, operativen, finanzwirtschaftlichen und sonstigen Risiken) können – in einer individuellen Betrachtung, aber auch unter Berücksichtigung von Interdependenzen zwischen Risiken sowie vor dem Hintergrund von bereits initiierten und geplanten Maßnahmen – zum heutigen Zeitpunkt keine bestandsgefährdenden Auswirkungen für den KSBG-Konzern und die KSBG KG abgeleitet werden. Zu bestehenden Unsicherheiten und Maßnahmen des Managements hierzu wird auf die Ausführungen unter „(3) Nachtragsbericht“ verwiesen.

Strategische Risiken

Veränderungen der bestehenden regulatorischen Rahmenbedingungen können die geplanten Investitionen und die Ertragslage des KSBG-Konzerns signifikant beeinflussen. Darüber hinaus sind die Geschäfte des KSBG-Konzerns einem dynamischen und starken Wettbewerb ausgesetzt, der Mengen- und Preisrisiken bedingt.

Somit tragen nicht nur die Brennstoffpreisentwicklung von Gas, Kohle und CO_2-Zertifikaten sowie die nachfrageunabhängige Förderung und der Einspeisevorrang erneuerbarer Energien zum Ausscheiden der kohlegefeuerten Kraftwerke aus dem Strommarkt bei, sondern insbesondere auch der regulatorische Eingriff über das am 14. August 2020 in Kraft getretene KVBG.

Das KVBG regelt einen vollständigen Ausstieg aus der Kohleverstromung in Deutschland bis spätestens zum Jahr 2038, wobei für Steinkohlekraftwerke eine frühere Stilllegung vorgesehen ist. Die Reihenfolge der Stilllegung in den Jahren 2020 bis 2027 wird dabei über ein Auktionsverfahren mit einer degressiven Ausgestaltung der Höchstpreise ermittelt.

STEAG hat sich an Auktionen gemäß KVBG beteiligt. Bei der ersten Auktion hat STEAG für das Kraftwerk Walsum 9 einen Zuschlag erhalten; die Stilllegung erfolgte Ende 2020. Die Überprüfung der Systemrelevanz des Kraftwerks wurde zwischenzeitlich von der Bundesnetzagentur negativ beschieden, so dass Anfang Juli 2021 das Kohleverfeuerungsverbot für das Kraftwerk Walsum 9 eingetreten ist. Bei der dritten Auktion hat STEAG für die Kraftwerke Bergkamen, Völklingen-Fenne MKV und Völklingen-Fenne HKV Zuschläge erhalten. Für diese Kraftwerke gilt ab Ende Oktober 2022 ein Kohleverfeuerungsverbot, wobei der Übertragungsnetzbetreiber Amprion bereits den Ausweis der Systemrelevanz für diese Kraftwerke bis zum 31. Oktober 2024 beantragt hat. Ausgehend von den Ergebnissen der erfolgten und möglichen weiteren Auktionsteilnahmen und unter Berücksichtigung weiterer wirtschaftlicher Faktoren sowie der drohenden ordnungsrechtlichen Zwangsstilllegung erfolgt eine Abschaltung der weiteren Verbund-Kraftwerke. Dabei sind auch die Entscheidungen der neuen Bundesregierung, die idealerweise einen Aussteig aus der Kohleverstromung in Deutschland bis zum Jahr 2030 erreichen will, zu berücksichtigen.

Aus der Stilllegung der inländischen Kraftwerke haben und werden sich absehbar umfangreiche Auswirkungen auf den KSBG-Konzern ergeben, die in Teilen soweit notwendig bereits in den Rückstellungen Berücksichtigung gefunden haben. Positive Effekte bilden dabei die Erlöse aus den Auktionen und der Entfall der Betriebskosten für die Kraftwerke sowie die Möglichkeit der Alternativnutzung oder der Veräußerung der Kraftwerksstandorte. Dem gegenüber stehen im Wesentlichen Kosten für den gesetzlich verpflichtenden Rückbau bestimmter Kraftwerke und für den Personalabbau, die durch staatlich vorgesehenes Anpassungsgeld abgemildert werden.

In den Ländern, in denen die Auslandskraftwerke Iskenderun (Türkei), Mindanao (Philippinen) und Termopaipa (Kolumbien) betrieben werden, wurden durch Kapitalanlagegarantien der Bundesrepublik Deutschland die politischen Risiken abgesichert. Für das Auslandskraftwerk Iskenderun (Türkei) besteht eine Garantie der Bundesrepublik Deutschland bis zum Jahr 2025. Hierdurch ist ein Verlust des Kapitalanteils der STEAG GmbH weitgehend ausgeschlossen. Bezüglich des Auslandskraftwerks Mindanao wurde der Verkaufsvertrag geschlossen. Für das kolumbianische Kraftwerk Thermopaipa wurde ein Veräußerungsprozess initiiert. Beide Veräußerungen sind für das Jahr 2022 vorgesehen.

Operative Risiken

Im Rahmen des Betriebes von zentralen Großkraftwerksanlagen sowie von dezentralen Kraft- und Heizwerken kommt dem vorbeugenden Risikomanagement aus kommerzieller, aber auch gesellschaftlicher, politischer, technologischer und umweltbezogener Hinsicht eine besondere Bedeutung zu. Aufgrund der hohen Kapitalintensität und -bindungsdauer der technischen Energieerzeugungsanlagen sind bereits vor der Investition Risiken durch die sorgfältige Analyse der Markt- und Rahmenbedingungen sowie durch Auswahl qualitativ hochwertiger Technik und durch Erlangen der Akzeptanz der Anlage in ihrem Umfeld einzudämmen. Eine offene und transparente Kommunikation mit Kunden, Lieferanten und Partnern trägt dabei zusätzlich zu einer frühzeitigen Erkennung und Vermeidung von Risiken im Rahmen der Anlagenerrichtung bei.

Beim operativen Betrieb der zentralen sowie dezentralen Kraft- und Heizwerke stellen dabei vorrangig die sich stets verändernden Marktbedingungen ein Risiko für den betrieblichen Erfolg der Anlage dar. Zum einen sind die Anlagen abhängig von Preisentwicklungen der Strom- und Commodity-Märkte, die auch vom Weltmarkt bestimmt werden, zum anderen steigen die gesetzlichen und technischen Anforderungen und Kosten bezüglich des Ausstoßes von CO_2. Für den Ertrag der Windkraftanlagen in Deutschland, Frankreich und Polen spielt das Windaufkommen eine große Rolle. Insbesondere für die zentralen Großkraftwerke in Deutschland ergibt sich ein wirtschaftliches Risiko aus geringer Beschäftigung aufgrund der Verdrängung durch den zunehmenden Einsatz erneuerbarer Energien und Gaskraftwerke. Weiterhin haben auch das im August 2020 inkraftgetretene KVBG sowie regulatorische Änderungen in Bezug auf Umwelt- und Sicherheitsauflagen einen großen Einfluss auf den Erfolg und den weiteren Betrieb eines Kraft- oder Heizwerkes. Veränderungen am Markt

sowie regulatorische Anpassungen und Neuerungen werden im KSBG-Konzern stets beobachtet, um somit eine frühzeitige Reaktion zu ermöglichen und Risiken vorzubeugen. Als weitere Risiken beim Betrieb von Energieerzeugungsanlagen sind neben den technischen Ausfallrisiken oder Brennstoffversorgungsrisiken insbesondere die gesellschaftspolitischen Risiken zu nennen, die sich in Form von IT-Hacker-Angriffen, rechtswidrigem Eindringen von Demonstranten oder Vandalismus an technischen Anlagen darstellen können.

In den ausländischen Kraftwerken gelten, abgesehen vom KVBG, grundsätzlich die gleichen Risiken für den Kraftwerksbetrieb. Zumeist kommt jedoch noch die wirtschaftspolitische Entwicklungen als Risiko hinzu. Dabei steht vor allem die Türkei hinsichtlich ihrer politischen Entwicklung und als bedeutendstes ausländisches Engagement des KSBG-Konzerns im Fokus. Die wirtschaftspolitische Entwicklung in der Türkei wird durch den KSBG-Konzern kontinuierlich beobachtet. Die Abwertung der türkischen Lira hat keine direkten Auswirkungen auf die Geschäftsaktivitäten des KSBG-Konzern, da die Hauswährung des Kraftwerks US-Dollar ist und auch auf den Commodity-Märkten in US-Dollar gehandelt wird. 2021 war die Situation im Land weiterhin durch die Corona-Pandemie belastet. Darüber hinaus ist es ab Mitte des Jahres 2021 zu einem starken Kursverfall der türkischen Lira gekommen. Der KSBG-Konzern ist in der Türkei vor allem mit dem Steinkohlekraftwerk Iskenderun engagiert, dessen Stromproduktion frei vermarktet wird. Mitte des Jahres hatte sich die Merit-Order in der Türkei für das Kraftwerk nachteilig entwickelt, so dass es sich nur noch in stark reduziertem Betrieb befand. Insbesondere die durch die staatliche Gasgesellschaft BOTAS getroffene Entscheidung, den Gaspreis im November 2021 deutlich anzuheben, hat sich positiv auf Beschäftigung und Ergebnis des Kraftwerks ausgewirkt. Für das kommende Jahr ergeben sich Risiken insbesondere aus dem starken Rohstoffpreisanstieg, der potenziell zu regulatorischen Eingriffen in den türkischen Strommarkt führen kann. Die Entwicklung der Lira stellt kein direktes Risiko dar, da die relevanten Geschäfte in US-Dollar getätigt werden. Lediglich der Zeitversatz zwischen einem Abwerten der Lira und der Anpassung des Strompreises in US-Dollar kann sich auswirken.

Konzernintern abgestimmte Regelwerke geben den Rahmen vor, innerhalb dessen die finanzwirtschaftlichen Preisrisiken im Handelsbereich (Commodity-Preise, Währungen) sowie die damit verbundenen Kontrahentenausfall- und Liquiditätsrisiken gesteuert werden. Entsprechende Kennzahlen wie zum Beispiel Positionslimits, Verlustlimits oder auch Value-at-Risk-Schwellen dienen dabei der Einhaltung der gesetzten Grenzen. Während die Preisrisiken insbesondere durch den Einsatz von Derivaten auf Basis entsprechender Finanzmodelle gesteuert werden, liegt der Fokus bei den Kontrahentenausfallrisiken auf der Bonitätsprüfung der Vertragspartner, der Angemessenheit der zugrunde liegenden Rahmenverträge sowie einer kontinuierlichen Überprüfung der daraus abgeleiteten Kreditlinien. Für das Handelsgeschäft werden alle relevanten Kennzahlen durch das Back Office im Handelsbereich überwacht. Der Risikorahmen für die Handelsaktivitäten wird regelmäßig geprüft, bei Bedarf wird eine Anpassung durchgeführt.

Im Rahmen der Terminvermarktung schließt die STEAG GmbH Handelsverträge ab, die Verpflichtungen zur Gewährung von Kreditsicherheiten beinhalten, die jedoch unter den Vorbehalt der Einhaltung bestimmter Finanzkennzahlen gestellt sind. Finanzkennzahlen, die im Rahmen von E-FET-Verträgen vereinbart wurden, konnten teilweise nicht eingehalten werden. In diesen Fällen besteht das Risiko einer notwendigen Barunterlegung als Sicherheit für die Vertragspartner. Resultierende Informationspflichten werden eingehalten und notwendige Sicherheiten bereitgestellt. Die erschwerte Finanzierungssituation, die sich auch im Laufe des Jahres 2021 zumindest temporär gezeigt hat, wurde durch Marktteilnehmer partiell kritisch gesehen. Der Abschluss von Termingeschäften ist daher auch zukünftig von einer stabilen Finanzierungssituation der KSBG abhängig. Aufgrund eines starken Anstiegs der Großhandelspreise für Strom sowie CO_2 und Commodities Ende September 2021 und der damit verbundenen Marginingverpflichtungen, mussten die entsprechenden Sicherungsgeschäfte größtenteils aufgelöst werden. Somit unterlagen die entsprechenden Geschäfte dem Marktrisiko. Im weiteren Verlauf des Jahres konnten jedoch neue Vermarktungsverträge abgeschlossen werden, um das Risiko auch bis in das Jahr 2022 hinein zu reduzieren.

Investitionsentscheidungen bergen in ihrer Umsetzung aufgrund des hohen Kapitaleinsatzes und der langfristigen Kapitalbindung mehrdimensionale Risiken. Neue Projekte sind in der frühen Projektphase mit höheren Unsicherheiten im Hinblick auf Einschätzung der zukünftigen Chancen- und Risikoposition verbunden. Zugleich kann die Wirtschaftlichkeit von unsicheren künftigen Ereignissen abhängen, die zum gegenwärtigen Zeitpunkt nur auf der Grundlage von fundierten Chancen-/Risikobeurteilungen eingeschätzt werden können. Der KSBG-Konzern führt daher die Vorbereitung und Umsetzung solcher Entscheidungen entlang festgelegter und differenzierter Zuständigkeitsregelungen und Genehmigungsprozesse durch.

Die Geschäftsprozesse des KSBG-Konzern werden durch Informationsverarbeitungssysteme unterstützt, deren Sicherheit durch hohe Standards und regelmäßige Aktualisierung der Soft- und Hardware gewährleistet wird. Dazu gehören neben dem Betrieb eines aktiven Schwachstellenenmanagements und dem aktiven Monitoring möglicher Cyber-Angriffe auch ein regelmäßiges Aktualisierungsmanage-ment für Soft- und Hardware. Cyper-Angriffe sind dennoch nicht auszuschließen und könnten die Geschäftsprozesse des KSBG-Konzern beeinträchtigen.

Finanzwirtschaftliche Risiken

Um jederzeit die Zahlungsfähigkeit und die finanzielle Flexibilität des Konzerns gewährleisten zu können, erstellt der KSBG-Konzern eine mehrjährige Finanzplanung sowie eine monatlich rollierende Liquiditätsplanung für einen Zeitraum von 24 Monaten, aus der die langfristigen Kreditlinien und weitere Finanzierungsmaßnahmen abgeleitet werden. Das Cash-Pooling sowie externe Finanzierungen konzentrieren sich vorwiegend auf die STEAG GmbH sowie spezielle Projektgesellschaften. Im Rahmen des Cash-Poolings werden die Mittel bedarfsgerecht intern an die Konzerngesellschaften weitergeleitet.

Der KSBG-Konzern hat eine für operative Zwecke notwendige Mindestliquidität festgelegt, die benötigt wird, um Margiringverpflichtungen (Barhinterlegungen) leisten zu können. Margiringverpflichtungen entstehen aus Absicherungsgeschäften im Handelsbereich, welche auf Terminmarktnotierungen basieren und damit zukünftige Ergebnis- und Liquiditätsflüsse festlegen. Infolge des Anstiegs der Rohstoff- und Strompreise und verstärkt durch den Krieg in der Ukraine, haben sich erhebliche Schwankungen der Preisniveaus ergeben und sind auch weiterhin zu erwarten. Der STEAG-Konzern hat daher das Vermarktungsportfolio angepasst und Absicherungsgeschäfte mit Margingverpflichtungen reduziert. Um wiederum zukünftige Ergebnis- und Liquiditätsschwankungen zu begrenzen, wurden für einen Teil der Kraftwerksleistung alternative Absicherungsgeschäfte mit Handelspartnern geschlossen, die zu keinen Margingverpfichtungen des STEAG-Konzerns führen. Zudem wurde eine zeitlich befristete Kreditlinie mit der KFW abgeschlossen, die zur Erbringung von Barsicherheiten (sogenannter Margins) verwendet werden kann. Diese Barhinterlegungen fließen zum Zeitpunkt der Realisierung des Sicherungsgeschäftes wieder an STEAG zurück.

Auf Basis der aktuellen Liquiditätsplanung zeigt der KSBG-Konzern über den Betrachtungszeitraum von 24 Monaten eine voraussichtlich ausreichende Liquiditätsausstattung oberhalb der definierten Mindestliquidität. Eventuelle Abweichungen vom definierten Sanierungspfad werden regelmäßig durch den begleitenden Sanierungsgutachter Roland Berger validiert. Zur Finanzierung des KSBG-Konzerns bestehen verschiedene Finanzverbindlichkeiten. Insbesondere die in 2021 geschlossene Sanierungsvereinbarung erfordert die Einhaltung bestimmter Finanzkennzahlen, die ab dem Jahr 2022 anzuwenden sind. Zum 31. Dezember 2021 wurden sämtliche in Finanzierungsverträgen vereinbarte Finanzkennzahlen eingehalten. Auch innerhalb des Zeitraums der Liquiditätsplanung ist nicht mit einem Bruch der vereinbarten Finanzkennzahlen zu rechnen.

Das Ergebnis des KSBG-Konzerns kann durch Zins- und Währungsschwankungen beeinflusst werden.

Das Marktzinsniveau wirkt sich auf die Höhe der Refinanzierungskosten ebenso aus wie die Einschätzung der Bonität des KSBG-Konzerns. Diese wiederum wird unter anderem durch die Marktsituation für konventionelle Kraftwerke bestimmt. Hierdurch kann eine Verschlechterung der Bonitätseinschätzung eintreten, wodurch die Aufnahme von Fremdkapital erschwert wird beziehungsweise höhere Kosten dafür entstehen können. Seitens Banken und Versicherungen wird verstärkt die ESG Taxonomie der EU aufgegriffen, wie zum Beispiel an daran angepassten Umweltstandards zu erkennen ist. Unternehmen, die diesen Standards nicht mehr entsprechen, werden zukünftig vermehrt Auswirkungen z.B. auf die Kreditvergabe spüren.

Die Bewertung der Rückstellungen wird ebenfalls durch das Marktzinsniveau beeinflusst. Sinkende Zinsen erhöhen das Niveau der Rückstellungen und umgekehrt.

Risiken aus Fremdwährung bestehen insbesondere bei der Beschaffung und Preisabsicherung von benötigten Brennstoffen. Sie werden mit geeigneten Finanzinstrumenten abgesichert. Hinsichtlich der Risikoberichterstattung in Bezug auf die Verwendung von Finanzinstrumenten wird auf den Abschnitt im Anhang zum Konzernabschluss verwiesen.

Geplante Dividendenausschüttungen ausländischer Konzerngesellschaften außerhalb des Euroraumes werden strukturiert gegen Wechselkursschwankungen gesichert.

Mit Schreiben vom 2. März 2021 wird die KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG seitens der Deutschen Bundesbank als „nicht notenbankfähig“ eingestuft.

Sonstige Risiken

Die Geschäftstätigkeit des KSBG-Konzerns birgt geschäftsübliche wirtschaftliche Risiken aus Vertragsbeziehungen zu Kunden und Geschäftspartnern sowie technische Risiken aus dem Anlagenbetrieb, insbesondere von Großanlagen. Bei gegebenen Voraussetzungen werden, in notwendigem Umfang Rückstellungen zur bilanziellen Risikovorsorge gebildet.

Risiken der KSBG KG

Die KSBG KG mit Sitz in Essen hat als Konzernmutter mit der STEAG GmbH einen Gewinnabführungsvertrag geschlossen. Die STEAG GmbH wiederum hat als Führungsgesellschaft und Stammhaus der STEAG-Gruppe mit dem Großteil der inländischen Tochtergesellschaften Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge geschlossen. Dadurch steuert die STEAG GmbH einen Großteil der inländischen Risiken im Konzern. Die KSBG KG steuert mit der STEAG GmbH die größte Einzelgesellschaft des Konzerns. Die vorgenannte Darstellung der risikobezogenen Situation des KSBG-Konzerns bildet somit auch die wesentlichen Risiken der KSBG KG ab. Zu bestehenden Unsicherheiten und Maßnahmen des Managements hierzu wird auf die Ausführungen unter „(3) Nachtragsbericht“ verwiesen.

Darüber hinaus ist die KSBG KG gemäß viertem Änderungsvertrag zum Konsortialkreditvertrag vom 21. Juli 2014 (in der Fassung vom 31. August 2021) dazu verpflichtet, für die folgende Kennzahl die im Kreditvertrag genannten Grenzen einzuhalten:

- das Verhältnis der konsolidierten Nettoverschuldung zu konsolidiertem Adjustiertem EBITDA (Nettoverschuldungsgrad) auf Ebene des KSBG Konzernabschlusses:

- Für den Berechnungszeitraum, der zum Quartalstermin 31. Dezember 2022 endet, gilt ein Nettoverschuldungsgrad ≤ 4,00.

- Für den Berechnungszeitraum, der zum Quartalstermin 31. März 2023 endet, gilt ein Nettoverschuldungsgrad ≤ 3,75.
- Für den Berechnungszeitraum, der zum Quartalstermin 30. Juni 2023 endet, gilt ein Nettoverschuldungsgrad ≤ 3,50.
- Für den Berechnungszeitraum, der zum Quartalstermin 30. September 2023 endet, gilt ein Nettoverschuldungsgrad ≤ 3,25.
- Für die jeweiligen Berechnungszeiträume, die zu den Quartalsterminen ab 31. Dezember 2023 (einschließlich) enden, gilt ein Nettoverschuldungsgrad ≤ 2,75.

Eine Nichterfüllung der Kennzahlen würde zu einem Kreditvertragsbruch führen. Auf Basis der Liquiditätsplanung ist nicht mit einem Bruch der vereinbarten Finanzkennzahlen zu rechnen.

Chancenbericht

Der KSBG-Konzern ist gegenwärtig national und international im Bereich der konventionellen Stromerzeugung sowie bei erneuerbaren, dezentralen Energien und energienahen Dienstleistungen engagiert. Im Hinblick auf stark gewandelte Marktbedingungen und die angestrebte Beendigung der Kohleverstromung durch staatliche Regulierung in Deutschland hat sich der KSBG-Konzern als neues strategisches Ziel vornehmlich die Entwicklung von innovativen Energielösungen mit dem Fokus auf Industriekunden sowie erneuerbaren und dezentralen Energien gesetzt.

Mit dem Projekt FUTURE wurde im Jahr 2019 der ganzheitliche Transformationsprozess zur Umsetzung dieses strategischen Ziels angestoßen. Im Rahmen des Projektes erfolgte die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle und die Anpassung der bestehenden Strukturen. Damit besteht die Chance den KSBG-Konzern aus eigener Kraft neu aufzustellen sowie die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens weiterhin sicherzustellen und zu verbessern.

Die im Rahmen des Projektes FUTURE definierten Geschäftsmodelle bieten dabei Chancen aus den aktuellen Trends Dekarbonisierung, Digitalisierung und Dezentralisierung. Der KSBG-Konzern wird zum Anbieter von Energiekomplettlösungen insbesondere für Dekarbonisierungsprojekte in der Industrie. Dabei unterstützt der STEAG-Konzern seine Kunden vollumfänglich von der Konzeptionierung, Planung und Realisierung der energietechnischen Anlagen bis zur Betriebsführung und Vermarktung der Energieprodukte. Technisch liegt der Fokus dabei auf der Nutzung von erneuerbaren, dezentralen sowie innovativen Versorgungslösungen sowie u.a. der Einsatz von Wasserstoff. Die Nutzung der vorhandenen Kapazitäten und Erfahrungen im Energiehandel eröffnen die Chance, in die Entwicklung neuer Vermarktungslösungen mit dem Fokus auf Grünstrom (Green PPA) einzusteigen.

Neben der Betriebsführung für Dritte bleibt der KSBG-Konzern auch selbst weiterhin Betreiber von eigenen Kraftwerken und anderen energietechnischen Anlagen. Somit besteht die Möglichkeit, technische und kommerzielle Kompetenzen im Anlagenbetrieb zu erhalten und auszubauen sowie an weiterhin bestehenden Chancen in der Stromerzeugung in ausländischen Märkten oder im Bereich Wärmeversorgung oder Müllverbrennung zu partizipieren. Der KSBG-Konzern wird in diesem Zusammenhang auch sein eigenes Portfolio an Photovoltaik- und Windenergieanlagen erweitern und Dienstleistungen zur Errichtung und Betriebsführung von Photovoltaikanlagen anbieten.

Als weiteres, im Projekt FUTURE definiertes Geschäftsmodell gilt die Entwicklung einer digitalen Serviceplattform, die Services und Tools insbesondere zum Performance-Monitoring, zur Sicherstellung der Transparenz über Zustand und Wirtschaftlichkeit von Energieanlagen bis hin zur Optimierung von Energiesystemen zusammenfasst und einer breiten internationalen Kundenbasis anbietet.

Der KSBG-Konzern strebt dabei an, für alle Tätigkeitsfelder die Marktchancen und die globalen Trends in Deutschland sowie im internationalen Umfeld zu verfolgen. Darüber hinaus soll die effizientere Gestaltung der Steuerungs- und Unterstützungsfunktionen die Flexibilität und Reaktionsgeschwindigkeit auf Markttrends steigern.

Im Rahmen der angestrebte Aufteilung in ein Kohlegeschäft und ein Wachstumsgeschäft (Projekt Sun-rise) erhofft sich STEAG eine stärkere Belastbarkeit der neuen strategischen Ausrichtung. Dies soll einhergehen mit einer gesteigerten Kapitalmarktattraktivität des Wachstumsgeschäfts.

Chancen der KSBG KG

Analog zur risikobezogenen Situation steuert die KSBG KG als Konzernmutter die STEAG GmbH als Führungsgesellschaft des KSBG-Konzerns und somit auch alle wesentlichen Chancen des Konzerns. Die vorgenannte Darstellung der chancenbezogenen Situation des KSBG-Konzerns bildet somit auch die wesentlichen Chancen der KSBG KG ab.

Prognosebericht
Gesamtwirtschaftliche Entwicklung[8]

Der russische Angrifffskrieg auf die Ukraine belastet die Aussichten für die Weltwirtschaft und birgt große politische Unsicherheiten. Gemäß der aktualisierten Konjunkturprognose des Sachverständigenrats wird sich insbesondere in der Europäischen Union das Wirtschaftswachstum deutlich abschwächen. Die Abhängigkeit von russischen Energieimporten stellt

[8] Vgl. hierzu die Aktualisierte Konjunkturprognose 2022 und 2023 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftichen Entwicklung sowie den Monatsbericht März 2022 der Deutschen Bundesbank

ein beträchtliches Risiko für einige Mitgliedstaaten dar. Nicht zuletzt können ein Lieferstopp oder ein Importembargo für russische Energieträger nicht ausgeschlossen werden.

Vor Ausbruch des Krieges zeigte sich die weltweite konjunkturelle Entwicklung robust. Der private Konsum bleibt die wichtigste Stütze der gesamtwirtschaftlichen Erholung. Auf der Angebotsseite wirkten sich die Verfügbarkeit von Vorprodukten und wiederkehrende Einschränkungen durch die Corona-Pandemie aus. Durch den russischen Angriffskrieg und die im Gegenzug ergriffenen Sanktionen werden sich erwartungsgemäß die Störungen in den weltweiten Wertschöpfungsketten verstärken und der inflationäre Druck wird steigen. Die ökonomischen Auswirkungen der Pandemiewellen fallen zunehmend geringer aus und zumindest die pandemiebedingten Engpässe sollten in 2022 an Einfluss verlieren.

Der Sachverständigenrat erwartet, dass das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland im Jahr 2022 um 1,8 Prozent und im Jahr 2023 um 3,6 Prozent steigt. Für den Euro-Raum rechnet er mit einem Wachstum von jeweils 2,9 Prozent. Bei den Inflationsraten beläuft sich die Erwartung in Deutschland auf 6,1 Prozent in 2022 und 3,4 Prozent in 2023 bzw. im Euro-Raum auf 6,2 Prozent in 2022 und 2,9 Prozent in 2023. Bei diesen Prognosen unterstellt der Sachverständigenrat, dass die Energiepreise erhöht bleiben, es jedoch nicht zu einem Stopp russischer Energielieferungen kommt. Zudem wird darauf hingewiesen, dass die große Abhängigkeit von russischen Energielieferungen das erhebliche Risiko einer geringeren Wirtschaftsleistungen bis hin zu einer Rezession bei gleichzeitig deutlich höheren Inflationsraten birgt.

Energiewirtschaftliche Entwicklung

Die Geschäftsentwicklung des KSBG-Konzerns wird weiterhin durch energiepolitische und -wirtschaftliche Rahmenbedingungen geprägt, die sowohl das Inlandsgeschäft als auch die internationalen Geschäftsaktivitäten betreffen. Der Umbruch in der Energiewirtschaft aufgrund der gesellschaftlich gewollten und politisch forcierten Energiewende in Deutschland setzt sich mit der neu gewählten Koalition aus SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP fort. Der Koalitionsvertrag sieht ein klares Bekenntnis zum 1,5-Grad-Pfad und eine Beendigung des fossilen Zeitalters vor. Der Überprüfungsschritt über den Zeitpunkt des Kohleausstiegs wird von 2026 auf Ende 2022 vorgezogen. „Idealerweise“[9] soll die Beendigung der Kohleverstromung damit bereits 2030 gelingen. Zeitgleich hält die neue Regierung am Atomausstieg fest[10] und verspricht einen beschleunigten Ausbau Erneuerbarer Energien und der notwendigen Netze. Der Bereich Photovoltaik erfährt eine große Beachtung. So wird beabsichtigt, alle „geeigneten Dachflächen“[11] zukünftig für die Solarenergie zu nutzen. Auch der Ausbau der Windenergie soll beschleunigt werden. In den nächsten Jahren kündigt sich eine Stromlücke an, die durch den Ausbau Erneuerbarer Energien und der Netzinfrastruktur geschlossen werden soll. Zudem wird das in 2020 in Kraft getretene KVBG die Entwicklung der Energiebranche in den kommenden Jahren weiterhin stark beeinflussen. Ab dem dritten Quartal 2021 ist es zu einem deutlichen Anstieg der Großhandelspreise für Energierohstoffe, Strom und CO_2 gekommen. Mit Ausbruch des russischen Angriffskriegs und der im Gegenzug ergriffenen Wirtschaftssanktionen stiegen die Preise für Energierohstoffe erneut massiv an. Zur Reduzierung der Abhängigkeit von russischen Energielieferungen kann der Ausbau der erneuerbaren Energien und die Diversifikation der Energieimporte beitragen. Kohlekraftwerke leisten zudem einen bedeutenden Beitrag zur Versorgungssicherheit.

International gilt es weiter zu verfolgen, welche Wirkungen das Pariser Klimaabkommen für den Aus- und Umbau des globalen Energiesystems entfalten wird. Dies wird abhängig davon sein, inwieweit das Abkommen, insbesondere in den G20-Staaten, in nationale Energiepolitik übersetzt wird und inwiefern gemachte Zusagen hinsichtlich der Finanzierung und des Technologietransfers – speziell gegenüber den stark energienachfragenden Entwicklungs- und Schwellenländern – eingehalten werden. Bei der UN-Klimakonferenz 2021 in Glasgow bekannten sich die Staaten weit deutlicher als bislang zu dem Ziel, die Erderwärmung auf maximal 1,5 Grad im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter zu begrenzen und sind im "Klimapakt von Glasgow" dazu aufgefordert, bei ihren Klimazielen bis 2030 nachzubessern. Erstmals halten die 197 Vertragsparteien der Klimakonferenz in einem Abschlussdokument auch eine konkrete Maßnahme zum Klimaschutz fest. Demnach soll die Weltgemeinschaft die Kohleverbrennung deutlich verringern.

Am 29. April 2021 hat das Bundesverfassungsgericht das Klimaschutzgesetz der Bundesregierung als in Teilen verfassungswidrig erklärt. Das bisherige Klimaschutzgesetz von 2019 müsse nachgebessert werden, die Maßnahmen zur Emissionsreduktion ab 2031 seien unzureichend. Mit der Änderung des Klimaschutzgesetzes verschärft die Bundesregierung die Klimaschutzvorgaben und verankert das Ziel der Treibhausgasneutralität bis 2045. Bereits bis 2030 sollen die Emissionen um 65 Prozent gegenüber 1990 sinken. Die Gesetzesnovelle ist am 31. August 2021 in Kraft getreten.

Strategische und operative Herausforderungen

Mit der Notwendigkeit, die große Abhängigkeit von russischen Energielieferungen zu verringern, dem KVBG, dem weiteren Ausbau der Kapazitäten der erneuerbaren Energien und den Anpassungen der thermischen Kraftwerkskapazitäten ist der Energiemarkt in Deutschland weiterhin von erheblichen Umbrüchen geprägt. Der KSBG-Konzern wird mit seinem Asset-Portfolio und energiewirtschaftlichen Know-How diesen Veränderungsprozess bestmöglich unterstützen.

Im Hinblick auf diese massiv veränderten und anhaltenen Marktbedingungen hat der KSBG-Konzern bereits Ende 2019 einen weitreichenden Transformationsprozess im Rahmen des Projekts FUTURE begonnen, womit umfassende Maßnahmen zur strategischen Neuausrichtung und anschließenden organisatorischen Neuaufstellung des gesamten Konzerns angestoßen wurden.

[9] Siehe Koalitionsvertrag zwischen SPD, Bündnis 90/ DIE GRÜNEN und FDP: „Mehr Fortschritt wagen, Bündis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit“, S. 58.
[10] Ebenda, S. 55.
[11] Ebenda, S. 56.

Neben dem Kohleausstieg in Deutschland werden mit dem Projekt FUTURE auch neue Geschäftsmodelle forciert. Der KSBG-Konzern beschleunigt seinen Wandel zum integrierten Dienstleister für Energiekomplettlösungen einschließlich Planung und Betrieb von Energieanlagen sowie der Vermarktung der Energieprodukte. Der Fokus liegt dabei auf Industriekunden und erneuerbaren sowie dezentralen Energielösungen. In diesem Zusammenhang wird auch der Aufbau einer digitalen Serviceplattform verfolgt, um Dienstleistungen gesammelt anzubieten und Energieanlagen zu überwachen und zu optimieren. Für die optimale Begleitung der neuen Geschäftsprozesse werden auch die bestehenden Verwaltungs- und Unterstützungsfunktionen den neuen Bedürfnissen angepasst. Hierbei konnten im Jahr 2021 bereits weitreichende Maßnahmen umgesetzt werden, die sich in den Folgejahren positiv auf die Ergebnissituation des KSBG-Konzerns auswirken sollten.

Darüber hinaus bleibt der KSBG-Konzern mit dem Betrieb von eigenen Energieanlagen und im Bereich der erneuerbaren Energien sowie der Wärmeversorgung aktiv, um Versorgungssicherheit zu stützen, Marktchancen zu nutzen und vorhandene Kompetenzen zum Anlagenbetrieb zu sichern und zu erweitern. Diesbezüglich wird auch das Geschäftsfeld Renewables, das sich auf Entwicklung, Bau und Betrieb von Photovoltaik- und Windenergieanlagen fokussiert, ausgebaut.

Operatives Ergebnis

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurde ein Umsatz in Höhe von 2,8 Milliarden € erwirtschaftet. Damit wurden die Budgeterwartungen (2,2 Milliarden €) übertroffen. Positiv hat sich hierbei insbesondere der deutliche Anstieg der Großhandelspreise für Strom ab dem 3. Quartal ausgewirkt. Hiervon konnten neben den inländischen Großkraftwerken auch die Dezentralen Anlagen sowie die Müllverbrennungsanlagen profitieren. Ebenso wie beim türkischen Kraftwerk Iskenderun zeigte sich dabei auch eine deutliche Margenverbesserung, so dass das EBIT des KSBG-Konzerns mit 186,3 Mio. € den Budgetwert deutlich übersteigt. Hierzu hat auch die konsequente Umsetzung der Maßnahmen aus dem Projekt FUTURE beigetragen.

Für das Geschäftsjahr 2022 wurde nach der aktuell vorliegenden Planung ein Umsatz in Höhe von 2,1 Milliarden € geplant. Die erheblichen Steigerungen der Preise für Energierohstoffe sowie für CO_2-Zertifikate seit dem 3. Quartal 2021 haben zu einem deutlich höheren Strompreisniveau geführt, welches sich vornehmlich auf die Vermarktung der inländischen Kraftwerksleistung sowie der Leistung des Kraftwerks Iskenderun in der Türkei auswirkt. Daher wird aktuell für 2022 ein deutlich höherer Umsatz als in der aktuell vorliegenden Planung erwartet. Ebenso wird davon ausgegangen, dass das für 2022 geplante EBIT in Höhe von 112,1 Mio. € deutlich übertroffen werden wird, da in den ersten drei Monaten des Jahres 2022 bereits deutlich höhere Margen realisiert werden konnten.

Für das Jahr 2022 sind Investitionen von bis zu 184 Mio. € vorgesehen. Im Rahmen der Wachstumsinvestitionen liegt der Fokus dabei in den Bereichen Photovoltaik und Windenergie sowie bei den Dezentralen Anlagen. Für die Fernwärme an der Ruhr sollen Wärmespeicher errichtet werden, um die Flexibilität zu erhöhen. Darüber hinaus wird mit gezielten Erhaltungsinvestitionen unter Berücksichtigung der Auswirkungen des KVBG das Ziel verfolgt, an sämtlichen (Kraftwerks-) Standorten die bereits hohe Verfügbarkeit sowie die Effizienz im Anlagenbetrieb sicherzustellen.

In Zusammenhang mit dem Transformationsprojekt FUTURE und den Kraftwerksschließungen infolge der Umsetzung des KVBG hat STEAG den Abbau von ca. 1.000 Arbeitsplätzen in Deutschland bis 2024 angekündigt. Im Jahr 2021 konnten bereits wesentliche Personalabbaumaßnahmen umgesetzt werden.

Gesamtaussage zur voraussichtlichen Entwicklung

Aus dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine ergeben sich marktinduzierte Auswirkungen auf KSBG KG, die sich insbesondere in den Bereichen der Rohstoffversorgung sowie in Marktvolatiliäten zeigen. In Bezug auf den Rohstoffeinkauf lässt sich festhalten, dass KSBG KG zu einem geringen Anteil Kohle aus Russland bezogen hat und daher auch keine wesentlichen Auswirkungen auf die Geschäftsaktivitäten des KSBG-Konzern unter Berücksichtigung des von den EU-Staaten gebilligten Embargos für Kohle aus Russland erwartet. Die Mengen können durch Bezüge aus anderen Lieferländern kompensiert werden. Für den KSBG-Konzern besteht nach aktueller Einschätzung das Risiko nicht im Angebot, sondern in der Preisentwicklung für Kohle am Weltmarkt. Darüber hinaus kann es bei der Binnenlogistik, also dem Transport der Kohle von den Seehäfen zu den Kraftwerken, zu Engpässen kommen. Die Gasversorgung der noch im Bau befindlichen GuD-Anlage in Herne wurde für das Jahr 2023 weitestgehend am Terminmarkt eingedeckt. Die Auswirkungen weiterer Sanktionen oder Einschränkungen an den Rohstoffmärkten können sich auf die Geschäftsaktivitäten der KSBG auswirken, sind jedoch derzeit nicht bewertbar. Die Entwicklungen an den Rohstoffmärkten werden beobachtet, um rechtzeitig mögliche weitere Gegenmaßnahmen ergreifen zu können.

Die gestiegenen Energierohstoffpreise haben zu einem deutlichen Anstieg des Strompreisniveaus geführt. Hierdurch hat sich die Beschäftigungssituation und das Margenniveau der Kraftwerke des KSBG-Konzerns verbessert. Auf der finanziellen Seite ergeben sich vor allem Margining-Risiken (Sicherheitshinterlegungen für Termingeschäfte) aus gestiegenen Marktvolatilitäten, die sich insbesondere aus dem russischen Angriffskrieg ergeben. Um das Risiko hieraus zu mindern, wurde das Vermarktungsportfolio angepasst und Absicherungsgeschäfte mit Margingverpflichtungen reduziert. Um wiederum zukünftige Ergebnis- und Liquiditätsschwankungen zu begrenzen, wurden für einen Teil der Kraftwerksleistung alternative Absicherungsgeschäfte mit Handelspartnern geschlossen, die zu keinen Marginingverpfichtungen des KSBG-Konzerns führen. Zudem wurde eine zeitlich befristete Kreditlinie mit der KFW abgeschlossen, die zur Erbringung von Barsicherheiten (sogenannter Margins) verwendet werden kann.

Der KSBG-Konzern geht davon aus, dass die sich aus der neuen strategischen Ausrichtung ergebenden Chancen und insbesondere die geplanten Investitionen in Wachstumsfelder zukünftig dazu beitragen werden, dass sich der KSBG-Konzern erfolgreich im veränderten Energiemarkt positionieren wird. Parallel hierzu werden Risiken aus dem Geschäftsumfeld und den Aktivitäten des Konzerns im Rahmen der Risikostrategie systematisch identifiziert, gesteuert sowie überwacht.

Ausblick zur voraussichtlichen Entwicklung der KSBG KG

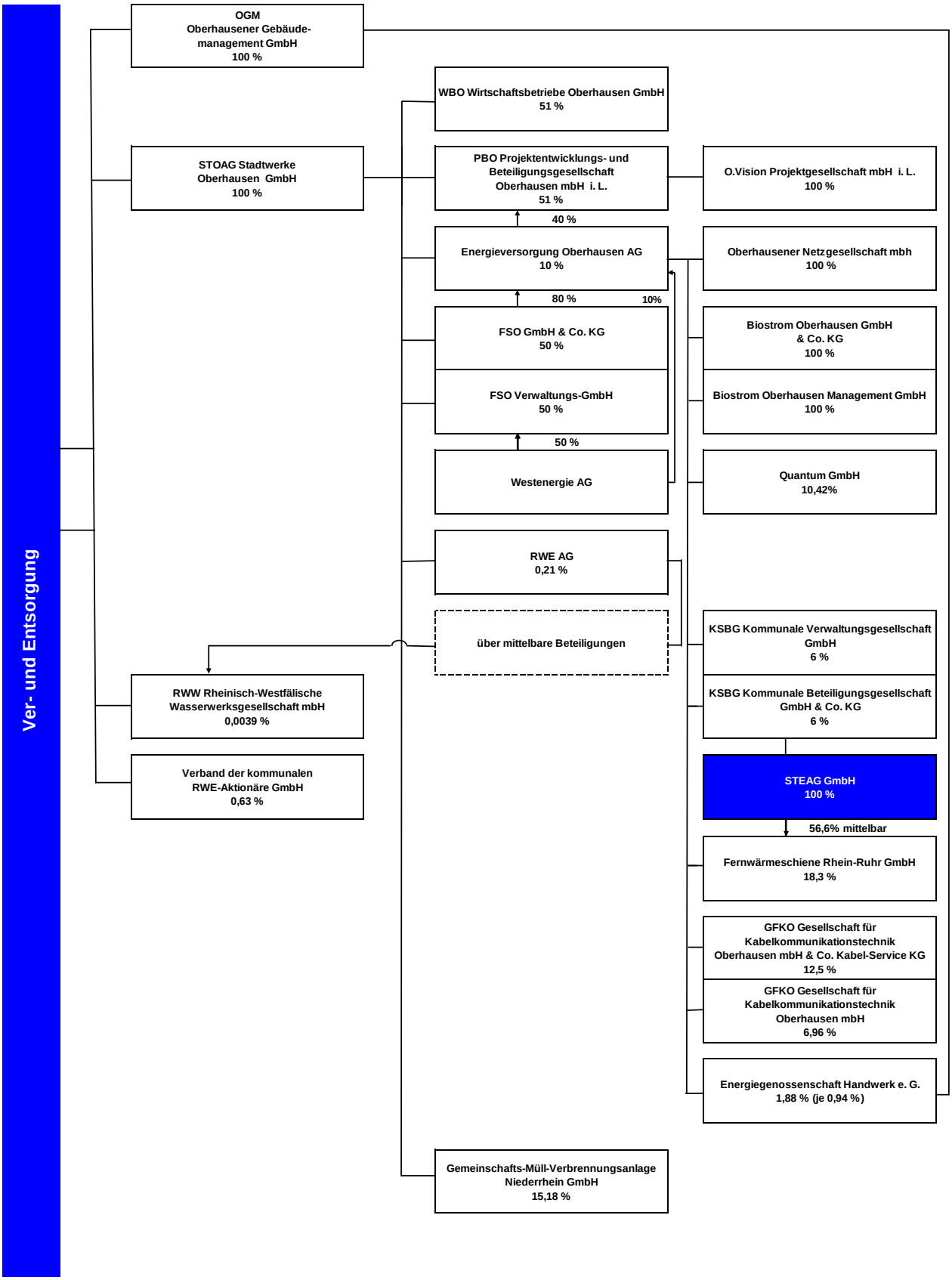
Insbesondere aufgrund von Einmaleffekten des Geschäftsjahres 2021 wie den Erträgen aus der dritten Stilllegungsauktion sowie der Ablösezahlung von EVN zur Aufhebung des Stromliefervertrags hat die STEAG GmbH in diesem Jahr ein deutlich positives Ergebnis nach Steuern realisiert. Für das Jahr 2022 kann nicht mit Einmaleffekten in dieser Höhe gerechnet werden. Für die KSBG KG wird daher unter Berücksichtigung der Ergebnisabführung der STEAG GmbH mit einem geringeren positiven Ergebnis geplant.

Essen, 4. Mai 2022

KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG

Schröder
Der Geschäftsführer der KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft GmbH

Dieser Bericht enthält zukunftsgerichtete Aussagen, die auf den gegenwärtigen Erwartungen, Vermutungen und Prognosen der Geschäftsführung sowie den ihr derzeit verfügbaren Informationen beruhen. Die zukunftsgerichteten Aussagen sind nicht als Garantien der darin genannten zukünftigen Entwicklungen und Ergebnisse zu verstehen. Die zukünftigen Entwicklungen und Ergebnisse sind vielmehr abhängig von einer Vielzahl von Faktoren. Sie beinhalten verschiedene Risiken und Unwägbarkeiten und beruhen auf Annahmen, die sich möglicherweise als nicht zutreffend erweisen.


Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100 %
STOAG Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
Verband der kommunalen
RWE-Aktionäre GmbH
0,63 %
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH
51 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesellschaft
Oberhausen mbH i. L.
51 %
40 %
Energieversorgung Oberhausen AG
10 %
80 %
10%
FSO GmbH & Co. KG
50 %
FSO Verwaltungs-GmbH
50 %
50 %
Westenergie AG
RWE AG
0,21 %
über mittelbare Beteiligungen
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,18 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH i. L.
100 %
Oberhausener Netzgesellschaft mbh
100 %
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100 %
Biostrom Oberhausen Management GmbH
100 %
Quantum GmbH
10,42%
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft
GmbH
6 %
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co. KG
6 %
STEAG GmbH
100 %
56,6% mittelbar
Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH
18,3 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG
12,5 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH
6,96 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G.
1,88 % (je 0,94 %)

STEAG GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Rüttenscheider Str. 1-3
45128 Essen

Kontakt:

Telefon +49 201 801-00

Fax +49 201 801-6388

Internet www.steag.com

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 128.000,00

Gesellschafter:

	T€	%
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG	128.000,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens sind
a) Planung, Errichtung, Erwerb und Betrieb von Kraftwerken und hiermit verbundene Dienstleistungen,
b) Beschaffung und Vermarktung von Energien, sonstigen Medien sowie Reststoffen und Herstellung, Anschaffung sowie Vorhaltung der diesen Zwecken dienenden Anlagen sowie verbundene Dienstleistungen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2021)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Dr. Schiele, Ralf
	Geschäftsführer	Dr. Reichel, Andreas
	Geschäftsführer	Schmitz, Ralf
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Pehlke, Guntram
	stellv. Vorsitzender	Dr. Bartels, Ralf
	Mitglied	Auerhahn, Karlheinz
	Mitglied	Enzweiler, Rainer
	Mitglied	Gieske, Hartmut
	Mitglied	Jacoby, Jörg
	Mitglied	Jochum, Gerhard
	Mitglied	Prof. Dr. Knorre, Susanne
	Mitglied	Dr. Neuhaus, Arndt
	Mitglied	Vassiliadis, Michael
	Mitglied	Spohn, Dietmar
	Mitglied	Detemple, Andreas
	Mitglied	Drese, Markus
	Mitglied	Zimmer, Thomas
	Mitglied	Schröder, Karl-Wilhelm

Mitglied (AN)	Hagemeier, Bernd
Mitglied (AN)	Banaszak, Jörg
Mitglied (AN)	Dinter, Thomas
Mitglied (AN)	Samland, Ursula
Mitglied (AN)	Kremer, Josef

c) Beteiligungen

unmittelbar	**T€**	**%**
STEAG Fernwärme GmbH	20.500,00	100,00
mittelbar	**T€**	**%**
Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH	63,13	63,13
Fernwärmeversorgung Niederrhein GmbH	4.160,00	26,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2019		**2020**		**2021**		**Veränder-ungen**	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	1.871.600,00	62,3	1.851.800,00	59,4	1.579.100,00	42,3	-272.700,00	-14,73
Umlaufvermögen	1.119.100,00	37,3	1.261.800,00	40,5	2.148.100,00	57,6	886.300,00	70,24
Rechnungsabgrenzungsposten	11.800,00	0,4	2.700,00	0,1	2.900,00	0,1	200,00	7,41
Bilanzsumme	**3.002.500,00**	**100,00**	**3.116.300,00**	**100,00**	**3.730.100,00**	**100,00**	**613.800,00**	**19,70**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	478.300,00	15,9	478.300,00	15,3	478.300,00	12,8	0,00	0,00
Rückstellungen	1.122.400,00	37,4	1.161.600,00	37,3	1.492.400,00	40,0	330.800,00	28,48
Verbindlichkeiten	1.364.200,00	45,4	1.473.700,00	47,3	1.757.400,00	47,1	283.700,00	19,25
Rechnungsabgrenzungsposten	37.600,00	1,3	2.700,00	0,1	2.000,00	0,1	-700,00	-25,93
Bilanzsumme	**3.002.500,00**	**100,00**	**3.116.300,00**	**100,00**	**3.730.100,00**	**100,00**	**613.800,00**	**19,70**

bb) GuV

	2019	2020	2021
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	909.300,00	693.300,00	1.734.100,00
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	48.400,00	65.100,00	82.900,00
andere aktivierte Eigenleistungen	300,00	0,00	
sonstige betriebliche Erträge	245.400,00	240.600,00	487.900,00
Materialaufwand	889.300,00	689.400,00	1.727.200,00
Personalaufwand	134.500,00	161.400,00	172.300,00
Abschreibungen	11.100,00	71.600,00	12.800,00
sonstige betriebliche Aufwendungen	223.700,00	237.300,00	390.900,00
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	44.800,00	28.000,00	291.100,00
Erträge aus Beteiligungen	153.700,00	431.800,00	31.200,00
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	15.700,00	13.400,00	10.700,00
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	4.900,00	4.600,00	3.300,00
Aufwendungen aus Verlustübernahmen	23.400,00	223.200,00	81.800,00
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufsvermögens	3.600,00	1.300,00	29.000,00
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	91.900,00	84.100,00	84.800,00
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	45.000,00	8.500,00	142.400,00
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-1.500,00	4.700,00	5.700,00
sonstige Steuern	1.500,00	3.800,00	1.800,00
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	45.000,00		134.900,00
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	0,00	0,00	0,00
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,00	0,00	0,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

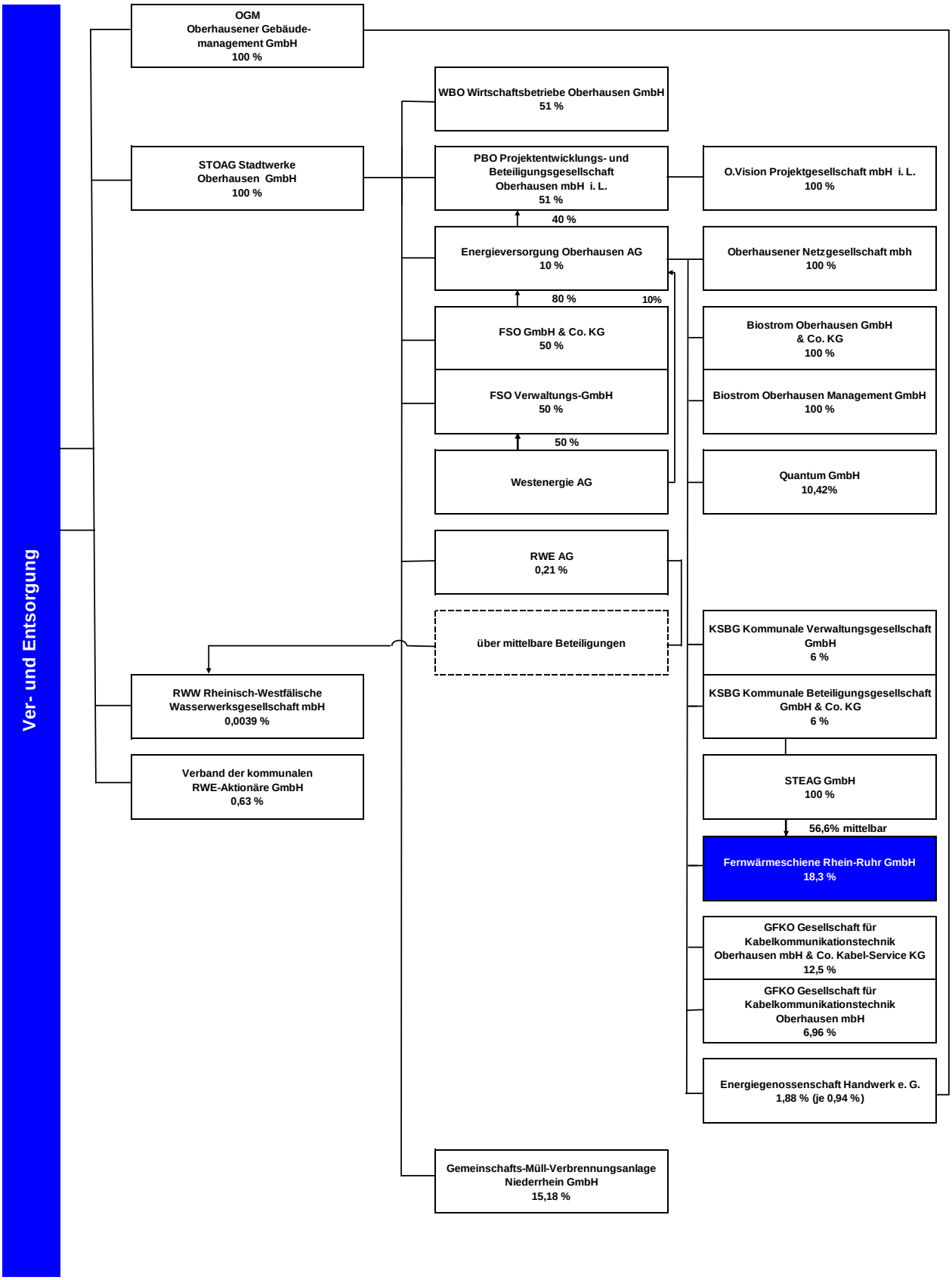
	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2021	Angaben in
Umsatzrentabilität:	4,95	0,00	7,78	%
Eigenkapitalrentabilität:	9,41	0,00	28,20	%
Cash-Flow:	59.700,00	72.900,00	176.700,00	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	998,67	863,44	2.144,09	T€
Personalaufwandsquote:	11,18	16,16	7,48	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2021	Angaben in
Sachanlagenintensität:	4,34	2,31	1,82	%
Eigenkapitalquote:	15,93	15,35	12,82	%
Fremdkapitalquote:	84,07	84,65	87,18	%

e) Lagebericht

Der Lagebericht der STEAG GmbH wird auf Grund seines Umfangs nicht abgedruckt. Der Bericht ist im Internet unter https://www.steag.com unter dem Stichwort „Bilanz 2021" nachlesbar.


Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100 %
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH
51 %
STOAG Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesellschaft
Oberhausen mbH i. L.
51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH i. L.
100 %
40 %
Energieversorgung Oberhausen AG
10 %
Oberhausener Netzgesellschaft mbh
100 %
80 %
10%
FSO GmbH & Co. KG
50 %
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100 %
FSO Verwaltungs-GmbH
50 %
Biostrom Oberhausen Management GmbH
100 %
50 %
Westenergie AG
Quantum GmbH
10,42%
RWE AG
0,21 %
über mittelbare Beteiligungen
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft
GmbH
6 %
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co. KG
6 %
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
Verband der kommunalen
RWE-Aktionäre GmbH
0,63 %
STEAG GmbH
100 %
56,6% mittelbar
Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH
18,3 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG
12,5 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH
6,96 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G.
1,88 % (je 0,94 %)
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,18 %

Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Rüttenscheider Str. 1-3
45128 Essen

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 100,00

Gesellschafter:

	T€	%
evo Energieversorgung Oberhausen AG	18,30	18,30
Fernwärmeversorgung Niederrhein GmbH	25,10	25,10
STEAG Fernwärme GmbH	56,60	56,60

Gegenstand des Unternehmens:

Die Planung, Errichtung und der Betrieb einer neu zu errichtenden Verbindungsleitung zwecks Herstellung einer überörtlichen Fernwärmeverbundleitung (Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr), bestehend aus der Fernwärmeschiene Niederrhein und der Fernwärmeschiene Ruhr sowie der neu zu errichtenden Verbindungsleitung zwischen diesen Fernwärmeschienen, sowie die Beschaffung und der Verkauf von Wärme.
Zweck der Gesellschaft ist ferner der optimierte Betrieb der Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr. Die Gesellschaft verfolgt mit ihrem Unternehmensgegenstand den Zweck der effizienten Wärmeversorgung im Interesse des Klimaschutzes, der Primärenergieeinsparung und einer langfristigen sowie nachhaltigen Sicherung der Wärmeversorgung im Einzugsgebiet der Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2021)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Engel, Michael
	Geschäftsführer	Döking, Thomas Josef
	Sprecher	Grimberg, Thomas

Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Straus, Michael
	Mitglied	Basler, Christian
	Mitglied	Gieske, Hartmut
	Mitglied	Dr. Kalkühler, Kathrin
	Mitglied	Dr. Schiele, Ralf
	Mitglied	Klement, Monika
	Mitglied	Eislöffel, Michaela
	Mitglied	Kobelt, Volker
	Mitglied	Korten, Anke
	Mitglied	Fluchtmann, Marco
	Mitglied	Ohl, Matthias

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2019		2020		2021		Veränderungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	9.306,51	95,1					0,00	
Umlaufvermögen	484,10	4,9	208,56	2,0	709,66	6,6	501,10	240,27
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag			9.971,86	98,0	9.971,86	93,4	0,00	0,00
Bilanzsumme	**9.790,62**	**100,00**	**10.180,42**	**100,00**	**10.681,52**	**100,00**	**501,10**	**4,92**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	100,00	1,0					0,00	
Rückstellungen	5,99	0,1	2,10	0,0	15,00	0,1	12,90	614,29
Verbindlichkeiten	9.684,62	98,9	10.178,32	100,0	10.666,52	99,9	488,20	4,80
Bilanzsumme	**9.790,62**	**100,00**	**10.180,42**	**100,00**	**10.681,52**	**100,00**	**501,10**	**4,92**

bb) GuV

	2019	2020	2021
	T€	T€	T€
sonstige betriebliche Erträge	27,35	28,73	495,65
Abschreibungen		10.071,86	0,00
sonstige betriebliche Aufwendungen	27,35	28,73	292,93
Zinsen und ähnliche Aufwendungen			202,72
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0,00	-10.071,86	0,00
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	0,00	-10.071,86	0,00
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,00	-10.071,86	0,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2021	Angaben in
Umsatzrentabilität:				%
Eigenkapitalrentabilität:	0,00	-100,00		%
Cash-Flow:	0,00	0,00	0,00	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2021	Angaben in
Sachanlagenintensität:	94,91			%
Eigenkapitalquote:	1,02	0,00	0,00	%
Fremdkapitalquote:	98,98	100,00	100,00	%

e) Lagebericht

Geschäft und Strategie

Die Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH (FWSRR) ist eine Projektgesellschaft. Zweck des Projektes ist es, durch eine Verbindung der bestehenden Fernwärmeschiene Niederrhein mit der Fernwärmeschiene Ruhr eine effiziente Wärmeversorgung im Interesse des Klimaschutzes, der Primärenergieeinsparung und einer langfristigen sowie nachhaltigen Sicherung der Wärmeversorgung im Einzugsgebiet der FWSRR zu erreichen.

Die FWSRR wurde im Jahr 2015 gegründet und am 13. April 2015 beim Amtsgericht Essen unter der Nr. B 26267 in das Handelsregister eingetragen. Sitz der Gesellschaft ist Essen. Gesellschafter der Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH sind die Fernwärmeversorgung Niederrhein GmbH, Energieversorgung Oberhausen AG und STEAG Fernwärme GmbH.

Die Aufgaben der FWSRR sind in der Projektentwicklungsphase insbesondere folgende Punkte:
- Klärung förderrechtlicher Rahmenbedingungen sowie Beantragung von Fördermitteln.
- Klärung technischer und wirtschaftlicher Umsetzung der Errichtung der Verbindungsleitung zwischen der Fernwärmeschiene Niederrhein und der Fernwärmeschiene Ruhr und deren Einbindung in die FWSRR.
- Klärung der genehmigungsrechtlichen Situation einschließlich möglicher Trassierungen und der dafür erforderlichen Gestattungen und Einholung erforderlicher öffentlich-rechtlicher Genehmigungen (insbesondere Durchführung des Planfeststellungsverfahrens mit Umweltverträglichkeitsprüfung/ Einholung des Planfeststellungsbeschlusses).
- Festlegung der Liefer- und Leistungsgrenzen für den Wärmebezug bzw. die Wärmelieferung.
- Erstellung der Entwurfs- und Ausführungsplanung für den Bau der Verbindungsleitung zwischen der Fernwärmeschiene Niederrhein und der Fernwärmeschiene Ruhr einschließlich der erforderlichen Nebenanlagen.
- Ermittlung des Investitionsbudgets für die Realisierung des Projektes.
- Klärung der Bezugskonditionen für Wärme, differenziert nach den jeweiligen Quellen.
- Erstellung eines Finanzierungskonzeptes.
- Erarbeitung und Verhandlung aller wesentlichen Verträge und Durchführung erforderlicher Vergabeverfahren.
- Erstellung eines Projektplans für die Realisierung des Projekts.
- Klärung sonstiger Bedingungen oder Voraussetzungen für die Realisierung des Projektes.
- Dokumentation der Ergebnisse und Entscheidungsgrundlagen.

Die Finanzierung der Gesellschaft erfolgt in der Projektphase bis zur Entscheidung über den Baubeschluss durch Gesellschafterdarlehen. Die Liquidität war im Geschäftsjahr jederzeit sichergestellt.

Wirtschaftsbericht

Geschäftsverlauf und Geschäftsergebnis

Der Antrag auf Planfeststellung für das Vorhaben der Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH, der am 6. September 2016 bei der Bezirksregierung Düsseldorf eingereicht wurde, ist am 16. Oktober 2019 positiv beschieden worden und wurde in den betroffenen Kommunen Bottrop, Oberhausen, Duisburg und Voerde vom 18. November bis zum 2. Dezember 2019 erneut öffentlich zur Einsichtnahme ausgelegt. Zum 3. Januar 2020 ist dieser Planfeststellungsbescheid bestandskräftig geworden und hat eine Gültigkeitsdauer von 5 Jahren.

Angesichts der energiewirtschaftlichen und energiepolitischen Veränderungen seit Gründung der Gesellschaft haben sich in der Bewertung des Projektes für die Gesellschafter deutliche Verschiebungen ergeben. Vor diesem Hintergrund wurde die Geschäftsführung der FWSRR mit Gesellschafterbeschluss vom 8. Juni 2017 beauftragt, „keine weitere Detailplanung für die Ausführung des Projektes durchzuführen, sofern diese nicht für die Fortführung des Planfeststellungsverfahrens erforderlich ist.“ Nachdem die Bestandskraft des Planfeststellungsbescheides eingetreten ist, haben die Gesellschafter in 2020 eine erneute wirtschaftliche Bewertung des Projektes als Grundlage für eine Entscheidung über die weitere Vorgehensweise durchgeführt.

Während der insgesamt aufwändigen und langwierigen Planungs- und Genehmigungsphase des Projektes mussten die beteiligten Projektpartner STEAG Fernwärme GmbH (STEAG), Fernwärmeversorgung Niederrhein GmbH (FN) und Energieversorgung Oberhausen AG (EVO) zur Sicherstellung der Wärmeversorgung Wärmequellen auf lokaler Ebene erschließen. Zusätzlich steht nach Inkrafttreten des Kohleverstromungsbeendigungsgesetzes (KVBG) in 2020 und Beschluss der STEAG GmbH zur Stilllegung des Heizkraftwerkes Walsum 9 eine der Haupteinspeisequellen in die FWSRR inzwischen nicht mehr zur Verfügung.

Aktuelle Berechnungen auf Basis dieser neuen Erzeugungssituation zeigen, dass der weitaus überwiegende Teil der ursprünglich durch die FWSRR prognostizierten und angestrebten CO2-Einsparung von 100.000 Tonnen pro Jahr von den Partnern in ihren jeweiligen Versorgungsgebieten durch die getroffenen Investitionsentscheidungen in umweltfreundliche Wärmequellen bereits erfolgreich realisiert wird und der zusätzliche ökologische Nutzen der FWSRR bei Realisierung sehr gering wäre. Die geänderte Wärmequellensituation hat auch einen erheblichen Einfluss auf die Wirtschaftlichkeit des Projektes, da sich der Wärmebezug aus der FWSRR insgesamt erheblich reduziert hat.

Trotz der von Beginn an starken politischen und finanziellen Flankierung des Projekts durch das Land NRW ist unter den aktuell erheblich veränderten Rahmenbedingungen die Realisierung des Projektes FWSRR nicht geplant, da weder die ursprünglich intendierten CO2- Einsparungen noch die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen dieses Großprojekts derzeit erfüllt werden.

Die Aufwendungen der FWSRR für die Entwicklung des Vorhabens der Verbindung der Fernwärmeschienen an Rhein und Ruhr, die bisher als geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau ausgewiesen wurden, wurden bereits zum 31. Dezember 2020 in Höhe von 10.071.859,67 € wertberichtigt.

Nicht aktivierungsfähige Aufwendungen der Gesellschaft werden entsprechend der mit den Gesellschaftern geschlossenen Vereinbarung im Rahmen des Projektbudgets von max. 11.300.000,00 € proportional zu deren Beteiligungsquote an die Gesellschafter verrechnet. Für 2021 waren dies in Summe 495.652,62 €.

Infolge der Wertberichtigung des Anlagevermögens weist die Gesellschaft weiterhin zum 31. Dezember 2021 einen nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag in Höhe von 9.971.859,67 € aus.

Nachtragsbericht

Mit der jüngsten Anerkennung der Separatistengebiete Donezk und Luhansk als unabhängige Staaten und der beginnenden Militäroffensive in der Ukraine hat der russische Präsident Putin die diplomatischen Bemühungen abgebrochen und am Abend des 24. Februar 2022 einen Angriffskrieg auf die Ukraine begonnen. Infolgedessen haben sowohl die USA als auch die EU und einige weitere Länder massive Sanktionen verhängt bzw. sind dabei, diese sukzessive zu verschärfen. Die politische Lage ist unklar und ändert sich fortlaufend. Angesichts der Unsicherheiten über den Fortgang der Rohstofflieferungen von Russland nach Europa sind die Notierungen im Öl-, Kohle-, Gas- und Stromhandel stark angestiegen. In einigen europäischen Staaten, darunter Deutschland, arbeiten die Regierungen an Maßnahmen, um die Abhängigkeit von russischen Öl-, Kohle- und Gasimporten zu verringern.

Obwohl bei Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH keine direkten Liefer- und Leistungsbeziehungen mit Russland und der Ukraine bestehen, könnte eine weitere Eskalation des Konfliktes und damit verbunden ein Abbruch oder eine Einschränkung der Lieferbeziehungen zu russischen Unternehmen in der Lieferkette der Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft haben.

Chancen-, Risiko- und Prognosebericht

Chancen- und Risikobericht

Seit Gründung der Projektgesellschaft im März 2015 haben sich die energiewirtschaftlichen und umweltpolitischen Rahmenbedingungen grundlegend und anhaltend verändert.

Nach Inkrafttreten des Kohleverstromungsbeendigungsgesetzes (KVBG) in 2020 und der Stilllegung des KWK-Steinkohle-Kraftwerksblocks Walsum 9 der STEAG GmbH entfällt die Hauptwärmequelle am westlichen Ende der geplanten FWSRR.

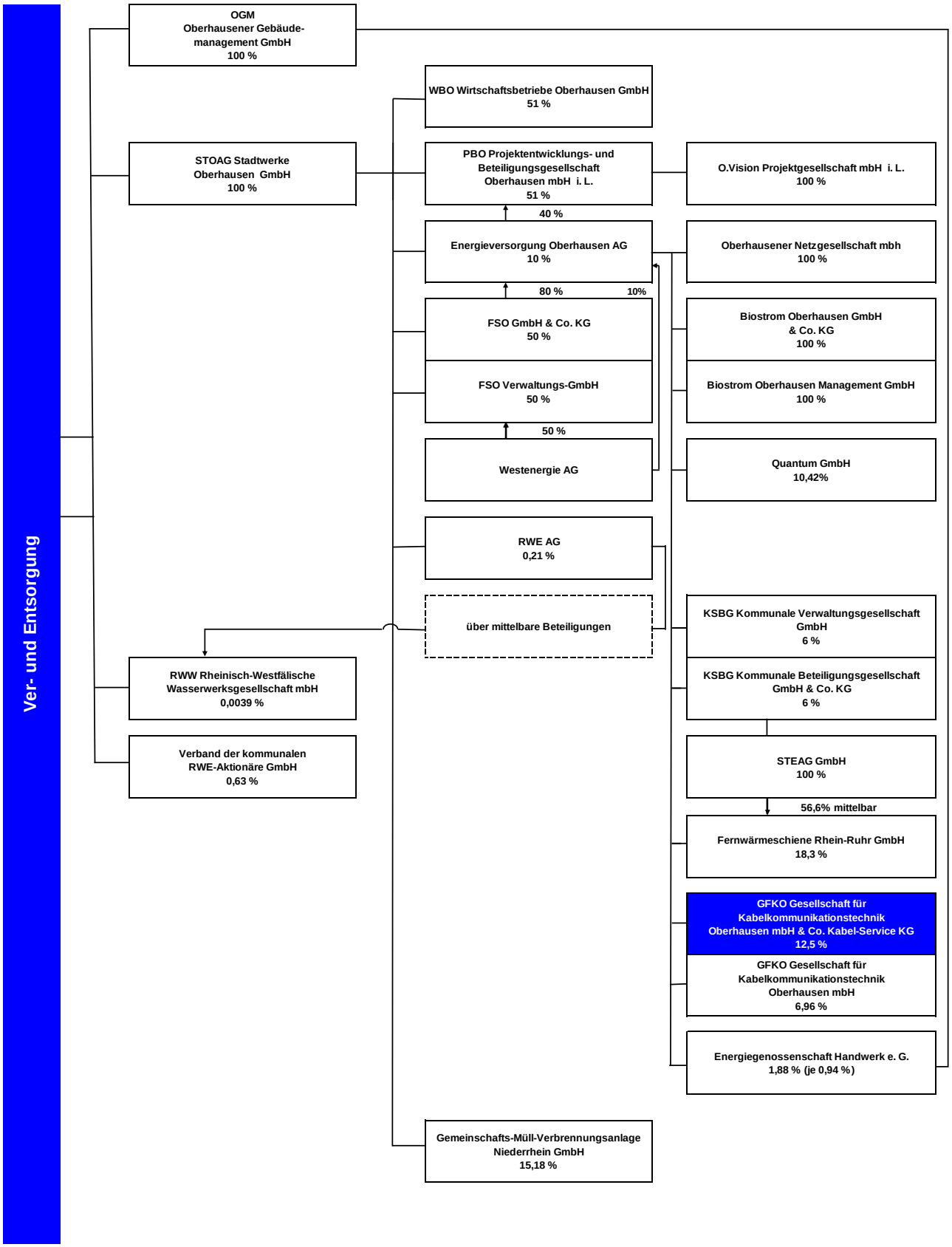
Prognosebericht

Eine zunächst angedachte Umwidmung des Projekts auf andere Energieträger ist nicht möglich und würde ein neues Planfeststellungsverfahren nach sich ziehen. Da die Gesellschafter keine weiteren Budgeterhöhungen genehmigen, sehen die Planungen der Anteilseigner der FWSRR vor, das Projekt einzustellen und die Gesellschaft unter Beachtung der gesetzlichen Vorschriften voraussichtlich in 2024 zu liquidieren. Der bestehende Budgetrahmen ist für den anstehenden Liquidationsprozess ausreichend.

Essen, 06. Mai 2022

Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH (FWSRR)

Thomas Grimberg / Thomas Josef Döking / Michael Engel
Geschäftsführung


Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100 %
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH
51 %
STOAG Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesellschaft
Oberhausen mbH i. L.
51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH i. L.
100 %
40 %
Energieversorgung Oberhausen AG
10 %
Oberhausener Netzgesellschaft mbh
100 %
80 %
10%
FSO GmbH & Co. KG
50 %
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100 %
FSO Verwaltungs-GmbH
50 %
Biostrom Oberhausen Management GmbH
100 %
50 %
Westenergie AG
Quantum GmbH
10,42%
RWE AG
0,21 %
über mittelbare Beteiligungen
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft
GmbH
6 %
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co. KG
6 %
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
Verband der kommunalen
RWE-Aktionäre GmbH
0,63 %
STEAG GmbH
100 %
56,6% mittelbar
Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH
18,3 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG
12,5 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH
6,96 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G.
1,88 % (je 0,94 %)
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,18 %

GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Lothringer Str. 9
46045 Oberhausen

Rechtsform: GmbH & Co. KG

Stammkapital in T€: 143,16

Gesellschafter:

	T€	%
evo Energieversorgung Oberhausen AG	17,90	12,50
Groesdonk und Holl GmbH	17,90	12,50
Günther Töller	17,90	12,50
Jürgen Schneider	17,90	12,50
Klaus Wilhelm Pütz	17,90	12,50
Norbert Albrecht	17,90	12,50
Ralf Günter Kock	17,90	12,50
Reinhold Jost	17,90	12,50
Ulrich Hütter	17,90	12,50

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist der Vertrieb von Breitbandverteilanschlüssen, insbesondere das Angebot aller im Zusammenhang mit dem Breitbandverteilanschluss und der Rundfunkprogramm-Versorgung stehenden Leistungen aus einer Hand. Hierzu zählt auch das Errichten und Betreiben der auf privatem und öffentlichem Grund liegenden Breitbandverteilanschlüsse und auf öffentlichem Grund liegenden Breitbandverteilnetze, außerdem die Kundengewinnung, Betreuung und Verwaltung.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

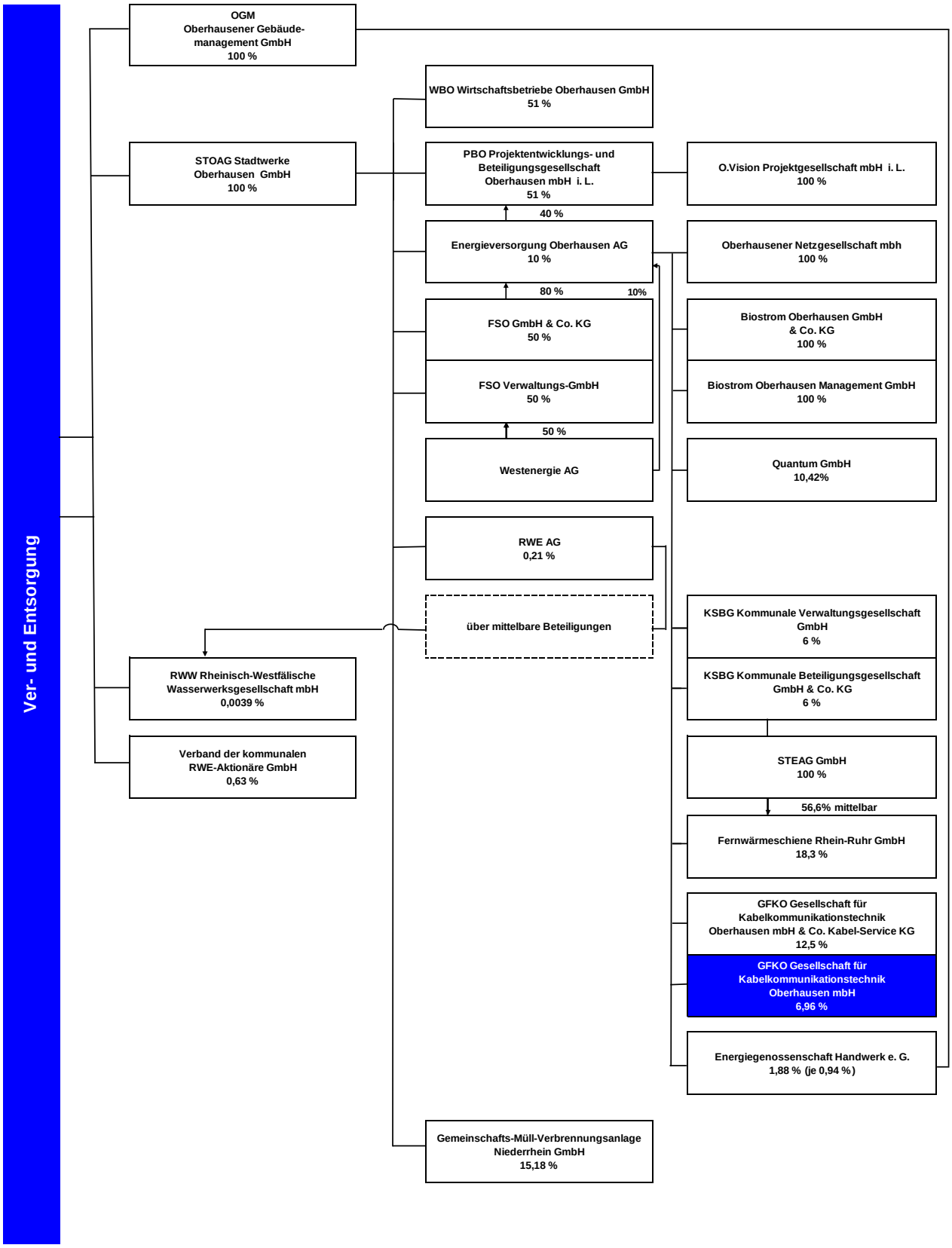
Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2021)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH

e) Lagebericht

Auf die Darstellung der wirtschaftlichen Daten wird auf Grund der untergeordneten wirtschaftlichen Bedeutung dieser Beteiligung für die Stadt Oberhausen verzichtet.


Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100 %
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH
51 %
STOAG Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesellschaft
Oberhausen mbH i. L.
51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH i. L.
100 %
40 %
Energieversorgung Oberhausen AG
10 %
Oberhausener Netzgesellschaft mbh
100 %
80 %
10%
FSO GmbH & Co. KG
50 %
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100 %
FSO Verwaltungs-GmbH
50 %
Biostrom Oberhausen Management GmbH
100 %
50 %
Westenergie AG
Quantum GmbH
10,42%
RWE AG
0,21 %
über mittelbare Beteiligungen
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft
GmbH
6 %
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co. KG
6 %
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
Verband der kommunalen
RWE-Aktionäre GmbH
0,63 %
STEAG GmbH
100 %
56,6% mittelbar
Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH
18,3 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG
12,5 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH
6,96 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G.
1,88 % (je 0,94 %)
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,18 %

GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Lothringer Straße 9
46045 Oberhausen

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 25,30

Gesellschafter:

	T€	%
evo Energieversorgung Oberhausen AG	1,60	6,96
Groesdonk und Holl GmbH	2,30	10,00
Günther Töller	2,30	10,00
Jürgen Schneider	2,30	10,00
Klaus Wilhelm Pütz	2,30	10,00
Norbert Albrecht	2,30	10,00
Ralf Günter Kock	2,30	10,00
Reinhold Jost	2,30	10,00
Ulrich Hütter	2,30	10,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung, das Betreiben und die Vermietung von Kabelfernseh- und Kommunikationssystemen sowie die Entwicklung und Erarbeitung neuer technischer Lösungen in folgenden Bereichen: benutzerspezifische Monolog- und Dialogsysteme (Privatfernsehen o. ä.); Datenfernabfrage, z. B. Stromzähler, Wasserzähler, Gaszähler; hausinterne Datenerfassung, z. B. Heizkostenverteilung, Wasserverteilung; Energiespar- und Überwachungsmaßnahmen für weiträumig verteilte Unternehmen und Behörden.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

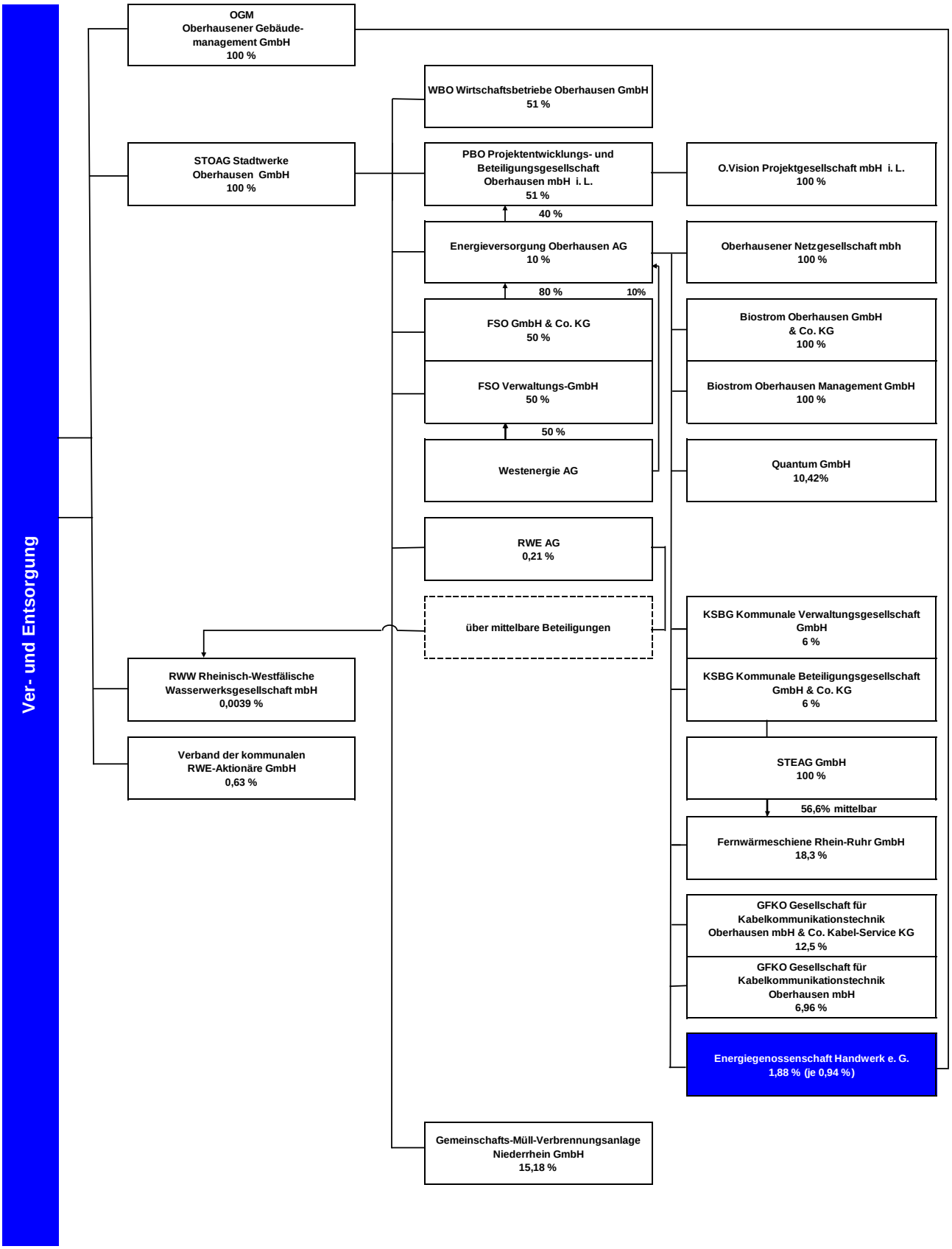
Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2021)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Schneider, Jürgen
Prokura:	Prokurist	Holl, Ulrich
	Prokurist	Pütz, Klaus Wilhelm

e) Lagebericht

Auf die Darstellung der wirtschaftlichen Daten wird auf Grund der untergeordneten wirtschaftlichen Bedeutung dieser Beteiligung für die Stadt Oberhausen verzichtet.


Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100 %
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH
51 %
STOAG Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesellschaft
Oberhausen mbH i. L.
51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH i. L.
100 %
40 %
Energieversorgung Oberhausen AG
10 %
Oberhausener Netzgesellschaft mbh
100 %
80 %
10%
FSO GmbH & Co. KG
50 %
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100 %
FSO Verwaltungs-GmbH
50 %
Biostrom Oberhausen Management GmbH
100 %
50 %
Westenergie AG
Quantum GmbH
10,42%
RWE AG
0,21 %
über mittelbare Beteiligungen
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft
GmbH
6 %
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co. KG
6 %
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
Verband der kommunalen
RWE-Aktionäre GmbH
0,63 %
STEAG GmbH
100 %
56,6% mittelbar
Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH
18,3 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG
12,5 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH
6,96 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G.
1,88 % (je 0,94 %)
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,18 %

Energiegenossenschaft Handwerk e.G.

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Zunftmeisterstraße 26
45468 Mülheim an der Ruhr

Kontakt:

Telefon	0208/960040
Fax	0208/9600429
e-Mail	nfo@energiegenossenschaft-handwerk.de
e-Mail	info@kh-mo.de
Internet	www.energiegenossenschaft-handwerk.de
Internet	www.kh-mo.de

Rechtsform: eG
Stammkapital in T€: 107,50

Gesellschafter:

	T€	%
evo Energieversorgung Oberhausen AG	1,00	0,93
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	1,00	0,93
Sonstige Genossenschaftsmitglieder	105,50	98,14

Gegenstand des Unternehmens:

a) die Errichtung und Unterhaltung von Anlagen zur Erzeugung und dem Verkauf von Energien
b) der Absatz von Energie in Form von Strom und/oder Wärme
c) die Unterstützung und Beratung in Fragen der regenerativen Energiegewinnung einschließlich einer Information von Mitgliedern und Dritten, sowie einer Öffentlichkeitsarbeit
d) gemeinsamer Einkauf von Anlagen zur Erzeugung regenerativer Energien für Mitglieder und Dritte
e) Contracting

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

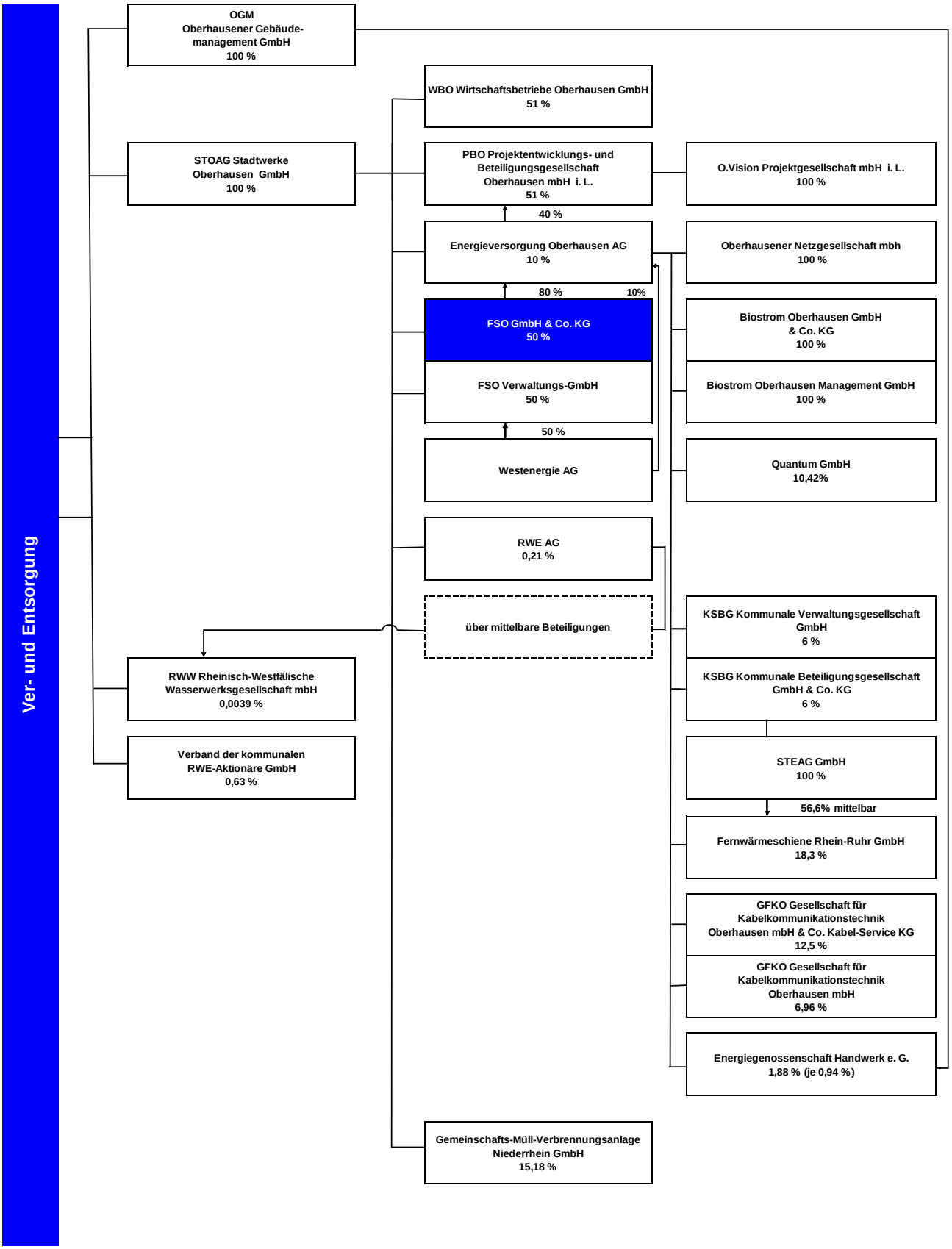
Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2021)

Vorstand:	Mitglied	Pezzei, Barbara
	Mitglied	Poth, Gabriele

e) Lagebericht

Auf die Darstellung der wirtschaftlichen Daten sowie des Lageberichts wird auf Grund der untergeordneten wirtschaftlichen Bedeutung dieser Beteiligung für die Stadt Oberhausen verzichtet.


Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100 %
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH
51 %
STOAG Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesellschaft
Oberhausen mbH i. L.
51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH i. L.
100 %
40 %
Energieversorgung Oberhausen AG
10 %
Oberhausener Netzgesellschaft mbh
100 %
80 %
10%
FSO GmbH & Co. KG
50 %
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100 %
FSO Verwaltungs-GmbH
50 %
Biostrom Oberhausen Management GmbH
100 %
50 %
Westenergie AG
Quantum GmbH
10,42%
RWE AG
0,21 %
über mittelbare Beteiligungen
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft
GmbH
6 %
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co. KG
6 %
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
Verband der kommunalen
RWE-Aktionäre GmbH
0,63 %
STEAG GmbH
100 %
56,6% mittelbar
Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH
18,3 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG
12,5 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH
6,96 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G.
1,88 % (je 0,94 %)
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,18 %

FSO GmbH & Co.KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Danziger Str. 31
46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon 0208/835-0

Fax 0208/835-2697

e-Mail service@evo-energie.de

Rechtsform: GmbH & Co. KG

Stammkapital in T€: 30,00

Gesellschafter:

	T€	%
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	15,00	50,00
Westenergie AG	15,00	50,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens sind
- das Erbringen von Dienstleistungen für die Energieversorgung Oberhausen AG, insbesondere die Pflege, Wartung und Reparatur des Wagenparks sowie die Reinigung des Werksgeländes
- das Halten einer Beteiligung an der Energieversorgung Oberhausen AG mit Sitz in Oberhausen und deren Verwaltung.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2021)

Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:

Geschäftsführung der FSO Verwaltungs- GmbH

Bevollmächtigte/r der STOAG

c) Beteiligungen

unmittelbar	**T€**	**%**
evo Energieversorgung Oberhausen AG	20.800,00	80,00
mittelbar	**T€**	**%**
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG	800,00	80,00
Biostrom Oberhausen Management GmbH	20,00	80,00
Energiegenossenschaft Handwerk e.G.	0,80	0,74
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	10,00	3,38
Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH	17,67	17,67
Fernwärmeversorgung Niederrhein GmbH	199,68	1,25
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH	1,28	5,57

GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG	14,32	10,00
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG	0,05	4,80
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH	4,80	4,80
Oberhausener Netzgesellschaft mbH	24,00	80,00
OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH i.L.	8,00	32,00
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH i.L.	81,81	32,00
Projektgesellschaft FIBE S.p.A., Neapel/Italien		0,01
Quantum GmbH	66,00	6,99
STEAG Fernwärme GmbH	984,00	4,80
STEAG GmbH	6.144,00	4,80
strasserauf GmbH i.L.	6,00	24,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2019		2020		2021		Veränder-ungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	21.561,84	63,6	21.561,84	72,8	21.561,84	60,3	0,00	0,00
Umlaufvermögen	12.324,21	36,4	8.073,91	27,2	14.216,53	39,7	6.142,62	76,08
Bilanzsumme	**33.886,05**	**100,00**	**29.635,75**	**100,00**	**35.778,37**	**100,00**	**6.142,62**	**20,73**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	32.752,14	96,7	27.282,80	92,1	32.961,51	92,1	5.678,71	20,81
Rückstellungen	86,65	0,3	712,06	2,4	1.307,41	3,7	595,35	83,61
Verbindlichkeiten	1.047,26	3,1	1.640,88	5,5	1.509,45	4,2	-131,43	-8,01
Bilanzsumme	**33.886,05**	**100,00**	**29.635,75**	**100,00**	**35.778,37**	**100,00**	**6.142,62**	**20,73**

bb) GuV

	2019	2020	2021
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	653,06	531,09	519,85
sonstige betriebliche Erträge	3,93	2,85	14,38
Materialaufwand	231,33	176,71	171,88
Personalaufwand	184,28	194,82	230,43
sonstige betriebliche Aufwendungen	79,38	74,60	81,50
Erträge aus Beteiligungen	15.005,30	9.915,48	16.635,04
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		60,18	0,00
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2,14	63,76	2,89
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	15.165,16	9.999,73	16.682,56
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	3.974,86	4.278,76	5.282,89
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	11.190,30	5.720,97	11.399,67
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	11.190,30	5.720,97	11.399,67

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2021	Angaben in
Umsatzrentabilität:	1.713,51	1.077,21	2.192,88	%
Eigenkapitalrentabilität:	51,90	26,53	52,87	%
Cash-Flow:	11.190,30	5.720,97	11.399,67	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	219,00	177,98	133,56	T€
Personalaufwandsquote:	28,05	36,49	43,13	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2021	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	96,65	92,06	92,13	%
Fremdkapitalquote:	3,35	7,94	7,87	%

e) Lagebericht

Unternehmen, gesellschaftsrechtliche Situation und Rahmenbedingungen

Der **FSO-Konzern** umfasst neben der FSO GmbH & Co. KG (FSO) als Konzernmutter auch die Konzerntochter **Energieversorgung Oberhausen Aktiengesellschaft (evo)** sowie die Konzernenkelinnen **Oberhausener Netzgesellschaft mbH (OB-Netz)**, die Biostrom Oberhausen Management GmbH (BSO GmbH) als geschäftsführende Komplementärin und **Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG (BSO KG)**.

Die **FSO** legt ihren Fokus auf die Erbringung von Dienstleistungen für die evo, insbesondere die Pflege, Wartung und Reparatur des Wagenparks sowie die Reinigung des Werksgeländes.

Die **evo** nimmt im Stadtgebiet Oberhausen den Vertrieb von Energie (Strom, Erdgas, Fernwärme), die Erbringung energienaher Dienstleistungen sowie die Energieerzeugung im Kraft-Wärme-Kopplungsprozess wahr. Fernwärme für die Verteilung durch das eigene Netz und Strom werden in jeweils zwei eigenen Heizkraftwerken und KWK-Gasmotoren sowie in einem Biomasse-Heizkraftwerk, betrieben von der BSO KG als 100-%ige Tochter der evo, erzeugt. Weitere Wärmebezugsquellen sind die Gemeinschafts-Müllverbrennungsanlage Niederrhein GmbH (GMVA) und die OQ Chemicals (vormals OXEA Group).

Der Vertrieb von Strom und Erdgas erfolgt auch national außerhalb von Oberhausen.

Die Energiebereitstellung der evo wird ergänzt durch externe Energiebeschaffung; hierzu bedient sich die evo eines Dienstleisters - der Quantum GmbH, Ratingen. Die Höhe der Erdgas- und Strombeschaffungen orientiert sich an dem zukünftig prognostizierten Vertriebsabsatz.

Im Berichtsjahr wurde die Satzung überarbeitet und der Unternehmensgegenstand auf die Tätigkeiten der E-Mobilität und das Contracting ausgeweitet.

Das Grundkapital der evo beträgt T€ 26.000 und ist eingeteilt in 64.000 Stückaktien. Aktionäre sind die Westenergie AG, Essen, und die STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH (STOAG), Oberhausen, mit je 6.400 Stückaktien sowie die FSO GmbH & Co. KG (FSO), Oberhausen, mit 51.200 Stückaktien. Diese repräsentieren ein Grundkapital von je T€ 2.600 für die West-energie und die STOAG sowie ein Grundkapital von T€ 20.800 für die FSO.

Sowohl zur FSO als gewerblich geprägte Konzernmutter als auch mit der OB-Netz bestehen Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge; zusammen bilden diese eine ertragsteuerliche Organschaft.

Die **OB-Netz** ist eine 100-prozentige Tochter der evo. Das Kerngeschäft der Netzgesellschaft ist darauf ausgerichtet, das in ihrem Eigentum befindliche Strom- und Gasnetz entsprechend den Vorgaben des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) diskriminierungsfrei zu betreiben, zu warten und bedarfsgerecht auszubauen. Die Netzgesellschaft übernimmt zudem die Funktion des grundzuständigen Messstellenbetreibers in Oberhausen. Um vorhandene Synergiepotenziale zu nutzen, ist in die Gesellschaft zusätzlich die Unterhaltung und der Ausbau für das Fernwärmenetz integriert. Darüber hinaus gehört die technische Unterhaltung der öffentlichen Beleuchtung für die Stadt Oberhausen zur Geschäftstätigkeit der Netzgesellschaft.

Die **BSO KG** hat auf dem postalisch mit Friedrichstraße 37, 46145 Oberhausen, bezeichneten Grundstück ein Biomasse-Heizkraftwerk (im Weiteren „BMK“) errichtet, welches mindestens über den gesamten Förderzeitraum über eine Laufzeit von 20 Jahren bis 2031 betrieben werden soll.

Das BMK arbeitet nach dem Grundsatz der Kraft-Wärme-Kopplung. Im Biomassekessel wird Wasser zu überhitztem Dampf aufgeheizt, der dann in einer Turbine entspannt wird. Der durch die Dampfturbine produzierte Strom wird in das Stromnetz des örtlichen Netzbetreibers Oberhausener Netzgesellschaft mbH eingespeist. Die Vergütungssätze für die Stromeinspeisung sind durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) über 20 Jahre gesichert. Die in der Turbine gleichzeitig anfallende Wärme, die im Dampf enthalten ist, wird zur Wärmeauskopplung genutzt und in das Fernwärmenetz der Energieversorgung Oberhausen AG (evo) eingespeist.

Die BSO KG verfügt über kein eigenes Personal und profitiert in erster Linie von der langjährigen Erfahrung der evo hinsichtlich technischer und wirtschaftlicher Betriebsführung von (Biomasse-)Kraftwerken. Sie stellt die qualifizierten Mitarbeiter, die den operativen Anlagenbetrieb gewährleisten und über Know-how im Betrieb von Dampfkesseln, Dampfturbinen sowie auf dem Gebiet der Strom- und Fernwärmeversorgung verfügen. Durch die Bündelung der kaufmännischen und technischen Aufgaben bei der evo stehen eine sichere Infrastruktur wie geprüfte Buchhaltungs- und andere Systeme sowie Risiko vermeidende Regelungen für die gesamte Geschäftsabwicklung zur Verfügung.

Als Brennstoff wird ausschließlich Material aus der Landschaftspflege/Grünschnitt (laut EEG-Positivliste) und insbesondere Holzhackschnitzel aus der Landschaftspflege eingesetzt. Die Brennstofflieferung ist ebenfalls über einen langfristigen Liefervertrag (20 Jahre) abgesichert.

Die Biostrom Oberhausen Management GmbH (BSO GmbH) ist die persönlich haftende Gesellschafterin der BSO KG und übernimmt deren Geschäftsführungsaufgaben; die weitere operative Tätigkeit - d. h. der Betrieb des BMK - obliegt der BSO KG.

Die evo ist 100%-ige Gesellschafterin beider Gesellschaften und übernimmt auf der Basis eines Dienstleistungsvertrages die kaufmännische Geschäftsbuchhaltung.

Herr Christian Basler ist Geschäftsführer der BSO GmbH und gleichzeitig technischer Vorstand der evo.

Rahmenbedingungen

Die Energiewirtschaft befindet sich weiterhin in einem beispiellosen Transformationsprozess. Regulatorische Eingriffe im Netzgeschäft sowie ein hoher vertrieblicher Wettbewerb in den Bereichen Strom und Erdgas sind geeignet, die Wirtschaftlichkeit der Versorgungsunternehmen nachhaltig zu belasten. Hinzu kommen allgemeine Kostensteigerungen insbesondere in den Bereichen Personal und IT.

Bedeutsam sind auch die Vorgaben durch das Klimaschutzgesetz. Damit verschärft die Bundesregierung die Klimaschutzvorgaben und verankert das Ziel der Treibhausgasneutralität bis 2045. Bereits bis 2030 sollen die Emissionen um 65 % gegenüber 1990 sinken. Die Gesetzesnovelle ist am 31. August 2021 in Kraft getreten.

Es bestehen für die **evo** aktuell große Unsicherheiten über die zukünftige Ausrichtung in den Bereichen Erdgas und Fernwärme mit den KWK-Anlagen und industriellen Einspeisern (z. B. GMVA und OQ Chemicals). Fest steht, dass nur mit den lokalen Stadtwerken die Energiewende insgesamt und vor Ort gelingen kann. Somit kommt auch dem evo-Konzern eine entscheidende Bedeutung zu. Als zentraler Infrastrukturdienstleister für die Stadt Oberhausen steht der Unternehmensverbund vor der großen Herausforderung, die gesetzten Ziele mit der einhergehenden Sektorenkopplung sowie Dekarbonisierung anzugehen und als Chance für die künftige Positionierung zu begreifen. Die Strom-, Erdgas und Fernwärme-Netze werden fortan gesamthaft zu betrachten sein; die Instandhaltungs-, Ausbau- und Transformationsziele sind aufeinander abzustimmen und dürfen nicht länger isoliert betrachtet werden. Die Sicherung der langfristigen Versorgungssicherheit der Kunden mit Wärme hat als Leistungsziel vorrangige Priorität. In der vorliegenden Mittelfristplanung wird weiterhin keine Realisierung des Projektes „FWSRR“ unterstellt.

All dies wird nur durch substanzielle Fördermittel (Klimatopf Kommunen) realisiert werden können, so dass die entsprechenden Programme sowie Optionen zeitnah und eng zu monitoren sind. Ohne weitreichende öffentliche Unterstützungen ist eine wirtschaftliche Umsetzung kaum möglich.

Die jüngsten beachtlichen Energiepreissteigerungen für die Beschaffung von Strom und Erdgas sowie CO_2-Zertifikate bringen zudem weitere Herausforderungen für alle Erzeuger und Energievertriebe. Durch die rollierende Beschaffung für den Absatz an die Privat- und Kleingewerbekunden kommt es nach aktuellem Kenntnisstand zu Rohertragseinbußen im Bereich Fernwärme für das Geschäftsjahr 2022. Gleichzeitig ist die Fortentwicklung der neuen Geschäftsfelder zu forcieren, um das rückläufige Bestandsgeschäft durch (wenn auch anfangs marginale) Ergebnisbeiträge zu stützen.

Durch das evo-interne Strukturprogramm Change[22], einhergehend mit dem jüngst angestoßenen Altersteilzeitprogramm, werden es der evo und der OB-Netz gelingen, sich zukunftsfähig sowie digital aufzustellen und die erforderlichen wirtschaftlichen Hebel zu realisieren, damit in den kommenden Jahren die angestrebte Gewinnabführung operativ erwirtschaftet werden kann.

Die Belastungen aus der Corona-Krise sind nach aktuellem Kenntnisstand weitgehend überwunden, sofern es nicht durch Virusvarianten zu neuen Kontaktbeschränkungen oder gar einem weiteren Lockdown kommt. Die vorjährige angemessene Berücksichtigung von Risiken hat sich in dieser Hinsicht bestätigt und trägt zu einer stabilen Ausgangsbasis für die vorliegende Mittelfristplanung bei.

Der Bereich der E-Mobilität wird die kommenden Jahre voraussichtlich stetig wachsen. Der Ausbau des Ladenetzes - von öffentlichen Ladesäulen bis hin zur Versorgung der privaten Ladestationen in der eigenen Garage - ist für die evo (zusammen mit der OB-Netz) von zentraler Bedeutung.

Die langfristigen Zinsen sind weiterhin niedrig und haben eine stabilisierende Wirkung auf das Finanzergebnis. Dieser Effekt kehrt sich allerdings um und wird zum Risiko, wenn bei geringer Eigenkapitalquote die Zinsen wieder steigen. Die finanziellen Stabilitätskennzahlen werden daher kontinuierlich überwacht, um die Einhaltung von zugesicherten Kennzahlen in Kreditverträgen nicht zu gefährden.

Die **OB-Netz** betreibt mit ihrem Strom- und Gasnetz eine sog. kritische Infrastruktur (KRITIS) von wesentlicher Bedeutung für die Aufrechterhaltung wichtiger gesellschaftlicher Funktionen im Sinne des BSI und des BBK, bei deren Ausfall es zu erheblichen nachhaltig wirkenden Versorgungsengpässen kommen könnte. Vor diesem Hintergrund war das Jahr 2021 bei der Netzgesellschaft genauso wie bei vielen anderen Unternehmen operativ weiterhin stark von der Corona-Pandemie geprägt. Es wurden umfangreiche Hygienekonzepte für alle Unternehmensbereiche erarbeitet, um jederzeit einen sicheren Betrieb und die Versorgungssicherheit in Oberhausen gewährleisten zu können.

Die Baumaßnahmen im Netz konnten deshalb trotz der Corona-Pandemie wie geplant umgesetzt werden. Die Tätigkeiten zum Roll-Out von modernen Messeinrichtungen sowie der eichrechtskonforme Tausch von Messeinrichtungen wurden jedoch heruntergefahren. Wenngleich Wechselungen für mehrere Monate pausieren mussten, konnte ein Großteil der anstehenden Arbeiten im Verlauf des Jahres aufgeholt werden.

Ein wesentlicher Teil des Geschäftes der Netzgesellschaft wird in den regulierten Sparten Strom und Gas erzielt. Daher werden die wichtigsten regulatorischen Rahmenbedingungen im Folgenden dargestellt:

Kostenantrag Erdgas

Für jeweils eine Regulierungsperiode wird jedem Netzbetreiber eine individuelle Erlösobergrenze für seine Erlöse zugestanden, die er aus Netzentgelten erzielen darf. Für die Bestimmung der individuellen Erlösobergrenze für die nächste Regulierungsperiode wird durch die Regulierungsbehörde eine Kostenprüfung durchgeführt. Im Gasbereich wurden der Bericht und die Erhebungsbögen zur Kostenprüfung für die vierte Regulierungsperiode (2023 bis 2027) fristgerecht zum 01.07.2021 eingereicht. Im Dezember wurde das Anhörungsverfahren seitens der LRegK NRW eingeleitet. Die ersten Fragestellungen wurden in einem telefonischen Austausch erörtert und im Nachgang im Rahmen einer ausführlichen Stellungnahme noch vor den Weihnachtsferien beantwortet.

Anschließend werden die Kosten der einzelnen Netzbetreiber in einen Effizienzvergleich überführt. Durch diesen Effizienzvergleich wird die relative Kosteneffizienz des Netzbetreibers bestimmt, hierbei setzen real existierende Netzbetreiber den Benchmark. Die Daten zur Ermittlung des Effizienzwertes Gas wurden in einem aufwändigen Prozess erhoben und von der BNetzA im Internet veröffentlicht. Um einen unternehmensindividuellen Effizienzwert ermitteln und festlegen zu können, benötigt die BNetzA die noch ausstehende festgelegte Kostenbasis aus den jeweiligen Verfahren.

Kostenantrag Strom

Die Netzgesellschaft befand sich im Geschäftsjahr 2021 im Strombereich im Basisjahr für die vierte Regulierungsperiode (2024 bis 2028). Derzeit (Stand 31.01.2022) befinden sich die Vorgaben zur Datenerhebung für die Kostenprüfung zur Bestimmung des Ausgangsniveaus noch im Status der Konsultation. Zum derzeitigen Stand müssen wieder umfangreiche Daten für die Marktrollen Verteilnetzbetreiber sowie Dienstleister erhoben und in einem Bericht detailliert dargestellt werden. Die Abgabe ist für den 01.07.2022 vorgesehen.

Beschwerden

Die Netzgesellschaft hat gegen die Festlegung der BNetzA zur Eigenkapitalverzinsung für Gas und Strom vom 20.10.2021 im Rahmen einer Prozesskostengemeinschaft der Kanzlei Becker Büttner Held beim OLG Düsseldorf Einspruch eingelegt. Der Vorteil von Prozesskostengemeinschaften besteht darin, dass die Kosten überschaubar bleiben, da nur wenige Musterverfahren geführt werden und die Kosten auf alle Teilnehmer aufgeteilt werden. Das Chance-Risiko-Verhältnis ist hierbei sehr gut.

Leistungsindikatoren und Geschäftsverlauf der evo

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Für die Unternehmenssteuerung wird ein quartalsweises, centerbezogenes Berichtswesen eingesetzt, das in eine differenzierte Erfolgsrechnung mündet.

Als wichtigste finanzielle Leistungskennzahl der evo wird - auch in Anbetracht der Gewinnerwartung der Anteilseigner - das Ergebnis vor Gewinnabführung beobachtet und analysiert.

Dieses wird maßgeblich durch die Energieverkaufserlöse und die Energiebezugskosten sowie durch weitere wesentliche Erlös- und Kostenpositionen bestimmt; hinzu kommen die Gewinnabführung durch die OB-Netz, aber auch das Beteiligungsergebnis der BSO sowie weitere Bewertungs- und Steuereffekte.

Als wesentliche nichtfinanzielle Leistungsindikatoren werden der physikalische Energieabsatz an die Vertriebskunden insgesamt sowie die vertrieblichen Marktanteile im Bereich der Privat- und Gewerbekunden herangezogen.

Weitere Aspekte in Bezug auf die Umwelt, Soziales und Unternehmensführung („ESG - Environment Social Governance“) werden aktuell aufgenommen und sollen künftig mit in die Berichterstattung einfließen.

Geschäftsverlauf und Ergebnis

Der Jahresüberschuss der evo für das Geschäftsjahr 2021 beträgt 11,4 Mio. €. Die vertragliche Gewinnabführung liegt somit 0,2 Mio. € über der Planung und übertrifft das Vorjahr um 5,8 Mio. €, welches durch die Corona-Pandemie und eine Vollabschreibung auf den Buchwert an der KSBG des Gesellschafterdarlehens an die KSBG sowie die unerwartet höhere Zuführung zur Pensions- und Restrukturierungsrückstellung stark negativ belastet war. Positiv hatten sich im Vorjahr dagegen die Hebung von stillen Reserven aus der Ausgliederung des Strom- und Gasnetzes auf die OB-Netz ausgewirkt.

Das Ergebnis für das Geschäftsjahr 2021 wird durch das Projekt Change[22] beeinflusst, welches mit dem Ziel aufgelegt wurde, konzernweit Strukturveränderungen herbeizuführen, um damit die evo kundenorientierter, agiler, schlanker und wirtschaftlicher aufzustellen. Aufgrund Personalversetzungen von der evo zur OB-Netz kommt es zwischen den Gesellschaften zu Verschiebungen in den Personalaufwendungen sowie bei Erlösen und Aufwendungen aus den internen Dienstleistungserträgen. Für das Konzernergebnis 2021 ist dieser Vorgang erfolgsneutral, jedoch für die künftig zugestandenen Erlöse der OB-Netz im Bereich des regulierten Netzgeschäfts voraussichtlich nützlich. Zusätzlich bewirkt die Konkretisierung des konzernweiten Altersteilzeitprogramms einen Anstieg der Personalkosten; mittelfristig wird jedoch eine Senkung erwartet. Zum einen soll eine erforderliche Reduzierung des durchschnittlichen Belegschaftsalters erreicht werden; des Weiteren werden Handlungsoptionen eröffnet, durch die flexibler auf die Auswirkungen des Projektes Change[22] reagiert werden kann.

Das Geschäftsfeld E-Roller-Sharing hat sich pandemiebedingt noch nicht wie angenommen etabliert, so dass die hierzu bilanzierten Vermögensgegenstände zum Bilanzstichtag außerplanmäßig abgeschrieben wurden und das Ergebnis mit 1,3 Mio. € belasten. Langfristig ist die evo weiterhin von dem Erfolg im Bereich E-Roller-Sharing überzeugt - insbesondere durch die hohe Wahrnehmung in der Bevölkerung, wodurch die evo-Marke gestärkt werden kann - und wird demzufolge auch die dafür notwendigen Ressourcen einbringen. Gegenläufig wirken spätere Realisierungen von Nahwärmeprojekten, die den Aufwand aus Abschreibungen mindern.

Nachdem bereits im Vorjahr 50 % des an die KSBG ausgegebenen Gesellschafterdarlehens abgeschrieben wurden, erfolgte zum 31.12.2021 eine vollständige Wertberichtigung über die daraus noch bestehenden Forderungen in Höhe von 1,3 Mio. €.

Positiv hervorzuheben ist die Rohertragsentwicklung der evo, die zur teilweisen Kompensation der vorgenannten Effekte beiträgt. Aufgrund der witterungsbedingt erhöhten Absätze in den Bereichen Gas und Fernwärme konnten die gestiegenen Bezugskosten teilweise ausgeglichen werden. Weitere positive neutrale Effekte sowie höhere Ergebnisbeiträge aus der Direktvermarktung, die maßgeblich durch die aktuellen Preisentwicklungen der Energiebörsen geprägt werden, bewirken ebenfalls eine Ergebnisverbesserung.

Ein weiterer kompensierender Effekt resultiert aus der in diesem Jahr geringer ausfallenden Wertberichtigung auf offene Kunden-Forderungen. Für die besonderen Risiken aus der Coronakrise und daraus drohende Forderungsausfälle wurde im Vorjahresabschluss ein Wertberichtigungsbedarf von rd. 2,0 Mio. € ermittelt. Im Laufe des Geschäftsjahres 2021 zeichnete sich erfreulicherweise bereits ab, dass die Forderungsausfälle weniger stark sind als befürchtet und die Wertberichtigung um 1,4 Mio. € ertragswirksam aufgelöst werden konnte.

Absatz- und Preisentwicklung

Der Geschäftsverlauf in einzelnen Bereichen stellt sich wie folgt dar:

Vertrieb Strom

Im Geschäftsjahr 2021 ist der Stromabsatz der evo insgesamt (ohne Verlustenergie OB Netz) um 4,1 % auf 374,8 GWh gesunken. Dabei liegt der Stromabsatz an Privat- und Gewerbekunden mit 277,9 GWh um 2,3 % unter dem des Vorjahresniveaus (284,5 GWh). Im Segment der Oberhausener Geschäftskunden geht der Absatz (78,3 GWh) um - 6,1 % und beim Vertrieb außerhalb von Oberhausen (20,1 GWh) um - 12,0 % zurück. Dieser Absatzrückgang ist jeweils auf das Auslaufen eines Liefervertrages mit einem großen Kunden zurückzuführen.

Die Strompreise des Allgemeinen Stromtarifs für Privat- und Gewerbekunden sind zum 1. Januar 2021 im Arbeitspreis um - 0,17 ct/kWh (Netto) angepasst worden. Für Geschäfts- und Industriekunden sind die Preise individuell kalkuliert und überwiegend zum Jahresbeginn 2021 gesenkt worden. Aufgrund der Marktsituation auf den Energiemärkten vor allem im letzten Quartal 2021 und zur Abwendung des sich daraus entwickelnden wirtschaftlichen Risikos hat sich die evo zur Einführung der Grund- und Ersatzversorgung II zum 01.11.2021 für die Neukunden Gewerbe und zum 01.12.2021 für die Neukunden Haushalt und Kleingewerbe kleiner 10.000 kWh entschlossen. Der Marktanteil Strom liegt in Oberhausen mit ca. 76 % zum Jahreswechsel zwei Prozentpunkte unter Vorjahresniveau.

Vertrieb Erdgas und Fernwärme

Der Erdgasabsatz ist im Wesentlichen aus dem anhaltend herausfordernden Wettbewerbsumfeld, den witterungsbedingten Einflüssen und den Folgen der Corona-Pandemie geprägt. So machen sich die Temperaturen und die Dauer der Heizperiode eines Jahres im Erdgasabsatz bemerkbar. Als ein Indikator dient die Summe der Gradtagzahlen eines Jahres. Diese liegt für 2021 zum Zeitpunkt des Jahresabschlusses um 18,7 % über dem Wert des Jahres 2020.

Im Geschäftsjahr 2021 ist der Erdgasabsatz insgesamt um 10,3 % auf 659,9 GWh gestiegen. Bei den Privat- und Gewerbekunden (628,0 GWh) liegt der Absatz mit 13,0 % über dem des Vorjahres. Bei den Geschäfts- und Industriekunden (19,1 GWh) ist der Absatz aufgrund von auslaufenden Energielieferverträgen, die nicht verlängert wurden, mit 41,2 % deutlich rückläufig. Zudem wirkt sich die COVID19-Pandemie weiterhin stark auf den Absatz einiger RLM-Kunden aus, z.B. auf Freizeitgesellschaften. Außerhalb von Oberhausen fällt der Gesamtabsatz (12,8 GWh) im Vorjahresvergleich um 28,0 % höher aus.

Die Gaspreise der Tarifkunden sind im Allgemeinen Tarif zum 1. Januar 2021 um 0,45 ct/kWh erhöht worden. Für Geschäfts- und Industriekunden sind die Preise individuell kalkuliert und überwiegend zum Jahresbeginn 2021 gesunken. Aufgrund der Marktsituation des letzten Quartals 2021 und zur Abwendung des wirtschaftlichen Risikos sind auch für den Vertrieb Gas die Grund- und Ersatzversorgung II zum 01.11.2021 für die Neukunden Gewerbe und zum 01.12.2021 für die Neukunden Haushalt und Kleingewerbe kleiner 10.000 kWh eingeführt worden. Der Marktanteil Gas liegt in Oberhausen mit ca. 76 % zum Jahreswechsel zwei Prozentpunkte unter Vorjahresniveau.

Auch der Fernwärmeabsatz ist im Wesentlichen von witterungsbedingten Einflüssen geprägt. Im Bereich der Fernwärme liegt der Gesamtabsatz mit 456,1 GWh, bei einer Abweichung von 15,4 %, über dem des Vorjahres. Die Arbeitspreise der Fernwärme wurden entsprechend der Preisgleitklausel zum 1. Oktober 2021 um 0,36 Cent/kWh (Netto) angepasst. Hierbei wird seit dem 1. Oktober 2021 der Arbeitspreis für CO_2 separat ermittelt und entsprechend der Preisgleitklausel angepasst. Die von der evo vertriebene Fernwärme zeichnet sich durch einen ressourcen- und klimaschonenden, zertifizierten Primärenergiefaktor für 2021 von 0,13 aus. Das bedeutet, dass für 100 % erzeugte Heizwärme lediglich 13 % Primärenergie aufgewandt werden müssen.

Dienstleistungen sowie Energielösungen

Die evo erbringt kaufmännische, technische und IT-Dienstleistungen für Dritte. Dazu gehören im Wesentlichen die BSO KG, die FSO KG, die InfraTec Duisburg GmbH, die OB-Netz, die Stadt Oberhausen mit ihren kommunalen Eigenbetrieben, die STOAG und die WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH. Die Erlöse im Bereich dieser Dienstleistungen haben sich im Geschäftsjahr 2021 erhöht und lagen bei T€ 1.655,5 (Vj: T€ 1.598,6).

Ferner bietet die evo Contracting-Leistungen im Bereich Wärmeversorgung für Privathaus-halte oder Gewerbetreibende an. Der Absatz in diesem Bereich Energielösungen (EL) liegt bei 13,3 GWh (Vorjahr 9,8 GWh) und wurde damit um rd. 35 % ausgebaut.

Beteiligung KSBG – STEAG

Gemeinsam mit fünf weiteren Stadtwerken ist die evo mittelbar zu 100 % an der STEAG GmbH (STEAG) beteiligt. Die jeweiligen Anteile - bezogen auf die evo sind dies 6 % - sind in der KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG (KSBG) gebündelt, die damit Alleingesellschafterin ist.

Mit dem Erwerb der Anteile bis 2014 waren Erwartungen verbunden, die sich aus heutiger Sicht nicht mehr erfüllen lassen. Durch eine Vielzahl energiepolitischer Entscheidungen auf europäischer sowie nationaler Ebene und hieraus resultierende energiewirtschaftliche Entwicklungen haben sich die Rahmenbedingungen sowie Perspektiven grundlegend - und insbesondere für das STEAG-Geschäftsmodell nachteilig - verändert. KSBG und STEAG befinden sich demnach in einem Restrukturierungsprozess.

Die Konsorten hatten sich darauf verständigt, die Begleitung der Restrukturierung einem erfahrenen Treuhänder zu übertragen. Final wurden im 4. Quartal 2021 durch alle Konsorten, so auch durch die evo, die erforderlichen Beschlüsse für die Überführung von 89,9 % der KSBG-Anteile in eine Sanierungstreuhand gefasst und am 17. Dezember 2021 die dazu erforderlichen Verträge notariell geschlossen. Neben dem eigentlichen Treuhandvertrag mit der neu gegründeten KSBGTH GmbH unter dem Geschäftsführer Rechtsanwalt Dr. Jan-Markus Plathner kann es zu notwendigen Änderungen insbesondere des Gesellschafts- und Konsortialvertrages. Der neue Treuhänder hält und verwaltet die übertragenen KSBG-Anteile im eigenen Namen, aber auf Gefahr und für Rechnung der Treugeber. Das wirtschaftliche Eigentum verbleibt bei den Konsorten.

Nach Ablauf der Sanierungstreuhand ab dem Jahr 2024 soll die Beteiligung gemeinschaftlich durch alle Konsorten an einen neuen Investor veräußert werden. Die evo hat bereits in den Vorjahren den gesamten Buchwert an der KSBG sowie in diesem Geschäftsjahr auch den Buchwert des Gesellschafterdarlehens an die KSBG sowie die Zinsansprüche gegenüber der KSBG aus dem Darlehen mit insgesamt 1,3 Mio. € vollständig wertberichtigt.

Leistungsindikatoren und Geschäftsverlauf der OB-Netz

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Für die Unternehmenssteuerung wird ein quartalsweises, centerbezogenes Berichtswesen eingesetzt, das in eine differenzierte Erfolgsrechnung mündet.

Für die Einschätzung der wirtschaftlichen Lage der OB-Netz werden regelmäßig die Umsätze, die Kostenstruktur und das Ergebnis vor Gewinnabführung beobachtet sowie analysiert; all dies unter Beachtung der regulatorischen Rahmenbedingungen.

Als wesentliche nichtfinanzielle Leistungsindikatoren werden durchgeleitete Energiemengen und die Verfügbarkeit der Strom- und Gasnetze herangezogen, die sich wie in den Vorjahren durch eine hohe Qualität auszeichnen.

Weitere Aspekte in Bezug auf die Umwelt, Soziales und Unternehmensführung („ESG - Environment Social Governance“) werden aktuell aufgenommen und sollen künftig mit in die Berichterstattung einfließen.

Geschäftsverlauf und Ergebnis

Das Ergebnis 2021 (nach Steuerumlage) vor Abführung an die evo beläuft sich auf + 4,5 Mio. € und steigert sich um 3,0 Mio. € gegenüber dem Budgetansatz. Die Ergebnisverbesserung resultiert maßgeblich aus einem witterungsbedingten Anstieg der Netznutzungsentgelte, periodenfremden Erlösen sowie im Saldo positiven Ergebnisbeiträgen aus der Mehrmindermengenabrechnung. Die Umsatzerlöse liegen daher mit 90,8 Mio. € über dem Budget von 84,6 Mio €. Dabei übersteigen die Netznutzungsentgelte Strom das Budget um 4,8 Mio. € im Wesentlichen aufgrund des Anstiegs der vorgelagerten Netzkosten. Die Netznutzungsentgelte Gas übersteigen das Budget um 3,2 Mio. € und sind auf eine witterungsbedingt höhere Netzlast zurückzuführen. Der Materialaufwand (40,0 Mio. €) liegt mit 1,3 Mio. € über dem Budget. Hierzu trugen höhere Aufwendungen für vorgelagerte Netzkosten (+ 5,5 Mio. €) bei geringeren Ökologietransferaufwendungen (- 1,8 Mio. €) und geringere Aufwendungen für Investitionsprojekte (- 1,8 Mio. €) bei. Weiterhin führen die Umstrukturierungsmaßnahmen durch Change[22] - einem konzernweiten Reorganisationsprojekt - zu verminderten sonstigen betrieblichen Aufwendungen (- 1,5 Mio. €) und höheren Erlösen aus den Dienstleistungsverträgen mit der evo gegenüber dem Budgetansatz. Gegenläufig wirkt der Anstieg des Personalaufwands (+ 2,7 Mio. € gegenüber der Planung) durch Rückstellungsbildungen für das konkretisierte Altersteilzeitprogramm sowie durch Versetzungen von Mitarbeitern von der evo zur OB-Netz infolge der vorgenannten Reorganisation.

Durchgeleitete Energiemengen und Verfügbarkeit

Die Entwicklung der durchgeleiteten Energiemengen im Oberhausener Netzgebiet stellt sich für das Geschäftsjahr 2021 wie folgt dar:

	Gj. 2021 (in MWh)	**Vorjahr** (in MWh)
Stromnetz:	**698.157**	**690.464**
Gas an Kunden:	1.035.087	895.877
Gas an evo-Kraftwerke:	350.189	208.231
Gas gesamt:	**1.385.276**	**1.104.108**
Fernwärme an Kunden Heizwasser:	533.900	460.220
Dampf-Bereitstellung:	2.227	2.605
Fernwärme gesamt:	**536.127**	**462.825**
Energiebereitstellung gesamt	**2.619.560**	**2.257.397**

Der geringfügige Anstieg der durchgeleiteten Energiemengen im **Strom** gegenüber 2020 erfolgte über alle Netz- und Umspannebenen und Kundengruppen. Die Erhöhung der durchgeleiteten **Gas**menge begründet sich durch die sehr kühle Witterung in den ersten Monaten des Jahres 2021 sowie auf den ganzjährigen Betrieb einer Gasturbine in Oberhausen Sterkrade und zweier Gasmotoren. Ebenso kam es zu einer Steigerung der **Fernwärme**bereitstellung. In 2021 wurden weniger Turbinenprüfläufe von MAN im Vergleich zum Vorjahr durchgeführt; dadurch ging die Dampflieferung um 14,5 % zurück.

In Bezug auf die Netzverfügbarkeiten befindet sich die evo etwa im Branchen-Durchschnitt. In allen Netzen war die Versorgungssicherheit zu keinem Zeitpunkt gefährdet.

Leistungsindikatoren und Geschäftsverlauf der BSO

Für die interne Unternehmenssteuerung wird im gesamten Konzernverbund ein quartalsweises, centerbezogenes Berichtswesen eingesetzt. Dieses Berichtswesen, das zugleich Steuerungsinstrument ist, mündet in eine differenzierte Erfolgsrechnung. Wesentliche finanzielle Steuerungsgrößen sind dabei die Volllastbenutzungsstunden der Anlage, die Einnahmen aus EEG-Strom- und Wärmevergütungen, die Brennstoffausgaben, das EBITDA und das Jahresergebnis.

Die Leistungsfähigkeit des evo-Verbunds zeigt sich nicht allein in finanziellen Kennzahlen. Als nicht finanzielle Leistungsindikatoren werden im evo-Verbund insbesondere Belange der Nachhaltigkeit und Umwelt im Handeln und Planen berücksichtigt.

Geschäftsverlauf und Technische Bestandsanalyse

Im Jahr 2021 wurden in der Anlage 40.604,72 Tonnen Holzhackschnitzel verbrannt. Der Anteil der Rostasche im Verhältnis zur eingesetzten Brennstoffmenge lag bei 1,89 %, der Anteil der Feinasche bei 0,24 %. Dies spricht aus Sicht der BSO KG für eine gute Qualität des eingesetzten Brennstoffs.

Die Verfügbarkeit der Anlage im Jahr 2021 war geringfügig niedriger als im Jahr 2020, die Zahl der Volllastbenutzungsstunden lag in 2021 bei 7.454, somit lag man im Vergleich zur letztjährigen Prognose (7.800 Stunden) geringfügig unter dem angestrebten Zielwert.

Die Bruttostromeinspeisung des Biomassekraftwerks lag im Jahr 2021 bei 19.235,30 MWh. Die dazu gehörende Fernwärmeerzeugung lag bei 72.573, 67 MWh.

Trotz geringerer Betriebsstunden im Vergleich zur Planung konnte das geplante EBITDA (Ergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen) von ca. 1,5 Mio. € mit 1,7 Mio. € sogar übertroffen werden. Ebenso übertrifft der Jahresüberschuss mit T€ 657 das geplante Ergebnis von T€ 523.

Hauptbestandteil der Anlagenrevision im Juni 2021 war die Erneuerung der feuerfesten Auskleidung im Bereich des 2. Rauchgaszuges. Hier wurde, wie im Vorjahr, die Ausmauerung mit einer höherwertigeren Steinqualität und optimiertem Verankerungskonzept umgebaut. Die Neukonstruktion, die Beschaffung der Materialen und die Bauüberwachung wurden durch einen Sachverständigen für Feuerfestauskleidung begleitet. Der Zeitplan der Revision konnte trotz der umfangreichen Umbaumaßnahmen eingehalten werden.

Optimierungsmaßnahmen am Kessel

Im Rahmen der Revision, wurde ein akustisches Schallreinigungssystem (2 Schallhörner) im Bereich der Überhitzer fest installiert. Dazu waren Anpassungsarbeiten an den örtlichen Membranwänden des Dampferzeugers notwendig. Aus Sicht der BSO KG wird durch dieses System einer Verschmutzung der Kesselrohre - und damit einer Verminderung des Wirkungsgrades - vorgebeugt und die Reisezeit der Anlage erhöht.

Ertragslage der evo

In Ergänzung zu den detaillierten Ausführungen im Anhang des Jahresabschlusses stellen sich die wesentlichen GuV-Positionen für das Geschäftsjahr 2021 wie folgt dar:

Die Umsatzerlöse belaufen sich auf 192,0 Mio. € und haben sich damit um 5,9 Mio. € gegenüber der Planung gesteigert (Vorjahr 181,7 Mio. €). Der Energiemarkt unterliegt einem harten Wettbewerb. Dies spiegelt sich insbesondere bei der Entwicklung der (geschätzten) Marktanteile wider: Im Bereich Strom wurden die geplanten Marktanteilsziele von 76 % erreicht; im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich jedoch ein Rückgang von 2 %. Beim Gas ergibt sich ebenfalls eine leichte Minderung im Vergleich zum Budget und Vorjahr; hier belaufen sich die Anteile auf 76 %.

Insgesamt ist für die Verkaufserlöse Strom, Erdgas und Wärme jedoch eine Zunahme der Umsatzerlöse in Höhe von 6,8 Mio. € gegenüber der Planung zu verzeichnen, die im Wesentlichen aus der kalten Witterung im ersten Halbjahr und positiven Effekten aus Vorjahren resultiert. Insgesamt liegt die verkaufte Energiemenge von 1.521 GWh um 44 GWh über dem Budgetansatz und mit 133 GWh über der im Vorjahr verkauften Energiemenge. In den Energieumsätzen ist der Verkauf der Verlustenergie an die Netzgesellschaft enthalten.

Bedingt durch die Insolvenzen diverser Lieferanten im Oberhausener Netzgebiet musste die evo diese „Neukunden“ aufnehmen, um deren Versorgungssicherheit zu gewährleisten; dies jedoch - im Interesse der langjährigen Bestandskunden - zu einem gesonderten höheren Tarif.

Der vertriebliche Strom-Absatz beträgt zum Jahresende 374,8 GWh (ohne Verlustenergie an die OB-Netz) bzw. 390,4 GWh (inkl. Verlustenergie an die OB-Netz) und liegt damit um 5,6 GWh unter dem Budgetansatz (ebenfalls inklusive Verlustenergie OB Netz). Hierin ist der Verkauf innerhalb und außerhalb der Stadt Oberhausen enthalten. Weiterhin sind 50 % der Verlustenergie, die für die OB-Netz bereitgestellt wird, enthalten. Ein anderer Marktteilnehmer hat den Zuschlag für das zweite Los erhalten.

Der sowohl erlös- als auch absatzseitige Gas-Anstieg resultiert überwiegend aus der kalten Witterung sowie neutralen Effekten aus Vorjahren. Die Absatzmenge (660 GWh) liegt mit 20 GWh über dem Planwert. Zusätzlich führt eine zum 01.01.2021 durchgeführte Preiserhöhung um 0,455 ct/kWh, die mit Inkrafttreten des Brennstoffemissionshandelsgesetztes erforderlich wurde, zu einer Erhöhung der Erlöse. Die Ausführungen zum „Grund- und Ersatzversorgungstarifes II“ gelten auch im Gasbereich analog zum Strom.

Die Wärmeumsätze und -absätze werden durch die Witterung positiv beeinflusst. Im Vergleich zum Budget ergibt sich hieraus ein absatzseitiger Anstieg in Höhe von + 28 GWh, sodass sich die verkaufte Energiemenge auf 469 GWh im Geschäftsjahr 2021 beläuft. Zusätzlich wirken sich auch in dieser Position positive Effekte aus Vorjahren erlöserhöhend aus.

Die Verkaufserlöse Sonstige beinhalten die Direktvermarktung der Kraftwerke und den Intraday-Handel. Durch die hohe Laufleistung eines evo-Heizkrafwerkes in den ersten Monaten sowie einem höheren Marktpreisniveau an der Strombörse liegen die Erlöse um 1,6 Mio. € über dem Budget.

Der Anstieg bei den Sonstigen betrieblichen Erträgen ist unter anderem auf die Auflösung der im Vorjahr gebildeten Wertberichtigungen auf Forderungsbestände in Höhe von 1,7 Mio. € zurückzuführen. Ein weiterer Ertrag mit 1,5 Mio. € resultiert aus der Auflösung der im Vorjahr gebildeten Rückstellungen für Restrukturierungsmaßnahmen. Durch die in 2021 erfolgte Konkretisierung eines Altersteilzeitprogramms ergeben sich jedoch neue Verpflichtungen zur Rückstellungsbildung in Höhe von 0,9 Mio € (ATZ) sowie 0,6 Mio. € (Restrukturierung) bei der evo und 1,1 Mio € (ATZ) sowie 0,9 Mio. € (Restrukturierung) bei der OB-Netz, die den Personalaufwand der jeweiligen Gesellschaft erhöhen.

Der Materialaufwand beträgt 132,7 Mio. € und ist damit um 6,6 Mio. € höher als in der Planung angenommen (Vorjahr 127,8 Mio. €). Die Positionen Energiebereitstellung Strom, Energiebezug Erdgas, Wärme sowie Netzunterhaltung Fernwärme liegen mit 8,0 Mio. € über dem Budget. Die Absatz- und Preisentwicklung auf den Energiemärkten der letzten Monate führen insbesondere im Bereich Erdgas und Fernwärme zu einer Budgetüberschreitung. Der Strom- und Gasbezugsaufwand zur Wärmeerzeugung wird zusätzlich noch durch die Bildung einer Rückstellung für abzugebende CO_2-Zertifikate belastet.

Der Personalaufwand übersteigt mit 25,4 Mio. € den Budgetansatz um 0,2 Mio. €. Dies resultiert im Wesentlichen aus der Zuführung von Rückstellungen für das konkretisierte Altersteilprogramm in Höhe von 0,9 Mio. € (ATZ) und 0,6 Mio. € (Restrukturierung). Gegenläufig wirkt die Versetzung von Mitarbeitern zur OB-Netz im Rahmen des Change[22]-Projektes. Die Abschreibungen von 6,8 Mio. € (Vorjahr 4,6 Mio. €) entsprechen dem Budgetansatz und werden durch die Wertberichtigung der E-Roller geprägt; gegenläufig wirken verspätete Projektrealisierungen z. B. bei Nahwärmeprojekten wie Osterfeld und Tackenberg. Auch durch Vorjahreseinflüsse ergeben sich damit spätere Aktivierungszeitpunkte und folglich geringere Abschreibungen.

Ein Anstieg der Sonstigen betrieblichen Aufwendungen mit 20,4 Mio. € um 6,2 Mio. € gegenüber der Planung (Vorjahr 17,6 Mio. €) ist maßgeblich auf die zusätzlichen Beratungsleistungen für das Projekt „Change[22]“ sowie für die KSBG-/STEAG-Verkaufsbemühungen und die Wertberichtigung der noch bilanzierten Darlehensforderungen gegenüber der KSBG zurückzuführen. Ferner sind hier die Kosten für IT, Versicherungen, Werbung und Sponsoring, Weiterbildung, Vereins- und Verbandsbeiträge, Aufsichtsratsvergütungen, Beratungsleistungen, Grundbesitzabgaben sowie für alle weiteren allgemeinen Verwaltungskosten und die Implementierung der neuen Geschäftsfelder enthalten.

Ertragslage der OB-Netz

In Ergänzung zu den detaillierten Ausführungen im Anhang des Jahresabschlusses stellen sich die wesentlichen GuV-Positionen für das Geschäftsjahr 2021 wie folgt dar:

Die Umsatzerlöse betragen 90,8 Mio. €. Die vereinnahmten Umsätze aus Netznutzungsentgelten (NNE) Strom prägen mit 53,3 Mio. € diese Position. Die NNE Gas sind mit 22,0 Mio. € zu verzeichnen und übersteigen witterungsbedingt sowie aufgrund der Effekte aus Mehr-Minder-Mengenabrechnungen den Vorjahreswert. Weiter enthält diese Position die Abrechnung von Fernwärme-Netz-Investitionsprojekten an die evo, Erlöse aus konzerninternen Vertragsbeziehungen und erfolgsneutrale Ökologietransfererlöse (Erstattungen im Rahmen des EEG).

Der Materialaufwand von 40,0 Mio. € ist maßgeblich bestimmt durch die vorgelagerten Netzkosten mit 25,9 Mio. € und umfasst neben den NNE für Strom und den Kapazitätsentgelten für Gas an die vorgelagerten Netzbetreiber ebenso die Aufwendungen für die vermiedene Netznutzung an dezentrale Erzeuger. Ferner enthält die Position Kosten für abzurechnende Investitionsprojekte an die evo, für die Unterhaltung sowie Reparaturen der Strom- und Gasnetze, interne Vertragsbeziehungen zur evo, die Kosten der Verlustenergie und die mit den Umsatzerlösen korrespondierenden Ökologietransferkosten für an Kunden gezahlte Vergütungen für erneuerbare Energien.

Im Personalaufwand mit 17,3 Mio. € sind Versetzungen von Mitarbeitern von der evo zur OB-Netz im Zuge des Projekts „Change[22]“ enthalten. Zusätzlich wurden durch die Konkretisierung eines konzernweiten Altersteilzeitprogrammes Rückstellungen gebildet. Durch diese Maßnahmen erhöhte sich der Personalaufwand im Vergleich zum Vorjahr um 3,4 Mio. €. Die Abschreibungen betragen 2,6 Mio. € und liegen damit auf Vorjahresniveau.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen (26,8 Mio. €) nahmen in 2021 um 2,3 Mio. € ab und enthalten vor allem die Fakturierung der internen Verträge für die Gebäude-, Fahrzeug- und Arbeitsplatzmiete sowie die Dienstleistungen der evo für die OB-Netz mit 15,8 Mio. € (Vj: 17,8 Mio €). Die an die Stadt Oberhausen abzuführenden Konzessionsabgaben belaufen sich auf 8,5 Mio. € Für die OB-Netz ist dieser Aufwand erfolgsneutral, da die Konzessionsabgaben als Preiskomponente vom „Endkunden“ gezahlt und an die Stadt Oberhausen weitergeleitet werden. Zusätzlich werden die Anschaffungskosten für Smart Meter, Aufwendungen für Beratungsleistungen, Jahresabschlussprüfungen, Wirtschaftsprüfer-Testate, Mieten und Pachten, Qualifizierungsmaßnahmen, Verbandsbeiträge sowie übrige Aufwendungen ausgewiesen.

Aufgrund der positiven Ergebnisentwicklung und vor dem Hintergrund, dass einige Rückstellungen z. B. für das Altersteilzeitprogramm oder das Regulierungskonto steuerlich erst im Folgejahr anerkannt werden, ergibt sich für die OB-Netz eine an die evo zu leistende Gewerbesteuerumlage in Höhe von 2,1 Mio. € (Vj: 0,9 Mio. €).

Die Gewinnabführung der OB-Netz an die evo beläuft sich vor dem Hintergrund der vorstehenden Erläuterungen auf 4,5 Mio. € und erhöhte sich in 2021 gegenüber dem Vorjahr um 1,8 Mio. €.

Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der BSO

Für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2021 verzeichnet die Gesellschaft einen Jahresüberschuss nach Steuern von T€ 657,5 (Vj. T€ 648,9). Das EBITDA beläuft sich auf 1,7 Mio. € (Vj. 1,7 Mio. €).

Die Umsatzerlöse aus der Strom- und Wärmeeinspeisung in Höhe von T€ 5.086,5 sind im Vergleich zum Vorjahr um T€ 234,0 gesunken, dies ist auf die geringere Verfügbarkeit der Anlage zurück zu führen. Die Zahl der Volllastbenutzungsstunden lag in 2021 bei 7.454 VBh Vj. 7.751 VBh). Die Bruttostromeinspeisung des Biomassekraftwerks lag im Jahr 2021 bei 19.235,30 MWh (Vj. 20.273 MWh). Die dazu gehörende Fernwärmeerzeugung lag bei 72.573, 67 MWh (Vj. 75.933 MWh).

Die Materialaufwendungen vermindern sich aus demselben Grund um T€ 258,9 auf T€ 2.796,0.

Die Sonstigen betrieblichen Erträge lagen mit T€ 86,3 unter dem Wert aus dem Vorjahr (T€ 113,4); sie beinhalten im Wesentlichen eine Energiesteuererstattung (T€ 59,9).

Zur Vermeidung von Liquiditätsengpässen hat die evo der Gesellschaft neben zwei Gesellschafterdarlehen (T€ 3.280) einen kurzfristigen Kreditrahmen von bis zu T€ 400 eingeräumt. Ein Gesellschafterdarlehen wird regelmäßig getilgt, nach vollständiger Rückzahlung wird mit der Tilgung des zweiten Darlehens begonnen. Es wird weiterhin von einer guten Liquidität des Unternehmens ausgegangen.

Die Eigenkapitalquote der BSO KG liegt in 2021 bei 56,5 % (Vj. 53,8 %), daraus resultiert eine entsprechende Fremdkapitalquote in Höhe von 43,5 % (Vj. 46,2 %).

Zusammengefasste Konzern-Ertragslage

Die wesentlichen Angaben zu den Jahresabschlüssen der Einzelgesellschaften mit dem jeweiligen operativen Ergebnisbeitrag zum Konzernergebnis für das Geschäftsjahr 2021 stellen sich wie folgt dar:

Gesellschaft ---------- Position	**FSO T€**	**BSO GmbH T€**	**BSO KG T€**	**evo T€**	**OB-Netz T€**	**Summe T€**	**Konzern T€**
Umsatzerlöse	519	0	5.087	192.001	90.834	288.441	202.138
Materialaufwand	172	0	2.796	132.701	39.951	175.620	106.607
Personalaufwand	231	0	0	25.429	17.337	42.997	42.997
Abschreibungen auf das Sachanlagevermögen	0	0	815	6.754	2.618	10.187	10.142
Konzessionsabgabe	0	0	0	0	8.549	8.549	8.549
Steuern vom Ertrag (einschl. Steuerumlage)	11	0	191	3.163	2.109	5.474	4.253
Ergebnis nach Steuern	36	- 1	657	7.025	4.529	12.246	14.267
Jahresüberschuss bzw. -fehlbetrag (vor Ergebnisabführung)	36	- 1	657	6.838	4.525	12.055	14.076
Mitarbeiter *(Köpfe im Jahres-durchschnitt)*	4	0	0	261	163	428	428

Zur Ermittlung des Jahresüberschusses für den FSO-Konzern sind die jeweiligen Einzelabschlüsse um die Leistungsinterdependenzen zwischen den Konzerngesellschaften - im Wesentlichen Netznutzungs- und Dienstleistungsentgelte, Strom- und Wärmeeinspeisung bzw. Bezug, verrechnete Personalkosten und Mieten - zu korrigieren.

Bis auf die BSO GmbH sind die Konzerngesellschaften nur gewerbesteuerpflichtig. Zur Berechnung wird ein Ertragssteuersatz von 20,3 % (Vorjahr 20,3 %) zugrunde gelegt.

Das Konzernergebnis wird im Wesentlichen durch die evo sowie die OB-Netz geprägt.

Die Umsatzerlöse betreffen hauptsächlich die Erlöse aus Energieverkäufen (T€ 193.794), im Vergleich zum Vorjahr ist eine Erhöhung um T€ 15.203 zu verzeichnen.

Finanz- und Vermögenslage im Konzern

Finanzbewegung

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit vermindert sich in 2021 um rund T€ 1.430 auf T€ 27.397. Der Zunahme der Rückstellungen sowie dem höheren Ergebnis des Geschäftsjahres stehen verminderte Abschreibungen sowie die deutliche Steigerung der Vorräte und Forderungen gegenüber.

Die Investitionstätigkeiten innerhalb der Kapitalflussrechnung belaufen sich im Berichtsjahr auf T€ -19.262 (Vorjahr T€ -24.662). Hierbei können die Investitionen in das Sachanlage- und Finanzanlagevermögen nicht zu 100 % durch die Abschreibungen finanziert werden.

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit beinhaltet neben der Ergebnisabführung aus dem Vorjahr (T€ -5.721) ebenfalls die Kredittilgungen von T€ -11.991 sowie die Neuaufnahme von Krediten (T€ 9.300). Es kommt zu einer Abnahme des Finanzmittelfonds am Ende des Geschäftsjahres von T€ 983, dieser stellt sich mit T€ 1.167 positiv dar.

Investitionen

Die Investitionen im Anlagevermögen des Konzerns sind durch Maßnahmen der evo und der Netzgesellschaft geprägt. Die technisch-wirtschaftliche Optimierung in den Netzbereichen wurde im Berichtsjahr weiter vorangetrieben. Der Anteil der Netzinvestitionen in 2021 an den gesamten Investitionen des Sachanlagevermögens und der Immateriellen Vermögensgegenstände betrug 68,5 %.

	Budget 2021 in T€	**Ist 2021 in T€**	**Ist 2020 in T€**
Investitionen	21.222	19.637	25.026
Abschreibungen	9.900	10.160	17.866

Neben den Investitionen in Höhe von T€ 12.988 zur Erneuerung der Netze sieht das Investitions-Budget 2021 weitere Erneuerungen im Bereich der Strom- und Wärmebereitstellung und der Gemeinsamen Anlagen von T€ 8.234 vor. Die Investitionen im Geschäftsjahr betrugen T€ 19.637 und teilen sich wie folgt auf:

	Ist 2021 in T€	**Ist 2020 in T€**
Immaterielle Vermögensgegenstände	245	467
Sachanlagen		
▪ Stromversorgung	4.886	6.560
▪ Erdgasversorgung	3.186	1.719
▪ Fernwärmeversorgung	4.063	3.564
▪ Energieservice	2.212	696
▪ Gemeinsame Anlagen	4.872	12.000
Finanzanlagen	173	20
Gesamtbetrag	**19.637**	**25.026**

Im Bereich der Finanzanlagen kam es zu Investitionen in Höhe von T€ 173.

Wie in den Vorjahren wurde die Erneuerung der Netze der Strom- Gas- und Fernwärmeversorgung im Berichtsjahr vorangetrieben.

Wesentlicher Einflussfaktor der Zugänge zum Sachanlagevermögen im Bereich der Gemeinsamen Anlagen waren die Investitionen zum Gasmotorenkraftwerks am Standort Danziger Straße.

In den kommenden Geschäftsjahren wird die vorhandene Liquidität nicht vollständig zur Deckung der erforderlichen Investitionen ausreichen. Es ist geplant, zukünftig den dafür jährlich erforderlichen Anteil der Investitionen durch langfristige Darlehensaufnahmen sukzessive zu finanzieren. Für das Geschäftsjahr 2022 wurden die Verhandlungen zur Darlehensaufnahme in Höhe von T€ 10.000 zur anteiligen Finanzierung der Sachinvestitionen im Konzern bereits frühzeitig im Oktober 2021 aufgenommen, zur Auszahlung von zwei Darlehen kam es im Dezember 2021 sowie im Januar 2022.

Finanzlage

Die Finanzlage des Konzerns wird im Wesentlichen durch die evo geprägt. Im Rahmen einer zentralen Anlagestrategie wurde eine Cash-Pooling-Vereinbarung zwischen der evo und der Netzgesellschaft sowie der FSO KG getroffen, wobei die Verzinsung von Darlehen zu Geldmarktsätzen am Frankfurter Bankenplatz erfolgt. Die Anlage von kurz- und mittelfristig freien liquiden Mitteln erfolgt zentral durch die evo in Tages- und Festgeldern.

Ein seit 2007 bei der evo bestehender Spezialfonds dient zur Deckung der mittelfristigen Rückstellungen, die im Wesentlichen Maßnahmen aus dem Personalbereich beinhalten. Weiterhin werden bei den Rückstellungen Verpflichtungen für noch ausstehende Rechnungen ausgewiesen. Hierbei handelt es sich vorwiegend um Rechnungen für erhaltene Energielieferungen aus den Bereichen Strom und Erdgas der evo.

Die wesentlichen Mittelabflüsse ergeben sich aus der Investitionstätigkeit, dem zahlungswirksamen Rückgang der Rückstellungen (vorwiegend der Personalrückstellungen) sowie der jährlichen Gewinnabführung.

Aus den Finanzplanungen der evo für die kommenden Jahre ergibt sich – wie unter 5.2 erläutert – ein zusätzlicher Kapitalbedarf mit der Folge, dass zukünftig Teile der Investitionen durch Fremdkapital finanziert werden müssen. Ebenso ist bei der evo geplant, die Bezugskostenspitzen in den Wintermonaten über kurzfristige Mittel im Rahmen der bestehenden Kreditlinien temporär zu bezahlen.

Dem betriebsnotwendigen Vermögen stehen angemessene Passiva in Form von Eigenkapital oder langfristigen Rückstellungen bzw. Verbindlichkeiten gegenüber.

Zusammenfassend wird die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage im Zeitpunkt der Aufstellung des Konzernabschlusses als solide eingeschätzt.

Risiko- und Chancenbericht (vor Russland-Ukraine-Krieg)

Zur Sicherung der Unternehmensziele, des künftigen Erfolges des Unternehmens sowie zur Senkung der Risikokosten führt die evo halbjährlich eine Risikoinventur durch. Diese Aufgabe wird auch für die Oberhausener Netzgesellschaft und BSO wahrgenommen. Damit Risiken frühzeitig erkannt und rechtzeitig angemessene Gegensteuerungsmaßnahmen ergriffen werden können, ist bei der evo ein Risikomanagementsystem gemäß dem Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) implementiert. Alle erfassten Risiken werden durch Risikopaten hinsichtlich ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit (unmöglich bis akut) und Schadenshöhe (unbedeutend bis existenzvernichtend) eingestuft. Die Risiken werden dabei nicht nur auf die mit den Risiken verbundenen Kosten, Erlöseinbußen, Margenverluste oder Betriebsunterbrechungen untersucht, es wird auch der Einfluss auf Ressourcen, wie z. B. Personenschäden oder Imageverlust analysiert.

Risiko- und Chancenbericht der evo

Risikomanagementsystem einschließlich Corona-Pandemie

In der letzten Risikoinventur auf Ebene der gesamten Unternehmensgruppe wurden zum 31. Dezember 2021 insgesamt 43 Risiken erfasst. Die Risiken wurden im Wesentlichen (39 Risiken) den niedrigen Risikoklassen zugeordnet. Lediglich vier Risiken beinhalten ein mittleres Risiko. Dazu gehören der Ausfall des Stromnetzes und Haftung nach NAV, der Ausfall der Fernwärmeerzeugung, unbeabsichtigter Datenabfluss sowie der Margenverlust im Privatkundengeschäft. Das höchste Risiko, der Ausfall des Stromnetzes und Haftung nach NAV, liegt bei einem Schadenserwartungswert von 19.500 T€.

Den operativen Risiken und Auswirkungen der Corona-Pandemie wird wie folgt begegnet. Zu den Aufgaben der evo gehört es, die Versorgungssicherheit in Oberhausen unter allen Umständen sicherzustellen. Daher praktizieren wir bereits seit 2011 ein Krisenmanagement, das durch regelmäßige Krisenübungen professionalisiert und kontinuierlich an die neuesten Erkenntnisse angepasst wird. Ein Unterweisungstool stellt sicher, dass alle Personen des Krisenstabes mit den Aufgaben der ihnen zugewiesenen Rolle vertraut sind. Außerdem gibt es bei der evo einen Pandemieplan sowie eine Betriebsvereinbarung „Pandemie“. Diese Instrumente waren wichtige Voraussetzungen, mit der die evo in der aktuellen Corona-Krise die Lage schnell analysieren, die betriebliche Krisen-Situation einschätzen und frühzeitig wesentliche Maßnahmen (z.B. frühzeitige Ermöglichung der mobilen Arbeit, dezentrale Steuerung der Netzleitwarte) veranlassen konnte.

Konkret tagt seit Februar 2020 mindestens 1x wöchentlich ein „Pandemiestab“. Hieran nehmen unter Leitung des technischen Vorstandes, alle Sicherheitsfachkräfte, die Unternehmenskommunikation, Vertreter der Personalabteilung und der

Betriebsrat teil, um die erforderlichen betrieblichen Maßnahmen in der Krisensituation zu initiieren und wirkungsvoll umsetzen zu können. Eine weitere wichtige Voraussetzung für das weitgehend reibungsfreie Arbeiten in der Krise ist eine verlässliche Kommunikation. Durch die Einbindung der Unternehmenskommunikation (intern, extern, Social Media) können wir zu jeder Zeit sicherstellen, dass alle Informationen (z. B. über das Intranet) bei den Beschäftigten (u. U. auch täglich) ankommen. Kundenanliegen werden zudem über die etablierten Kommunikationskanäle proaktiv behandelt. Der Krisenstab der evo steht in engem Austausch mit dem Krisenstab der Stadt Oberhausen.

Die finanziellen Risiken der evo in Folge der Corona Pandemie resultieren im Wesentlichen aus einem sinkenden Absatz im Stromvertrieb sowie damit einhergehenden Verlusten aus dem Rückverkauf bereits erworbener Terminkontrakte an der Energiebörse (EEX). Weiterhin sind in Folge der angespannten wirtschaftlichen Situation höhere Forderungsausfälle bei Privat- und Gewerbekunden zu befürchten. Zudem konnte das neue Geschäftsfeld E-Roller-Sharing nicht wie angestrebt entwickelt werden.

Im Rahmen der halbjährlich durchgeführten Risikoinventuren wurden für den Berichtszeitraum vier neue Risiken identifiziert, es wurden keine Risiken abgemeldet.

Absatzmarktrisiken

Das wesentliche Risiko bilden die vermehrten Wechselprozesse in den Geschäftsfeldern Strom- und Erdgasvertrieb. Hier ist für die Zukunft mit einer steigenden, zumindest aber mit einer gleichbleibend hohen Wechselbereitschaft der Kunden zu rechnen, getrieben u.a. durch von Kundenwechseln profitierenden neuen Marktteilnehmern in Form von Vergleichs- und Wechselportalen. Hinzu kommen Unsicherheiten hinsichtlich der zukünftigen Preisgestaltung insbesondere im Bereich des Stromvertriebs, die angesichts zunehmender gesetzlicher Eingriffe und Regulierungen nicht mehr allein unternehmerisch zu beeinflussen ist.

Einfluss auf die zukünftige Form des Wettbewerbs haben auch die neuen gesetzlichen Rahmenbedingungen, insbesondere das Gesetz für faire Verbraucherverträge. Auf der einen Seite kann die etablierte Energiewirtschaft darauf hoffen, dass die unfairen und irreführenden Marktpraktiken, die in der Vergangenheit durch neue Marktteilnehmer im Markt eingeführt wurden, erschwert werden, auf der anderen Seite wird die Marktmacht zu Gunsten der Verbraucher verschoben. Somit ist ein fairerer, aber auch ein intensiverer Wettbewerb in den Energiemärkten zu erwarten.

Beschaffungsmarktrisiken

Bei der Energiebeschaffung verfolgt die evo eine risikoaverse Strategie. Die evo betreibt selbst keinen Energiehandel, sondern beschafft die Erdgas- und Strommengen für ihren geplanten Absatz über die Beteiligungsgesellschaft Quantum. Zur Vermeidung des Preisrisikos erfolgt die Beschaffung von Mengen für Großkunden „back to back“, d. h. die Menge wird erst bei Vertragsabschluss beschafft und unterliegt so nur einem geringen Preisrisiko. Für den größeren Teil der evo-Kunden, die über Standardlastprofile beliefert werden, erfolgt eine große Streuung über die Produktart (Standardprodukte und Fahrpläne) und den Zeitpunkt der zu beschaffenden Energien. Aufgrund des großen Anteils von Haushaltskunden und kleineren Sondervertragskunden am Gesamtabsatz ergeben sich nur geringe Mengenrisiken. Operative Risiken werden durch Prozesse und interne Kontrollmechanismen bei der Quantum minimiert.

Im letzten Quartal des Jahres 2021 sind die Preise auf den Energiebeschaffungsmärkten ungewöhnlich stark gestiegen. Die oben beschriebene Beschaffungsstrategie konnte verhindern, dass die Preise für die Bestandskunden kurzfristig entsprechend schnell erhöht werden mussten. Die Effekte wurden abgemildert. Wenn das aktuell hohe Preisniveau noch längerfristig bestehen bleibt, müssen diese Kosten jedoch an die Endverbraucher weitergegeben werden.

Die Beschaffung von Kraftwerksgas folgt aus technischen Gründen einer anderen, kurzfristigeren Einkaufsstrategie. Die hohen Preise auf den Beschaffungsmärkten werden die Kosten der Energiebereitstellung somit schon zeitnah steigen lassen, während die Index-gebundenen Endverbraucherpreise erst mit Verzögerung entsprechend erhöht werden können.

Betriebsrisiken

Grundsätzlich schützt sich die evo gegen Risiken, die im unmittelbaren Zusammenhang mit der unternehmerischen Tätigkeit stehen, durch adäquate Versicherungen. Haftungsrisiken werden durch eine entsprechende Betriebshaftpflichtversicherung abgedeckt.

Zu den Betriebsrisiken der evo gehören auch Risiken steigender Cyberkriminalität, die aufgrund der immer weiter voranschreitenden Digitalisierung entstehen. Hierzu gehören die Risiken, die sowohl die Verfügbarkeit der entsprechenden IT-Systeme, der damit zu verarbeitenden Daten und somit die Grundlage einer modernen, effektiven Prozessabwicklung bei evo, als auch die Verletzung der Vertraulichkeit und der Integrität von Informationen betreffen. Immer weiter in den Fokus rücken hier vor allem der unbeabsichtigte Datenabfluss - vor allem auch über mobile Kommunikationsgeräte und cloudbasierte Dienste, sowie die Nichtverfügbarkeit von Teilen der IT-Infrastruktur und -Services. Die evo begegnet diesen Risiken mit geeigneten Maßnahmen, die im Rahmen eines Informationssicherheits-Managementsystems (ISMS) identifiziert und in einem IT-Risikomanagement bewertet und behandelt werden. Hierzu gehören organisatorische und technische Maßnahmen, wie z.B. Zugangsregelungen, regelmäßige Updates, Datensicherungen, E-Mail- und Internet-Absicherung, die Analyse von Schwachstellen und deren Behebung, wenn solche aufgedeckt werden. Weiterhin erfolgt permanent eine Sensibilisierung der Mitarbeiter. Ein erhöhtes Risiko durch Cyberkriminalität ist bei der evo aufgrund des Betriebes kritischer Infrastrukturen für Oberhausen grundsätzlich zu sehen. Die evo und der Versicherungsmakler VMD Prinas haben

im Januar einen vierstündigen Risikodialog zu allen Themen rund um cyberrisk absolviert. Der noch ausstehende Risikobericht wird Grundlage der weiteren Bewertung, ob und in welchem Umfang eine Cyberrisikodeckung für evo in Frage kommt.

Finanzrisiken

Auf Basis einer rollierenden kurz- bis langfristigen Finanzplanung erfolgt die Liquiditätssteuerung innerhalb von genehmigten Banken-Kreditlinien. Durch das Kerngeschäft und die Vielzahl der Kunden ergeben sich neben den im Abschluss bereits berücksichtigten Einzel- und Pauschalwertberichtigungen, keine weiteren bedeutsamen Preis- und Adressausfallrisiken. Zahlungsstromschwankungen sind aufgrund bekannter Abrechnungszyklen und anhand von Gradtagzahlen weitestgehend planbar. Zur strategischen Ausrichtung hat die evo Finanzmittel in Wertpapieren (Spezialfonds) angelegt. Diese unterliegen marktbedingten Preisrisiken, die auch zu Kursverlusten und somit zu Schaden führen könnten. Das Investment wird als bewusst eingegangene unternehmerische Tätigkeit verstanden, wobei die große Diversifikation in eine Vielzahl von Rentenpapieren und Aktien zur Risikoverminderung beiträgt; unter Berücksichtigung der vereinbarten Anlagestrategie ist von einem maximal leichten Schaden auszugehen.

Gesamtrisiko

Die beiden halbjährlichen Risikoinventuren haben keine Risiken mit wesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage und keine bestandsgefährdenden Risiken aufgezeigt. Auch für die Zukunft sind keine derartigen Risiken erkennbar.

Chancenbericht

Im Zusammenhang mit der anhaltenden Corona-Pandemie ergeben sich für die evo trotz der beschriebenen Risiken und Herausforderungen unter anderem Chancen im Rahmen der Digitalisierung. Es werden vermehrt digitale Lösungen eingesetzt und geprüft, um mobil von zuhause und unterwegs zu arbeiten, Konferenzen werden per Video abgehalten und es wird zunehmend per Chat kommuniziert. Hieraus resultiert die Möglichkeit, sich dauerhaft weiterzuentwickeln und ein digitales Arbeitsumfeld zu schaffen, dass den Mitarbeitern, Kunden und weiteren Beteiligten flexiblere Möglichkeiten der Arbeit und Kommunikation bietet. Zudem wäre es denkbar auf lange Sicht Büroflächen zu optimieren, wenn sich eine Lösung für die mobile Arbeit dauerhaft als praktikabel erweist.

Für die Herausforderungen des Wettbewerbs auf den Comodity-Märkten sieht sich der evo-Vertrieb gut gerüstet, insbesondere im Hinblick auf die überarbeiteten Produkte für Geschäfts- und Gewerbekunden. Aber auch die Fernwärme ist nach wie vor beliebt und wird im Rahmen der Energiewende eine bedeutende Rolle spielen können. Zudem tun sich neue Geschäftspotentiale auf. Die Thematik E-Mobilität rückt immer mehr in den Fokus der Bevölkerung. Damit einhergehend bietet sich für die evo die Chance, den Kunden passgenaue Produkte anzubieten sowie höheren Stromabsatz zu generieren. Zudem arbeitet die evo laufend daran, neue Produkte und Geschäftsfelder z.B. im Bereich dezentrale Erzeugung oder Energiedienstleistungen zu etablieren und damit nah an den Kundenwünschen zu agieren und vorhandene Potenziale weiter auszubauen.

Die für 2045 durch den Gesetzgeber beschlossene Klimaneutralität wird unweigerlich die fortschreitende Dekarbonisierung beschleunigen und die Konnektivität der Energienetzte vorantreiben. Der Stromverbrauch und damit die Netzlast wird zunehmen und der evo vertriebliche Opportunitäten bieten. Durch die jüngsten Energiepreisverwerfungen und Insolvenzen von Mitbewerbern wurden Kunden der evo in den Bereich der Grundversorgung zugeordnet. Es besteht die Chance, diese Kunden längerfristig durch den evo-Vertrieb zu beliefern und die Reputation der evo als verlässlicher Vertragspartner zu stärken.

Risiko- und Chancenbericht der OB-Netz

Risikobericht

Das bestehende Informationssicherheitsmanagementsystem (ISMS) für den Geltungsbereich Netzleittechnik wurde im März 2021 rezertifiziert. Weiterhin werden geeignete Steuerungsmaßnahmen ergriffen, um Netzausfälle zu vermeiden.

In der letzten Risikoinventur wurden zwölf Risiken erfasst. Die Risiken wurden bewertet und mit einer Ausnahme den niedrigen Risikoklasse zugeordnet. Das Risiko Ausfall der Stromnetze ist von rechtlich/technischer Art. Bei einem Ausfall bzw. Störfall könnte es unter bestimmten Umständen zu Schadensersatzansprüchen von einigen wenigen Kunden in unbegrenzter Höhe kommen. Die Eintrittswahrscheinlichkeit wird jedoch als gering erachtet, sodass es insgesamt zu einer mittleren Risikoeinstufung kommt. Im Rahmen des Asset-Managements wurden Maßnahmen zur Schadensminimierung und Reduzierung der Eintrittswahrscheinlichkeit definiert und laufend durchgeführt.

Die Risiken bei der Netzgesellschaft resultieren im Wesentlichen aus Forderungsausfällen. Weiterhin besteht bei andauernder Pandemie die Gefahr, dass es zu Verzögerungen hinsichtlich der Netzinstandhaltung und -investitionen kommen kann. Im Rahmen der halbjährlich durchgeführten Risikoinventuren wurde für den Berichtszeitraum zwei neue Risiken erfasst und kein Risiko abgemeldet. Aus den Vorjahren bleiben folgende Risiken weiterbestehen:

Änderungen der regulatorischen Rahmenbedingungen, Ausfall Gasnetz und Haftung nach NDAV, Ausfall Stromnetz und Haftung nach NDAV, Beschaffung von Verlustenergie , BNetzA Festlegung zur Erstellung und Prüfung von Tätigkeitsab-

schlüssen in viEVUs (zu § 6b EnWG), Diebstahl von Kupferkabeln, Einführung Smart Meter Technologie, Forderungsausfälle durch Insolvenzen von Strom- oder Gashändlern, Leckageortung Fernwärme, Grundsätzliche Änderung des Regulierungsrahmens aufgrund EuGH-Urteil C-718/18, Schaden an verschiedenen Anlagen des Netzes. Der OB-Netz sind zurzeit keine erhöhten Umweltrisiken bekannt.

Neu aufgenommen wurden folgende Risiken: Bei der Beschaffung von Verlustenergie kommt ein Risiko dadurch zu Stande, dass zwischen den in der Ermittlung der Erlösobergrenze angenommenen Gaspreisen und den Preisen im tatsächlichen Beschaffungszeitraum Differenzen entstehen können. Das zweite neu aufgenommene Risiko ist die grundsätzliche Änderung des Regulierungsrahmens aufgrund EuGH Urteil C-718/18. Der EuGH hat am 02.09.2021 ein vielbeachtetes Urteil (C-718/18) zum Vertragsverletzungsverfahren der EU-Kommission gegen die Bundesrepublik Deutschland verkündet. Gegenstand des Verfahrens war die nicht ordnungsgemäße Umsetzung der Elektrizitäts- und Erdgasbinnenmarkt-Richtlinie 2009/72/EG u. a. durch eine unzureichende Unabhängigkeit der BNetzA und ein zu geringer Entscheidungsspielraum der Regulierungsbehörden in Deutschland. Die deutsche Gesetzgebung im Energiesektor muss in der Folge mittelfristig grundlegend neu strukturiert werden. Kurzfristig besteht aber Bestandsschutz, so dass davon auszugehen ist, dass die Verfahren zur Ermittlung der Erlösobergrenzen für die vierte Regulierungsperiode nach bisherigem Recht erfolgen wird. Abschließend bleibt festzustellen: Die beiden halbjährlichen Risikoinventuren haben keine Risiken mit wesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage und keine bestandsgefährdenden Risiken aufgezeigt. Auch für die Zukunft sind keine derartigen Risiken erkennbar.

Chancenbericht

Neben den beschriebenen Risiken bestehen auch Chancen für das Geschäft. Diese können sich grundsätzlich sich aus regulatorischen Änderungen ergeben. Ferner ist durch den Wechsel von Öl- auf Gasheizungen sowie Fernwärmeanschlüsse mit einer Steigerung von Netzanschlüssen zu rechnen. Dies trägt zu einer Stabilisierung der Netzlast bei. Die für 2045 durch den Gesetzgeber beschlossene Klimaneutralität wird unweigerlich die fortschreitende Dekarbonisierung beschleunigen und die Konnektivität der Energienetzte vorantreiben. Der Stromverbrauch und damit die Netzlast für die OB Netz wird dadurch zunehmen.

Die Netzgesellschaft beteiligt sich mit wesentlichen Teilprojekten am Projekt Change[22] des evo-Konzerns. Hierdurch werden grundsätzliche Strukturveränderungen geprüft und umgesetzt, mit dem Ziel einer deutlichen Effizienzsteigerung und gleichzeitiger Erhöhung der Kundenzufriedenheit.

Risikobericht der BSO

In der letzten Risikoinventur auf Ebene der gesamten Unternehmensgruppe wurden zum 31. Dezember 2021 43 Risiken erfasst. Die Risiken wurden im Wesentlichen (39 Risiken) den niedrigen Risikoklassen zugeordnet. Lediglich vier Risiken beinhalten ein mittleres Risiko. Auf Ebene der BSO KG sind davon ausschließlich Risiken der niedrigen Risikoklassen relevant.

In den beiden halbjährlichen Risikoinventuren wurden keine bestandsgefährdenden Risiken für die BSO KG erkennbar. Auch für die Zukunft sind keine derartigen Risiken abzusehen.

Risikobericht in Bezug auf die möglichen Auswirkungen des Russland-Ukraine-Krieges im FSO Konzern

Der Einmarsch der russischen Streitkräfte in die souveräne Ukraine am 24.02.2022 stellt ein einschneidendes Ereignis dar, das auch in der globalen Wirtschaft und damit in der Rech-nungslegung der FSO Konzern-Unternehmen Spuren hinterlassen wird. An den Güter- und Finanzmärkten waren die Reaktionen sofort spürbar, die demokratischen Staaten haben in großer Geschlossenheit scharfe Sanktionen gegen Russland verhängt. Deren Konsequenzen für Russland, aber auch für die verhängenden Staaten, zeigen sich bereits unmittelbar, werden aber auch langfristig erhebliche Konsequenzen für die Weltwirtschaft haben. Aussagen zur zeitlichen Erstreckung der Krise, die sich durch weitere Aktionen Russlands auch verschärfen kann, sind gegenwärtig kaum möglich.

Die evo und die weiteren Konzern-Gesellschaften verfolgen die mannigfachen Konsequenzen aufmerksam und analysieren kontinuierlich die möglichen Auswirkungen auf die Geschäftsentwicklung. Die Situation ist jedoch sehr dynamisch und kann sich jederzeit kurzfristig ändern. Folgende Feststellungen können zum Aufstellungszeitpunkt dieses Lageberichtes getätigt werden:

- Die Konzern-Unternehmen stehen in keiner Geschäftsbeziehung mit Russland.
- Nach der spekulativen Energiekrise bis Ende Dezember 2021 hat der Krieg zu einem erheblichen Anstieg der Börsenpreise für Energie und Rohstoffe geführt.
- Wenn die aktuellen Preise auf diesem Niveau verbleiben, sind erhebliche Kostensteigerungen in der Energiebereitstellung auch bereits für 2022 zu erwarten.
- Durch die rollierende und strukturierte Energiebeschaffung von Strom und Gas über die Quantum hat die evo für den Kunden-Energievertrieb für 2022 bereits zu mehr als 90 % beschafft, für das Jahr 2023 jedoch nur in einem geringeren Umfang.
- Die von der evo betriebenen KWK-Kraftwerke dienen primär der Wärmeerzeugung und werden – wie auch im gesamten Gasvertrieb an unsere Kunden – durch sogenanntes L-Gas betrieben, das vorwiegend aus den Niederlanden kommt. Die Kraftwerke erzeugen zudem Strom, der an der Strombörse EEX vermarktet wird. Diese Vermarktung ist ein verbindliches Leistungsversprechen, aus dem weitere Risiken resultieren können – z. B. durch zeitliche Unterschiede zwischen dem Stromverkauf und dem für die Erzeugung notwendigen Gaseinkauf.

- Die evo geht aktuell davon, dass eine spürbare Preisanpassung sämtlicher Vertriebstarife im Energiegeschäft erforderlich ist, um die ökonomischen Belastungen zumindest teilweise aufzufangen.
- Weitere interne Einsparungen und bilanzielle Maßnahmen zur Ergebnissicherung werden zudem kritisch geprüft.
- Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) hat am 30.03.2022 die sogenannte Frühwarnstufe des Notfallplans Gas in Deutschland ausgerufen und das Krisenteam Gas einberufen, um auf mögliche Lieferein-schränkungen oder -ausfälle der Gasversorgung vorbereitet zu sein. Die Ausrufung der Frühwarnstufe dient der Vorsorge. Die Versorgungssicherheit ist weiter gewährleistet. In der ersten Stufe tritt ein Krisenteam beim BMWK zusammen, das aus Behörden und den Energieversorgern besteht. Die Gasversorger und die Betreiber der Gasleitungen werden etwa verpflichtet, regelmäßig die Lage für die Bundesregierung einzuschätzen. Noch greift der Staat aber nicht ein. Vielmehr ergreifen Gashändler und -lieferanten, Fernleitungs- und Verteilernetzbetreiber marktbasierte Maßnahmen, um die Gasversorgung aufrechtzuerhalten. Dazu gehören beispielsweise die Nutzung von Flexibilitäten auf der Beschaffungsseite, der Rückgriff auf Gasspeicher, die Optimierung von Lastflüssen oder die Anforderung externer Regelenergie.

Prognosebericht der evo (vor Russland-Ukraine-Krieg)

Der Aufsichtsrat der evo hat am 18.11.2021 dem Budget sowie der Finanzplanung 2022 zugestimmt. Aus diesem Grund sind die möglichen Auswirkungen des Russland-Ukraine-Krieges auf die Vermögens-, Finanz und Ertragslage der evo in der Planung noch nicht berücksichtigt. Hierzu erfolgt eine gesonderte Darstellung im Anschluss an die einzelnen Prognoseberichte der Konzernunternehmen. Die Planung 2022 geht von Umsatzerlösen in Höhe von 192,6 Mio. € und Materialaufwendungen von 133,8 Mio. € aus.

Weiterhin besteht ein steigender Erlös- und Kostendruck. Die evo rechnet bei der Prognose der Umsatzerlöse und Beschaffungsaufwendungen im Bereich Strom und Gas mit einem Rückgang des Marktanteils im Stammgebiet Oberhausen. Insbesondere im SLP-Kundensegment (Standardlastprofilkunden; Privat- und Kleingewerbekunden) wird - in Fortschreibung der Erfahrungen der Vorjahre - eine hohe Wechselbereitschaft unterstellt. Im wettbewerbsintensiven RLM-Kundensegment (Kunden mit registrierender Lastgangmessung; größere Geschäfts- und Industriekunden) wird von einem konstanten Niveau an Vertragsabschlüssen ausgegangen. Es wird durch den Ausbau des Vertriebs außerhalb des Netzgebietes Oberhausen eine moderate positive Auswirkung auf die Umsatzentwicklung erwartet.

Neben den Geschäftsfeldern Strom, Erdgas und Fernwärme plant die evo, die Angebote im Geschäftsfeld Energiedienstleistungen weiter auszubauen. Besondere Bedeutung kommt zunehmend dem Themenfeld Elektromobilität zu. Hier bestehen Wachstumspotentiale, die langfristig zum Ergebnis beitragen sollen. Darüber hinaus unternimmt die evo Anstrengungen, Prozesse und Abläufe zu prüfen sowie zu optimieren, um damit die Kostenstruktur dauerhaft zu verschlanken und die seitens der Anteilseigner fortgeschriebene Gewinnerwartung gesichert erfüllen zu können. Hierzu sieht die Planung für das Geschäftsjahr 2022 sonstige betriebliche Aufwendungen von 13,7 Mio. € sowie Personalaufwendungen von 24,1 Mio. € vor.

Zusammenfassend strebt die Planung für das Geschäftsjahr 2022 einen Jahresüberschuss vor Gewinnabführung an die FSO KG in Höhe von 11,0 Mio. € an.

Prognosebericht der OB-Netz (vor Russland-Ukraine-Krieg)

Die grundsätzliche Lage der Energiewirtschaft und hier insbesondere jene der Verteilnetzbetreiber hat sich im Vergleich zu den Vorjahren kaum verändert und bleibt weiterhin volatil. Dies stellt alle Verteilnetzbetreiber vor große wirtschaftliche Herausforderungen.

Die Gesellschafterversammlung der OB-Netz hat am 18.11.2021 dem Budget sowie der Finanzplanung 2022 zugestimmt. Aus diesem Grund sind die möglichen Auswirkungen des Russland-Ukraine-Krieges auf die Vermögens-, Finanz und Ertragslage der OB-Netz in der Planung noch nicht berücksichtigt. Hierzu erfolgt eine gesonderte Darstellung im Anschluss an die einzelnen Prognoseberichte der Konzernunternehmen. Auch in 2022 werden die Umsatzerlöse hauptsächlich bestimmt durch die genehmigten Erlösobergrenzen in den regulierten Sparten Strom und Gas. Es werden Umsätze in Höhe von ca. T€ 84.700 sowie eine Netzlast auf dem Niveau des Vorjahres erwartet. Unter Berücksichtigung von Personal- und sonstigen Kostensteigerungen wird für 2022 bei erwarteten Materialaufwendungen von 39,9 Mio. €, Personalaufwendungen von 15,9 Mio. € und sonstigen betrieblichen Aufwendungen von 27,9 Mio. € ein Jahresüberschuss vor Gewinnabführung an die evo in Höhe von T€ 100 angenommen.

Einen wesentlichen Einfluss auf die Kosten- und damit in der Folge auch Erlösposition kommt den kalkulatorischen Kostenbestandteilen zu. Dabei stellt die Eigenkapitalverzinsung als regulatorisch zugestandener Gewinn eine wichtige Position dar.

Das Ergebnis der Netzgesellschaft ist im Kontext des Gesamtkonzerns zu betrachten. Die Netzgesellschaft arbeitet zusammen mit der evo an Lösungen und Methoden, um auch weiterhin eine hohe Wirtschaftlichkeit zu gewährleisten. Das in Umsetzung befindliche Reorganisationsprojekt Change[22] soll hierzu einen bedeutsamen Beitrag leisten.

Prognosebericht der BSO

Wie im Vorjahr (7.800 Stunden) werden für 2022 weiterhin realistische Volllastbenutzungsstunden von 7.800 angestrebt. Die Verfügbarkeit der Anlage soll in 2022 weiter stabil gehalten werden. Geplanten Einnahmen aus Strom- und Wärmevergütung von T€ 5.513 stehen geplante Brennstoffkosten von T€ 3.415 gegenüber.

Unter diesen Rahmenbedingungen sieht die Wirtschaftsplanung 2022 für das folgende Geschäftsjahr ein Ergebnis vor Zinsen, Abschreibungen und Steuern von rd. 1,6 Mio. € vor. Der Jahresüberschuss 2022 wird auf T€ 540 prognostiziert.

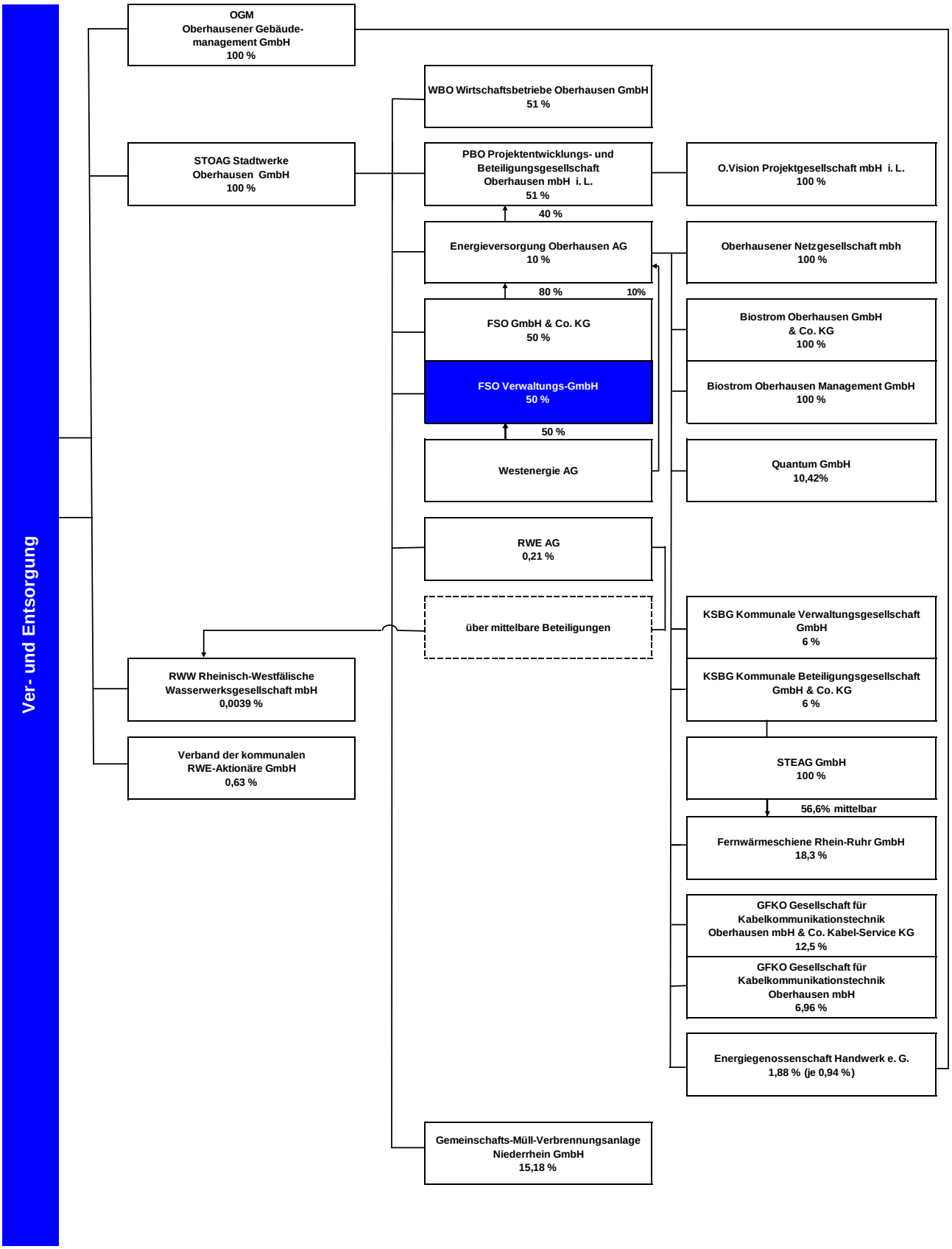
Prognosebericht inklusive Implikationen durch den Russland-Ukraine-Krieg

Der Einmarsch der russischen Streitkräfte in die Ukraine am 24.02.2022 wird sich auf die globale Wirtschaft und damit auch in der Rechnungslegung der FSO Konzern-Unternehmen auswirken. Konkrete Aussagen zu den Auswirkungen auf die Prognose der Konzerngesellschaften sind gegenwärtig kaum möglich. Trotz der im Risikobericht genannten Maßnahmen kann aktuell nicht ausgeschlossen werden, dass die budgetierte Gewinnabführung für 2022 von 11,0 Mio. € an die FSO in Teilen gefährdet ist.

Oberhausen, 13. April 2022

FSO GmbH & Co. KG
vertreten durch die Geschäftsführung
der FSO Verwaltungs-GmbH

Hartmut Gieske / Christian Basler


Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100 %
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH
51 %
STOAG Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesellschaft
Oberhausen mbH i. L.
51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH i. L.
100 %
40 %
Energieversorgung Oberhausen AG
10 %
Oberhausener Netzgesellschaft mbh
100 %
80 %
10%
FSO GmbH & Co. KG
50 %
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100 %
FSO Verwaltungs-GmbH
50 %
Biostrom Oberhausen Management GmbH
100 %
50 %
Westenergie AG
Quantum GmbH
10,42%
RWE AG
0,21 %
über mittelbare Beteiligungen
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft
GmbH
6 %
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co. KG
6 %
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
Verband der kommunalen
RWE-Aktionäre GmbH
0,63 %
STEAG GmbH
100 %
56,6% mittelbar
Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH
18,3 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG
12,5 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH
6,96 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G.
1,88 % (je 0,94 %)
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,18 %

FSO Verwaltungs-GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Danziger Str. 31
46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/835-0
Fax	0208/835-2697
e-Mail	service@evo-energie.de
Rechtsform:	GmbH
Stammkapital in T€:	30,00

Gesellschafter:

	T€	%
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	15,00	50,00
Westenergie AG	15,00	50,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung als persönlich haftende, geschäftsführende Gesellschafterin an der FSO GmbH & Co. KG.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2021)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Basler, Christian
	Geschäftsführer	Gieske, Hartmut
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Bevollmächtigte/r der STOAG
Prokura:	Prokuristin	Slomma, Claudia
	Prokurist	Seifert, Eckhard

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2019		2020		2021		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Umlaufvermögen	37,16	100,0	36,82	100,0	37,23	100,0	0,41	1,11
Bilanzsumme	**37,16**	**100,00**	**36,82**	**100,00**	**37,23**	**100,00**	**0,41**	**1,11**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	34,37	92,5	34,28	93,1	34,33	92,2	0,05	0,15
Rückstellungen	2,46	6,6	2,54	6,9	2,61	7,0	0,07	2,76
Verbindlichkeiten	0,33	0,9			0,30	0,8	0,30	
Bilanzsumme	**37,16**	**100,00**	**36,82**	**100,00**	**37,23**	**100,00**	**0,41**	**1,11**

bb) GuV

	2019	2020	2021
	T€	**T€**	**T€**
sonstige betriebliche Erträge	5,36	5,33	5,64
sonstige betriebliche Aufwendungen	5,13	5,43	5,59
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	0,00	0,00
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0,23	-0,09	0,05
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,04	0,00	0,01
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	0,19	-0,09	0,04
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,19	-0,09	0,04

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2021	Angaben in
Umsatzrentabilität:				%
Eigenkapitalrentabilität:	0,56	-0,27	0,13	%
Cash-Flow:	0,19	-0,09	0,04	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%

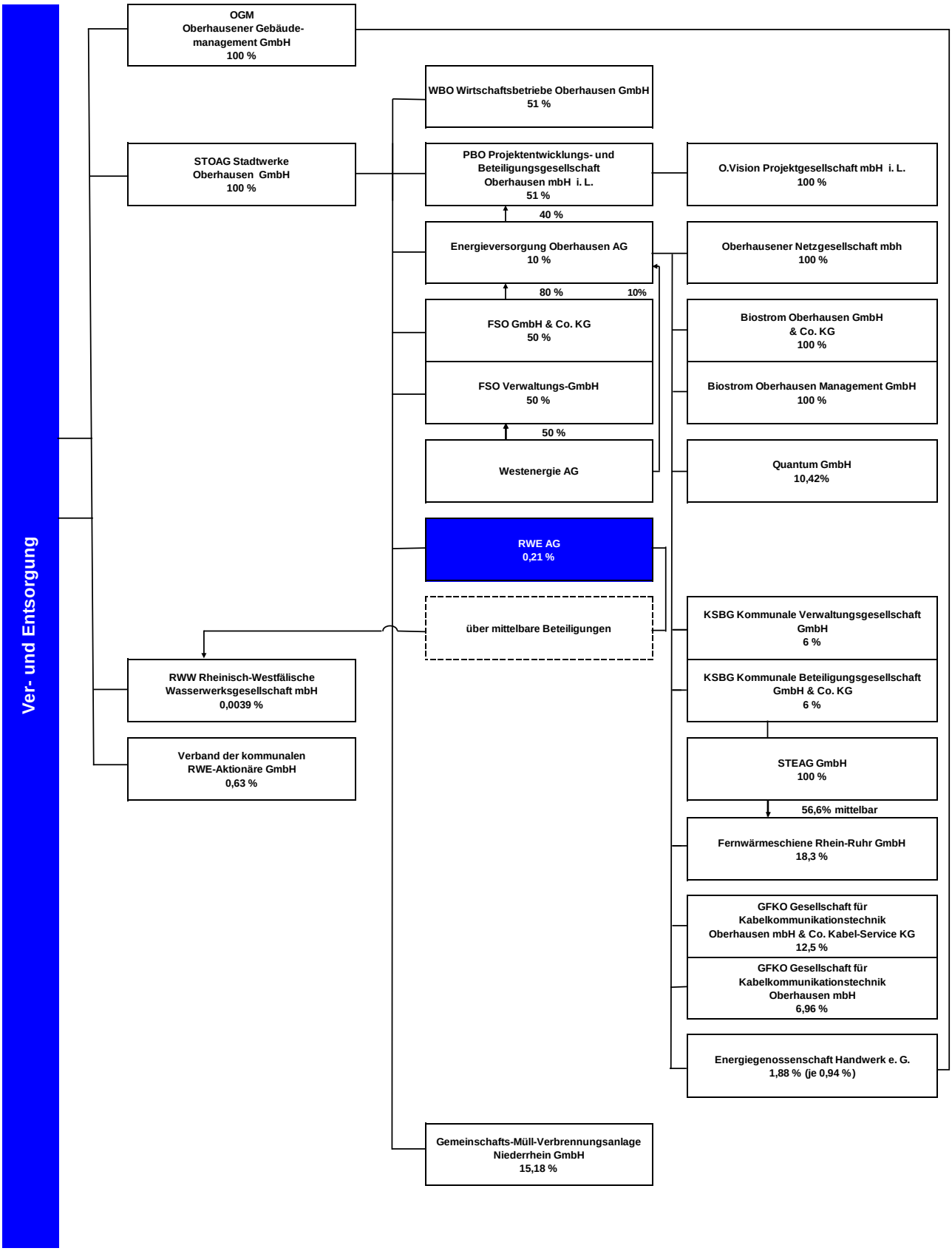
dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2021	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	92,50	93,10	92,20	%
Fremdkapitalquote:	7,50	6,90	7,80	%

e) Lagebericht

Ein Lagebericht wird nicht erstellt

.


Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100 %
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH
51 %
STOAG Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesellschaft
Oberhausen mbH i. L.
51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH i. L.
100 %
40 %
Energieversorgung Oberhausen AG
10 %
Oberhausener Netzgesellschaft mbh
100 %
80 %
10%
FSO GmbH & Co. KG
50 %
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100 %
FSO Verwaltungs-GmbH
50 %
Biostrom Oberhausen Management GmbH
100 %
50 %
Westenergie AG
Quantum GmbH
10,42%
RWE AG
0,21 %
über mittelbare Beteiligungen
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft
GmbH
6 %
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co. KG
6 %
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
Verband der kommunalen
RWE-Aktionäre GmbH
0,63 %
STEAG GmbH
100 %
56,6% mittelbar
Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH
18,3 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG
12,5 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH
6,96 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G.
1,88 % (je 0,94 %)
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,18 %

RWE Aktiengesellschaft

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Altenessener Straße 35
45141 Essen

Kontakt:

Telefon	0201/ 1200
Fax	0201/ 1215199
e-Mail	-
Internet	www.rwe.de/
Rechtsform:	AG
Stammkapital in T€:	1.573.748,48

Gesellschafter:	**T€**	**%**
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	3.012,68	0,19

Gegenstand des Unternehmens:

Die Gesellschaft leitet eine Gruppe von Unternehmen, die insbesondere auf folgenden Geschäftsfeldern tätig sind:
a) Erzeugung und Beschaffung von Energie, einschließlich erneuerbarer Energien,
b) Gewinnung, Beschaffung und Verarbeitung von Bodenschätzen und anderen Rohstoffen,
c) Versorgung und Handel mit Energie,
d) Errichtung, Betrieb und Nutzung von Transportsystemen für Energie,
e) Versorgung mit Wasser und Behandlung von Abwasser,
f) Erbringung von Dienstleistungen auf den vorgenannten Gebieten, einschließlich Energieeffizienzdienstleistungen.

Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Geschäfte vorzunehmen, die mit dem Gegenstand des Unternehmens zusammenhängen oder ihm unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind. Sie kann auf den in Absatz 1 bezeichneten Geschäftsfeldern auch selbst tätig werden.

Die Gesellschaft kann auch andere Unternehmen gründen, erwerben und sich an ihnen beteiligen, insbesondere an solchen, deren Unternehmensgegenstände sich ganz oder teilweise auf die vorgenannten Geschäftsfelder erstrecken. Sie kann Unternehmen, an denen sie beteiligt ist, unter ihrer einheitlichen Leitung zusammenfassen oder sich auf die Verwaltung der Beteiligung beschränken. Sie kann ihren Betrieb ganz oder teilweise in verbundene Unternehmen ausgliedern oder verbundenen Unternehmen überlassen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

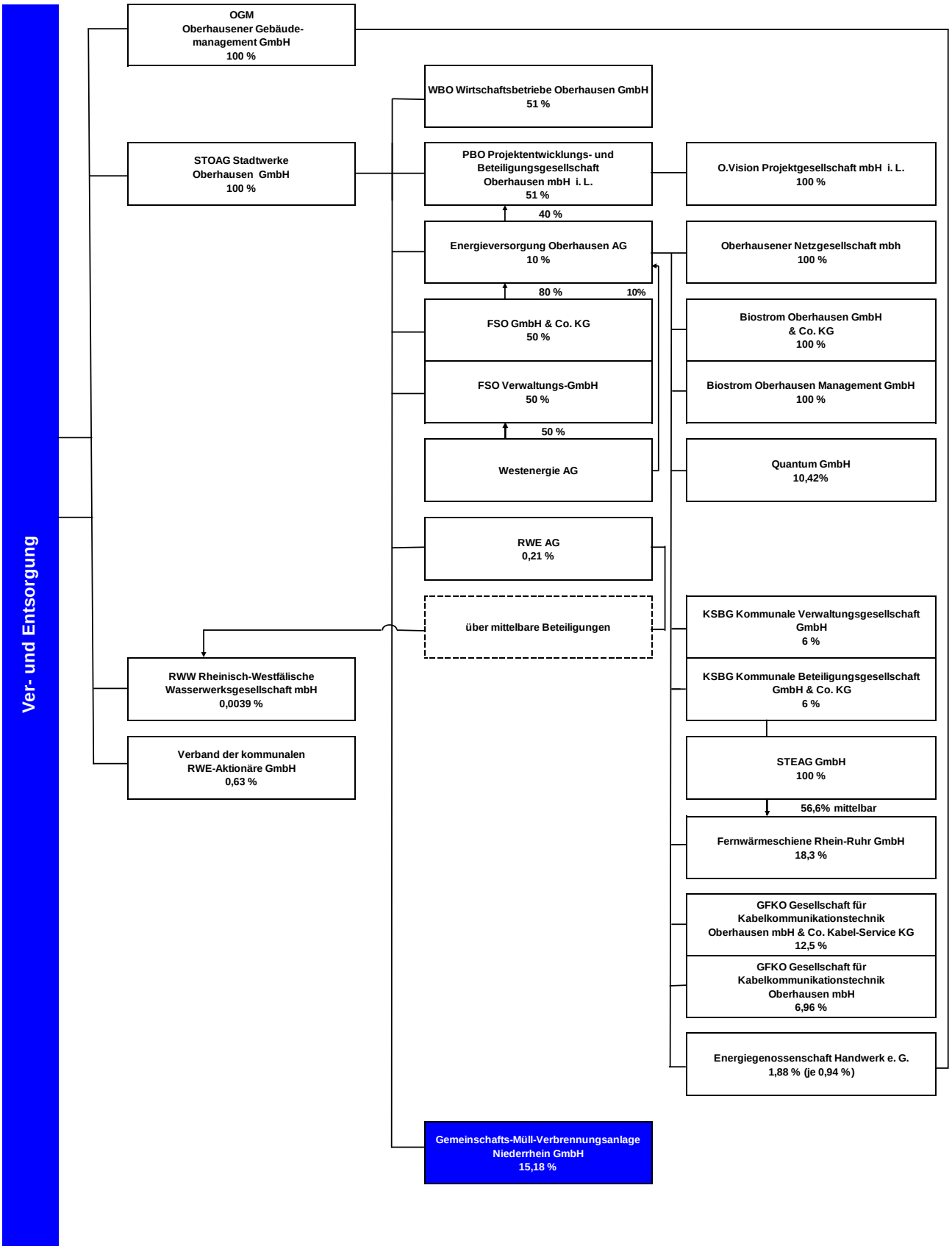
Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2021)

Vorstand:	Vorsitzender	Dr. Krebber, Markus
Hauptversammlung:		Bevollmächtigte/r der STOAG

e) Lagebericht

Auf die Darstellung der wirtschaftlichen Daten wird auf Grund der untergeordneten wirtschaftlichen Bedeutungen dieser Beteiligung für die Stadt Oberhausen verzichtet. Der Lagebericht der RWE AG wird auf Grund seines Umfangs nicht abgedruckt. Der Bericht ist im Internet unter www.rwe.com unter dem Stichwort „Geschäftsbericht 2021“ nachlesbar.


Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100 %
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH
51 %
STOAG Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesellschaft
Oberhausen mbH i. L.
51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH i. L.
100 %
40 %
Energieversorgung Oberhausen AG
10 %
Oberhausener Netzgesellschaft mbh
100 %
80 %
10%
FSO GmbH & Co. KG
50 %
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100 %
FSO Verwaltungs-GmbH
50 %
Biostrom Oberhausen Management GmbH
100 %
50 %
Westenergie AG
Quantum GmbH
10,42%
RWE AG
0,21 %
über mittelbare Beteiligungen
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft
GmbH
6 %
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co. KG
6 %
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
Verband der kommunalen
RWE-Aktionäre GmbH
0,63 %
STEAG GmbH
100 %
56,6% mittelbar
Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH
18,3 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG
12,5 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH
6,96 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G.
1,88 % (je 0,94 %)
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,18 %

GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Liricher Straße 121
46049 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/8594-0
Fax	0208/8594-210
e-Mail	info@gmva.de
Internet	www.gmva.de/

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 255,65

Gesellschafter:

	T€	%
REMONDIS Kommunale Dienste West GmbH	125,27	49,00
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	38,81	15,18
Wirtschaftsbetriebe der Stadt Duisburg AöR	91,57	35,82

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand der Gesellschaft sind die Errichtung und der Betrieb von Abfallentsorgungsanlagen. Dabei ist sie verpflichtet, vorrangig sämtliche in den Städten Duisburg und Oberhausen anfallenden und von diesen Städten angelieferten Abfälle im Rahmen ihrer technischen Möglichkeiten vorrangig zur Entsorgung anzunehmen. Die Abfallentsorgung durch die Gesellschaft dient vorrangig der Erfüllung des gesetzlichen Auftrages der an der Gesellschaft mittelbar oder unmittelbar beteiligten Städte zur Abfallentsorgung nach Maßgabe der jeweils geltenden kommunalen Abfallentsorgungssatzungen. Beim Betrieb der Anlage sind die gesetzlichen Ziele der Abfallentsorgung nach den für die Abfallentsorgung erlassenen Gesetzen und Verordnungen in der jeweils gültigen Fassung, der Immissionsschutzgesetzgebung sowie die im Einzelfall festgesetzten Auflagen und Bedingungen einzuhalten.

Die Gesellschaft kann sich an anderen Gesellschaften, die sich mit ähnlichen Aufgaben befassen, beteiligen und ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die zur Erreichung des Gesellschaftszweckes notwendig und nützlich sind.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

evo Energieversorgung Oberhausen AG	Fernwärmeliefervertrag zwischen der evo und GMVA vom 29.05.2009
Gesellschaft für Schlackenaufbereitung mbH	Vertrag zwischen der GMVA und der Gesellschaft für Schlackenaufbereitung (GfS) über die Müllschlackenabfuhr und -aufbereitung in der Fassung vom 10.09.1996
Kreis-Kleve-Abfallwirtschaftsgesellschaft mbh	Abfallanliefervertrag zwischen der GMVA und der Kreis-Kleve-Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH vom 16.08.1996

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2021)

Geschäftsführung:	Mitglied	Dr. Sabac-el-Cher, Angela
	Mitglied	Schröder, Michaela
	Mitglied	Nachtsheim, Frank
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:	Mitglied	Schranz, Daniel
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Susen, Thomas
	stellv. Vorsitzender	Bandel, Frank
	stellv. Vorsitzender	Hanning, Guido
	3. stellv. Vorsitzender	von Häfen, Werner
	Mitglied gem. § 113 GO	Motschull, Frank
	Mitglied	Erlenbach, Klaus
	Mitglied	Dr. Fendel, Ansgar
	Mitglied	Maaßen, Thomas
	Mitglied	Sahin, Bülent
	Mitglied	Schmidt, Markus
	Mitglied	Patermann, Thomas
	Mitglied	Juchem, Timo
	Mitglied	Woidtke, Karsten Bernard
	Mitglied	Dr. Ritter, Sebastian
	Mitglied	Feldt, Thorsten
	Mitglied	Stallmann, Ulrich
	Mitglied	Wolters, Thomas
	Mitglied (AN)	Küster, Helmut
	Mitglied (AN)	Hoffmann, Andreas
	Mitglied	Haak, Sebastian
Prokura:	Prokurist	Arens, Matthias

c) Beteiligungen

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2019		2020		2021		Veränder-ungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	26.481,71	34,9	20.885,98	37,0	17.850,03	27,9	-3.035,95	-14,54
Umlaufvermögen	49.115,34	64,7	35.528,13	63,0	46.229,53	72,1	10.701,40	30,12
Rechnungsabgrenzungsposten	309,16	0,4					0,00	
Bilanzsumme	**75.906,22**	**100,00**	**56.414,11**	**100,00**	**64.079,56**	**100,00**	**7.665,45**	**13,59**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	29.645,21	39,1	30.485,21	54,0	46.668,93	72,8	16.183,72	53,09
Rückstellungen	11.951,21	15,7	8.383,66	14,9	14.100,90	22,0	5.717,24	68,20
Verbindlichkeiten	17.769,59	23,4	17.545,24	31,1	3.309,73	5,2	-14.235,51	-81,14
Rechnungsabgrenzungsposten	16.540,21	21,8					0,00	
Bilanzsumme	**75.906,22**	**100,00**	**56.414,11**	**100,00**	**64.079,56**	**100,00**	**7.665,45**	**13,59**

bb) GuV

	2019	2020	2021
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	67.621,19	58.155,80	73.749,76
sonstige betriebliche Erträge	7.728,36	8.825,41	1.779,30
Materialaufwand	23.362,15	22.296,94	17.158,89
Personalaufwand	14.250,29	14.447,74	15.186,40
Abschreibungen	7.705,06	6.020,60	3.450,97
sonstige betriebliche Aufwendungen	9.665,03	10.113,77	10.555,37
Erträge aus Beteiligungen	60,39	74,04	0,00
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1,02	7,41	0,20
Aufwendungen aus Verlustübernahmen	4,05	92,07	0,00
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	10,39	23,66	15,18
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	20.413,98	14.067,88	29.162,44
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	4.719,75	1.986,77	9.039,51
sonstige Steuern	204,42	628,66	3.939,22
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	15.489,82	11.452,45	16.183,72
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	15.489,82	11.452,45	16.183,72

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2021	Angaben in
Umsatzrentabilität:	22,91	19,69	21,94	%
Eigenkapitalrentabilität:	109,43	60,17	53,09	%
Cash-Flow:	23.194,88	17.473,05	19.634,69	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	425,70	380,58	410,48	T€
Personalaufwandsquote:	18,91	21,57	20,11	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2021	Angaben in
Sachanlagenintensität:	33,28	34,65	27,10	%
Eigenkapitalquote:	39,06	54,04	72,83	%
Fremdkapitalquote:	60,94	45,96	27,17	%

e) Lagebericht

A. Darstellung des Geschäftsverlaufs einschließlich des Geschäftsergebnisses

1. Darstellung des Unternehmens

Die GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein Gesellschaft mit beschränkter Haftung (im Folgenden „GMVA“ genannt) mit Sitz in Oberhausen ist mit Wirkung vom 01. Januar 1984 durch Umwandlung eines seit 1968 bestehenden kommunalen Zweckverbandes gegründet worden. Die Gesellschaft betreibt die Müllverbrennungsanlage in Oberhausen, die 1972 ihren Betrieb aufgenommen hat.

Gegenstand der Gesellschaft sind die Errichtung und der Betrieb von Abfallentsorgungsanlagen. Die GMVA ist verpflichtet, vorrangig sämtliche anfallenden andienungspflichtigen Abfälle ihrer Vertragspartner im Rahmen ihrer technischen Möglichkeiten zur Entsorgung anzunehmen.

Gesellschafter sind die Wirtschaftsbetriebe Duisburg - Anstalt des öffentlichen Rechts (35,82 %), die Stadtwerke Oberhausen GmbH (15,18 %) und die REMONDIS Kommunale Dienste West GmbH& Co. KG, Bochum (49,0 %).

Zum 02.12.2013 gründete die GMVA die Kommanditgesellschaft GMVA GmbH & Co. KG mit einer Haftungseinlage in Höhe von 1 Mio. € zusammen mit der persönlich haftenden GMVA Verwaltungs-GmbH als Organgesellschaft mit einem Stammkapital in Höhe von 25 T€. Die beiden Tochtergesellschaften wurden mit Wirkung zum 01.01.2021 auf die GMVA GmbH verschmolzen. Die GMVA hält die Verbrennungsverträge mit der WBD-AöR und der Stadt Oberhausen, welche bisher mit der GMVA GmbH & Co. KG abgeschlossen waren, seit dem 01.01.2021 direkt. Darüber hinaus besteht für REMONDIS eine Lieferverpflichtung, die zur Auslastung der Anlage in erheblichem Umfang beiträgt.

2. Entwicklung von Branche und Gesamtwirtschaft

Das Jahr 2021 war im Wesentlichen von zwei großen Faktoren beeinflusst: dem Fortgang des pandemischen Geschehens im Frühjahr und sodann ab der zweiten Jahreshälfte dem signifikanten Anstieg der Energiepreise und damit auch der Energieerlöse.

Für die GMVA stand in Pandemiezeiten der Schutz der Beschäftigten bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der Entsorgungssicherheit stets im Vordergrund der internen Maßnahmen. Durch umfassende Hygienekonzepte, nachhaltige Regelungen zu HomeOffice, Trennung von Arbeitsgruppen inklusive einer Reserveschicht und frühzeitig angebotenen Impfungen konnte über einen langen Zeitraum das Infektionsgeschehen in der GMVA auf einem tiefen Level gehalten werden. Auch im zweiten Jahr der Pandemie zeigte sich der gute Zusammenhalt der Beschäftigten.

Gegenüber dem Jahr 2020, das durch den sehr scharfen Einbruch der Wirtschaftsleistung im März/April durch den harten Lockdown und der schnellen Erholung im 2. Quartal gekennzeichnet war, konnte das wirtschaftliche Umfeld in 2021 in Summe ein moderates Wachstum verzeichnen. Von diesem grundsätzlich positiven Umfeld konnte auch die GMVA weiter profitieren: die Anliefermengen aus Industrie und Gewerbe stiegen im Jahr 2021 gegenüber dem Vorjahr an und haben bei guter Verfügbarkeit der Anlage zu einer erfreulichen Steigerung der Erlöse aus Abfallanlieferung geführt. Die kommunalen Anlieferungsmengen, insbesondere aus Duisburg, blieben auf hohem Niveau.

Im Sommer 2021 wurde, auch in Relation zu den Vorjahren, in der Branche das alte Niveau an Gewerbeabfällen in Bezug auf Preis und Menge fast wieder erreicht. Die Hochwasserkatastrophe Mitte Juli führte in den vorwiegend betroffenen Bundesländern Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen zu einem erheblichen Anstieg der zu verbrennenden Abfälle. In einer solchen absoluten Krisen- und Ausnahmesituation zeigte sich erneut - nach dem Jahr 2020, dem Jahr des Ausbruchs der Corona-Pandemie - der hohe Stellenwert einer ausgezeichnet funktionierenden Entsorgungsinfrastruktur. Auch die GMVA hat in kleinerem Umfang zur Bewältigung der Folgen der Flut beigetragen.

Die Preise für Gewerbeabfälle stiegen regional im Sommer infolge der vollständig ausgelasteten Sortier- und Verbrennungskapazitäten an; im Herbst zeichnete sich eine leichte Entspannung ab.

Aufgrund langfristiger Lieferverträge, die auch im Jahr 2021 zu einer Vollauslastung der Anlage führten, ist die GMVA von den Schwankungen am Gewerbeabfallmarkt nur in sehr geringem Umfang betroffen; das gilt im Positiven wie im Negativen.

Das Jahr 2021 entwickelte in Bezug auf die Energieerlöse eine weitestgehend unerwartete Dynamik. Bis Ende des Jahres konnten sowohl in Bezug auf Terminkontrakte als auch in Bezug auf die Preise am Spotmarkt absolute Höchststände verzeichnet werden. Im ersten Halbjahr war der Haupttreiber für den Energiemarkt der Handel mit CO_2-Zertifikaten. Die

Preise für diese Zertifikate stiegen vor allem aufgrund der weltweiten wirtschaftlichen Erholung nach dem ersten Corona-Schock aus 2020 und wurden durch Erwartungen im Hinblick auf die Formulierung ambitionierter EU-Klimaziele spekulativ befeuert. Gleichzeitig führten ein schwaches Windjahr und eine außergewöhnlich lange Winterperiode 2021 in Europa zur verstärkten Nutzung von fossilen Kapazitäten. Die Gasspeicherfüllstände fielen auf ein sehr tiefes Niveau.

Diese Faktoren bedingten im zweiten Halbjahr eine langanhaltende Nachfrage nach fossilen Rohstoffen, vor allem nach Gas. Trotz signifikanter Preissteigerungen erhöhten sich jedoch, vermutlich auch aus politischen Gründen, die Pipelinelieferungen von russischem Gas nach Deutschland nicht, was Spekulationen über eine weitere Verknappung und damit steigenden Preisen Vorschub leistete. Gegen Ende des Jahres sanken die Energiepreise hingegen wieder.
Insgesamt zeigte sich im Jahr 2021, dass die globalen Energiemärkte einen erheblichen Einfluss auf die Ergebnislage der GMVA haben.

3. Umsatzentwicklung und Auftragsentwicklung

Die Umsätze stiegen im Jahr 2021 von 58,16 Mio. € (2021) um 15,59 Mio. € oder knapp 27 % auf 73,75 Mio. €. Das Abfallaufkommen der GMVA im Jahr 2021 betrug 720.829 t, was eine signifikante Steigerung gegenüber 2020 mit 675.860 t darstellt.

Ursachen für diese Steigerung sind vor allem:
- Die kumulierten Umsätze aus Kommunalmengen aus den andienungspflichtigen Städten Duisburg und Oberhausen sind trotz der Reduzierung der Kommunalentgelte pro Tonne im Berichtsjahr um 9.512 T€ gestiegen. Ursächlich hierfür ist der Wegfall der erlösmindernden Wirkung (i.V. 9.614 T€) bereits forfaitierter Forderungen.
- Die Energieerlöse stiegen von 13,65 Mio. € aus dem Jahr 2020 auf 23,46 Mio. € in 2021. Neben der bereits skizzierten Preisentwicklung trug auch eine verbesserte Verfügbarkeit der Turbinen zu dem Umsatzsprung bei; im Vorjahr wurde eine Turbinenrevision durchgeführt, die die Stromauskoppelung negativ beeinflusste.

4. Geschäftsergebnis

Das Geschäftsjahr ist sehr zufriedenstellend verlaufen.

Der Jahresüberschuss 2021 beträgt 16,18 Mio. €. Im Vorjahr wurde ein Überschuss von 11,45 Mio. € ausgewiesen.

5. Analyse und Erläuterung von finanziellen Leistungsindikatoren

	2021	2020	2019	2018	2017	2016
Anlagenintensität in %	27,9	37,0	34,9	37,1	39,2	37,2
Bilanzsumme in T€	64.080	56.414	75.906	86.654	98.713	134.058
Fremdkapitalquote in %*	27,2	45,9	60,9	67,2	72,4	86,3
Jahresergebnis in T€	16.184	11.452	15.489	13.609	12.077	7.868
Umsatzerlöse in T€	73.750	58.156	67.621	59.179	60.233	64.234
Materialaufwand in T€	17.159	22.296	23.362	19.749	17.268	17.784
Personalaufwand in T€	15.187	14.448	14.250	13.747	13.293	13.043

* Bis 2020 einschließlich der Gewinnausschüttung an die Gesellschafter und des passiven Rechnungsabgrenzungspostens

Die Anlagenintensität ist aufgrund der planmäßigen Abschreibungen gesunken. Auch im Jahr 2021 waren die getätigten Investitionen deutlich niedriger als die Abschreibungen. Die Investitionen erfolgten im Wesentlichen in Soft- und Hardware im Zuge der weiterhin dynamischen Digitalisierungsaktivitäten sowie in Ersatzinvestitionen.

Der Abschreibungsaufwand ist im Vergleich zum Vorjahr signifikant von 6,02 Mio. € auf 3,45 Mio. € gesunken.

Der Materialaufwand sank aufgrund geringerer Revisionsaufwendungen im Jahr 2021 gegenüber dem Vorjahr um 5,14 Mio. € auf 17,16 Mio. €. Der Materialaufwand ist vor allem durch bezogene Fremdleistungen geprägt (11,47 Mio. €; Vorjahr 16,05 Mio. €). Die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren sanken gegenüber dem Vorjahr von 6,24 Mio. € um 550 T€ auf 5,69 Mio. €.

Der Personalaufwand ist im Vergleich zum Vorjahr auf 15,19 Mio. € um rd. 5,1 % angestiegen, was vor allem auf die Tarifsteigerung sowie auf die Bildung von Rückstellungen für Altersteilzeit zurückzuführen ist.

6. Produktion

In 2021 war nach dem schwierigen letzten Jahr eine Zunahme des Durchsatzes zu verzeichnen: er stieg von 675.947 t in 2020 auf 716.944 t.

Auch die Mengenanlieferungen des Vorjahres wurden überschritten: gegenüber dem Vorjahr mit 675.860 t wurden in 2021 720.829 t angeliefert. Sowohl die Anlieferungen aus den Kommunalverträgen als auch von REMONDIS konnten gesteigert werden. Der erhöhte Durchsatz ist vor allem Folge von weniger unplanmäßigen Stillständen an den Kessellinien als im Vorjahr.

Die Abgabe an das Stromnetz stieg von 325,7 GWh auf 330,6 GWh. Gestiegen ist der Eigenverbrauch um 8,3 GWh.

7. Beschaffung

Ein sehr erheblicher Anteil des Abfallaufkommens war und ist durch Verträge mit dem Gesellschafter REMONDIS, den Gesellschafterkommunen und der EGN, Viersen, gesichert. Die verbleibende Restmenge wurde durch die GMVA auf dem freien Abfallmarkt akquiriert. Akquisitionsbemühungen konzentrierten sich in geringem Umfang überwiegend auf Mengen aus dem Ausland, vor allem aus den Benelux-Ländern.

8. Investitionen

Im Jahr 2021 wurden 1.462 T€ in das Anlagevermögen investiert. Die Investitionen betrafen im Wesentlichen Investitionen in Digitalisierung und Ersatzinvestitionen. Auch wenn das Investitionsvolumen höher ist als im Vorjahr, so liegt es doch signifikant unter den Abschreibungen.

9. Finanzierungsmaßnahmen / -vorhaben

Zur Zwischenfinanzierung eines in 2021 fälligen Festgeldes wurde eine Geldmarkt-Kreditlinie planmäßig im April des Berichtsjahres zurückgeführt. Zum Bilanzstichtag war keine Kreditfinanzierung mehr erforderlich.

10. Personal- und Sozialbereiche

Am 31.12.2021 gab es bei der GMVA 184 aktiv Beschäftigte, davon 7 Auszubildende (2020 = 187 aktiv Beschäftigte, davon 9 Auszubildende).

11. Umweltschutz

Die geltenden Umweltvorschriften, insbesondere die strengen Vorgaben der 17. Bundes-Immissions-Schutz-Verordnung (BlmSchV), wurden auch in 2021 bei allen Parametern deutlich unterschritten.

12. Sonstige wichtige Ereignisse und Entwicklungen im Geschäftsjahr

Auch im Geschäftsjahr 2021 wurden die Verbrennungsentgelte der GMVA GmbH bis zum Jahr 2022 einschließlich durch die Preisüberwachungsbehörde der Bezirksregierung Düsseldorf geprüft. Die geprüften Verbrennungsentgelte werden gegenüber den kommunalen Anlieferern Duisburg und Oberhausen abgerechnet.
Die Zertifizierung als Entsorgungsfachbetrieb wurde 2021 erneut bestätigt.

B. Darstellung der Lage des Unternehmens

1. Ertragslage

Die Umsatzerlöse sind auf 73.750 T€ (Vorjahr 58.156 T€) gestiegen. Diese Veränderung ist vor allem Ergebnis der signifikant gestiegenen Energieerlöse, die sich vor allem aufgrund der allgemeinen Preisentwicklung an der Energiebörse EEX, auch im Terminmarkt, ergeben hat. Gegenüber dem Vorjahr zeigte sich dies in einem höheren Anteil der Energieerlöse an den Gesamtumsätzen. Die Erlöse aus Abfallanlieferungen stiegen ebenfalls: Dies ist im Wesentlichen auf den Wegfall der erlösmindernden Wirkung bereits forfaitierter Forderungen zurückzuführen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind in 2021 um 7.046 T€ oder 80 % auf 1.779 T€ gegenüber dem Vorjahr gesunken. Der Posten enthielt im Vorjahr Sanierungsbeiträge der Gesellschafter in Höhe von 8.275 T€, die im Berichtsjahr nicht mehr zu leisten waren.

Der Materialaufwand, der sich aus den Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Waren sowie den Aufwendungen für bezogene Leistungen zusammensetzt, sank um 5.138 T€ auf 17.159 T€.

Der Personalaufwand stieg gegenüber dem Vorjahr vor allem aufgrund von Tarifsteigerungen sowie der Bildung von Altersteilzeitrückstellungen um rd. 5,1 % und belief sich auf 15.187 T€ (Vorjahr 14.448 T€).

Die Abschreibungen sanken gegenüber dem Vorjahr von 6.021 T€ auf 3.451 T€.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen stiegen im Berichtszeitraum gegenüber dem Vorjahr um 441 T€ auf 10.555 T€. Wesentliche Ursache waren höhere Ausgaben für Entsorgungskosten.

Das Finanzergebnis hat sich gegenüber dem Vorjahr um 68 T€ auf - 15 T€ vermindert, da die beiden Tochtergesellschaften zum 01.01.2021 auf die Muttergesellschaft verschmolzen wurden und insoweit kein Beteiligungsergebnis mehr erzielt wurde.

Infolge des höheren Jahresüberschusses sowie der im Vorjahr steuerfreien Sanierungsbeiträge der Gesellschafter stiegen die Steuern vom Einkommen und Ertrag um 7.053 T€ auf 9.040 T€.

Die sonstigen Steuern sind von 629 T€ im Vorjahr auf 3.939 T€ in 2021 gestiegen. Das zuständige Hauptzollamt hat in Anwendung einer geänderten Rechtsauffassung der Generalzolldirektion den sog. Kraftwerkseigenverbrauch der GMVA rückwirkend ab 2019 der Regelbesteuerung in Höhe von 20,50 €/ MWh unterzogen. Für die GMVA führte dies zu einer Mehrbelastung in Höhe von insgesamt 3,8 Mio. € für die Jahre 2019 – 2021, die vollständig im Berichtsjahr berücksichtigt wurde. Gegen die Bescheide wurde Einspruch eingelegt. Die Verfahren sind derzeit ruhend gestellt, da der gleiche Sachverhalt für andere Anlagen auch im Rahmen einer Musterklage gerichtsanhängig gestellt werden soll.

Der Jahresüberschuss nach Steuern hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 4.732 T€ auf 16.184 T€ erhöht (+ 41 %).

2. Finanzlage

Die Fremdmittel sind von 25.929 T€ um 8.518 T€ auf 17.411 T€ gesunken. Dies entspricht einer Fremdfinanzierungsquote von 27,2 % (i.V. 45,9 %). Ursächlich hierfür ist, dass eine Gewinnausschüttung (10.612 T€) im Vorjahr unter den Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern statt im Eigenkapital ausgewiesen wurde.

Der Kassenbestand und die Guthaben bei Kreditinstituten betragen zum Bilanzstichtag 26.524 T€ und sind gegenüber dem Vorjahr um 24,4 % gestiegen.

Die Zahlungsfähigkeit war jederzeit gewährleistet. Es waren keinerlei Forderungsausfälle, auch nicht im Zuge der Corona-Pandemie, zu verzeichnen.

Auch im nächsten Jahr wird die GMVA ihre Verbindlichkeiten umfänglich erfüllen können.

Die Eigenkapitalquote beträgt unter Berücksichtigung des im Berichtsjahr im Eigenkapital ausgewiesenen Jahresüberschusses 73 % (Vorjahr 54 %).

3. Vermögenslage

Das langfristig gebundene Sachanlagevermögen hat sich auf 17.363 T€ (Vorjahr 19.547 T€) verringert, was vor allem Ergebnis der planmäßigen Abschreibungen auf Sachanlagen ist.

Die Neuinvestitionen inklusive Anzahlungen in Höhe von 1.462 T€ im Jahr 2021 wurden vollständig aus Eigenmitteln finanziert. Die Abschreibungen auf das Anlagevermögen sind gegenüber dem Vorjahr auf 3.451 T€ gesunken (Vorjahr 6.021 T€).

Die Vorräte erhöhten sich von 5.321 T€ gegenüber dem Vorjahr um 426 T€ auf 5.747 T€.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen betrugen am Bilanzstichtag 13.782 T€ und lagen damit um 5.613 T€ über dem Vorjahr.

Der Kassenbestand und die Guthaben bei Kreditinstituten sind im Vergleich zum Vorjahr um 5.196 T€ auf 26.524 T€ gestiegen.

4. Gesamtaussage zur wirtschaftlichen Lage

Der russische Überfall auf das Nachbarland Ukraine im Februar 2022 führt – zum Zeitpunkt der Aufstellung dieses Lageberichtes – zu einer erheblichen Veränderung der geopolitischen und weltwirtschaftlichen Situation, deren Auswirkung noch nicht abgeschätzt werden kann.

Wir erwarten eine Verschärfung der Beschaffungssituation, die erhebliche Preissteigerungen bei Betriebsstoffen und Vormaterialien sowie eine schwieriger werdende Verfügbarkeit umfasst.

Weiter gehen wir von einem verlangsamten Wirtschaftswachstum bis hin zu einer Stagnation aus, was vor allem im Bereich der Industrie- und Gewerbeabfälle zu einer verringerten Anlieferungsdynamik führen könnte.

Der kurzfristige Einfluss der kriegerischen Auseinandersetzung auf die GMVA wird vermutlich überschaubar bleiben, da die Mengen für die kommenden Jahre weitestgehend, vorwiegend mit den Gesellschaftern, kontrahiert sind. Aufgrund der vermutlich nicht sinkenden Energieerlöse wird bei weiterhin hoher Volatilität ein zumindest auskömmliches Umsatz- und Ergebnisniveau erwartet.

C. Risiko- und Chancenbericht

1. Umfeldrisiken und Branchenrisiken

Der Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine Ende Februar 2022 führte zu Konsequenzen, wie Sanktionen gegenüber russischen Lieferungen, Unternehmen und Personen, einer Explosion der Energiepreise, Tendenzen zur Verstaatlichung in Russland, erheblichen Inflationsrisiken, möglichem Ausfall der ukrainischen Ernteleistung etc. Die genauen Auswirkungen können zum aktuellen Zeitpunkt noch nicht abgeschätzt werden. Insgesamt erwarten wir jedoch eine Verschlechterung der weltwirtschaftlichen Situation mit der Gefahr einer globalen Rezession mit weiteren, auch militärisch geführten Auseinandersetzungen. Hinzu kommt, dass auch nach zwei Jahren Pandemie noch nicht sicher davon auszugehen ist, dass nicht im Herbst 2022 eine etwaige neue Mutation des Coronavirus eine neue Welle verursacht, die zu entsprechenden (Lockdown-)Maßnahmen führen könnte.

Die eher regional orientierte Abfallwirtschaft und damit auch die GMVA dürfte hiervon zunächst nur in geringerem Umfang betroffen sein, wird sich aber zumindest mittelfristig einem möglicherweise negativen Trend nicht entziehen können.

Ein kurzfristiges Absinken der Spotpreise auf dem Abfallmarkt halten wir angesichts der weiterhin guten Auslastung der Anlagen für wenig wahrscheinlich. Allerdings könnten reduzierte Abfallmengen in Verbindung mit vermutlich weiterhin hohen Energiepreisen auch in den kommenden Monaten zu einem höheren Preisdruck führen, da der Brennstoff „Abfall“ zugeführt werden muss, um Energieerlöse zu generieren.

Eine weitere Steigerung der Abfallmengen, wie sie in den letzten Jahren zu erkennen war, halten wir für unwahrscheinlich: Aufgrund der sich vermutlich verschärfenden Ressourcenknappheit werden sich mittelfristig die Preise für Sekundärrohstoffe voraussichtlich erhöhen, was zu einer Verringerung der zu verbrennenden Abfallmengen führen dürfte und damit zu einem verschärften Preisdruck.

Im Zuge der Ertüchtigung einiger in die Jahre gekommenen Müllverbrennungsanlagen und auch weniger Neubauprojekte (Chemnitz, Magdeburg, Wiesbaden) steigt die vorhandene Verbrennungskapazität.

Wir gehen daher von einem mittelfristig schwieriger werdenden Umfeld für Müllverbrennungsanlagen aus, was durch die anhaltenden Dekarbonisierungsbemühungen beschleunigt werden dürfte.

Für den Strompreis erwarten wir in der nahen Zukunft eine weiterhin höchst volatile Entwicklung. Die Prognoseunsicherheit bleibt sehr hoch und könnte noch weiter steigen, wenn der Termin für den sich abzeichnenden Kohleausstieg näher rückt und die Erneuerbaren Energien nicht im erforderlichen Umfang zugebaut wurden. Im kurzfristigen Bereich könnten Nachfrageeinbrüche aufgrund einer möglichen Rezession auf der Stromabnehmer-Seite zu Preisausschlägen nach unten führen.

2. Unternehmensstrategische Risiken

Die Unternehmensstrategie der GMVA ist darauf ausgerichtet, durch eine konsequente technische und wirtschaftliche Optimierung der Müllverbrennungsanlage in Oberhausen sowie durch eine möglichst durchgehend hohe Auslastung ihre Stellung als eine der größten Anlagen in Nordrhein-Westfalen nachhaltig zu behaupten.

Im Zuge der verstärkten Bestrebungen im Rahmen der „Energiewende“ kommt der Entwicklung neuer Geschäftsfelder in diesem Bereich besondere Bedeutung zu. Diese Einschätzung wird durch die jüngste politische Entwicklung noch bestärkt. Unternehmensstrategische Risiken können sich aus der verschärften Anwendung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes ergeben, indem durch Abfallvermeidungsmaßnahmen und die weitere Fortführung der Abfalltrennung der Anteil, der einer thermischen Verwertung zuzuführen ist, weiter sinkt.

Ein weiteres Risiko besteht in der derzeit nicht abschätzbaren Entwicklung hinsichtlich der Einstufung des biogenen Anteils im Abfall. Bisher führt die thermisch-energetische Verwertung dieses Anteils per Legaldefinition zu „Erneuerbarer Energie“. Unterschiedliche und zum Teil divergierende Gesetzgebungsvorhaben könnten ebenso wie eine Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes in einer anderen Angelegenheit dazu führen, dass Strom aus Müllverbrennungsanlagen nicht mehr, und sei es auch nur teilweise, „grün“ ist. Damit würden Projekten wie Erzeugung und Vertrieb von Wasserstoff möglicherweise die wirtschaftliche Basis entzogen.

Müllverbrennungsanlagen gehören aus physikalischen Gesetzmäßigkeiten heraus zu Emittenten von CO_2. Eine angestrebte Bepreisung dieser Emissionen, möglicherweise bereits ab 2023 über das bereits geltende Brennstoff- und Emissionshandelsgesetz (BEHG) könnte das wirtschaftliche Ergebnis der GMVA signifikant verschlechtern, sofern die GMVA Zertifikate erwerben muss und die Kosten für die zu erwerbenden Zertifikate nicht umgelegt werden können. Dies gilt analog auch für den möglichen Einbezug in den europäischen Emissionshandel.

Es können sich unternehmerische Risiken durch fallende Abfallpreise, steigende Kosten und niedrigere Energieerlöse ergeben.

Vor allem urbane Lagen, so auch Oberhausen, sind von mehr oder weniger temporären Überschreitungen der Stickoxid-Werte betroffen. Es steht zu befürchten, dass hier weitere regulatorische Maßnahmen den unternehmerischen Spielraum auch für die GMVA weiter einschränken bzw. Zusatzinvestitionen erforderlich machen.

Die auf europäischer Ebene im Rahmen des sog. „Sevilla-Prozesses“ diskutierte weitere Verschärfung der Grenzwerte könnte die GMVA ebenfalls betreffen, ebenso wie eine mögliche Novellierung der Störfallverordnung.

Ebenfalls belastend können geänderte Rechtsauslegungen, insbesondere im Bereich der Verbrauchssteuern, sein: wir beobachten eine Tendenz zur zunehmend restriktiven Auslegung der entsprechenden steuerlichen Regelungen. Die Tendenz zum Abbau von Regelungen wie z.B. dem steuerbefreiten Kraftwerkseigenverbrauch, könnte erhebliche Auswirkungen auf die Ergebnislage des Unternehmens haben, wenn die anzuwendenden Steuersätze nicht entsprechend gesenkt werden.

3. Leistungswirtschaftliche Risiken

Durch die verstärkte Entstehung neuer Abfallfraktionen können sich leistungswirtschaftliche Risiken aus der Heterogenität der Abfälle ergeben. Erhöhtes stoffliches Recycling, auch im Bereich der Gewerbeabfälle, und die verstärkte Biomassenutzung in Deutschland verschlechtern die Qualität der thermisch zu behandelnden Abfälle. Die GMVA wird diesem Risiko weiterhin durch eine konsequente Kontrolle der Abfallströme begegnen.

Die politisch gewollte Realisierung, organische Abfälle aus dem Restmüll vermehrt über die Biotonne Vergärungsanlagen zuführen zu wollen, kann weiterhin dazu führen, dass sich der Anlagendurchsatz reduziert, weil der Heizwert der verbleibenden thermisch zu behandelnden Abfälle steigt.

Der Ausstieg aus der Kohle könnte dazu führen, dass die bisher in Kohlekraftwerken verbrannten Mengen, z.B. Sekundärbrennstoffe oder Klärschlämme, in existierende Müllverbrennungsanlagen abgesteuert werden. Die grundsätzlich andere Zusammensetzung dieser Abfälle könnte zu Schäden an der Anlagentechnik führen.

Leistungswirtschaftliche Risiken können vor allem auf den Beschaffungsmärkten entstehen: zum jetzigen Zeitpunkt sind weltweit Lieferketten vieler Produkte gestört, Vorprodukte teilweise nicht zu beschaffen oder von enormen Preissteigerungen belegt. Die GMVA wird in den kommenden Monaten besonderes Augenmerk auf eine sichere Beschaffung der benötigten Materialien legen, um die Verfügbarkeit der Anlage sicherzustellen.

4. Personal-, informationstechnische sowie finanzwirtschaftliche Risiken

In Folge des demografischen Wandels kann es für die GMVA hinaus schwieriger werden, geeignetes Fachpersonal zu finden und zu halten. Dem anstehenden demografischen Wandel begegnet die GMVA durch frühzeitige interne Aus- und Weiterbildung sowie durch gezielte Nachfolgeregelungen, die durch das Mittel der angebotenen Altersteilzeit auch planbarer wurden.

Die anhaltend hohe Inflation, die durch die signifikant steigenden Energiekosten noch verstärkt wird, könnte zu Lohnkostensteigerungen führen.

Ein grundsätzliches Risiko liegt weiterhin in der zunehmenden Verbreitung von IT-Schadprogrammen, die auch eine Müllverbrennungsanlage betreffen können. Durch eine besondere Berücksichtigung von IT-Sicherheitskonzepten soll diesem Risiko begegnet werden. Dieses Risiko wird unserer Auffassung zufolge durch den russisch – ukrainischen Konflikt verstärkt. Vor allem die Leittechnik des Kraftwerkes könnte ein Angriffspunkt für Cyber-Kriminalität werden; wir werden dem durch geeignete Schutzmaßnahmen begegnen.

Finanzwirtschaftliche Risiken sehen wir aufgrund der ausreichenden Liquiditätssituation der GMVA nicht. Die GMVA unterhält keine Geschäftsbeziehungen zu Partnern in Ländern außerhalb der Euro-Raumes und bedient sich ausschließlich inländischer Banken, vor allem Sparkassen.

5. Sonstige Risiken

Die GMVA war aufgrund mehrerer Gerichtsentscheidungen, vor allem in Folge eines Urteils des Oberverwaltungsgerichtes Münster aus April 2015 und der Ergebnisse der Prüfung der Preisüberwachungsstelle der Bezirksregierung Düsseldorf zur Anpassung der Verbrennungsentgelte gegenüber der WBD-AöR bzw. der Stadt Oberhausen verpflichtet worden. Die noch offenen Gerichtsverfahren, die sich auf Abfallgebührenbescheide bis zum Jahr 2020 bezogen, wurden im Jahr 2021 durch einen gerichtlichen Vergleich der Kommunen beigelegt.

Zum Zeitpunkt dieser Berichterstattung wurden die kommunalen Verbrennungsentgelte bis 2022 einschließlich durch die Preisüberwachungsstelle der Bezirksregierung Düsseldorf geprüft. Die geprüften Verbrennungsentgelte werden laufend gegenüber den kommunalen Anlieferern abgerechnet.

6. Chancen

Chancen für Müllverbrennungsanlagen können insbesondere in der (Rück-)Besinnung auf lokale Energiegewinnung und -verteilung liegen. Daneben könnten sich insbesondere steigende Strompreise in höheren Energieerlösen widerspiegeln.

C. Prognosebericht

Auch für das laufende Geschäftsjahr und das Folgejahr gehen wir von einer zufriedenstellenden Auslastung, auch mit kommunalen Mengen aus. Wir erwarten weitestgehend stabile Umsätze und eher steigende Kosten, vor allem im Bereich der technischen Kosten. Die anhaltende Rohstoffknappheit und die gestörten Lieferketten könnten qualitativ und quantitativ die Versorgung der Anlage mit Betriebsmitteln und Ersatzteilen erschweren

D. Zuverlässigkeit des unternehmensinternen Planungssystems sowie der zugrunde gelegten Daten und Annahmen

Das Planungssystem der GMVA reagiert angemessen auf die Änderungen des rechtlichen Umfeldes, des Abfallmarktes und des Strommarktes. Planungssicherheit und Planungstiefe des Planungssystems haben sich bewährt.

Die für die Planung erforderlichen Daten werden durch eine intensive Beobachtung der rechtlichen Entwicklungen, des Abfallmarktes und des Strommarktes gewonnen. Die Mitgliedschaft in der Interessengemeinschaft der thermischen Abfallbehandlungsanlagen in Deutschland (ITAD), die aktive Teilnahme an Veranstaltungen des VGB PowerTech, dem europäischen Fachverband für Strom- und Wärmeerzeugung sowie der Meinungsaustausch im Rahmen des VKS/ VKU (Verband kommunaler Unternehmen), der Besuch von auch virtuellen Fachmessen und Fortbildungsveranstaltungen tragen dazu bei, problematische Entwicklungen rechtzeitig zu erkennen.

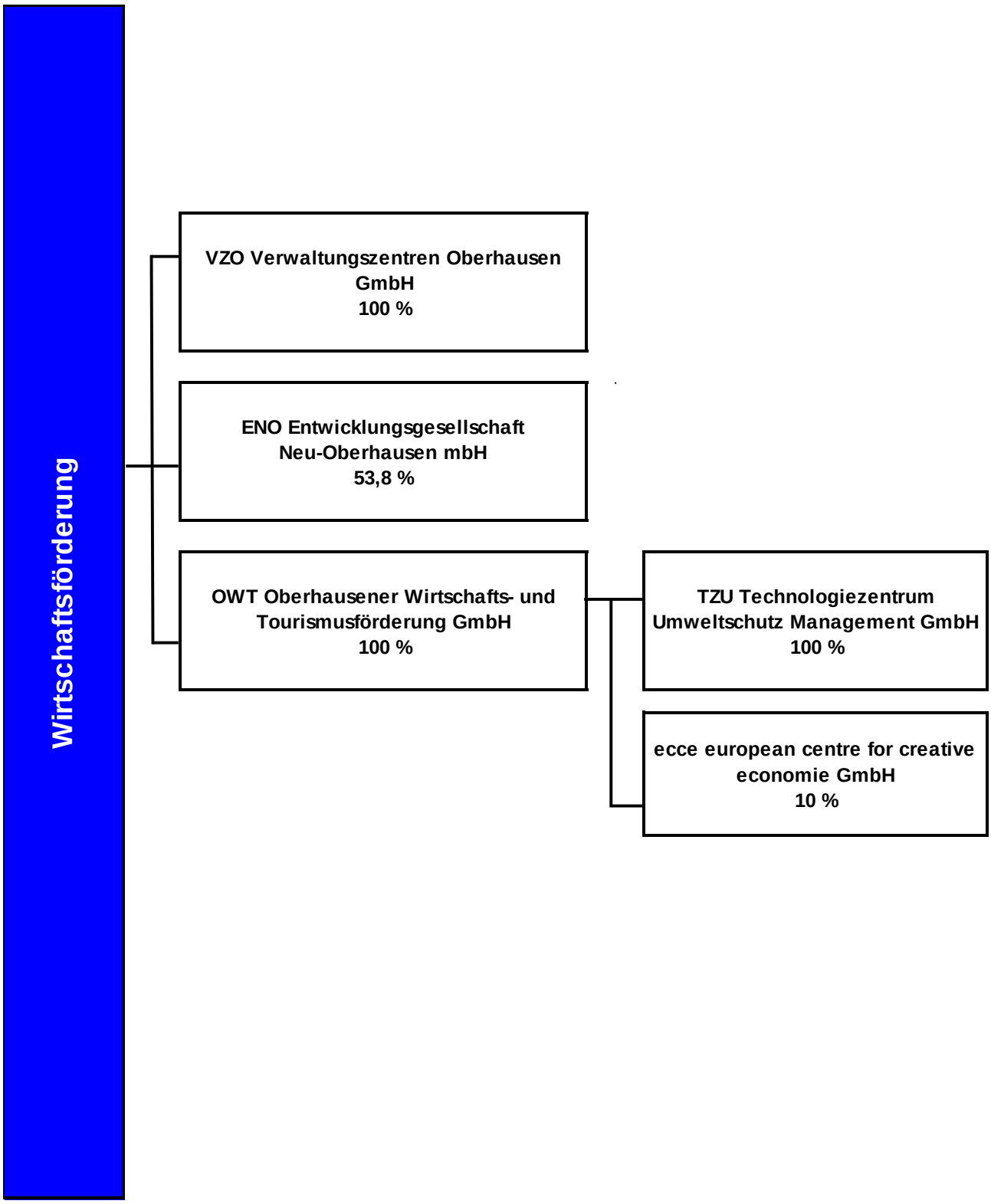
Der geopolitischen und gesamtwirtschaftlichen Situation kann durch die Prognose und Planung verschiedener Szenarien Rechnung getragen werden.

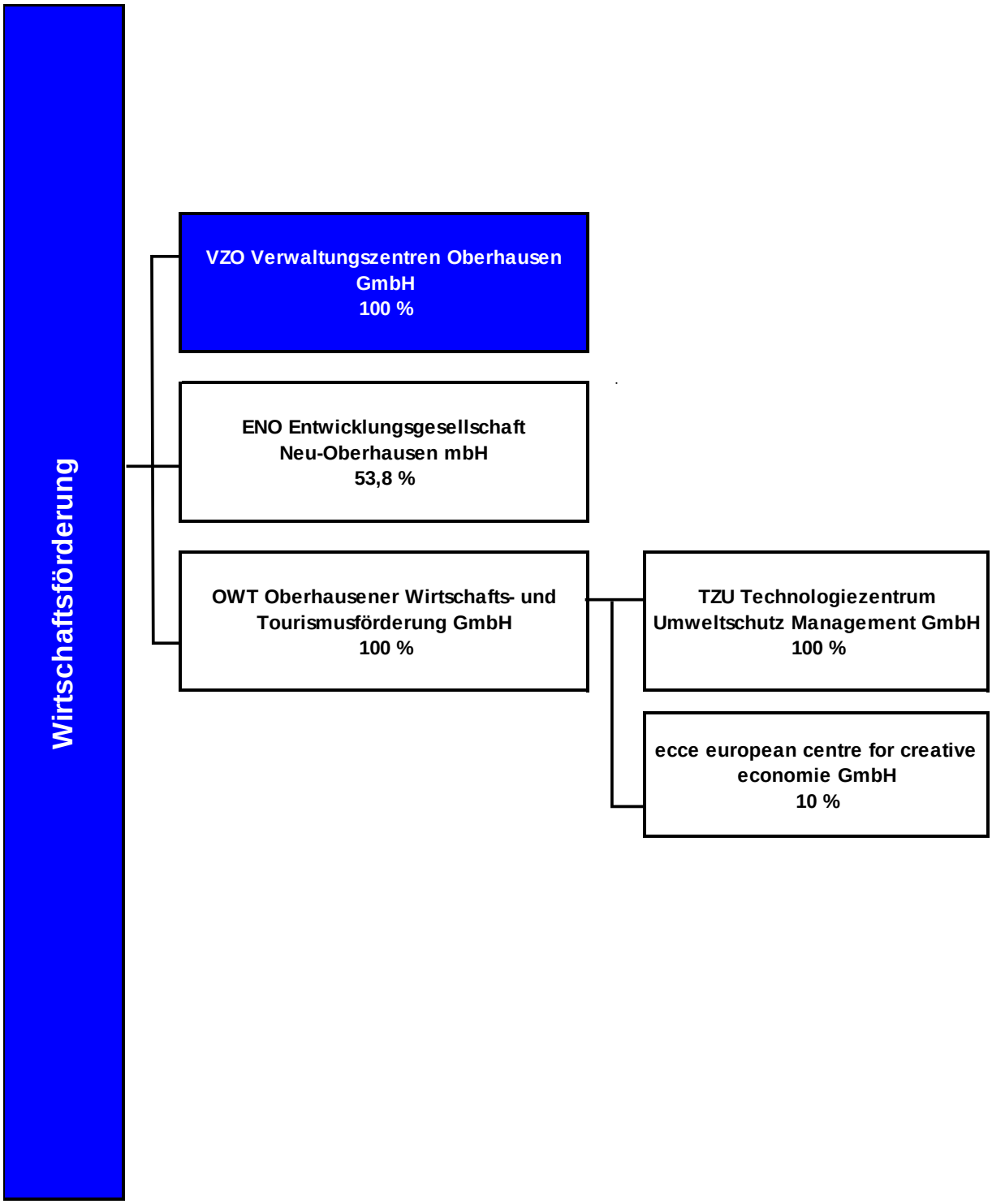
Oberhausen, 16. März 2022

Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH (GMVA)

Dr. A. Sabac-el-Cher / M. Schröder / F. Nachtsheim
Geschäftsführung

Wirtschaftsförderung - unmittelbare Beteiligungen -




Wirtschaftsförderung
VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH
100 %
ENO Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH
53,8 %
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH
100 %
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH
100 %
ecce european centre for creative economie GmbH
10 %

VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Schwartzstr. 72
46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/594 7000
Internet	-
Mitarbeiter/-in Telef.	0208/825 2806

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 25,00

Gesellschafter:	**T€**	**%**
Stadt Oberhausen	25,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb, der Um- und Neubau (als Generalübernehmer) sowie die Verwaltung und Vermarktung von Verwaltungszentren in Oberhausen.

Die Gesellschaft wird zu diesem Zweck die künftige Nutzung selbst oder mit Unterstützung Dritter konzipieren sowie die wirtschaftlichen, rechtlichen und tatsächlichen Voraussetzungen zur Vermarktung und Nutzung schaffen.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Rechtsgeschäften berechtigt, durch die der vorgenannte Gesellschaftszweck auch mittelbar gefördert werden kann.

Die Gesellschaft kann sich zur Förderung ihres Unternehmenszweckes an anderen Unternehmen beteiligen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

SBO Servicebetriebe Oberhausen (Eigenbetrieb der Stadt Oberhausen)	Betreibervertrag für das Parkhaus am Eugen-zur-Nieden-Ring vom 23.07.2009
SBO Servicebetriebe Oberhausen (Eigenbetrieb der Stadt Oberhausen)	Mietvertrag für das Parkhaus am Eugen-zur-Nieden-Ring vom 23.07.2009
SBO Servicebetriebe Oberhausen (Eigenbetrieb der Stadt Oberhausen)	Mietvertrag zwischen der VZO GmbH und der SBO (vormals OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH) vom 26. September / 25. Oktober 2001 über das Bürogebäude an der Bahnhofstraße 66
SBO Servicebetriebe Oberhausen (Eigenbetrieb der Stadt Oberhausen)	Betreibervertrag zwischen der VZO GmbH und der SBO (vormals OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH) vom 26. September / 25. Oktober 2001 über das Verwaltungsgebäude Technisches Rathaus
SBO Servicebetriebe Oberhausen (Eigenbetrieb der Stadt Oberhausen)	Miet- und Betriebsführungsvertrag zwischen der SBO (vormals OGM) und der VZO über das Bürogebäude "Jobcenter Marktstraße" und das Parkhaus Marktstraße 10

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2021)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Kalthoff, Horst
	Geschäftsführer	Schmidt, Hartmut

Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung: Jehn, Michael

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2019		2020		2021		Veränderungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	50.522,97	99,3	51.432,42	98,1	49.273,72	97,3	-2.158,70	-4,20
Umlaufvermögen	333,56	0,7	1.010,07	1,9	1.387,38	2,7	377,31	37,35
Rechnungsabgrenzungsposten	0,90	0,0	0,90	0,0	1,30	0,0	0,40	44,44
Bilanzsumme	**50.857,42**	**100,00**	**52.443,38**	**100,00**	**50.662,40**	**100,00**	**-1.780,98**	**-3,40**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	4.390,67	8,6	5.935,59	11,3	7.552,01	14,9	1.616,42	27,23
Rückstellungen	29,59	0,1	18,78	0,0	87,60	0,2	68,82	366,45
Verbindlichkeiten	46.437,16	91,3	46.489,01	88,6	43.022,79	84,9	-3.466,22	-7,46
Bilanzsumme	**50.857,42**	**100,00**	**52.443,38**	**100,00**	**50.662,40**	**100,00**	**-1.780,98**	**-3,40**

bb) GuV

	2019	2020	2021
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	5.477,19	5.436,34	5.596,74
sonstige betriebliche Erträge	1,35	0,73	15,00
Materialaufwand	780,06	791,35	750,94
Abschreibungen	1.993,63	2.159,02	2.159,02
sonstige betriebliche Aufwendungen	21,83	26,72	26,87
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,01	0,63	0,02
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.167,46	987,51	754,36
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.515,56	1.473,11	1.920,58
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	579,89	-69,62	304,16
sonstige Steuern		-2,20	-0,00
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	935,68	1.544,92	1.616,42
Gewinnvortrag/Verlustvortrag		2.576,15	
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	935,68	4.121,07	1.616,42

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2021	Angaben in
Umsatzrentabilität:	17,08	28,42	28,88	%
Eigenkapitalrentabilität:	27,08	85,14	27,23	%
Cash-Flow:	2.929,30	3.703,94	3.775,44	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2021	Angaben in
Sachanlagenintensität:	99,34	98,07	97,26	%
Eigenkapitalquote:	8,63	11,32	14,91	%
Fremdkapitalquote:	91,37	88,68	85,09	%

e) Lagebericht

Der Rat der Stadt Oberhausen hat 1998 den Erwerb des leerstehenden Bürokomplexes im Zentrum von Oberhausen-Sterkrade und die Gründung der VZS Verwaltungszentrum Sterkrade GmbH (VZS) mit einem Stammkapital von 25.000 € beschlossen. Mit dieser Maßnahme sollte eine Unterstützung des Nebenzentrums Sterkrade erfolgen; so konnten 600 Arbeitsplätze für die Sterkrader Innenstadt dauerhaft gesichert und deren Struktur damit gestärkt werden.

Seitens der Stadt Oberhausen sollten mit der Realisierung des Technischen Rathauses Sterkrade insbesondere ein verbesserter Bürgerservice und Haushaltskonsolidierungsbeiträge durch die Einsparung von Unterhaltungs- und Sanierungskosten sowie organisatorische Synergieeffekte realisiert und den dort tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern moderne Arbeitsbedingungen geboten werden.

Um dieses erfolgreiche Konzept zukünftig auch für andere kommunale Projekte nutzen zu können, hat der Rat der Stadt Oberhausen in seiner Sitzung am 30.09.2013 beschlossen, den bis dato auf das Technische Rathaus Sterkrade beschränkten Gesellschaftszweck auf „Um- und Neubau sowie Verwaltung und Vermarktung von Verwaltungszentren in Oberhausen“ zu erweitern und dies gleichzeitig mit der Umfirmierung der VZS in „VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH“ (VZO) verbunden.

1. Darstellung des Geschäftsverlaufes der Gesellschaft und der Lage der Gesellschaft

Die 1999 begonnene Baumaßnahme zur Neukonzeptionierung der alten GHH-Hauptverwaltung wurde im Juni 2002 abgeschlossen. Nach Fertigstellung erfolgte eine direkte Vermietung an die OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH (OGM, ebenfalls eine 100%-Tochter der Stadt Oberhausen) als Generalmieterin des Technischen Rathauses, die wiederum (neben der Eigennutzung von Teilflächen) im Wesentlichen an die Stadt Oberhausen untervermietet.

Die VZO wurde im Juni 2007 durch die Stadt Oberhausen mit dem Bau eines Parkhauses beauftragt. Die Fertigstellung des Objektes erfolgte planmäßig im Juni 2009; Betreiberin des Parkhauses ist seit Fertigstellung ebenfalls die OGM.

Der Rat der Stadt Oberhausen hat mit Beschluss vom 15.09.2014 die VZO mit der Realisierung des Projektes „JobCenter Untere Marktstraße“ – erneut in Kooperation mit der OGM - beauftragt. Hierin wurden die bisherigen dezentralen Oberhausener JobCenter-Standorte, für die die Baugenehmigungen kurzfristig ausliefen, zur Verbesserung der Betriebsabläufe zentralisiert und gleichzeitig das Quartier „Untere Marktstraße“ revitalisiert. Zu diesem Zweck hat die VZO Grundstücke in einem Gesamtwert von ca. 2,6 Mio. € erworben; im Geschäftsjahr 2015 erfolgte der vollständig aus Eigenmitteln finanzierte Abriss der Altbausubstanz. Die Fertigstellung des den aktuellen Anforderungen entsprechenden Neubauprojektes ist zum Ende des 4. Quartal 2018 planmäßig erfolgt.

Im Rahmen des Projektes JobCenter wurde ein weiteres städtisches Infrastrukturprojekt finalisiert: auf dem Dach des neu errichteten Gebäudekomplexes ist auf Betreiben der Stadt die Errichtung eines integrierten Dachgewächshauses – Projekt „Altmarktgarten“ – umgesetzt worden. Mit Bescheid des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung vom 08.12.2015 wurde der Stadt Oberhausen eine nicht rückzahlbare Projektförderung in Höhe von 2.300 T€ zugesagt. Im Rahmen eines 2016 durgeführten städtebaulichen Wettbewerbs für das Gesamtgebäude gewann der Entwurf des Berliner Architekturbüros Kuehn Malvezzi; dieser bildet die Grundlage für die konkreten Gebäudeplanungen.

Zur Umsetzung des Teilprojektes „Altmarktgarten“ wurde ein Durchleitungsvertrag zwischen der Stadt und der VZO auf der Grundlage des Zuwendungsbescheides geschlossen. Es wird davon ausgegangen, dass der VZO durch die Realisierung dieses Teilprojektes sowie für den weiteren Betrieb keine Kosten entstehen. Die Betriebskosten sind nach bisherigen Verhandlungen vom Träger der städtischen Grünflächenunterhaltung zu übernehmen. Die Fertigstellung / Übergabe des Dachgartens erfolgte im 3. Quartal 2019.

Für das Neubauprojekt JobCenter wurden die entsprechenden grundsätzlichen Finanzierungsverhandlungen bereits 2017 abgeschlossen. Eine auf Grund von unvorhersehbaren Preissteigerungen notwendige Nachfinanzierung wurde 2018 in das Gesamtfinanzierungskonzept integriert. Weitere Nachforderungen der Generalübernehmerin aus dem Geschäftsjahr 2020 werden derzeit geprüft.

Die OGM als langfristige Generalmieterin für den Gesamtkomplex "Technisches Rathaus Sterkrade" übernimmt per Vertrag auch den Betrieb und die Verwaltung für das Gebäude, einschließlich Finanzierung und Abrechnung der Nebenkosten sowie der Unterhaltung von Dach und Fach. Für das Projekt „JobCenter“ ist die gleiche Betriebsstruktur gewählt worden: die OGM ist wiederum Generalmieterin für das Gebäude und übernimmt im Rahmen eines Betreibervertrages auch Betrieb und Verwaltung; mit dem Jobcenter Oberhausen (Bundesagentur für Arbeit) als Endnutzer ist ein Untermietvertrag geschlossen.

Der operative Geschäftsbetrieb der Generalmieterin OGM und damit auch die Mietverträge der OGM für den Gesamtkomplex „Technisches Rathaus Sterkrade“, das „JobCenter“ sowie zugehöriger Parkhäuser sind mit Wirkung zum 01.01.2021 seitens der Stadt Oberhausen als 100%-Gesellschafterin auf dem Wege einer Teilvermögensübertragung auf den städtischen Eigenbetrieb SBO Servicebetriebe Oberhausen (SBO) übertragen worden. Die SBO ist somit im Rahmen der partiellen Gesamtrechtsnachfolge in die bestehenden Vertragsbeziehungen zwischen OGM und VZO eingetreten, so dass sich hieraus keine direkten Konsequenzen für die VZO ergeben.

Die Finanzierung aller anfallenden Schuldendienste für die Bestandsdarlehen ist über die Mieteinnahmen sichergestellt; die aktuellen langfristigen Darlehen sind in voller Höhe über eine Bürgschaft der Stadt Oberhausen, eingetragene Grundschulden bzw. Abtretungserklärungen abgesichert.

Die Darlehen zur Finanzierung der Baumaßnahmen sind allesamt langfristig aufgenommen, Prolongationen wurden im Geschäftsjahr 2021 für das Objekt „Technisches Rathaus Sterkrade“ vorgenommen, wobei in Anbetracht des aktuellen Zinsniveaus zum Prolongationszeitpunkt erhebliche Nominalzinsreduzierungen erreicht werden konnten. Für das Geschäftsjahr 2022 stehen keine weiteren Prolongationen an.

Kontokorrentdarlehen wurden im Geschäftsjahr 2021 nicht in Anspruch genommen. Die übrigen Verbindlichkeiten der Gesellschaft gegenüber Kreditinstituten konnten im Berichtsjahr planmäßig reduziert werden (d.h. um ca. 3.139 T€).

Zum Stichtag 31.12.2021 waren bei der VZO lediglich 2 Geschäftsführer nebenamtlich beschäftigt; alle übrigen betriebsnotwendigen Leistungen wurden eingekauft.

Der operative Geschäftsbetrieb der VZO bestand im Berichtszeitraum in der Vermietung des Technischen Rathauses sowie des Parkhauses am Eugen-zur-Nieden-Ring sowie des JobCenters und des Parkhauses Marktstraße 10. Die Mieterlöse konnten im Berichtsjahr 2021 in der kalkulierten Höhe erzielt werden.

Auch für das Geschäftsjahr 2021 konnte wieder ein Jahresüberschuss in Höhe von 1.616.420,94 € ausgewiesen werden (Vorjahr 1.544.922,87 €).

Dieser Gewinn wird zunächst auf neue Rechnung vorgetragen; die Bilanzgewinne belaufen sich zum Bilanzstichtag somit auf 5.737 T€. Gemäß den städtischen Vorgaben zum Haushaltssanierungsplan sollen aus den Jahresergebnissen jeweils 500 T€ an die Gesellschafterin Stadt Oberhausen ausgeschüttet werden, sofern die Liquidität der Gesellschaft dies zulässt.

Die Eigenkapitalquote der Gesellschaft beläuft sich somit zum Bilanzstichtag auf Eigenkapitalquote 14,91% (Vorjahr 11,32%).

Insgesamt ist die Geschäftstätigkeit der VZO langfristig ausgerichtet. Bedingt durch die in den Projektzyklen anfänglich hohen Zinsaufwendungen und Abschreibungen entstanden der Gesellschaft in der ersten Phase kontinuierlich hohe Aufwendungen, welche aber durch bereits längerfristig laufende Projekte überkompensiert werden können, so dass die sich die Ertragslage auch weiterhin konsequent positiv entwickeln wird.

2. Auswirkungen der Corona-Pandemie

Da der wesentliche Geschäftsbetrieb der VZO sich auf die Vermögensverwaltung bezieht, der Betrieb der Gebäude über Miet- bzw. Betreiberverträge und ohne eigenes Personal sichergestellt ist, haben sich auf den operativen Geschäftsbetrieb der VZO keine pandemiebedingten Auswirkungen ergeben.

3. Zukünftige Entwicklung

Zum 01.01.2022 (Technisches Rathaus Sterkrade) bzw. zum 01.04.2022 (JobCenter) wurden die Mieten für die beiden Hauptobjekte der VZO gemäß den mietvertraglichen Regelungen um jeweils 10,65% erhöht.

Weitere Vorgänge von wesentlicher Bedeutung sind nach dem 31.12.2021 nicht eingetreten.

Hinsichtlich der Ergebnisplanungen 2022 ff. ist zu beachten, dass bedingt durch den Verbrauch der steuerlichen Verlustvorträge die Ergebnisse in vollem Umfang Steuern vom Einkommen und Ertrag unterliegen. Darüber hinaus werden sich auch die Auswirkungen des Projektes „JobCenter“ in Ergebnis und Bilanz niederschlagen, wobei auch dieses langfristig gewinnbringend für die VZO kalkuliert ist.

Die Jahresergebnisse 2022 ff. werden auf Grund der o. g. Voraussetzungen (insbesondere durch die fortgesetzte Entschuldung und der damit einhergehenden Reduzierung des Zinsaufwandes) auch unter Berücksichtigung des Projektes „JobCenter“ wiederum positiv ausfallen und entsprechen dem mehrjährigen Businessplan der Gesellschaft.

Alle der VZO zufließenden Mieterträge dienen nach Abzug der von der Gesellschaft zu tragenden Betriebskosten fast ausschließlich der Bedienung der Darlehen. Liquide Mittel zur Bedienung der Schuldendienste stehen der VZO in ausreichender Höhe zur Verfügung. Bedingt durch die Tilgungen der Darlehen zur Finanzierung des Umbaus des Technischen Rathauses Sterkrade sowie ebenfalls hohe Tilgungsquoten für die Finanzierungsdarlehen zum JobCenter ergeben sich direkte positive Auswirkungen auf die zukünftigen Jahresergebnisse (Reduzierung Zinsaufwand).

4. Risiken und Chancen der künftigen Entwicklung

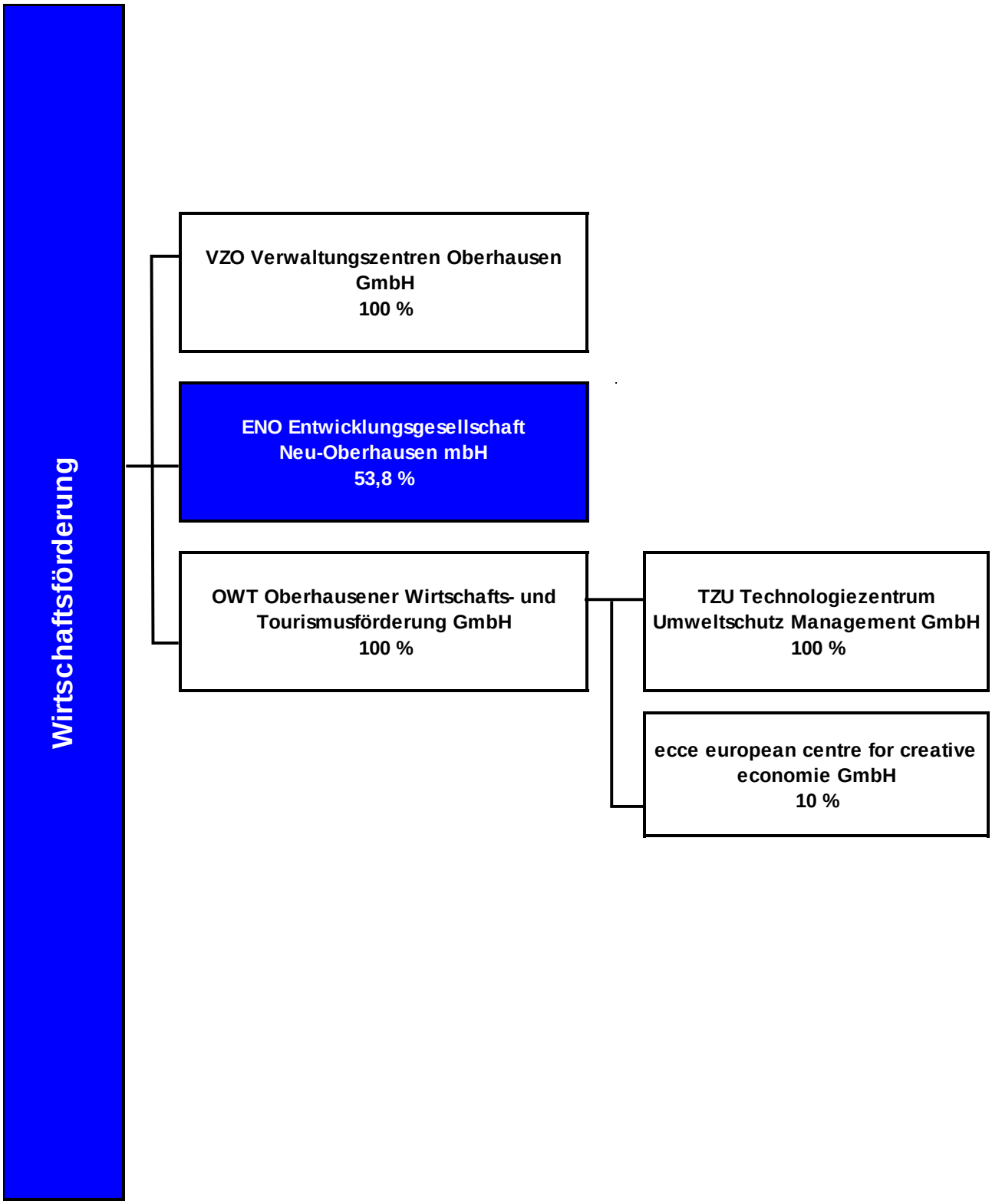
Wie oben bereits dargestellt, ist die OGM bzw. nunmehr die SBO Generalmieterin für das Gebäude Jobcenter, das an das Jobcenter Oberhausen (Bundesagentur für Arbeit) als Endnutzer untervermietet wurde. Der Geschäftsführung der VZO ist bekannt, dass zwischen der OGM (bzw. der SBO) und dem Jobcenter Oberhausen ein Rechtsstreit über ca. 500 T€ wegen Mietminderung aufgrund abweichender Mietflächen droht. Der entsprechende Mietvertrag zwischen der VZO und der OGM bzw. SBO sieht grundsätzlich nicht vor, dass mögliche Mindermieteinnahmen der OGM bzw. SBO aus dem Untermietverhältnis zu Lasten der VZO gehen. Es ist jedoch nicht auszuschließen, dass die Stadt Oberhausen (als Gesellschafterin bei VZO und OGM bzw. für den Eigenbetrieb SBO) die Entscheidung einer rückwirkenden Änderung des Mietvertrages und der Risikoverteilung trifft, die dann gegebenenfalls durch die Geschäftsführung der VZO umzusetzen wäre.

Wegen langfristiger Darlehensverträge mit festen Zinssätzen, langfristiger Mietverträge mit der OGM bzw. nun der SBO (und der Stadt für Teilflächen des Parkhauses) sowie langfristiger Betreiberverträge ergeben sich aus dem operativen Geschäft der Gesellschaft keine anderen erkennbaren Risiken, zumal es sich bei der SBO um einen Eigenbetrieb der Stadt Oberhausen handelt. Erfolg und Liquidität der Gesellschaft werden hierbei kontinuierlich überwacht und gesteuert.

Oberhausen, im November 2022

Verwaltungszentren Oberhausen GmbH (VZO)

Torsten Kunz-Aue / Horst Kalthoff
Geschäftsführung


Wirtschaftsförderung
VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH
100 %
ENO Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH
53,8 %
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH
100 %
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH
100 %
ecce european centre for creative economie GmbH
10 %

ENO Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Centroallee 269
46047 Oberhausen

Kontakt:

Telefon 0208/85036-0
Fax 0208/8503610
e-Mail info@eno-gmbh.de
Internet http://www.eno-gmbh.de

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 318,80

Gesellschafter:

	T€	%
1&1 Versatel Deutschland GmbH	0,26	0,09
360 Europe Asset Mant. Ltd.	1,50	0,51
Albrecht GmbH & Co. Verpachtungs KG	0,26	0,09
August Heine Baugesellschaft AG i.L.	0,61	0,21
Autohaus Kruft GmbH	0,26	0,09
BDSK Handes gmbH & Co. KG	0,66	0,22
BECKERautomobile GmbH & Co. KG	0,61	0,21
B & H Elektro-Anlagenbau GmbH	0,51	0,17
binary GmbH	0,50	0,17
Bioni CS GmbH	0,50	0,17
Contact gmbH	0,50	0,17
Der Baustoff-Mann Schneider oHG	0,36	0,12
Evers GmbH	0,50	0,17
evo Energieversorgung Oberhausen AG	12,50	4,22
Gehring Group GmbH	0,51	0,17
GEWA GmbH	0,50	0,17
GSI - Gesellschaft für Schweißtechnik International mbH	0,75	0,25
Gutehoffnungshütte Baugesellschaft mbH i.L.	0,61	0,21
Hermann Nottenkämper OHG	0,36	0,12
HOFFMANN Malerservice GmbH	0,50	0,17
Kreishandwerkerschaft	0,26	0,09
Lenord, Bauer & Co. GmbH	0,26	0,09
Lohmar & Meller oHG i.L.	0,61	0,21
MAN Energy Solutions SE	6,39	2,16
move elevator GmbH	0,31	0,10
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	12,50	4,22
Otto Horstmann GmbH	0,50	0,17
Plaßmeier GmbH	0,50	0,17
Prosperis Services GmbH & Co. KG	0,50	0,17
Radio NRW GmbH	0,26	0,09
RAG Montan Immobilien GmbH	0,51	0,17
REMONDIS Kommunale Dienste West GmbH	1,00	0,34
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH	6,39	2,16

Stadt Oberhausen	159,40	53,84
Stadtsparkasse Oberhausen	56,39	19,05
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	12,50	4,22
UVRN-Unternehmensverband-Ruhr-Niederrhein e.V.	0,75	0,25
VERITAS Unternehmensberatungs- und Treuhand GmbH Steuerberatungsgesellschaft	0,50	0,17
Volksbank Rhein-Ruhr eG	0,51	0,17
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	12,50	4,22
Weiterbildungsinstitut WBi GmbH	0,25	0,08
ZAR Oberhausen Reha GmbH & Co. KG	0,50	0,17

Gegenstand des Unternehmens:

Verbesserung der räumlichen, sozialen und wirtschaftlichen Struktur der Stadt Oberhausen durch Entwicklung und Förderung von Industrien, Gewerbe, Handel, Handwerk und Dienstleistungen auf allen Gebieten und Entwicklung des Arbeitsmarktes.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH	Geschäftsbesorgungsvertrag vom 02.01.2007

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2021)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Rüscher, Michael
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Tsalastras, Apostolos
Aufsichtsrat:	Vorsitzender (Mitglied gem. § 113 GO)	Schranz, Daniel
	stellv. Vorsitzende	Kruft-Lohrengel, Jutta
	Mitglied	Bongers, Sonja
	Mitglied	Gäng, Thomas
	Mitglied	Gieske, Hartmut
	Mitglied	Gödderz, Sandra
	Mitglied	Lacum, Markus
	Mitglied	Lenz, Eugen
	Mitglied	Mebus, Oliver
	Mitglied	Schmidt, Hartmut
	Mitglied	Dr. Schulte, Franz-Josef
	Mitglied	Simon, Michael
	Mitglied	Dr. Jacobs, Silke
	Mitglied	Heinzen, Tim
	Gast	Groß, Kerstin
Prokura:	Prokurist	Sprenger, Detlef

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2019		2020		2021		Veränder-ungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	0,95	0,2	0,35	0,1	7,56	1,5	7,21	2.060,00
Umlaufvermögen	423,62	99,2	406,08	99,9	492,57	98,1	86,49	21,30
Rechnungsabgrenzungsposten	2,39	0,6			2,05	0,4	2,05	
Bilanzsumme	**426,96**	**100,00**	**406,43**	**100,00**	**502,18**	**100,00**	**95,75**	**23,56**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	173,07	40,5	178,63	44,0	220,28	43,9	41,65	23,32
Rückstellungen	227,43	53,3	209,62	51,6	220,59	43,9	10,97	5,23
Verbindlichkeiten	26,46	6,2	18,18	4,5	61,31	12,2	43,13	237,24
Bilanzsumme	**426,96**	**100,00**	**406,43**	**100,00**	**502,18**	**100,00**	**95,75**	**23,56**

bb) GuV

	2019	2020	2021
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	1.058,73	1.022,17	959,00
sonstige betriebliche Erträge	9,19	6,39	16,47
Personalaufwand	267,64	190,26	152,64
Abschreibungen	0,89	0,60	0,96
sonstige betriebliche Aufwendungen	735,80	820,16	750,04
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	0,00	0,00
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	33,53	23,55	29,38
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	30,07	-6,02	42,46
sonstige Steuern	0,51	209,02	0,31
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	29,57	-215,04	42,15
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-153,05	-123,48	-338,52
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-123,48	-338,52	-296,37

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2021	Angaben in
Umsatzrentabilität:	2,79	-21,04	4,40	%
Eigenkapitalrentabilität:	9,97	-41,58	8,16	%
Cash-Flow:	30,45	-214,44	43,11	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	533,96	514,28	487,74	T€
Personalaufwandsquote:	25,06	18,50	15,65	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2021	Angaben in

Sachanlagenintensität:	0,22	0,09	1,50	%
Eigenkapitalquote:	40,54	43,95	43,86	%
Fremdkapitalquote:	59,46	56,05	56,14	%

e) Lagebericht

Ertragslage

Das Jahresergebnis der ENO des Geschäftsjahres 2021 weist einen Jahresüberschuss von T€ 42 aus. Gegenüber dem Jahresfehlbetrag 2020 in Höhe von T€ 215, bedeutet dies eine Verbesserung von rd. T€ 257.

Die Umsatzerlöse enthalten im wesentlichen Gesellschafterzahlungen und Weiterberechnungen von Personal- und Sachaufwendungen an die OWT GmbH. Weiterberechnungen ohne Gewinnzuschlag sind hierbei unter den sonstigen betrieblichen Erträgen aufgeführt. Hier wurde auch die Umweltprämie für das Geschäftsfahrzeug der ENO verbucht.

Als Ergebnis der in 2017 durchgeführten Betriebsprüfung, sind die Gesellschafterzahlungen ab 2018 der Umsatzsteuer unterworfen. Die Zuschusszahlungen sind daher ab 2018 zuzüglich der sich hierauf errechnenden Mehrwertsteuer angefordert worden. Bei den Zahlungen der nicht vorsteuerabzugsberechtigten Gesellschafter ergibt sich durch die Steueranteile ein Fehlbetrag von rd. T€106, der durch Reduzierung des Auftragsvolumens mit der OWT um T€ 150 kompensiert werden konnte. In den Sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von insgesamt T€ 750 sind die mit der OWT geschlossenen Projektverträge mit T€ 600 enthalten. Im Rahmen der in 2020 durchgeführten Betriebsprüfung wurden die Feststellungen der Vorprüfung aufgegriffen und bestätigt. Bezüglich der Verzinsung der Steuernachzahlung hat das Bundesverfassungsgericht entschieden, dass der angehaltene Zinssatz grundsätzlich als zu hoch anzusehen ist. Für Forderungen vor 2019 ist eine Reduzierung in dieser Entscheidung jedoch ausdrücklich ausgeschlossen worden. Die auf dieser somit bestätigten Einschätzung der ENO gebildete Rückstellung für Steuernachzahlungen musste somit ergebnisbelastend erhöht werden. Die von der Stadt auf Grundlage der gesellschaftsvertraglichen Regelungen zugesagte Übernahme des Fehlbetrages ist in Zusammenhang mit dem Ausgleich der Zinsforderung Anfang 2022 erfolgt.

Die Geschäftsführung schlägt vor, den Jahresüberschuss 2021 von T€ 42 mit dem bestehenden Verlustvortrag in Höhe von T€ 338 zu verrechnen.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme zum 31.12.2021 ist mit T€ 502 gegenüber dem Vorjahr (T€ 406) um rund T€ 96 angestiegen.

Das in den Vorjahren durch die Steuernachzahlung reduzierte Eigenkapital konnte von T€ 179 in 2020 auf T€ 220 in 2021 gestärkt werden.

Die ENO verfügt unverändert über kein wesentliches eigenes Anlagevermögen. Die im Umlaufvermögen bilanzierten Forderungen ergeben sich beinahe vollständig durch die stichtagsbezogene Betrachtung. Bei den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen handelt es sich hierbei um zwischenzeitlich ausgeglichene Ansprüche auf Kostenverrechnung gegen OWT.

Das Vermögen der Gesellschaft ist weiterhin durch ausreichende flüssige Mittel und eine positive Eigenkapitalquote geprägt. Die Gesellschaft war jederzeit in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen.

Voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

Zukünftig ist angestrebt, das Jahresergebnis der ENO unter Berücksichtigung der ergebniswirksamen Gesellschafterzahlungen im Wesentlichen ausgeglichen zu gestalten. Über die jährliche Vereinbarung der Verträge mit der OWT ist die ENO in der Lage, auf finanzielle Herausforderungen zu reagieren. Aufgrund des inzwischen wieder gestärkten Eigenkapitals der ENO, kommt eine Erhöhung des jährlichen Geschäftsbesorgungsbetrags an die OWT kurz- bis mittelfristig in Frage.

Das laufende Geschäftsjahr 2022 soll gemäß des vom Aufsichtsrat am 10.11.2021 beschlossenen Wirtschafts- und Erfolgsplans mit einem Jahresüberschuss von T€ 3 enden. Mit diesem Überschuss soll das Eigenkapital weiter gestärkt werden.

Eine vorratsweise Erhöhung des Stammkapitals ist weiterhin nicht beabsichtigt, da die Gesellschaft zum 31.12.2021 über eigene Anteile in Höhe von rd. T€ 23 verfügt, die für eine Weiterveräußerung zur Verfügung stehen und die Übernahme neuer Stammeinlagen ermöglichen.

Um zukünftig weiterhin die Ansiedlung neuer Arbeitsplätze mit beeinflussen zu können, ist es notwendig, ausreichende Grundstücks- und Immobilienangebote inkl. der begleitenden Serviceleistung anzubieten. Da die Wirtschaftsförderung über keine eigenen Flächen verfügt, ist es dringend notwendig, weiterhin mit Partnern Gewerbegrundstücke zu entwickeln und Immobilienflächen zu vermarkten.

Auf der Grundlage des zum 01.01.2007 geschlossenen Geschäftsbesorgungsvertrages zwischen ENO und der OWT (ehemals Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH (WFO)) wurde die OWT seitens der ENO mit der Realisierung der Wirtschaftsförderungsprojekte beauftragt.

Die zum Teil bereits 2007 initiierten und bis heute erfolgreich weitergeführten Einzelprojekte werden in enger Kooperation zwischen ENO und OWT realisiert. Impulse aus Politik und Wirtschaft werden aufgegriffen und setzen in den Projekten und Veranstaltungen wichtige Eckpunkte.

Im Wesentlichen handelt es sich dabei um folgende Inhalte:
- Projektentwicklung, Immobilienvermarktung, Flächenvermarktung; Akquisition und Neuansiedlung, Flächenmanagement örtlich und überörtlich
- Unternehmensservice, Bestandsentwicklung, Bestandspflege und Potenzialberatung, Leitmärkte, Kreativwirtschaft, Innovationsförderung, Wissenstransfer
- Weiterbildung /Qualifizierung/Fachkräftesicherung
- Kooperation mit anderen Unternehmensnetzwerken z. B. Business Partner Club, Unternehmerverbandsgruppe, Startercenter NRW; BMR, CityO
- Geschäftsstraßenmanagement
- Auslandsmärkte
- Betreuung von jungen Unternehmen: Intensivberatung, Durchführung von regelmäßigen Workshops, Seminaren und Treffen
- Standortmarketing sowie Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
- Teilnahme an nationalen Immobilienmessen

Die Darstellung ist weder abschließend noch auf das laufende Geschäftsjahr beschränkt.

Berichterstattung über Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung der Gesellschaft

Generell ist es der ENO möglich, für die Vermittlung oder Zuführung von Käufern oder Mietern an Grundstückseigentümer Provisionseinnahmen zu erhalten. Davon wurde in den letzten Jahren nur gelegentlich und in geringem finanziellen Umfang Gebrauch gemacht. Aktuell steht die ENO in Verhandlung mit einem Eigentümer bezüglich der Zahlung einer Provision. Es ist zu erwarten, dass zukünftig durch weitere Vermittlungstätigkeiten keine wesentlichen planbaren Einnahmen erzielt werden können.

Nach wie vor stehen für die Erledigung der Aufgaben der Wirtschaftsförderung im Unternehmensverbund ENO/OWT durch die seit 2018 geänderte Umsatzbesteuerung ca. T€ 100 per anno weniger zur Verfügung.

Abschließend lässt sich aber auch festhalten, dass durch die Vergabe von Projektverträgen - von ENO an OWT - über das PPP-Modell eine entsprechend positive Einflussnahme der Privatwirtschaft hinsichtlich der operativen Inhalte ermöglicht wird.

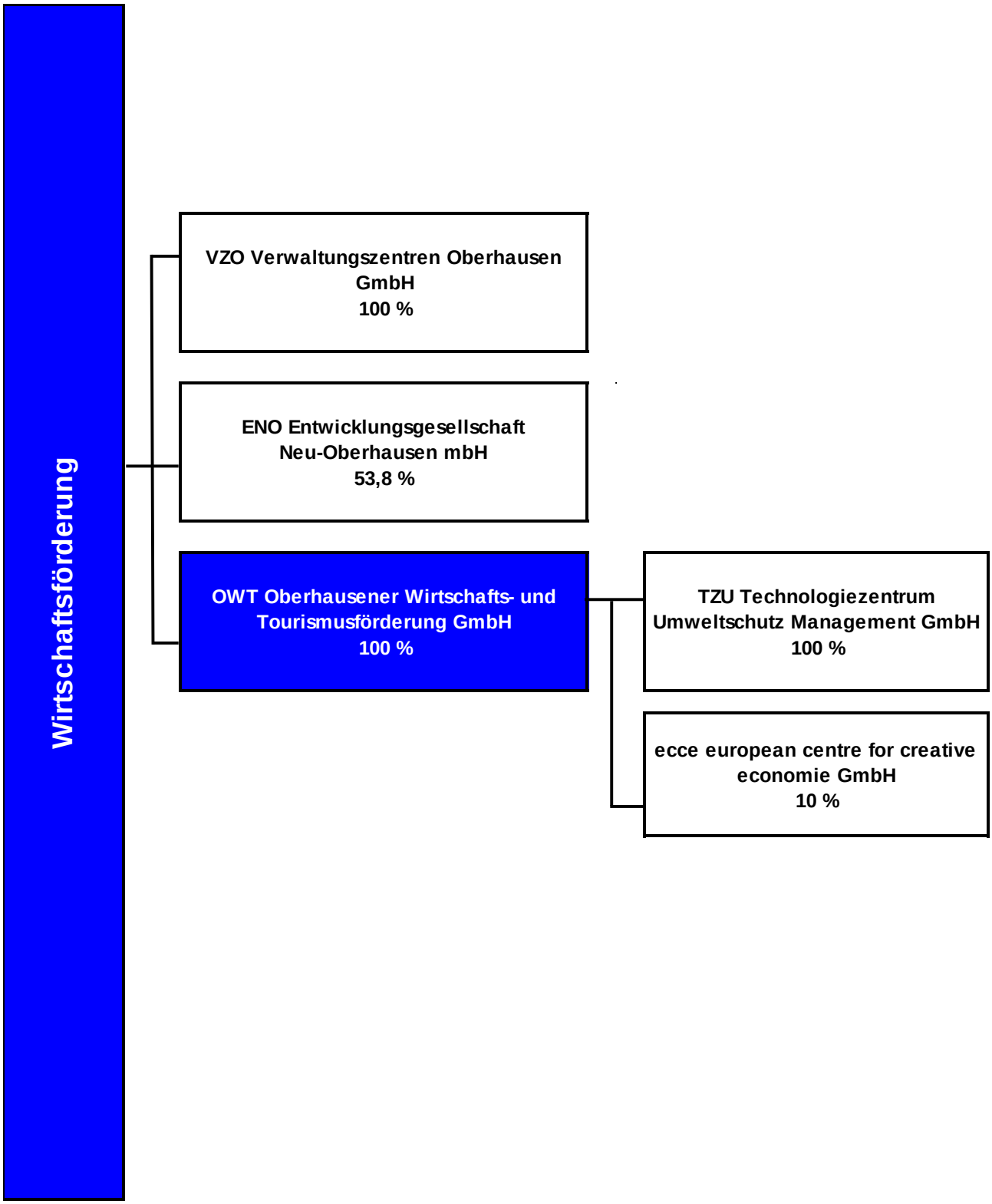
Nicht erst seit der Corona-Pandemie haben sich die Aufgaben der Wirtschaftsförderung verändert. So haben in den vergangenen Jahren vor allem die Themen Nachhaltigkeit und Fachkräftemangel für die Unternehmen an Bedeutung gewonnen. Der zunehmende Mangel an zur Verfügung stehenden Wirtschaftsflächen wird die wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten durch das Ausbleiben von Unternehmensansiedlungen von außen zukünftig einschränken.

Um diese Entwicklungen aufzugreifen, hat die Wirtschaftsförderung sich strategisch neu ausgerichtet. So wurden die bisherigen Arbeitsschwerpunkte um die Themenfelder „Nachhaltiges Wirtschaften“ und „Arbeit und Fachkräfte“ ergänzt. Um dem zu erwartenden Flächenengpass zu begegnen, werden in einem Wirtschaftsflächenkonzept bestehende und ggf. neue Wirtschaftsflächen im Oberhausener Stadtgebiet identifiziert und hierfür Entwicklungsperspektiven aufgezeigt. Gleichzeitig wird die Wirtschaftsförderung ihre Aktivitäten im Bereich der Gründungsförderung stärken, um auch über diesen Weg neue Unternehmensansiedlungen zu forcieren.

Oberhausen, 28. März 2022

Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH (ENO)

Michael Rüscher
Geschäftsführer


Wirtschaftsförderung
VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH
100 %
ENO Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH
53,8 %
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH
100 %
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH
100 %
ecce european centre for creative economie GmbH
10 %

OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift:	Centroallee 269 46047 Oberhausen
Kontakt:	
Telefon	0208/85036-0
Fax	0208 / 8503610
e-Mail	info@owtgmbh.de
Internet	http://www.owtgmbh.de
Rechtsform:	GmbH
Stammkapital in T€:	26,00

Gesellschafter:	**T€**	**%**
Stadt Oberhausen	26,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Verbesserung der räumlichen, sozialen, touristischen und wirtschaftlichen Struktur der Stadt Oberhausen durch Entwicklung und Förderung von Industrie, Gewerbe, Handel, Handwerk, Tourismus und Dienstleistungen auf allen Gebieten und Entwicklungen des Arbeitsmarktes. Zur Verwirklichung des Unternehmensgegenstand der Gesellschaft gehören insbesondere folgende Aufgaben:
a. Förderung des touristischen Marketings für die Stadt Oberhausen, durch Netzwerkmanagement für die Neue Mitte Oberhausen und die touristischen Leistungsträger, Koordination, Entwicklung und Vertriebsunterstützung von touristischen Angeboten sowie Information und Betreuung von Touristen vor Ort,
b. Service für Oberhausener Unternehmen, erweitert um eine Schlüsselkundenbetreuung für ausgewählte Unternehmen; insbesondere zu den Themen: räumliche Standortentwicklung, Sicherung von Fachkräften, Förderung des Netzwerkmanagements und Beratung über die Möglichkeiten zur Inanspruchnahme von Fördermitteln,
c. Ressourcenschonende Entwicklung von Flächen und Immobilien für die Industrie, Gewerbe und Büro in der Stadt Oberhausen, insbesondere durch Einleitung und Koordinierung von Maßnahmen zur Baureifmachung und Erschließung in Zusammenarbeit mit Dritten,
d. die Mitwirkung an der Entwicklung von Nutzungskonzepten für Industrie- und sonstige Grundstücke auf dem Gebiet der Stadt Oberhausen sowie die Aufbereitung der Grundstücke zum Zwecke der Vermarktung einschließlich aller damit in Zusammenhang stehenden Tätigkeiten,
e. Gewinnung von Unternehmen zur An- und Umsiedlung in Oberhausen,
f. Beantragung und Verwirklichung von Fördermaßnahmen im Bereich der Infrastrukturförderung, insbesondere unter Beteiligung Dritter sowie Mitwirkung an Fördermaßnahmen Dritter,
g. Marketing für des Wirtschaftsstandort Oberhausen im In- und Ausland.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH ENO	- Geschäftsbesorgungsvertrag vom 02.01.2007
evo Energieversorgung Oberhausen AG	Geschäftsbesorgungsvertrag vom 28.11.2006 über die Erbringung der gesamten Geschäftsbuchführung für OWT (vormals WFO) und deren Tochtergesellschaften
Gasometer Oberhausen GmbH	Mietvertrag Gasometer vom 17.12.2009/21.12.2009
Gasometer Oberhausen GmbH	Überlassungsvertrag Gasometer vom 17.10.1995/18.10.1995

Gasometer Oberhausen GmbH	Vertrag vom 25.10.1995 über den Betrieb und die Verwaltung des Gasometers
Stadt Oberhausen	Vertrag über die Überlassung des LaGa-Grundstücks vom 04.10.1999
Theater Oberhausen	Vertrag über die Anmietung der Probebühne vom 01.10.1998
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH	Geschäftsbesorgungsvertrag vom 12.01.2010

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2021)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Rüscher, Michael
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Tsalastras, Apostolos
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Tüzün, Saadettin
	stellv. Vorsitzender	Bischoff, Jörg
	Mitglied gem. § 113 GO	Schranz, Daniel
	Mitglied	Ingendoh, Holger
	Mitglied	Kruft-Lohrengel, Jutta
	Mitglied	Mebus, Oliver
	Mitglied	Wischermann-Bruckschlegel, Ursula
	Mitglied	Scherer, Axel
	Mitglied	Janetzki, Maximilian
	Mitglied	Heinzen, Tim
	Mitglied	Kattler, Thomas
	Mitglied	Küsters, Andrea
Prokura:	Prokurist	Suhr, Rainer
	Prokurist	Sprenger, Detlef

c) Beteiligungen

unmittelbar	**T€**	**%**
ecce - european centre for creative economy GmbH	2,50	10,00
Gasometer Oberhausen GmbH	50,00	100,00
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH	300,00	100,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2019		2020		2021		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	2.199,66	32,2	2.043,34	30,5	1.883,12	32,2	-160,22	-7,84
Umlaufvermögen	4.616,21	67,5	4.652,35	69,4	3.967,99	67,7	-684,36	-14,71
Rechnungsabgrenzungsposten	18,35	0,3	5,12	0,1	5,79	0,1	0,67	13,09
Bilanzsumme	**6.834,22**	**100,00**	**6.700,81**	**100,00**	**5.856,91**	**100,00**	**-843,90**	**-12,59**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	3.939,44	57,6	3.899,51	58,2	3.817,68	65,2	-81,83	-2,10
Sonderposten mit Rücklagenanteil	283,51	4,1	106,07	1,6	42,42	0,7	-63,65	-60,01
Rückstellungen	156,09	2,3	173,00	2,6	153,35	2,6	-19,65	-11,36
Verbindlichkeiten	2.450,52	35,9	2.517,95	37,6	1.838,77	31,4	-679,18	-26,97
Rechnungsabgrenzungsposten	4,67	0,1	4,28	0,1	4,69	0,1	0,41	9,58
Bilanzsumme	**6.834,22**	**100,00**	**6.700,81**	**100,00**	**5.856,91**	**100,00**	**-843,90**	**-12,59**

bb) GuV

	2019	2020	2021
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	3.003,78	3.612,97	2.295,17
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-455,71	-948,43	
andere aktivierte Eigenleistungen			248,63
sonstige betriebliche Erträge	304,18	371,48	
Materialaufwand	682,11	888,18	632,07
Personalaufwand	2.031,33	2.169,53	2.070,14
Abschreibungen	177,43	183,36	189,61
sonstige betriebliche Aufwendungen	963,34	961,22	937,50
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,02	0,03	0,02
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	16,52	15,19	13,45
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-1.018,46	-1.181,45	-1.298,95
sonstige Steuern	66,88	68,95	61,77
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	-1.085,34	-1.250,40	-1.360,72
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	305,15	-780,19	-2.030,59
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-780,19	-2.030,59	-3.391,31

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2021	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-36,13	-34,61	-59,29	%
Eigenkapitalrentabilität:	-23,00	-21,09	-18,88	%
Cash-Flow:	-907,91	-1.067,04	-1.171,10	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	81,49	86,74	72,68	T€
Personalaufwandsquote:	71,22	71,46	81,38	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2021	Angaben in
Sachanlagenintensität:	10,77	8,76	7,37	%
Eigenkapitalquote:	57,64	58,19	65,18	%
Fremdkapitalquote:	42,36	41,81	34,82	%

e) Lagebericht

I. Grundlagen des Unternehmens

Gegenstand der OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH (OWT) ist die Verbesserung der räumlichen, sozialen, touristischen und wirtschaftlichen Struktur der Stadt Oberhausen durch Entwicklung und Förderung von Industrie, Gewerbe, Handel, Handwerk, Tourismus und Dienstleistungen auf allen Gebieten und Entwicklungen des Arbeitsmarktes.

Mit dieser Aufgabenstellung erfüllt die Gesellschaft Aufgaben im Rahmen der öffentlichen Daseinsvorsorge gemäß § 107 Abs. 2 Gemeindeordnung NRW (nichtwirtschaftliche Betätigung).

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Nach 2020 war auch das Jahr 2021 wirtschaftlich geprägt von den Folgen der Corona-Pandemie. Die Auswirkungen auf die Unternehmen waren dabei stark branchenabhängig. Während insbesondere die Freizeitwirtschaft, das Gastgewerbe und einzelne Branchen des Einzelhandels im Vergleich zur Vor-Corona-Zeit weiterhin starke Nachfrageeinbrüche verbuchen mussten, konnten andere Branchen wie zum Beispiel das Handwerk Auftragszuwächse vermelden. Die Folgen der Pandemie wirkten sich auch indirekt aus. So waren Lieferketten gestört, Rohstoffe und Vorprodukte verteuerten sich. Hemmnisse für die wirtschaftliche Entwicklungsdynamik, die vor der Corona-Pandemie bereits bestanden, verstärkten sich zudem in den letzten beiden Jahren. Dies gilt insbesondere für den Fachkräftemangel in einzelnen Branchen.

Während der Corona-Pandemie beriet und unterstützte die OWT in betrieblichen Fragen insbesondere hinsichtlich der Fördermöglichkeiten. Eine Hauptaufgabe bestand zudem darin, den Restart der Freizeit- und Tourismusbranche in Oberhausen durch verstärkte Marketingmaßnahmen zu unterstützen. Dazu zählte unter anderem die Entwicklung und der Vertrieb eines Oberhausen-Gutscheins, um Konsumanreize zu setzen.

Die Folgen der Pandemie werden auch im Jahr 2022 weiterhin direkte und indirekte negative Auswirkungen auf die Wirtschaft haben. Durch den Krieg in der Ukraine kommen auf die Wirtschaft weitere bisher noch nicht absehbare Einschränkungen zu. Der Sachverständigenrat der Bundesregierung hat seine Wachstumserwartungen an die Wirtschaftsentwicklung für 2022 bereits deutlich reduziert.

2. Geschäftsverlauf

Insbesondere zu Beginn des Geschäftsjahrs 2021 bestand die Hauptaufgabe der OWT weiterhin in der Beratung der Oberhausener Unternehmen zu Corona-Förderprogrammen des Bundes und des Landes. Viele Betriebe nutzten in dieser Zeit das Angebot zur Qualifikation ihrer Mitarbeitenden und ließen sich zum Thema Bildungschecks beraten. Die Anzahl der Beratungen durch die OWT hat sich im Jahr 2021 mehr als verdoppelt.

Im Laufe des Jahres wurden dann nach und nach bestehende Formate und Aktivitäten wieder aufgenommen. So fand die Immobilienmesse Expo Real in München wieder als Präsenzveranstaltung statt. Auch an der Investorentour Ruhr beteiligte sich die OWT und stellte die Planvorstellungen auf dem bisherigen Gelände eines Möbelhauses vor.

Informationsveranstaltungen fanden weitestgehend digital statt. OWT-Netzwerktreffen wurden infektionssicher in einem neuen Format als walk&talk durchgeführt. Neu ins Angebotsportfolio aufgenommen wurde der Blog „give me four“. Hier finden insbesondere junge Unternehmen und start-ups Expertenbeiträge zu ausgewählten Themen. Insgesamt sind bereits rund 30 Blogbeiträge entstanden.

Andere bisher regelmäßig stattfindende Veranstaltungen wie zum Beispiel das Wirtschaftsforum oder die Gründermesse mussten hingegen erneut abgesagt werden. Eine für Herbst 2021 geplante Ausbildungsmesse, an der sich die OWT erstmalig beteiligte, musste wegen steigender Inzidenzzahlen ebenfalls kurzfristig abgesagt werden und wurde auf 2022 verschoben.

Die Oberhausener Wasserstoff-Initiative HydrOB wurde fortgesetzt. Aktuell wird eine Vereinsgründung angestrebt und abgestimmt. Einer der beiden Fördermittelanträge für die Umsetzung eingereichter Projekte wurde abgelehnt. Ein zweiter hat gute Chancen, positiv beschieden zu werden. Somit würden dann Mittel für die Projektumsetzung zur Verfügung stehen. Darüber hinaus organisierte die Initiative ein erstes Vernetzungstreffen auf Ruhrgebietsebene. Ab 2022 wird eine Koordinierungsstelle Wasserstoff beim Regionalverband Ruhr und der Business Metropole Ruhr eingesetzt, die die lokalen Wasserstoffinitiativen unterstützt. Die OWT bringt sich weiter aktiv in den Prozess ein.

Trotz der Corona-Pandemie erreichte die Nachfrage nach Wirtschaftsflächen im Jahr 2021 einen neuen Höchststand. Während für Vermietungsanfragen oft ein Angebot gemacht werden konnte, konnten Kaufinteressenten und Anfragende nach Flächen über 10.000 m² in der Regel nicht direkt bedient werden. Um noch vorhandene Entwicklungspotenziale für Wirtschaftsflächen im Oberhausener Stadtgebiet zu identifizieren, wird im Jahr 2022 ein Wirtschaftsflächenkonzept erarbeitet. Dieses soll auch einen abgestimmten Rahmen für zukünftige Ansiedlungen formulieren. Weiterhin als Hemmnis für die Standortvermarktungstätigkeit der OWT erweist sich die Tatsache, dass die OWT derzeit über keine eigenen oder städtischen Flächen zur Vermarktung mehr verfügt. Es gibt eine starke Abhängigkeit von privaten Grundstückseigentümern, bei denen aufgrund der Niedrigzinsphase gegenwärtig ein geringes Verkaufsinteresse besteht.

Die OWT ist weiterhin an der ecce european centre for creative economy GmbH beteiligt und begleitet hierüber die Kultur- und Kreativwirtschaft. Diese Gesellschaft befindet sich nach Ausscheiden des Gründungsgeschäftsführers weiter im Umbruch. Zukünftig sollen durch eine geplante längerfristige Finanzierung der Gesellschaft auch mehrjährige Projektplanungen ermöglicht werden.

2021 traf die anhaltende Corona-Krise die städtische Tourismus- und Freizeitwirtschaft in Oberhausen mit unverminderter Wucht: Lockdown und Reisebeschränkungen bis weit in den Mai hinein schwächten die Nachfrage im Übernachtungstourismus wie im Tagesausflugsverkehr erheblich. Denn grundsätzlich haben die Corona-Folgen keine Branche früher, stärker und perspektivisch auch nachhaltiger getroffen als die Freizeit- und Tourismuswirtschaft: Gastronomie, Hotellerie sowie Kultur- und Freizeitanbieter sowie die Veranstaltungsbranche in Oberhausen befinden sich seit März 2020 in einer zum Teil existenzgefährdenden Krise. Nach Einschätzung des Kompetenzzentrums Tourismus des Bundes sind bei anhaltend hohen Inzidenzen (Redaktionsschluss: Ende März 2022) nachhaltige negative Veränderungen im privaten wie im geschäftlichen Reiseverkehr zu erwarten. Aktuell geht das Kompetenzzentrum vor diesem Hintergrund davon aus, dass der Reiseverkehr in Deutschland – wenn überhaupt – nicht vor 2025 wieder das Niveau des Jahres 2019 erreichen wird. Noch massivere Rückgänge und eine deutlich spätere Normalisierung werden gerade in den Reisesegmenten prognostiziert, die für Oberhausen von besonderer Bedeutung sind: im Business-Verkehr und bei privaten Städtereisen.

Nach pandemie-bedingten Einbußen von 50 Prozent bei den Übernachtungen wurde die Oberhausener Hotellerie 2020 zurückgeworfen auf die Zeit vor dem Kulturhauptstadt-Jahr RUHR.2010. Im Jahr 2021 war mit 338.000 Übernachtungen infolge eines verhältnismäßig starken zweiten Halbjahrs zwar eine Belebung des Reiseverkehrs gegenüber dem noch schwächeren Vorjahresniveau zu verzeichnen. Gegenüber 2019, dem letzten Jahr vor Corona, betrug der Rückgang allerdings immer noch rund 40 Prozent. Auch wegen des inzwischen deutlich vergrößerten Bettenangebots lag dessen Auslastung im Jahresmittel 2021 über alle Betriebsformen nur bei knapp über 30 Prozent.

Die Umsatzeinbrüche im Tagesausflugsverkehr, von dem Oberhausen sonst überproportional profitiert, waren auch 2021 erheblich. Abstands- und Hygieneregeln mit zahlenmäßigen Zugangsbeschränkungen machten einen wirtschaftlich auskömmlichen Betrieb der meisten Oberhausener Freizeiteinrichtungen nahezu unmöglich. In der Gastronomie schwächten diese Zugangsbeschränkungen auch nach Ende des Lockdowns die Nachfrage, so dass Restaurants, Cafés und Kneipen vielfach deutlich unterhalb der Rentabilitätsschwelle betrieben wurden. Die Abwanderung von Fachkräften infolge von Kurzarbeit und Lockdown kam erschwerend hinzu.

Seit April 2020 hat sich die Tourismussparte der OWT mit einem kontinuierlich fortgeschriebenen Strategiepapier zum Neustart und mit einer Vielzahl von Einzelmaßnahmen auf die Herausforderungen der Corona-Krise und ihre dramatischen Folgen für den privaten wie für den Geschäfts-Reiseverkehr in Oberhausen eingestellt. Daran wurde 2021 angeknüpft. Schwerpunkte lagen und liegen dabei weiterhin in den Bereichen Digitalisierung, Medien- und Netzwerkarbeit, Produktentwicklung und Corona-bedingte Produktanpassung, Förderung von Fahrradtourismus und anderen Outdoor-Angeboten.

Viele Maßnahmen aus dem Masterplan Tourismus Oberhausen wurden 2021 vorgezogen bzw. beschleunigt. Dazu zählte gegen Ende des Berichtsjahrs unter anderem die Vorbereitung und Durchführung eines Kreativwettbewerbs zur Entwicklung einer touristischen Wort-Bild-Marke als einheitlicher kommunikativer Absender der Destination und die Anpassung der gesamten Außendarstellung in Print, Online sowie in den Tourist-Informationen.

Beide Tourist-Informationen – am Hauptbahnhof sowie im Centro – waren vom Weihnachtsgeschäft 2020 bis ins Frühjahr 2021 im Lockdown. Nennenswerte Ticketingumsätze konnten vor dem Hintergrund fast flächendeckender Absagen von Veranstaltungen ganzjährig nicht erzielt werden. Stattdessen entstanden erhebliche personelle Aufwände durch die Stornierung bzw. die teilweise mehrfache Verschiebung von Veranstaltungen. Im vierten Quartal wurde die Tourist-Info am Hauptbahnhof mit guten Service-Noten für drei weitere Jahre rezertifiziert. Abstriche beim Erscheinungsbild und der digitalen Ausstattung waren dabei zu erwarten. Sie sind darum auch Thema des Umbaus im Jahr 2022.

Im Berichtsjahr 2021 wurde den Übernachtungsbetrieben wie schon 2020 die Ausgleichszahlung zur Vermeidung einer Kulturförderabgabe erlassen. Außerdem hat der Rat der Stadt Oberhausen für Projekte zur Förderung des Neustarts im Tourismus und für besondere Marketingmaßnahmen zusätzliche Mittel aus der städtischen Coronaförderung zur Verfügung gestellt.

Dazu zählt auch der „Stadtgutschein Oberhausen". Im Auftrag und mit finanzieller Unterstützung der Stadt hat die OWT ein Zuschusssystem und -portal entwickelt und umgesetzt. Dabei werden Besuche von Gastronomie sowie von Kultur- und Freizeiteinrichtungen städtischer-seits bezuschusst. Bei einem Fördervolumen von maximal 500.000 € können zusätzliche Umsätze von bis zu 2,5 Mio. € generiert werden.

Auch im Jahr 2021 konnte noch keine Lösung bezüglich einer Nachfolgenutzung für das von Stage-Entertainment geschlossene Metronom-Theater erzielt werden. Der US-Eigentümer von Stage schließt einen konkurrierenden Musical-Betrieb aus und will nur eingeschränkte Nutzungen unter dem Stichwort „live-Entertainment" gestatten. Die Gespräche werden 2022 fortgesetzt.

Kurz vor der Eröffnung stand zum Jahresende Topgolf Oberhausen, die größte Investition in der hiesigen Tourismus- und Freizeitwirtschaft seit dem Bau des Centro. Ein Familienpark „Karls Erlebnisdorf" zur Ergänzung des Angebots befand sich zu diesem Zeitpunkt noch in der Prüfungs- bzw. Genehmigungsphase. Nach sanierungsbedingter Schließung trug der Gasometer Oberhausen mit seiner neuen Ausstellung „Das zerbrechliche Paradies" seit Oktober zur Belebung der touristischen Nachfrage bei.

III. Lage des Unternehmens

Im Geschäftsjahr 2021 wurde eine inhaltliche Neuausrichtung der OWT erarbeitet. Zusätzlich zu den bestehenden Handlungsfeldern wurden die Themen „Arbeit und Fachkräfte" und „Nachhaltiges Wirtschaften" ergänzt und mit Projekten hinterlegt. Auch die Aktivitäten in der Betreuung von Gründern wurden um weitere Maßnahmen ergänzt.

a) Ertragslage

Das Jahresergebnis der OWT des Geschäftsjahres 2021 weist einen Jahresfehlbetrag von T€ 1.361 (Vj.: T€ -1.250) aus. Gegenüber der Planvorgabe von T€ - 1.467 bedeutet dies eine Verbesserung von T€ 106.

Die Umsatzerlöse liegen bei insgesamt T€ 2.295 (Vj.: T€ 3.613). Hierin sind die Umsätze aus der Geschäftsbesorgung mit der ENO mit T€ 600 enthalten. Unter Berücksichtigung der finanziellen Möglichkeiten der ENO wurde die im Jahr 2019 erstmalig durchgeführte Reduzierung des Auftragsvolumens beibehalten.

Die Erträge liegen bei T€ 249 und damit um T€ 122 unter dem Vorjahresergebnis.

b) Vermögenslage

Die Bilanzsumme zum 31.12.2021 beträgt T€ 5.857 (Vj.: T€ 6.701). Der Jahresfehlbetrag soll durch Entnahme aus der Kapitalrücklage ausgeglichen werden.

Unter den Guthaben bei Kreditinstituten sind T€ 268 für die Coronahilfe Stadtgutscheine enthalten, die die OWT treuhänderisch für die Stadt Oberhausen verwaltet.

Die Kapitalrücklage wurde durch die Zuschusszahlungen der Gesellschafterin Stadt Oberhausen gestärkt.

Das Vermögen der OWT ist weiterhin durch umfängliche liquide Mittel und eine hohe Eigenkapitalquote von 65,2 % (Vj.: 58,2%) geprägt. Die Gesellschaft war jederzeit in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen.

Das von der Stadt Oberhausen über die OWT und die OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH an die PBO Projektentwicklungsgesellschaft Oberhausen mbH durchgereichte Liquiditätsdarlehen von T€ 1.240 wird weiterhin unter den Sonstigen Vermögensgegenständen sowie den Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern ausgewiesen.

IV. Berichterstattung über Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung der Gesellschaft

Es zeigt sich, dass die OWT bei konstanter Zuschusszahlung und den aus eigener Kraft zu erzielenden Einnahmen zumindest mittelfristig eine Ergebnisvakanz aus eigenen Mitteln ausgleichen kann. Die weiterhin bestehende Kürzung des Auftragsvolumens von insgesamt T€ 250 mit der ENO Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH wirkt sich hierbei als problematisch aus. Da sich bei der ENO im Vergleich zu den Vorjahren inzwischen eine Verbesserung der Eigenkapitalausstattung eingestellt hat, besteht für die kommenden Jahre die Möglichkeit mit der ENO zu prüfen, ob eine Erhöhung des Geschäftsbesorgungsbetrages kurz- bis mittelfristig möglich ist.

Der Gesellschaft stehen auch durch die Zuführung der Gesellschafterin Stadt Oberhausen für die derzeitigen Aufgaben grundsätzlich ausreichende Mittel zur Verfügung, um die mit diesen Projekten verbundenen finanziellen Risiken tragen zu können. Sollten zukünftig zusätzliche Aufgaben wie zum Beispiel die Ausweitung von Gründeraktivitäten über die bisherigen Projekte hinaus oder Aktivitäten im Bereich des Citymanagements auf die OWT übertragen werden, müsste je nach Umfang eine Aufstockung der personellen und finanziellen Ressourcen erfolgen.

Derzeit erarbeitet die Stadtverwaltung Oberhausen ein Konzept zur Strukturierung des Immobilienbesitzes innerhalb des „Konzerns Stadt“. Ziel ist es, die im Eigentum der Stadt und der städtischen Töchter befindlichen Immobilien und Grundstücke neu zu ordnen. Sollte es zu dieser Neuordnung kommen, würde die OWT nach derzeitigem Sachstand die bisher selbst gehaltenen Immobilien und Grundstücke an eine zu gründende Stadtentwicklungsgesellschaft abgeben. Dies würde Auswirkungen auf die Vermögenswerte der Gesellschaft und auf die Ertragslage habe. Eine entsprechende finanzielle Kompensation wurde in den bisherigen Beteiligungsgesprächen zugesagt. Der Rat der Stadt soll bereits im Sommer 2022 über das Feinkonzept beraten.

Eine verlässliche Prognose der weiteren Entwicklung der Corona-Pandemie und die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine für die Oberhausener Wirtschaft lassen sich zum jetzigen Zeitpunkt nicht vorhersagen.

Dies gilt insbesondere für die Freizeit- und Tourismuswirtschaft. Denn anhaltend hohe Inzidenzen und Corona-Beschränkungen haben den Start ins Tourismusjahr im ersten Quartal 2022 erschwert. Trotz vieler Lockerungen vor Ostern sind die Aussichten auch für die nächsten Monate von anhaltender Unsicherheit, Konsum- und Reisezurückhaltung geprägt. Preissteigerungen und Zukunftsängste im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine lassen zunächst keine deutliche Belebung des Städte- und Tagestourismus erwarten.

Die Tourismus-Information am Hauptbahnhof wird im Frühjahr umgebaut und anlässlich des 25jährigen Bestehens mit einer zeitgemäßen Anmutung und Ausstattung neu eröffnen. Neben den schon 2021 eingeleiteten und vorbereitenden Maßnahmen zum Neustart von Oberhausen.Tourismus ist unter dem Arbeitstitel OB.Convention die Etablierung eines Kongress- und Tagungsbüros geplant. Ziel ist es, das Image und den Bekanntheitsgrad Oberhausens als Tagungs-, Veranstaltungs- und Kongressdestination zu verbessern. So soll auch eine höhere Auslastung der Leistungsanbieter bewirkt und für eine bessere Vernetzung der Betriebe untereinander gesorgt werden.

Mit der Eröffnung von Topgolf und der Hoffnung auf einen baldigen Baubeginn für Karls Erlebnisdorf sind auch Hoffnungen auf eine Belebung im Übernachtungs- und Ausflugsgeschäft im weiteren Jahresverlauf 2022 verbunden.

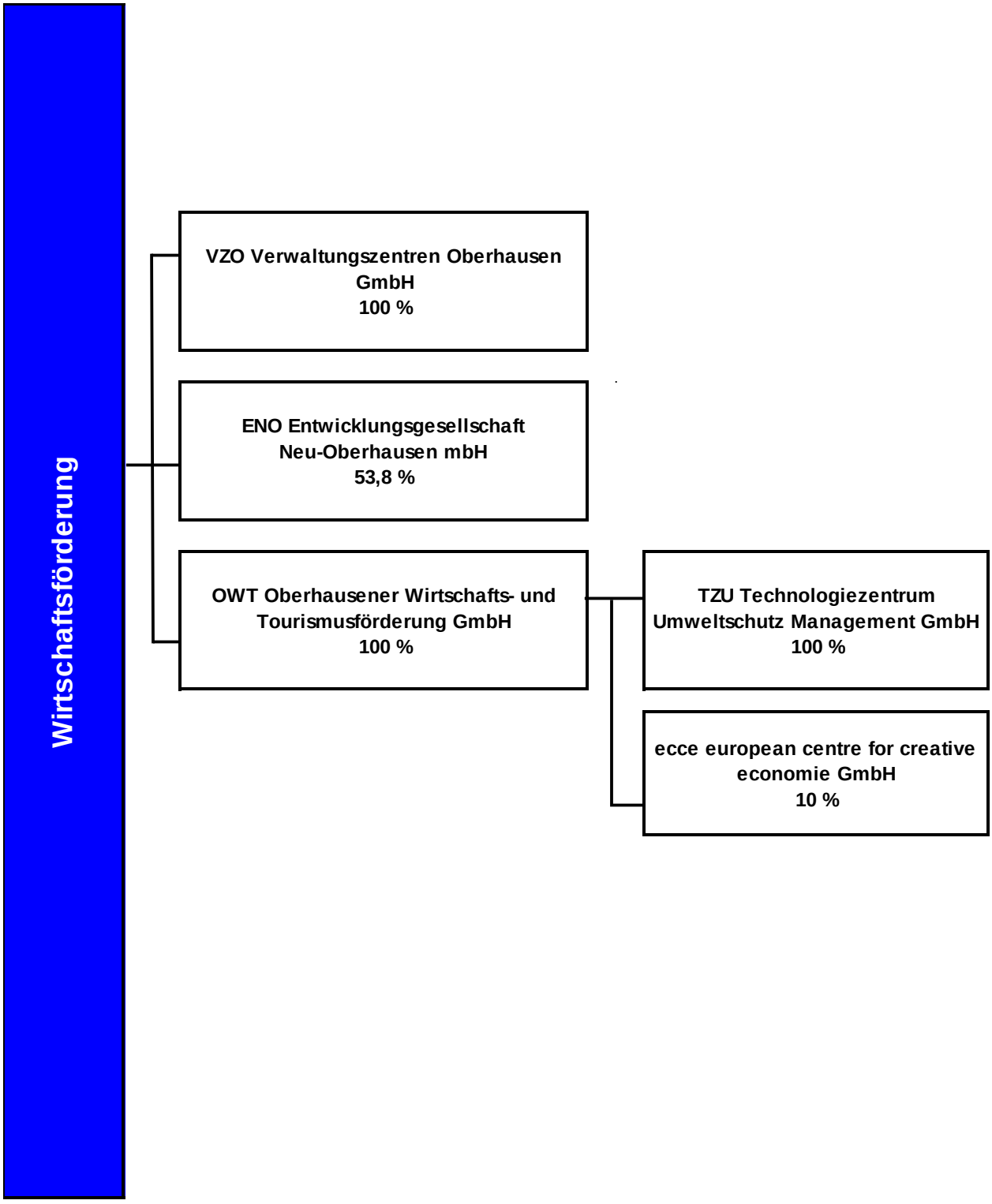
Die Geschäftsführung schlägt vor, den Jahresfehlbetrag 2021 von T€ 1.361 mit der Kapitalrücklage zu verrechnen.

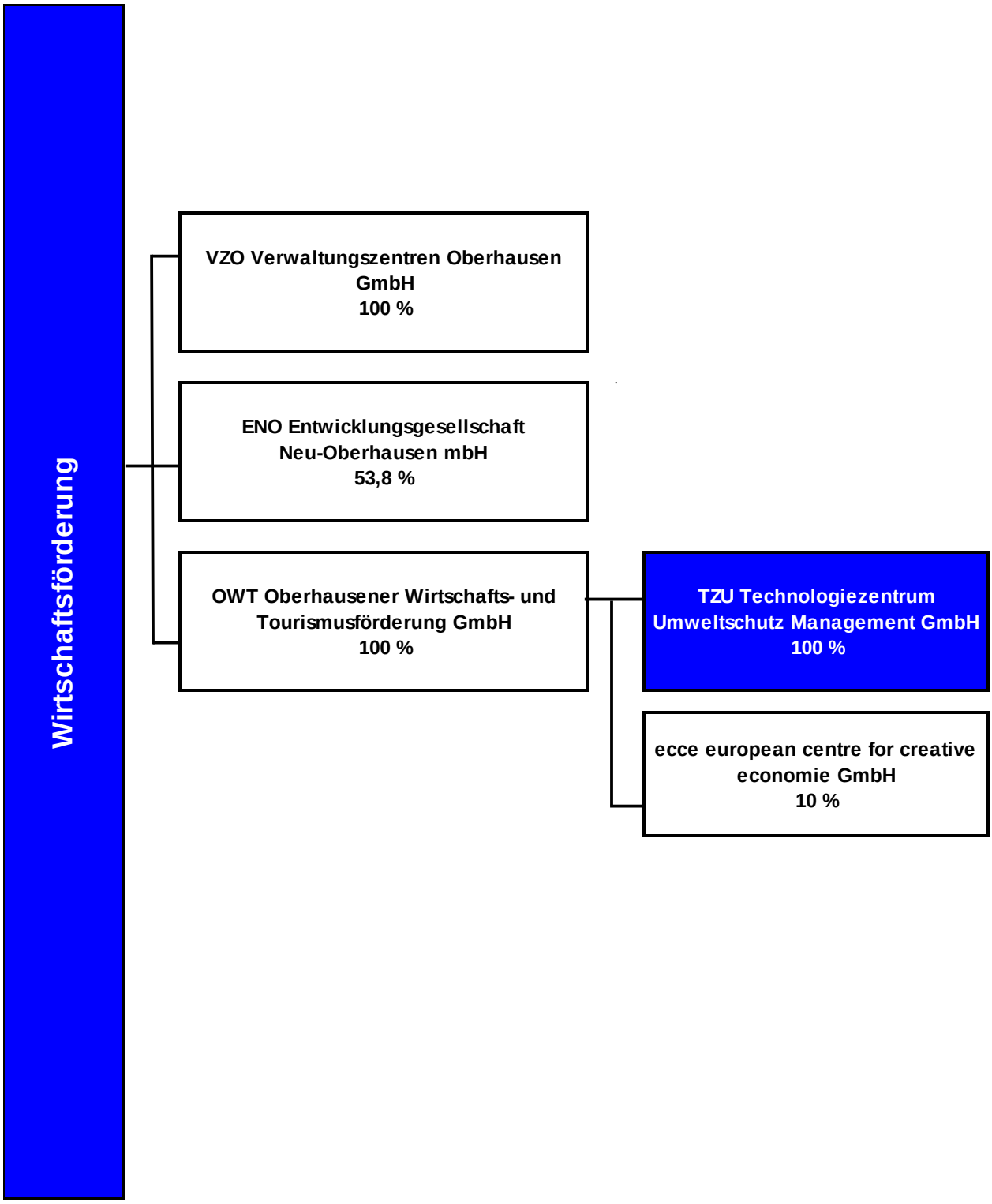
Oberhausen, 4. April 2022

Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH (OWT)

Michael Rüscher
Geschäftsführer

Wirtschaftsförderung - mittelbare Beteiligungen -




Wirtschaftsförderung
VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH
100 %
ENO Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH
53,8 %
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH
100 %
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH
100 %
ecce european centre for creative economie GmbH
10 %

TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift:	Essener Str. 3 46047 Oberhausen
Kontakt:	
Telefon	0208/85037-0
Fax	0208/851518
e-Mail	lerch@tzu.de
Internet	http://www.tzu.de
Rechtsform:	GmbH
Stammkapital in TDM:	300,00

Gesellschafter:

	TDM	%
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH	300,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

- die Weiterentwicklung und der Betrieb des Technologiezentrums Umweltschutz sowie die Förderung der Technologiezentren
- die Entwicklung von Grundstücken mit allen damit zusammenhängenden Tätigkeiten, insbesondere die Erarbeitung von Nutzungskonzepten sowie die Aufbereitung und Vermarktung der Grundstücke
- die Entwicklung, Betreuung und der Betrieb von Projekten mit besonderer Strukturrelevanz für den Standort Oberhausen

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusför-derung GmbH	Geschäftsbesorgungsvertrag vom 12.01.2010

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2021)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Lerch, Klaus
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Tsalastras, Apostolos

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2019		2020		2021		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	2.097,13	50,7	276,55	2,2	244,98	2,3	-31,57	-11,42
Umlaufvermögen	1.380,63	33,4	12.285,16	97,7	10.210,05	97,6	-2.075,11	-16,89
Rechnungsabgrenzungsposten	6,17	0,1	6,23	0,0	6,28	0,1	0,05	0,80
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	651,10	15,7					0,00	
Bilanzsumme	**4.135,03**	**100,00**	**12.567,94**	**100,00**	**10.461,31**	**100,00**	**-2.106,63**	**-16,76**
Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital			10.137,33	80,7	9.760,10	93,3	-377,23	-3,72
Sonderposten mit Rücklagenanteil	1.086,10	26,3					0,00	
Rückstellungen	455,86	11,0	2.131,80	17,0	485,91	4,6	-1.645,89	-77,21
Verbindlichkeiten	2.589,07	62,6	297,81	2,4	215,30	2,1	-82,51	-27,71
Rechnungsabgrenzungsposten	4,00	0,1	1,00	0,0			-1,00	-100,00
Bilanzsumme	**4.135,03**	**100,00**	**12.567,94**	**100,00**	**10.461,31**	**100,00**	**-2.106,63**	**-16,76**

bb) GuV

	2019	2020	2021
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	1.967,42	1.882,12	872,17
sonstige betriebliche Erträge	953,53	13.287,76	208,08
Materialaufwand	969,11	1.482,41	864,98
Personalaufwand	183,03	199,26	189,44
Abschreibungen	581,90	461,72	16,00
sonstige betriebliche Aufwendungen	362,61	415,05	416,47
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	0,00	0,00
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	73,21	56,43	4,93
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	751,09	12.555,01	-411,57
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		1.679,20	-70,51
sonstige Steuern	85,46	87,38	36,17
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	665,63	10.788,42	-377,23
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-34.816,76	-34.151,13	-23.362,71
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-34.151,13	-23.362,71	-23.739,93

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2021	Angaben in
Umsatzrentabilität:	33,83	573,21	-43,25	%
Eigenkapitalrentabilität:	1,95	32,20	-1,13	%
Cash-Flow:	1.247,53	11.250,14	-361,23	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	973,65	5.056,63	360,08	T€
Personalaufwandsquote:	6,27	1,31	17,54	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2021	Angaben in
Sachanlagenintensität:	46,85	1,09	1,19	%
Eigenkapitalquote:	0,00	80,66	93,30	%
Fremdkapitalquote:	100,00	19,34	6,70	%

e) Lagebericht

Geschäftsverlauf und Lage

Auch das Geschäftsjahr 2021 wurde weitestgehend durch die Corona bedingte Pandemie geprägt, wobei wie schon im Jahr 2020 der Vermietungsbereich der Büroflächen kaum betroffen war, während im Veranstaltungsbereich die Buchungszahlen stark rückläufig waren.

Aufgrund der zurzeit durchgeführten Untersuchung einer möglichen Zusammenlegung von städtischen Gesellschaften mit Immobilienbesitz wurde beschlossen, den erzielten Verkaufserlös des Gebäudes TZU IV zunächst bei der TZU Management GmbH zu belassen, bis Klarheit über die weitere Vorgehensweise besteht.

Nach dem Verkauf der Gebäude TZU II und TZU IV wurde vor allem in Abstimmung mit dem Oberhausener Energieversorger evo AG und mit der Stadt Oberhausen versucht, die anfallenden Energiekosten und Grundbesitzabgaben auf die besitzenden Gesellschaften zu verteilen. Dieses Vorhaben war Ende 2021 weitestgehend abgeschlossen, führte aber im Laufe des Geschäftsjahres zu entsprechenden Weiterberechnungen, so dass bei der TZU Mgmt. GmbH erhöhte Beträge bei den bezogenen Leistungen zu erhöhten Umsatzerlösen führten.

Zusätzliche nicht geplante Instandhaltungsmaßnahmen, die im Zuge des Wasserschadens notwendig und nicht von der Versicherung ausgeglichen wurden, führten zwar zu einer Ergebnisverschlechterung, sollten zukünftig aber zu einer Verringerung notwendiger Instandhaltungsmaßnahmen führen.

Die Liquidität der Gesellschaft war durch den im Jahr 2020 erzielten Verkaufserlös während des gesamten Geschäftsjahres 2021 sichergestellt.

Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Nach dem Verkauf des Gebäudes TZU IV betreibt die TZU Management GmbH das im Eigentum befindliche Gebäude TZU I (Werksgasthaus), wobei die Erlöse aus den Bereichen Büroflächenvermietung und Veranstaltungen anfallen.

Es bleibt abzuwarten, ob die zurzeit mit den Töchtergesellschaften der Volksbank Rhein-Ruhr eG, der VIV TZU II GmbH & Co. KG und der VIV TZU IV GmbH & Co. KG, bestehenden Managementverträge über 70.000 EUR/Jahr auch über das Jahr 2022 hinaus verlängert werden. Die Volksbank Rhein-Ruhr eG prüft, bei weiteren Immobilienkäufen, eine eigene Betreibergesellschaft zu gründen.

Um die Liquidität der Gesellschaft auch zukünftig zu sichern, wurde in der Aufsichtsratssitzung vom 29.04.2021 beschlossen, 2.000.000 € in den Gewinnvortrag einzustellen.

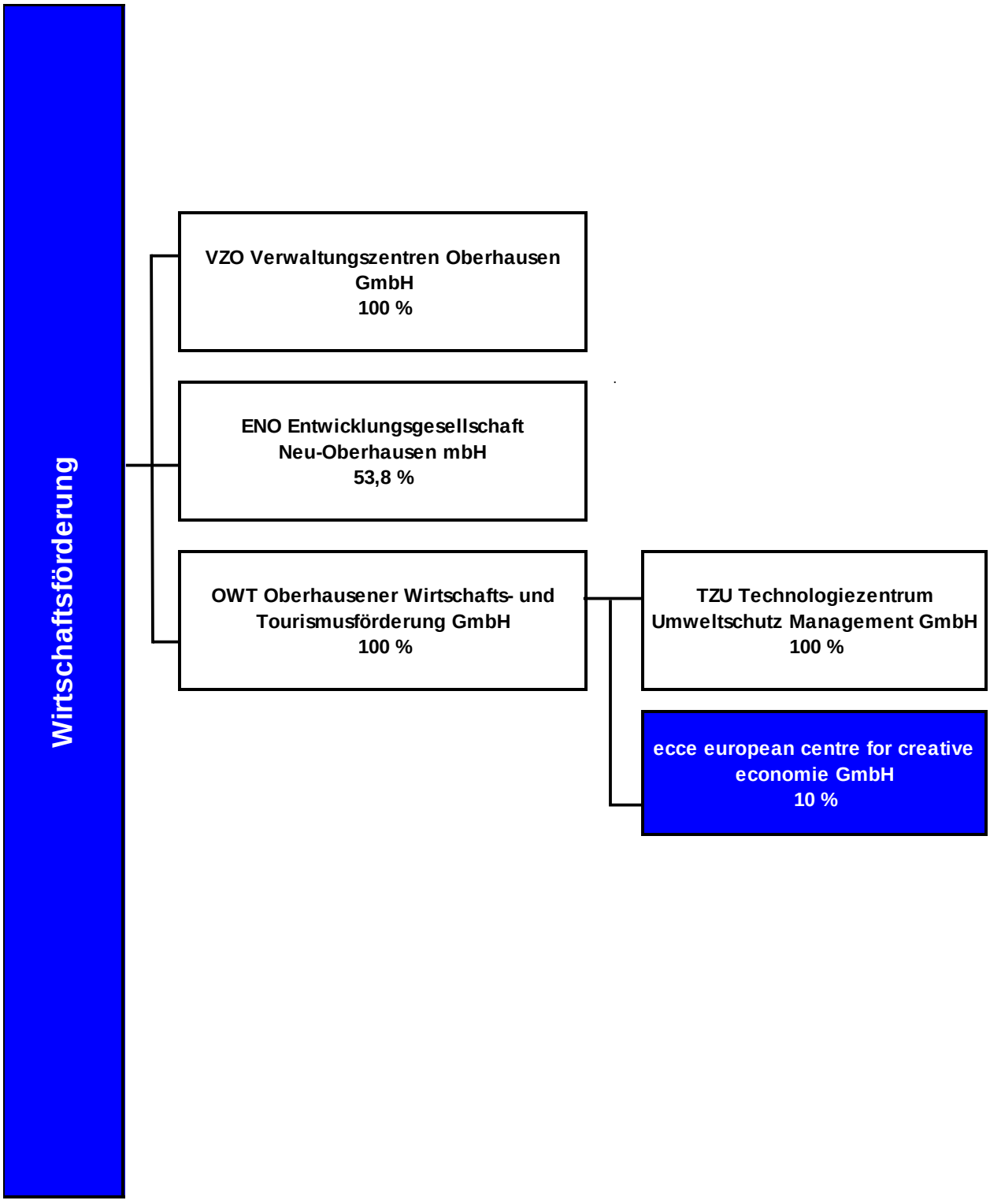
Bei der Stadt Oberhausen werden zurzeit Optionen geprüft wie städtische Gesellschaften mit Immobilienbesitz zusammengeführt werden können, um eventuelle Steuervorteile zu nutzen.

Da zu diesen Gesellschaften auch die TZU Management GmbH gehört, bleibt abzuwarten wie die Prüfergebnisse ausfallen, auf deren Grundlage dann im Rat entsprechende Entscheidungen getroffen werden.

Oberhausen, 17. März 2022

Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH (TZU)

Klaus Lerch
Geschäftsführer


Wirtschaftsförderung
VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH
100 %
ENO Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH
53,8 %
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH
100 %
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH
100 %
ecce european centre for creative economie GmbH
10 %

ecce - european centre for creative economy GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Emil-Moog-Platz 7
44137 Dortmund

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 25,00

Gesellschafter:

	T€	%
Business Metropole Ruhr GmbH	5,00	20,00
Folkwang Universität der Künste	2,50	10,00
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH	2,50	10,00
Stadt Bochum	2,50	10,00
Stadt Dortmund	7,50	30,00
Stadt Essen	2,50	10,00
Stadt Gelsenkirchen	2,50	10,00

Gegenstand des Unternehmens:

1. Zweck der Gesellschaft ist es, die Erfolge der Kulturhauptstadt RUHR.2010 nachhaltig abzusichern, die Kultur- und Kreativwirtschaft der Metropole RUHR zu fördern und deren europäische Potentiale weiterzuentwickeln.

2. Die Gesellschaft verwirklicht diesen Zweck durch
- die Unterstützung von kreativen Quartiersentwicklungen (z. b. Kreativ.Quartiere Ruhr);
- Maßnahmen zur Förderung kultureller Bildung sowie Projekte zum Aufbau und zur Etablierung von regionalen und überregionalen Netzwerken, wie bspw. Messen, Veranstaltungen und Wettbewerbe;
- die Stärkung und Bewerbung des Kreativstandortes Ruhr in Europa durch Veranstaltungen, internationale Foren, Fachkontakte und neue Kommunikationsformen (z.B. LABKULTUR.tv)

3. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die mit dem genannten Gesellschaftszweck zusammenhängen oder ihn fördern. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben oder pachten.

4. Die Gesellschaft ist verpflichtet, nach den Wirtschaftsgrundsätzen des § 109 GO NRW zu verfahren. Dabei ist die Gesellschaft so zu führen, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird.

5. Die Gesellschaft wird sich im Rahmen des jährlich zu beschließenden Wirtschaftsplans zu wesentlichen Teilen aus Zuwendungen der öffentlichen Hand finanzieren. Darüber hinaus können Gelder für Projektfinanzierungen und Forschungsaufträge eingeworben werden. Die Gesellschaft wird alle ihr zu Verfügung stehenden Mittel ausschließlich für satzungsgemäße Zwecke verwenden. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Gesellschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2021)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Weyers, Christian

Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Sprenger, Detlef
Prokura:	Prokuristin	Edelhoff, Marion
Kuratorium:	Vorsitzender	Stüdemann, Jörg
	stellv. Vorsitzende	Geiß-Netthöfel, Karola
	Mitglied gem. § 113 GO	Tsalastras, Apostolos
	Mitglied	Buchloh, Volker
	Mitglied	Dustmann, Heinz Herbert
	Mitglied	Obereiner, Jörg
	Mitglied	Dr. Kaluza, Hildegard
	Mitglied	Kufen, Thomas
	Mitglied	Kaiser, Klaus
	Mitglied	Al Ghusain, Muchtar
	Mitglied	Dieckmann, Dietmar
	Mitglied	Jacob, Andreas
	Mitglied	Hachen-Jehring, Inger Christina
	Mitglied	Jeßel, Barbara
	Mitglied	Malsch, Sophie
	Mitglied	Marzen, Heike
	Mitglied	Prof. Dr. Flatten, Tessa
	Mitglied	Scherer, Axel Jakob
	Mitglied (AN)	Lamest, Andrea

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2019		2020		2021		Veränderungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	9,98	4,4	3,02	1,8	0,23	0,3	-2,79	-92,38
Umlaufvermögen	218,17	95,5	167,61	98,2	68,25	99,7	-99,36	-59,28
Rechnungsabgrenzungsposten	0,28	0,1			0,00	0,0	0,00	
Bilanzsumme	**228,43**	**100,00**	**170,63**	**100,00**	**68,48**	**100,00**	**-102,15**	**-59,87**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	25,00	10,9	25,00	14,7	25,00	36,5	0,00	0,00
Sonderposten mit Rücklagenanteil	9,98	4,4	3,02	1,8	0,23	0,3	-2,79	-92,38
Rückstellungen	9,60	4,2	25,39	14,9	30,28	44,2	4,89	19,26
Verbindlichkeiten	154,57	67,7	116,93	68,5	12,68	18,5	-104,25	-89,16
Rechnungsabgrenzungsposten	29,27	12,8	0,30	0,2	0,30	0,4	0,00	0,00
Bilanzsumme	**228,43**	**100,00**	**170,63**	**100,00**	**68,48**	**100,00**	**-102,15**	**-59,87**

bb) GuV

	2019	2020	2021
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	29,70	126,54	83,41
sonstige betriebliche Erträge	871,24	546,32	460,13
Materialaufwand	173,81	44,74	95,36
Personalaufwand	547,85	481,31	317,49
Abschreibungen	8,64	8,03	3,38
sonstige betriebliche Aufwendungen	170,63	138,77	127,25
Zinsen und ähnliche Aufwendungen			0,06
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0,00	0,00	0,00
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	0,00	0,00	0,00
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,00	0,00	0,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2021	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Cash-Flow:	8,64	8,03	3,38	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	90,09	74,76	67,94	T€
Personalaufwandsquote:	60,81	71,53	58,41	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2021	Angaben in
Sachanlagenintensität:	4,37	1,77	0,33	%
Eigenkapitalquote:	10,94	14,65	36,51	%
Fremdkapitalquote:	89,06	85,35	63,49	%

e) Lagebericht

1. Geschäftsentwicklung und Rahmenbedingungen

Nach Gründung durch die Stadt Dortmund als zunächst einzige Gesellschafterin hat die ecce GmbH am 28.11.2011 ihren Geschäftsbetrieb aufgenommen. Das Land NRW und der Regionalverband Ruhr (RVR) haben sich 2011 im Nachhaltigkeitspapier zur Kulturhauptstadt RUHR.2010 darauf geeinigt, dass „die von RUHR.2010 begonnene Entwicklung der Kreativwirtschaft in einer gesicherten Trägerstruktur fortgeführt werden" soll.

Zwischen dem Land NRW und dem RVR wurde mit der ecce GmbH eine Zielvereinbarung für die Jahre 2016-2018 abgeschlossen, die die Ziele der durchzuführenden Projekte festlegt und die Finanzierung der Betriebskosten für die Jahre 2016-2018 absicherte. Seit 2019 werden die Betriebskosten der ecce GmbH institutionell durch das Ministerium für Kultur und Wissenschaft NRW (MKW) und den Regionalverband Ruhr gefördert.

Die Gesellschafter-Struktur ist per 31.12.2021 unverändert:

Stadt Dortmund	30 %
Stadt Bochum	10 %
Stadt Gelsenkirchen	10 %
Stadt Essen	10 %
Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH	10 %
Business Metropole Ruhr GmbH	20 %
Folkwang Universität der Künste	10 %

Die ecce GmbH hat für das Geschäftsjahr 2021 durch das MKW und den RVR Bewilligungen für folgende Fördermittel und Projekte erhalten:
A. Betriebskosten in Höhe von 370.000,00 €
B. EU-Strategie 2020-2021 insgesamt 317.353,50 €, davon 131.154,00 € für 2020 und 186.199,50 € für 2021.

Diese Projekte sind die zentralen Handlungsfelder, die sich in einer nachhaltigen Gesamtstrategie ergän-zen, um die Ziele von ecce effizient einzulösen, die Arbeitsbedingungen von Kreativen und KünstlerInnen zu verbessern und die lokale und regionale Kultur- und Kreativwirtschaft sowie deren entsprechende urbane Verortung unter Nutzung der europäischen Potenziale zu stärken. Die Fördermittel für die beantragten Einzelprojekte werden gesondert vom Land bzw. dem MKW bereitgestellt.

Im Folgenden sind einige herausragende Ergebnisse bzw. Kernfakten zusammengefasst:
Vom MKW NRW wurde in 2018 beschlossen, dass das Förderprogramm der **Kreativ.Quartiere Ruhr** einer neuen Konzeption zugeführt werden soll. Das Konzept wurde im September 2019 sowohl den Kuratoriumsmitgliedern als auch dem MKW NRW vorgelegt. Vom MKW wurde eine Überarbeitung dieses Konzepts mit einer inhaltlichen Neuausrichtung erbeten. In dieser Überarbeitung hat ecce das vom MKW gewünschte spezifische Förderkonzept, konzentriert auf sieben starke Quartiere, konkretisiert und dabei den Fokus auf die jeweils entwickelten künstlerischen Schwerpunkte und die Stärkung des lokalen und internationalen Austauschs gelegt. ecce hat eine Laufzeit von 1,5 bis 2 Jahren als Pilotphase empfohlen, die im Anschluss auf positive Effekte und Erfolge hin zu überprüfen ist. Das im September 2020 von ecce vorgelegte, überarbeitete Konzept der Kreativ.Quartiere Ruhr wurde Anfang November 2020 durch Frau Ministerin Pfeiffer-Poensgen gebilligt. Im Dezember 2020 schloss sich dem die Zusage des MKW NRW zur Förderung der Kreativ.Quartiere Ruhr im Rahmen einer institutionellen Förderung ab 2021 an. Im Juli 2021 hat das neue Kreativ.Quartiere-Ruhr-Team die Arbeit aufgenommen. Abweichend zum Ergebnis der Evaluation wurde in Absprache mit der StadDortmund und nach Rücksprache mit der Gesellschafterversammlung, dem Kuratorium sowie dem MKW das ursprünglich nominierte Quartier Dortmund Nordstadt zurückgenommen und das KQ Oberhausen Mitte als siebentes Impulsquartier nominiert. Diese sieben Impulsquartiere sind für die erste Förderphase 2022-2023 antrags- und förderberechtigt:
- Bochum Victoriaquartier
- Dortmund Unionviertel
- Essen City Nord
- Gelsenkirchen Ückendorf
- Hagen Wehringhausen
- Witten Wiesenviertel
- Oberhausen Mitte

Zur optimalen Einbindung der kommunalen, kulturellen und kreativen Akteure in den Ausarbeitungsprozess zur Ausschreibung des Förderprogramms ab 2022 wurden im Herbst in sechs der sieben Impulsquartiere professionell moderierte Round Tables durchgeführt. Ziel dieser Veranstaltungen war die Schärfung der Kriterien des Förderprogramms für einen nachhaltigen Erfolg des Projekts sowie mögliche Synergien in Hinsicht auf das Quartiersprofil.

Außerdem wurde der visuelle Auftritt des Projektes nach zehn Jahren überarbeitet und ein neues dynamisches Projekt-Logo etabliert. Aktualisiert wurde auch die KQR-Präsenz im Bereich Social Media und um einen Instagram-Kanal ergänzt.

Ziel der **Europa-Strategie** 2021 war die Zusammenführung und Vernetzung von künstlerischen und kreativen AkteurInnen und ProjektmacherInnen aus Europa und dem Ruhrgebiet, um die Neukonzeption der europäischen Konferenz weiter voranzutreiben, die Erschließung von europäischen Potenzialen sowie Stärkung des Ruhrgebiets als internationalen Ort für kulturelle Kooperationsprojekte.

Daher wurde das neue Format **KREATIVCAMPUS.RUHR** entwickelt. Um den Mehrwert der Konferenz für KünstlerInnen und Kreative zu erhöhen, sollte ihr eine internationale KünstlerInnenresidenz im Ruhrgebiet vorausgehen. Aufgrund der Corona-Pandemie musste das Konzept für das Residenzprogramm jedoch angepasst werden. Das neue Modell sah digitale KünstlerInnen-Residenzen ohne Präsenzpflicht vor. Analog zum Konzept des digitalen Campus und als inhaltliche Ergänzung nutzten die KünstlerInnen der Kooperationsprojekte verstärkt hybride Formen der Zusammenarbeit – also digitale als auch analoge, soweit dies möglich war. Am 25. Und 26. März 2021 haben die finalen Events des internationalen Residenzprogramms stattgefunden. Alle Koproduktionen wurden durch die Jury in einer eigenen Kategorie des KREATIVCAMPUS.RUHR-Award mit dem 1. Platz ausgezeichnet und das Preisgeld von 20.000 Euro zu gleichen Teilen gesplittet.

Das von ecce initiierte europäische **NICE-Netzwerk** besteht in 2021 unverändert aus 41 Institutionen aus 18 EU-Mitgliedsstaaten.

ecce beobachtet kontinuierlich **EU-Aktivitäten** und neue Förderformate wie z.B. New European Bauhaus, um sowohl inhaltlich als auch förderseitig über die aktuellen Entwicklungen und über potentielle Anknüpfungspunkte zu bestehenden Aktivitäten als auch zu neuen Trends und Themenfeldern informiert zu sein.

Gemeinsam mit dem Forschungsinstitut IAT wurde ecce mit der Umsetzung des Projektes ***#heimatruhr*** durch das MHKBG NRW beauftragt. Ziel ist es, durch die künstlerische und kreative Gestaltung von öffentlichen Plätzen, Gebäuden und Räumen Orte der Begegnung im Ruhrgebiet zu aktivieren oder neu zu schaffen und damit ein neues, zeitgemäßes Heimatgefühl wachsen zu lassen. Im Rahmen der 1. Förderrunde von #heimatruhr wurden aus 56 eingereichten Anträgen

durch die Jury 20 Projekte aus 13 Städten mit einem Gesamtfördervolumen von 1.566.484,50 € zur Förderung ausgewählt. Im Oktober 2020 konnten die Projekte nach förderrechtlicher Prüfung durch die Bezirksregierungen starten. Die Jurysitzung der 2. Förderrunde fand im März 2021 statt und führte zur Förderung von weiteren 22 Projekten. 19 der insgesamt geförderten Projekte wurden bis Ende 2021 abgeschlossen.

Das Projekt #heimatruhr hat im November 2021 einen Abschlusskongress durchgeführt. Dabei ging es vor allem um die Vorstellung der Projekte sowie einiger AkteurInnen beider Förderrunden. Weiterhin wurden dort Themen wie „Kreative Stadtgestaltung“ und die „Rolle der Kultur- und Kreativszene im Ruhrgebiet“ behandelt. Coronabedingt wurde der Kongress live aufgezeichnet und dem Publikum als Stream angeboten. Abschließend wurde eine Projekt-Dokumentation erstellt, die sowohl die Ergebnisse der beiden #heimatruhr-Studien, des Kongresses als auch kurze Portraits der geförderten Projekte umfasst. Die Dokumentation ist auf den Webseiten von ecce und dem MHKBG abrufbar.

Im Verlauf des Jahres 2021 wurde die ecce GmbH vom MKW mit der Umsetzung des Förderprogramms Regionale Kultur Politik (inzwischen umbenannt in: **Regionales Kultur Programm RKP**) für das Ruhrgebiet beauftragt. Wie in den anderen neun NRW-Kulturregionen wird das Ruhrgebiet ein eigenständiges RKP-Kulturbüro erhalten, das die Programmberatung und die Umsetzung des Förderprogramms von der Bezirksregierung Arnsberg übernimmt, der bisher die Betreuung des Programms oblag.

2. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Aufgrund der besonderen Finanzierungsform durch Fördermittel und nur geringfügiger Eigenerträge sind herkömmliche Betrachtungen des Jahresergebnisses bzw. daraus abzuleitender Kennzahlen auf die ecce GmbH nicht anwendbar. Die ecce GmbH erzielte in 2021 ein ausgeglichenes Jahresergebnis. Die Finanzierung des eigenen Geschäftsbetriebs ist durch die institutionelle Förderung und die der oben genannten Projekte war durch den Abruf der genehmigten Mittel aus den Förderbescheiden gesichert.

3. Risikobericht

Ein erhöhtes Betriebsrisiko ist für 2022 nicht festzustellen. Die Finanzierung der allgemeinen Betriebskosten der GmbH ist durch eine institutionelle Förderung abgesichert. Die Finanzierung der Projekte Kreativ.Quartiere Ruhr und Regionales Kultur Programm (RKP) ist durch eine Förderung des MKW gesichert.

4. Prognosebericht

Durch die Förderzusagen für die beiden Formate Kreativ.Quartiere Ruhr (KQR) und Regionales Kulturprogramm (RKP) kann die KQR-Förderung wie geplant mit dem 1. Juli starten. Bei RKP endet die Einreichung der Anträge Ende September, so dass der erste, vom neuen RKP-Kulturbüro durchgeführte Förderzeitraum Anfang 2023 beginnen wird. Ob es eine Fortsetzung des EUROPA-Programms geben wird, wird derzeit MKW-intern diskutiert.

Die anhaltende Schwächung der weltweiten Wirtschaft – weiterhin bedingt durch das Sars-CoV-2-Virus und verschärft durch den Ukraine-Krieg - wird nach Einschätzung der Geschäftsführung keine gravierenden Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft haben, da die Fördermittelvergabe kurz- bis mittelfristig unabhängig von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung gesehen wird. Die Durchführung von Projekten und Veranstaltungen in öffentlichen Bereichen u.ä. kann jedoch weiterhin betroffen sein.

Nach Aussage der Geschäftsführung lassen sich die konkreten Auswirkungen insbesondere von Corona auf die geschäftliche Entwicklung und die Projekte derzeit nicht quantifizieren und es werden in enger Absprache mit dem Ministerium alle notwendigen organisatorischen Maßnahmen (wie z.B. die Änderung oder Verschiebung einzelner Maßnahmen) getroffen, um die Auswirkungen zu minimieren.

Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung gem. § 108 Absatz 3 Nr. 2 GO NW

Zweck der Gesellschaft ist es, die Erfolge der Kulturhauptstadt RUHR.2010 nachhaltig abzusichern, die Kultur- und Kreativwirtschaft der Metropole RUHR zu fördern und deren europäische Potentiale weiterzuentwickeln.

Dem Gebot der wirtschaftlichen Betriebsführung wurde konsequent gefolgt. Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Dieser wird durch eine entsprechende Aufgabenerledigung auch tatsächlich eingehalten. Zu § 108 Abs. 3 Nr. 2 GO NRW (Erfüllung der öffentlichen Zwecksetzung) wird festgestellt, dass die Gesellschaft im Berichtsjahr ihrer satzungsgemäßen Aufgabe nachgekommen ist.

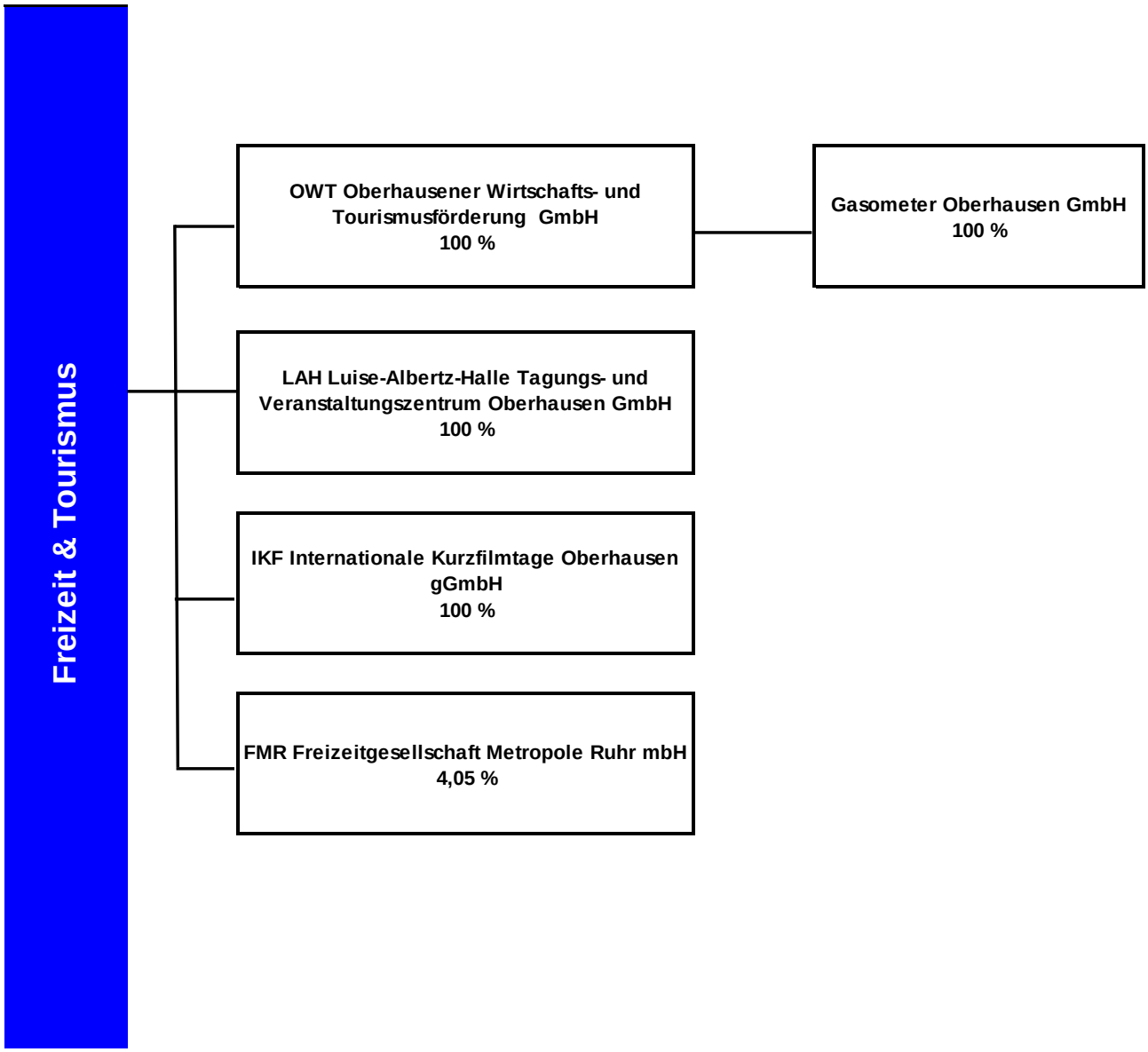
Die Geschäfte der Gesellschaft wurden im Sinne des gültigen Gesellschaftsvertrages und des GmbH-Gesetzes durchgeführt.

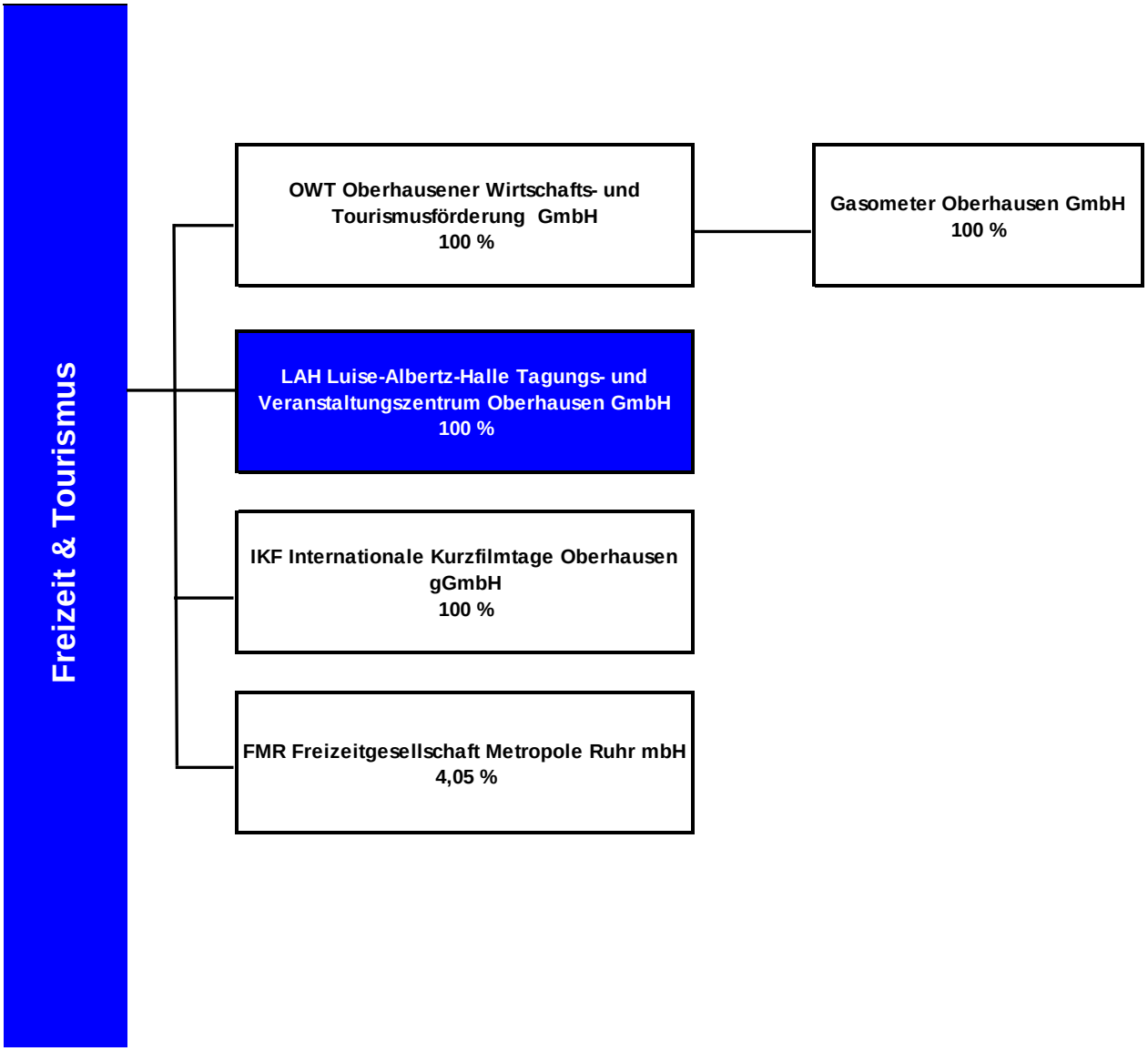
Dortmund, 29. April 2022

european centre for creative economy GmbH (ecce)

Christian Weyers
Geschäftsführer

Freizeit und Tourismus - unmittelbare Beteiligungen -




Freizeit & Tourismus
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH
100 %
Gasometer Oberhausen GmbH
100 %
LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH
100 %
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH
100 %
FMR Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr mbH
4,05 %

LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Düppelstraße 1
46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208 / 859080
Fax	0208 / 8590811
e-Mail	Info@cc-oberhausen.de
Internet	http://www.cc-oberhausen.de
Rechtsform:	GmbH
Stammkapital in TDM:	500,00

Gesellschafter:	**TDM**	**%**
Stadt Oberhausen	500,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Verwaltung und der Betrieb der Luise-Albertz-Halle Oberhausen.

Die Luise-Albertz-Halle ist eine öffentliche Einrichtung im Sinne des § 8 GO: NW. Sie dient als Veranstaltungs- und Tagungszentrum sowie als Erholungs-, Versammlungs-, Kultur- und Bildungsstätte und steht allen Bürgerinnen und Bürgern der Stadt zu diesen Zwecken zu Benutzung offen.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Rechtsgeschäften berechtigt, durch die der vorgenannte Gesellschaftszweck auch mittelbar gefördert werden kann.

Die Gesellschaft ist berechtigt, zur Förderung ihres Unternehmenszwecks Beteiligungen gleicher oder ähnlicher Art zu erwerben oder Tochtergesellschaften zu gründen.

Die Gesellschaft kann den die Luise-Albertz-Halle betreffenden Grundbesitz erwerben, verwalten und veräußern.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

CCO Eventgastronomie GmbH	Pachtvertrag vom 28.09.2017
Deutsche Leasing für Sparkassen und Mittelstand GmbH	Mietkaufvertrag Großenkücheneinrichtung vom 01.10.2008.
evo Energieversorgung Oberhausen AG	Vertrag über Einrichtung, Betrieb, Wartung und Überlassung von technischen Anlagen vom 1.10.2000
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Dienstleistungsvertrag (insbesondere Gebäudeinnen- und Fensterreinigung sowie Transportarbeiten), Vertragsbeginn 21.12.2007 (ehem. Vertrag mit WBO)
Stadt Oberhausen	Grundstücksübertragungsvertrag vom 08.02.1999
Stadt Oberhausen	Verlustausgleichsvertrag zwischen der Stadt Oberhausen und Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH vom 08.02.1999 unter Berücksichtigung der Nebenabrede vom 13.02.2003

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2021)

Geschäftsführung:	Mitglied	Schaugg, Willi

Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Tsalastras, Apostolos
Aufsichtsrat:	Vorsitzende	Bongers, Sonja
	stellv. Vorsitzender	Broß, Klaus Dieter
	Mitglied gem. § 113 GO	Willecke, Thomas
	Mitglied	Blanke, Andreas
	Mitglied	Bruckhoff, Peter
	Mitglied	Höppner, Chris
	Mitglied	Salwik, Claudia

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2019		2020		2021		Veränderungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	5.206,32	94,3	5.115,33	92,2	4.965,20	91,2	-150,13	-2,93
Umlaufvermögen	296,07	5,4	426,14	7,7	479,98	8,8	53,84	12,63
Rechnungsabgrenzungsposten	17,52	0,3	8,06	0,1	1,99	0,0	-6,07	-75,31
Bilanzsumme	**5.519,92**	**100,00**	**5.549,52**	**100,00**	**5.447,17**	**100,00**	**-102,35**	**-1,84**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	846,04	15,3	1.322,88	23,8	1.621,02	29,8	298,14	22,54
Rückstellungen	63,90	1,2	21,08	0,4	24,09	0,4	3,01	14,28
Verbindlichkeiten	4.609,97	83,5	4.205,56	75,8	3.802,06	69,8	-403,50	-9,59
Bilanzsumme	**5.519,92**	**100,00**	**5.549,52**	**100,00**	**5.447,17**	**100,00**	**-102,35**	**-1,84**

bb) GuV

	2019	2020	2021
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	597,71	491,68	538,53
sonstige betriebliche Erträge	86,09	190,60	80,22
Materialaufwand	742,26	609,41	557,54
Personalaufwand	279,87	238,11	354,37
Abschreibungen	188,50	190,17	195,60
sonstige betriebliche Aufwendungen	202,74	149,79	142,53
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,01		
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	153,80	38,50	33,10
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-883,35	-543,70	-664,40
sonstige Steuern	95,44	95,45	95,45
Erträge aus Verlustübernahmen	1.115,98	1.115,98	1.057,99
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	137,19	476,83	298,14
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-1.046,79	-909,60	-432,77
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-909,60	-432,77	-134,63

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2021	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-163,76	-129,99	-141,10	%
Eigenkapitalrentabilität:	-55,75	-36,41	-43,28	%
Cash-Flow:	-790,30	-448,98	-564,24	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	136,76	170,57	103,12	T€
Personalaufwandsquote:	40,93	34,90	57,27	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2021	Angaben in
Sachanlagenintensität:	93,86	91,74	90,60	%
Eigenkapitalquote:	15,33	23,84	29,76	%
Fremdkapitalquote:	84,67	76,16	70,24	%

e) Lagebericht

A. Berichterstattung zum öffentlichen Zweck und zur Zweckerreichung

Die Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH (LAH) ist im Jahre 1962 gegründet worden. Alleinige Gesellschafterin ist die Stadt Oberhausen. Gegenstand des Unternehmens ist die Verwaltung und der Betrieb der Luise-Albertz-Halle in Oberhausen. Die Luise-Albertz-Halle wurde zunächst als öffentliche Einrichtung im Sinne des §8 der GO NRW als Veranstaltungs- und Tagungszentrum sowie als Erholungs-, Versammlungs-, Kultur- und Bildungsstätte gewidmet.

Mit Umbau und Generalsanierung in den Jahren 1999/2000 wurde das Haus zum Kongresszentrum erweitert und bietet seither eine breite Palette an Räumen und Möglichkeiten für Kongresse, Tagungen, Messen und Ausstellungen, Kulturveranstaltungen sowie Bälle und gesellschaftliche Veranstaltungen. Zur Förderung des Unternehmenszwecks darf sich die Gesellschaft an Unternehmen gleicher oder ähnlicher Art beteiligen. Sie ist zu allen Maßnahmen und Rechtsgeschäften berechtigt, durch die der Unternehmenszweck gefördert werden kann.

Mit dieser Aufgabenstellung erfüllt die Gesellschaft Aufgaben im Rahmen der öffentlichen Daseinsvorsorge gemäß § 107 Abs. 2 Gemeindeordnung NRW (nichtwirtschaftliche Betätigung). Der Zwecksetzung nach dem Gesellschaftsvertrag ist die Gesellschaft in allen Geschäftsfeldern nachgekommen.

B. Gesamtwirtschaftliches Umfeld und Geschäftsverlauf

Die Weltwirtschaft war während des gesamten Jahres 2021 von den Auswirkungen der COVID-19-Pandemie geprägt. Die deutsche Wirtschaft konnte sich im Kalenderjahr gegenüber dem Rezessionsjahr 2020 erholen, das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) war um 2,7 % höher als im Vorjahr. Im Vergleich zum Jahr 2019, dem Jahr vor der Pandemie, war das BIP allerdings um 2,0 % niedriger

Die Wirtschaftsleistung hat im Jahr 2021 in den meisten Wirtschaftsbereichen noch nicht wieder das Vorkrisenniveau erreicht. Vor allem die sonstigen Dienstleister, zu denen neben Sport, Kultur und Unterhaltung auch die Kreativwirtschaft zählt, waren besonders stark von der anhaltenden Corona-Pandemie beeinträchtigt. Hier lag die preisbereinigte Bruttowertschöpfung 2021 noch 9,9 % unter dem Vorkrisenniveau. Zudem kam es im Sektor Handel, Verkehr und Gastgewerbe wie schon im Jahr zuvor zu Beschäftigungsverlusten in Höhe von -1,8 % (Quelle: Destatis).

Branchenspezifische Rahmenbedingungen

In der Studie „Rebuilding Europe“ aus dem Januar 2021 werden die Auswirkungen der Corona-Krise für die europäische Kultur- und Kreativwirtschaft untersucht. Demnach war die Branche im Jahr 2019 für 4,4 % des BIP der EU verantwortlich - mit einem Umsatz von 643 Mrd. € und einer Gesamtwertschöpfung von 253 Mrd. €. In den 28 EU-Ländern waren rund 7,6 Mio. Menschen in der Kultur- und Kreativwirtschaft beschäftigt, vor allem in kleinen und mittleren Unternehmen.

Im Jahr 2020 verliert die Branche 31 % ihres Gesamtumsatzes. Am stärksten betroffen sind die Bereiche Musik mit einem Rückgang von 76 % und Darstellende Kunst mit einem Umsatzminus von 90 % gegenüber 2019. Die Gesamtbranche ist damit einer der am schwersten betroffenen Wirtschaftszweige in Europa. Eine der Kernaussagen der Studie ist, dass sich die Auswirkungen der Pandemie noch durch das komplette Jahr 2021 und darüber hinaus auswirken werden (Quelle: Rebuilding Europe: Die Kultur- und Kreativwirtschaft vor und nach COVID-19).

Das CongressCentrum Luise-Albertz-Halle erzielt den Großteil seines Geschäftsvolumens vor der Pandemie mit Tagungsveranstaltungen. Dazu zählen Kongresse, Tagungen, Seminare, Bildungs- und Prüfungsveranstaltungen. Weitere Schwerpunkte im Jahresprogramm sind Social Events wie Bälle, Empfänge, Feiern oder Karnevalsveranstaltungen. In geringerem Umfang tragen Kultur- und Konzertveranstaltungen sowie Messen und Ausstellungen zum Ergebnis bei.

Die Branchenentwicklung im Tagungsbereich wird durch das jährlich vom Europäischen Institut für TagungsWirtschaft GmbH (EITW) erhobene Meeting- und Eventbarometer (MEBA) dargestellt. Die aktuelle Erhebung aus dem Mai 2021 bildet hauptsächlich das Krisenjahr 2020 ab. Das MEBA verzeichnet für 2020 einen regelrechten Absturz der Veranstaltungstätigkeit. Die Anzahl der Veranstaltungen geht um 70,1 %, die Zahl der Besucher um 85,8 % zurück.

Hybride Veranstaltungen, also Präsenz-Veranstaltungen mit virtuellen Erweiterungen, oder komplett digital/virtuelle Veranstaltungen können die ausfallenden Veranstaltungen teilweise ersetzen oder substituieren, sie sind aber wirtschaftlich keine tragfähige Alternative für Veranstalter oder Betreiber von Veranstaltungshäusern. Durch Corona-Auflagen (Hygienekonzepte) sinkt die durchschnittliche Sitzplatzkapazität von durchschnittlich 448 Plätzen / Betrieb auf 120 Sitzplätze. Die Auslastung geht im Schnitt von 207,2 Tagen (Veranstaltungstage + Auf- und Abbautage) auf 81,9 Belegtage zurück.

Die mit Abstand wichtigste Veranstaltungsart in den deutschen Veranstaltungsstätten ist die Kategorie Kongresse, Tagungen und Seminare. Im Vergleich zu 2019 nimmt der Bereich um fast 10 Prozentpunkte auf 47,9 % ab. Der Anteil von Kultur- und Sportveranstaltungen (14,3 %; +2,6 %) sowie lokaler Veranstaltungen (7,9 %; +3,0 %) nimmt zu, während andere Veranstaltungsarten wie Ausstellungen und Social Events anteilig zurückgehen.

Die im MEBA befragten Betriebe erwarten für das Jahr 2021 Umsatzverluste von durchschnittlich 56,7 %. Auch für das Folgejahr 2022 werden weiter deutlich niedrigere Umsätze als vor der Pandemie erwartet. Im Schnitt gehen die Betriebe von 17,7 % Umsatzminus gegenüber dem Jahr 2019 aus.

Geschäftsverlauf LAH GmbH

Das Geschäftsjahr ist geprägt von der Corona-Pandemie und dem An- und Abschwellen der diversen Corona-Wellen, gefolgt von den korrespondierenden Veranstaltungseinschränkungen. Auf ein - bis auf wenige Ausnahmen - komplettes Veranstaltungsverbot zu Beginn des Geschäftsjahres hat die Gesellschaft mit einer anteiligen Kurzarbeit reagiert. Ab dem Frühsommer lockern sich die Auflagen und im Sommer / Herbst können fast alle Veranstaltungsarten wieder ohne größere Einschränkungen durchgeführt werden. Die letzten beiden Monate sind dann analog zur 4. Corona-Welle wieder mit deutlich eingeschränkter Veranstaltungstätigkeit verbunden.

Wie im Vorjahr hat sich die oben beschriebene branchenspezifische Situation für das CongressCentrum Oberhausen im Wesentlichen ähnlich dargestellt. Wegen der weiterhin starken Nutzung der LAH durch die Stadt Oberhausen und dem hohen Anteil an Prüfungs- und Ausbildungsterminen sind sowohl die Auslastung als auch das Ergebnis deutlich besser als im Branchenschnitt.

Das Veranstaltungsvolumen (die Zahl der Belegungstage) steigt auf 333 Tage an, das ist fast eine Verdoppelung des Vorjahresergebnisses von 173 Belegungstagen. Einschränkend muss gesagt werden, dass darin eine große Zahl von Veranstaltungen mit geringer Dauer und Raumnutzung enthalten ist. Die Zahl der genutzten Räume (Tag-Raum-Buchungen) steigt folglich nur um 13,9 % von 784 auf 893.

Die Umsatzerlöse aus Veranstaltungen steigen gegenüber dem Vorjahr um 6 %. Die variablen Veranstaltungskosten verringern sich nochmals um 21% (nach einem Vorjahresrückgang um 20%) wegen der geringen Anforderungen der Veranstaltungen. Die Gastronomieumsätze erhöhen sich, einerseits wegen eines guten 2. Halbjahres und andererseits auf Grund der Abrechnung der regulären Pacht- und Betriebskosten. Die Abrechnung des kompletten Aufwandes ist für die Gastronomie Voraussetzung zur Qualifizierung für die Corona-Hilfspakete. Der Ertrag aus Gastronomie-Verpachtung steigt um 36 % gegenüber dem Vorjahr.

Die wegen der zu erwartenden Kriseneffekte niedrigen Umsatzerwartungen für das Geschäftsjahr 2021 werden damit sowohl bei den Vermietungsumsätzen als auch bei der Gastronomie übertroffen. Der direkte Veranstaltungsaufwand bleibt wegen der Art der durchgeführten Veranstaltungen niedrig. Die bezogenen Leistungen im Bereich Gebäudeunterhaltung liegen im Bereich der Planung. Die Personalkosten und die allgemeinen Aufwendungen liegen ebenfalls im Rahmen der Erwartungen.

Im Jahr 2021 hat die CongressCentrum Oberhausen Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum GmbH unter Berücksichtigung des Ertrags aus Verlustausgleich in Höhe von T€ 1.058 ein positives Jahresergebnis von T€ 298 erzielt.

C. Ertragslage der LAH

Die folgende Übersicht gibt einen Überblick über die Entwicklung einiger finanzieller Leistungsindikatoren:

LAH Oberhausen **Erfolgsplanung** **in T€**	**Ist 2020**	**Plan 2021**	**Ist 2021**
Umsatzerlöse	**491,69**	**473**	**538,53**
davon Halle	435,94	430	462,59
davon Gastronomie	55,75	43	75,94
sonstige Erträge	190,60	10	80,22
Erträge	**682,29**	**483**	**618,75**
Materialaufwand	-609,41	-565	-557,55
davon Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	-8,05	-10	-11,10
davon Aufwand für bez. Leistungen	-601,36	-555	-546,45
Personalaufwand	-238,11	-387	-354,37
Abschreibungen	-190,17	-187	-195,60
sonstige betriebliche Aufwendungen	-149,79	-130	-142,53
sonstige Steuern	-95,44	-95	-95,44
Aufwand	-1.282,92	-1.364,00	-1.345,49
EBIT	**-600,63**	**-881,00**	**-726,74**
Finanzergebnis	-38,49	-35	-33,10
davon Zinsertrag	0,00	0	0,00
davon Zinsaufwand	-38,49	-31	-33,10
Ergebnis gew. Geschäftstätigkeit	**-639,12**	**-916,00**	**-759,84**
Erträge aus "Verlustübernahme"	1.116,00	1.116,00	1.057,99
Jahresüberschuss	**476,88**	**200,00**	**298,15**

Die Umsatzerlöse in der Vermietung haben sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 27 (+ 6%) erhöht. Insbesondere die kurze Zeitspanne nach den Sommerferien bis zum Beginn der vierten Corona-Welle im November sorgt für einen deutlichen Nachholeffekt bei den „normalen“ Veranstaltungen. Die Buchungslage in den Zeiten mit Corona-Einschränkungen ist vergleichbar mit dem Vorjahr.

Die Umsätze aus Gastronomiepacht und der Umsatzprovision steigen um 20 T€, weil die Gesellschaft die vertraglich vereinbarten Pachtforderungen und Nebenkosten vollständig abrechnen kann. Für die Qualifizierung zu Corona-Hilfspakete ist es für die Gastronomiegesellschaft notwendig, die kompletten nominell fälligen Aufwendungen nachzuweisen.

Unter den sonstigen Erträgen sind die von der Stadt Oberhausen im Rahmen des kommunalen Corona-Sonderfonds gewährten Investitionshilfen in Höhe von 81 T€ ausgewiesen. Weitere 17 T€ in den sonstigen Erträgen sind Kurzarbeitergeld der Arbeitsagentur. Die Mitarbeiter der Gesellschaft waren über mehrere Monate (Lockdown-Zeit) in anteiliger Kurzarbeit. Die sonstigen Erträge fallen um 110 T€ geringer aus als im Vorjahr.

Der Materialaufwand besteht regelmäßig zu rund 98 % aus Aufwand für bezogene Leistungen. Die bezogenen Leistungen sind in normalen Jahren zu 60 % fixe Aufwendungen für den Gebäudeunterhalt, Wartung und Energie. Die restlichen 40 % sind variabel zugekaufte Veranstaltungsaufwendungen, z.B. Securitypersonal, externe Technik, Bestuhlungsarbeiten oder Ordnerdienste.

Im Berichtszeitraum reduziert sich der Materialaufwand um 52 T€ auf 558 T€ (VJ 609 T€), ein Minus von 9 % gegenüber dem Vorjahr. Im Bereich Gebäudebetrieb ermäßigt sich der Aufwand um 8 T€. Der Veranstaltungsaufwand sinkt um 48 T€ auf 182 T€, eine Ersparnis von 21 % gegenüber dem Vorjahr.

Der Personalaufwand erhöht sich planmäßig wegen der Einsetzung eines neuen Geschäftsführers, bleibt aber unter dem Planansatz, da sich die Besetzung einer geplanten Stelle für einen Veranstaltungstechniker auf das Folgejahr verschiebt. Der gesamte Personalaufwand beträgt 354 T€ (VJ 238 T€), ein Anstieg um 116 T€ (+ 49 %). Gegenüber dem Planansatz ergibt sich eine Reduzierung um 43 T€ (- 8 %).

Abschreibungen und Sonstige Betriebliche Aufwendungen bleiben im Wesentlichen in der Größenordnung des Vorjahres. Bei den allgemeinen Aufwendungen konnte in den Vorjahren durch die Umschuldung, beziehungsweise der Verlängerung von Darlehen zu verbesserten Zinskonditionen eine erhebliche Entlastung erzielt werden. Die Zinsbelastung sinkt im Geschäftsjahr auf 33 T€ (VJ 39 T€; VVJ 155 T€).

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit bleibt im Jahr 2021 wie in den Vorjahren negativ und führt nur in Verbindung mit der Zahlung des Gesellschafters Stadt Oberhausen zu einem positiven Jahresüberschuss. Die Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum GmbH hat unter Berücksichtigung des Ertrags aus Verlustausgleich in Höhe von T€ 1.058 ein positives Jahresergebnis von T€ 298 erzielt. Gegenüber dem Vorjahresergebnis von T€ 477 bedeutet dies eine Reduzierung um T€ 179.

D. Vermögens- und Finanzlage der LAH

Die LAH hat in den vergangenen Jahren stets ein deutlich negatives Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit erzielt. Die Hauptursachen liegen in der Belastung der Gesellschaft durch Zinsen und Kapitaldienst an der Immobilie. Die Bau- und Sanierungskosten aus den Jahren 1999/2000 wurden vollständig über Darlehen der Gesellschaft finanziert. Die Eigenkapitalausstattung der Gesellschaft war dafür nicht ausreichend und Erträge aus der eigenen Geschäftstätigkeiten waren zu keiner Zeit ausreichend, um die Belastung auszugleichen.

Die Stadt Oberhausen zahlt zum Ausgleich des Ergebnisses jedes Jahr einen auf zuletzt maximal T€ 1.116 begrenzten Verlustausgleich. Trotzdem wurden seit der Sanierung ein erheblicher Verlustvortrag und die teilweise Unterkapitalisierung der Gesellschaft realisiert. In den Jahren 2017 und 2018 wurde durch eine Kapitaleinlage von insgesamt 1,5 Mio. € der bis 2017 ausgewiesene „Nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag“ ausgeglichen.

Seit dem Geschäftsjahr 2018 weist die LAH GmbH somit ein positives Eigenkapital aus. Durch die nachhaltige Reduzierung der Zinsbelastung aus den Darlehensverträgen kann die Kapitalausstattung der Gesellschaft in den letzten Geschäftsjahren kontinuierlich verbessert werden.

Die Vermögenslage ist unverändert geprägt durch die hohe Anlagenintensität. Das Sachanlagevermögen beträgt T€ 4.935 (Vorjahr 5.091) und entspricht somit 89,8 % der Bilanzsumme. Das CongressCentrum Oberhausen (CCO) ist mittelfristig finanziert. Dem langfristig gebundenen Kapital stehen T€ 3.685 (VJ 3.942 T€) oder in relativen Zahlen 67 % der Bilanzsumme mittel- und langfristige Verbindlichkeiten gegenüber.

Die Geschäftsführung schlägt vor, den Jahresüberschuss in Höhe von 298 T€ mit dem Verlustvortrag aus Vorjahren zu verrechnen. Der Verlustvortrag würde sich damit von T€ -433 auf T€ -135 reduzieren.

E. Wesentliche Veränderungen

Zur Verbesserung der Bilanzstruktur hat die Stadt Oberhausen als Gesellschafterin der LAH GmbH am 13.02.2017 eine Kapitalerhöhung in einer Gesamthöhe von 1.500.000,00, verteilt auf die Jahre 2017 und 2018, beschlossen. Dieses Kapital diente zur Ablösung des bestehenden Liquiditätssicherungsdarlehens. Der bis 2017 ausgewiesene „Nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag“ konnte durch die Zuführung zur Kapitalrücklage ausgeglichen werden. Seit dem Geschäftsjahr 2018 weist die LAH GmbH somit ein positives Eigenkapital aus.

Als Ergebnis einer im Jahr 2017 durchgeführten steuerlichen Betriebsprüfung wird der Verlustausgleich seit dem Geschäftsjahr 2017 als ertragswirksame Einnahme verbucht. Dieser Ertrag ist nach Einschätzung der Betriebsprüfer nicht umsatzsteuerpflichtig, da eine eindeutige Zuordnung von Zahlungsbestandteilen zu einzelnen Leistungen nicht möglich ist.

In den Jahren 2008 bis 2017 wurde der Verlustausgleich jeweils in voller Höhe gezahlt. Seit dem Jahr 2018 erfolgte eine Reduzierung um T€ 60 als Beitrag der LAH GmbH zur Haushaltssanierung der Gesellschafterin Stadt Oberhausen. Im zurückliegenden Geschäftsjahr kann auf Grund der positiven Geschäftsentwicklung und guter Liquidität die Ausgleichszahlung um weitere 60 T€ auf 1.058 T€ reduziert werden. Auch in den zukünftigen Jahren kann bei der prognostizierten Ertrags- und Finanzlage auf eine entsprechende Verlustausgleichszahlung nicht verzichtet werden.

Im Herbst 2020 wurde die Stelle eines hauptamtlichen Geschäftsführers ausgeschrieben und zum 1. Januar 2021 besetzt. Zusammen mit der Stelle des Geschäftsführers sollen in den folgenden Jahren – entsprechend der Entwicklung der pandemischen Lage – auch weitere derzeit offene Stellen wiederbesetzt werden. Der wachsende Personalaufwand soll mit zusätzlichem und nachhaltigem Neugeschäft sowie einer verbesserten Marktstellung der Gesellschaft kompensiert werden.

F. Unternehmenssteuerung und Risikomanagement

F 1. Organisation der Risikoanalyse

Regelmäßige Hochrechnungen für das laufende Jahr zeigen den Verlauf der Umsatzentwicklung im Verhältnis zu Vorjahres- und Planzahlen auf. Die unterjährige Erfolgsplanung, Liquiditätsanalyse und Kostenkontrolle bilden die Basis, den Fortbestand der Gesellschaft zu gewährleisten und gefährdende Entwicklungen frühzeitig zu erkennen. Zur Werterhaltung der Immobilie werden regelmäßig Instandhaltungsaufwendungen durchgeführt.

F 2. Ertrags-, Liquiditäts- und Ausfallrisiken

Die LAH ist abhängig von der Entwicklung des Veranstaltungsmarktes, insbesondere im regionalen Umfeld. Die große Zahl von Wettbewerbern – Veranstaltungszentren, Tagungshotels, Event-Locations – vor allem im Großraum Rhein-Ruhr bedeutet grundsätzlich ein Risiko für den Bestand an Veranstaltungen, insbesondere bei großen Kongressen und Firmenveranstaltungen. Intensiver Kundenkontakt, kontinuierliche Marktrecherche und aktive Akquise von potentiellen Neukunden sollen dauerhaft für eine verbesserte Auslastung sorgen. Andererseits bietet die Lage im Zentrum des größten Ballungsraums Deutschlands mit über 5 Mio. Einwohnern auch erhebliche Vorteile bei der Gewinnung neuer Kunden oder von zusätzlichen Besuchern.

Die Sicherung der Liquidität (Zahlungsfähigkeit) hat höchste Priorität für die Gesellschaft. Durch die Kapitaleinlage der Gesellschafterin Stadt Oberhausen in 2017 / 2018 und die regelmäßige Verlustabdeckung ist die Liquiditätssicherung unabhängig von externen Finanzierungmitteln möglich. Die positiven Jahresergebnisse nach Verlustabdeckung haben zudem zu einer Reduzierung des Verlustvortrages geführt.

Ausfallrisiken bestehen branchentypisch, werden jedoch durch aktives Forderungsmanagement überwacht. Es besteht ein funktionierendes Mahnwesen. Im Bedarfsfall werden Forderungen per Anwalt bzw. gerichtlich beigetrieben.

G. Prognose-, Chancen und Risikobericht

Seit dem 2. Quartal 2020 ist der Betrieb des Kongresszentrums Luise-Albertz-Halle von den jeweiligen behördlichen Anordnungen (Corona-Verordnung) zur Corona-Pandemie abhängig. Ab Herbst 2020 wurden wieder Veranstaltungen unter Berücksichtigung verschärfter Hygieneauflagen und unter bestimmten Bedingungen (Veranstaltungen der Daseinsfürsorge) zugelassen.

Auch das Geschäftsjahr 2021 ist geprägt von der Corona-Pandemie und dem An- und Abschwellen der diversen Corona-Wellen. Ab dem Frühsommer 2021 lockerten sich die Auflagen und im Sommer / Herbst konnten fast alle Veranstaltungsarten ohne größere Einschränkungen durchgeführt werden. Die letzten beiden Monate im Jahr 2021 waren dann analog zur 4. Corona-Welle wieder mit deutlich eingeschränkter Veranstaltungstätigkeit verbunden.

Das CongressCentrum Oberhausen konnte wegen der starken Nutzung der LAH durch die Stadt Oberhausen und dem hohen Anteil an Prüfungs- und Ausbildungsterminen dennoch ein vergleichsweise gutes wirtschaftliches Ergebnis erzielen. Neben dem positiven Geschäftsverlauf führen auch die deutlich reduzierte Zinsbelastung und ein im Geschäftsjahr 2022 auslaufendes Darlehen zu weiteren finanziellen Verbesserungen.

Das Veranstaltungsgeschehen zu Beginn des aktuellen Geschäftsjahres ist noch stark von der Pandemie geprägt. So wurde die wichtige Karnevalssession erneut komplett abgesagt. Auch andere publikumsstarke Veranstaltungsarten im ersten Quartal waren stark eingeschränkt. Auf der positiven Seite kann für das Geschäftsjahr 2022 weiterhin mit einer starken Belegung der LAH durch städtische Sitzungen gerechnet werden. Die Renovierung des Sitzungssaales im städtischen Rathaus dauert voraussichtlich bis zum Ende des Jahres 2022 an.

Im Allgemeinen wird mit dem Auslaufen der pandemischen Einschränkungen zur Jahreshälfte gerechnet. Viele der verschobenen Veranstaltungen können in der 2. Jahreshälfte nunmehr stattfinden. Man geht von einer schrittweisen Normalisierung des Veranstaltungsgeschäftes aus. Allerdings rechnen die Branchenverbände noch bis ins Jahr 2023 mit Einschränkungen gegenüber der Vor-Corona-Zeit.

Für das Geschäftsjahr 2022 plant die Gesellschaft die Stelle eines Veranstaltungstechnikers und die seit 2 Jahren nicht besetzte Vertriebsstelle zu besetzen. Die Stellenbesetzungen vermindern das Risiko von Veranstaltungsausfall wegen Personalmangels und sollen ein zukünftiges Wachstum des Veranstaltungsvolumens möglich machen.

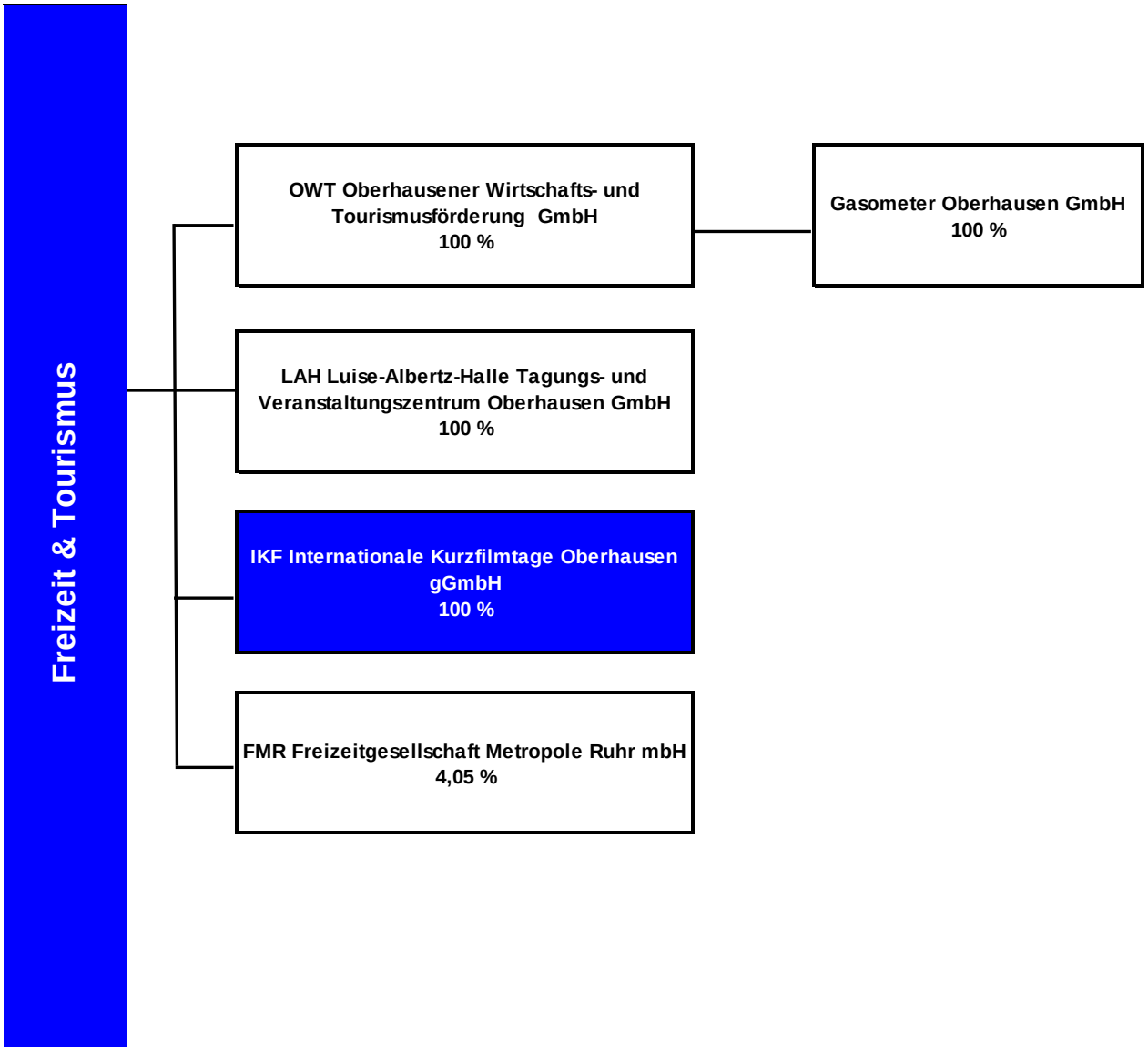
Die LAH wird 2022 aus eigener Kraft in bewegliches Vermögen investieren. Durch die Anschaffung einer neuen Konferenzbetischung wird für Kunden, vor allem im Tagungsbereich, eine spürbare Qualitätssteigerung erreicht. Nach den Investitionen in die technische Infrastruktur, die im Vorjahr mit Hilfe des Corona-Sonderfonds der Stadt Oberhausen getätigt werden konnten, wird damit ein weiterer Schritt für die Konkurrenzfähigkeit des Kongresszentrums geleistet.

Die Chancen für die LAH in der Zukunft weiter am Markt zu bestehen und die eigene Position vor allem im Bereich der Tagungsveranstaltungen zu verbessern, sind intakt. Die finanzielle Unterstützung durch die Stadt Oberhausen ist aber weiterhin notwendig.

Oberhausen, 09. Mai 2022

Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH (LAH)

Willi Joe Schaugg
Geschäftsführung


Freizeit & Tourismus
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH
100 %
Gasometer Oberhausen GmbH
100 %
LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH
100 %
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH
100 %
FMR Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr mbH
4,05 %

IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Grillostr. 34
46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208 / 825 2420
Fax	0208 / 825 5413
Internet	info@kurzfilmtage.de
Internet	http://www.kurzfilmtage.de

Rechtsform: gGmbH

Stammkapital in T€: 25,57

Gesellschafter:

	T€	%
Stadt Oberhausen	25,57	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung der Internationalen Kurzfilmtage Oberhausen sowie die Förderung des internationalen Kurzfilms und anderer kurzer Formen technischer Medien.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Rechtsgeschäften berechtigt, durch die der vorgenannte Gesellschaftzweck auch mittelbar gefördert werden kann.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Leistungsvertrag vom 03.12./18.12.2009 im Bereich der Materialwirtschaft, Post- und Botendienste, Medienwerkstatt, Druck und Grafik, Speditionsdienste, Arbeitssicherheit,Telekommunikation und IT
Stadt Oberhausen	Überlassungsvertrag bezüglich des Film- und Videoarchivs
Stadt Oberhausen	Überlassungsvertrag bezüglich des Grundstücks Grillostr. 34 nebst aufstehendem Gebäude inkl. Inventar
Stadt Oberhausen	Überleitungsvertrag

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2021)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Dr. Gass, Lars Henrik
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Tsalastras, Apostolos

Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Flore, Manfred
	stellv. Vorsitzende	Gödderz, Sandra
	Mitglied gem. § 113 GO	Kirchhof, Sandra
	Mitglied	Barwanietz, Thomas
	Mitglied	Broß, Klaus Dieter
	Mitglied	Dubbert, Karin
	Mitglied	Köster, Volker
	Mitglied	Sahin, Bülent
	Mitglied	Wolter, Marita
	Mitglied	Schmidt, Georgis
	Mitglied	Höppner, Chris
	Mitglied	Scherer, Axel
	Mitglied	Gadde, Andreas
	Mitglied	Janetzki, Maximilian
	Mitglied	Heinzen, Tim
	Mitglied	Bandel, Bärbel
	Mitglied	Hoff, Amelie
	Mitglied	Jankowski, René
	Mitglied	Kompa, Hartwig
	Mitglied	Laß, Claudia
	Mitglied	Noldus, Erich
	Mitglied	Wilts, Silke
	stellv. Mitglied (gem. § 113 GO)	Kocks, Sandra
	stellv. Mitglied	Axt, Birgit
	stellv. Mitglied	Bennewa, Helmut
	stellv. Mitglied	Benter, Christian
	stellv. Mitglied	Blanke, Andreas
	stellv. Mitglied	Brodrick, Helmut
	stellv. Mitglied	Dittmeyer, Jürgen
	stellv. Mitglied	Matzat, André
	stellv. Mitglied	Tüzün, Saadettin
	stellv. Mitglied	Willing-Spielmann, Ulrike
	stellv. Mitglied	Dr. Jacobs, Silke
	stellv. Mitglied	Dr. Schröer, Jörg
	stellv. Mitglied	Grothe, Helga
	stellv. Mitglied	Lange, Jörg
	stellv. Mitglied	Müller, Karl-Heinz
	stellv. Mitglied	Ottersbach, Dustin
	stellv. Mitglied	Paspaliari, Ekaterini
	stellv. Mitglied	Prohl, Manuel
	stellv. Mitglied	Racel, Britta
	stellv. Mitglied	Sauer, Florian
	stellv. Mitglied	Tzscheppan, Wolfgang
	stellv. Mitglied	Völker, Andreas

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2019		2020		2021		Veränder-ungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	3,18	0,9	1,60	0,3	4,95	0,6	3,35	209,38
Umlaufvermögen	327,34	97,8	583,46	99,2	796,08	99,1	212,62	36,44
Rechnungsabgrenzungsposten	4,08	1,2	2,83	0,5	2,15	0,3	-0,68	-24,03
Bilanzsumme	**334,60**	**100,00**	**587,88**	**100,00**	**803,18**	**100,00**	**215,30**	**36,62**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	137,31	41,0	212,97	36,2	330,34	41,1	117,37	55,11
Rückstellungen	165,98	49,6	256,84	43,7	321,48	40,0	64,64	25,17
Verbindlichkeiten	31,31	9,4	118,07	20,1	151,36	18,8	33,29	28,20
Bilanzsumme	**334,60**	**100,00**	**587,88**	**100,00**	**803,18**	**100,00**	**215,30**	**36,62**

bb) GuV

	2019	2020	2021
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	1.371,08	1.292,73	1.390,42
sonstige betriebliche Erträge	52,54	44,78	73,05
Materialaufwand	735,77	511,67	522,61
Personalaufwand	601,95	641,54	741,20
Abschreibungen	5,58	4,45	8,96
sonstige betriebliche Aufwendungen	84,56	103,88	73,15
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	0,00	0,00
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-4,24	75,97	117,55
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,18	0,31	0,18
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	-4,42	75,66	117,37
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	-4,42	75,66	117,37
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,00	0,00	0,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.07.2019	31.07.2020	31.07.2021	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-0,32	5,85	8,44	%
Eigenkapitalrentabilität:	-3,22	35,53	35,53	%
Cash-Flow:	1,16	80,11	126,33	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	158,18	148,61	146,35	T€
Personalaufwandsquote:	42,28	47,97	50,65	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.7.2019	31.7.2020	31.7.2021	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,83	0,27	0,44	%
Eigenkapitalquote:	41,04	36,23	41,13	%
Fremdkapitalquote:	58,96	63,77	58,87	%

e) Lagebericht

Die Gesellschaft hat seit ihrer Gründung im Jahr 1999 ihr Leistungsspektrum kontinuierlich erweitert. Durch Innovationen und stetige strategische Weiterentwicklung können sich die Kurzfilmtage in der immer größer werdenden Festivallandschaft seit mehr als sechs Jahrzehnten behaupten. Eine Herausforderung stellte und stellt weiterhin die rasante digitale Entwicklung im Filmbereich, aber auch der Datenverarbeitung dar sowie die mit der Digitalisierung einhergehenden rapiden Veränderung des Freizeit- und Besucherverhaltens. Wirtschaftlicher Mitteleinsatz sowie zusätzlich erreichte Mittel ermöglichten es, mit der Digitalisierung weitgehend Schritt zu halten. Zudem konnten durch gemeinsame Nutzung bzw. Entwicklung mit anderen Festivals die Investitionskosten z. B. in den Bereichen Technik und Onlineservices für den Einzelnen erheblich reduziert werden. Nachdem mit Einsetzen der Finanzkrise im Jahr 2009 die Sponsoringerlöse deutlich zurückgegangen waren, konnten im Jahr 2010 zur Deckung von allgemeinen Kostensteigerungen im Personalbereich bei der Stadt Oberhausen und für den Bereich der Sachmittel beim Land Nordrhein-Westfalen Zuschussanhebungen erreicht werden. Aktuell wurden vom Land zudem Mittel zur Umsetzung eines notwendigen Strukturwandels zur Verfügung gestellt, der mit der Durchführung eines hybriden Festivals beginnen sollte. Die BKM hat im Berichtsjahr einer einmaligen Erhöhung der Zuwendung zur Deckung von pandemie-bedingten Mehrkosten zugestimmt. Allgemeine Kostensteigerungen zehren erreichte Zuschussanhebungen weitgehend auf. Mit Auslaufen des EU-MEDIA Programms des Jahres 2014 wurde im Berichtsjahr ein neues, angepasstes EU-Förderprogramm bekannt gegeben. Die Gesellschaft ist bemüht, EU-Förderung auch unter den neuen Bedingungen zu erreichen und so die EU als dauerhaften Förderer zu halten. Im Berichtsjahr wurde erneut eine Festivalförderung durch den RVR bewilligt; die Geschäftsführung ist bestrebt, diese Festivalförderung ebenfalls zu verstetigen**.** Kurzfristig konnten so mögliche Unterdeckungen in der Festivalfinanzierung vermieden werden. Die notwendige Planungssicherheit und eine finanzielle Absicherung des Festivals können aber nur durch öffentliche Zuschüsse gewährleistet werden, die zudem mittelfristig auch allgemeine Kostensteigerungen berücksichtigen. Sowohl Sponsoringerlöse als auch Stiftungszuwendungen können auf Grund ihrer Unsicherheit in weiten Teilen nur für einzelne Projekte und Programme herangezogen werden, die das regelmäßige Programmangebot erweitern und ergänzen. Sie eignen sich nicht, um den Kostensockel des Festivals, insbesondere regelmäßige Anpassungen der Gehälter, zu sichern.

Das Festivaljahr 2021 war erneut geprägt von den besonderen Anforderungen der Coronavirus-Pandemie. Der Corona-Krise wegen organisierten die Kurzfilmtage auch das 67. Festival vollkommen online. Bereits die Vorjahresausgabe zeigte, dass das Online-Angebot deutlich erweitert und angepasst werden muss. Erste Strukturanpassungen waren für das Festivaljahr 2021 geplant, konnten in Teilen umgesetzt und sollen nun in 2022 fortgeführt werden.

1. Darstellung des Geschäftsverlaufs

Wie in den Vorjahren lag das Hauptaugenmerk der Gesellschaft auch im Geschäftsjahr 2020/21 in der Erfüllung des ihr vorgegebenen Satzungszwecks. Wegen der Corona-Pandemie musste das Festival 2020 rein online durchgeführt werden. Der dort erzielte Erfolg zeigte eine starke Nachfrage nach digitalen Angeboten. Daher zielten die Planungen für das Festival im Jahr 2021 darauf, eine hybride Veranstaltung durchzuführen. D.h., es wurden neben einem Festival vor Ort zusätzlich Online-Veranstaltungen und Online-Wettbewerbe geplant, um ein größeres Publikum zu erreichen. Wegen gestiegener Inzidenzwerte im Frühjahr musste das Festival 2021 aber wie im Jahr zuvor vollkommen digital durchgeführt werden. Die hybride Ausgabe ist nun für das kommende Festivaljahr vorgesehen.

Die zweite Onlineausgabe der Kurzfilmtage war mit zehn Tagen doppelt so lang wie üblich. In acht Wettbewerben, drei davon neu, verlieh das Festival Preise im Wert von knapp 52.000 €. Die Kurzfilmtage erreichten ein Publikum in 75 Ländern; fast 1.400 Festivalpässe wurden verkauft, jedoch weniger als 2020 bei der ersten Onlineausgabe eines Filmfestivals in Deutschland. Über 1.000 Fachbesucher waren akkreditiert; überdies nutzten mehr als 200 Personen den THIS IS SHORT-Pass des Europäischen Kurzfilmnetzwerks, um bei den Kurzfilmtagen Filme zu schauen. Insgesamt verzeichneten die Kurzfilmtage rund 2.600 Besucher und knapp 60.000 Sichtungen der rund 400 Filme im Programm.

Wegen der weltweiten Schließung von Veranstaltungsorten bedingt durch die Pandemie waren Aktivitäten im Bereich Archiv/Verleih lediglich in den letzten zwei Monaten des Geschäftsjahres möglich.

In der Aufsichtsratssitzung vom 23.06.2020 wurden die inhaltlichen und finanziellen Ziele für das Geschäftsjahr 2020/21 festgelegt. Der Wirtschaftsplan wurde im Geschäftsjahresverlauf fortgeschrieben und in der Aufsichtsratssitzung vom 11.03.2021 letztmalig den aktuellen Entwicklungen angepasst. Die im angepassten Wirtschaftsplan festgelegten finanziellen und inhaltlichen Ziele für das Geschäftsjahr 2020/21 konnten in einigen Bereichen nicht erreicht bzw. mussten den Anforderungen der Maßnahmen zur Corona-Pandemie angepasst werden. Öffentliche Zuwendungen wurden zunächst in beantragter Höhe bewilligt, teils in der Höhe angepasst, um pandemie-bedingte Mehraufwendungen aufzufangen, teils Zuwendungszeiträume verlängert. Der nochmaligen Umstellung auf eine Online-Ausgabe wurde seitens der Zuschussgeber und sonstigen Unterstützer zugestimmt. Wegen Ausfall oder Verschiebung verschiedener Programmsegmente entfielen oder verringerten sich jedoch Förderungen oder werden nochmals in das kommende Geschäftsjahr übertragen.

Die Absage des regulären Festivals und kurzfristige Umstellung auf eine reine Online- Ausgabe erschwerte die Kalkulation der Aufwendungen sowie eine Planung der Einnahmen und Zuwendungen. Bei den Aufwendungen waren in geringem Umfang bereits getätigte Leistungen für die geplanten Ausgaben zu erfassen sowie zusätzliche Kosten für eine reine Online-Ausgabe.

Die Ergebnisse weichen in vielen Positionen von der angepassten Planung im März 2021 ab. Die Verleihaktivitäten des Filmarchivs waren beinahe vollständig zum Erliegen gekommen; erst zum Ende des Geschäftsjahres 2020/2021 konnten die Aktivitäten wieder spürbar gesteigert werden. Die Anzeigenerlöse liegen unter den Planzahlen (rd. 10%); es wurde erneut nur eine digitale Verbreitung angeboten. Es konnte jedoch eine Vielzahl von Kunden auf die digitalen Medien umgelenkt werden. Erlöse aus dem Verkauf der Festivaltickets liegen unter den geplanten Eintrittserlösen (rd. 12,5%). Neben Erlösminderungen haben Erlösverschiebungen Einfluss auf die Einnahmesituation. Durch Projektverschiebungen in das kommende Jahr sind bereits erhaltene Erlöse als erhaltene Anzahlungen in das nächste Jahr zu übertragen bzw. fallen diese erst im kommenden Jahr an. Unter Berücksichtigung erneuter Erlösverschiebungen sowie vorzunehmender Abgrenzungen liegt die Gesamtleistung um rd. 5,7% unter den angepassten Planzahlen.

Ebenso wie bei den Erlösen weichen die vorläufigen Ergebnisse bei den Aufwendungen beinahe durchgehend von den Planzahlen ab. Sie werden in den meisten Fällen deutlich unterschritten oder sind in Gänze entfallen. Lediglich in wenigen Aufwandspositionen werden die Planansätze erreicht oder sogar überschritten.

Für die Planung und Umsetzung der Online-Ausgabe standen erneut nur zwei Monate zur Verfügung. Um die Veranstaltung digital umzusetzen, wurde zusätzlich auch an Abenden und Wochenenden gearbeitet, so dass insbesondere bei den Festangestellten eine Vielzahl von Mehrstunden angefallen ist. Unter Berücksichtigung der Zusatzvergütungen werden die Aufwendungen für Festangestellte über dem Planansatz liegen. Zur Betreuung neuer Online-Bereiche wie z.B. dem Festival-Space wurden zusätzlich Mitarbeiter befristet eingestellt. Der Einsatz kurzfristiger Aushilfen zum Festival entfiel auch in diesem Jahr vollständig.

Die im Geschäftsjahr 2020/2021 stattgefundene turnusmäßige Betriebsprüfung führte zu einer Nachversicherung eines bis dahin Freien Mitarbeiters. Abzuführende Beiträge erklären zusätzlich zu einer Abweichung bei den Planzahlen zu Personalaufwendungen.

Mit Ablauf des Geschäftsjahres beschäftigt die Gesellschaft zehn angestellte Mitarbeiter, inklusive des angestellten Geschäftsführers. Drei der Mitarbeiter sind auf Teilzeitbasis mit flexibler Jahresarbeitszeit eingestellt, vier auf Teilzeitbasis mit verringerter Wochenarbeitszeit. Zwei weitere Mitarbeiter werden auf der Basis von Werkverträgen für das Festival aktiv. Weiterhin beschäftigt die Gesellschaft stundenweise zwei freie Mitarbeiter im Bereich des Archivs und Verleihs.

Die Gesellschaft schließt mit Ende des Geschäftsjahres 2020/21 trotz der Corona-Krise ein erfolgreiches Geschäftsjahr ab. Der Überschuss soll einer zweckgebundenen und satzungsmäßigen Rücklage zugeführt werden. Es bleibt jedoch festzuhalten, dass sich Risiken wegen der nicht absehbaren Entwicklung der Corona-Pandemie nochmals in das folgende Geschäftsjahr verschieben können. Es ist zudem nicht abzusehen, wie Zuschussgeber und sonstige Förderer das positive Ergebnis bei der Zuwendungsabrechnung bewerten. Der Änderung der Festivaldurchführung wurde zugestimmt, aber bisher keine Aussage zur Förderhöhe bei Änderungen getroffen.

2. Darstellung der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Zur Finanzierung des Festivals über öffentliche Zuschussgeber wurden im Herbst/Winter 2020 Anträge auf Projektförderung gestellt, die durchgehend wie beantragt bewilligt wurden. Zur Umsetzung des angestrebten Strukturwandels mit vermehrten digitalen Elementen wurde beim Land Nordrhein-Westfalen eine Anpassung von 60 T€ erreicht. Für Coronabedingte Mehraufwendungen wurden von der BKM zusätzliche Mittel in Höhe von 15 T€ zur Verfügung gestellt. Das neue MEDIA-Programm wurde erst nach Festivaldurchführung bekannt gegeben, erlaubt jedoch auch nachträgliche Antragstellungen. Es konnte für das Festivaljahr 2021 sowie bereits für das Festivaljahr 2022 beantragt werden. Eine Antwort steht noch aus, und eine Aussage über zukünftige Förderungen seitens der EU kann noch nicht getroffen werden. Die Förderung für das Festivaljahr 2020 wurde nach positiver Auswertung durch die EU als periodenfremder Ertrag im Berichtsjahr erfasst. Wie bereits oben erläutert, ist nicht absehbar, ob sich durch die Änderung der Festivaldurchführung auch Änderungen in der Förderhöhe ergeben werden.

In den vorangegangenen Jahren wurde das Kultursponsoring weitgehend von Stiftungsförderung abgelöst, nachdem im Zuge der Wirtschaftskrise Wirtschaftsunternehmen sich zunehmend aus dem Kultursponsoring zurückgezogen haben. Mit der Zuordnung der Zuschüsse und ähnlichen Erträgen zu den Umsatzerlösen beträgt der Anteil der Umsatzerlöse an der Gesamtleistung im Berichtsjahr 95%. Durch bewilligte Zuschüsse öffentlicher Geldgeber, Zuwendungen und erreichte Umsatzerlöse war das Festival zu jeder Zeit finanziell abgesichert.

Auf Grundlage der Steuererklärungen erhielt die Gesellschaft zuletzt am 24.09.2021 vom Finanzamt Oberhausen-Süd vorbehaltlich der Nachprüfung den Freistellungsbescheid für 2019 und 2020 zur Körperschaftssteuer und Gewerbesteuer. Laut Freistellungsbescheid ist die Körperschaft nach § 5 Abs. 1 Nr. 9 KStG von der Körperschaftssteuer und nach § 3 Nr. 6 GewStG von der Gewerbesteuer befreit, weil sie ausschließlich und unmittelbar steuerbegünstigten Zwecken im Sinne der §§ 51 ff. AO dient. Ausgenommen hiervon ist der von der Körperschaft unterhaltene wirtschaftliche Geschäftsbetrieb, der der Steuerpflicht unterliegt.

Die Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft ist geordnet und kann als solide betrachtet werden. Die Bilanzsumme beträgt 803 T€ und weist einen Anteil an liquiden Mitteln von 92,2% aus. Die Gesellschaft war im Berichtsjahr jederzeit in

der Lage, ihre finanziellen Verpflichtungen zu erfüllen. Die Kapitalstruktur ist ausgewogen. Das Eigenkapital in Höhe von 330 T€ setzt sich zusammen aus gezeichnetem Kapital und zweckgebundenen Rücklagen nach § 62 AO und erreicht eine Quote von 41,1%.

3. Bericht über die Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung kommunaler Unternehmen gemäß § 108 Abs. 2 GO NW für das Geschäftsjahr 2019/2020

Durch die Wahrnehmung der unter 1. dargestellten Aufgaben wurde der Zweck der Gesellschaft gemäß § 2 des Gesellschaftsvertrages nachhaltig erfüllt.

4. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres 2020/2021 haben sich nicht ereignet.

5. Voraussichtliche Entwicklung mit Hinweis auf wesentliche Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Hauptziel der Gesellschaft ist auch weiterhin die langfristige Sicherung und offensive Weiterentwicklung des Festivals. Dies bezieht sich zum einen auf die Akquise von Sponsoren und Medienpartnern, die Einbindung weiterer öffentlicher Zuschussgeber und Partner für Einzelprojekte, zum anderen auf die Erschließung von neuen Besuchergruppen sowie die Entwicklung neuer Projekte.

Das Festival hatte in der Vergangenheit im Vergleich mit der Festivallandschaft in Deutschland eine überproportionale Quote an privaten Mitteln erreicht. Eine intensive Ansprache der Privatwirtschaft bleibt auch weiterhin für das Festival unerlässlich. Die letzten wirtschaftlichen Ergebnisse zeigen jedoch, dass Sponsoring als Finanzierungsquelle für die Kernaufgaben des Festivals keine geeignete Perspektive darstellt und nur durch Fördermittel eine notwendige Planungssicherheit gegeben ist. Mit Sponsoringerlösen ebenso wie mit Stiftungszuwendungen können vor allem einzelne Projekte und (temporäre) Programme, die das regelmäßige Programmangebot erweitern und ergänzen, finanziert werden. Projektgebundene Förderungen bedeuten jedoch neben direkten Projektkosten oftmals innerbetrieblichen Mehraufwand bei Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Buchhaltung usw. Aus diesem Mehraufwand resultierten eindeutig Mehrkosten für die Gesellschaft durch Mehrstunden, die zum Jahresende vergütet werden müssen und die finanziell nur knapp von den Förderungen gedeckt sind. Bei allem Renommee, das auf diesem Wege erreicht werden kann, darf daher nicht aus dem Auge verloren werden, dass die Finanzierung des Kerngeschäftes der Kurzfilmtage immer schwieriger wird. Da Gehälter der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gesellschaft, die naturgemäß einen großen und auch kontinuierlich anwachsenden Teil der Gesamtkosten darstellen, in der Regel durch Fördermittel und Zuschüsse nicht anteilig abgerechnet werden können, droht allmählich zudem ein strukturelles Defizit für Gesellschaften in kommunaler Trägerschaft.

Bei stagnierenden Zuschüssen ist eine dauerhafte Finanzierung des Festivals in der bisherigen Form nicht denkbar und kann das Leistungsspektrum auch nicht aufrechterhalten werden. Allein durch die Zuschussanpassungen in den Vorjahren wurde der Gesellschaft mittelfristig der finanzielle Spielraum gegeben, notwendige Anpassungen und Erweiterungen im Bereich Personal und Sachmittel zu decken und unvorhersehbare Aufwendungen aufzufangen. Mit dem Einsatz neuer Kommunikationswege und angepassten modernen Arbeitsmethoden ist es in den letzten Jahren gelungen, in vielen Bereichen Kostensenkungen zu erzielen bzw. Aufwandssteigerungen zu verhindern, ohne die Unterdeckungen nicht zu vermeiden gewesen wären, zuletzt durch verstärkte, teilweise ausschließliche Nutzung von Homeoffice. Die Kostensteigerungen der Gesellschaft sind überaus moderat. Es werden alle Anstrengungen unternommen, diesen Weg fortzusetzen. Die erreichte EU-Förderung verschafft der Gesellschaft nur kurzfristig leichten finanziellen Spielraum, da die erreichten Zuschusserhöhungen bereits im Vorjahr durch unabwendbare allgemeine Kostensteigerungen aufgezehrt waren. Für das Geschäftsjahr 2020/2021 sowie für Folgejahre wird die Geschäftsführung daher alle Anstrengungen unternehmen, die Voraussetzungen zur Erfüllung der Förderkriterien des EU MEDIA-Programms zu schaffen. Darüber hinaus ist die Geschäftsführung bestrebt, die Festivalförderung durch den RVR zu verstetigen. Langfristig kann die Festivalfinanzierung nur durch Zuschüsse gesichert werden, die allgemeine Kostensteigerungen zumindest annähernd ausgleichen.

Die Sponsoringakquise wurde in der Vergangenheit fortlaufend verbessert, etwa durch aufwändig gestaltete digitale Unterlagen mit aussagekräftigem Zahlenmaterial zur Leistungsbilanz und zu den Darstellungsmöglichkeiten. Seit der Finanzkrise 2008/09 war es jedoch trotz leichter Erholung der Wirtschaftslage nicht mehr möglich, die Erlössituation zu halten oder gar deutlich zu verbessern. Sowohl große Unternehmen als auch Stiftungen haben mit Blick auf die ungewisse Konjunkturentwicklung bzw. das sehr niedrige Zinsniveau ihr Engagement im Bereich Kultur eingeschränkt oder sogar eingestellt. Insbesondere Partner aus Vorjahren reduzierten ihr Engagement bzw. verlagerten es auf andere Bereiche. Es ist erkennbar, dass sich im gesamten Kulturbereich ein ähnliches Bild zeigt. Es ist vor dem Hintergrund der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen derzeit nicht absehbar, ob und ggf. wann eine positive Entwicklung wieder einsetzen wird.

Zur Sicherung des Festivals über öffentliche Zuschussgeber werden jährlich Anträge auf Projektförderung gestellt. Neben den bereits eingeführten Zuschussgebern werden je nach Projektstand auch weitere mögliche öffentliche Fördergeber angesprochen. Für das Festivaljahr 2022 werden alle Anträge auf öffentliche Förderung zum Jahresende 2021 gestellt. Eine Aussage zur Wahrscheinlichkeit der Bewilligungen kann gegenwärtig noch nicht getroffen werden. Das Land Nordrhein-Westfalen hat für das Jahr 2022 bereits eine Verpflichtungsermächtigung ausgesprochen.

Die Stadt Oberhausen als alleinige Gesellschafterin hat im Festivaljahr 2010 nach zehn Jahren mit gleicher Zuschusshöhe eine Anpassung bewilligt, da auf Grund der rückläufigen Umsatzerlöse Personalkostensteigerungen nicht mehr wie in der Vergangenheit allein von der Gesellschaft aufgefangen werden konnten. Überfällige Gehalts- und Honoraranpassungen

konnten vollständig umgesetzt werden. Will man einen Leistungsrückgang vermeiden, werden allein zur Deckung zukünftiger jährlicher Personalkostensteigerungen weitere Anpassungen notwendig. Die Geschäftsführung hat der Gesellschafterin vorgetragen, den Zuschuss, wie im Festivaljahr 2015 erstmalig geschehen, auch zukünftig jährlich um wenigstens 1% anzupassen.

Wegen der unsicheren Haushaltssituationen bei Bund, Ländern und Gemeinden und der angespannten wirtschaftlichen Situation sowie der neuerdings eingetretenen Corona-Krise, deren Ende nicht absehbar ist, kann die Gesellschaft kein aussagekräftiges Szenario zur möglichen Entwicklung der Zuschüsse erstellen. Zumindest wurden bisher keine Kürzungen angekündigt. Sollten Anpassungen ausbleiben oder sich sogar Kürzungen bei öffentlichen Zuschussgebern ergeben, so werden voraussichtlich Leistungsspektrum und Leistungsbilanz des Festivals hiervon unmittelbar und deutlich betroffen sein.

Zu Beginn des Geschäftsjahres 2017/18 wurde der Vertrag mit dem Festivalkino Lichtburg Filmpalast für die Dauer von fünf Jahren neu verhandelt. Das Niveau des Mietzinses konnte gehalten werden. Zur Deckung zu erwartender allgemeiner Kostensteigerungen ist eine jährliche Anpassung des Mietzinses in Höhe von 1,5 v.H. festgeschrieben. Der im Geschäftsjahr 2010/2011 mit der OGM GmbH geschlossene Leistungsvertrag ging mit Gründung der SBO Servicebetriebe Oberhausen als Nachfolgegesellschaft zum 01.01.2021 auf diese über. Der Leistungsvertrag beinhaltet eine automatische Verlängerung jeweils um ein Jahr.

Die Gesellschaft wird voraussichtlich zehn angestellte Mitarbeiter inklusive des angestellten Geschäftsführers beschäftigen. Auf eine Ausbildungsstelle muss aus finanziellen Gründen verzichtet werden. Die unmittelbare Festivalvorbereitung kann nach wie vor nur unter Zuhilfenahme von kurzfristigen Aushilfen, Zeitarbeits- und Honorarkräften sowie freien Mitarbeitern erfolgen. Um einen reibungslosen Festivalbetrieb mit stetig wachsenden Anforderungen zu gewährleisten und den Mehraufwand für projektbezogene Förderungen abzudecken, werden auch in diesem Bereich weitere Anpassungen notwendig.

An der Aufschlüsselung der steuerbegünstigten wirtschaftlichen Betätigungsfelder der Gesellschaft in die Zweckbetriebe „Festival“ und „Archiv & Verleih“ sowie dem steuerpflichtigen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb „Anzeigen, Sponsoring, Verkauf von Merchandising“ wird auch künftig festgehalten.

Die Geschäftsführung ist bestrebt, die internationale Bedeutung und Anerkennung des Festivals fortlaufend neu zu behaupten. Dabei steht die behutsame Weiterentwicklung der historischen Substanz des Festivals im Mittelpunkt der Bemühungen der Markenführung. Die Fähigkeit, gesellschaftliche Veränderungen frühzeitig wahrzunehmen, auf diese zu reagieren, sie in Programme zu übertragen und dafür auch neue Zielgruppen zu erschließen, hat in Oberhausen eine lange Tradition. Insbesondere im Bereich des Kurzfilms ist die ständige Regenerierung des Fachpublikums dringend erforderlich. Nur eine fortgesetzte strategische internationale Vernetzung mit wichtigen Partnern, ein Programmprofil, das höchsten Ansprüchen im internationalen Vergleich genügt, sowie eine anhaltend intensive und kreative Öffentlichkeitsarbeit können die Gesellschaft nachhaltig sichern. Weiterhin steht vor allem die strategische Weiterentwicklung der Bereiche Onlineauftritt, Filmbildung und Kunstmarkt auf der Agenda. Hier wurden in den letzten zehn Jahren bereits außerordentlich gute Ergebnisse erzielt. Eine große Herausforderung stellt derzeit auch die Weiterentwicklung der Aktivitäten zur Ansprache eines Breitenpublikums dar, insbesondere durch eine neue Gestaltung und Verteilung von Printprodukten, in der Außenwerbung, aber vor allem auch im Bereich E-Marketing (Soziale Medien und Website).

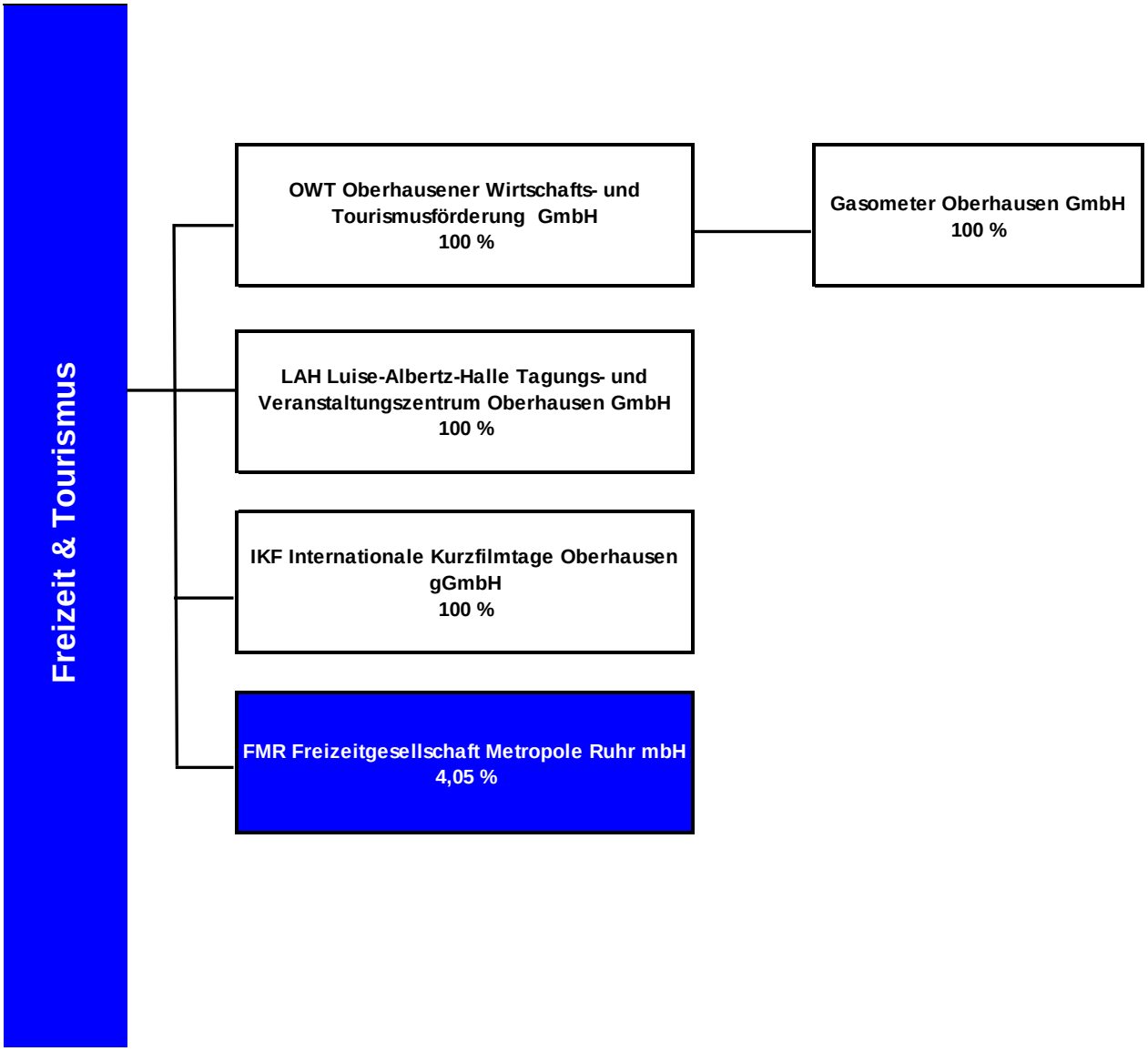
Die Datenbank der Kurzfilmtage wurde und wird für externe Nutzer immer komfortabler. In diesem Bereich sind wegen der rasanten technischen Entwicklung stetig Aufwendungen nötig, insbesondere mit Blick auf die Vernetzung von Onlineauftritt und Datenbanken. Ende des Kalenderjahres 2020 erfolgte ein umfassender Relaunch der Website mit ganz erheblich erweiterten digitalen Angeboten, die einen Strukturwandel des Festivals von einer Veranstaltung zu einer Plattform einleiteten. Künftig sollen neben der Veranstaltung vor Ort auch dialogische Angebote ganzjährig im digitalen Raum entstehen, die räumlich und zeitlich beschränkte Angebote in Oberhausen ergänzen. Dies soll den Strukturwandel des Festivals auf die neuen Herausforderungen durch die rapide Veränderung des Reiseverhaltens von Gästen und die sehr erheblichen Auflagen zur Eindämmung der Corona-Pandemie anpassen. Schon vor der Corona-Krise standen Festivals vor der Frage, wie die Klimabilanz durch digitale Angebote verbessert werden könnte, wie digitale Wege der Kommunikation und Verbreitung von Filmen erforscht und genutzt werden könnten, um Zielgruppen zu binden und neue zu erreichen. Überdies werden Festivals der behördlichen Einschränkungen wegen mittelfristig nicht wie gewohnt Programme für internationale Gäste, Schulklassen usw. vor Ort anbieten können. Daher erscheint eine flexible Hybridstrategie nötig, die auch über das Jahr 2021 hinaus und für andere übertragbare Modelle entwerfen kann.

Die Kurzfilmtage setzen mit Filmchief fortlaufend ein gemeinsames Online-Datenbank-Projekt mit internationalen Filmfestivals um. Durch die gemeinsame Entwicklung und Nutzung sollen Investitionen erheblich reduziert werden. Für Fachbesucher und Breitenpublikum entsteht so ein weitaus größeres und vor allem nutzerfreundliches Angebot mit vielfältigeren Serviceangeboten und Videos. Mit Filmchief wurde auch die Online-Ausgabe umgesetzt. Auf lokaler Ebene werden weiterhin Bemühungen unternommen, für das ehemalige Europa-Kino sowie das Walzenlager-Kino im Zentrum Altenberg neue Perspektiven und auch Fördermöglichkeiten zu erschließen.

Oberhausen, 05. Oktober 2021

Internationale Kurzfilmtage gGmbH (IKF)

Dr. Lars Henrik Gass
Geschäftsführer


Freizeit & Tourismus
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH
100 %
Gasometer Oberhausen GmbH
100 %
LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH
100 %
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH
100 %
FMR Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr mbH
4,05 %

FMR Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr mbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Querenburger Straße 29
58455 Witten

Kontakt:

Telefon 02302/20120

Fax 02302/201212

e-Mail verwaltung@kemnadersee.de

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 440,30

Gesellschafter:

	T€	%
Ennepe-Ruhr-Kreis	12,50	2,84
Regionalverband Ruhr	282,40	64,14
Stadt Bochum	31,50	7,15
Stadt Bottrop	17,85	4,05
Stadt Duisburg	35,95	8,16
Stadt Essen	11,75	2,67
Stadt Gelsenkirchen	11,75	2,67
Stadt Oberhausen	17,85	4,05
Stadt Witten	18,75	4,26

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege, des Sports, der Kinder- und Jugendhilfe, der Kultur und des Landschaftsschutzes. Diese Zwecke werden verwirklicht durch den Betrieb von Freizeitanlagen mit überörtlicher Bedeutung, die als Betriebsstätten der Gesellschaft geführt werden und in denen als Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse (DAWI) in den öffentlichen Badbereichen und den sonstigen Einrichtungen das Jedermannschwimmen angeboten, verschiedene Angebote zur Sport- und Gesundheitsförderung, sonstige Programm- und Veranstaltungsangebote gemacht sowie Park-, Spiel- und Wassersportflächen bereitgestellt werden.
Von der Gesellschaft werden folgende Betriebsstätten geführt:
- das Freizeitzentrum Kemnade (Bochum),
- der Revierpark Nienhausen (Gelsenkirchen),
- der Revierpark Vonderort (Oberhausen) und
- der Revierpark Mattlerbusch (Duisburg).

Die genannten vier Betriebsstätten bestehen aus den in den als Anlagen 1 bis 4 diesem Gesellschaftsvertrag beigefügten Lageplänen gekennzeichneten Bereichen und den dort befindlichen Gebäuden und Anlagen. Die Grundstücke befinden sich mehrheitlich im Eigentum der Belegenheitskommunen. Es wird festgehalten, dass diejenigen Grundstücke/Grundstücksflächen, an denen die Gesellschaft weder Eigentum noch grundstücksgleiche Rechte besitzt, aufgrund getroffener Absprachen mit den Belegenheitskommunen weiterhin der Gesellschaft unentgeltlich zur Verfolgung des Gesellschaftszwecks zur Verfügung gestellt werden.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2021)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Hecht, Jürgen
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:	Mitglied	Schmidt, Jürgen
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Schlüter, Markus
	stellv. Vorsitzende	Ossowski, Silke
	stellv. Vorsitzende	Brosch, Alfred
	Mitglied gem. § 113 GO	Blumenthal, Heiko
	Mitglied	Rubin, Dirk
	Mitglied	Richter, Tim
	Mitglied	Boos, Thomas
	Mitglied	Schmück-Glock, Martina
	Mitglied	Brambora-Schulz, Susanne
	Mitglied	Föhse, Björn
	Mitglied	Günzel, Gabriele
	Mitglied	Kosel, Stephan
	Mitglied	Krampitz, Christian
	Mitglied	Lilla-Oblong, Martina
	Mitglied	Purps, Christoph
	Mitglied	Sander, Hanna Marlene
	Mitglied	Timmermann-Fechter, Astrid
	Mitglied	van Geister, Daniel
	Mitglied	Waßmann, Uwe
	Mitglied	Wolters, Gereon
Beirat:	Mitglied	Krey, Thomas
	Mitglied	Schmidt, Jürgen
	Mitglied	Geise, Hans-Christian
	Mitglied	Müller, Klaus
	Mitglied	Scherer, Axel
	Mitglied	Gössinger, Doreen
	Mitglied	Wischermann, Hermann
	Mitglied	Berger, Frank
	Mitglied	Dr. Bunse, Antoinette
	Mitglied	Sander, Hanna Marlene
	Mitglied	Tepperis, Maria
	Mitglied	van Geister, Daniel
Prokura:	Prokurist	Dümenil, Franz

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2019		2020		2021		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	22.017,68	92,3	22.212,43	88,8	22.108,49	94,4	-103,94	-0,47
Umlaufvermögen	1.828,20	7,7	2.802,00	11,2	1.309,82	5,6	-1.492,18	-53,25
Rechnungsabgrenzungsposten	10,28	0,0	0,94	0,0	0,67	0,0	-0,27	-28,72
Bilanzsumme	**23.856,16**	**100,00**	**25.015,36**	**100,00**	**23.418,98**	**100,00**	**-1.596,38**	**-6,38**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	10.563,95	44,3	9.447,37	37,8	7.939,62	33,9	-1.507,75	-15,96
Sonderposten mit Rücklagenanteil	8.081,53	33,9	8.585,76	34,3	9.447,13	40,3	861,37	10,03
Rückstellungen	901,92	3,8	199,88	0,8	201,94	0,9	2,06	1,03
Verbindlichkeiten	2.775,94	11,6	5.953,25	23,8	4.547,38	19,4	-1.405,87	-23,62
Rechnungsabgrenzungsposten	1.532,81	6,4	829,10	3,3	1.282,91	5,5	453,81	54,74
Bilanzsumme	**23.856,16**	**100,00**	**25.015,36**	**100,00**	**23.418,98**	**100,00**	**-1.596,38**	**-6,38**

bb) GuV

	2019	2020	2021
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	10.932,70	4.463,86	3.932,42
andere aktivierte Eigenleistungen	29,64	0,00	
sonstige betriebliche Erträge	1.085,08	2.982,60	1.870,26
Materialaufwand	6.529,52	4.522,33	4.019,65
Personalaufwand	7.529,59	6.396,91	5.787,48
Abschreibungen	1.696,61	1.552,21	1.563,67
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.612,62	936,44	974,66
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00		3,12
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	42,85	28,37	23,70
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-5.363,77	-5.989,80	-6.563,35
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1,01		-48,30
sonstige Steuern	374,98	486,08	7,44
Erträge aus Verlustübernahmen	293,79		
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	-5.445,96	-6.475,87	-6.522,49
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	-5.445,96	-6.475,87	-6.365,61
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,00	0,00	-156,88

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2021	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-52,50	-145,07	-165,86	%
Eigenkapitalrentabilität:	-54,33	-68,55	-80,56	%
Cash-Flow:	-4.043,14	-4.923,67	-4.958,83	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	108,54	55,16	41,15	T€
Personalaufwandsquote:	62,50	85,91	99,74	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2021	Angaben in
Sachanlagenintensität:	92,20	88,69	94,12	%
Eigenkapitalquote:	44,28	37,77	33,90	%
Fremdkapitalquote:	55,72	62,23	66,10	%

e) Lagebericht

1. Grundlagen des Unternehmens

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege, des Sports, der Kinder- und Jugendhilfe sowie der Kultur und des Landschaftsschutzes.

Diese Zwecke werden verwirklicht durch den Betrieb von Freizeitanlagen mit regionaler Bedeutung, die als Betriebsstätten der gemeinnützigen GmbH geführt werden und in denen vor allem Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (DAWI) für die Bürger erbracht werden. Angebote der Gesellschaft sind u.a. öffentliche Badbereiche, sonstige Einrichtungen der Daseinsvorsoge, verschiedene Angebote zur Sport- und Gesundheitsförderung, zielgruppenorientierte Programm- und Veranstaltungsangebote, sowie Park-, Spiel-, Sport und Wassersportflächen und dazu passende Gesundheits- und Wellnessdienstleistungen in den Parkanlagen und sehr großen öffentlichen Bädern der Gesellschaft.

Von der Gesellschaft werden folgende Betriebsstätten geführt:

- Freizeitzentrum Kemnade, Witten
- Revierpark Mattlerbusch, Duisburg
- Revierpark Nienhausen, Gelsenkirchen
- Revierpark Vonderort, Oberhausen

2. Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die seit Januar 2020 weltweit um sich greifende COVID-19 Pandemie hat das gesellschaftliche Leben und auch den gesamtwirtschaftlichen Rahmen des Jahres 2021 dominiert. Zum Zeitpunkt der Erstellung des Jahresabschlussberichts befindet sich Russland in einem Krieg mit der Ukraine was zu noch weiter steigenden Energiepreisen geführt hat, ein Liter Superbenzin kostet zurzeit deutlich über 2,00 €.

Bis in den Februar 2022 hat der Arbeitsmarkt seinen Aufwärtstrend fortgesetzt. Verglichen mit dem Februar des vorigen Jahres ist die Arbeitslosigkeit um 476.000 geringer, die Arbeitslosenquote beträgt jetzt 5,3 Prozent. Makroökonomisch betrachtet ist das fast der Zustand der Vollbeschäftigung, was die FMR auch daran merkt, dass es sehr schwierig ist, neues Personal zu gewinnen.

Trotz zahlreicher wirtschaftlicher Herausforderungen wie der Corona-Pandemie und der ukrainischen Flüchtlingskrise sowie der aktuell neu beschlossenen 100 Milliarden € Aufstockung des Wehretats ist der gesamtwirtschaftliche Rahmen als stabil, fast schon prosperierend zu bezeichnen.

3. Geschäftsverlauf und Lage der Gesellschaft und ihrer Betriebsstätten

3.a Prägung des Geschäftsverlaufs 2021 durch die Covid-19 Pandemie

Der Geschäftsverlauf des Jahres 2021 war bei der Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr mbH („FMR“) ganz wesentlich von der Coronapandemie geprägt, alle Bäder waren auf Grund behördlicher Anordnungen seit dem 03.11.2020 bis in den Juni des Jahres 2021 hinein geschlossen. Die Besucherzahlen in der zweiten Jahreshälfte litten dann besonders unter einem sehr schlechten Sommer.

Zwar sind zum Zeitpunkt der Verfassung dieses Berichts die Neuinfektionszahlen hoch wie nie, dennoch sind alle Bäder wieder geöffnet wobei es sogar kaum noch Zutrittsbeschränkungen gibt

3.b Die Lage im Freizeitzentrum Kemnade

Der zweite Lockdown begann am 02.11.2020 und die darauffolgende Wiedereröffnung des Freizeitbades Heveney erfolgte am 24.06.2021 unter den entsprechenden Auflagen der Coronaschutzverordnung.

In dieser zweiten Schließungsphase wurde die Modernisierung der Saunagastronomie in Kemnade vorgenommen. Die Investition von knapp unter 150.000 € wurde über ein Darlehen und aus Mitteln der Gesellschaft finanziert. Am 4 Oktober erfolgte die offizielle Abnahme der neu gestalteten Saunagastronomie. Kleinere festgestellte Mängel wurden durch die ausführenden Firmen innerhalb von 14 Tagen erfolgreich beseitigt. Am 20.10.2021 erfolgte die Übergabe an unseren Pächter. Der Abschluss eines Pachtvertrages bringt der Gesellschaft wirtschaftliche Vorteile, da das Betreiben einer Gastronomie durch die FMR aufgrund der Tarifbindung des öffentlichen Dienstes nicht wirtschaftlich darstellbar ist. Die Gastronomie zeigt sich nun in einem modernen Design und lädt mit Kamin und Sitznischen zu einem entspannten Aufenthalt ein. Die positive Resonanz der Gäste bestätigt uns in unserer Entscheidung und wir freuen uns, dass wir unseren Gästen nun wieder ein qualitativ hochwertiges gastronomisches Angebot bieten können.

Weitere Modernisierungsmaßnahmen

Im Eingangsbereich wurde ein Verkaufsshop für Badeartikel mit einer erheblich größeren Verkaufsfläche geschaffen. Der Liegebereich der Schwimmhalle wurde mit einer Notabstützung versehen, damit die Zeit bis zur Erneuerung der Dachkonstruktion sicher überbrückt wird. Eine Steuerungseinheit für die Dampfgrotte und das Thermalbecken, sowie die Taschenablagen und die Garderobe im Saunabereich wurden erneuert. Mit den Arbeiten für den neuen 8 x 8 Meter großen Spraypark im Außenbereich des Freizeitbades Heveney wurde begonnen. Die Fertigstellung erfolgt planmäßig Anfang April 2022 und somit steht diese Attraktion den Familien rechtzeitig für die Sommersaison zur Verfügung.

Verleihgeschäft am See

Das Verleihgeschäft wurde durch den Erwerb von Segel- und Optimistenjollen, E- Bikes und Inliner aufgewertet. Durch die Hochwasserkatastrophe im Juli mussten einige Verleihstationen komplett saniert und neu ausgestattet werden.

Fuhrpark und Maschinen

Der Fuhrpark wurde durch einen leistungsfähigen Minibagger mit Anhänger und Zugfahrzeug erneuert. Für die kleineren Transporte wurde ein Kastenwagen angeschafft und für Dienstfahrten ein E-Golf.

Elodea und Umgehungsgerinne

Die Elodea ist nach wie vor ein Problem für die Wassersportler am See und beeinträchtigt auch die Arbeit der Wassersportschule. Bereits seit dem Jahr 2017 gibt es zur Lösung dieses Problems Gespräche mit dem Ruhrverband, Herr Prof. Jardin persönlich kümmert sich um dieses Thema. Nur die Ausbaggerung des Sees kann hier zumindest etwas Abhilfe schaffen. Es gibt mittlerweile drei Lösungsvorschläge zur Verbringung des dabei anfallenden Seeschlamms: 1. Die Anlage einer Schlammhalde am südlichen Seeufer; 2. Die Verteilung des Schlamms innerhalb des Sees, so das durchgängig eine Wassertiefe von zwei Metern entsteht; 3. Den Bau eines Umgehungsgerinnes mit dem Schlamm wodurch ein etwa drei Kilometer langer Wall mit beleuchteter Promenade und drei Brücken zum Südufer entstehen würde. Letztere Alternative scheint die zukunftsträchtigste zu sein, verbunden damit wären allerdings erhebliche zusätzliche Lasten für die Städte Bochum und Witten. In den vergangenen 12 Monaten wurde mit den beteiligten Kommunen gesprochen. Ergebnis ist, dieses Vorhaben zunächst nicht weiter aktiv zu verfolgen.

Pachtverträge

Im letzten Jahr wurden verschiedene weitere kleinere Pachtverträge abgeschlossen, durch die deutlich höhere Einnahmen für die Betriebsstätte Kemnade erzielt wurden. Sehr wesentlich dagegen ist die Neuverhandlung des Pachtvertrags „Kemnade in Flammen und Zeche Gibraltar“, hier wurden Mehrerträge von bis zu 50.000 € jährlich mit den neuen Hauptpächtern verhandelt.

3.c Die Lage im Revierpark Mattlerbusch

Auch im Revierpark Mattlerbusch wurde die zweite Schließungsphase genutzt, um weitere Verschönerungs- und Reparaturarbeiten vorzunehmen. Mit kleinem Budget und mit eigenen Mitarbeitern wurde das Wellenbad mit einem neuen Anstrich versehen und dieses sowie auch das Soleaußenbecken wurden neu verfugt. Durch eine Firma wurden im Solebereich alle Stützpfeiler statisch verstärkt und defekte Leitungen im Wellenbad erneuert. Die Felssauna, das Aufgussstübchen und die Rittersauna wurden durch die hauseigene Schreinerei neu verkleidet (Bänke und Wände).

Ebenfalls wurde die Zeit genutzt, den Saunagarten zu entkernen, den Teich zu leeren, neue Sichtschutze zu errichten, Leitungen zu verlegen und den Garten durch ein neues Pflanzkonzept zu attraktivieren und offener zu gestalten. Alle Außensaunen wurden in diesem Zusammenhang neu lasiert. Die Solarienempore wurde ebenfalls durch die Schreinerei umgestaltet, die Solarien entfernt und es entstand ein Aufenthaltsbereich mit Liegemöglichkeiten.

Die Niederrhein-Therme wurde nach der zweiten Schließungsphase am 5.07.2021 wiedereröffnet. Mit zunächst eingeschränkten Öffnungszeiten von 10.00 Uhr bis 21.00 Uhr konnte Sauna, Sole und auch die Salzgrotte Gäste empfangen. Auch das Wellenbad wurde an den Wochenenden frei gegeben; unter der Woche konnte das Kursprogramm

wiederaufgenommen werden. Zu Beginn gab es stark wechselnde Einlassregelungen durch die Coronaschutzverordnung, die je nach Inzidenzstufe unterschiedliche Regelungen vorsah, die häufig zu Unsicherheiten bei den Gästen führten.

Gradierwerk und Eventsauna

Durch Brandstiftung wurde im Juni 2019 das Gradierwerk im Revierpark Mattlerbusch in weiten Teilen zerstört und die unmittelbar dahintergelegene Kelosauna brannte komplett ab. Nur die Bodenplatte der Sauna blieb intakt. Der Schaden wurde durch die Versicherung bereits in Teilen abgerechnet; die finalen Gespräche mit den Versicherungen erfolgten im Herbst 2021.

Gradierwerk

Durch den Brand im Jahr 2019 wurde die Umsetzung des Gradierwerkbaus verzögert - neue Pläne mussten seitens des Architekten erstellt warden - so dass mit den eigentlichen Arbeiten am Gradierwerk erst im Februar 2020 begonnen werden konnte. Der Wiederaufbau erfolgte mit Sonderinvestitionsmitteln der beiden Gesellschafter (RVR und Stadt Duisburg). Zwar konnte das eigentliche Bauprojekt relativ zügig abgeschlossen werden und auch ein provisorischer Probebetrieb war ab September 2020 bereits möglich, jedoch verzögerte sich letztendlich die Finalisierung des Vorhabens bis in die Osterzeit 2021. Ursächlich dafür war vor allem die Coronapandemie und die dadurch zunächst entstandene Beeinträchtigung und Verunsicherung der Handwerksfirmen, später deren Überlastung. So wurden im Bereich der Sanitär- und Elektroarbeiten überhaupt gar keine Angebote abgegeben da freie Kapazitäten der Firmen nicht verfügbar waren. Durch den Mangel an qualifizierten Firmen ist besonders die Kalkulation für die Gewerke Elektroarbeiten und Sanitärarbeiten nicht aufgegangen.

Nach zahlreichen Gesprächen mit der Versicherung und nach Vorlage der Schlussrechnungen war diese bereit, sich anteilig an weiteren Kosten (Baunebenkosten, Elektro- und Sanitärarbeiten sowie der Entsorgung des Reisigs – hier handelt es sich um Sondermüll) zu beteiligen. Die Versicherungserstattungen für das Gradierwerk belaufen sich somit auf 66.197,25 €.

Die Kosten des Ersatzneubaus belaufen sich auf insgesamt 744.469,35 €. Die Mehrkosten sind im Wesentlichen auf den Mehrbedarf der Verbindungsmittel und auf höhere Kosten bei Elektro- und Sanitärarbeiten zurückzuführen.

Mindert man nun die Kosten um die Versicherungserstattungen so belaufen sich die Gesamtkosten auf 678.272.10 €. Diese Summe liegt mit 38.272,10 € über dem geplanten Investitionsvolumen.

Gerade in Zeiten der Pandemie zeigt sich, dass es die richtige Entscheidung war in den Wiederaufbau des Gradierwerks zu investieren. Denn das Thema Gesundheit wird weiter an Bedeutung gewinnen.

Eventsauna

Die im Juni 2019 abgebrannte Kelo-Sauna wurde als Eventsauna wieder aufgebaut. Am 26. Oktober 2020 begannen die Arbeiten an der Sauna (Anlieferung des Holzes sowie der verschiedenen Materialien). Die Arbeiten an der Sauna konnten erst in 2021 beendet werden; auch bei diesem Bauprojekt kam es zu coronabedingten Verzögerungen. Die Arbeiten im Vorraum wurden weitestgehend durch das Team der Schreinerei abgeschlossen und ebenfalls in Eigenregie wurde noch eine Terrasse um die neue Sauna gebaut. Rechtzeitig zur Eröffnung nach der Schließungsphase war sie einsatzbereit.

Die neue Sauna bietet Platz für ca. 110 Personen und stellt für die Niederrhein-Therme eine Chance für die Zukunft dar, in der der Saunabesuch sowohl eine wichtige Rolle bei der Gesundheitsvorsorge spielt aber auch als besonderes Erlebnis wahrgenommen wird, denn die neue Sauna grenzt direkt an das wiederhergestellte Gradierwerk.

Die Kosten für die Eventsauna belaufen sich in Gänze auf 314.289,62 €, so dass die FMR (wie ursprünglich auch kalkuliert) nach Versicherungserstattungen 47.586,91 € selbst tragen muss.

Erstellung eines Sanierungskonzeptes

In der 9. Beiratssitzung (13.02.2020) der Betriebsstätte Mattlerbusch wurde einstimmig beschlossen, dass die Geschäftsführung einen Sanierungsplan erstellen soll. Dieser Beschluss wird seit Ende des Jahres 2020 aktiv umgesetzt und das Büro pace (Dipl.- Ing. Chr. Limbach) wurde mit einer Zustandsfeststellung und daraus folgenden Maßnahmeentwicklungen beauftragt.

Ebenfalls enthalten ist ein umfangreiches Berichts- und Dokumentationswesen, welches u.a. Kataloge zu notwendigen Primärmaßnahmen und Maßnahmen mit mittelfristiger Priorität umfasst.

Die Erstellung dieses Gutachtens hat zunächst keine wirtschaftlichen Auswirkungen für die Betriebsstätte. Über Sondermittel des RVR „Mittel für Sanierungsgutachten“ konnte das Gutachten in Höhe von 17.240 € finanziert werden.

Das Gutachten wurde im Mai 2021 final erstellt und zeigt, dass auch im Bereich der Anlagentechnik der bautechnische Status der Niederrhein-Therme dem der 1980er Jahre entspricht. Für den weiteren Betrieb der 40 Jahre alten Therme sind auf Grund des altersbedingt abgängigen baulichen Zustands, der gravierenden Glasschäden im Dach- und Fassadenbereich, der vorhandenen Technik und Rohrleitungen, deren Unterhaltungsmaßnahmen in den vergangenen Jahren auf das absolut notwendige beschränkt wurde, weitreichende Sanierungsarbeiten notwendig.

Mit einer Investition von rund 7 Mio. € wäre es möglich, die dringendsten Maßnahmen vorzunehmen und die Betriebssicherheit dauerhaft wiederherzustellen. Jedoch würden bei diesen Sanierungsinitiativen lediglich der „Status Quo Ante“ wiederhergestellt. Die Gesamtheit aller Sanierungserfordernisse wird folglich zu einem Umfang bautechnischer Maßnahmen führen, welcher den sogenannten Bestandsschutz aufhebt.

Eine Anpassung an einen modernen Sauna- und Bäderbetrieb, in Verbindung mit neuen Attraktivierungen zur Entwicklung der Besucherzahlen, ist damit nicht möglich.

Ersatzneubau Niederrhein-Therme

Um die Niederrhein-Therme für die kommenden Jahre betriebssicher, wirtschaftlich und energetisch sinnvoll aufzustellen, die Besucherzahlen zu steigern und neue Zielgruppen zu generieren bedarf es nicht nur einer vollumfänglichen Sanierung sondern vielmehr auch einer Attraktivierung, einer Anpassung und Erweiterung des Gesamtkonzepts, und am wichtigsten, einer zukunftsfesten Energieversorgung. All dies ist aus wirtschaftlicher Perspektive wahrscheinlich nur durch einen Neubau zu erzielen.

Die Geschäftsführung schlägt vor, die Idee des Neubau der Niederrhein-Therme weiter zu verfolgen und mit den Gesellschaftern die weitere Vorgehensweise abzustimmen. Der Beirat hat die Geschäftsführung im Rahmen der 14. Beiratssitzung (15.06.2021) aufgefordert, im Rahmen einer Machbarkeitsstudie ein Finanzierungskonzept für die Option eines Neubaus (mit oder ohne Übernachtungsbetrieb) am Standort Mattlerbusch vorzulegen und in Abwägung zu einer Sanierung im Bestand zu stellen

Im November 2021 hat ein Auftaktworkshop „Visionen für einen zukunftssicheren Standort im Revierpark Mattlerbusch“ stattgefunden, bei dem auch die Bewertung des Sanierungsbedarfs anhand der Statusfeststellung durch das Ingenieurbüro pace thematisiert worden ist. Weiterhin wurden hier Lösungsmöglichkeiten für eine wirtschaftlich sinnvolle Zukunft erörtert und über die Beauftragung einer Machbarkeitsstudie diskutiert. Ebenfalls enthielt die Agenda die weitere Vorgehensweise sowie eine Zeitplanung stehen. Die Machbarkeitsstudie ist zum Zeitpunkt der Erstellung des Berichts beauftragt und erste Ergebnisse werden Mitte/Ende Mai 2022 erwartet.

3.d Die Lage im Revierpark Nienhausen

Der Betrieb der Bad- und Saunaanlage sowie des Freibades konnte nach dem zweiten Lockdown in der Corona-Pandemie (02.11.2020 – 23.06.2021) erst am 24.06.2021 wiederaufgenommen werden.

Die Besucherzahlen im Bad- und Saunabereich beliefen sich auf insgesamt 50.019 Gäste. Die Zugangsvoraussetzungen für die Anlage unterlagen dabei den amtlichen Vorgaben der Coronaschutzverordnung NRW in Abhängigkeit der jeweiligen Inzidenzen und des Impfstatus der Bevölkerung. Die Vorlage eines Hygienekonzeptes wurde ebenso verlangt, wie die Kontrolle des Impfstatus der Besucher durch unsere Kassenkräfte. Zum Jahresende wurde zusätzlich eine Teststation im Kassenbereich angeboten um den aktuellen Status der Besucher zu überprüfen.

Im Freibad konnten aufgrund der Wettersituation nur rund 3.400 Gäste verzeichnet werden.

Neue Veranstaltungen

Die bereits im Vorjahr geplanten Außenveranstaltungen- Rebellisches Musikfestival, sowie das Klimacamp des RVR konnten zum Ende der Saison im Freibadgelände durchgeführt werden. Beide Veranstaltungen wurden im Hinblick auf Teilnehmerzahlen und Durchführungszeiträume stark reduziert.

Zirkus Probst

Der Weihnachtszirkus Probst konnte wie im Vorjahr wegen der Pandemie die übliche Deutschlandtournee nicht durchführen und hat erneut im Parkgelände ein Kultursommer-Programm erfolgreich angeboten. Der traditionelle Weihnachtszirkus konnte zum Jahresende unter Auflagen stattfinden und war wieder ein voller Erfolg.

Zukunft und Heimat

Die ökologische Aufwertung und Umgestaltung der Parkanlage, im Rahmen des IHK- Projektes, wurde planerisch weiter abgestimmt und konkretisiert. Im Herbst wurde in Form eines Erlebnistages das Projekt den Bürgern näher vorgestellt. Die Baumfäll- und Rodungsmaßnahmen wurden auf den Januar des Folgejahres terminiert.

Abwasserkanal mit deutlichen Einsparungen gegenüber Ursprungsplanung

Der Umbau des Emscher-Abwassersystems im Süden der Parkanlage machte die Neuregelung der zukünftigen Abwassereinleitung in das renaturierte Emschersystem vertraglich notwendig. Die Umschlussarbeiten an den Stauraumkanal Hördeweg wurden im Sommer 2021 durchgeführt und konnten deutlich kostengünstiger gestaltet werden als die Emschergenossenschaft dies zunächst geplant und kalkuliert hatte.

3.e Die Lage im Revierpark Vonderort

Seit Ende August 2019 ist das große Solebecken des Standortes mit einem kapitalen Schaden ausgefallen. Seitdem fehlen in Vonderort monatliche Erlöse von ca. T€ 50 aus dem Solebereich, die bis etwa Ende April 2020 durch eine Betriebsausfallversicherung kompensiert wurden. Zur Lösung des Problems hatte die Geschäftsleitung A ein Konzept vorgeschlagen, nachdem die große Solehalle in einen Fitnessbereich umgebaut werden sollte und im Außenbereich ein Ersatzsolebecken neu gebaut wird. Dieser Vorschlag war aber nicht mehrheitsfähig. Über die Diskussion einer alleinigen Beckensanierung, von Teilen des Schwimmbads bis hin zum gesamten Bad wurde immer deutlicher, dass bis auf das neu modernisierte Freibad und die im Jahr 2010 gründlich überholte Gartenanlage der Sauna sowohl das Schwimmbad als auch das Freizeithaus so stark sanierungsbedürftig sind, dass hier nur noch der Ersatzneubau beider Einrichtungen als eine sinnvolle Option erscheint. Dieses Vorhaben mit dem Arbeitstitel „Komplettlösung“ wurde im Laufe des Jahres 2021, regelmäßig begleitet durch den Beirat Vonderort und den Aufsichtsrat der FMR, weiterentwickelt und die Planung dafür wurde ausgeschrieben. Seit Anfang Dezember 2021 arbeitet ein Team aus Fachplanern und dem Architekturbüro Hooper aus Holland an der Planung dieses Projekts.

Die Multisportfläche auf dem Bewegungshügel wurde ebenfalls planerisch konkretisiert und das Architekturbüro Müller hat die erforderlichen Arbeiten ausgeschrieben, zum Zeitpunkt der Erstellung des Jahresabschlussberichts befindet sich die Multisportfläche auf dem Bewegungshügel im Bau.

Das neue Zentrum des Revierparks Vonderort wird nicht nur unter Betriebsführungs- und Attraktivitätsgesichtspunkten optimaler gestaltet sein. Es wird auch ein Bau sein, der über die Betriebsjahrzehnte bestenfalls CO2 - neutral, und damit deutlich wirtschaftlicher und klimafreundlicher, zu betreiben ist. Ein Bau, bei dessen Erstellung deutlich weniger graue Energie entsteht, der in Gänze richtungsweisend im Schwimmbadbau ist, zu einem Aushängeschild für den Strukturwandel in der Metropole Ruhr wird und zugleich zeigt, wie in der Metropole Ruhr den gesellschaftlichen Megatrends *Demografischer Wandel* und *Klimawandel* begegnet wird.

Der Saunabereich und das Freizeithaus konnten aufgrund behördlicher Auflagen zum Brandschutz zunächst nicht geöffnet werden. Die sicherheitstechnische Nachrüstung einer flächendeckenden Brandmeldeanlage wurde erforderlich, um für eine Interimsphase, sowohl für das Bad als auch für das Freizeithaus, eine Betriebsgenehmigung zu erhalten. Die Wiedereröffnung der Bereiche erfolgte erst zum Jahresende im November.

Der Freibadbereich konnte im Juni in Betrieb genommen werden, bis Ende August wurden wetterbedingt rund 4.000 Besucher gezählt.

Die Planungen zur Umsetzung der ökologischen Maßnahmen im Park wurden weiter konkretisiert. Die Sondierung der Baubereiche im Park auf Kampfmittel aus dem zweiten Weltkrieg, ergab zwei Bombenfunde, die im November zum Teil kostenpflichtig für den Grundstückeigentümer geräumt werden mussten.

3.f Organisation und IT-Infrastruktur der FMR

Der Führungskreis der FMR hat sich als zentrales Führungselement bewiesen. Er besteht seit April 2020 aus nunmehr vier Führungskräften, den Betriebsstättenleitungen und dem Geschäftsführer: Jürgen Hecht, Geschäftsführer; Franz Dümenil, Leiter der Betriebsstätten Vonderort und Nienhausen und Prokurist der FMR; Themenschwerpunkt Technik; Dirk Clemens, Leiter der Betriebsstätte Kemnade, Themenschwerpunkt Personal sowie Sandra Blat y Bränder, Leiterin der Betriebsstätte Mattlerbusch, mit dem Themenschwerpunkt Marketing. Es gibt nur eine Sekretariatsstelle für diesen Kreis, diese arbeitet vor allem dem Geschäftsführer zu. Auch Assistenten- oder Referentenpositionen gibt es nicht.

Es wurde im Jahr 2021 eine Leitung der Finanzbuchhaltungsleitung gefunden.

Die Organisationsstruktur ist als schmal zu bezeichnen, vor allem vor dem Hintergrund des administrativ aufwändigen Rahmens der FMR und einer Vielzahl von externen Terminen in örtlichen Gremien.

Die IT-Infrastruktur wurde im Jahr 2021 durch eine neue Telefonanlage im Freizeitzentrum Kemnade ergänzt. Die Verwaltungsmitarbeiter können auch aus dem Home-Office auf Dateien und Systeme zugreifen. Die FMR nutzt zwei Zoom - Lizenzen für Videokonferenzen.

3.g Gerichtsprozesse

Die FMR kündigte den mit der Ruhr-Event GmbH abgeschlossenen Mietvertrag über Räumlichkeiten in der Halle Gibraltar zum 30.09.2020. Die Ruhr-Event GmbH reichte daraufhin Klage ein. Dieser Gerichtsprozess wurde zwar erstinstanzlich gewonnen, dennoch führte das Gerichtsverfahren zu erneuten Gesprächen zwischen den Pächtern der Ruhr-Event und der FMR mit dem Ergebnis deutlich besserer Pachtvertragskonditionen für die FMR.

Auch im Jahr 2021 gab es keinen Arbeitsgerichtsprozess.

3.h Pachtverhältnisse

In der Februar Sitzung des Aufsichtsjahres 2020 wurde einstimmig der Kündigung des Pachtvertrages zwischen der Ruhr-Event GmbH und der FMR zum 30.09.2020 zugestimmt. Die Geschäftsführung hat mehrere Versuche unternommen, die Konditionen des Pachtvertrages zu ändern, bis zu einem erstinstanzlich verlorenen Gerichtsprozess. Eine erneute gerichtliche Auseinandersetzung scheint nicht erfolgsversprechend und so haben die Kemnader See Event GmbH (ehemals Ruhr Event GmbH) und die FMR einen Nachtrag zum bestehenden Pachtvertrag ausgehandelt. Durch den Abschluss dieses Nachtrags zum Pachtvertrag wird schon im Jahr 2022 eine Steigerung der bisherigen Pacht um 146 % erreicht und auch in den Folgejahren wird eine deutliche Steigerung bis zu einer Gesamteinnahme von 105.000 € ab dem Jahr 2024 erfolgen. Damit ist der Pachtvertrag umsatzstärker als der im Sommer 2019 verhandelte Pachtvertrag mit dem Zeltfestival. Im Nachtrag ebenfalls enthalten ist eine Umsatzpacht für eine eventuelle Untervermietung in Höhe von bis zu 10 %.

4. Wirtschaftliche Lage

4.a Entwicklungsbeeinträchtigende Tatsachen

Die Auswirkungen aus der derzeitigen **Coronapandemie** auf die Gesellschaft im Jahr 2021 waren existentiell. Öffentliche Bäder gehören zu den am schlimmsten von der Krise betroffenen Organisationen. Es bedarf keiner Erklärung, dass der Fortbestand der Gesellschaft noch mehr als sonst von der Unterstützung der Gesellschafter abhängig war.

Aber auch der über die Jahre entstandene **Sanierungsstau** hemmt die Entwicklung der Gesellschaft. Sehr deutlich wird das am Beispiel des ausgefallenen Solebeckens in Vonderort. Durch Ausfälle fehlen Badeinnahmen, müssen Preise reduziert werden, werden Ressourcen materieller und personeller Art in erheblichem Umfang benötigt, um zumindest den Status Quo aufrechtzuerhalten. Abgesehen von den immer wieder erforderlichen, meist aufwandswirksamen, Ausgaben, hemmt dies natürlich auch die Entwicklung anderer Bereiche.

Der Sanierungsstau der Gesellschaft wurde erhoben für die Betriebsstätten Nienhausen, Vonderort und Mattlerbusch wo zurzeit eine kleine Gruppe unter Begleitung der Firma Altenburg daran arbeitet, ein Konzept für eine neue Niederrheintherme zu erdenken.

Es ist fraglich, ob die herkömmliche Sanierung der Einrichtungen im laufenden Betrieb bei der Vielzahl der durchzuführenden Maßnahmen ein sinnvolles Vorgehen ist. Vielmehr bieten sich Ersatzneubaulösungen an, die am Ende wahrscheinlich unwesentlich teurer sind, dafür aber neue Konzepte bieten und vor allem Lösungen für die energiewirtschaftlichen Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte bringen. Durch die Größe der FMR und die damit einhergehende flexible Einsatzmöglichkeit der Mitarbeiter sind solche Szenarien denkbar.

4.b Ergebnis, Aufwands- und Ertragslage

Das Geschäftsergebnis der Gesellschaft wird **qualitativ** nach der Erfüllung der öffentlichen und gemeinnützigen Zwecksetzung bemessen. Hier konnte die FMR vor allem in den Sommermonaten den Bürgern ein auch unter Coronabedingungen verlässliches und trotz Corona relativ unkompliziertes Angebot machen.

Quantitativ wird das Geschäftsergebnis geprägt durch die Haupteinnahmequellen der Gesellschaft, die Einnahmen im Bad- und Saunabereich, Pachterlöse sowie andererseits durch die Material- und Personalaufwendungen, zu einem geringen Anteil auch die sonstigen betrieblichen Aufwendungen, auf der Aufwandsseite.

Das **Jahresergebnis** vor Zuschüssen beträgt -6.523.492 € nach -6.475.873 € in 2020.

Im Geschäftsjahr 2021 wurden noch **Umsatzerlöse** in Höhe von 3.932 T€ erzielt nach 4.464 T€ im Vorjahr, das entspricht ca. 88 % der Umsätze des Vorjahres. In den Umsatzerlösen sind Pachterlöse in Höhe von 569 T€ enthalten.

Die **Besucherzahlen** im Jahr 2021 sehen wie folgt aus:

- Bäder 91.502 Besucher, 3 % mehr als im Vorjahr
- Freibäder 7.444 Besucher, 32 % vom Vorjahr
- Saunaanlagen 188.621 Besucher, 75 % vom Vorjahr

Insgesamt kamen im letzten Jahr also bei sechs Schließungsmonaten und sechs weiteren Monaten unter Coronaauflagen immerhin noch 287.567 (79% vom Vorjahr) Besucher in unsere Anlagen.

Der **Personalaufwand** minderte sich um 609.438 €, vor allem durch das erhöhte Kurzarbeitergeld bei einem Entgeltausfall im jeweiligen Monat von mindestens 50%. Die Erhöhung erfolgt gestaffelt ab dem 4. Bezugsmona 70/77, und ab dem 7. Bezugsmonat 80/87 und reduziert die tariflich vorgeschriebene Aufstockung auf 90 bzw. 95%. Die FMR hat von der Bundesagentur für Arbeit Kurzarbeitergeld in Höhe von 1.066 T€ bekommen, dieses wurde direkt mit den Lohn-, Gehalts- und Sozialversicherungsaufwendungen verrechnet.

Durch den Lockdown und gekürzte Öffnungszeiten wurde auch der Einsatz von Aushilfskräften reduziert.

Der **Materialaufwand** fällt ca. 11,1 % geringer aus als im Vorjahr. Der Aufwand wurde vor allem durch die geringere Inanspruchnahme von Fremdleistungen (Fremdpersonal, Reparaturen und Wartungsleistungen etc.) reduziert.

Die **Abschreibungen** steigen auf Grund der getätigte Sonderinvestitionen auf 1.564 T€ geringfügig zum Vorjahr an. Zum einen wurden zwar Aktivierungen für im Bau befindliche Anlagen vorgenommen (insbesondere für das Gradierwerk und die Sauna in Mattlerbusch), andererseits sind auch keine außerplanmäßigen Abschreibungen wie in den Vorjahren vorgenommen worden. Die Bodenplatte in Mattlerbusch ist mit einem Buchwert i. H. v. 70 T€ im Anlagevermögen enthalten.

Staatliche Coronahilfen wie die November- und Dezemberhilfen des Jahres 2020 zur Abmilderung der Auswirkungen der Coronapandemie hat die FMR für 2021 nicht erhalten, jedoch haben die Betriebsstätten Mattlerbusch und Nienhausen noch einen Betrag i. H. v. 27.341,41 € bzw. 3.952,31 € im Nachgang für das Jahr 2020 erhalten.

4.c Vermögens- und Kapitalstruktur sowie Investitionen

Die **Bilanzsumme** sank im Berichtsjahr um 1.596 T€ auf 23.419 T€.

Das **Anlagevermögen** umfasst 94,4 % (Vorjahr 88,8 %) der Bilanzsumme, im **Umlaufvermögen** hat sich gegenüber 2020 innerhalb der sonstigen Vermögensgegenstände eine signifikante Veränderung ergeben, weil im aktuellen Wirtschaftsjahr keine Forderungen aus Beihilfen mehr bestehen.

Die **Eigenkapitalquote** beträgt zum Bilanzstichtag 33,9 % (Vorjahr 37,8 % nach 44,3 % in 2019). Damit verminderte sich die Eigenkapitalquote innerhalb von drei Jahren um 10,4 %-Punkte, entspricht aber auch im Vergleich zur Privatwirtschaft immer noch auskömmlichen betriebswirtschaftlichen Kriterien. Unter Einbeziehung der eigenkapitalähnlichen Sonderposten für Investitionszuwendungen ergibt sich eine Quote von 74,2 % (Quote des wirtschaftlichen Eigenkapitals), im Vorjahr lag diese bei 72,1 %. Dieser Anstieg ergibt sich vor allem durch die gewährten Investitionszuschüsse von 1.426 T€ im Jahr 2021.

Die Rückzahlungsverpflichtungen gegenüber den Gesellschaftern aus zu viel erhaltenen Zuschüssen für das Jahr 2020 in Höhe von insgesamt T€ 4.409 konnten vollständig zurückgezahlt werden. Für zu viel erhaltene Zuschüsse für das Jahr 2021 bestehen zum 31. Dezember 2021 Rückzahlungsverpflichtungen in Höhe von T€ 2.601. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind durch die Aufnahme eines neuen Darlehens für Neuinvestitionen im Freizeitzentrum Kemnade von 100 T€ sowie den Anstieg von Kontokorrentverbindlichkeiten bedingt.

Der Anstieg der **Verbindlichkeiten gegenüber Lieferanten** ist stichtagsbedingt und resultiert aus der Verschiebung der offenen Rechnungen auf das neue Wirtschaftsjahr.

Im Geschäftsjahr 2021 wurden **Investitionen** in das Anlagevermögen in Höhe von 1.473 T€ getätigt, in Kemnade 550 T€, Mattlerbusch 235 T€; Nienhausen 102 T€ und in Vonderort 586 T€.

Die wesentlichen Investitionen im Geschäftsjahr betrafen die durchgeführten Modernisierungen der technischen Infrastruktur in Nienhausen und Kemnade sowie Erneuerung der Hafeninfrastruktur und diverse Neuanschaffungen im Verleihgeschäft, in Mattlerbusch das Gradierwerk und der Wiederaufbau der abgebrannten Sauna, in Vonderort wurde in die neue Brandschutzmeldeanlage investiert.

4.d Die Liquiditätslage, Zuschüsse

Zur Aufrechterhaltung der Liquidität ist die Gesellschaft auch zukünftig auf die Auszahlung von ausreichenden und rechtzeitigen **Zuschüssen** der Gesellschafter angewiesen. Im Geschäftsjahr 2021 wurden die Einnahmeausfälle im Zeitraum Januar bis Juni 2021 durch Liquiditätszuflüsse vor allem aus der November- und Dezemberhilfe kompensiert. In der zweiten Jahreshälfte wurde die Liquidität der Gesellschaft durch den Abruf der im Wirtschaftsplan beschlossenen coronabedingten Zuschüsse des Jahres 2021 gesichert, wobei auch zu viel erhaltene Coronazuschüsse des Jahres 2020 vollständig zurückbezahlt wurden. In den Anlagen zum Jahresabschluss findet sich die Entwicklung der Zuschusssituation und im Besonderen der **coronabedingten Mehraufwendungen** im Jahr 2021 und der Rückzahlung der zu viel erhaltenen Coronazuschüsse des Jahres 2020.

Vor dem Hintergrund der COVID-19 Pandemie, dem Ausfall des Solebeckens und der durch Brandschutzauflagen bis in den November hinein geschlossenen Saunalandschaft in Vonderort hat die Geschäftsführung mit einem deutlich schlechteren Jahresergebnis gerechnet.

4.e Finanzielle Auswirkungen der Corona-Pandemie

Zur Aufrechterhaltung der unterjährigen Liquidität sicherten die Gesellschafter zu, die aufgrund der Corona-Pandemie entstehenden Einnahmeausfälle zu kompensieren. Jeder Gesellschafter leistete in Höhe des jeweiligen Gesellschaftsanteils laut Gesellschaftervereinbarung der FMR Corona-Sonderzuschüsse in einer Gesamthöhe von 3.274.949,50 €.

Der coronabedingte Schaden des Jahres 2021 stellt sich wie folgt dar, in €:

	Kemnade	**Mattlerbusch**	**Nienhausen**	**Vonderort**	**Gesamt**
Corona-Schaden	*-788.470,22*	*-546.870,55*	*-310.085,57*	*-580.922,25*	*-2.226.348,59*

4.f Synergien, Einsparungen und Mehrerträge durch die Verschmelzung zur FMR Die Verschmelzung zur FMR wurde im Sommer 2017 nach einem mehrjährigen Diskussionsprozess vor dem Hintergrund folgender Probleme vollzogen:

- Vergleichbare, teilweise austauschbare Angebote.
- Preiskampf unter allen Parks im unterste Preissegment mit fehlender Preissetzungsmacht für jeden einzelnen Park.
- Hoher Attraktivierungs- und Sanierungsbedarf in den Parkanlagen vor allem aber in den Bädern.
- Individuelle IT-Lösungen und unterschiedliche ERP-Systeme.
- Verwaltungen mit identischen Aufgabenfeldern und, mit Ausnahme von Mattlerbusch, mit nebenamtlichen Geschäftsführungen.

Bis Ende des Jahres 2021 entstand insgesamt ein Verschmelzungsgewinn auf der rein operativen Ebene in Höhe von fast 3,3 Mio. €. Belastungen durch organisatorische Veränderungen wurden als Dissynergien erfasst und in Abzug gebracht, ebenso wie die Umlagen der Betriebsstätten in Höhe von insgesamt 2.546.000 €. Durchschnittlich wurde jeder Park damit um ca. 200.000 € pro Jahr entlastet seit Gründung der FMR, im Detail sind die Verschmelzungsgewinne wie folgt:

- Mattlerbusch 1.144.000 € nach 705.000 € Umlagen
- Nienhausen 590.000 € nach 552.000 € Umlagen
- Kemnade 804.000 € nach 691.000 € Umlagen
- Vonderort 752.000 € nach 598.000 € Umlagen

Darin enthalten sind nicht die Mehrerträge die durch die Preiserhöhungen im Saunabereich 2018 und im Badbereich 2019 entstanden sind. Diese haben bis zum Beginn der Coronapandemie bei weiterhin leicht sinkenden Besucherzahlen zumindest zu Erlösstabilität geführt. Diese Preiserhöhungen wurden möglich durch mehr Markmacht und ein abgestimmtes Verhalten, im Weiteren folgten diesen Preisrunden die Revierparks Gysenberg und Wischlingen, so dass jetzt ein im Wesentlichen gleiches Preisniveau unter den Revierparks besteht.

Ebenfalls nicht enthalten sind die Mehrerträge im Freizeitzentrum Kemnade durch Parkraumbewirtschaftung (ca. 80.000 € in 2021) sowie durch die neu verhandelten Pachtverträge Zeltfestival und Kemnade in Flammen (zusammen fast 100.000 € jährlich plus zusätzliche Parkraumbewirtschaftungserlöse).

Darüber hinaus lassen sich auch weitere qualitative Argumente für den Verschmelzungserfolg der vergangenen vier Jahr finden:

- Aus den dezentralen Beschäftigten ist ein schlagkräftiges Gesamtteam entstanden. Der Führungskreis als zentrales Organisationsinstrument hat die Umsetzung der Vielzahl von Maßnahmen in den letzten Jahren sehr engagiert vorangetrieben.
- Durch die FMR, die Vielzahl von Maßnahmen der letzten Jahre und das IHK Projekt haben die Revierparks eine einheitlichere und kraftvollere Außenwirkung bekommen.
- Im Verbund war das Managen der Coronakrise effizienter und besser möglich.
- Der Wettbewerb zwischen den Standorten wird jetzt systematisch kanalisiert, es herrscht Zusammenarbeit und Abstimmung innerhalb der FMR und mittlerweile auch mit Gysenberg und Wischlingen.
- Der Sanierungsstau in den Einrichtungen wurde professionell erhoben, Ersatzneuprojekte werden aufeinander abgestimmt. Alle Gesellschafter haben teilweise erhebliche finanzielle Mittel für die Sonderinvestitionsprogramme zur Verfügung gestellt, besonders der RVR hat finanziell und konzeptionell geholfen wo es möglich war.
- Zusammen mit den kommunalen Partner ist eine gemeinsame Strategie und Zukunftsvorstellung in Erarbeitung.

5. Bericht über die Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung kommunaler Unternehmen gem. § 108 Abs. 3 GO NW für das Geschäftsjahr 2021

Die Revierparks und das Freizeitzentrum Kemnade stellen ganzjährig besuchte, attraktive und eintrittsfreie Naherholungslandschaften für das Ruhrgebiet dar. Auch im zweiten Coronajahr 2021 kamen trotz behördlich verhängter Schließungsverfügungen und einem katastrophalen Sommer noch knapp 287.300 Gäste in die Bäder, Freibäder und Saunen und sicherlich deutlich mehr Besucher in die Parkanlagen der FMR Revierparks und des Freizeitzentrums Kemnade zum Spazieren, Spielen, Erholen oder zum Abstand gewinnen in der Natur von den Belastungen der Coronaauflagen. Gesellschaftliche Großveranstaltungen aber auch die ansonsten stets durchgeführten, zahlreichen Veranstaltungen von Vereinen und Organisationen mussten ebenfalls bis auf wenige kleine Veranstaltungen sämtlich abgesagt werden.

Der Zweck der Gesellschaft gemäß § 2 des Gesellschaftsvertrages ist nachhaltig erfüllt. Voraussichtliche Entwicklung, Chancen und Risiken

6. Voraussichtliche Entwicklung, Chancen und Risiken

6.a Risiken der Gesellschaft

Die Gesellschaft ist in ihren Betätigungsfeldern unternehmerischen Chancen und Risiken ausgesetzt. Bei der Beurteilung der Einzelrisiken wird ein Einschätzungsraum von mindestens einem Jah zugrunde gelegt. Die Risiken werden gemäß ihren geschätzten Eintrittswahrscheinlichkeiten und Auswirkungen als „hoch", „mittel" oder „gering" eingestuft und auch in dieser Reihenfolge nachfolgend beschrieben:

Die zuletzt **stark gestiegenen Energiepreise** gefährden den Fortbestand der überwiegend älteren, energieverzehrenden Anlagen, hohes Risiko.

Das Risiko des **Ausfalls ganzer Anlagenteile** wie jüngst in Vonderort und zuletzt in Kemnade wird als relativ hoch eingeschätzt. Dieses Risiko gilt besonders für die Solebecken in Nienhausen und in Mattlerbusch, da Solewasser die technische Infrastruktur und die unmittelbare Umgebung stark belastet.

Abgesehen von der Soleproblematik gibt es ebenfalls Probleme mit den **Dachkonstruktionen** in Mattlerbusch und Kemnade, hohes Risiko in Mattlerbusch und mittlerweile auch hohes in Kemnade, und überall fortwährend Probleme mit den elektrischen Anlagen und der Wassertechnik, mittleres Risiko.

Daraus resultierende **außerplanmäßige Abschreibungen** würden das Ergebnis belasten, diese Risiken wurden durch die Abschreibung des Restbuchwertes einer Bodenplatte in der Betriebsstätte Mattlerbusch bereits deutlich gemildert.

Mit dem Bau der **Komplettlösung** müsste es spätestens 2023 zu einer außerplanmäßigen Abschreibung in Vonderort auf den gesamten Badbereich kommen.

Nach wie vor bestehen Risiken auf Grund der Entstehung von **weiterem lokalen Wettbewerb,** der allerdings etwas schwächer geworden ist, da die geplanten Projekte im Bochumer Süden oder in Gelsenkirchen so wie ursprünglich geplant wohl doch nicht realisiert werden.

Außerdem besteht auch weiterhin der **Trend zu Private Spas.** Die daraus möglichen Risiken werden als gering eingeschätzt. Dennoch nehmen diese Anlagen die etwas zahlungskräftigeren Kunden in den Saunaanlagen weg.

Klar erkennbar ist der **Fachkräftemangel,** der für die FMR bei der Besetzung von Fachpersonal in der Verwaltung deutlich spürbar ist.

Das Thema **textillose Sauna** ist seit Jahrzehnten unter leichtem Druck. Auch wenn in diesem Bereich nach wie vor die Haupteinnahmequellen der Gesellschaft liegen, verzeichnet der Markt im langen Mittel eine Abnahme der Besucher von ca. 1,0 % pro Jahr in diesem Bereich. Diesem niedrigen Risiko könnte begegnet werden, in dem die Saunaanlagen umgestellt werden auf Textilsaunen, zumindest in Teilbereichen.

Es ist denkbar, dass sich das Freizeitverhalten der Menschen in der mittlerweile 24 Monaten andauernden Coronapandemie insofern geändert hat, dass öffentliche Bädernd Wellnessanlagen gänzlich weniger besucht werden, dieses Risiko wird zwar als sehr niedrig eingeschätzt, es wäre aber hoch disruptiv bei der ohnehin schon angespannten Auslastungssituation.

Das Risiko einer Überkompensation im Sinne des EU-Beihilferechts ist nach wie vor denkbar. Wie ausgeführt werden von den Gesellschaftern zu viel erhaltene Zuschüsse in die Verbindlichkeiten eingestellt und in Folgeperioden zeitnah zurückbezahlt.

6.b Chancen der Gesellschaft

Oben aufgezeigte Risiken bestehen für die FMR und wären ebenso, wenn nicht gar schlimmer, immanent, wenn es nicht zur Verschmelzung gekommen wäre. Insofern ist ein größeres FMR Gebilde sicherlich besser gegen aufgezeigte Risiken gewappnet, als die vormals deutlich kleineren Einheiten. Das war übrigens sehr deutlich zu erkennen als es im April des Jahres 2020 um die Einführung der COVID-19 Kurzarbeit ging. Hier konnte sehr schnell ein einheitliches, abgestimmtes Verhalten erreicht werden was sich übrigens auch auf die anderen Revierparks multipliziert hat. Dass die Größe der Organisationen einen Unterschied macht, zeigt sich jetzt wiederum deutlich in Vonderort, denn das Thema „Was passiert mit dem Badpersonal in einer möglichen Bauphase" ist im größeren FMR-Gebilde viel eher zu lösen.

Die **Schrankenanlage** des Badparkplatzes am Freizeitzentrum Kemnade sorgt nicht nur für mehr Ordnung und verfügbare **Parkplätze** für unser Badgäste, die übrigens nach wie vor kostenlos parken, sie erwirtschaftet auch wesentliche Einnahmen für die Gesellschaft: Im Jahr 2021 waren dies ohne die Veranstaltung „Kemnade in Flammen" und nur mit einem sehr reduzierten Zeltfestival 85.000 €. Der Aufsichtsrat der FMR hat in seiner jüngsten Sitzung der Bewirtschaftung eines weiteren Parkplatzes zugestimmt. Die Verfolgung dieses Themas hat für die Gesellschaft hohe ökonomische Chancen.

Die Idee „Verschmelzung zur FMR“ funktioniert. Und auch wenn die Probleme in den Revierparks Gysenberg und Wischlingen nahezu identisch sind, ist eine Bewegung hin zum **Verschmelzungsschritt zwei nicht erkennba**r. Käme es aber dennoch dazu, wäre auch die kritische Größe erreicht um wichtige Querschnittsthemen wie Beschaffung und Ausschreibungen, Unterstützung durch einen Architekten, zentrales IHK- und Parkmanagement zu besetzen.

Es ist vorstellbar, dass die **FMR Betriebsführungsaufgaben für kommunale Anbieter** übernimmt die jetzt als Folge der Coronakrise vielleicht in größerem Druck sind, ihre Bäder kostengünstiger aufzustellen. Die FMR ist mittlerweile in der Lage, als
„Dach“ zur Verfügung zu stehen, das zentrale Ressourcen wie IT, Finanz- und Personalbuchhaltung zur Verfügung stellt.

6.c Voraussichtliche Entwicklung

Auch wenn es, wie unter den Risiken beschrieben, denkbar ist, dass es einen Trend weg von Bad und Sauna gibt auf Grund eines allgemeinen Rückzugs ins Privatere, ist es doch wahrscheinlicher, dass die Menschen die Themen Gesundheit und Wohlbefinden künftig höher priorisieren. Insofern geht die Geschäftsführung davon aus, dass es eine höhere Nachfrage nach Aquakursen und Gesundheitsthemen geben wird.

Außerdem ist davon auszugehen, dass es einen Nachholbedarf gibt, so dass, zumindest über einen gewissen Zeitraum, mit höherer Nachfrage zu rechnen sein wird, falls die ebenfalls zu erwartenden Coronaauflagen es ermöglichen diese dann auch in den Bädern uneingeschränkt zu befriedigen. Ebenfalls ist es denkbar, dass einige kleinere Bäder nach der Krise nicht mehr wiedereröffnen, womit sich zumindest deren, wenn auch kleiner, Marktanteil zumindest teilweise auf die verbleibenden Marktteilnehmer verteilt.

Anlagen sind durch die Sonderinvestitionsmaßnahmen deutlich attraktiver als zuvor, es gibt mehr Argumente für einen Besuch.

Außerdem hat die FMR die Verschmelzung vollzogen, wodurch weniger interne Veränderungsarbeit geleistet werden muss.

Die Organisation ist auf dem Weg. Auf dem Weg hin zu einem klimaneutralen Badbetreiber wie das Projekt in Vonderort zeigt, auf dem Weg zu einem digitalisierten Bäderbetrieb mit Onlinediensten, moderneren Anlagen mit deckungsbeitragsstärkeren Produkten.

Die Dekarbonisierung unserer Wirtschaft bis 2045 wird mit zahlreichen Fördermitteln unterstützt werden müssen, auch wenn momentan alle entsprechenden Förderprogramme von der Bundesregierung gestoppt worden sind. Dennoch sieht die Geschäftsführung hier erhebliche Chancen, überfällige Modernisierung mit ökologischer Transformation zu verbinden (und so das Sanierungsstauproblem langfristig zu lösen).

Insofern geht die Geschäftsführung noch mehr als in den Vorjahren davon aus, dass die Entwicklungsperspektiven der Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr positiv sind.

Der in der Gesellschafterversammlung vom 26. November 2021 genehmigte Wirtschaftsplan für das Jahr 2022 sieht bei Erträgen von T€ 11.715 und Aufwendungen von T€ 17.237 einen Jahresfehlbetrag von T€ 5.522 vor. Dieser wurde bereits unter Berücksichtigung der Corona-Pandemie aufgestellt. Neben den planmäßigen Gesellschafterzuschüssen von T€ 4.298 wurde ein außerplanmäßiger coronabedingter Gesellschafterzuschuss in Höhe von T€ 540 beschlossen.

Um den Risiken des Unternehmens in ausreichendem Umfang entgegenzuwirken, befindet sich die Geschäftsführung im permanenten Dialog mit Vertretern der Gesellschafter für ein strategisches Konzept zur Zukunftssicherung, was in der zweiten Jahreshälfte 2022 erarbeitet werden soll.

7. Klimapolitische Verantwortung und Umweltschutz

Die Geschäftsführung nimmt im Lagebericht der Gesellschaft zu dem Punkt klimarelevante Aspekte und Umweltschutz Stellung. Bereits im Winter 2019 / 2020 hat der Führungskreis den Schutz des Klimas als einen der vier Eckpfeiler der Strategie der FMR benannt.

Denn die FMR betreibt einige der größten Bäder der Metropole Ruhr, die ganzjährig 16 Stunden täglich betrieben werden und die geheizte Außenbecken auch im Winter den Besuchern zur Verfügung stellen. Ausgestattet mit der Technologie der 70er und 80er Jahre verursacht dies natürlich eine relativ hohe CO2 - Emission. Abgesehen von den hohen Kosten, die künftig durch die CO2 - Umlage zusätzlich zum ohnehin bereits deutlich gestiegenem Energiepreis weiter steigen werden, gilt es die FMR Bäder zukunftsfest zu machen, indem der Wärmebedarf und der Betrieb der Einrichtungen klimaneutral gestaltet wird. Dies wird nicht nur die Akzeptanz der FMR - Bäder bei der zunehmend klimasensibleren Gesellschaft erhöhen, dies wäre vielmehr auch ein Beitrag der FMR für den Klimaschutz und die Schonung der Ressourcen unseres Planeten.

Bereits beim Ersatzneubau des Außensolebeckens im Freizeitzentrum Kemnade war es Planungsdoktrin, nicht nur Betriebskosten, sondern auch den CO2 - Bedarf des neuen Beckens deutlich zu reduzieren. Deswegen wurde das Becken quadratisch und damit abdeckbar gebaut, das Wasservolumen wurde deutlich reduziert wobei die nutzbare Wasserfläche fast beibehalten wurde.

Im Laufe des Jahres 2021 wurde auch der Strombezug des Revierparks Mattlerbusch auf kohlendioxidfreien Strom umgestellt so dass nun die beiden größten Parks der FMR CO2-freien Strom beziehen.

Der Ersatzneubau des Bades und Freizeithauses in Vonderort hat zum Ziel, ein Bad zu bauen, das CO2 - neutral betrieben wird und bei dessen Bau möglichst wenig graue Energie entsteht auch wenn dadurch die Anfangsinvestitionen höher sind.

Die FMR bekommt den Umweltschutzimpuls für ihre Revierparks vom RVR geschenkt, denn das einmalige Projekt „Zukunft und Heimat“ bringt den Umweltschutzgedanken im Großen in unsere Parks. Dieses Projekt schreitet voran, es wird im Laufe der nächsten Monate fertiggestellt sein.

8. Schluss und Dank an die Gesellschafter

Abschließend wird versichert, dass in diesem Jahresabschluss und Lagebericht nach bestem Wissen der Geschäftsverlauf dargestellt, das Ergebnis richtig ermittelt und die Chancen und Risiken sowie die Entwicklungsperspektiven nach jetzigem Wissensstand beschrieben sind.

Die hier beschriebene Lage der Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr mit ihren Betriebsstätten entspricht den heute bekannten, tatsächlichen Verhältnissen.

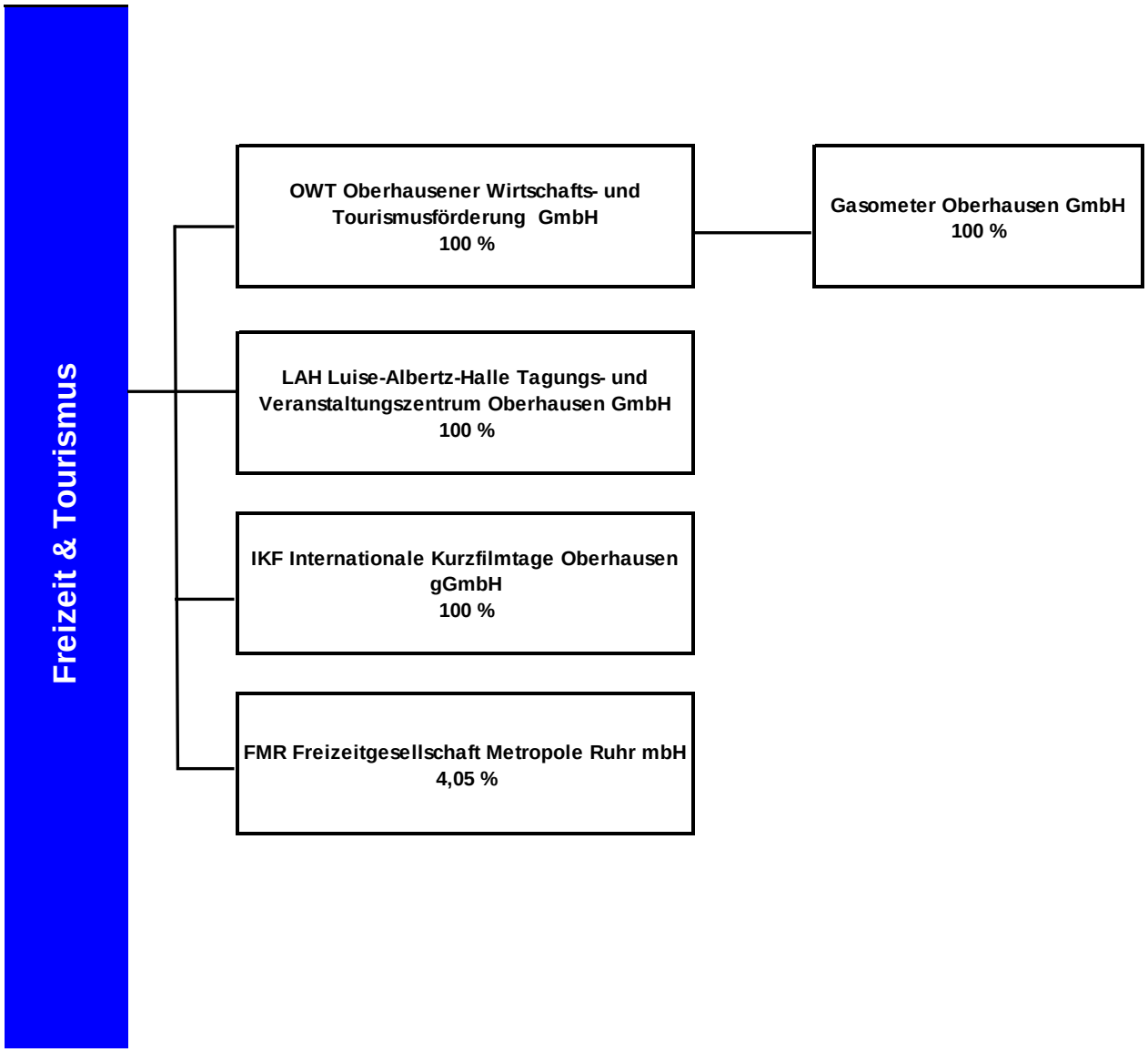
Die Geschäftsführung bedankt sich persönlich und im Namen der Mitarbeitenden der FMR für die besondere Unterstützung der Gesellschafter im zweiten Jahr der COVID- 19 Pandemie 2021.

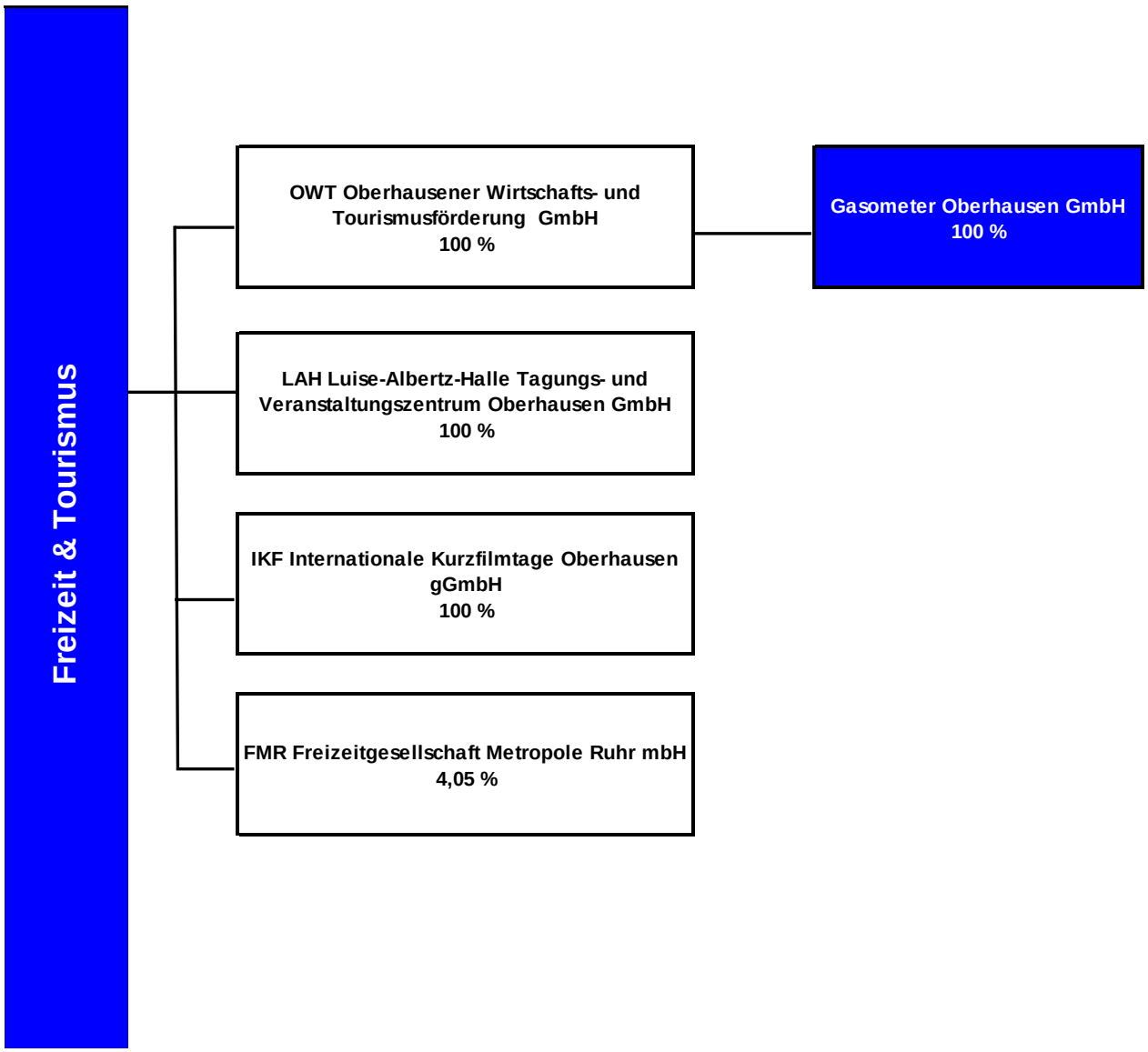
Wetter, 05. Mai 2022

Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr mbH (FMR)

Jürgen Hecht
Geschäftsführer

Freizeit und Tourismus - *mittelbare Beteiligungen* -




Freizeit & Tourismus
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH
100 %
Gasometer Oberhausen GmbH
100 %
LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH
100 %
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH
100 %
FMR Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr mbH
4,05 %

Gasometer Oberhausen GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Essener Str. 3
46047 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/85037-30
Fax	0208/85037-33
e-Mail	info@gasometer.de
Internet	http://www.gasometer.de

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in TDM: 50,00

Gesellschafter:

	TDM	%
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH	50,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Betrieb und Verwaltung des Gasometers.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH	Mietvertrag Gasometer vom 17.12.2009/21.12.2009
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH	Überlassungsvertrag Gasometer vom 17.10.1995/18.10.1995
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH	Vertrag vom 25.10.1995 über den Betrieb und die Verwaltung des Gasometers

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2021)

Geschäftsführung:	Geschäftsführerin	Schmitz, Jeanette
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Tsalastras, Apostolos

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2019		2020		2021		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	170,69	2,9	260,13	4,0	390,29	8,3	130,16	50,04
Umlaufvermögen	5.690,94	97,1	6.252,30	96,0	4.322,40	91,7	-1.929,90	-30,87
Rechnungsabgrenzungsposten	0,71	0,0	0,71	0,0	0,71	0,0	0,00	0,00
Bilanzsumme	**5.862,34**	**100,00**	**6.513,14**	**100,00**	**4.713,40**	**100,00**	**-1.799,74**	**-27,63**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	5.197,96	88,7	4.222,65	64,8	4.016,83	85,2	-205,82	-4,87
Rückstellungen	29,45	0,5	48,75	0,7	30,75	0,7	-18,00	-36,92
Verbindlichkeiten	123,82	2,1	1.862,61	28,6	665,82	14,1	-1.196,79	-64,25
Rechnungsabgrenzungsposten	511,11	8,7	379,13	5,8			-379,13	-100,00
Bilanzsumme	**5.862,34**	**100,00**	**6.513,14**	**100,00**	**4.713,40**	**100,00**	**-1.799,74**	**-27,63**

bb) GuV

	2019	2020	2021
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	2.278,35	40,00	1.850,56
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-754,58	415,94	645,96
sonstige betriebliche Erträge	1.136,57	9.692,03	5.191,87
Materialaufwand	1.041,99	733,32	1.452,73
Personalaufwand	599,61	265,38	431,33
Abschreibungen	95,08	60,91	81,63
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.306,59	10.043,82	5.908,65
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	0,00	0,00
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00		
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-382,93	-955,46	-185,96
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-65,32		
sonstige Steuern	19,86	19,86	19,86
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	-337,47	-975,31	-205,82
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	4.094,00	3.756,53	2.781,22
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	3.756,53	2.781,22	2.575,41

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2021	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-14,81	-2.438,28	-11,12	%
Eigenkapitalrentabilität:	-23,41	-67,66	-14,28	%
Cash-Flow:	-242,39	-914,40	-124,18	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	1.330,17	3.382,66	2.562,80	T€
Personalaufwandsquote:	22,54	2,62	5,61	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2021	Angaben in
Sachanlagenintensität:	2,91	3,99	8,28	%
Eigenkapitalquote:	88,67	64,83	85,22	%
Fremdkapitalquote:	11,33	35,17	14,78	%

e) Lagebericht

Sanierung

Auch im Geschäftsjahr 2021 stand die Sanierung des Gasometers im Mittelpunkt der Betrachtung. Anders als noch in 2020 geplant, verzögerte sich die Fertigstellung des Industriedenkmals. Insbesondere der Gerüstbauer, die Firma Gloser, hatte beim Abbau des Gerüstes mit erheblichen Problemen zu kämpfen, weil sich bei den Korrosionsschutzarbeiten bleihaltige Feinstäube an den Gerüstteilen festgesetzt hatten. So mussten zunächst die einzelnen Gerüstteile aufwendig gesäubert werden, bevor sie verpackt und abtransportiert werden konnten. Erst danach wurden die Treppen und Ausbläser wieder angeliefert und montiert. Auch hier kam es zu Verzögerungen, weil teilweise einzelne Bauteile nicht zufriedenstellend beschichtet waren oder nicht richtig zugeordnet werden konnten. Dieser gesamte Prozess zog sich bis Ende September und hatte einerseits Mehrkosten und andererseits eine erneute Verschiebung des Eröffnungstermins der Ausstellung „Das zerbrechliche Paradies“ zur Folge.

Um aufwendige Gerichtsverfahren und die damit verbundenen Prozesskosten zu vermeiden, wurde mit Alexander Gloser unter Beteiligung des BLB (Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW) verhandelt und eine Schlussrechnungsvereinbarung erzielt. Die Kosten für den Gerüstbau belaufen sich nun auf 4,6 Mio. €, ursprünglich beauftragt wurde eine Summe von 3,3 Mio. €. Die Sanierungsarbeiten konnten bis Ende des Geschäftsjahres nicht fertiggestellt werden. In 2022 werden noch Korrosionsschutzarbeiten an den Treppen und Ausbläsern sowie die Herrichtung des Außengeländes erfolgen.

Am Ende des Geschäftsjahres 2021 stellt sich die Sanierung kostenmäßig folgendermaßen dar:
- Gerüstbau: 4,6 Mio. €
- Korrosionsschutz: 8,4 Mio. €
- Sonstiges (z.B. Elektro, Fundament etc.): 3,5 Mio. €

Damit sind Mehrkosten in Höhe von 2,0 Mio. € entstanden. Die Mehrkosten sind zum größten Teil auf bei der Planung nicht sichtbare, zusätzliche Aufwendungen zurückzuführen, die dem Alter des Gebäudes geschuldet sind (z.B. höherer Aufwand für Stahlbauarbeiten), auf den starken Anstieg der Baukosten und die längere Bauphase.

Die Mehrkosten werden vom Bund und Land mit je einer zusätzlichen Förderung in Höhe von 500.000 € finanziert. Während die Förderung des Bundes im Berichtsjahr erfolgte, werden die Fördermittel des Landes erst in 2022 erwartet. Die restlichen benötigten Mittel erbringt die Gasometer Oberhausen GmbH als Eigenanteil.

Somit stellt sich die Finanzierung der Sanierung folgendermaßen dar:
- Bund: 7,75 Mio. €
- Land: 3,00 Mio. €
- RVR: 4,469 Mio. €
- Gasometer Oberhausen GmbH: 1,281 Mio. €

Das endgültige finanzielle Ergebnis der Sanierung wird jedoch erst in 2022 vorliegen und den Eigenanteil der Gesellschaft entsprechend beeinflussen.

Neben der Sanierung des Gasometers wurde im Berichtsjahr auch die neue Lagerhalle hinter dem Gasometer gebaut. Die alte Lagerhalle war 2020 bereits abgerissen worden. Der Bau der neuen Halle konnte in 2021 weitgehend abgeschlossen werden. Die Einrichtung der Halle erfolgte Anfang 2022. Die Halle verfügt nun über komfortable und klimagerechte Lagermöglichkeiten, die dem Anspruch eines modernen Museums gerecht werden. Daneben wurde ein Sozialraum für die Gästeführer und Aufsichten eingerichtet sowie eine Werkstatt und ein Büro für die Hausmeister.

Die Kosten für den Neubau wurden mit 499.631 € veranschlagt, 90% davon werden über das Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes NRW gefördert, was einer Summe in Höhe von 449.668 € entspricht. Leider haben sich auch bei der Lagerhalle die Baukosten insgesamt erhöht und liegen zum Ende des Geschäftsjahres bei 700.000 €. Alle Kosten über den vom Land zugesagten Betrag übernimmt die Gasometer Oberhausen GmbH.

Die Lagerhalle entspricht mit einem begrünten Dach und einer Regenwasserversickerung den aktuellen Ansprüchen an ein klimagerechtes Bauen. Die dafür veranschlagten Kosten in Höhe von 42.253 € hat die EMSCHERGENOSSEN-SCHAFT im Rahmen des Förderprogramms „Klimaresiliente Region mit internationaler Strahlkraft“ (Land NRW 80%, EG 20%) über-nommen. Die angefallenen Mehrkosten in Höhe von 9.242 € übernimmt erneut die Gasometer Oberhausen GmbH.

Ausstellung „Das zerbrechliche Paradies“

Aufgrund der Verzögerungen der Sanierung konnte die neue Ausstellung „Das zerbrechliche Paradies“ erst am 1. Oktober 2021 starten. Es ist nun eine Laufzeit bis Ende 2022 vorgesehen, bei Erfolg wird die Ausstellung bis Ende 2023 verlängert. Die Aktivierung der Produktionskosten der Ausstellung in Höhe von 1,128 Mio. € berücksichtigt zunächst nur eine Laufzeit bis Ende 2022. Die Ausstellung startete sehr erfolgreich. Bereits bis Ende des Berichtsjahres konnten 178.517 Tickets verkauft werden, was einer Einnahme in Höhe von 1,632 Mio. € entsprach. Damit wurde der - laut Erfolgsplan vom 25.08.2021 - geplante Erlös um 1,092 Mio. € übertroffen.

Die Gewinn- und Verlustrechnung schließt mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 205.815 €. Neben den höheren Erlösen aus Eintrittsgeldern stehen noch Rechnungen im Rahmen der Sanierung von ca. 800.000 € aus, so dass sich das Ergebnis des Geschäftsjahres wesentlich besser darstellt als ursprünglich geplant. Der Verlust aus der Gewinn- und Verlustrech-nung reduziert den Bilanzgewinn, der sich zum 31.12.2021 auf 2.575.405 € beläuft.

Ausblick:

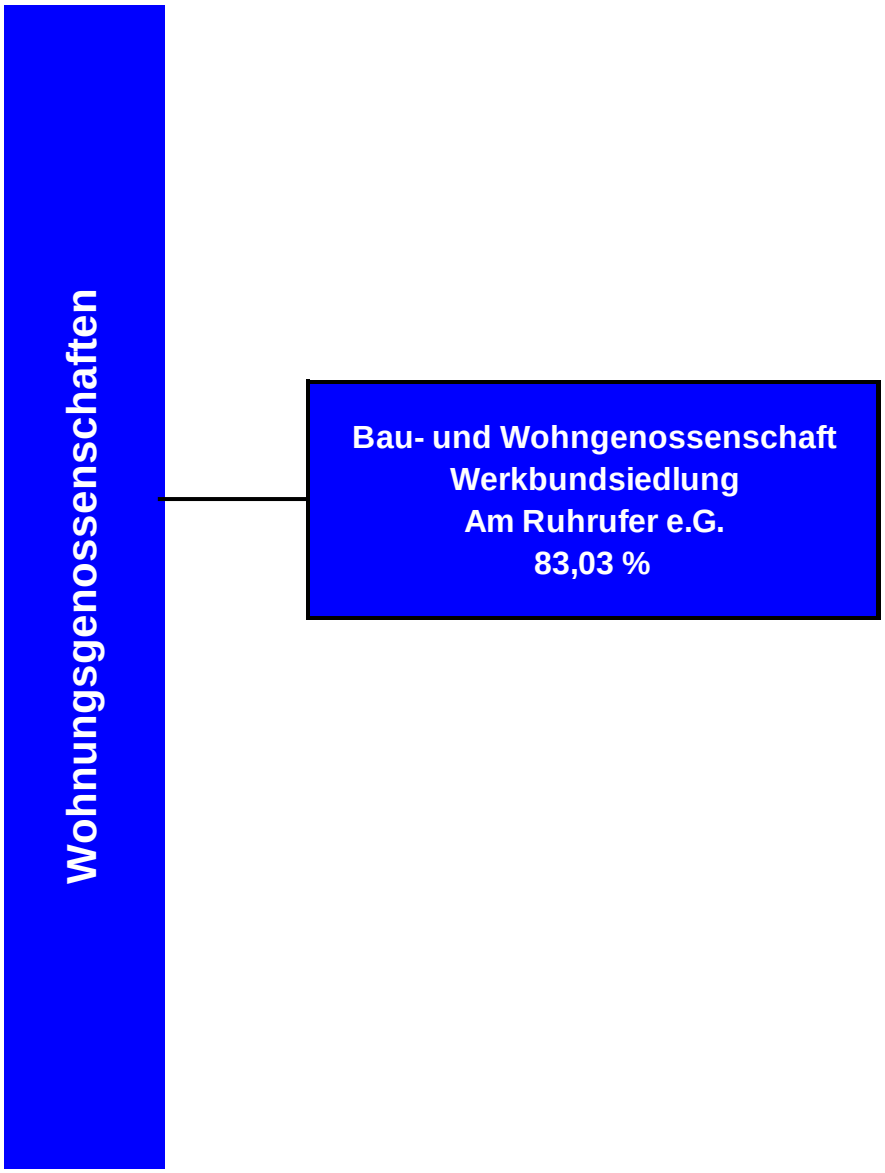
Die restlichen Sanierungsarbeiten werden bis zum Sommer 2022 abgeschlossen sein. Parallel läuft die Ausstellung „Das zerbrechliche Paradies“. Die Veranstaltungsreihe zur Ausstellung beginnt im Mai 2022 und wird hoffentlich die öffentliche Aufmerksamkeit immer wieder erneut auf die Ausstellung lenken. Die Resonanz auf „Das zerbrechliche Paradies“ ist bis-lang sehr positiv, so dass davon ausgegangen werden kann, dass die Ausstellung weiterhin erfolgreich verläuft – sofern es keine negativen externen, nicht beeinflussbaren Bedingungen (Corona-Pandemie, Ukraine-Krieg) gibt. Die Gesellschaft ist auf viele Besucherinnen und Besucher angewiesen. Denn nur so kann gewährleistet werden, dass ausreichend Ein-nahmen generiert werden, um eine nächste Ausstellung planen und produzieren zu können.

Oberhausen, 4. April 2022

Gasometer Oberhausen GmbH

Jeanette Schmitz
Geschäftsführerin

Wohnungsgenossenschaften



Bau- und Wohnungsgenossenschaft "Werkbundsiedlung Am Ruhrufer" e.G.

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Hauerweg 16
46049 Oberhausen

Rechtsform: eG

Stammkapital in T€: 201,97

Gesellschafter:

	T€	%
Sonstige Genossenschaftsmitglieder	34,27	16,97
Stadt Oberhausen	167,70	83,03

Gegenstand des Unternehmens:

Errichtung und Bewirtschaftung von Wohneinheiten und Gemeinschaftsanlagen mit verschiedenen Rechts- und Nutzungformen im Bebauungsplangebiet Nr. 137 B - Behrensstr./Fährstr.'/Am Ruhrufer Sanierungsgebiet Zechengelände Alstaden.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2021)

Vorstand:	Vorsitzende	Schulz-Ebers, Carina
	Mitglied	Mühle, Stefan
	Mitglied	Schmidt, Jörg
Aufsichtsrat:	Vorsitzende	Hammen-Schlünzen, Margret
	Mitglied	van Bremen, Harald
	Mitglied	van Suntum, Ute
	Mitglied	Vermöhlen, Nadine
	Mitglied	Perez, Ninovic
Generalversammlung:		Willecke, Thomas

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2019		2020		2021		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	1.441,29	90,3	1.425,15	89,1	1.398,75	89,4	-26,40	-1,85
Umlaufvermögen	155,01	9,7	173,79	10,9	165,61	10,6	-8,18	-4,71
Bilanzsumme	**1.596,30**	**100,00**	**1.598,94**	**100,00**	**1.564,36**	**100,00**	**-34,58**	**-2,16**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	603,75	37,8	636,28	39,8	651,38	41,6	15,10	2,37
Rückstellungen	2,00	0,1	12,00	0,8	4,00	0,3	-8,00	-66,67
Verbindlichkeiten	990,55	62,1	950,18	59,4	908,98	58,1	-41,20	-4,34
Rechnungsabgrenzungsposten			0,48	0,0			-0,48	-100,00
Bilanzsumme	**1.596,30**	**100,00**	**1.598,94**	**100,00**	**1.564,36**	**100,00**	**-34,58**	**-2,16**

bb) GuV

	2019	2020	2021
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	142,62	141,58	141,16
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	4,93	1,29	2,37
sonstige betriebliche Erträge	4,00		8,00
Materialaufwand	92,96	55,85	82,17
Abschreibungen	29,20	26,40	26,40
sonstige betriebliche Aufwendungen	8,24	4,53	5,93
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,23		
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	16,88	16,25	15,09
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	4,50	39,85	21,94
sonstige Steuern	7,33	7,33	7,36
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	-2,82	32,52	14,58
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	4,42	1,60	3,87
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen		30,25	13,46
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	1,60	3,87	4,99

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2021	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-1,98	22,97	10,33	%
Eigenkapitalrentabilität:	-0,47	5,14	2,26	%
Cash-Flow:	26,37	58,92	40,97	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				
Personalaufwandsquote:				

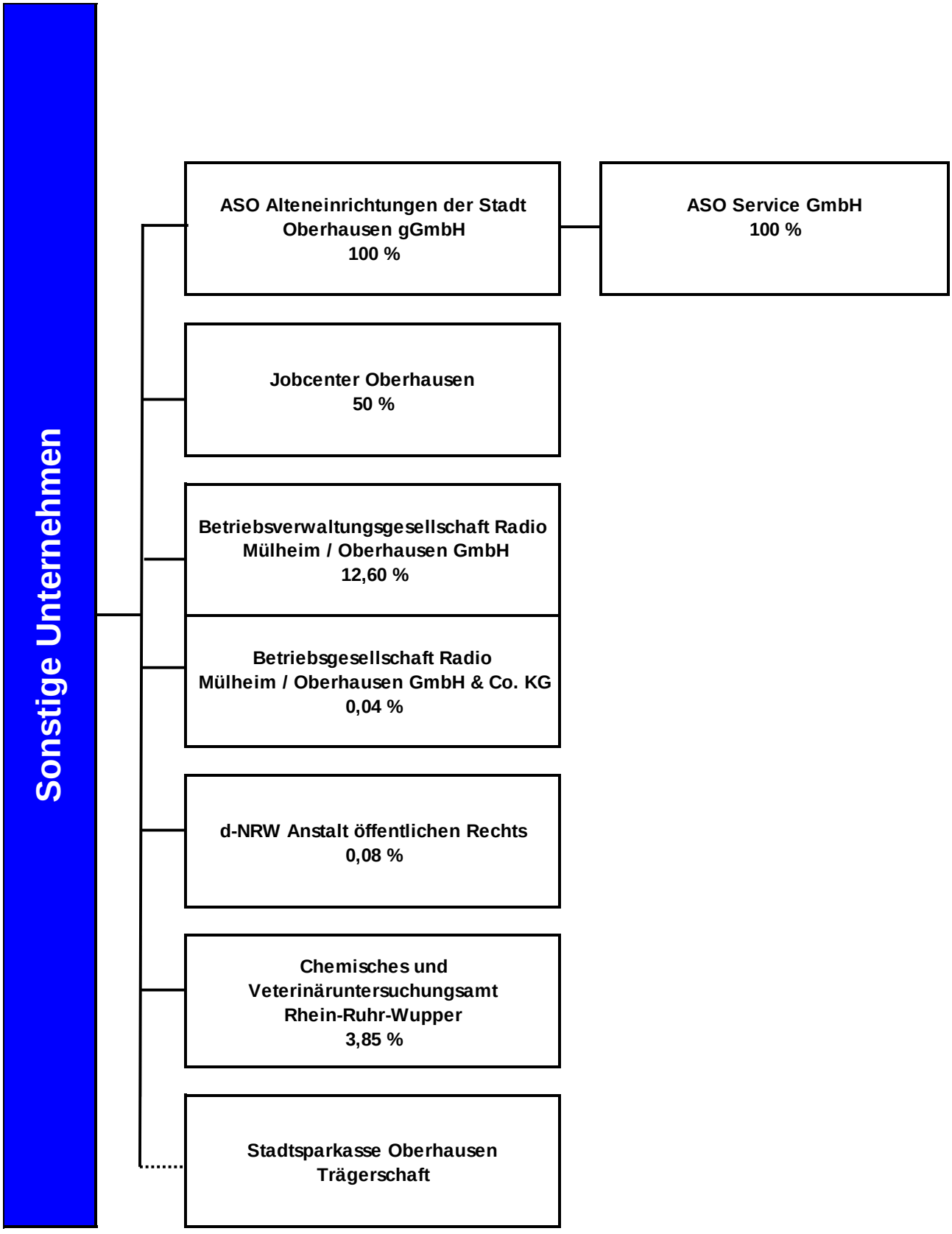
dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

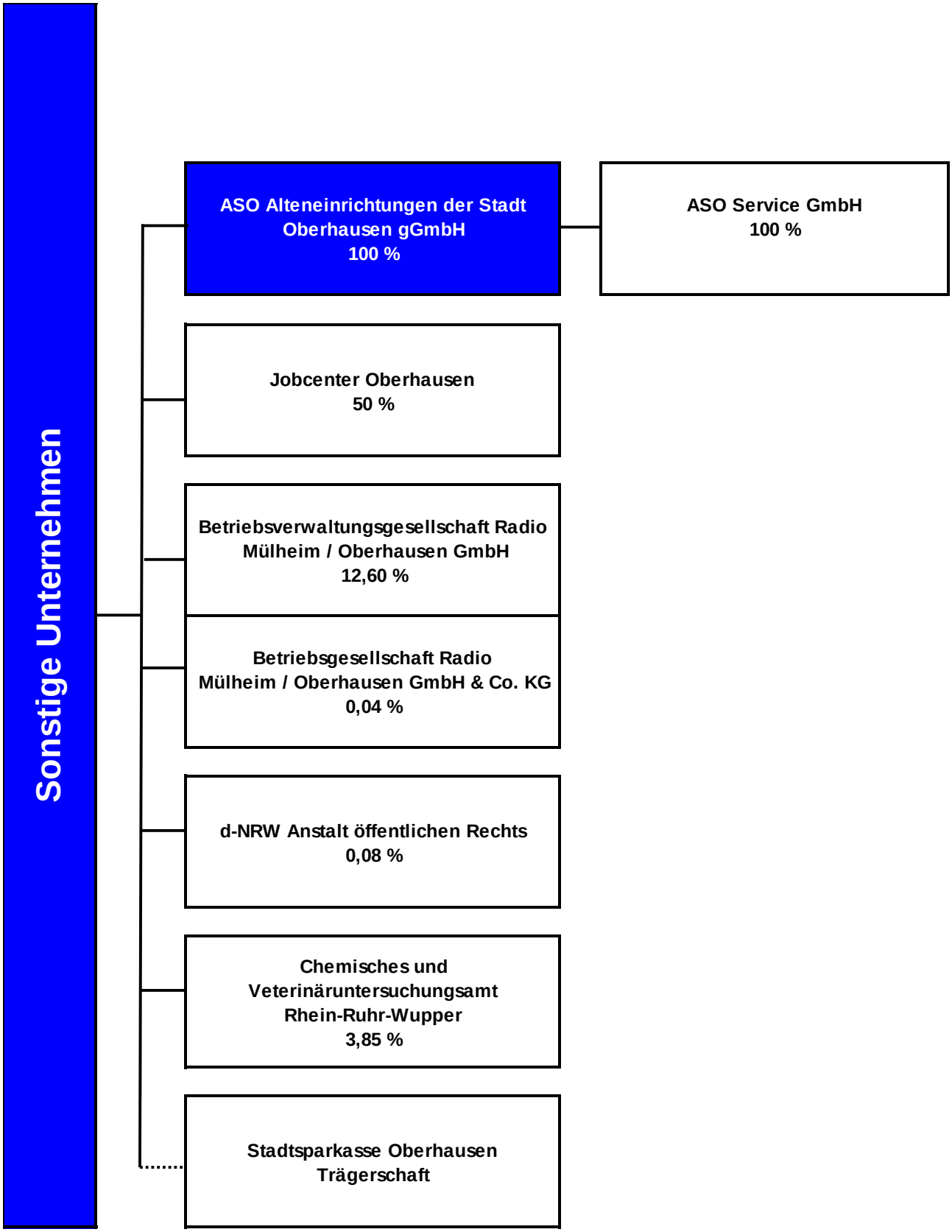
	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2021	Angaben in
Sachanlagenintensität:	129,78	89,13	89,41	%
Eigenkapitalquote:	37,82	39,79	41,64	%
Fremdkapitalquote:	62,18	60,21	58,36	%

e) Lagebericht

Ein Lagebericht wird nicht erstellt.

Sonstige Unternehmen - unmittelbare Beteiligungen -




Sonstige Unternehmen
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH
100 %
ASO Service GmbH
100 %
Jobcenter Oberhausen
50 %
Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH
12,60 %
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH & Co. KG
0,04 %
d-NRW Anstalt öffentlichen Rechts
0,08 %
Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper
3,85 %
Stadtsparkasse Oberhausen
Trägerschaft

ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Elly-Heuss-Knapp-Straße 3
46145 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/691200
Fax	0208/691770
e-Mail	petra.stecker@aso-ggmbh.de
Internet	http://www.aso-ggmbh.de

Rechtsform: gGmbH
Stammkapital in T€: 25,00

Gesellschafter:	**T€**	**%**
Stadt Oberhausen	25,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Zweck der Gesellschaft ist die Unterbringung, Betreuung, Versorgung sowie die ambulante und stationäre Pflege in der Regel alter Menschen. Zu diesem Zweck betreibt die Gesellschaft Altenpflegeheime. Darüber hinaus bewirtschaftet die Gesellschaft Alten- und Betreuerwohnungen und betreibt eine Tagespflegeeinrichtung.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Pachtverträge mit der ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH
ASO Service GmbH	Dienstleistungsvertrag mit der ASO Service GmbH
Diverse	Heimverträge, Pachtverträge, Mietverträge, Betreuungsverträge
Stadt Oberhausen	Dienstleistungsvertrag mit der Stadt Oberhausen vom 27.05.2002
Stadt Oberhausen	Überleitungsvertrag vom 17.12.2001

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2021)

Geschäftsführung:	Geschäftsführerin	Stecker, Petra
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Motschull, Frank

Aufsichtsrat:	Vorsitzende	Bongers, Sonja
	stellv. Vorsitzende	Willing-Spielmann, Ulrike
	Mitglied gem. § 113 GO	Bohnes, Frank
	Mitglied	Bennewa, Helmut
	Mitglied	Broß, Klaus Dieter
	Mitglied	Koch, Lühr Otto Werner Klaus
	Mitglied	Lampe, Siegfried
	Mitglied	Telli, Ercan
	Mitglied	Girrullis, Sebastian
	Mitglied	Lösken, Kathrin
	Mitglied	Kattler, Thomas
	Mitglied	Grothe, Helga
	Mitglied	Lange, Jörg
	Mitglied	Baumann, Louisa
	Mitglied	Domberger, Benedikt
	Mitglied	Dr. Schröer-Tebbe, Jörg
	Mitglied	Korbar, Ulrike
Prokura:	Prokurist	Middendorf, Michael

c) Beteiligungen

unmittelbar	**T€**	**%**
ASO Service GmbH	25,00	100,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2019		**2020**		**2021**		**Veränder-ungen**	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	8.872,05	67,4	8.745,83	62,2	8.602,60	59,0	-143,23	-1,64
Umlaufvermögen	4.285,49	32,5	5.315,97	37,8	5.951,38	40,8	635,41	11,95
Rechnungsabgrenzungsposten	13,82	0,1	9,57	0,1	16,11	0,1	6,54	68,34
Bilanzsumme	**13.171,37**	**100,00**	**14.071,37**	**100,00**	**14.570,09**	**100,00**	**498,72**	**3,54**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	4.455,04	33,8	4.782,77	34,0	5.067,12	34,8	284,35	5,95
Sonderposten mit Rücklagenanteil	0,49	0,0	41,08	0,3	50,19	0,3	9,11	22,18
Rückstellungen	2.041,77	15,5	2.400,06	17,1	2.469,86	17,0	69,80	2,91
Verbindlichkeiten	6.171,51	46,9	6.315,35	44,9	6.583,09	45,2	267,74	4,24
Rechnungsabgrenzungsposten	502,56	3,8	532,10	3,8	399,84	2,7	-132,26	-24,86
Bilanzsumme	**13.171,37**	**100,00**	**14.071,37**	**100,00**	**14.570,09**	**100,00**	**498,72**	**3,54**

bb) GuV

	2019	2020	2021
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	22.428,70	22.825,03	22.682,04
sonstige betriebliche Erträge	330,80	821,70	946,95
Materialaufwand	5.579,30	6.175,89	5.893,85
Personalaufwand	11.712,52	12.455,15	11.889,66
Abschreibungen	310,45	341,55	342,46
sonstige betriebliche Aufwendungen	4.321,08	4.317,77	5.188,33
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,02		0,00
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	29,95	28,63	27,16
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	806,23	327,73	287,53
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,17	-0,01	3,19
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	806,06	327,73	284,35
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	806,06	327,73	284,35

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2021	Angaben in
Umsatzrentabilität:	3,59	1,44	1,25	%
Eigenkapitalrentabilität:	22,09	7,36	5,95	%
Cash-Flow:	1.116,51	669,29	626,80	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	114,18	118,22	121,54	T€
Personalaufwandsquote:	51,46	52,67	50,32	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2021	Angaben in
Sachanlagenintensität:	63,60	58,72	55,42	%
Eigenkapitalquote:	33,82	33,99	34,78	%
Fremdkapitalquote:	66,18	66,01	65,22	%

e) Lagebericht

I. Grundlagen der Gesellschaft

Die ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH ist eine gemeinnützige Gesellschaft mit der Zielausrichtung, für ältere Bürger/innen aus Oberhausen und Umgebung barrierefreien Wohnraum mit Betreuungsangeboten sowie Pflege und Beratung in vollstationären und ambulanten Einrichtungen vorzuhalten.

Dazu betreibt das Unternehmen 234 altengerechte Wohnungen, 3 Dauerpflegeeinrichtungen mit 389 Plätzen und 2 Tagespflegen sowie einen ambulanten Pflegedienst.

Verpächter der stationären Einrichtungen Louise Schroeder Heim sowie Haus Bronkhorstfeld ist der Eigenbetrieb ASO. Die Seniorenresidenz am OLGA-Park ist langfristig von INP Control GmbH, Hamburg gepachtet.

Organe der gemeinnützigen Gesellschaft sind gemäß Satzung die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat sowie die Geschäftsführung. Der Aufsichtsrat besteht aus 16 stimmberechtigten Mitgliedern, die auf Vorschläge der Fraktionen und Gruppen in der Sitzung des Rates der Stadt Oberhausen am 16. November 2020 gewählt wurden. Ein Sitz im Aufsichtsrat entfällt auf ein Mitglied gemäß § 113 Abs. 2 GO NRW. Der Aufsichtsrat der ASO gGmbH hat in seiner konstituierenden Sitzung am 21.12.2020 einem Mitglied des Betriebsrats der ASO gGmbH, einem Mitglied des Bereiches 9-5/Beteiligungen der Stadt Oberhausen sowie dem Betriebsleiter des Eigenbetriebs ASO ein dauerhaftes Gastrecht eingeräumt.

Die Geschäftsleitung besteht aus der Geschäftsführerin Frau Petra Stecker und dem Prokuristen Herrn Michael Middendorf. Die Aufgabenverteilung ist gem. Geschäftsordnung und Organigramm in zwei Geschäftsbereiche aufgeteilt.

II. Wirtschaftsbericht

1. Branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung hat grundsätzlich wenig Einfluss auf die Gesellschaft, da Pflegeeinrichtungen ortsteilbezogene Einrichtungen sind und einen Großteil der Bewohnerschaft aus dem jeweiligen Stadtteil erhalten.

Durch den politischen Grundsatz „ambulant vor stationär“, verändert sich die Belegungsstruktur dahingehend, dass die Bewohner, wenn sie in eine vollstationäre Pflegeeinrichtung aufgenommen werden, in der Regel älter und pflegebedürftiger sind, als in der Vergangenheit. Die hiermit einhergehende geringere Verweildauer und das hohe Angebot von Pflegeplätzen in der Region verschärfen den Wettbewerb der Pflegeeinrichtungen untereinander weiter. Anderseits wird durch den generellen demographischen Trend der Anteil von pflegebedürftigen und betreuungsbedürftigen Menschen zunehmen, was zu einer dauerhaften Nachfrage nach dem Angebot voll- und teilstationärer Altenpflege führen wird.

Die Aufgabe der ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH wird es sein, für den Bürger verschiedene, qualitativ hochwertige Angebote an Pflegeleistungen anzubieten.

2. Darstellung des Geschäftsverlaufs

Die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft kann mit einem Jahresergebnis von 284 T€ (328 T€ Vorjahr) als kontinuierlich gut bezeichnet werden. Der Gesellschaft ist es gelungen, trotz eines Ausbruchsgeschehens des Coronavirus in allen stationären Einrichtungen im 4. Quartal 2020, dessen negative Auswirkungen auf die Belegungssituation bis zum 1. Quartal 2021 deutlich zu spüren waren, dennoch den positiven Trend der letzten Jahre fortzusetzen. Ausschlaggebend für die positive Entwicklung der Gesellschaft sind neben den erzielten Erhöhungen der Pflegesätze und eine stringente Kostenkontrolle, ebenfalls die trotz des Ausbruchsgeschehens im Rahmen der Corona-Pandemie zufriedenstellende Belegung der Seniorenresidenz am OLGA-Park und Haus Bronkhorstfeld. Außerdem wurden coronabedingte Mehraufwendungen und Mindereinnahmen gemäß § 150 SGB XI unter Vorbehalt erstattet. Durch die Inbetriebnahme des Ersatzneubaus am Louise Schroeder Heim konnte auch hier nunmehr eine deutliche Verbesserung der Belegung erreicht werden.

Belegungsentwicklung im Geschäftsjahr

Die vollstationären Einrichtungen der ASO gGmbH waren im Geschäftsjahr 2021 durchschnittlich mit 80,9 % belegt. Bedingt durch die Corona-Pandemie, die die Heime im 1. Quartal 2021 in unterschiedlicher Weise beeinträchtigt hat, liegt die Auslastungsquote mit rd. 7,5 %-Punkten unter dem Jahresniveau von 2020. Im Louise Schroeder Heim, das größte Pflegeheim des Unternehmens mit 230 Plätzen, liegt die Belegung insgesamt mit 73,0 % immer noch weit unter dem Niveau der anderen Einrichtungen. Dies ist einerseits der hohen Anzahl an Doppelzimmern geschuldet, die kaum noch vollstationär belegbar sind, sowie der Tatsache, dass der Ersatzneubau erst Anfang August 2021 fertiggestellt wurde und der Umzug der Nutzer und Nutzerrinnen erst Ende August 2021 vollständig abgeschlossen werden konnte. Weiteren Einfluss auf die Belegung hatte das Ausbruchsgeschehen in der sog. zweiten Welle der Corona-Pandemie im November 2020, dessen Belegungsrückgang und Aufnahmestopp sich bis März 2021 bemerkbar machte.

Das Haus Bronkhorstfeld mit 99 Plätzen hat im Jahr 2021 eine Auslastung von 93,6 % erreicht. Die Belegung liegt damit 3,3 %-Punkte unter dem Jahresdurchschnitt aus 2020.

Die Seniorenresidenz am OLGA-Park (60 Plätze) hat einen Belegungsdurchschnitt trotz der Pandemie bedingten Einschränkungen von 91,9 % erreicht und liegt damit 5,5 %-Punkte unter dem Vorjahrniveau.

Die Tagespflegeeinrichtungen Louise Schroeder Tagespflegezentrum sowie das Tagespflegezentrum Am Steigerhaus konnten ihren Betrieb mit den entsprechenden inhaltlichen Auflagen hinsichtlich Maskenpflicht und Mindestabstand durchgängig führen und hatten eine Belegung von insgesamt 83,7 % Vorjahr (75,8 %).

Die Auslastung liegt für das Louise Schroeder Tagespflegezentrum bei 86,1 %; im Tagespflegezentrum Am Steigerhaus wurde eine Auslastung von 80,7 % erreicht.

Der ambulante Pflegedienst „Häuslicher Pflegedienst Elly Heuss Knapp Quartier“ hat eine gleichbleibend stabile Klientenanzahl. Der Hauptanteil der betreuten Kunden liegt im Einzug der Wohnungen auf dem Gelände.

Der vermietete Wohnungsbestand war im Geschäftsjahr 2021 beinahe durchgängig vollständig vermietet. Besonders die zuletzt erbauten Häuser 5 und 5a auf dem Gelände des Elly Heuss Knapp Quartier sind stark nachgefragt.

Entgeltverhandlungen und Investitionskostenfortschreibung

Die Entgeltverhandlungen für die vollstationären und teilstationären Betriebsteile für den Zeitraum 01.01.2021 bis 31.12.2021 wurden regelhaft im Oktober 2020 aufgenommen. Mit durchschnittlich 3,4 % Entgelterhöhung der stationären Einrichtungen konnte an den erfolgreichen Verhandlungen des vergangenen Jahres angeknüpft werden und überwiegend eine Kostendeckung der Personal- und Materialaufwände sichergestellt werden.

Die Entgeltverhandlungen für den Zeitraum ab 01.01.2022 bis 31.12.2022 sind fristgerecht im Oktober/November 2021 geführt worden und im Dezember 2021 mit einer durchschnittlich Budgeterhöhung über sämtliche voll- und teilstationären Einrichtungen in Höhe von rd. 2,4 % abgeschlossen worden.

Mit dem novellierten – seit dem 5. September 2020 in Kraft getretenen – Alten- und Pflegegesetz Nordrhein-Westfalen (APG NRW) einschließlich der novellierten Verordnung zur Ausführung des Alten- und Pflegegesetzes Nordrhein-Westfalen (APG DVO NRW), sind mehrere Änderungen bei der Ermittlung der Investitionskosten vorgenommen worden. Hierzu zählen unter anderem die Anpassung der Bestandschutzregelung für Mietverhältnisse sowie eine Verlängerung der ursprünglich bis zum 31.12.2020 befristeten Bescheide bis zum 30.06.2021.

Da sämtliche voll- und teilstationären Einrichtungen der Gesellschaft angepachtet wurden, finden im Rahmen der Investitionskostenfestsetzung die Regelungen nach dem Mietmodell Anwendung. Infolgedessen wurden die bisherigen Investitionskostenbescheide bis zum 30.06.2021 verlängert. Die entsprechenden Folgeanträge sind fristgerecht für alle voll- und teilstationären Einrichtungen beim Landschaftsverband Rheinland gestellt worden.

Die entsprechenden Investitionskostenbescheide des Landschaftsverbandes Rheinland sind für sämtliche Einrichtungen der ASO gGmbH mit Wirkung bis zum 31.12.2022 erlassen worden.

Klageverfahren Objekt Haus 5 und 5a

Im Geschäftsjahr konnte nunmehr das langwierige Klageverfahren vor dem Landgericht Duisburg hinsichtlich der mangelhaften Plattenverlagsarbeiten bezüglich der Balkone und Terrassen abgeschlossen werden.

Das selbstständige Beweisverfahren ist zum Ergebnis gekommen, dass die Ausführung der Plattenverlagsarbeiten den Anforderungen nicht entsprechend durchgeführt worden sind und der ASO gGmbH eine Schadensbeseitigung zusteht. Hierfür erhielt die Gesellschaft im Berichtsjahr auf Basis einer Zahlungsklage einen zweckgebundenen Kostenvorschusses nebst Erstattung der Prozesskosten.

3. Aufwands- und Ertragslage

Für das Geschäftsjahr 2021 ergibt sich ein Jahresüberschuss in Höhe von 284 T€. Zum Vorjahresergebnis ergibt sich eine Verringerung von 44 T€.

Damit konnte das für das Geschäftsjahr 2021 geplante Ergebnis von + 51 T€ trotz der anhaltenden schwierigen Rahmenbedingungen deutlich übertroffen werden. Die Corona-Hilfen haben, die durch die Pandemie verursachten Mehraufwendungen und Mindererlöse im Pflegebereich nahezu ausgeglichen.

In den Umsatzerlösen sind Erstattungen gem. § 150 SGB XI in Höhe von 1.706 T€ enthalten, die zum Ausgleich der Auswirkungen aus der Covid-19-Pandemie für Mehraufwendungen und Mindererlöse gewährt wurden. Die Mehraufwendungen zeigen sich insbesondere in der Entwicklung des medizinischen Bedarfs mit 331 T€ im Geschäftsjahr 2021 zu 80 T€ vor der Corona-Pandemie. Die Mindererlöse haben 1.628 T€ betragen. Die unsichere Rechtslage hinsichtlich der Höhe der erstattungsfähigen Aufwendungen wurde durch die Bildung von Rückstellungen berücksichtigt.

Insgesamt verringerten sich die Umsatzerlöse um 0,6 % auf 22.682 T€.

Die sonstigen betrieblichen Erträge erhöhten sich im Geschäftsjahr um 119 T€ auf 935 T€. Dies sind hauptsächlich die Erstattungen für Mehraufwendungen infolge der PoC-Tests (549 T€).

Der Materialaufwand verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr um 282 T€ auf 5.894 T€ insbesondere aufgrund des geringeren Einsatz von Fremdpersonal im Pflegebereich.

Der Personalaufwand verringerte sich um 565 T€ auf 11.890 T€. Begründet ist dies insbesondere durch die Sondereffekte im Geschäftsjahr 2020 im Zusammenhang mit der Corona-Prämie seitens des Bundes bzw. der Länder, sowie infolge der tariflichen Corona-Zahlung im Dezember 2020.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen erhöhten sich insbesondere aufgrund der Zuführung zur Rückstellung wegen der unsicheren Rechtslage hinsichtlich der Höhe der erstattungsfähigen Aufwendungen im Rahmen des Rettungsschirms mit 850 T€ auf 5.168 T€. Die Abschreibungen belaufen sich mit 342 T€ auf Vorjahresniveau.

Das Finanzergebnis hat sich gegenüber dem Vorjahr tilgungsbedingt nur geringfügig verändert.

Vermögens- und Finanzlage

Das Anlagevermögen wird durch langfristiges Kapital am Bilanzstichtag gedeckt. In Höhe der Überdeckung von 2.248 T€ (Vorjahr 1.950 T€) ist das Umlaufvermögen mit langfristigem Kapital finanziert.

Die kurzfristige Liquidität beträgt 2.081 T€ (Vorjahr 1.777 T€) und deckt den betriebsgewöhnlichen monatlichen Finanzbedarf von 1.915 T€ für 1,1 Monate (Vorjahr 0,9 Monate) ab. Die Finanzierung des laufenden Geschäftsbetriebs war durch die Liquidität jederzeit sichergestellt.

Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit in Höhe von 764 T€ hat ausgereicht die Investitionen des Jahres (199 T€) zu finanzieren. Demgegenüber weist der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit einen negativen Stand von 102 T€ aus.

4. Finanzielle und Nicht-Finanzielle Leistungsindikatoren

Das Eigenkapital erhöhte sich um den Jahresüberschuss auf 5.067 T€. Die Eigenkapitalquote (Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital) erhöhte sich geringfügig auf 34,8 % (Vorjahr 34,0 %).

Die ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH strebt eine hohe Mitarbeiterzufriedenheit an. Infolgedessen finden kontinuierlich umfassende Mitarbeiter-Dialoge statt. Im 1. Quartal 2022 ist eine Mitarbeiterbefragung durchgeführt worden. Ferner werden unsere Unternehmenswerte und Führungsgrundsätze im Rahmen von diversen Veranstaltungen im Team kommuniziert.

III. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Die Corona-Pandemie hatte im Berichtsjahr deutlichen Einfluss auf die Belegungssituation. Umsatzeinbußen im Bereich der Pflegeleistungen konnten im Berichtsjahr durch den sog. Rettungsschirm nach § 150 SGB XI weitestgehend ausgeglichen werden. Inwieweit die erhaltenen Mittel bei der Gesellschaft verbleiben und ob diese Unterstützung im Folgejahr weiterbestehen bleibt, bleibt abzuwarten. Zurzeit ist sie bis Ende des 1. Halbjahres 2022 gültig.

Die ursprünglich angedachte Konzeption, das Louise Schroeder Heim zu einem großzügig angelegten Quartier weiterzuentwickeln, wurde durch den Beginn des Ukraine Krieges ausgebremst. Trotzdem muss für die Behauptung der ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH am Pflegemarkt die Weiterentwicklung der Angebotsstruktur vorangetrieben werden. Die schon geplante Attraktivitätssteigerung des Haus II muss in 2022 zum Abschluss kommen. Inhaltlich sollte eine Konzeption gefunden werden, die die Nutzung der Doppelzimmer realisierbar macht. Dies kann die Nutzung zur rehabilitativen Kurzzeitpflege bzw. zum Pflegehotel sein. Die entsprechende Konzeptionierung, die in enger Abstimmung mit dem Verpächter ASO Eigenbetriebe entwickelt wurde, muss in einem von der WTG-Behörde und dem NRW Gesundheitsministerium genehmigten Modellprojekt in 2022 umgesetzt werden.

Die langfristige Umwandlung des Areals Louise Schroeder Heim in ein Quartier sollte trotz der Auswirkungen des Ukraine Krieges nicht aus den Augen gelassen werden. Altengerechte Wohnungen mit Betreuungs- und Serviceangeboten sind im Rahmen der Sozialquartiersentwicklung unerlässlich und stark nachgefragt. Weiterhin ist zu überlegen, ob im Haus 1 des Louise Schroeder Heims Arztpraxen oder eine Kita und die Unterbringung eines Ambulanten Pflegedienstes erfolgen kann, da diese Institutionen im Rahmen eines Quartiers nachgefragt werden.

Im Elly Heuss Knapp Quartier müssen die bestehenden Angebote für die Mieter im Quartier ausgebaut werden. Hierzu gehört die Entwicklung niederschwelliger Angebote, die neben dem offenen Mittagstisch, auch Beschäftigungs- und Mitmachaktionen beinhaltet, um der Vereinsamung der alten Menschen entgegenzuwirken. Es gilt zu überlegen, ob auf dem Gelände ein weiteres Angebot an altengerechten Wohnungen errichtet werden kann. Darin könnte anschließend eine teilweise Umsiedlung der Mieter aus den Bungalows erfolgen, um diese in die Jahre gekommenen 35 Bungalows sukzessive zu sanieren und tatsächlich barrierefrei zu gestalten.

Grundsätzlich muss sich die ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH für die kommenden Aufgabenstellungen rüsten. Dazu gehört eine moderne, alle Bereiche unterstützende EDV-Struktur, die mit verschiedenen Digitalisierungsprozessen einhergeht und im Folgejahr wieder ein Schwerpunkt sein wird.

Eine weitere Herausforderungen wird im nächsten Jahr die zweite Personalausbaustufe hinsichtlich der Umsetzung der bundeseinheitlichen Personalbemessung nach § 113c SGB XI im Rahmen eines wissenschaftlichen fundierten Verfahrens mit Wirkung ab dem 1. Juli 2023 in Zusammenhang mit der Organisationsentwicklung innerhalb aller stationärer Einrichtungen hinsichtlich des zukünftigen Qualifikationsniveaus des Pflege- und Betreuungspersonals sein.

Der Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2022 wurde mit einem positiven Jahresergebnis von insgesamt + 100 T€ geplant. Die Corona bedingten Einflüsse sind im Wirtschaftsplan 2022 analog zum Wirtschaftsplan 2021 nicht berücksichtigt worden, da diese Auswirkungen zum Zeitpunkt der Aufstellung des Wirtschaftsplans nicht sinnvoll prognostizierbar waren.

Bei der Planung der Erlöse aus allgemeinen Pflegeleistungen sowie der Erträge aus Unterkunft und Verpflegung im voll- und teilstationären Bereich wurde von einer Steigerung der Pflegesätze von 2,4 % ausgegangen. Die zugrunde gelegten Auslastungen im stationären Bereich liegen zwischen 90 % für das Louise-Schroeder-Heim und 98 % für das Haus Bronkhorstfeld und der Seniorenresidenz am OLGA-Park. Im Personalkostenbereich sind neben der Erhöhung der Tabellenentgelte um 1,8 % ebenfalls die vereinbarten Sonderregelungen hinsichtlich der Erhöhung der Jahressonderzahlung sowie der monatlichen Pflegezulage berücksichtigt worden.

Die Risikolage der Gesellschaft kann für das kommende Jahr 2022 bedingt durch den nicht vorhersehbaren Kriegsausbruch in der Ukraine als angespannt beurteilt werden. Die drastischen Kostensteigerungen in der Energieversorgung sowie die deutliche Verteuerung der Rohstoffe und der Logistikkosten waren nicht absehbar.

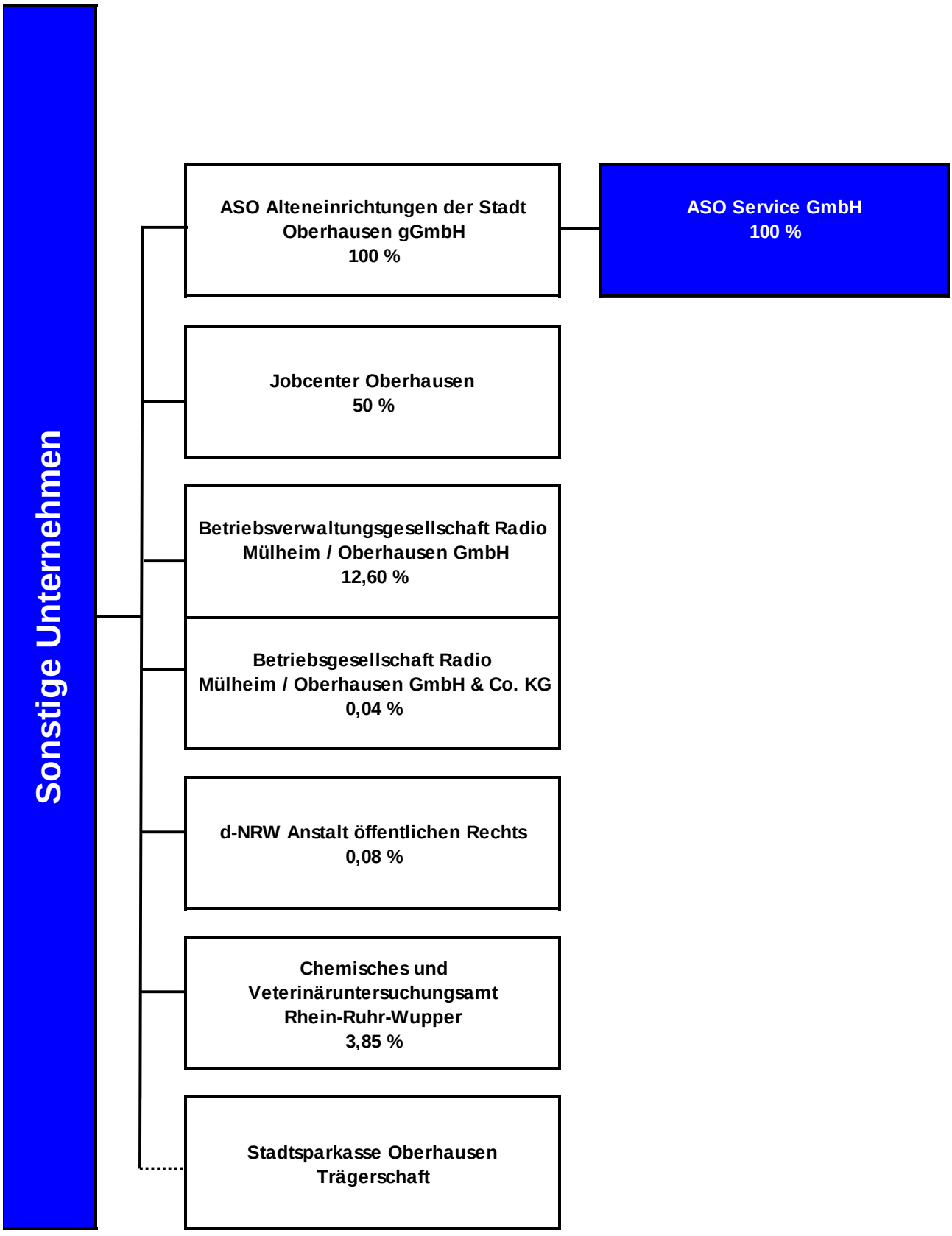
Die bereits im Dezember 2021 abgeschlossenen Vergütungsvereinbarungen für den Zeitraum 01.01.2022 bis 31.12.2022 sind ohne die wirtschaftlichen Auswirkungen des Kriegsausbruchs in der Ukraine im Februar 2022 verhandelt worden. Inwieweit die wirtschaftlichen negativen Effekte infolge nicht refinanzierter Kosten aufgrund der unvorhersehbaren

Preisentwicklung bei künftigen Vergütungsverhandlung berücksichtigt werden, ist derzeit nicht abschätzbar. Ein weiteres Ausbruchsgeschehen des Coronavirus bei Einstellung des Rettungsschirms nach § 150 SGB XI würde die Wirtschaftslage zusätzlich erheblich negativ beeinflussen.

Oberhausen, 31. März 2022

Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH (ASO)

Petra Stecker
Geschäftsführerin


Sonstige Unternehmen
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH
100 %
ASO Service GmbH
100 %
Jobcenter Oberhausen
50 %
Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH
12,60 %
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH & Co. KG
0,04 %
d-NRW Anstalt öffentlichen Rechts
0,08 %
Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper
3,85 %
Stadtsparkasse Oberhausen
Trägerschaft

ASO Service GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Elly-Heuss-Knapp-Straße 3
46145 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/6911
Fax	0208/691770
e-Mail	petra.stecker@aso-ggmbh.de
Rechtsform:	GmbH
Stammkapital in T€:	25,00

Gesellschafter:	**T€**	**%**
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	25,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Zweck der Gesellschaft ist die ausschließliche Erbringung von Dienstleistungen aus den Bereichen Gebäudereinigung, Küchen-, Catering-, Wäscherei- und Stationshilfen für die ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Dienstleistungsvertrag mit der ASO Service GmbH

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2021)

Geschäftsführung:	Geschäftsführerin	Stecker, Petra
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Motschull, Frank

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2019		2020		2021		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Umlaufvermögen	64,94	100,0	82,25	100,0	217,55	100,0	135,30	164,50
Bilanzsumme	**64,94**	**100,00**	**82,25**	**100,00**	**217,55**	**100,00**	**135,30**	**164,50**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	25,00	38,5	25,00	30,4	25,00	11,5	0,00	0,00
Rückstellungen	22,99	35,4	25,81	31,4	44,65	20,5	18,84	72,99
Verbindlichkeiten	16,95	26,1	31,44	38,2	147,90	68,0	116,46	370,42
Bilanzsumme	**64,94**	**100,00**	**82,25**	**100,00**	**217,55**	**100,00**	**135,30**	**164,50**

bb) GuV

	2019	2020	2021
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	1.118,32	1.269,01	1.300,65
sonstige betriebliche Erträge	15,51	199,18	181,11
Personalaufwand	1.117,44	1.449,52	1.386,85
sonstige betriebliche Aufwendungen	16,39	18,67	18,07
Zinsen und ähnliche Aufwendungen		0,00	0,00
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0,00	0,00	76,84
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			76,84
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	0,00	0,00	0,00
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,00	0,00	0,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2021	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Cash-Flow:	0,00	0,00	0,00	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	43,54	45,01	46,29	T€
Personalaufwandsquote:	98,55	98,73	93,59	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2021	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	38,50	30,40	11,49	%
Fremdkapitalquote:	61,50	69,60	88,51	%

e) Lagebericht

I. Geschäft und Rahmenbedingungen

Die Gesellschaft wurde am 1. Februar 2003 als 100 %-tige Tochter der ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH gegründet. Sie soll insbesondere hauswirtschaftliche Dienstleistungen in den Pflegeeinrichtungen der Muttergesellschaft übernehmen. Die Gesellschaft ist unabhängig von der Entwicklung der Gesamtwirtschaft. Die Leistungen der Gesellschaft dienen der Versorgung von Pflegebedürftigen. Organe der ASO Service GmbH sind die Geschäftsführung sowie die Gesellschafterversammlung. Geschäftsführerin ist Frau Petra Stecker und als Prokurist ist Herr Michael Middendorf bestellt.

II. Darstellung des Geschäftsverlaufs

a. Umsatz- und Ertragsentwicklung

Die Umsatzerlöse beliefen sich im Geschäftsjahr 2021 auf 1.300.652,10 €.
Der vorgenannte Betrag entspricht im Wesentlichen den tatsächlich entstandenen Personalkosten. Diese werden der ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH monatlich in Rechnung gestellt, und zwar aufgrund der umsatzsteuerlichen Organschaft ohne Umsatzsteuer. Gleiches gilt für den in Rechnung gestellten Betrag zur Abdeckung der entstandenen Allgemeinkosten, die ebenfalls von der ASO gGmbH getragen werden müssen.

Im Geschäftsjahr 2021 fand neben einer steuerlichen Betriebsprüfung des Finanzamtes für Groß- und Konzernbetriebsprüfung Bergisches Land für den Zeitraum 2016 bis 2018 betreffend der Umsatz-, Körperschaft- und Gewerbesteuer, ebenfalls eine Betriebsprüfung nach § 28p SGB IV des Rentenversicherungsträgers für den Zeitraum 2017 bis 2020 statt. Die Betriebsprüfung des Rentenversicherungsträgers führte zu keinen Beanstandungen.

Die steuerliche Betriebsprüfung hat ergeben, dass in den Vorjahren nicht sämtliche Steuerbeiträge seitens der ASO Service GmbH als solche deklariert worden waren. Die entsprechenden Nachzahlungen für die Jahre 2016 bis 2018 wurden bereits geleistet. Für die steuerlichen Veranlagungsjahre 2019 bis 2021 wurden Vorauszahlungen geleistet oder entsprechende Rückstellungen berücksichtigt.

b. Personalbereich

Im Jahresdurchschnitt 2021 waren in der ASO Service GmbH insgesamt 32,01 Vollkräfte beschäftigt. Gegenüber dem Vorjahr sind dies durchschnittlich 0,61 Vollkräfte weniger. Auf den vorgenannten „Vollkraftstellen“ wurden durchschnittlich 56 Mitarbeitende beschäftigt. Zum 31. Dezember 2021 waren insgesamt 31,95 „Vollkraftstellen“ mit insgesamt 55 Mitarbeitenden besetzt.

c. Investitionen

Investive Maßnahmen wurden und werden aufgrund der rechtlichen Konstruktion der ASO Service GmbH nicht von dieser durchgeführt oder finanziert. Investitionen werden vielmehr ausschließlich über den ASO Eigenbetrieb bzw. die ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH abgewickelt. Auf deren Jahresabschlüsse wird insoweit an dieser Stelle verwiesen.

d. Vermögens- und Finanzlage

Das Eigenkapital nimmt einen Anteil von 11,5 % der Bilanzsumme ein. Am 31. Dezember 2021 errechnet sich eine kurzfristige Liquidität von 25 T€ (Vorjahr 25 T€), der ein betriebsgewöhnlicher monatlicher Finanzbedarf von 123 T€ (Vorjahr 122 T€) gegenübersteht.

Dadurch, dass die Leistungen ausschließlich an die ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH erbracht werden und die aus den Leistungen resultierenden Forderungen zeitnah beglichen werden, ist eine Vorfinanzierung eigener Betriebskosten grundsätzlich nicht erforderlich. Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft wird regelmäßig durch die Gesellschafterin sichergestellt und war im Geschäftsjahr jederzeit gesichert.

III. Prognose-, Chancen und Risikobericht

a) Chancen- und Risikobericht

Da der überwiegende Teil der Beschäftigten der ASO Service GmbH im hauswirtschaftlichen Bereich des stationären Betriebszweiges der ASO gGmbH eingesetzt ist und dieser zugleich den Unternehmensschwerpunkt der Muttergesellschaft bildet, muss das besondere Augenmerk auf die wirtschaftliche Entwicklung der ASO gGmbH und die Auslastungsquoten der drei stationären Einrichtungen gerichtet werden.

Infolge des Corona-Ausbruchsgeschehen in sämtlichen Pflegeeinrichtung der Muttergesellschaft haben sich die Auslastungsquoten verringert. In der Seniorenresidenz am OLGA-Park mit 91,9 % als auch im Haus Bronkhorstfeld mit 93,6 % konnten die Auslastungsquoten annähernd zum Vorjahr gehalten werden.

Die Auslastungszahlen im Louise Schroeder Heim auf Basis von 250 Plätzen haben sich mit 70,3 % im Vergleich zum Vorjahr weiter verringert. Unter Berücksichtigung des erfolgten Platzzahlabbaus von 20 Plätzen mit Inbetriebnahme des Ersatzneubaus (80 Einzelzimmerplätze) am 1. August 2021 beträgt die Auslastungsquote 72,9 %. Die Ursachen im Zusammenhang mit der unbefriedigenden Auslastungsquote im Louise Schroeder Heim sind bekannt und liegen neben dem Ausbruchsgeschehen im 1. Quartal 2021 auch am hohen Doppelzimmeranteil.

Nach anfänglichen Anlaufschwierigkeiten hat sich der Ersatzneubau in Oberhausen etabliert und konnte im Dezember 2021 eine durchschnittliche Auslastungsquote von rd. 95,1 % verzeichnen.

b) Prognosebericht

Aufgrund der umsatzsteuerlichen Organschaft und des Gesellschaftszwecks ist die Entwicklung der ASO Service GmbH untrennbar mit der Geschäftsentwicklung der ASO gGmbH als Muttergesellschaft verbunden.

Die Anfang 2020 begonnene und noch andauernde Pandemie durch das Coronavirus hat bei der Muttergesellschaft für das Geschäftsjahr 2021 infolge des Rettungsschirms bisher nicht zu größeren negativen wirtschaftlichen Einbußen geführt. Ob die Corona-Pandemie im Geschäftsjahr 2022 zu nicht refinanziertem Mehraufwand oder zu Mindereinnahmen bei der Muttergesellschaft führt, kann allerdings noch nicht abschließend festgestellt werden. Grundsätzlich erhält die ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH etwaige Corona-bedingte negativen wirtschaftlichen Folgen durch das Krankenhausentlastungsgesetz erstattet. Inwieweit diese Unterstützung im Folgejahr weiterbestehen bleibt, bleibt abzuwarten. Zurzeit ist sie bis Ende des 1. Halbjahres 2022 gültig.

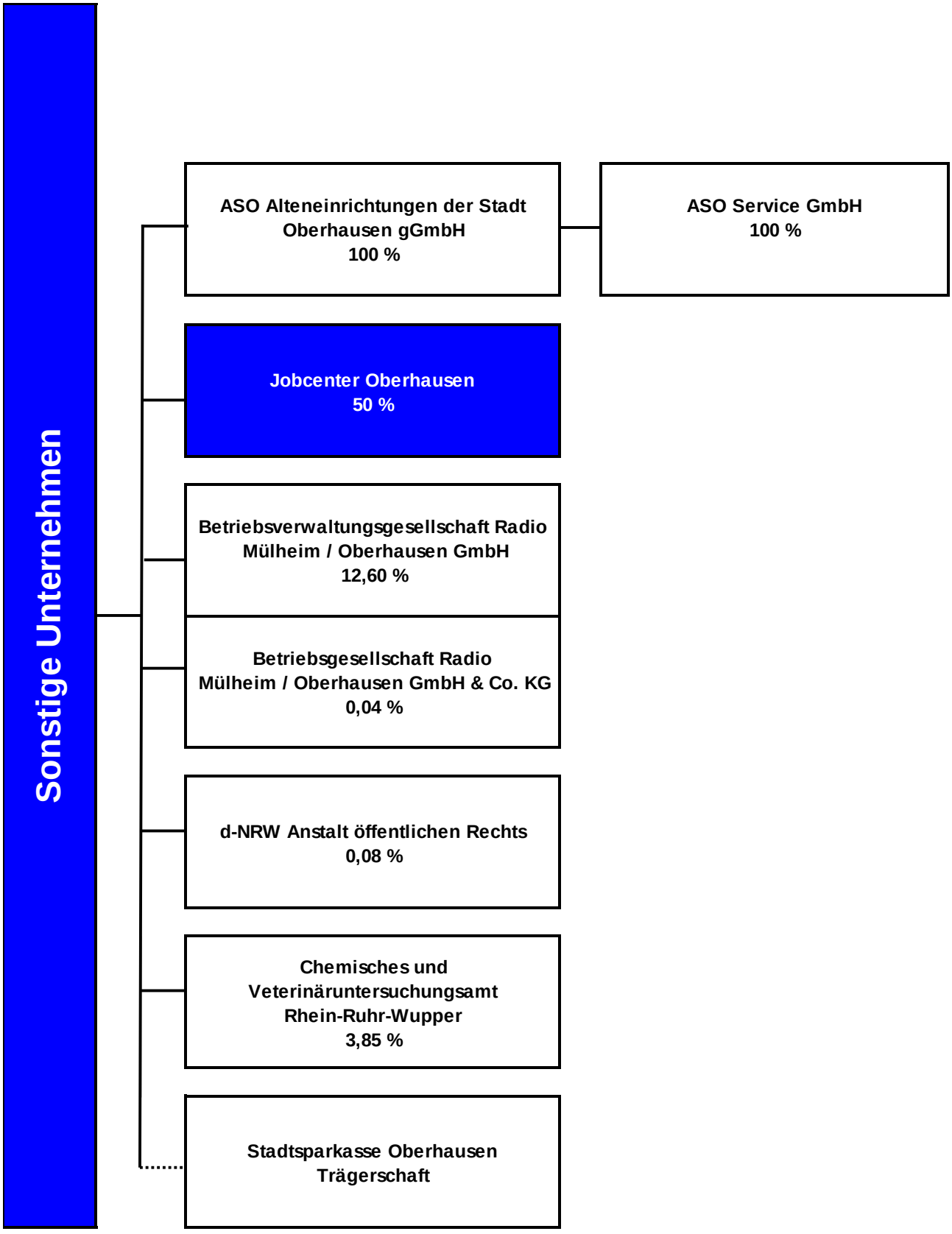
Nach der Fertigstellung des Ersatzneubaus an der Siepenstraße in Oberhausen werden derzeit Konzeptionen für Haus 2 des Louise Schroeder Heims mit Blick auf den hohen Doppelzimmeranteil erarbeitet.

Für das Geschäftsjahr 2022 wird mit einem ausgeglichenen Jahresergebnis geplant.

Oberhausen, 31. März 2022

ASO Service GmbH

Petra Stecker
Geschäftsführerin


Sonstige Unternehmen
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH
100 %
ASO Service GmbH
100 %
Jobcenter Oberhausen
50 %
Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH
12,60 %
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH & Co. KG
0,04 %
d-NRW Anstalt öffentlichen Rechts
0,08 %
Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper
3,85 %
Stadtsparkasse Oberhausen
Trägerschaft

Jobcenter Oberhausen

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Centroallee 261
46047 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208-8506855
e-Mail	Jobcenter-Oberhausen@jobcenter-ge.de
Internet	http://www.jobcenter-oberhausen.de

Rechtsform: Gesellschaft öffentlichen Rechts sui generis
Stammkapital in T€: 0,00

Gesellschafter:

	T€	%
Agentur für Arbeit Oberhausen	0,00	50,00
Stadt Oberhausen	0,00	50,00

Gegenstand des Unternehmens:

Zur einheitlichen Wahrnehmung der Aufgaben der Grundsicherung für Arbeitssuchende bilden die Agentur für Arbeit und die Stadt Oberhausen als Träger der Grundsicherung für Arbeitssuchende eine gemeinsame Einrichtung gem. § 44 b Zweites Buch Sozialgesetzbuch (SGB II).

Das Jobcenter nimmt gemäß § 44 b Abs. 1 Satz 2 SGBII die Aufgaben der Träger wahr.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

Stadt Oberhausen	Vereinbarung zur Bildung und Ausgestaltung einer gemeinsamen Einrichtung gemäß § 44 b des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II)

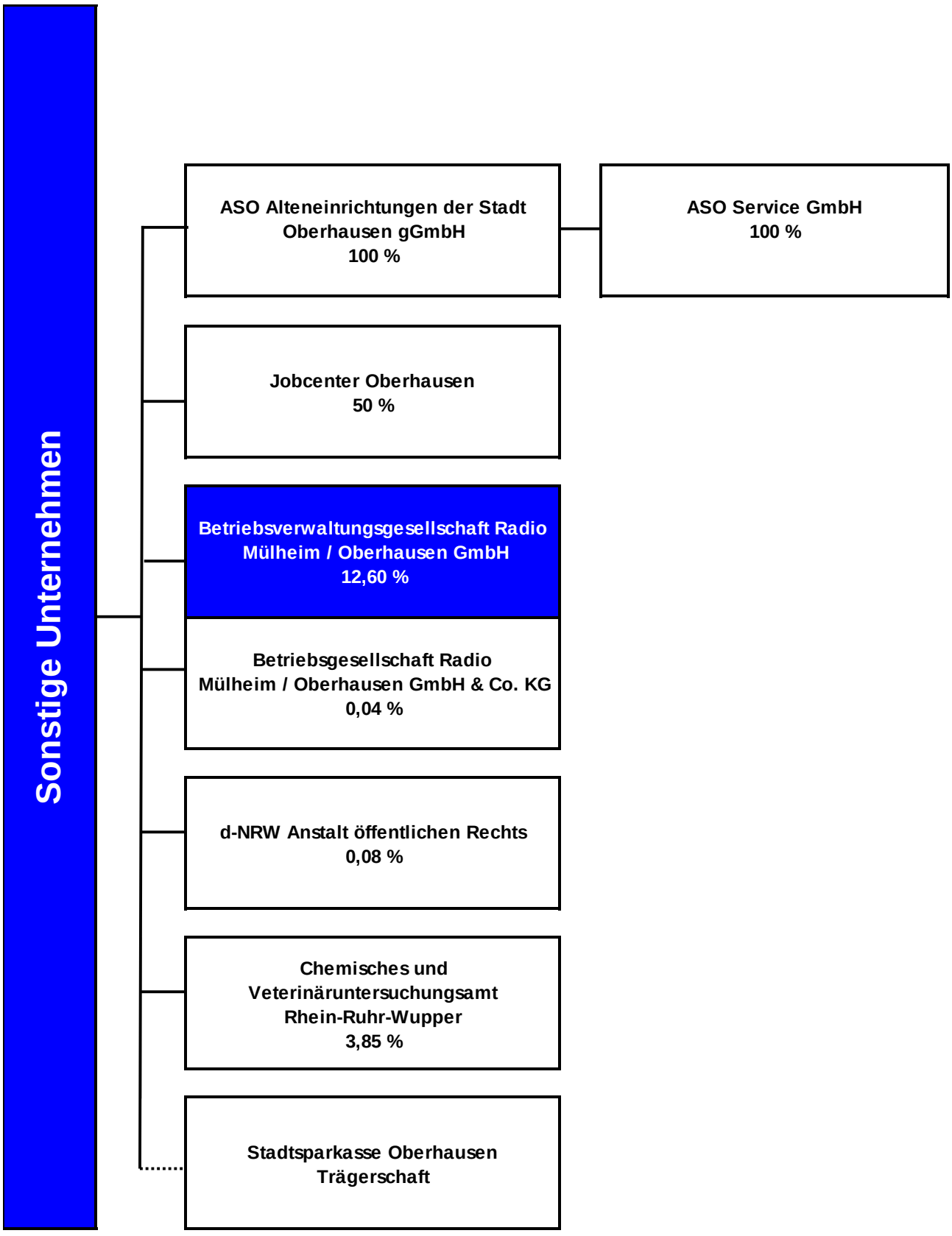
b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2021)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Weinand, Uwe
Trägerversammlung:	Vorsitzender	Motschull, Frank
	stellv. Vorsitzende	Demler, Andrea
	Mitglied	Claes, Christiane
	Mitglied	Engbroks, Wilhelm
	Mitglied	Telli, Ercan
	Mitglied	Willing-Spielmann, Ulrike
	Mitglied	Girrullis, Sebastian
	Mitglied	Sowa, Gabriele
	stellv. Mitglied (gem. § 113 GO)	Bohnes, Frank
	stellv. Mitglied	Broß, Klaus Dieter
	stellv. Mitglied	Dimmek, Ulrich
	stellv. Mitglied	Fax, Rainer

	stellv. Mitglied	Muss, Ralf
	stellv. Mitglied	Opitz, Stefanie
	stellv. Mitglied	Seibert, Judith
Beirat:	Vorsitzende	Schulte, Elisabeth
	Mitglied	Bischoff, Jörg
	Mitglied	Bohnes, Frank
	Mitglied	Cotta, Uwe
	Mitglied	Kamps, Jochen
	Mitglied	Pusch, Jörg
	Mitglied	Willing-Spielmann, Ulrike
	Mitglied	Girrullis, Sebastian
	Mitglied	Eickholt, Henrike
	Mitglied	Heistermann, Marc
	Mitglied	Roggemann, Franz
	Mitglied	Karschti, Albert
	Mitglied	Domeyer, Frank
	Mitglied	Gerritzen, Mauro
	Mitglied	Kreuzfelder, Michael
	Mitglied	Prystaw, Birgit
	Mitglied	Grothe, Helga
	Mitglied	Ottersbach, Dustin

e) Lagebericht

Ein Lagebericht wird nicht erstellt.


Sonstige Unternehmen
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH
100 %
ASO Service GmbH
100 %
Jobcenter Oberhausen
50 %
Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH
12,60 %
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH & Co. KG
0,04 %
d-NRW Anstalt öffentlichen Rechts
0,08 %
Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper
3,85 %
Stadtsparkasse Oberhausen
Trägerschaft

Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Jakob-Funke-Platz 1
45127 Essen

Kontakt:

Telefon	0201/319390
Telefon	0208/4500794
Fax	0201/3193918
Fax	0208/4500739
e-Mail	-
Internet	www.106.2radiooberhausen.de
Internet	www.92.9radiomuelheim.de

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 25,00

Gesellschafter:

	T€	%
Beteiligungsholding Mülheim an der Ruhr GmbH	3,10	12,40
Stadt Oberhausen	3,15	12,60
Zeitungsverlag Niederrhein GmbH & CO. Essen Kommanditgesellschaft	18,75	75,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung an der Kommanditgesellschaft "Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH & Co. KG" als persönlich haftende Gesellschafterin sowie die Übernahme der Geschäftsführung und Vertretung dieser Gesellschaft.

Darüber hinaus sind Gegenstand des Unternehmens alle mit Satz 1 unmittelbar oder mittelbar zusammenhängenden Geschäfte.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

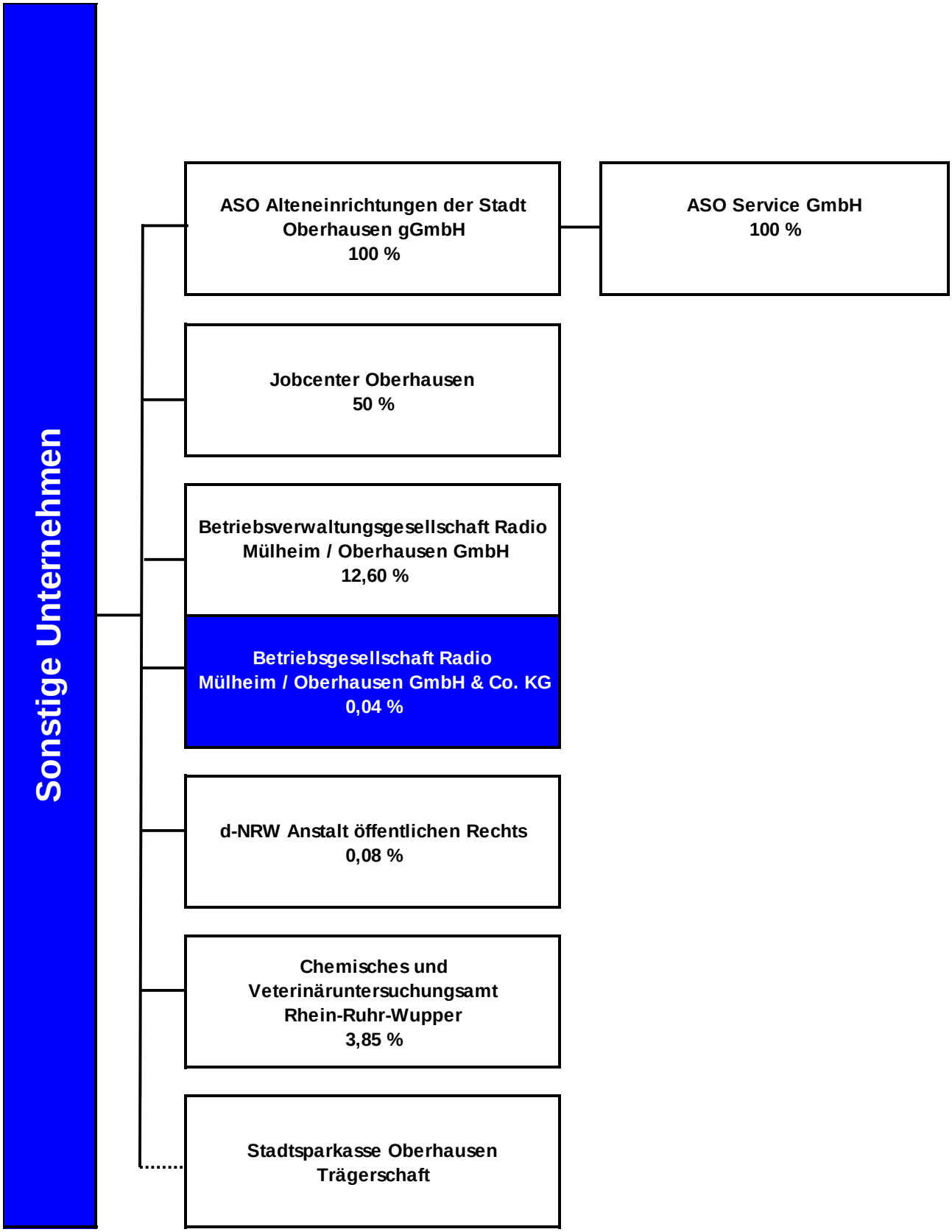
Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk für die Städte
Mülheim an der Ruhr und Oberhausen e.V.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2021)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Schindler, Axel
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Tsalastras, Apostolos

e) Lagebericht

Ein Lagebericht wird nicht erstellt.


Sonstige Unternehmen
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH
100 %
ASO Service GmbH
100 %
Jobcenter Oberhausen
50 %
Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH
12,60 %
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH & Co. KG
0,04 %
d-NRW Anstalt öffentlichen Rechts
0,08 %
Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper
3,85 %
Stadtsparkasse Oberhausen
Trägerschaft

Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH & CO. KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Jakob-Funke-Platz 1
45127 Essen

Kontakt:

Telefon	0201/319390
Telefon	0208/4500764
Fax	0201/3193918
Fax	0208/4500739
e-Mail	-
Internet	www.106.2radiooberhausen.de
Internet	www.92.9radiomuelheim.de

Rechtsform: GmbH & Co. KG

Stammkapital in T€: 2.905,00

Gesellschafter:

	T€	%
Beteiligungsholding Mülheim an der Ruhr GmbH	1,24	0,04
MFS-Holding GmbH	723,77	24,91
Stadt Oberhausen	1,24	0,04
Zeitungsverlag Niederrhein GmbH & CO. Essen Kommanditgesellschaft	2.178,75	75,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Wahrnehmung folgender Aufgaben, die sich aus dem Landesrundfunkgesetz für den Betrieb lokalen Rundfunks ergeben:

Die zur Produktion und zur Verbreitung des lokalen Rundfunks erforderlichen technischen Einrichtungen zu beschaffen und dem Vertragspartner zur Verfügung zu stellen.

Dem Vertragspartner die zur Wahrnehmung seiner gesetzlichen und durch Vereinbarung bestimmten Aufgaben erforderlichen Mittel im vertraglich bestimmten Umfang zur Verfügung zu stellen.

Für den Vertragspartner Produktionshilfen zur Verfügung zu stellen.

Hörfunkwerbung zu verbreiten.

Darüber hinaus sind Gegenstand des Unternehmens alle mit Satz 1 unmittelbar oder mittelbar zusammenhängenden Geschäfte.

Zu diesem Zweck kann sich die Gesellschaft an anderen Unternehmen mit gleichem oder ähnlichem Gesellschaftszweck beteiligen, derartige Untrnehmen erwerben, Tochtergesellschaften gründen, Zweigniederlassungen errichten sowie alle sonstigen den Gesellschaftszweck fördernde Geschäfte vornehmen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2021)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Schindler, Axel
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Tsalastras, Apostolos

e) Lagebericht

1. Geschäftsmodell

Die Tätigkeit der Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH & Co. KG (nachfolgend auch Radio Mülheim und Radio Oberhausen) erstreckt sich im Wesentlichen auf die Verbreitung von Hörfunkwerbung, die Zurverfügungstellung von Sende- und Produktionstechnik für die vertraglich gebundene Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk für die Städte Mülheim an der Ruhr und Oberhausen e.V., sowie die Erstattung der durch die Veranstaltergemeinschaft verursachten Kosten. Die Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/ Oberhausen mbH & Co. KG ist nach dem Landesmediengesetz verpflichtet, die Sende- und Produktionstechnik für die Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk für die Städte Mülheim an der Ruhr und Oberhausen e.V. zur Verfügung zu stellen und die dort verursachten Kosten zu übernehmen.

Die Betriebsgesellschaft bedient sich zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben bei dem zentralen Dienstleister für den Hörfunkbereich der FUNKE MEDIENGRUPPE, der Westfunk GmbH & Co. KG. Das Kerngeschäft der Betriebsgesellschaft ist die Vermarktung von Hörfunkwerbung im lizenzierten Sendegebiet der Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk für die Städte Mülheim an der Ruhr und Oberhausen e.V., der Lokalfunkmarken „Radio Mülheim“ und „Radio Oberhausen“. Diese Aufgabe wird im Wesentlichen von der FUNKE Media Sales NRW GmbH mit deren Verkaufs- und Marketingpersonal für die Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/ Oberhausen mbH & Co. KG im Sendegebiet durchgeführt.

Die radio NRW GmbH (nachfolgend auch radio NRW) produziert und liefert täglich das Rahmenprogramm, das im Anschluss an die originär im Sender produzierten Lokalstunden auf den Frequenzen von „Radio Mülheim“ und „Radio Oberhausen“ gesendet wird. Die radio NRW GmbH lässt die Werbeminuten vor der jeweils vollen Stunde von der Radio Marketing Service GmbH, Hamburg, national vermarkten und bestreitet daraus die Produktion des Rahmenprogramms. Nach Abzug der Kosten werden, neben einer Gewinnabschöpfung durch die Gesellschafter in Höhe von 15 %, die Überschüsse nach einem Umlageschlüssel der erzielten Reichweiten der Lokalfunksender in NRW verteilt.

2. Wirtschaftsbericht

2.1. Rahmenbedingungen

Das Geschäftsjahr 2021 war erneut geprägt von den Auswirkungen der Corona-Pandemie und den daraus resultierenden wirtschaftlichen Folgen. Durch den monatelangen Lockdown zu Beginn des Jahres bis in den Mai ist die Wirtschaft im zweiten Jahr in Folge stark unter Druck geraten. Vor allem der lokale Einzelhandel, die Veranstaltungsbranche, Gastronomie und die Reisebranche wurden durch die strengen Reglementierungen wirtschaftlich in eine sehr schwierige Situation gebracht. Im Verlauf des Jahres 2021 stieg der ifo-Geschäftsklima-Index zwar von 90,5 (01/2021) auf 101,7 (06/2021) und damit wieder auf Vorkrisen-Niveau. Bis zum Jahresende ist der Index dann jedoch wieder auf 94,8 (12/2021) gesunken und zeigt damit die Unsicherheit der Wirtschaft in der Krise, mit entsprechenden Auswirkungen auf die Werbemärkte. Bei den Konsumenten war die Entwicklung analog. Der GfK-Konsumklima-Index lag im Februar 2021 bei -15,5 und verbesserte sich im Jahresverlauf fast stetig auf +1 im November. Im Dezember 2021 liegt dieser Wert dann wieder bei -1,8 und hat sich in ersten Monaten des Folgejahres erneut deutlich verschlechtert (-6,9 bzw. -6,7).

Der RMS-Werbetrend aus Dezember 2021 weist Werbeaufwendungen von insgesamt 38,4 Mrd. € aus, ein Plus von 2,3 Mrd. € bzw. 6 %. Die Werbeausgaben für die Gattung Radio verringerten sich um -0,7 % (Vergleich 2020 -2,3 %). Der Marktanteil der Gattung Radio ging von 5,4 % auf 5,0 % zurück.

2.2 Ertragslage

Die Umsatzerlöse lagen im Geschäftsjahr 2021 mit 1.454 T€ um 242 T€ deutlich unter dem Vorjahr.

Die Werbezeitenerlöse lagen im Geschäftsjahr 2021 mit 1.085 T€ in etwa auf dem Niveau des Vorjahres (1.102 T€).

Die Umsätze der radio NRW GmbH hingegen lagen im Geschäftsjahr 2021 mit 269 T€ deutlich unter Vorjahr (-230 T€). Dabei lag die Gesamtausschüttung von radio NRW annähernd auf dem Vorjahresniveau. Ursächlich hierfür sind v.a. die starken Reichweitenverluste beim Sender Radio Oberhausen. Die für die Berechnung des Senderanteils maßgebliche durchschnittliche Stundenreichweite (Mo.-Fr.) bei den 14-49-jährigen lag in der E.M.A. 2021 I für „Radio Oberhausen“ mit 5,1 % um 7,9 % unter dem Vorjahr (E.M.A 2020 I => 13%). Somit hat sich die Reichweite beim Sender Radio Oberhausen mehr als halbiert. Die durchschnittliche Stundenreichweite für „Radio Mülheim“ lag mit 3,1 % um 1,2 % unter dem Vorjahr (4,3%).

Aus der Versicherungserstattung für die Cyberattacke an die FUNKE MEDIENGRUPPE wurden bei der BG Radio Mülheim/Oberhausen anteilig außerordentliche Erträge in Höhe von 20 T€ gebucht.

Auf der Kostenseite reduzierten sich im Wesentlichen die Mieten, Pachten, Lizenzen und Gebühren um 36 T€, die Forderungsverluste um 7 T€, die EDV-Fremdleistungen um 3 T€ sowie die Aufwendungen aus Kostenumlagen und Dienstleistungen um 11 T€. Gegenläufig erhöhten sich v.a. die Reise-, Bewirtungs- und Werbekosten um 76 T€ sowie die Aufwendungen für bezogene Leistungen um 14 T€. Das Ergebnis nach Steuern verschlechterte sich v.a. umsatzbedingt um 255 T€ und liegt im Geschäftsjahr 2021 bei -360 T€.

Das Ergebnis nach Steuern lag um 82 T€ unter dem des Wirtschafts- und Stellenplans 2021 (-278 T€). Die Werbezeitenerlöse (inkl. Erlöse Internet) lagen um 137 T€ unter dem Ansatz des Wirtschafts- und Stellenplanes 2021, die Umsätze der radio NRW GmbH lagen reichweitenbedingt um 82 T€ unter Plan. Die Kosten lagen vor allem durch geringere Kosten für Technik und Internet sowie Einsparungen bei den Veranstaltergemeinschaften unter dem Planniveau.

2.3 Finanzlage

Die Gesellschaft finanziert sich über Einnahmen aus der Vermarktung von Werbezeiten und Sonderwerbeformen (inklusive Onlineangeboten). Aufgrund der Einbeziehung in das inländische Cash-Pooling der FUNKE MEDIENGRUPPE ist die Liquidität jederzeit gesichert.

2.4 Vermögenslage

Die Bilanzsumme liegt zum Jahresabschluss 2021 mit 3.175 T€ um 223 T€ unter dem Vorjahr. Auf der Passivseite erhöhten sich die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen um 57 T€ sowie die Verbindlichkeiten aus Lieferungen u. Leistungen um 28 T€. Im Gegenzug reduzierten sich Rückstellungen um 91 T€ (v.a. Rückstellungen für ausstehende Rechnungen). Auf der Aktivseite verringerten sich die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände um 366 T€. Der nicht gedeckte Verlustanteil der Kommanditisten erhöht sich im Vergleich zum Vorjahr um 160 T€.

Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme liegt bei 1,0 %. Hierbei handelt es sich um Anlagevermögen für Produktions- und Sendetechnik, Betriebs- und Geschäftsausstattung im Wert von insgesamt 29 T€.

Die Überschuldung der Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH & Co.KG in Höhe von 2.864 T€ wird durch bedingt rückzahlbare Gesellschafterdarlehen gem. § 6. Absatz 4 des Gesellschaftsvertrages, sowie einer Patronatserklärung der Zeitungsverlag Niederrhein GmbH & Co. KG abgewendet.

2.5 Gesamtaussage zum Geschäftsverlauf und zur Lage

Das Geschäftsjahr 2021 wurde mit einem negativen, unterplanmäßigen Ergebnis abgeschlossen. Diese Ergebnisentwicklung ist vor allem auf die nicht erreichten Planziele bei den Werbezeitenumsätzen sowie auf die reichweitenbedingt geringere Ausschüttung durch radio NRW zurückzuführen. Die deutlichen Umsatzverluste konnten durch diverse Kosteneinsparungen im Ergebnis abgefedert werden.

Die Werbezeitenerlöse sind in den letzten Jahren leicht rückläufig. Die Geschäftsführung erarbeitet vor allem mit den Veranstaltergemeinschaften und den FUNKE-internen Dienstleistern Konzepte und Veränderungen, um die Gesellschaft weiterhin wirtschaftlich tragfähig zu halten. Die Relevanz von Hörfunk als Werbemedium ist weiterhin gegeben. Für die Zukunft wird es wichtig sein, digitale Geschäftsfelder stetig weiterzuentwickeln und die Chancen, die sich im Verbund mit weiteren Mediengattungen, v. a. innerhalb der FUNKE MEDIENGRUPPE, aber auch innerhalb des Lokalfunksystems ergeben, zu heben.

3. Chancen und Risiken

3.1 Chancen

Der Marktanteil der Gattung „Radio“ ist im Geschäftsjahr 2021 gesunken. Dennoch gibt es keine Anzeichen, dass sich dieses in den kommenden Jahren signifikant verändern wird. Der Aus- und Aufbau digitaler Auftritte und Produkte soll weiter vorangetrieben werden, mit dem Ziel, vor allem die werberelevante Zielgruppe 14-49 Jahre zu erreichen.

Die Werbeangebote im Online Audio Bereich werden gut von den Werbetreibenden angenommen. Nach stagnierenden Umsätzen im Geschäftsjahr 2021 sollten weitere Steigerungen im Online Audio Bereich in den Folgejahren möglich sein.

In Bezug auf die Corona-Pandemie besteht die Hoffnung, dass durch die Möglichkeit von Impfungen und Testungen auch das wirtschaftliche Umfeld mit umfangreichen Lockerungen eine verbesserte Ausgangsposition erfährt als in den Jahren 2020 und 2021.

Sollte sich das gesellschaftliche Leben normalisieren und die Mehrzahl der Werbetreibenden die Krise überstehen, könnten sich die Werbeeinnahmen stabilisieren und gegenüber dem Vorjahr leicht verbessern.

3.2 Risiken

Die Gesellschaft wird durch folgende Risiken beeinflusst:

Markt- und Wettbewerbsrisiken

Der Lokalfunk steht in direkter Konkurrenz zum WDR. Die WDR-Gruppe arbeitet stetig an der Optimierung der einzelnen Programme, um über die verschiedenen Programme von 1Live bis WDR 5 möglichst viele Hörer für ihr Programm zu gewinnen. Diese Aussteuerung ist für die Sender des privaten Hörfunks in NRW nicht möglich, da es pro Verbreitungsgebiet nur eine Lizenz, und damit nur die Möglichkeit zur Ausstrahlung eines Programms, gibt. Sollten die Veränderungen beim WDR von den Hörern angenommen werden, könnten diese zu sinkenden Reichweiten führen.

Neue Audio-Angebote wie Internetradio, Podcasts und Streamingdienstanbieter erhöhen die Konkurrenzsituation. Der Verbund der Lokalfunkanbieter NRW muss die digitalen Angebote weiter verbessern und ausbauen, um auch hier eine Relevanz zu erhalten. Auf Grund der großen, auch internationalen Konkurrenz, wird dieses vor allem durch Allianzen geschehen müssen. Schon jetzt zeigt sich, dass die Werbetreibenden immer stärker einen Medienmix wählen, zudem verlagern sich einige Audio-Werbebudgets in den Online-Audio-Bereich, in dem das Umsatzpotential deutlich hinter dem klassischen UKW-Verbreitungsweg liegt.

Die Landesanstalt für Medien NRW (nachfolgend LfM NRW) hatte zum Ende des Jahres 2020 DAB+ Lizenzen in NRW ausgeschrieben. Mittlerweile sind 15 zusätzliche Programme neben den schon länger empfangbaren nationalen Angeboten und den WDR-Angeboten über DAB+ empfangbar. Die Konkurrenzsituation wird sich im Radiomarkt NRW damit erhöhen. Der Lokalfunk NRW hat sich über die radio NRW GmbH mit einem weiteren Programm, ausgerichtet auf eine junge Zielgruppe, beworben und einen Platz in der landesweiten Verbreitung mit dem Programm NOXX auch erhalten und ist seit Herbst 2021 auf Sendung. Im Jahre 2021 hat die LfM NRW darüber hinaus eine zweite landesweite UKW-Kette ausgeschrieben. 10 Bewerber haben an der Ausschreibung teilgenommen, u.a. auch wieder die radio NRW GmbH mit dem Programm mydio, aber eben auch Bewerber außerhalb NRW, z.B. Antenne Bayern mit dem Programm Antenne NRW, das auch bereits über den landesweiten DAB+-Multiplex verbreitet wird. Diese Ausschreibung ist eine ungleich höhere Bedrohung für Reichweiten und Wirtschaftlichkeit des Lokalfunks. Zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichts läuft ein Einigungsverfahren unter den Bewerbern mit dem Ziel, eine gemeinsame Gesellschaft mit einem gemeinsamen Programm zu gründen, die ab Sommer 2022 senden soll.

Risiken durch Epidemien / Pandemien

Es besteht weiterhin das Risiko, dass sich das Coronavirus auch auf weite Teile der Bevölkerung ausbreitet und es in der Folge auch zu erhöhten krankheitsbedingten Ausfällen unter den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Senders oder bei Dienstleistern der Gesellschaft führt. Z.B. können sowohl die Produktionen in unserem Sender teilweise oder komplett ausfallen als auch die Arbeitsfähigkeit der Verwaltungsbereiche signifikant eingeschränkt werden.

Wie im Jahr 2020 und 2021 bereits geschehen, drohen auch im Geschäftsjahr 2022 und den Folgejahren Umsatzeinbußen in den Werbebereichen (Werbespots), weil die Unternehmen zunächst bei ihren Werbebudgets sparen könnten. Das birgt starke Ergebnisrisiken.

Durch das gestiegene Informationsbedürfnis der Bevölkerung könnten die Hörfunkangebote stärker nachgefragt werden und dieser Sektor für Werbekunden wieder an Attraktivität gewinnen.

ITRisiken

Sowohl die Software-Programme im Verwaltungsbereich als auch die Sendesysteme der Sender sind Teil einer komplexen IT-Infrastruktur. Beim Ausfall der Sendesysteme kann das lokal produzierte Programm nicht ausgespielt werden. Längere Ausfallzeiten könnten sich negativ auf die Reichweiten auswirken.

Im Verwaltungsbereich ist z. B. für die Erzeugung und Übergabe der Werbeblöcke an die Lokalfunkstationen das Dispositionsprogramm amily im Einsatz. Sollte dieses ausfallen, oder der Übertrag von Werbelisten durch Leitungsausfälle nicht möglich sein, würde dieses zu einem wirtschaftlichen Schaden führen, da verkaufte Werbespots nicht zur Ausstrahlung kämen.

Rechtliche Risiken

Die erteilten rundfunkrechtlichen Lizenzen sind mit bestimmten Auflagen verbunden und konzentrationsrechtlichen Meldepflichten unterworfen, deren Beachtung und Befolgung wesentlich für den Bestand der Genehmigungen ist. Diese Sendelizenzen sind in Deutschland befristet erteilt. Die Lizenz wurde der Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk für die Städte Mülheim an der Ruhr und Oberhausen e.V. im Geschäftsjahr 2015 um 10 Jahre bis zum 31.08.2025 verlängert. Eine Verlängerung der Fristen wird in der Regel gewährt, jedoch ohne Garantie. Die Lizenzen und Genehmigungen beinhalten zum Teil auch Auflagen, deren Nichtbefolgung die Landesmedienanstalten auch während der Laufzeit zu einem Widerruf berechtigen

Risiken durch den Ukraine-Krieg

Nach Geschäftsjahresschluss Ende Februar 2022 begann die kriegerische Auseinandersetzung zwischen der Ukraine und Russland. Die konkreten Auswirkungen aus diesem Krieg und den daraus resultierenden Sanktionen lassen sich noch nicht verlässlich einschätzen. Es ist aber mit weiteren Preissteigerungen zu rechnen, die primär über den Energiesektor auch in andere Bereiche der Wirtschaft gelangen werden. Ob sich daraus Auswirkungen auf die Umsatzerlöse im Geschäftsfeld Hörfunk in Folge eines rückläufigen Werbemarktes ergeben, lässt sich noch nicht einschätzen. Negative Auswirkungen auf das zu erwartende Ergebnis im Geschäftsjahr 2022 sind durch mögliche steigende Kosten sowie rückläufige Werbezeitenumsätze nicht ausgeschlossen. Die entsprechenden Auswirkungen auf die Finanzlage entfalten voraussichtlich keine bestandsgefährdenden Risiken.

Gesamtrisiko

Die Geschäftsentwicklung der Gesellschaft ist seit einigen Jahren negativ. Auch für die Folgejahre erwartet die Geschäftsführung in den bestehenden Rahmenbedingungen keine signifikante Ergebnisverbesserung. Die Geschäftsführung ist mit der Veranstaltergemeinschaft in Gespräche eingestiegen, um über eine Programmreform die Reichweiten zu erhöhen. Höhere Reichweiten sind die Grundlage zur Verbesserung der Einnahmensituation. Sollte eine signifikante Reichweitenverbesserung nicht möglich sein, müssen Überlegungen zu weiteren Kostenreduzierungen, auch in Bezug auf die Programmproduktion, vorangetrieben werden.

Die Geschäftsführung beobachtet das wirtschaftliche Umfeld stetig und erarbeitet Maßnahmen, die die Entwicklung der Berichtsgesellschaft im Geschäftsjahr 2022 unterstützen. Damit soll einer negativen Entwicklung vorgebeugt und falls notwendig, entgegengetreten werden.

Die Gesellschaft und der Sender sind wichtiger Bestandteil der Hörfunkbeteiligungen der FUNKE MEDIENGRUPPE. Eine lückenlose Verbreitung im Vermarktungsgebiet Ruhrgebiet und Umland ist für alle Sender der FUNKE MEDIENGRUPPE ein wichtiger Faktor. Um den Fortbestand der Berichtsgesellschaft dauerhaft zu sichern, ist, neben der eigenen positiven Entwicklung, vor allem eine positive Geschäftsentwicklung der gesamten Hörfunkbeteiligungen der FUNKE MEDIENGRUPPE entscheidend. Im Geschäftsjahr 2021 konnten die Hörfunkbeteiligungen der FUNKE MEDIENGRUPPE ein positives Ergebnis erzielen.

Risikomanagement

Die Geschäftsführung verfügt über ein implementiertes Risikomanagement. Durch geeignete Planungs-, Reporting- und Controlling-Systeme kann die Betriebsgesellschaft eine Risikobewertung vornehmen und die Gesellschaft entsprechend steuern. Die Geschäftsführung hat damit die Möglichkeit, Risiken zu erkennen, abzuwenden und zu minimieren.

4. Prognosebericht

Im Wirtschafts- und Stellenplan der Gesellschaft wurden für das Geschäftsjahr 2022 Werbezeitenumsätze (inkl. Erlöse Internet) über dem Vorjahresniveau eingestellt (+182 T€). Dies setzt jedoch voraus, dass sich die Einschränkungen durch die Corona-Pandemie im Laufe des Jahres 2022 weiter aufheben werden und die lokalen Umsätze dann wieder ansteigen. Die Ausschüttung über radio NRW wurden in der Planung um 57 T€ über Vorjahr angesetzt. Dies resultiert im Wesentlichen aus einer höher geplanten Reichweite für 2022. Die neuen Vermarktungsmöglichkeiten im Online-Audio-Bereich sollen verstärkt genutzt werden. Um für die Zukunft besser aufgestellt zu sein, bedarf es allerdings vor allem technischer Investitionen in die IT-Infrastruktur und der digitalen Auftritte des Senders.

Weitere finanzielle Unterstützungen durch die LfM NRW oder dem Bund wurden nicht eingeplant.

Das Kostenniveau der Gesellschaft wird unter anderem auf Grund von höher geplanten Marketingausgaben, nicht mehr geplanter kostenmindernder Provisionserlöse (Radio Ennepe) sowie dem Wegfall von kostenmindernden Sondereffekten über dem Vorjahreswert liegen.

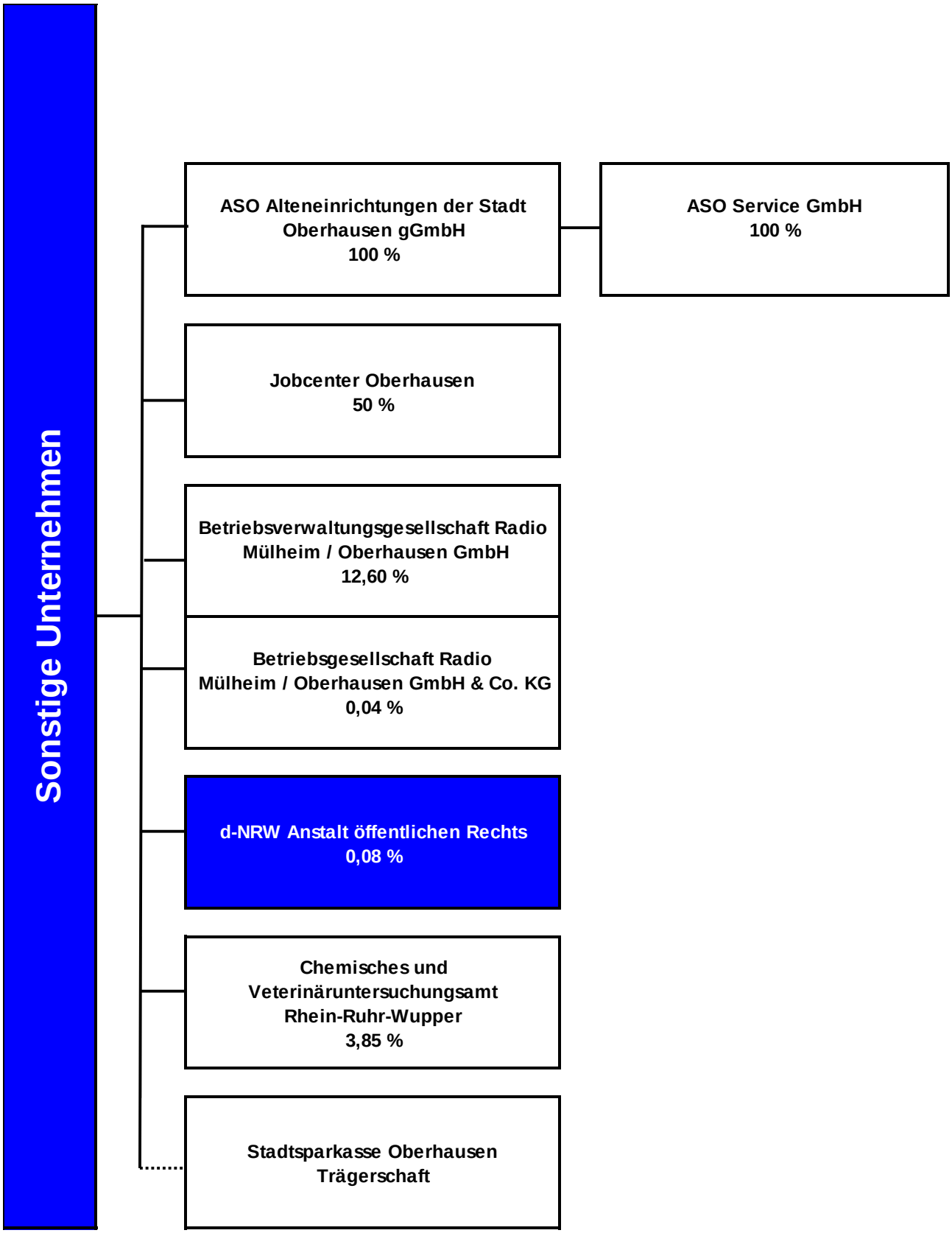
Die Reichweiten des Senders „Radio Mülheim“ und „Radio Oberhausen“ weisen in der E.M.A. 2022 I in der Zielgruppe 14-49 (Mo-Fr.) eine durchschnittliche Stundenreichweite von 6,7 % aus (Planung 2022: 5,6 %) aus. Die Reichweiten liegen damit über dem Niveau der Werte, welche für den Wirtschafts- und Stellenplan berücksichtigt wurden. Die Betriebsgesellschaft wird die Veranstaltergemeinschaft, soweit möglich, unterstützen, um die Reichweiten zu halten oder zu verbessern.

Für das Geschäftsjahr 2022 wurde im Wirtschafts- und Stellenplan ein negatives Ergebnis nach Steuern in Höhe von -226 T€ eingestellt. Da die Reichweiten über dem Planansatz liegen, sind insbesondere bei den Umsätzen seitens der radio NRW GmbH höhere Einnahmen zu erwarten. Somit prognostiziert die Geschäftsführung nach jetzigem Stand ein Ergebnis nach Steuern in Höhe von ca. -170 T€.

Essen, 29. April.2022

Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH & Co. KG

Axel Schindler
Geschäftsführer


Sonstige Unternehmen
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH
100 %
ASO Service GmbH
100 %
Jobcenter Oberhausen
50 %
Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH
12,60 %
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH & Co. KG
0,04 %
d-NRW Anstalt öffentlichen Rechts
0,08 %
Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper
3,85 %
Stadtsparkasse Oberhausen
Trägerschaft

d-NRW Anstalt öffentlichen Rechts

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Rheinische Str. 1
44137 Dortmund

Kontakt:

Telefon 0231/222438-10

Fax 0231/222438-11

e-Mail info@d-nrw.de

Rechtsform: Anstalt des öffentlichen Rechts

Stammkapital in T€: 1.281,00

Gesellschafter:

	T€	%
div. Gebietskörperschaften des Landes NRW	278,00	21,70
Land NRW	1.000,00	78,06
Landschaftsverband Westfalen-Lippe	1,00	0,08
LVR Landschaftsverband Rheinland	1,00	0,08
Stadt Oberhausen	1,00	0,08

Gegenstand des Unternehmens:

Unterstützung ihrer Träger und, soweit ohne Beeinträchtigung ihrer Aufgaben möglich, andere öffentliche Stellen beim Einsatz von Informationstechnik in der öffentlichen Verwaltung. Informationstechnische Leistungen, die der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben dienen, erbringt d-NRW AöR insbesondere im Rahmen von staatlich-kommunalen Kooperationsprojekten. Außerdem unterstützt die Anstalt den IT-Kooperationsrat bei der Erfüllung seiner Aufgaben nach § 21 EGovG NRW.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2021)

Geschäftsführung:	Vorsitzender	Dr. Lienenkamp, Roger
	stellv. Vorsitzender	Both, Markus
Verwaltungsrat:	Mitglied	Jägers, Diane
	Mitglied	Dr. Kuhn, Marco
	Mitglied	Dr. Oberheim, Heinz
	Mitglied	Dreyer, Simone
	Mitglied	Dr. Hagen, Helma
	Mitglied	Hamacher, Lee
	Mitglied	Kopietz, Sebastian
	Mitglied	Zillikens, Harald
	Mitglied	Jestaedt, Katharina
	Mitglied	Meyer-Falcke, Andreas
	Mitglied	Brügge, Dirk
	Mitglied	Wohland, Andreas

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2019		2020		2021		Veränder-ungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	77,79	0,5	77,43	0,6	75,85	0,4	-1,58	-2,04
Umlaufvermögen	14.281,44	99,5	12.935,05	99,4	20.520,08	99,6	7.585,03	58,64
Rechnungsabgrenzungsposten	1,13	0,0	4,00	0,0	5,09	0,0	1,09	27,25
Bilanzsumme	**14.360,36**	**100,00**	**13.016,47**	**100,00**	**20.601,02**	**100,00**	**7.584,55**	**58,27**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	2.766,75	19,3	2.799,75	21,5	2.809,75	13,6	10,00	0,36
Rückstellungen	1.274,40	8,9	1.883,66	14,5	3.339,66	16,2	1.456,00	77,30
Verbindlichkeiten	10.319,20	71,9	8.333,06	64,0	14.451,61	70,1	6.118,55	73,43
Bilanzsumme	**14.360,36**	**100,00**	**13.016,47**	**100,00**	**20.601,02**	**100,00**	**7.584,55**	**58,27**

bb) GuV

	2019	2020	2021
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	10.779,09	28.061,53	51.001,54
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-41,90		
sonstige betriebliche Erträge	19,73	22,95	344,20
Materialaufwand	6.812,70	24.774,86	47.342,14
Personalaufwand	1.749,93	2.343,27	3.312,70
Abschreibungen	34,57	55,21	39,78
sonstige betriebliche Aufwendungen	453,70	736,47	636,77
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	18,13	31,17	31,33
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.687,90	143,50	-16,97
sonstige Steuern	1.687,90	143,50	-16,97
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	0,00	0,00	0,00
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,00	0,00	0,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2021	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Cash-Flow:	34,57	55,21	39,78	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	325,97	653,13	828,16	T€
Personalaufwandsquote:	16,27	8,34	6,45	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2021	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,52	0,58	0,33	%
Eigenkapitalquote:	19,27	21,51	13,64	%
Fremdkapitalquote:	80,73	78,49	86,36	%

e) Lagebericht

I. Grundlagen des Unternehmens

Geschäftsmodell des Unternehmens

Die d-NRW AöR ist auf der Grundlage des Gesetzes vom 25.10.2016 über die Errichtung einer Anstalt öffentlichen Rechts „d-NRW AöR“, das am 05.11.2016 in Kraft getreten ist – geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 23.01.2018 (GV. NRW. S. 90), in Kraft getreten am 02.02.2018, durch Artikel 3 des Gesetzes vom 30.06.2020 (GV. NRW. S. 644), in Kraft getreten am 14.07.2020 und durch Artikel 5 des Gesetzes vom 01.02.2022 (GV. NRW. S. 122), in Kraft getreten am 19.02.2022 – seit dem Jahreswechsel 2016/2017 als Rechtsnachfolgerin der d-NRW Besitz-GmbH & Co. KG und der d-NRW Besitz-GmbH Verwaltungsgesellschaft tätig.

Die d-NRW AöR unterstützt Ihre Träger und andere öffentliche Stellen beim Einsatz von Informationstechnik in der öffentlichen Verwaltung. d-NRW entwickelt und betreibt für die öffentlichen Gesellschafter verwaltungsübergreifende E-Government-Lösungen. Ziele sind die Förderung der kommunal-staatlichen und interkommunalen Zusammenarbeit sowie der Aufbau von modernen, flächendeckenden und wirtschaftlichen E-Government-Komponenten. Überdies unterstützt die Anstalt den IT-Kooperationsrat bei der Erfüllung seiner Aufgaben nach § 21 des nordrhein-westfälischen E-Government-Gesetzes.

Träger der d-NRW AöR sind mit Stand vom 31.12.2021 das Land Nordrhein-Westfalen sowie 283 nordrhein-westfälische Kommunen (Städte, Gemeinden, Kreise inkl. der Städteregion Aachen und die beiden Landschaftsverbände).

II. Geschäftsverlauf

a) Entwicklung von Branche und Gesamtwirtschaft

Die deutsche Gesamtwirtschaft ist gegenüber dem Vorjahr, das aufgrund Corona-Pandemie durch eine schwere Rezession gekennzeichnet war, in 2021 um 2,7 % gewachsen. Davon profitiert hat auch die IT-Branche, die ohnehin vergleichsweise gut durch die Krise gekommen ist. Die Pandemie hat auch im weiteren Verlauf dazu beigetragen, die großen Chancen und Potentiale der Digitalisierung noch intensiver zu erschließen und die digitale Transformation weiter zu beschleunigen. Die Digitalisierung der Verwaltung bildete im Zusammenhang mit dem digitalen Wandel von Gesellschaft und Wirtschaft die Grundlage für weiterhin gute Umsätze.

b) Produktentwicklung

Bei der Produktentwicklung standen die Zusammenarbeit von Land und Kommunen im Bereich des Serviceportals.NRW, die Weiterentwicklung des Wirtschafts-Service-Portals.NRW, die Umsetzung verschiedener „nrwGOV-Projekte“, das öffentliche Auftragswesen inklusive der Umsetzung der E-Rechnung, die IT-Unterstützung für die Abwicklung des Förderprogrammcontrollings verschiedener Ressorts, die Aufträge für den Ausbau von IT-Lösungen für den Bereich Kinder und Jugend im Geschäftsbereich des MKFFI, die Weiterentwicklung der Online-Sicherheitsprüfung (OSiP), diverse Entwicklungen im Bereich der PfAD-Projekte, der Landesredaktion FIM und Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Onlinezugangsgesetz (OZG) im Vordergrund.

c) Absatz- Beschaffungspolitik

Wesentliche Vertragspartner auf der Beschaffungsseite waren die BMS Consulting GmbH, Düsseldorf, die Capgemini Deutschland GmbH, Ratingen, die Cassini Consulting AG, Düsseldorf, die cosinex GmbH, Bochum, die Deloitte Consulting GmbH, Düsseldorf, die Detecon International GmbH, Köln, die flowconcept Agentur für Kommunikation GmbH, Oberhaching, die Materna Information & Communications SE, Dortmund, die Nortal AG, Berlin, die publicplan GmbH, Düsseldorf, die T-Systems International GmbH, Düsseldorf, sowie das Kommunale Rechenzentrum Niederrhein, Kamp-Lintfort, und das Kommunale Rechenzentrum Minden-Ravensberg/Lippe, Lemgo. Wesentliche Vertragspartner auf der Absatzseite waren das Land Nordrhein-Westfalen und die Kommunen in NRW.

d) Produktion

Die Produktion erfolgte unmittelbar durch die unter lit. c) genannten Projektpartner auf Beschaffungsseite.

e) Investitionen

Die Anstalt hat im Jahr 2021 keine nennenswerten Investitionsmaßnahmen ergriffen.

f) Finanzierung

Die Finanzierung der Anstalt erfolgte im Geschäftsjahr 2021 vollständig durch die Kostenerstattung aus Aufträgen.

g) Personal

Die Anstalt hat im Jahr 2021 im Durchschnitt 62 Mitarbeiter:innen beschäftigt. Kennzeichnend war – wie bereits in den Vorjahren – die Aufstockung der Personalressourcen infolge von neuen Aufgaben und zunehmenden Projektaufträgen.

h) Umwelt

Umweltrisiken und umweltrechtliche Auflagen oder Anforderungen bestehen nicht. Umweltschutzmaßnahmen wurden infolgedessen nicht durchgeführt.

i) Wichtige Ereignisse im Geschäftsjahr

Der Verwaltungsrat hat – korrespondierend zu der am 13.11.2020 beschlossenen Durchführung einer europaweiten Ausschreibung zur Gewinnung von externen Dienstleisterkapazitäten zur Umsetzung des Online Zugangsgesetzes (OZG) unter Berücksichtigung des zu erwartenden Auftragsvolumens des Konjunkturpaketes des Bundes mit einer Obergrenze von bis zu 200 Mio. € und einer Laufzeit von 4 Jahren – im Berichtsjahr der Zuschlagserteilung über einen Rahmenvertrag zur Erbringung von Entwicklungs- und Unterstützungsleistungen mit insgesamt 34 Bietern, die sich auf 6 Lose verteilen, zugestimmt. Überdies hat der Verwaltungsrat der Durchführung von sog. Miniwettbewerben zur Ermittlung des konkreten Partners für die Umsetzung der jeweiligen Bedarfe der Landesverwaltung NRW zugestimmt.

Mit dem Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der medienbruchfreien Digitalisierung (Landtag NRW, Drucksache 17/15478) ist gemäß Artikel 5 im Berichtsjahr eine Änderung des Errichtungsgesetzes der d-NRW AöR auf den Weg gebracht worden, die maßgeblich vorsieht, dass der Anstalt durch Rechtsverordnung strategisch bedeutsame Digitalisierungsaufgaben der Landesverwaltung zur ausschließlichen Wahrnehmung übertragen werden können. Auf der Grundlage dieses Gesetzes, das am 19.02.2022 in Kraft getreten ist, ist zu erwarten, dass die Rolle der weiterhin im Wachstum befindlichen Anstalt durch Aufgabenübertragungen zusätzlich gestärkt werden wird.

Die Umsatzsteuersonderprüfung der d-NRW AöR ist mit Bericht der zuständigen Finanzbehörde vom 04.10.2021 für abgeschlossen erklärt worden. Basierend auf den Feststellungen des Abschlussberichts konnten die Umsatzsteuerjahreserklärungen für die Jahre 2017 bis 2020 abgegeben und die sich ergebenden Nachforderungen in Höhe von insgesamt 2.041 T€ ausgeglichen werden. Sonstige Forderungen im Zusammenhang mit der Umsatzsteuernachzahlung bestehen nicht. Im Übrigen hat das Finanzamt für Groß- und Konzernprüfung Dortmund im Dezember 2021 angekündigt, dass die Betriebsprüfung der d-NRW AöR als ergebnislos abgeschlossen wird. Die entsprechende schriftliche Mitteilung der Finanzbehörde erfolgte mit Datum vom 01.02.2022. Steuerliche Unwägbarkeiten zur ertragssteuerlichen Beurteilung des Umwandlungsprozesses zur d-NRW AöR sind damit ausgeräumt.

III. Lage des Unternehmens

Die d-NRW AöR konnte im Jahr 2021 Umsatzerlöse in Höhe von T€ 51.002 verzeichnen. Gegenüber dem Vorjahr (T€ 28.062) ergibt sich mithin eine signifikante Steigerung der Umsatzerlöse.

a) Vermögenslage

Die Anstalt hat Vermögen in erster Linie durch Erlöse aus Projektaufträgen für Softwarelösungen aufgebaut. Durch die Umwandlung von der privatrechtlichen in eine öffentlich-rechtliche Organisationsform greift seit dem Jahr 2017 das Kostenerstattungsprinzip.

Wesentliche Bilanzposten	**31.12.2020**	**31.12.2021**	**Veränderung**
Aktiva	**T€**	**T€**	**T€**
Anlagevermögen	77	76	-1
Umlaufvermögen	12.935	20.520	+7.585
Rechnungsabgrenzung	4	5	+1
Passiva			
Eigenkapital	2.800	2.810	+10
Fremdkapital	10.216	17.791	+7.575
Bilanzsumme	**13.016**	**20.601**	**+7.585**

Im Vergleich zum 31.12.2020 hat sich das Umlaufvermögen um +T€ 7.585 erhöht. Grund dafür sind bei einer Verringerung der bereits geleisteten Anzahlungen (-T€ 460) vor allem zusätzliche Geldmittel (+T€ 3.160), erhöhte Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (+T€ 4.007.) sowie eine Zunahme bei den sonstigen Vermögensgegenständen (+T€ 878).

Auf der Passivseite ist das Eigenkapital leicht erhöht (+T€ 10) und das Fremdkapital um +T€ 7.575 gestiegen. Beim Fremdkapital sind vor allem die „Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen“ (+T€ 8.575) gewachsen. Demgegenüber sind die „erhaltenen Anzahlungen auf Bestellungen“ (-T€ 680) sowie die „sonstigen Verbindlichkeiten“ (-T€ 1.777), die sich Vorjahr im Wesentlichen aus der Umsatzsteuerpflichtigkeit ergeben hatten, im Vergleich zum 31.12.2020 verändert. Die „Rückstellungen“ sind gegenüber dem Vorjahr erhöht (+T€ 1.456). Maßgeblich sind insoweit vor allem die Einstellungen in die Rückstellungen für Ausgleichsverpflichtungen (+T€ 1.423), für „sonstige Rückstellungen“ (+T€ 264) und Rückstellungen für Gewährleistungen (+T€ 73). Aufgelöst werden konnten im Berichtsjahr demgegenüber die „Rückstellungen für Kulanzgewährung“ (-T€ 310).

b) Finanzlage

Die Finanzlage der Anstalt ist in 2021 zufriedenstellend gewesen. Finanzierungsquellen waren Aufträge aus dem Kreis der Anstaltsträger. Die Anstalt hat über eine ausreichende Liquidität verfügt.

Die Eigenkapitalquote hat sich im Vergleich zum Vorjahr wegen der höheren Bilanzsumme (+T€ 7.585), insbesondere aufgrund von erhöhten Geldmitteln (+T€ 3.160) sowie von erhöhten Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (+T€ 4.007), auf 13,6 % (31.12.2020: 21,5 %) verringert.

Der Finanzmittelbestand (Bankguthaben, Kassenbestand) beträgt T€ 10.347 (31.12.2020: T€ 7.187). Die Liquidität 2. Grades beträgt 101,9 % (Vorjahr: 98,7 %).

c) Ertragslage

Die Ertragslage hat im Wirtschaftsjahr 2021 in engem Zusammenhang mit dem Geschäftsbetrieb in den Produktbereichen Online Zugangsgesetz, Wirtschafts-Service-Portal, Öffentliches Auftragswesen, E-Rechnung, nrwGOV, Förderprogrammcontrolling, Landesredaktion FIM, Serviceportal NRW, Digitales Archiv, Online Sicherheitsprüfung, PfAD, Meldeportal und KiBiz.web sowie den Beratungsleistungen im Bereich der Landesverwaltung gestanden. Diese Bereiche haben sich positiv entwickelt.

	2020	**2021**	**+/- Vj.**
	T€	**T€**	**T€**
Betriebserträge	28.084	51.345	+23.261
Betriebsaufwendungen	-28.053	-51.314	+23.261
Finanzergebnis	-31	-31	-0
Jahresgebnis	0	0	0

Für das Geschäftsjahr 2021 wird ein Jahresergebnis von T€ 0 ausgewiesen. Nach § 11 Abs. 2 Errichtungsgesetz d-NRW AöR erhebt die Anstalt für ihre Leistungen kostendeckende Entgelte. Die Erzielung von Gewinn ist nicht Zweck der Anstalt.

Für den Fall von Kostenüberdeckungen ist grundsätzlich von einer Ausgleichsverpflichtung auszugehen. Dieser Ausgleichsverpflichtung ist zunächst – soweit möglich – auftragsindividuell nachzukommen. Sofern dies nicht möglich ist, resultiert aus § 11 Abs. 2 Errichtungsgesetz d-NRW AöR die grundsätzliche Verpflichtung, in einem Geschäftsjahr insgesamt entstehende Kostenüber- oder -unterdeckungen bei der Entgeltgestaltung zukünftiger Geschäftsjahre entgeltmindernd (Kostenüberschreitung) bzw. entgelterhöhend (Kostenunterdeckung) zu berücksichtigen.
Die **Umsatzerlöse** setzen sich wie folgt zusammen:

	2020	**2021**	**+/- Vj.**
	T€	**T€**	**T€**
Projekterlöse	21.273	22.604	+1.331
Dienstleistungen .	7.715	29.819	+22.104
übrige Umsatzerlöse	0	1	+1
	28.988	52.424	+23.436
Aufwand/Ertrag aus Ausgleichsverpflichtung	-624	-1.423	-799
Erlösschmälerungen wegen Korrektur Umsatzsteuer 2017 - 2019	-302	-0	+302
	28.062	51.001	+22.939

Die Materialaufwendungen betreffen im Wesentlichen Leistungen von Subunternehmern für Programmierleistungen. Die Fremdleistungen sind um +T€ 22.567 auf T€ 47.342 gestiegen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen T€ 637 (Vorjahr: T€ 736) betreffen vor allem die allgemeinen Kosten im Zusammenhang mit dem Dienstbetrieb der weiterhin stark im Wachstum befindlichen Anstalt – z.B. Telefonkosten T€ 21 (Vorjahr: T€ 11), Raummiete T€ 185 (Vorjahr: T€ 185), Fortbildungskosten T€ 62 (Vorjahr: T€ 22), Rechts- und Beratungskosten T€ 52 (Vorjahr: T€ 74), Arbeitssicherheit/-medizin T€ 11 (Vorjahr: T€ 3), Abschluss- und Prüfungskosten T€ 22 (Vorjahr: T€ 25), Buchführungskosten T€ 25 (Vorjahr: T€ 28 sowie Aufwand für Gewährleistungen T€ 73 (Vorjahr: T€ 74).

Bei den Zinsaufwendungen T€ 31 (Vorjahr: T€ 31) – ausgewiesen im Finanzergebnis – handelt es sich um Verwahrgeld.

IV. Wesentliche Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

a) Chancen

Hinsichtlich der Umsatz- und Auftragsentwicklung ist die durch die Rechtsformänderung zur AöR die noch engere Bindung an das Land NRW sowie die größere Nähe zu den kommunalen Trägern nebst der zugehörigen IT-Dienstleister erneut besonders hervorzuheben. Eine wesentliche Chance der Anstalt liegt damit in ihrer Verankerung im kommunal-staatlichen Umfeld. An der Schnittstelle von Land und Kommunen kann die d-NRW AöR öffentliche Aufgaben im Bereich der kommunal-staatlichen Zusammenarbeit übernehmen und hierfür Aufträge sowohl von Landesseite als auch von kommunaler Seite erwarten. Exemplarisch ist insoweit die neue Rolle der Anstalt als sog. „Kommunalvertreter.NRW“. Die d-NRW AöR ist damit die zentrale Anlaufstelle der Kommunen für nachnutzbare Online-Dienste im Rahmen des Onlinezugangsgesetzes (OZG) und sorgt für die rechtliche und organisatorische Abwicklung des Leistungsaustausches. Weitere Chancen, sich im verwaltungsübergreifenden Umfeld zukünftig noch stärker zu etablieren, werden sich voraussichtlich durch die mit der Änderung des Errichtungsgesetzes verbundenen Möglichkeit, der Anstalt strategische Digitalisierungsaufgaben exklusiv per Rechtsverordnung zu übertragen, ergeben. Damit wird sich die d-NRW AöR noch stärker in die digitale Transformation einbringen können.

b) Risiken

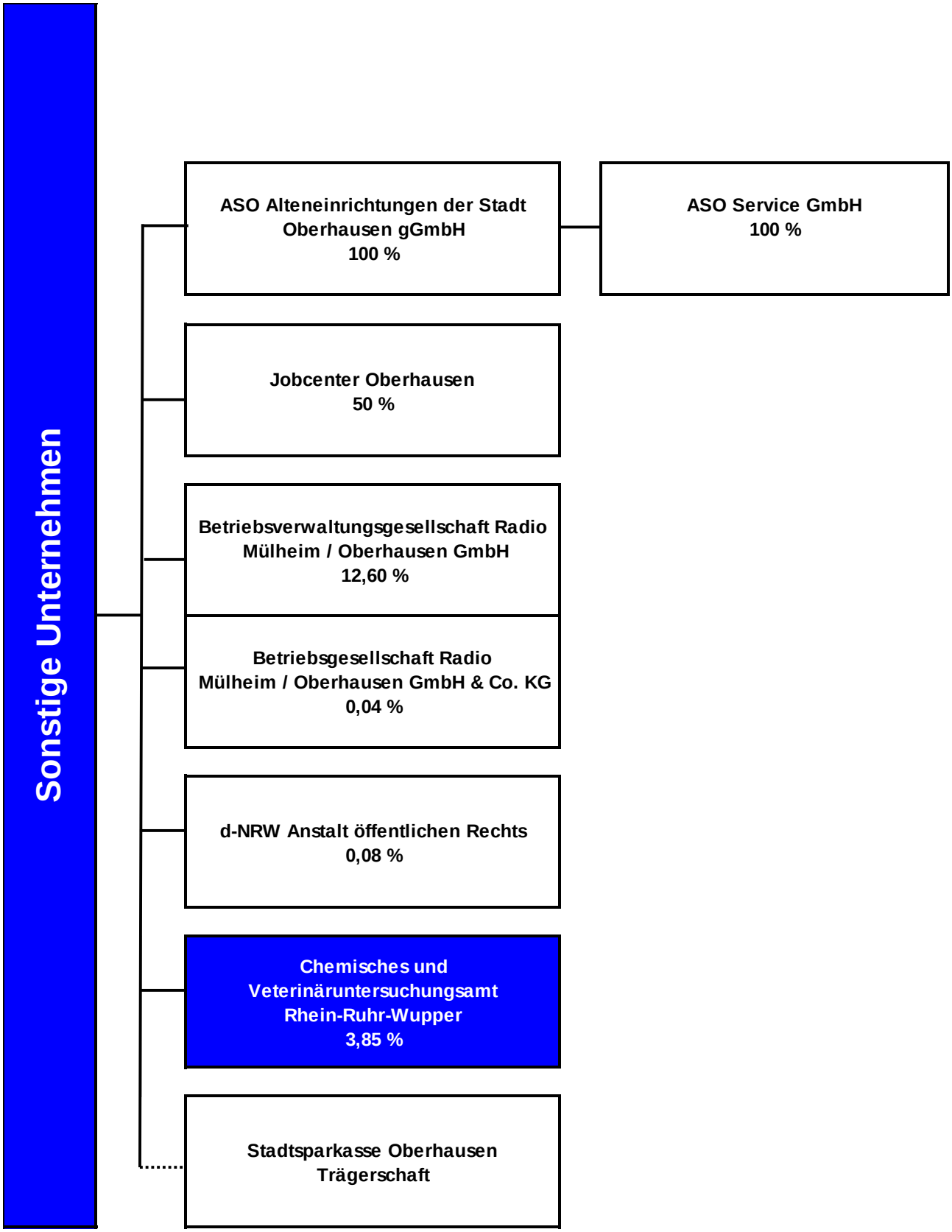
Unwägbarkeiten ergeben sich im Geschäftsbetrieb der Anstalt weiterhin dadurch, dass in der neuen Rechtsform für Leistungen kostendeckende Entgelte zu erheben sind, d. h. die Erzielung von Gewinn nicht Zweck der Anstalt ist. Insoweit wurde, wie mit der Aufsichtsbehörde vereinbart, eine Rückstellung für Ausgleichsverpflichtungen aufgrund von Kostenüberdeckungen gebildet.

Grundsatzentscheidungen zum E-Government auf Bundes- und Landesebene können die Entwicklungsperspektiven beeinträchtigen, wenn damit erhebliche Verzögerungen für Auftragserteilungen einhergehen. Perspektive Unwägbarkeiten können zudem durch die nordrhein-westfälischen Landtagswahlen im Mai 2022 entstehen, deren Ausgang auch für die weitere Digitalisierung der Verwaltung in NRW bedeutsam sein wird.

Dortmund, 31. März.2022

d-NRW AöR

Dr. Roger Lienenkamp
Geschäftsführer


Sonstige Unternehmen
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH
100 %
ASO Service GmbH
100 %
Jobcenter Oberhausen
50 %
Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH
12,60 %
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH & Co. KG
0,04 %
d-NRW Anstalt öffentlichen Rechts
0,08 %
Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper
3,85 %
Stadtsparkasse Oberhausen
Trägerschaft

CVUA-RRW Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Deutscher Ring 100
47798 Krefeld

Kontakt:

Telefon	02151/849-0
Fax	02151/849-4042
e-Mail	poststelle@cvua-rrw.de
Internet	www.cvua-rrw.de

Rechtsform: Anstalt des öffentlichen Rechts

Stammkapital in T€: 390,00

Gesellschafter:

	T€	%
Kreis Mettmann	15,00	3,85
Kreis Wesel	15,00	3,85
Land NRW	195,00	50,00
Stadt Duisburg	15,00	3,85
Stadt Düsseldorf	15,00	3,85
Stadt Essen	15,00	3,85
Stadt Krefeld	15,00	3,85
Stadt Mülheim	15,00	3,85
Stadt Oberhausen	15,00	3,85
Stadt Remscheid	15,00	3,85
Stadt Solingen	15,00	3,85
Stadt Wuppertal	15,00	3,85
Kreis Kleve	15,00	3,85
Kreis Viersen	15,00	3,85

Gegenstand des Unternehmens:
Die Untersuchungsanstalt führt für das Land und für die Kommunen nach Maßgabe der gesetzlichen Regelungen Probenahmen mit Ausnahme der Probenahmen, die von den Kreisordnungsbehörden durchgeführt werden, Untersuchungen und Kontrollen auf dem Gebiet des Lebensmittel- und Futtermittelrechts, der Tierseuchenbekämpfung, der Tiergesundheit und des Tierschutzes durch.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2021)

Vorstand:	Vorsitzende	Dr. Stappen, Martha

Verwaltungsrat:	Vorsitzende	Dr. Krüger, Christiane
	stellv. Vorsitzender	Berensmeier, Ralf
	Mitglied gem. § 113 GO	Ohletz, Horst
	Mitglied	Lauxen, Sabine
	Mitglied	Raskob, Simone
	Mitglied	Dr. Steinfort, Frank
	Mitglied	Nocke, Matthias
	Mitglied	Dr. Delschen, Thomas
	Mitglied	Reul-Nocke, Barbara
	Mitglied	Welzel, Jan
	Mitglied	Hanheide, Nils
	Mitglied	Stulgies, Helga
	Mitglied	Dr. Rauscher, Lutz
	Mitglied	Heil, Thomas

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2019		2020		2021		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	14.584,62	35,4	22.085,96	45,2	26.573,15	48,7	4.487,19	20,32
Umlaufvermögen	26.404,66	64,1	26.574,55	54,4	27.072,82	49,6	498,27	1,87
Rechnungsabgrenzungsposten	179,55	0,4	174,54	0,4	907,81	1,7	733,27	420,12
Bilanzsumme	**41.168,83**	**100,00**	**48.835,05**	**100,00**	**54.553,78**	**100,00**	**5.718,73**	**11,71**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	5.039,92	12,2	6.341,81	13,0	8.092,57	14,8	1.750,76	27,61
Rückstellungen	33.991,83	82,6	39.846,10	81,6	43.928,71	80,5	4.082,61	10,25
Verbindlichkeiten	1.769,71	4,3	2.223,12	4,6	2.147,24	3,9	-75,88	-3,41
Rechnungsabgrenzungsposten	367,37	0,9	424,02	0,9	385,25	0,7	-38,77	-9,14
Bilanzsumme	**41.168,83**	**100,00**	**48.835,05**	**100,00**	**54.553,78**	**100,00**	**5.718,73**	**11,71**

bb) GuV

	2019	2020	2021
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	19.771,20	27.792,07	28.388,67
sonstige betriebliche Erträge	24,18	27,33	21,02
Materialaufwand	6.578,42	8.729,34	8.027,82
Personalaufwand	7.330,07	8.929,14	9.306,60
Abschreibungen	1.267,70	1.485,35	1.471,15
sonstige betriebliche Aufwendungen	4.241,62	5.645,92	5.776,68
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.809,09	1.604,53	1.697,61
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3.412,58	3.392,30	3.714,29
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-1.225,92	1.241,89	1.810,76
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	-1.225,92	1.241,89	1.810,76
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-1.225,92	1.241,89	1.810,76

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2021	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-6,20	4,47	6,38	%
Eigenkapitalrentabilität:	-19,57	24,35	28,83	%
Cash-Flow:	41,78	2.727,24	3.281,91	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	149,96	178,04	174,56	T€
Personalaufwandsquote:	37,03	32,10	32,76	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2021	Angaben in
Sachanlagenintensität:	14,23	12,51	10,97	%
Eigenkapitalquote:	12,24	12,99	14,83	%
Fremdkapitalquote:	87,76	87,01	85,17	%

e) Lagebericht

1. Überblick

1.1 Rechtlicher Rahmen

Basierend auf dem Gesetz zur Bildung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes (IUAG NRW) wurden in ganz NRW integrierte Untersuchungsämter (CVUÄ) gebildet. Mit der Verordnung zur Errichtung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes vom 13.11.2008 hat das damalige Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (MUNLV) zum 01.01.2009 das Chemische und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW), Krefeld, als Anstalt des öffentlichen Rechts errichtet.

Träger der Anstalt waren im Berichtsjahr neben dem Land Nordrhein-Westfalen die Städte Duisburg, Düsseldorf, Essen, Krefeld, Mülheim an der Ruhr, Oberhausen, Remscheid, Solingen, Wuppertal sowie die Kreise Kleve, Mettmann, Viersen und Wesel. Jede dieser Trägerkommunen hat im Verwaltungsrat, dem höchsten Organ der Anstalt, einen Sitz und ist mit einer Stimme vertreten; das Land NRW hat zwei Sitze und ist mit der gleichen Anzahl aus der Summe der kommunalen Stimmen, also mit dreizehn Stimmen, vertreten.

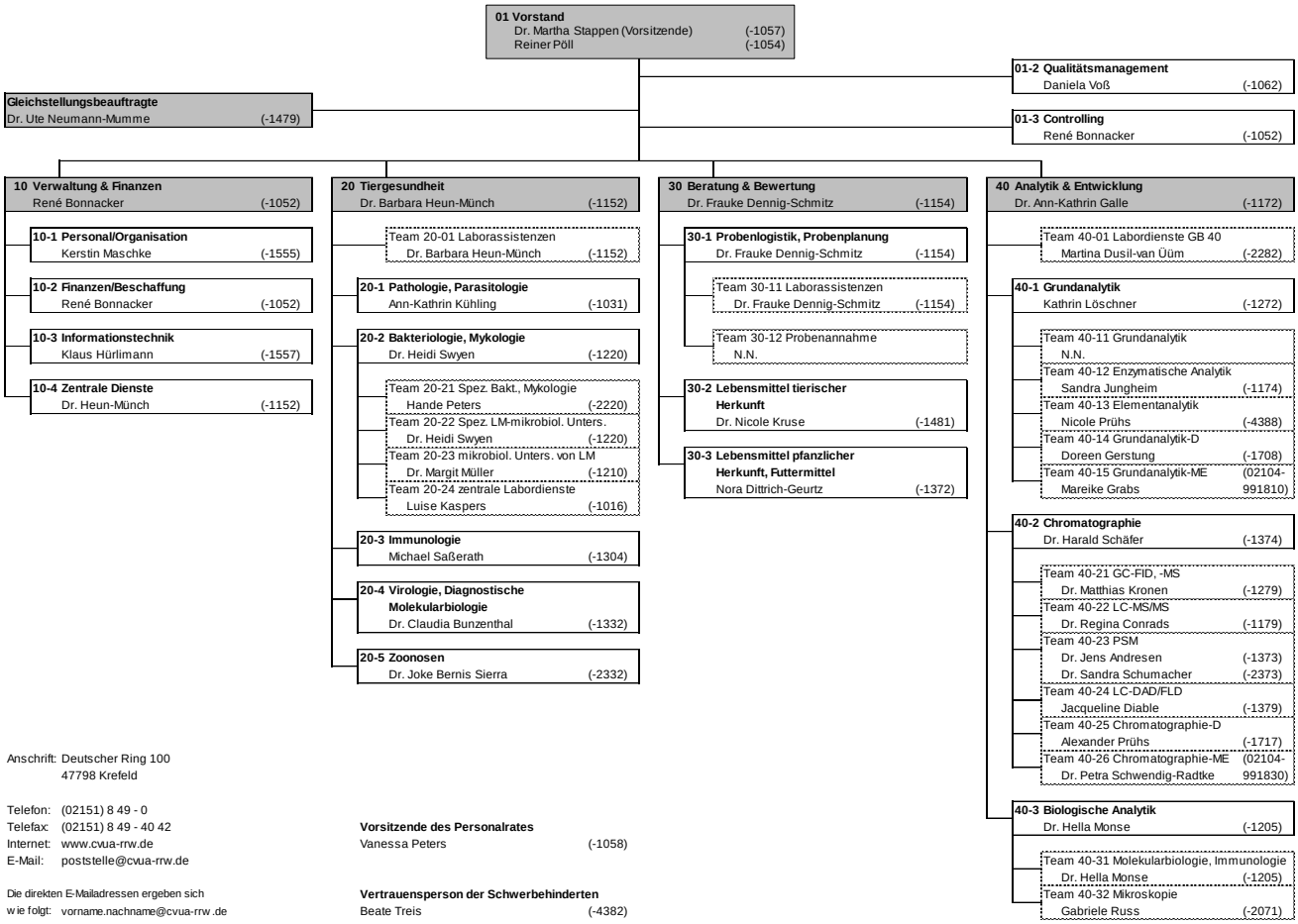
1.2 Organisation

Nach § 6 IUAG NRW sind der Verwaltungsrat und der Vorstand Organe der Untersuchungsanstalt. Der Vorstand leitet das Untersuchungsamt gemäß § 11 IUAG NRW in eigener Verantwortung, soweit nicht gesetzlich oder durch die Satzung der Anstalt etwas anderes bestimmt ist. Der Vorstand vertritt das CVUA-RRW gerichtlich und außergerichtlich und stellt somit das geschäftsführende Organ der Organisation dar. Da der Vorstandsvorsitzende, Herr Dr. Horn, mit Ablauf des 31.12.2020 in den Ruhestand und das weitere Vorstandsmitglied, Herr Pöll, zum 16.11.2021 in die passive Phase seiner Altersteilzeit trat, hatte der Verwaltungsrat in seiner Sitzung am 27.06.2018 beschlossen, den Vorstand befristet bis zum 31.12.2020 um ein weiteres Vorstandsmitglied zu erweitern.

Im Berichtsjahr waren folgende Mitglieder im Vorstand (Ein Wechsel im Vorsitz erfolgte zum 1. Januar 2021):

Vorstandsvorsitzende: Frau Dr. Martha Stappen
Vorstandsmitglied: Herr Reiner Pöll

Das CVUA-RRW gliedert sich in vier Geschäftsbereiche, die jeweils in Fachgebiete unterteilt sind. Die Organisation im Berichtsjahr ist dem folgenden Organigramm zu entnehmen:



1.3 Finanzielle Rahmengrundsätze

Entsprechend den Regelungen des § 12 Abs. 1 IUAG NRW richten sich die Wirtschaftsführung, das Rechnungswesen und die Prüfung des CVUA-RRW nach den Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches. Die Grundsätze der Finanzierung des CVUA-RRW sind in einer Finanzsatzung fixiert.

1.4 Aufgabenkatalog

Die Aufgaben des CVUA-RRW ergeben sich aus § 4 IUAG NRW. Darüber hinaus wurden dem CVUA-RRW mit der v.g. Errichtungsverordnung weitere Aufgaben übertragen. Mit Änderung der Errichtungsverordnung wurde zum 01.01.2017 die landesweite Schwerpunktbildung für das CVUA-RRW über eine erweiterte Definition der jeweiligen Einzugsbereiche rechtlich neu manifestiert. Dabei wurde in der Anlage 1 „Einzugsbereiche für Untersuchungen in bestimmten Untersuchungsbereichen“ die Kompetenzzentren und in Anlage 2 „Einzugsbereiche für die Durchführung bestimmter Untersuchungen“ die Schwerpunktanalytik landesweit zugewiesen.

Das CVUA-RRW übt diese Tätigkeiten als amtliches Laboratorium gemäß Art. 37 (1) der VO (EU) 2017/625 aus.

In Angelegenheiten bzgl. des Aufgabenbereichs, insbesondere in Fragen der amtlichen Kontrolle, berät die Anstalt die Träger und auch Dritte.

Das CVUA-RRW wirkt mit bei:

- der Koordinierung und Durchführung europa-, bundes-, landesweiter oder regionaler Untersuchungsprogramme,
- Anerkennungsverfahren für Qualitätsmanagementsysteme in Laboratorien, die in der amtlichen Überwachung tätig sind,
- der Kontrolle von Betrieben und
- der Aus- und Weiterbildung von Beschäftigten im Rahmen ihres Aufgabenbereichs.

Die Untersuchungsanstalt führt im Rahmen ihrer Aufgaben wissenschaftliche Entwicklungsarbeiten und Maßnahmen zur Qualitätssicherung durch. Auch ist das CVUA-RRW verpflichtet, Aufträge eines Trägers oder mehrerer Träger auszuführen, soweit andere Regelungen dem nicht entgegenstehen und die Finanzierung durch den Auftraggeber gesichert ist. Das CVUA-RRW kann Aufträge Dritter ausführen, soweit andere Regelungen dem nicht entgegenstehen. Für die Ausführung von Aufträgen Dritter sind mindestens kostendeckende Gebühren und Entgelte zu erheben.

Die Untersuchungsanstalt führt ihre Aufgaben selbstständig aus. Soweit erforderlich, kann sie sich zur Erfüllung einzelner Aufgaben geeigneter Dritter oder anderer Untersuchungsanstalten bedienen.

1.5 Tätigkeitsfelder des CVUA-RRW

Dem integrativen Ansatz des IUAG NRW folgend, erstrecken sich die Aktivitäten des CVUA-RRW über den gesamten Bereich des Verbraucherschutzes von der Erzeugung gesunder Futtermittel, der Tierproduktion, der Erzeugung und Gewinnung der Lebensmittel in der Land- und Fleischwirtschaft über die Herstellung und den Vertrieb von Lebensmitteln, Bedarfsgegenständen und Kosmetika („from farm to fork“ bzw. „from stable to table“). Darüber hinaus führt das CVUA-RRW Untersuchungen zur Überwachung nach dem Gentechnikgesetz durch. Dementsprechend ist die Untersuchungsanstalt im Wirtschaftsjahr 2021 in fünf Tätigkeitsfeldern aktiv geworden:

Bereich des Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuches:
1. Lebensmittel,
2. Futtermittel,
3. Fleischhygiene

Bereich der Bekämpfung von Zoonosen und Tierseuchen sowie des Tierschutzes:
4. Tiergesundheit

Bereich Gentechnik:
5. Überwachung nach dem Gentechnikgesetz

1.6 Überblick über die Branche

Im Berichtsjahr 2021 existieren in ganz NRW fünf integrierte Untersuchungsanstalten (CVUA Ostwestfalen-Lippe zum 01.01.2008, CVUA Rhein-Ruhr-Wupper zum 01.01.2009, CVUA Münsterland-Emscher-Lippe zum 01.07.2010, CVUA Rheinland zum 01.01.2011 und CVUA Westfalen zum 01.01.2014), die alle auf der Grundlage des IUAG NRW errichtet wurden.

2. Wirtschaftsbericht

2.1 Geschäftsverlauf

2.1.1 Beitritt weiterer Träger zum 01.01.2021

Bereits in seiner 21. Sitzung am 19. November 2018 hat der Verwaltungsrat des CVUA-RRW einen Eintritt auch der Kreise Kleve, Neuss und Viersen sowie der Stadt Mönchengladbach in die Trägerschaft des CVUA-RRW begrüßt. Im Berichtsjahr haben die Kreistage des Kreises Viersen und des Kreises Kleve beschlossen, zum 01.01.2021 in die Trägerschaft des CVUA-RRW einzutreten, nachdem die öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen mit der Stadt Düsseldorf und dem Kreis Mettmann zum 31. Dezember 2020 ausgelaufen sind. Auf der Basis dieser Beschlüsse hat das Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz NRW (MULNV) die Errichtungsverordnung zum 01.01.2021 geändert. Dazu wurde in § 9 die Trägerschaft um die Kreise Viersen und Kleve erweitert und in § 10 Absatz 2 Satz 1 die Zahl der kommunalen Träger angepasst werden. Des Weiteren wurde das Stammkapital von 330 T€ auf 390 T€ erhöht.

2.1.2 SARS-CoV-2 – Lollipooluntersuchungen

Nachdem im Jahr 2020 und in der ersten Hälfte des Jahres 2021 Einzeluntersuchungen auf SARS-CoV-2 im Auftrag für mehrere Städte am CVUA RRW durchgeführt wurden, ist das Verfahren im Herbst 2021 umgestellt worden und es wurden SARS-CoV-2 Pooltestungen für die Kindertagesstätten des Krefelder Stadtgebietes durchgeführt. So konnten in 2021 zusätzliche knapp 120 T€ vereinnahmt werden (Aufwand 180 T€ und Einnahme 300 T€). Die Lollipooluntersuchungen wurden bis Ende März 2022 fortgeführt.

2.1.3 Akkreditierung des CVUA-RRW

Nach 12 Jahren ist eine revidierte Version der EN ISO/IEC 17025:2005 erschienen. In der Revision EN ISO/IEC 17025:2018 werden Betrachtungen von Risiken und Chancen neu aufgenommen; stärker betont werden Unparteilichkeit und Vertraulichkeit. Das in 2020 geplante und aufgrund der Corona-Pandemie auf 2021 verschobene Audit konnte einschließlich der Erweiterung zwei neuer Prüfbereiche erfolgreich abgeschlossen werden.

2.1.4 Wechsel des Vorstandsvorsitzes des CVUA-RRW zum 01.01.2021

Nach 38 Jahren Einsatz für das CVUA-RRW und den Verbraucherschutz in NRW ist Herr Dr. Detlef Horn zum 1. Januar 2021 in den Ruhestand getreten. In seiner Sitzung am 23.11.2020 hat der Verwaltungsrat des CVUA-RRW beschlossen, dass Frau Dr. Martha Stappen zum 1. Januar 2021 als neue Vorstandsvorsitzende des CVUA-RRW bestellt wird.

2.1.5 Entgelte der Träger zur Finanzierung der laufenden Betriebskosten des CVUA-RRW

Der Vorstand hat der Arbeitsgruppe (AG) Entgelte in ihrer Sitzung am 06.10.2021 die für das Wirtschaftsjahr 2022 notwendigen Aufwendungen vorgestellt. Die AG Entgelte ist dem Vorschlag des Vorstandes einstimmig gefolgt und schlägt dem Verwaltungsrat vor, die Entgelte in 2022 nicht zu erhöhen. Im Wirtschaftsplan 2022 sind Erträge in Höhe von ca. 29.010 T€ dem kalkulierten Aufwand für den Betrieb der Anstalt in Höhe von ca. 29.122 T€ gegenübergestellt. Der Wirtschaftsplans 2022 ist nach der mittelfristigen Prognose nicht ausgeglichen. Es wird ein Minus von ca. 113 T€ erwartet. Zur Deckung des geplanten Fehlbetrages wird in 2023 den durch die Jahresabschlussrechnung 2022 tatsächlich festgestellten Jahresfehlbetrag durch Entnahme aus den Rücklagen ausgeglichen.

2.1.6 Änderung der Finanzsatzung

Nach § 6 der Finanzsatzung des CVUA-RRW erhebt die Anstalt zur Finanzierung ihrer laufenden Betriebskosten vom Land und den kommunalen Trägern Entgelte, soweit die amtlichen Tätigkeiten noch nicht durch Gebühren und sonstige Erträge gedeckt sind. Über die Höhe der Entgelte erlässt der Verwaltungsrat eine jährliche Entgeltordnung. Die Entgelte sind in vier gleichen Teilen jeweils zum Monatsersten eines jeden Quartals der Anstalt kostenfrei zu überweisen. Durch die quartalweise Zahlung der Trägerentgelte ergeben sich dabei Spitzen jeweils zu Quartalsbeginn, die nicht durch einen Geldabfluss in entsprechender Höhe kompensiert werden können. Die anfallenden Negativzinsen belasten das CVUA-RRW, deshalb hat der Verwaltungsrat in seiner Sitzung am 16.06.2021 einstimmig beschlossen, die Zahlung der Trägerentgelte ab dem 01.10.2021 von einer quartalsweisen auf eine monatliche Zahlung umzustellen und die Finanzsatzung unter § 6 Abs. 5 wie folgt zu ändern. Gemäß § 15 Abs. 3 IUAG NRW wurde die aktualisierte Finanzsatzung in der Fassung vom 28. Juli 2021 im Amtsblatt für den Regierungsbezirk Düsseldorf Nr. 33, Seite 393 bis 394, vom 19. August 2021 veröffentlicht.

2.2 Geschäftsergebnis

Das CVUA-RRW hat das Wirtschaftsjahr 2021 im Rahmen der Gewinn- und Verlustrechnung mit einem Jahresüberschuss von ca. 1.811 T€ abgeschlossen. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich das Jahresergebnis um rund 569 T€ (Jahresüberschuss 2020: rund 1.242 T€) verbessert.

2.2.1 Ertragslage

Die Umsatzerlöse des CVUA-RRW beliefen sich auf 28.389 T€ und setzten sich wie folgt zusammen:

Bezeichnung	IST 2021	IST 2020	Differenz
Umsatzerlöse	28.388.671,33 €	27.792.070,59 €	596.600,74 €
Gebühren	1.726.857,85 €	2.226.568,87 €	-499.711,02 €
Entgelte	26.629.878,09 €	25.447.295,84 €	1.182.582,25 €
sonstige Umsatzerlöse	31.935,39 €	118.205,88 €	-86.270,49 €

Die Umsatzerlöse im Berichtsjahr sind im Vergleich zum Vorjahr um 597 T€ gestiegen. Dies ist auf die in 2020 beschlossene Entgeltsteigung i.H.v 2,5% zurückzuführen. Der Rückgang bei den Gebühreneinnahmen um knapp 500 T€ resultiert hauptsächlich auf den Rückgang der Untersuchungen für den Nachweis auf den Covid19-Erreger. Die unter den sonstigen Umsatzerlösen enthaltenen Beträge i.H.v. rund 32 T€ sind hauptsächlich Zuschüsse des Landes für die Finanzierung von Untersuchungsprojekten.

Die Entgelte gliedern sich wie folgt:

Bezeichnung	IST 2021	IST 2020	Differenz
Entgelte	26.629.878,09 €	25.447.295,84 €	1.182.582,25 €
Landesentgelt	11.975.014,00 €	11.682.941,00 €	292.073,00 €
kommunales Entgelt	14.632.957,00 €	13.731.809,69 €	901.147,31 €
sonstiges Entgelt	21.907,09 €	32.545,15 €	-10.638,06 €

Die Umlagenquote (Verhältnis der Entgelte der Träger zu den Umsatzerlösen) betrug 93,73 %.

Neben diesen Erträgen sind im Wirtschaftsjahr 2021 sonstige Erträge in Höhe von rund 21 T€ verbucht worden.

2.2.2 Aufwendungen

Die betrieblich bedingten Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sind im Vergleich zum Vorjahr um rund 119 T€ auf rund 2,188 Mio. € gestiegen. Die Aufwendungen für bezogene Leistungen beinhalten hauptsächlich Personalkosten für das gestellte Personal. Der Anteil für das gestellte Personal und die Löhne und Gehälter des eigenen Personals sind im Vergleich zum Vorjahr um rund 613 T€ auf rund 12,763 Mio. € gesunken. Dies ist hauptsächlich dadurch begründet, dass nicht alle freigewordenen Stelle zeitnah wiederbesetzt werden konnten. Die Aufwendungen für soziale Abgaben und für die Altersversorgung betragen in 2021 2,321 Mio. € im Vergleich zu 2,007 Mio. € im Vorjahr. Der Anstieg ist hauptsächlich durch die Verschiebung vom gestellten Personal hin zum eigenen Personal begründet.

Die Kosten für den Probentransport beliefen sich auf rund 41 T€ (Vorjahr: 53 T€).

Der saldierte Zinseffekt für die Rückstellungen bei Pensionen und Beihilfen entsprach einem Aufwand i.H.v. 2,0 Mio. € (1,8 Mio. € im Vorjahr).

Die im Wirtschaftsjahr ermittelten Abschreibungen in der Höhe von ca. 1.471 T€ liegen um rund 14 T€ unter den Abschreibungen des Vorjahres.

2.3. Vermögens- / Finanzlage

Die Bilanzsumme ist im Vergleich zum Vorjahr von 48.835 T€ auf 54.554 T€ gestiegen. Dies ist hauptsächlich durch die Zuführungen zu den Rückstellungen für Pensionen und Beihilfen auch in Kombination mit der anhaltenden Niedrigzinsphase begründet.

Die Liquidität war während des gesamten Berichtsjahres und ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt gesichert; das CVUA-RRW kam im abgeschlossenen Geschäftsjahr jederzeit ihren Zahlungsverpflichtungen nach.

Die Finanzlage stellt sich wie folgt dar:

			2021 T€	2020 T€
1.		Jahresergebnis	1.810	1.242
2.	+	Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	1.471	1.485
3.	+/-	Zunahme/Abnahme (-) der Rückstellungen	2.067	4.066
4.	+/-	Sonstige zahlungsunwirksamen Aufwendungen/Erträge	0	0
5.	-/+	Gewinn(-)/Verlust(+) aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens (saldiert)	82	83
6.	+/-	Zinsaufwendungen (+)/ Zinserträge (-)	2.016	1.788
7.	-/+	Zunahme(-)/Abnahme (+) der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-2.130	-1.483
8.	+/-	Zunahme(+)/Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-115	511
9.		**Cashflow aus laufender Verwaltungstätigkeit**	5.201	7.692
9.	+	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevern	0	0
10.	-	Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-1.278	-1.721
11.	-	Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-244	-197
12.	+	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevei	0	0
13.	-	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-4.517	-7.152
14.	+	Erhaltene Zinsen	0	0
15.		**Cashflow aus Investitionstätigkeit**	-6.039	-9.070
16.	+	Einzahlungen der Träger	60	60
17.	-	Auszahlungen an die Träger	-120	0
18.	+	Einzahlungen aus der Aufnahme von Finanzkrediten	0	0
19.	-	Auszahlungen aus der Tilgung von Finanzkrediten	0	0
20.	-	Gezahlte Zinsen	0	0
21.		**Cashflow aus Finanzierungstätigkeit**	-60	60
22.		Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	-898	-1.318
23.		Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	7.787	9.105
24.		**Finanzmittelfonds am Ende der Periode**	6.889	7.787
		Zusammensetzung des Finanzmittelbestands		
		Liquide Mittel	6.889	7.787
		Kurzfristige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	0
		Finanzmittelfonds am Ende der Periode	6.889	7.787

2.4 Finanzielle Leistungsindikatoren

2.4.1 Kennzahlen zur Erfolgslage

A. Kennzahlen zur Erfolgslage

	IST 2021	Plan 2021	IST 2020
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	1.810.762,95 €	-499.543,02 €	1.241.888,88 €
Umsatzerlöse	28.388.671,33 €	27.686.226,95 €	27.792.070,59 €
Umsatzrendite in %	**6,38%**	**-1,80%**	**4,47%**

Die Umsatzrendite stellt den auf den Umsatz bezogenen Gewinnanteil dar. Diese Kennzahl lässt also erkennen, wieviel das Unternehmen in Bezug auf 1 € Umsatz verdient hat.

Das CVUA-RRW ist eine integrierte Untersuchungseinrichtung im Bereich des Verbraucherschutzes und finanzierte sich im Berichtsjahr zu knapp 94 % aus Trägerentgelten. Da der Betriebszweck der Anstalt nicht auf Ertragssteigerung ausgerichtet ist und die Finanzierung hauptsächlich aus Trägerentgelten besteht, ist eine Umsatzrendite von 0 % erstrebenswert. Denn Ziel ist es, die durch die Träger der Anstalt zu tragenden Kosten im ausgewogenen Verhältnis zu halten, ohne den gesetzlichen definierten Auftrag der Anstalt zu gefährden.

Das Jahresergebnis wurde wie 2020 immer noch durch die Corona-Pandemie entscheidend geprägt. Es wurde in Summe um ca. 2,3 Mio. € im Vergleich zum Plan 2021 (prognostizierter Fehlbetrag von knapp 500 T€) verbessert. Aufgrund zusätzlicher Untersuchungen zum Nachweises auf das Corona-Virus konnten zum einen weiterhin zusätzliche Gebühreneinnahmen generiert werden, zum anderen sind in 2021 wegen der weiterzuentwickelnden Schwerpunktbildung immer noch nicht alle offenen Nachbesetzungen von Mitarbeitendenstellen erfolgt.

2.4.2 Kennzahlen zur Vermögenslage

	IST 2021	Plan 2021	IST 2020
Eigenkapital	8.092.574,67 €	4.165.450,39 €	6.341.811,72 €
Bilanzsumme	54.553.775,96 €	50.750.743,38 €	48.835.045,98 €
Eigenkapitalquote in %	**14,83%**	**8,21%**	**12,99%**

Die Eigenkapitalquote zeigt, wie hoch der Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital ist. Je höher die Eigenkapitalquote, umso höher ist die finanzielle Stabilität der Anstalt. Die Steigung der Eigenkapitalquote in 2021 im Vergleich zum Vorjahr ist auf das positive Jahresergebnis und die Erhöhung des Stammkapitals um 60 T€ zurückzuführen.

Das im Gegensatz zum Plan 2021 verbesserte Jahresergebnis führte zu einem Anstieg der Eigenkapitalquote.

	IST 2021	Plan 2021	IST 2020
Rückstellungen	43.928.710,00 €	44.817.293,00 €	39.846.097,00 €
Bilanzsumme	54.553.775,96 €	50.750.743,38 €	48.835.045,98 €
Rückstellungsquote in %	**80,52%**	**88,31%**	**81,59%**

Die Kennzahl Rückstellungsquote stellt den prozentualen Anteil der Rückstellungen am Gesamtkapital dar. Rückstellungen sind Verbindlichkeiten, die hinsichtlich ihrer Höhe oder ihres Auftretens ungewiss sind, aber mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit wirksam werden. Die Rückstellungen beim CVUA-RRW sind größtenteils Rückstellungen für Pensionen und Beihilfen. Die hohe Rückstellungsquote verdeutlicht, wie abhängig das Jahresergebnis von den Rückstellungsentwicklungen der Pensions- und Beihilfeverpflichtungen ist.

2.5 Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Zum 31. Dezember 2021 waren im CVUA-RRW 273 Personen beschäftigt (eigenes und gestelltes Personal), davon 212 weibliche und 61 männliche. Das Durchschnittsalter der Mitarbeitenden im CVUA-RRW beträgt 48,40 Jahre (2020: 48,48 Jahre) und schlüsselt sich wie folgt auf:

Alter	**20-29**	**30-39**	**40-49**	**50-60**	**>60**
Anzahl	13	58	54	112	36

Das CVUA-RRW beteiligt sich seit 2014 am „KlimaKonzept.NRW“ der EnergieAgentur.NRW. Im Berichtszeitraum wurde die CO_2-Bilanz der Jahre 2016-2020 erstellt. Durchschnittlich konnte das CVUA-RRW jährlich die CO_2-Emissionen in den o.g. Jahren um jeweils 11,0% reduzieren.

3. Prognosebericht

3.1 Branchenbericht

3.1.1 Bovine Herpesvirus-Infektion

Die Bovine Herpesvirus-Infektion des Typs 1 (BHV-1) ist eine gelistete Tierseuche, die seit 1997 in Deutschland bekämpft wird. Neben der vorbeugenden Impfung besteht vorrangig die Bekämpfungsmaßnahme darin, infizierte Tiere zu erkennen und aus dem Bestand zu entfernen. Mit Durchführungsbeschluss 2017/888 der Kommission vom 22. Mai 2017 wurde den Regierungsbezirken Düsseldorf und Köln als letzte Regionen und somit Gesamtdeutschland der BHV1-Freiheitsstatus anerkannt. Seit Februar 2021 wurden in mehreren Rinderbetrieben des Einzuggebietes des CVUA-RRW BHV-1 Infektionen nachgewiesen. Dies führte im Verlauf beim CVUA-RRW zu 2.500 zusätzlichen Untersuchungen in Blut-Milch- und Fleischsaftproben. Bisher gefährden die erneuten Ausbrüche nicht den Status „BHV-1-Freiheit“. Mit Inkrafttreten des Animal Health Law (AHL) der Europäischen Union ist das BHV-1 in die Kategorie C eingeteilt worden. Das bedeutet, dass einzelne Länder (weiter) Tilgungsprogramme auflegen können, um diese Viruserkrankung zu eliminieren. In Nordrhein-Westfalen werden die derzeit bestehenden gebührenpflichtigen Kontrollen der Rinderbetriebe mindestens bis zum Jahr 2023 weitergeführt.

3.2 Unternehmensspezifische Entwicklungen

3.2.1 Beitritt weiterer Träger zum 01.01.2022

Bereits in seiner 21. Sitzung am 19. November 2018 hat der Verwaltungsrat des CVUA-RRW einen Eintritt auch der Kreise Kleve, Neuss und Viersen sowie der Stadt Mönchengladbach in die Trägerschaft des CVUA-RRW begrüßt. Zum 01.01.2022 sind der Kreis Rhein-Kreis Neuss und die Stadt Mönchengladbach in die Trägerschaft des CVUA-RRW eingetreten, nachdem die öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen mit der Stadt Düsseldorf und dem Kreis Mettmann zum 31. Dezember 2021 ausgelaufen sind. In der Ausgabe 2021 Nr. 84 des Gesetz- und Verordnungsblattes (GV. NRW.) vom 14.12.2021 Seite 1345 bis 1408 ist die Neunte Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Errichtung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes vom 23. November 2021 veröffentlicht worden. In § 9 der o.g. Verordnung wurde die Trägerschaft um den Kreis Rhein-Kreis Neuss und der Stadt Mönchengladbach erweitert und in § 10 Absatz 2 Satz 1 die Zahl der kommunalen Träger angepasst. Des Weiteren wurde in § 12 das Stammkapital von 390 T€ auf 450 T€ erhöht.

3.2.2 Entwicklung der finanziellen Leistungsindikatoren

	Plan 2022	**IST 2021**	**Plan 2021**
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-113.486,21 €	1.810.762,95 €	-499.543,02 €
Umsatzerlöse	27.785.051,22 €	28.388.671,33 €	27.686.226,95 €
Umsatzrendite in %	**-0,41%**	**6,38%**	**-1,80%**
	Plan 2022	**IST 2021**	**Plan 2021**
Eigenkapital	6.953.474,71 €	8.092.574,67 €	4.165.450,39 €
Bilanzsumme	56.023.468,71 €	54.553.775,96 €	50.750.743,38 €
Eigenkapitalquote in %	**12,41%**	**14,83%**	**8,21%**
	Plan 2022	**IST 2021**	**Plan 2021**
Rückstellungen	46.601.994,00 €	43.928.710,00 €	44.817.293,00 €
Bilanzsumme	56.023.468,71 €	54.553.775,96 €	50.750.743,38 €
Rückstellungsquote in %	**83,18%**	**80,52%**	**88,31%**

Aufgrund des guten Jahresabschlusses 2020 und im Rahmen der Wirtschaftsplanerstellung 2022 ermittelte guten Prognose 2021 wurden mit gleichbleibenden Entgelte für 2022 kalkuliert. Dies bewirkt den geplanten Rückgang der Umsatzrendite als auch den geplanten Rückgang der Eigenkapitalquote, obwohl sich das Eigenkapital aufgrund der zwei neu aufgenommenen Träger um 60 T€ erhöht. Der Anstieg der Rückstellungen um 2,7 Mio. € ist im Wesentlichen auf die geplanten Steigerungen der Pensionsrückstellungen zurückzuführen.

3.2.3 Entwicklung der nichtfinanziellen Leistungsindikatoren

Bei den nichtfinanziellen Leistungsindikatoren wird ein Ergebnis auf dem Niveau der Vorjahresentwicklung angestrebt.

4. Chancen- / Risikobericht

4.1. Branchenbericht

4.1.1. Schwerpunktbildung NRW

Zum 1. Januar 2022 wurden ca. 10.000 Proben aus dem Einzugsbereich der ehemaligen Untersuchungskooperation Düsseldorf/Mettmann (Kreise Kleve, Neuss und Viersen sowie Stadt Mönchengladbach) unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Auskömmlichkeit und der weiteren Optimierung und Zentralisierung in die landesweite Schwerpunktbildung integriert. In Vorbereitung darauf und unter Berücksichtigung der Auflösung der Laborräumlichkeiten am Standort Mettmann wurden die Aufgaben im Geschäftsbereich 40 neu organisiert.

4.1.2 Umsatzsteuerverpflichtung der CVUÄ

Am 19. Dezember 2016 hat das CVUA-RRW gegenüber dem Finanzamt erklärt, für sämtliche nach dem 31. Dezember 2016 und vor dem 1. Januar 2021 ausgeführten Leistungen weiterhin § 2 Abs. 3 Umsatzsteuergesetz (UStG) in der am 31.12.2015 geltenden Fassung anzuwenden. Diese Frist wurde zwischenzeitlich bis zum 31.12.2022 verlängert. In einer gemeinsamen Arbeitsgruppe der CVUÄ in NRW werden weiterhin die generelle Steuerverpflichtung der CVUÄ überprüft.

4.2. Unternehmensspezifische Entwicklungen

4.2.1 Zukunftsfähigkeit der Liegenschaft CVUA-RRW in Krefeld

Im Berichtsjahr wurden dem Verwaltungsrat das Ergebnis der Bedarfsplanung und der Machbarkeitsstudie nach DIN 18205 durch das beauftragte Ingenieurbüro Carpus+Partner AG vorgestellt. Neben einem Flächenmehrbedarf von ca. 1.550 qm wurde darüber hinaus festgestellt, dass die Kapazitäten auf der Liegenschaft in Krefeld ausgeschöpft sind. Die Gebäudetechnik, insbes. im Bestandgebäude stammt aus den1960-er Jahren und ist z.T. in einem technisch veralteten Zustand, sodass Ausfälle derzeit an der Tagesordnung sind. Änderung bzw. Sanierungen im Bestandsgebäude führen zum Wegfall des bestehenden Bestandsschutzes. Größere Änderungen bzw. Sanierungen sind im laufenden Betrieb nicht möglich. Der Vorstand wurde vom Verwaltungsrat beauftragt die Umsetzbarkeit der Machbarkeitsstudie in Zusammenarbeit mit dem BLB zu prüfen und im Rahmen der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung die Auswirkungen auf die Entgelte der Träger darzustellen.

4.2.2 Untersuchungslandschaft im stetigem Wandel

Der arbeitsmarktliche Wandel führt dazu, dass in den Auswahlverfahren insbesondere seit der Corona-Pandemie die Anzahl an Bewerbern in allen Geschäftsbereichen abgenommen hat. Deshalb gewinnt die Förderung und Entwicklung von ausgebildeten Fachleuten im CVUA-RRW immer mehr an Bedeutung. Es gilt die Kompetenzen der Beschäftigten durch anhaltende Lernprozesse auszubauen, insbesondere mit Blick auf den steten technischen Wandel.

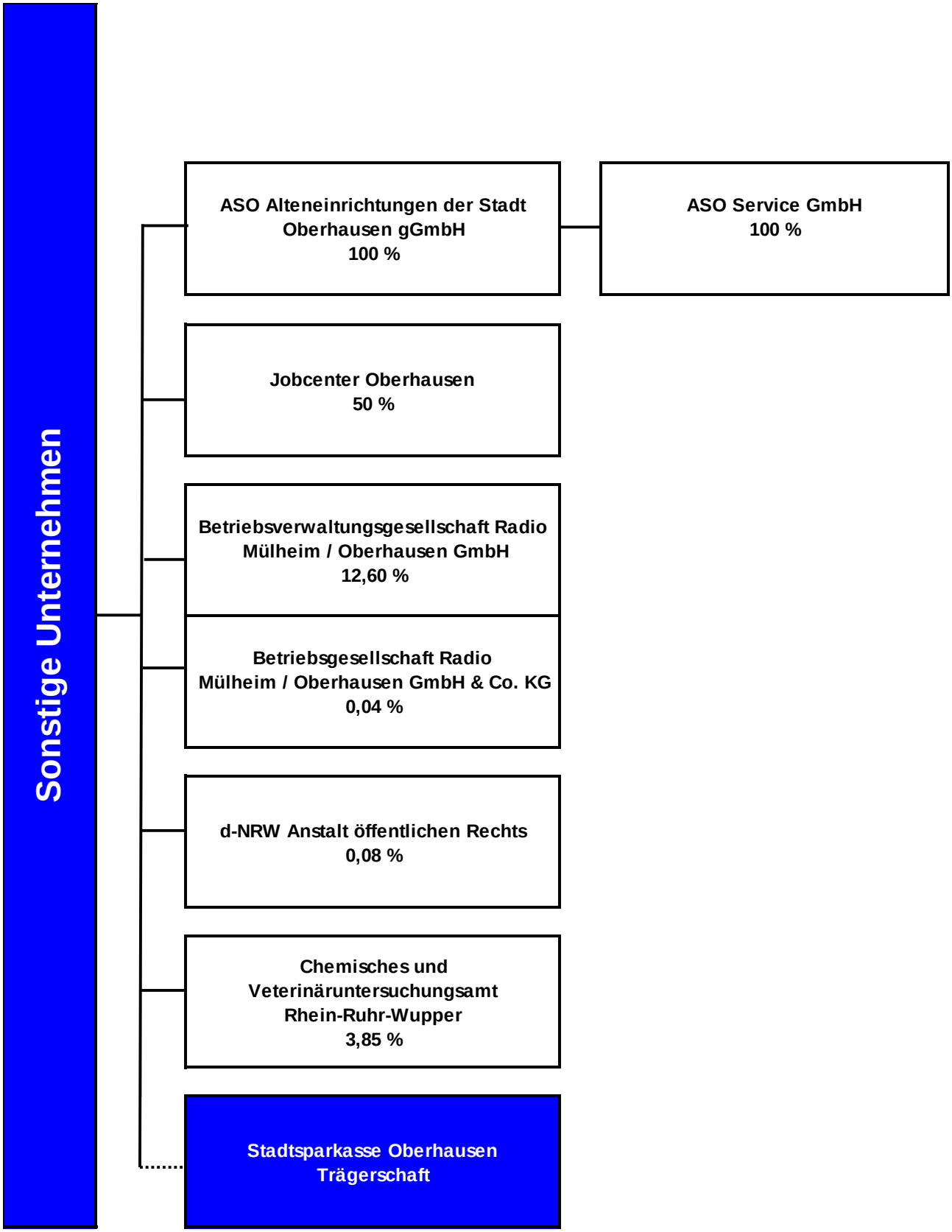
4.2.3 Risikomanagement

Im Rahmen der regelmäßigen Managementbewertung seitens des im CVUA-RRW implementierten Qualitätsmanagementsystemes wird eine Identifikation von Risiken inklusive deren Bewertung betrieben.

Krefeld, 20. Mai 2022

Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper
- Anstalt des öffentlichen Rechts - (CVUA-RRW)

Dr. Martha Stappen
Vorstand


Sonstige Unternehmen
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH
100 %
ASO Service GmbH
100 %
Jobcenter Oberhausen
50 %
Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH
12,60 %
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH & Co. KG
0,04 %
d-NRW Anstalt öffentlichen Rechts
0,08 %
Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper
3,85 %
Stadtsparkasse Oberhausen
Trägerschaft

Stadtsparkasse Oberhausen

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Wörthstraße 12
46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/8340
Fax	0208/8343231
e-Mail	info@stadtsparkasse-oberhausen.de
Internet	www.stadtsparkasse-oberhausen.de/

Rechtsform: Anstalt des öffentlichen Rechts
Stammkapital in T€: 0,00

Träger:

	T€	%
Stadt Oberhausen	0,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Die Stadtsparkasse Oberhausen mit dem Sitz in Oberhausen ist eine mündelsichere dem gemeinsamen Nutzen dienende rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie führt ihre Geschäfte nach kaufmännischen Grundsätzen. Die Erzielung von Gewinn ist nicht Hauptzweck des Geschäftsbetriebs.

b) Besetzung der Organe (Stand: 31.12.2021)

Vorstand:	Vorsitzender	Mebus, Oliver
	Mitglied	Gäng, Thomas
Verwaltungsrat:	Vorsitzender	Schranz, Daniel
	1. stellv. Vorsitzende	Bongers, Sonja
	2. stellv. Vorsitzender	Benter, Christian
	Mitglied	Axt, Norbert
	Mitglied	Flore, Manfred
	Mitglied	Hausmann-Peters, Gundula
	Mitglied	Hoff, Marc
	Mitglied	Koch, Lühr Otto Werner Klaus
	Mitglied	Krey, Thomas
	Mitglied	Nakot, Werner
	Mitglied (AN)	Berg, Thorsten
	Mitglied (AN)	Ehrlich, Dietmar
	Mitglied (AN)	Nockmann, Thomas
	Mitglied (AN)	Zimmermann, Thomas
	Mitglied (AN)	Zorn, Klaus
	stellv. Mitglied	Bletgen, David
	stellv. Mitglied	Broß, Klaus Dieter
	stellv. Mitglied	Driever, David
	stellv. Mitglied	Dr. Jacobs, Silke
	stellv. Mitglied	Gödderz, Sandra
	stellv. Mitglied	Osmann, Denis

stellv. Mitglied	Prohl, Manuel
stellv. Mitglied	Stehr, Simone Tatjana
stellv. Mitglied	Wilts, Silke
stellv. Mitglied (AN)	Höffner, Stefan
stellv. Mitglied (AN)	Klima, Michael
stellv. Mitglied (AN)	Midzic, Belinda
stellv. Mitglied (AN)	Schäfer, Marc
stellv. Mitglied (AN)	Schwarz, Alexa

c) Beteiligungen

unmittelbar	**T€**	**%**
Castra Grundstückverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG	0,40	0,40
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	56,39	19,05
Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe GmbH & Co. KG	10.570,00	0,28
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH i.L.	23,01	9,00
Rheinischer Sparkassen- und Giroverband	28.182,82	1,42
RSL Rheinische Sparkassen-Leasingsbeteiligungsgesellschaft mbH & CO. KG	1.539,48	1,78
S Bargeldlogistik GmbH	300,00	30,00
S-Direkt-Verwaltungs GmbH & Co. KG	314,30	0,70
S-Immobilien Oberhausen GmbH	525,00	100,00
S-International Rhein-Ruhr Beteiligungsgesellschaft mbH	8,29	6,63
S-International Rhein-Ruhr GmbH	65,00	10,40
Sparkassen Dienstleistung Rheinland GmbH & Co. KG	261,72	2,18
Sparkassen Vermietungs- und Immobilienvermittlungs GmbH Oberhausen	100,00	100,00
S-Service-Rhein-Ruhr GmbH	250,00	100,00
VKA Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH	0,51	0,40
mittelbar	**T€**	**%**
OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH i.L.	2,25	9,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2019		2020		2021		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Barreserve	203.625,38	8,1	298.247,40	11,0	297.459,21	10,6	-788,19	-0,26
Forderungen an Kreditinstitute	81.071,40	3,2	65.279,18	2,4	80.244,22	2,9	14.965,04	22,92
Forderungen an Kunden	1.861.265,93	74,0	1.979.788,44	72,9	2.059.643,48	73,3	79.855,04	4,03
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	136.512,31	5,4	111.920,56	4,1	99.634,78	3,5	-12.285,78	-10,98
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	142.533,85	5,7	170.279,03	6,3	179.789,71	6,4	9.510,68	5,59
Beteiligungen	31.187,15	1,2	31.187,15	1,1	31.778,35	1,1	591,20	1,90
Anteile an verbundenen Unternehmen	752,50	0,0	752,50	0,0	875,00	0,0	122,50	16,28
Treuhandvermögen	419,65	0,0	5.076,25	0,2	9.392,75	0,3	4.316,50	85,03
Immaterielle Anlagewerte	34,08	0,0	45,85	0,0	22,77	0,0	-23,08	-50,34
Sachanlagen	38.886,67	1,5	37.149,57	1,4	35.250,52	1,3	-1.899,05	-5,11
Sonstige Vermögensgegenstände	6.177,15	0,2	4.862,05	0,2	4.002,85	0,1	-859,20	-17,67
Rechnungsabgrenzungsposten	191,14	0,0	195,47	0,0	173,32	0,0	-22,15	-11,33
Aktive latente Steuern	12.122,70	0,5	11.821,70	0,4	11.656,90	0,4	-164,80	-1,39
Bilanzsumme	**2.514.779,91**	**100,00**	**2.716.605,14**	**100,00**	**2.809.923,85**	**100,00**	**93.318,71**	**3,44**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	420.130,19	16,7	427.727,13	15,7	429.122,27	15,3	1.395,14	0,33
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.846.808,00	73,4	2.036.254,93	75,0	2.122.897,15	75,5	86.642,22	4,25
Verbriefte Verbindlichkeiten	30.349,14	1,2	27.343,43	1,0	23.334,09	0,8	-4.009,34	-14,66
Treuhandverbindlichkeiten	419,65	0,0	5.076,25	0,2	9.392,75	0,3	4.316,50	85,03
Sonstige Verbindlichkeiten	1.748,19	0,1	1.195,64	0,0	1.203,42	0,0	7,78	0,65
Rechnungsabgrenzungsposten	46,14	0,0	199,99	0,0	53,83	0,0	-146,16	-73,08
Rückstellungen	38.432,14	1,5	38.872,00	1,4	38.540,88	1,4	-331,12	-0,85
Genußrechtskapital	600,76	0,0	428,49	0,0	268,94	0,0	-159,55	-37,24
Fonds für allgemeine Bankrisiken	47.665,24	1,9	48.865,24	1,8	52.415,24	1,9	3.550,00	7,26
Eigenkapital	128.580,46	5,1	130.642,05	4,8	132.695,29	4,7	2.053,24	1,57
Bilanzsumme	**2.514.779,91**	**100,00**	**2.716.605,14**	**100,00**	**2.809.923,85**	**100,00**	**93.318,71**	**3,44**

bb) GuV

	2019	2020	2021
	T€	T€	T€
Zinserträge	49.740,74	47.224,81	45.920,68
Zinsaufwendungen	18.311,72	14.435,37	16.327,90
Laufende Erträge	2.500,33	2.868,99	3.208,75
Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen	200,00	265,00	400,00
Provisionserträge	26.104,01	26.365,88	26.784,97
Provisionsaufwendungen	2.089,16	2.118,79	2.186,75
Sonstige betriebliche Erträge	5.202,77	4.919,07	7.150,18
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	50.712,99	48.940,78	49.690,66
hierin: Personalaufwand	32.484,70	31.860,94	31.855,34
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	2.186,40	2.158,48	2.042,31
Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.747,13	1.772,50	1.789,13
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft		1.001,33	0,00
Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft	856,60	0,00	286,31
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere		4.332,88	1.815,50
Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren	1.507,00	0,00	0,00
Aufwendungen aus Verlustübernahmen	3,16	0,00	0,00
Zuführung/Entnahme Fond Bankenrisiken	2.850,00	1.200,00	3.550,00
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	7.210,89	5.683,62	6.348,64
Steuern vom Einkommen und Ertrag	2.519,09	3.388,17	4.105,85
Sonstige Steuern	190,81	233,85	189,55
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	4.500,99	2.061,60	2.053,24
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	4.500,99	2.061,60	2.053,24

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2021	Angaben in
Umsatzrentabilität:	5,73	2,69	2,69	%
Eigenkapitalrentabilität:	3,63	1,60	1,57	%
Cash-Flow:	4.500,99	2.061,60	2.053,24	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	167.473,51	164.292,69	169.211,53	T€
Personalaufwandsquote:	41,36	41,53	41,74	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2021	Angaben in
Sachanlagenintensität:	1,55	1,37	1,25	%
Eigenkapitalquote:	5,11	4,81	4,72	%
Fremdkapitalquote:	94,89	95,19	95,28	%

e) Lagebericht

A. Grundlagen der Geschäftstätigkeit der Sparkasse

Die Stadtsparkasse Oberhausen ist gemäß § 1 des Sparkassengesetzes NRW eine Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie ist Mitglied des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbands, Düsseldorf, und über diesen dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e. V. (DSGV), Berlin, angeschlossen. Die Sparkasse ist beim Amtsgericht Duisburg unter der Nummer A 8155 im Handelsregister eingetragen.

Träger der Sparkasse ist die Stadt Oberhausen. Satzungsgebiet der Sparkasse sind das Gebiet des Trägers sowie die Landkreise Wesel, Recklinghausen sowie die Städte Bottrop, Essen, Mülheim an der Ruhr und Duisburg.

Organe der Sparkasse sind der Vorstand und der Verwaltungsrat.

Die Sparkasse ist als Mitglied des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbands über dessen Sparkassenstützungsfonds dem Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe angeschlossen. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) hat das institutsbezogene Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe als Einlagensicherungssystem nach dem Einlagensicherungsgesetz (EinSiG) anerkannt. Das Sicherungssystem stellt im Entschädigungsfall sicher, dass den Kunden der Sparkassen der gesetzliche Anspruch auf Auszahlung ihrer Einlagen gemäß dem EinSiG erfüllt werden kann („gesetzliche Einlagensicherung“). Darüber hinaus ist es das Ziel des Sicherungssystems, einen Entschädigungsfall zu vermeiden und die Sparkassen selbst zu schützen, insbesondere deren Liquidität und Solvenz zu gewährleisten („diskretionäre Institutssicherung“). Die Mitgliederversammlung des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV) hat am 27.08.2021 einen gemeinsamen Beschluss zur Weiterentwicklung des gemeinsamen Sicherungssystems gefasst. Mit ihrer Entscheidung kommt die Gruppe entsprechenden Feststellungen der Aufsichtsbehörden nach. Kern der Einigung ist u. a. ein zusätzlicher Sicherungsfonds, der von den Instituten ab 2025 zu befüllen ist und zusätzlich zu den bestehenden Sicherungsmitteln zur Verfügung stehen soll. Damit soll ermöglicht werden, im Falle einer Krise noch schneller handlungsfähig zu sein. Die Ergebnisse der Mitgliederversammlung des DSGV werden in einem nächsten Schritt den Aufsichtsbehörden vorgelegt.

Aufgabe der Sparkasse ist es gemäß § 2 des Sparkassengesetzes NRW, der geld- und kreditwirtschaftlichen Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft, insbesondere des Geschäftsgebietes und ihres Trägers, zu dienen. Sie stärkt den Wettbewerb im Kreditgewerbe. Sie versorgt im Kreditgeschäft vorwiegend den Mittelstand sowie die wirtschaftlich schwächeren Bevölkerungskreise. Sie führt ihre Geschäfte nach kaufmännischen Grundsätzen unter Beachtung ihres öffentlichen Auftrags. Gewinnerzielung ist nicht Hauptzweck des Geschäftsbetriebes. Sie betreibt im Rahmen des Sparkassengesetzes NRW und den nach diesem Gesetz erlassenen Begleitvorschriften alle banküblichen Geschäfte.

Das Geschäftsmodell der Stadtsparkasse Oberhausen ist gemäß ihrer Geschäftsstrategie das einer „multikanalen Vertriebssparkasse“. Neben den stationären Vertriebskanälen und dem SB-Vertrieb stellen das Online-/Mobile-Banking sowie das Kunden-Service-Center (KSC) und das Digitale Beratungs-Center (DBC) weitere wichtige und auszubauende Vertriebskanäle dar.

Die Gesamtzahl der Beschäftigten hat sich bis zum 31. Dezember 2021 gegenüber dem Vorjahr spürbar um 3,6 % auf 512 verringert, von denen 184 teilzeitbeschäftigt sowie 30 in Ausbildung sind.

Die Gesamtzahl unserer Geschäftsstellen beläuft sich zum 31. Dezember 2021 auf 9 und hat sich gegenüber dem Vorjahr nicht verändert. Im Gegensatz zum Vorjahr mussten im Jahr 2021 keine Geschäftsstellen im Zuge der Covid-19 Pandemie vorübergehend geschlossen werden. Insgesamt haben wir im gesamten Geschäftsjahr unser vollständiges Leistungsangebot unter verstärkter Nutzung der Möglichkeiten digitaler Kommunikationswege aufrechterhalten. Dabei haben unsere Beschäftigten soweit möglich von Angeboten mobilen Arbeitens bzw. Heimarbeit Gebrauch gemacht.

B. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

1.1 Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen 2021

Nach dem historischen Einbruch der Wirtschaftsleistung in 2020 war auch das Jahr 2021 durch die Corona-Pandemie geprägt. Obwohl sich die Hoffnungen auf eine Überwindung der Pandemie nicht erfüllten und neue Probleme (z.B. Störungen der Lieferketten, insbesondere bei Halbleitern) auftraten, hat sich die Weltwirtschaft im vergangenen Jahr deutlich erholt. Die Prognose zur Entwicklung der weltweiten Produktion, die der Internationale Währungsfonds (IWF) zum Jahresbeginn 2021 veröffentlicht hatte (+5,5%) wurde mit 5,9% übertroffen, ebenso hat sich der Welthandel stärker als vor einem Jahr prognostiziert belebt (9,3% statt 8,1%).

Deutschland verzeichnete im Gesamtjahr 2021 nach dem starken Rückgang des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 4,6% im Vorjahr eine Zunahme des BIP um 2,9%. Der größte Teil war auf den Außenbeitrag und die staatlichen Konsumausgaben zurückzuführen. Die zum Jahreswechsel 2020/2021 veröffentlichten Prognosen für die Entwicklung der deutschen Wirtschaft wurden jedoch verfehlt (damals wurde ein BIP-Zuwachs von +3,1% bis +5,3% erwartet). Dies lag vor allem an der starken Zunahme des Infektionsgeschehens sowie Lieferengpässen, die sich von einem Problem einzelner Branchen und Unternehmen zu einem nahezu flächendeckenden Problem – insbesondere für das produzierende Gewerbe – ausgewachsen haben. Der Wachstumsbeitrag des Außenhandels (Außenbeitrag) fiel nach einem negativen Wert im Vorjahr mit +0,8

%-Punkten positiv aus. Die Exporte stiegen um 9,9%, die Importe um 9,3%. Der private Konsum verharrte im Gesamtjahr 2021 annähernd auf dem Niveau von 2020 und die Sparquote ging um rund einen Prozentpunkt auf 15,0% zurück (2020: 16,1).

Angesichts der weitreichenden ökonomischen Folgen der Corona-Pandemie hat sich der deutsche Arbeitsmarkt als sehr robust erwiesen. 2021 stagnierte die Zahl der Erwerbstätigen im Jahresdurchschnitt; im Jahresverlauf gab es jedoch einen deutlichen Anstieg um 506.000 oder 1,1%. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, die bereits im Krisenjahr 2020 nur geringfügig zurückgegangen war (-0,3%), konnte in 2021 ein Plus von 1,4% verzeichnen. Die Inanspruchnahme von Kurzarbeit fiel im Vergleich zum Rekordniveau im Vorjahr (2,94 Mio.) deutlich geringer aus, blieb jedoch mit jahresdurchschnittlich rund 1,85 Mio. auf einem sehr hohen Niveau (2019: 145.000). Die Zahl der Arbeitslosen sank im Jahresdurchschnitt 2021 um 82.000 (-3%) auf 2.613.000. Die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote belief sich auf 5,7% im Bundesgebiet (2020: 5,9%); in Nordrhein-Westfalen sank sie von 7,5% im Vorjahr auf 7,3%.

Der Arbeitsmarkt hat sich in den vergangenen zwei Jahren auch deshalb so robust erwiesen, weil die befürchtete Zunahme der Unternehmensinsolvenzen als Folge der Corona-Pandemie bislang ausgeblieben ist. 2021 nahm die Zahl der Unternehmensinsolvenzen gegenüber dem Vorjahr sogar um 10,8% auf 14.300 ab und erreichte damit den niedrigsten Stand seit 1999. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass bislang massive Finanzhilfen und andere staatliche Eingriffe einem Anstieg der Insolvenzen entgegenwirken.

Die Verbraucherpreise sind in Deutschland in 2021 so stark wie seit 1993 nicht mehr gestiegen (+3,1%). Die Inflationsrate fiel weit höher aus als vor einem Jahr prognostiziert, obwohl eine gewisse Gegenbewegung bei den Energiepreisen zum damaligen Zeitpunkt bereits genauso zu erwarten war wie die preissteigernden Effekte der Wiederanhebung der Mehrwertsteuer (1 %-Punkt) und der Einführung der CO2-Steuer (0,3 %-Punkte). Auch die Lieferengpässe und die dadurch verursachten Preisanstiege fielen weit stärker aus als zu Jahresbeginn erwartet. Nach einem nahezu konstanten Anstieg der Inflationsrate im Jahresverlauf erreichte die Preissteigerung gegenüber dem Vorjahresmonat im Dezember mit einem Plus von 5,3% ihren vorläufigen Höhepunkt; einen stärkeren Preisanstieg hatte es zuvor im Juni 1992 gegeben. Auch die Preissteigerungen auf dem Immobilienmarkt setzten sich fort und erreichten im 3. Quartal mit einem Anstieg von 12,0% gegenüber dem Vorquartal den größten Preisanstieg bei Wohnimmobilien seit 2000.

Die Zentralbanken setzten ihren expansiven Kurs in der Geldpolitik grundsätzlich auch in 2021 fort. Allerdings haben einzelne Notenbanken ihren Expansionsgrad im Jahresverlauf bereits reduziert, andere haben eine Straffung der Geldpolitik angekündigt. Die Europäische Zentralbank (EZB) blieb sehr abwartend. Zwar hat sie angekündigt, Ende März 2022 die Nettoankäufe im Rahmen des Pandemie-Notfallkaufprogramms PEPP einzustellen, gleichzeitig jedoch den Wiederanlagezeitraum für das PEPP bis mindestens Ende 2024 verlängert und zudem eine vorübergehende Aufstockung des monatlichen Ankaufvolumens im Rahmen des Programms zum Ankauf von Vermögenswerten (APP) angekündigt. Der Zinssatz für die Anlage von Überschussliquidität der Banken, die über den von der Zentralbank festgesetzten unverzinslichen Freibetrag in Höhe des Sechsfachen des Mindestreserve-Solls hinausgeht, blieb unverändert bei -0,5%.

Auch die Fiskalpolitik hat ihren expansiven Kurs fortgesetzt. Viele der in 2020 aufgelegten staatlichen Unterstützungsmaßnahmen wurden fortgesetzt, andere ausgeweitet. Seit Beginn der Corona-Pandemie summierten sich die Hilfen auf Bundesebene auf 170 Mrd. €. Die vielfältigen Stabilisierungsmaßnahmen der Politik haben den wirtschaftlichen Abschwung abgefedert, hatten aber auch einen erheblichen Anstieg der öffentlichen Verschuldung zur Folge. Die staatlichen Ausgaben der Bundesrepublik stiegen um 7,4% und die Einnahmen um 8,9%, was vor allem an höheren Einnahmen aus Unternehmenssteuern und der Wiederanhebung der Mehrwertsteuer lag. Das daraus resultierende Finanzierungsdefizit liegt mit 132,5 Mrd. € rund 12,8 Mrd. € unter dem Vorjahr.

Nachdem die Aktienmärkte bereits im Jahresverlauf 2020 den dramatischen Einbruch des Frühjahrs 2020 ausgleichen konnten, haben die meisten Indizes auch in 2021 weitere Steigerungen verzeichnet. Der Deutsche Aktienindex (DAX) schloss am 30. Dezember 2021 mit 15.885 Punkten, ein Plus von fast 16% im Jahresverlauf. Noch deutlicher konnten der EUROSTOXX 50 mit gut 20% und der weltweit wichtigste Leitindex S&P 500 mit einem Plus von rund 27% zulegen. Mit dem Ausbruch des Ukraine-Krieges ist dieser Trend seit Februar 2022 gebrochen und der DAX ist seitdem deutlich zurückgegangen.

Die Entwicklung an den zinsbezogenen Geld- und Kapitalmärkten war im Jahr 2021 geprägt von anhaltend niedrigen Renditen. Für Geldmarktgeschäfte und Anleihen der öffentlichen Hand sowie Zinsswapgeschäfte unter Banken waren zumindest für Laufzeiten bis zu 10 Jahren im Jahresverlauf weiterhin negative Renditen festzustellen. Im mittel- und insbesondere im langfristigen Laufzeitbereich stiegen die Renditen gegen Ende Jahres 2021 deutlich an; eine Entwicklung, die auch zu Beginn des Jahres 2022 bis zum Ukraine-Krieg anhielt. Die Rendite der auch für das Kundengeschäft wichtigen Bezugsgröße „Bundesanleihen mit zehnjähriger Laufzeit“ erreichte im Januar 2022 erstmals seit fast drei Jahren wieder einen positiven Wert. Mitte Februar 2022 lag die Rendite mit rd. 0,3% um rd. 0,7%-Punkte über dem Wert im Februar 2021 (-0,4%). Seit Kriegsausbruch nimmt jedoch die Schwankungsbreite deutlich zu, sodass zwischenzeitlich erneut negative Renditen vorlagen. Eine ähnlich volatile Entwicklung, wenn auch auf einem vergleichsweise höheren Zinsniveau, zeichnet sich auch für Zinsswapgeschäfte unter Banken ab.

Die dargestellte Entwicklung der Konjunktur im Jahr 2021 hatte tendenziell auch einen positiven Einfluss auf den Geschäftsverlauf der Stadtsparkasse Oberhausen. In Oberhausen selber sank die Zahl der Arbeitslosen zum 31.12.2021 im Jahresvergleich deutlich um 9,8% auf 10.578 und ergab eine gegenüber dem Vorjahr um 1,0%-Punkte gesunkene Arbeitslosenquote von 9,6%.

1.2 Branchenumfeld und rechtliche Rahmenbedingungen 2021

Die Kredite an inländische Nichtbanken stiegen nach Angaben der Deutschen Bundesbank von November 2020 bis November 2021 um 4,3%, nach einer Zunahme um 4,0% im Vorjahreszeitraum. Maßgeblich dazu beigetragen haben die langfristigen Kredite an Unternehmen und Privatpersonen (November 2021: +5,7% gegenüber dem Vorjahresmonat), insbesondere die Kredite für den Wohnungsbau (September 2021: +7,4% gegenüber dem Vorjahresmonat).

Auf der Einlagenseite hat sich das anhaltende Wachstum an Einlagen in den vergangenen Jahren in 2021 verlangsamt fortgesetzt. Die Einlagen von Nichtbanken im Inland nahmen von November 2020 bis November 2021 um 2,9% zu, die täglich fälligen Bankguthaben um 6,8% gegenüber 12,1% im Vorjahreszeitraum.

Eine ähnliche Entwicklung war auch bei den Sparkassen im Rheinland zu verzeichnen, deren Bilanzsumme um 5,3% anstieg. Das Kreditvolumen wuchs mit 3,6% weiter deutlich, aber weniger stark als im Vorjahr (+4,3%). Das gilt auch für Kredite an Unternehmen, die um 3,1% gesteigert wurden, damit jedoch nicht in dem Maße wie im ersten Jahr der Pandemie zunahmen (+5,6%). Der Kreditbestand der Privatpersonen erhöhte sich im Wesentlichen bedingt durch private Wohnungsbaufinanzierungen mit 5,4% so stark wie zuletzt im Jahr 1999.

Auch bei den rheinischen Sparkassen hat sich der Zufluss bei den Kundeneinlagen im Berichtsjahr fortgesetzt, wenn auch langsamer als im Vorjahr. Der Gesamtbestand der Kundeneinlagen erhöhte sich um 5,5 Mrd. € bzw. 4,0% auf 144,0 Mrd. € (2020: +6,8%). Dem Branchentrend folgend, kam es insbesondere bei täglich fälligen Einlagen - wie bereits in den zurückliegenden Jahren - zu besonders starken Mittelzuflüssen (+5,2%). Der Anteil der täglich fälligen Einlagen an den gesamten Kundeneinlagen erreichte zum Jahresende 2021 mit 68,2% einen neuen historischen Höchststand (nach 67,4% in 2020). Ebenso hat das Kundenwertpapiervolumen der rheinischen Sparkassen gegenüber dem Vorjahr erneut deutlich zugelegt.

Das in Folge der Geldpolitik der EZB anhaltend niedrige Zinsniveau macht sich weiterhin negativ in der Ertragslage der Banken bemerkbar. Dies betrifft insbesondere Sparkassen, die - neben den Genossenschaftsbanken - aufgrund ihres Geschäftsmodells besonders von rückläufigen Zinserträgen betroffen sind. Nach Angaben der Deutschen Bundesbank sanken beispielsweise die Effektivzinssätze im Bestandsgeschäft mit privaten Wohnungsbaukrediten (mit einer ursprünglichen Laufzeit von mehr als 5 Jahren) von Januar bis November 2021 weiter von 1,95% auf 1,77%. Allerdings war im Neugeschäft mit privaten Wohnungsbaukrediten eine Trendwende festzustellen, wenn auch auf niedrigem Niveau. Nachdem das Zinsniveau in 2020 noch rückläufig war, verzeichnete die Deutsche Bundesbank von Januar bis November 2021 einen Anstieg der Effektivzinssätze von 1,23% auf 1,36%.

Dem standen im Jahr 2021 kaum veränderte Effektivzinssätze für Einlagen (insbesondere Sichteinlagen) von Privatkunden gegenüber. Die aus den starken Mittelzuflüssen resultierende Anlage der Überschussliquidität der deutschen Kreditinstitute bei der Deutschen Bundesbank führte zudem zu entsprechenden Zahlungen von Negativzinsen.

Die deutschen Kreditinstitute hatten ihre Kreditrisikovorsorge in 2020 erheblich gesteigert. Die befürchtete Insolvenzwelle blieb jedoch bislang aus. So markierte das Jahr 2021 einen Tiefstand der Unternehmensinsolvenzen seit Einführung der Insolvenzordnung im Jahr 1999. Die Unsicherheit über den weiteren Verlauf der Pandemie bleibt jedoch ebenso wie das anhaltende Niedrigzinsumfeld ein Risiko für die Ertragslage der Kreditinstitute.

Die Analyse für die Kreditwirtschaft im Allgemeinen gilt im Wesentlichen auch für die rheinischen Sparkassen. Die Rückgänge aus der zentralen Ertragsquelle „Zinsüberschuss“ der Sparkassen konnten nur zum Teil durch gesteigerte Provisionsüberschüsse und Kostensenkungen ausgeglichen werden, so dass wiederum ein deutlicher Rückgang des Betriebsergebnisses vor Bewertungsmaßnahmen festzustellen ist.

Die durch die Corona-Pandemie ausgelöste Krise der Realwirtschaft wirkt sich auch auf die wirtschaftliche Situation einer Vielzahl der privaten und gewerblichen Kreditnehmer aus. Die finanzielle Substanz der Kreditnehmer, die staatlichen Unterstützungsmaßnahmen sowie eine breite Streuung der Kreditvergaben über verschiedene Branchen haben bislang dazu beigetragen, dass sich die Aufwendungen für Risikovorsorge im Kreditgeschäft bei der Gesamtheit der rheinischen Sparkassen auch im Jahr 2021 auf einem moderaten Niveau bewegen.

Neben den gesamtwirtschaftlichen Einflüssen haben auch die Entwicklungen der rechtlichen Rahmenbedingungen das Geschäftsjahr 2021 mitgeprägt. Dies umfasst neben Entwicklungen im Aufsichtsrecht der Kreditinstitute insbesondere gesetzgeberische Initiativen zum Themenbereich „Nachhaltigkeit“. Darüber hinaus sind Entscheidungen des Bundesgerichtshofs (BGH) zu zwei die gesamte Kreditwirtschaft betreffenden Grundsatzfragen zu nennen.

Im Einzelnen ist hervorzuheben:
Die nach der Finanzmarktkrise 2009/2010 eingeleiteten aufsichtsrechtlichen Regulierungsmaßnahmen wurden auch im Jahr 2021 fort- bzw. umgesetzt. So wurde beispielsweise von der BaFin im August 2021 die 6. MaRisk Novelle veröffentlicht, mit der u. a. Leitlinien der europäischen Bankaufsichtsbehörde (EBA) zu notleidenden und gestundeten Risikopositionen sowie zu Auslagerungen umgesetzt worden sind. Ebenfalls im August 2021 hat die BaFin eine neue Fassung der „Bankaufsichtlichen Anforderungen an die IT (BAIT)“ veröffentlicht, mit der sie ihre Erwartungen an die IT und die Informationssicherheit von Banken weiter konkretisiert.

Von besonderer Bedeutung sind darüber hinaus die im Jahr 2021 von der BaFin bzw. der Europäischen Kommission vorbereiteten bzw. eingeleiteten Maßnahmen im Zusammenhang mit den von Banken zu erfüllenden Eigenmittelanforderungen. Bereits zum 01.02.2022 wurde im Rahmen einer Allgemeinverfügung der sogenannte „antizyklische Kapitalpuffer“ von bislang null auf 0,75% der risikogewichteten Aktiva angehoben. Die Quote ist ab 01.02.2023 einzuhalten. Darüber

hinaus beabsichtigt die BaFin, nach einer Abstimmung u. a. mit der Europäischen Zentralbank (EZB) zum 01.04.2022 eine Allgemeinverfügung für die Einführung eines sektoralen Systemrisikopuffers von 2,0 Prozent der risikogewichteten Aktiva auf mit Wohnimmobilien besicherte Kredite zu veröffentlichen. Beide Maßnahmen, die mit der starken Kreditvergabe durch den Bankensektor und der Preisentwicklung an den Immobilienmärkten begründet werden, wirken kurzfristig auf die Eigenmittelanforderungen.

Daneben hat die EU-Kommission im Oktober 2021 ihre Vorschläge zur Umsetzung der Finalisierung von Basel IV vorgelegt. Mit diesem sog. „Bankenpaket 2021" sollen die Vorgaben des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht (BCBS) zum 01.01.2025 in europäisches Recht umgesetzt werden. Es enthält umfangreiche Änderungen der Kapitalanforderungen im Rahmen der Kapitaladäquanzrichtlinie (CRD VI) und -verordnung (CRR III). Die Vorschläge befinden sich im weiteren Legislativverfahren der EU. Es ist jedoch absehbar, dass sie mittelfristig zu weiter steigenden Eigenmittelanforderungen führen werden. Darüber hinaus ist im „Bankenpaket 2021" auch das Thema „Nachhaltigkeit" und u. a. dessen Berücksichtigung im Risikomanagement der Kreditinstitute stärker verankert. Dies fügt sich ein in eine Vielzahl gesetzgeberischer und regulatorischer Maßnahmen u. a. zur stärkeren Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsaspekten in der Unternehmensberichterstattung. Dazu hat die EU-Kommission am 21.04.2021 vorgeschlagen, den Kreis der Unternehmen, die einen Nachhaltigkeitsbericht erstellen müssen, ab dem Geschäftsjahr 2023 deutlich auszuweiten. Unternehmen, die bereits heute gesetzlich verpflichtet sind, einen Nachhaltigkeitsbericht zu erstellen, haben, beginnend mit dem Geschäftsjahr 2021 umfassende neue Datenerhebungs- und Offenlegungsanforderungen im Rahmen der EU-Taxonomie Verordnung (EU 2020/852) und der damit einhergehenden delegierten Rechtsakte zu erfüllen.

Insgesamt müssen sich die Kreditinstitute auf eine Fortsetzung der Regulierungspolitik der letzten Jahre, kurz- und mittelfristig auf erhöhte Eigenmittelanforderungen sowie eine ihrer zentralen gesamtwirtschaftlichen Verantwortung und Funktion entsprechenden bedeutsamen Rolle bei den weiteren gesetzlichen Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Thema „Nachhaltigkeit" einstellen.

Die oben genannten Entscheidungen des Bundesgerichtshofs (BGH) betreffen folgende Sachverhalte:

Mit Urteil vom 27.04.2021 (AGB-Urteil, XI ZR 26/20) hat der BGH entschieden, dass bislang in der deutschen Kreditwirtschaft weit verbreitete Klauseln in Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) unwirksam sind, die AGB-Änderungen ohne aktive Zustimmung des Kunden vorsahen.

Mit Urteil vom 06.10.2021 (XI ZR 234/20) hat der BGH über die Revision im Musterfeststellungsverfahren zu Zinsanpassungsklauseln bei Prämiensparverträgen entschieden. Gegenstand des Verfahrens war im Kern die Frage, wie der während der typischerweise längeren Laufzeit dieser von vielen Banken und Sparkassen angebotenen Verträge veränderliche Zinssatz für die laufende Verzinsung zu berechnen ist. Vertragliche Regelungen mit Kunden, die eine Festlegung im Ermessen des Kreditinstituts vorsehen, sind unzulässig.

Für weitere Informationen zu den Auswirkungen auf unseren Jahresabschluss 2021 verweisen wir auf den Anhang zum Jahresabschluss (Abschnitt 2.3 / Rückstellungen) und die weiteren Ausführungen in diesem Lagebericht (Wirtschaftsbericht / Abschnitt 4.3).

Die zuvor getroffenen Aussagen zu der Branchenentwicklung treffen tendenziell auch auf die Entwicklung der Stadtsparkasse Oberhausen zu.

2. Bedeutsamste finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Folgende Kennzahlen, die der internen Steuerung dienen und in die Berichterstattung einfließen, stellen unsere bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren dar:

Kennzahlen
Gesamtkapitalquote nach CRR[1]
Kernkapitalquote nach CRR[2]
Betriebsergebnis vor Bewertung[3]
Jahresergebnis nach Steuern und Ausschüttung (ohne Effekte aus latenten Steuern) [4]
Liquiditätsdeckungsquote (Liquidity Coverage Ratio – LCR) nach CRR [5]
Strukturelle Liquiditätsquote (Net Stable Funding Ratio – NSFR) nach CRR [6]

[1] Gesamtkapitalquote nach CRR =
Verhältnis der angerechneten Eigenmittel bezogen auf die risikobezogenen Positionswerte (Adressenausfall-, operationelle, Markt- und CVA-Risiken)
[2] Kernkapitalquote nach CRR =
Verhältnis des Kernkapitals bezogen auf die risikobezogenen Positionswerte (Adressenausfall-, operationelle, Markt- und CVA-Risiken)
[3] Betriebsergebnis vor Bewertung =
Zins- und Provisionsüberschuss zuzüglich Saldo der sonstigen ordentlichen Erträge und Aufwendungen und abzüglich der Verwaltungsaufwendungen gemäß Abgrenzung des Betriebsvergleichs (bereinigt um neutrale und aperiodische Positionen)
[4] Jahresergebnis nach Steuern und Ausschüttung =
Zuführung zu den Reserven nach §§ 340f und 340g HGB, Jahresüberschuss sowie ggfs. Vorwegzuführung zur Sicherheitsrücklage (unter Herausrechnung der Veränderung der bilanzierten latenten Steuern)
[5] Liquiditätsdeckungsquote (LCR) nach CRR =
Verhältnis des Bestands an erstklassigen liquiden Aktiva zum gesamten Nettoabfluss von Barmitteln in den nächsten 30 Kalendertagen
[6] Strukturelle Liquiditätsquote (NSFR) nach CRR =
Verhältnis der – über einen Zeithorizont von einem Jahr – verfügbaren stabilen Refinanzierung zum erforderlichen Betrag an stabiler Refinanzierung

Auf die Festlegung von bedeutsamsten nichtfinanziellen Leistungsindikatoren wurde verzichtet.

3. Darstellung, Analyse und Beurteilung der Geschäftsentwicklung

Die nachfolgende Übersicht zeigt wesentliche Bestandszahlen zur Geschäftsentwicklung:

	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	Veränderung	Anteil an der Bilanzsumme
	Mio. €	Mio. €	in Mio. €	in %	in %
Bilanzsumme	2.809,9	2.716,6	93,3	3,4	100,0
Geschäftsvolumen[1]	2.851,6	2.764,2	87,4	3,2	101,5
Barreserve	297,5	298,2	-0,7	-0,2	10,6
Forderungen an Kreditinstitute	80,2	65,3	14,9	22,8	2,9
Forderungen an Kunden	2.059,6	1.979,8	79,8	4,0	73,3
Wertpapieranlagen	279,4	282,2	-2,8	-1,0	9,9
Beteiligungen / Anteilsbesitz	32,7	31,9	0,8	2,4	1,2
Sachanlagen	35,3	37,2	-1,9	-5,1	1,3
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	429,1	427,7	1,4	0,3	15,3
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	2.122,9	2.036,3	86,6	4,3	75,6
1. Eigenkapital	132,7	130,6	2,1	1,6	4,7

[1] Geschäftsvolumen: Bilanzsumme zuzüglich Eventualverbindlichkeiten

Das Geschäftsjahr 2021 war geprägt von einer weiter dynamischen Entwicklung im Wohnungsbaukreditgeschäft sowie – wenn auch in geringerem Maße als im Vorjahr – von den Auswirkungen der Covid-19 Pandemie auf unsere Geschäftstätigkeit und die unserer Kunden. Hervorzuheben sind dabei folgende Aspekte, auf die wir im weiteren Verlauf näher eingehen:

- Kreditwachstum im Bereich der privaten Wohnungsbaufinanzierungen
- Einlagenwachstum im Bereich der Sichteinlagen

Bilanzsumme und Geschäftsvolumen

Die Bilanzsumme sowie das Geschäftsvolumen haben sich im Jahr 2021 nochmals merklich – gegenüber dem Vorjahr allerdings abgeschwächt – um 93,3 Mio. € bzw. 87,4 Mio. € (= 3,4 bzw. 3,2 %) erhöht. Ursächlich für diese Entwicklung sind der Zufluss an täglich fälligen Einlagen unserer Kunden sowie Zuwächse im Kundenkreditgeschäft. Die im Vorjahr getroffene Erwartung einer spürbaren Steigerung der Bilanzsumme ist somit eingetreten.

i. Aktivgeschäft

Kundenkreditvolumen

Die Forderungen an Kunden (Aktiva 4) verzeichneten im Jahr 2021 einen deutlichen Zuwachs um 79,8 Mio. € (= 4,0 %). Zusätzlich kam es zu einer Ausweitung der Treuhandkredite (Aktiva 9) um 4,3 Mio. €. Hierbei handelt es sich um im Rahmen der Covid-19 Pandemie vergebene Kredite mit einer vollständigen Haftungsfreistellung der Kreditanstalt für Wiederaufbau.

Ursächlich für den Anstieg der Kundenforderungen ist insbesondere eine Geschäftsausweitung im Bereich der privaten Wohnungsbaufinanzierungen. Hierbei wurde die Bestandsausweitung durch ein erneut starkes Vermittlergeschäft unterstützt. Demgegenüber hat sich der Bestand im gewerblichen Kundenkreditgeschäft durch einen Sonderfaktor (Wechsel eines Großkunden aus dem gewerblichen in den öffentlichen Sektor) marginal reduziert. Unsere im Vorjahr getroffenen Einschätzungen bezüglich der erwarteten Entwicklung im Kreditgeschäft sind somit – mit Ausnahme der erwarteten moderaten Geschäftsausweitung im gewerblichen Kreditgeschäft – grundsätzlich eingetreten.

Das Wachstum der Forderungen an Kunden vollzog sich ausschließlich im langfristigen Bereich. Hierbei nutzten insbesondere unsere Privatkunden die im historischen Vergleich nach wie vor günstigen Konditionen und bevorzugten langfristige Kreditlaufzeiten für Baufinanzierungen.

Die Darlehenszusagen beliefen sich – ohne Berücksichtigung der o. g. Treuhandkredite – im Jahr 2021 auf 315,3 Mio. € und lagen damit um 6,6 % unter dem Wert des Vorjahres. Förderkredite aus Unterstützungsprogrammen im Zusammenhang mit der Covid-19 Pandemie wurden insgesamt in einem Umfang von 5,3 Mio. € vergeben. Die Darlehenszusagen zur Finanzierung des Wohnungsbaus erhöhten sich im Gesamtjahr nochmals um 11,4 % auf 190,0 Mio. €. Von der Möglichkeit bzw. dem Angebot gesetzlicher und privater Zins- und Tilgungsmoratorien haben unsere Kunden für ein Kreditvolumen von 3,9 Mio. € Gebrauch gemacht.

Barreserve, Forderungen an Kreditinstitute und Wertpapieranlagen

Gegenüber dem Vorjahr haben sich die Barreserve sowie der Bestand an Wertpapieranlagen (Aktiva 5 und 6) nur geringfügig um 0,7 Mio. € (= -0,2 %) bzw. 2,8 Mio. € (= -1,0 %) reduziert.

Im Gegenzug erhöhten sich die Forderungen an Kreditinstitute um 14,9 Mio. € (= 22,8 %). Der Bestand setzt sich hauptsächlich aus bei Kreditinstituten unterhaltenen Liquiditätsreserven und kurzfristigen Geldanlagen zusammen.

Beteiligungen

Im Geschäftsjahr 2021 stieg das Volumen der Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen um 0,8 Mio. € auf 32,7 Mio. €. Ursächlich hierfür war insbesondere die turnusmäßige Überprüfung und Anpassung der Beteiligungsquote der Sparkasse am Rheinischen Sparkassen- und Giroverband. Abschreibungen auf Beteiligungen waren nicht erforderlich.

Sachanlagen

Die Sachanlagen reduzierten sich in Folge der planmäßig vorzunehmenden Abschreibungen von 37,2 Mio. € auf 35,3 Mio. €.

ii. Passivgeschäft

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten erhöhten sich leicht um 1,4 Mio. € bzw. 0,3 % auf 429,1 Mio. €. Es handelt sich dabei größtenteils um Mittel, die der Finanzierung des langfristigen Kreditgeschäfts dienen.

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Der Zufluss bei den Kundeneinlagen hat sich im Berichtsjahr fortgesetzt, wenn auch deutlich langsamer als im Vorjahr. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden erhöhten sich um 86,6 Mio. € bzw. 4,3 % auf 2.122,9 Mio. €. Vor dem Hintergrund der unsicheren weiteren wirtschaftlichen Entwicklung sowie dem nach wie vor niedrigen Zinsniveau, bevorzugten unsere Kunden weiterhin liquide Anlageformen. Die täglich fälligen Einlagen machen nunmehr 48,9 % unserer Bilanzsumme aus. Im Gegenzug haben sich die Spareinlagen im Jahr 2021 – primär als Folge der vorgenommenen Kündigung von Prämiensparverträgen – um 55,8 Mio. € bzw. 6,9 % reduziert. Die im Vorjahr ausgesprochene Erwartung eines erneut starken Anstiegs der Einlagenbestände, insbesondere bei den täglich fälligen Einlagen, wurde somit erfüllt. Der Zuwachs wurde dabei überwiegend von der privaten Kundschaft bewirkt.

iii. Dienstleistungsgeschäft

Das Geschäftsjahr 2021 war im Bereich der Dienstleistungen erneut geprägt durch das Wertpapier- sowie das Konsumentenkreditgeschäft.

Im Bereich der Konsumentenkredite musste – wiederum belastet durch die Auswirkungen der Covid-19 Pandemie – ein nochmaliger Rückgang des Vermittlungsvolumens um 2,5 Mio. € bzw. 11,4 % verzeichnet werden. Unsere im Vorjahr getroffene Einschätzung eines moderaten Anstiegs im Jahr 2021 wurde somit verfehlt.

Die Wertpapierumsätze stiegen gegenüber dem Vorjahr deutlich um 5,6 % und erreichten einen Wert von 195,0 Mio. €. Die im Vorjahr getroffene Erwartung eines spürbaren Umsatzanstiegs im Wertpapiergeschäft konnte somit erreicht werden. Der Schwerpunkt lag hierbei bei gegenüber dem Vorjahr spürbar erhöhten Umsätzen bei den Anteilen an Investmentvermögen.

4. Darstellung, Analyse und Beurteilung der Lage

4.1 Vermögenslage

Die zum Jahresende ausgewiesene Sicherheitsrücklage beträgt 130,6 Mio. €. Sie erhöhte sich durch die Zuführung des Bilanzgewinns 2020 um 2,1 Mio. €. Insgesamt weist die Sparkasse inklusive des Bilanzgewinns 2021 vor Gewinnverwendung ein Eigenkapital von 132,7 Mio. € aus. Neben der Sicherheitsrücklage verfügt die Sparkasse über umfangreiche weitere aufsichtliche Eigenkapitalbestandteile. So wurde der Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB um 3,6 Mio. € auf 52,4 Mio. € erhöht. Hierin enthalten ist eine zusätzliche Vorsorge in Höhe von 7,9 Mio. € zur Absicherung des Risikos, das die Sparkasse während der voraussichtlich langfristigen Abwicklungsdauer der „Ersten Abwicklungsanstalt“ von 25 Jahren trägt; im Einzelnen verweisen wir auf die Angaben im Anhang zum Jahresabschluss 2021.

Die in Kapitel 1.2 „Veränderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen im Jahr 2021“ sowie dem Anhang beschriebenen Auswirkungen der BGH-Urteile im Zusammenhang mit dem AGB-Änderungsmechanismus (27. April 2021, AGB-Urteil, XI ZR 26/20) sowie den Zinsanpassungsklauseln in langfristigen Sparverträgen (6. Oktober 2021, XI ZR 234/20) auf die Vermögenslage beurteilen wir insgesamt als gering.

Die bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren für die Vermögenslage sind in der folgenden Tabelle aufgeführt:

	2021	2020
Gesamtkapitalquote nach CRR (%)	15,8 %	15,9 %
Kernkapitalquote nach CRR (%)	14,1 %	13,8 %

Die Gesamtkapitalquote gemäß Art. 92 CRR (Verhältnis der angerechneten Eigenmittel bezogen auf die anrechnungspflichtigen Positionen) beträgt am 31. Dezember 2021 15,8 % (Vorjahr 15,9 %) und übertrifft damit die aufsichtlichen Mindestanforderungen von 8,0 % gemäß CRR (zuzüglich SREP-Zuschlag sowie Kapitalerhaltungs- und antizyklischem Kapitalpuffer). Die anrechnungspflichtigen Positionen zum 31. Dezember 2021 betragen 1.213,7 Mio. € und die aufsichtlich anerkannten Eigenmittel 191,5 Mio. €.

Auch die harte Kernkapitalquote und die Kernkapitalquote übersteigen die aufsichtlich vorgeschriebenen Werte deutlich. Die Kernkapitalquote beläuft sich zum 31. Dezember 2021 auf 14,1 % der anrechnungspflichtigen Positionen nach CRR (im Vorjahr: 13,8 %).

Die im Vorjahr getroffene Erwartung einer – bedingt durch einen deutlichen Anstieg des Gesamtrisikobetrages sowie einer nur noch teilweisen bzw. abschmelzenden aufsichtlichen Anerkennung der existierenden Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB – merklichen Reduzierung der Gesamt- sowie der Kernkapitalquote konnte im Jahr 2021 vermieden werden. Die Verschuldungsquote gemäß Artikel 429 CRR (Verhältnis des Kernkapitals zur Summe der bilanziellen und außerbilanziellen Positionen) beträgt am 31. Dezember 2021 6,63 % und liegt damit über der aufsichtlichen Mindestanforderung von 3,0 %.

Auf Grundlage unserer Kapitalplanung bis zum Jahr 2026 ist auch weiterhin eine Übererfüllung der aufsichtlichen Anforderungen an die Eigenmittelausstattung als Basis für die Umsetzung unserer Geschäftsstrategie zu erwarten.

4.2 Finanzlage

Die Zahlungsfähigkeit der Sparkasse war im abgelaufenen Geschäftsjahr aufgrund einer angemessenen Liquiditätsvorsorge jederzeit gegeben.

Die als bedeutsamer finanzieller Leistungsindikator definierte Liquiditätsdeckungsquote (Liquidity Coverage Ratio - LCR) hat sich im Jahr 2021 wie folgt entwickelt:

	2021	2020
Liquiditätsdeckungsquote (Liquidity Coverage Ratio – LCR) nach CRR (%)	192 %	249 %

Die LCR lag im Jahr 2021 mit 192 % bis 294 % deutlich oberhalb des zu erfüllenden Mindestwerts von 100 %. Die im Vorjahr formulierte Erwartung hinsichtlich der Einhaltung der Liquiditätsanforderungen hat sich somit bestätigt. Zum 31. Dezember 2021 belief sich die LCR-Quote auf 192 %.

Die nunmehr ebenfalls als bedeutsamer finanzieller Leistungsindikator definierte strukturelle Liquiditätsquote (Net Stable Funding Ratio – NSFR), die als Ergänzung zur kurzfristig ausgelegten LCR beurteilen soll, inwiefern die Sparkasse ihre Zahlungsfähigkeit innerhalb der nächsten 12 Monate aufrechterhalten kann, lag ab dem Anwendungszeitpunkt der CRR II (28. Juni 2021) in einer Bandbreite von 138 % bis 139 %; damit wurde die aufsichtliche Mindestquote von 100 % durchgängig eingehalten.

Zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften wurden Guthaben bei der Deutschen Bundesbank geführt. Dispositionslinien bestehen darüber hinaus u. a. bei der Landesbank Hessen-Thüringen. Diese wurden seitens der Sparkasse im Laufe des Jahres 2021 allerdings nicht in Anspruch genommen. Offenmarktgeschäfte wurden im Jahr 2021 nicht getätigt.

Die Zahlungsbereitschaft ist nach unserer Finanzplanung auch für die absehbare Zukunft gewährleistet. Deshalb beurteilen wir die Finanzlage der Sparkasse als gut.

4.3 Ertragslage

Die wesentlichen Erfolgskomponenten der Gewinn- und Verlustrechnung laut Jahresabschluss sind in der folgenden Tabelle aufgeführt. Die Erträge und Aufwendungen sind nicht um periodenfremde und außergewöhnliche Posten bereinigt.

	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in Mio. €	in %
Zinsüberschuss[1]	33,2	35,9	-2,7	-7,6
Provisionsüberschuss[2]	24,6	24,2	0,4	1,5
Sonstige betriebliche Erträge	7,1	4,9	2,2	44,3
Personalaufwand	31,9	31,9	0,0	0,0
Anderer Verwaltungsaufwand	17,8	17,1	0,7	4,1
Sonstige betriebliche Aufwendungen[3]	3,8	3,9	-0,1	-3,3
Ergebnis vor Bewertung und Risikovorsorge	**11,4**	**12,2**	**-0,8**	**-6,3**
Ergebnis aus Bewertung und Risikovorsorge[4]	-1,5	-5,3	3,8	-71,7
Zuführungen Fonds für allgemeine Bankrisiken	3,6	1,2	2,4	200,0
Ergebnis vor Steuern	**6,3**	**5,7**	**0,6**	**11,2**
Steueraufwand	4,3	3,6	0,7	19,4
Jahresüberschuss	**2,1**	**2,1**	**0,0**	**0,0**

[1] Zinsüberschuss: GuV-Posten Nr. 1 bis 4
[2] Provisionsüberschuss: GuV-Posten Nr. 5 und 6
[3] Sonstige betriebliche Aufwendungen: GuV-Posten Nr. 11, 12 und 17
[4] Ergebnis aus Bewertung und Risikovorsorge: GuV-Posten Nr. 13 bis 16

Zur Analyse der Ertragslage wird für interne Zwecke und für den überbetrieblichen Vergleich der bundeseinheitliche Betriebsvergleich der Sparkassenorganisation eingesetzt, in dem eine detaillierte Aufspaltung und Analyse des Ergebnisses unserer Sparkasse erfolgt. Zur Ermittlung eines Betriebsergebnisses vor Bewertung werden die Erträge und Aufwendungen um periodenfremde und außergewöhnliche Posten bereinigt, die in der internen Darstellung dem neutralen Ergebnis zugerechnet werden. Nach Berücksichtigung des Bewertungsergebnisses ergibt sich das Betriebsergebnis nach Bewertung. Nach Abzug des neutralen Ergebnisses und der Steuern verbleibt der Jahresüberschuss.

Die bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren für die Ertragslage sind in der folgenden Tabelle aufgeführt:

	2021	2020
Betriebsergebnis vor Bewertung in Mio. €	10,2	12,0
Jahresergebnis nach Steuern und Ausschüttung in Mio. €	5,8	3,6

Das Betriebsergebnis vor Bewertung lag mit 10,2 Mio. € um 1,8 Mio. € unter dem Vorjahreswert. Ursächlich für diese Entwicklung war insbesondere ein deutlich rückläufiger Zinsüberschuss. Die im Vorjahr getroffene Einschätzung eines spürbar sinkenden ordentlichen Ergebnisses hat sich somit bestätigt.

Das Jahresergebnis nach Steuern und Ausschüttung – ohne Effekte aus latenten Steuern – belief sich im Vorjahr auf 3,6 Mio. €. Vor der noch ausstehenden Entscheidung der Vertretung des Trägers über die Verwendung des Jahresüberschusses beläuft sich der Wert im Geschäftsjahr auf 5,8 Mio. €. Die Erwartung eines moderat rückläufigen Jahresergebnisses, welches eine ebenfalls moderate Stärkung der Eigenmittel der Sparkasse zulässt, wurde damit übertroffen.

Auf Basis der Daten der Gewinn- und Verlustrechnung haben sich die einzelnen Komponenten wie folgt entwickelt:
Im Geschäftsjahr hat sich der Zinsüberschuss als Summe der GuV-Posten Nr. 1 bis 4 spürbar um 7,6 % auf 33,2 Mio. € reduziert. Zum einen ist der Zinsertrag infolge des im Jahresverlauf 2021 anhaltenden Niedrig- bzw. Negativzinsniveaus nochmals spürbar gesunken. Zum anderen ergab sich aufgrund von Belastungen aus der vorzeitigen Schließung von Swapgeschäften auch beim Zinsaufwand ein deutlicher Anstieg gegenüber dem Vorjahr. Demgegenüber waren im Bereich der Wertpapieranlagen gegenüber dem Vorjahr erhöhte Ausschüttungen aus Fondspositionen zu verzeichnen. Auf Basis der Zahlen des Betriebsvergleiches der Sparkassen-Finanzgruppe hat sich der Zinsüberschuss entsprechend unserer im Vorjahr grundsätzlich getroffenen Einschätzung deutlich um 3,5 % reduziert.

Analog zu unserer Vorjahreseinschätzung konnten wir beim Provisionsergebnis eine leichte Steigerung erreichen. So konnte der Provisionsüberschuss gegenüber dem Vorjahr um 0,4 Mio. € bzw. 1,5 % gesteigert werden. Ursächlich hierfür sind in erster Linie Steigerungen des Provisionsertrages aus dem Wertpapiergeschäft. Demgegenüber blieben die Erträge im Giroverkehr hinter unseren Planungen zurück. Dies ist auf Rückerstattungen für im Geschäftsjahr vereinnahmte Gebühren im Zusammenhang mit dem BGH-Urteil vom 27. April 2021 zum AGB-Änderungsmechanismus zurückzuführen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge erhöhten sind um 44,3 % auf 7,1 Mio. €. Treiber hierfür waren Auflösungen von Pensionsrückstellungen i. H. v. 2,9 Mio. €.

Entgegen der Vorjahrseinschätzung eines moderaten Anstiegs konnte der Personalaufwand auf dem Niveau des Vorjahres (31,9 Mio. €) gehalten werden.

Die anderen Verwaltungsaufwendungen erhöhten sich erwartungsgemäß um 0,7 Mio. € bzw. 4,1 %. Haupttreiber für den Anstieg waren insbesondere deutlich höhere Pflichtbeiträge und Umlagen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen als Summe der GuV-Posten 11, 12 und 17 reduzierten sich leicht um 0,1 Mio. € bzw. 3,3 %.

Das saldierte Ergebnis aus der Bewertung und Risikovorsorge (GuV-Posten Nr. 13 bis 16) weist – nach einem Aufwand von 5,3 Mio. € im Vorjahr – im Jahr 2021 einen deutlich reduzierten Aufwand von 1,5 Mio. € auf. Entgegen der im Vorjahr ausgesprochenen Erwartungshaltung eines spürbar steigenden negativen Bewertungsergebnisses im Kreditgeschäft ergaben sich im Jahr 2021 keine signifikanten Corona-Belastungen im Kreditgeschäft, so dass sich hier per Saldo ein leicht positives Bewertungsergebnis ergab. Demgegenüber stellt sich das Bewertungsergebnis aus den Wertpapieranlagen aufgrund des insgesamt gestiegenen Zinsniveaus moderat – und damit etwas stärker als erwartet – negativ dar. Sonstige Bewertungsmaßnahmen waren nicht erforderlich.

Die in Kapitel 1.2 „Veränderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen im Jahr 2021“ sowie dem Anhang beschriebenen Auswirkungen der BGH-Urteile im Zusammenhang mit dem AGB-Änderungsmechanismus (27. April 2021, AGB-Urteil, XI ZR 26/20) sowie den Zinsanpassungsklauseln in langfristigen Sparverträgen (6. Oktober 2021, XI ZR 234/20) auf die Ertragslage beurteilen wir insgesamt als nicht unerheblich.

Der Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB wurde nochmals um 3,6 Mio. € aufgestockt.

Für das Geschäftsjahr 2021 war ein um 0,7 Mio. € auf 4,3 Mio. € gestiegener Steueraufwand auszuweisen. Hierin enthalten ist auch ein Aufwand von 0,2 Mio. € aus der Veränderung der Steuerabgrenzung nach § 274 HGB.

Die Vertretung des Trägers entscheidet nach der Feststellung des Jahresabschlusses über die Verwendung des Jahresüberschusses i. H. v. 2,1 Mio. €.

Der Vorstand ist vor dem Hintergrund der Belastungen in Folge der Corona-Pandemie, der immer noch anhaltenden Niedrigzinsphase sowie der Tatsache, dass die im Vorjahr getroffene Prognose eines moderat rückläufigen Jahresergebnisses nach Steuern übertroffen werden konnte, mit der Entwicklung der Ertragslage im Jahr 2021 zufrieden.

Die gemäß § 26a Absatz 1 Satz 4 KWG offenzulegende Kapitalrendite, berechnet als Quotient aus Nettogewinn (Jahresüberschuss) und Bilanzsumme, betrug im Geschäftsjahr 2021 0,07 %.

Gesamtaussage zum Geschäftsverlauf und zur Lage

Vor dem Hintergrund der konjunkturellen Rahmenbedingungen bewerten wir die Geschäftsentwicklung und die Lage im abgelaufenen Jahr als zufriedenstellend. Dies insbesondere vor dem Hintergrund, dass die für das Jahr 2021 formulierten Ziele bzw. Planungen weitestgehend erreicht werden konnten. Im Ergebnis wird eine – die Prognose übersteigende – spürbare Stärkung unseres wirtschaftlichen Eigenkapitals ermöglicht.

C. Nachtragsbericht

Die Nachtragsberichterstattung erfolgt gemäß § 285 Nr. 33 HGB im Anhang.

D. Risiko- und Chancenbericht

1. Risikomanagementsystem

In der Geschäftsstrategie werden die Ziele des Instituts für jede wesentliche Geschäftstätigkeit sowie die Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele dargestellt. Die Risikostrategie umfasst die Ziele der Risikosteuerung der wesentlichen Geschäftsaktivitäten sowie die Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele.

Im Zentrum der Geschäftsaktivitäten der Sparkasse steht die Erwirtschaftung der benötigten Jahresüberschüsse zur Erreichung der angestrebten Eigenkapitalquoten. Einen Teilaspekt dieses Zieles stellt die rentable Nutzung des Eigenkapitals durch das bewusste Eingehen von Risiken, deren aktive Steuerung sowie die gezielte Transformation von Risiken dar. Hierbei verfolgt die Stadtsparkasse Oberhausen das Konzept der „einfachen und sicheren Sparkasse“, welches u. a. durch die Begrenzung von Kreditrisiken sowie eine konservative und benchmarkorientierte Vermögensanlage gekennzeichnet ist.

Die Risikoinventur umfasst die systematische Identifizierung der Risiken sowie die Einschätzung der Wesentlichkeit unter Berücksichtigung der mit den Risiken verbundenen Risikokonzentrationen. Basis der Risikoinventur bildet das Gesamtrisikoprofil als Zusammenstellung der relevanten Risikoarten bzw. -kategorien.

Auf Grundlage der für das Geschäftsjahr 2021 durchgeführten Risikoinventur wurden folgende Risiken als wesentlich eingestuft:

Risikoart/-kategorie	
Adressenrisiken	Kundengeschäft
	Eigengeschäft
Marktpreisrisiken	Zinsänderungsrisiko
	Spreadrisiko
	Aktienrisiko
	Immobilienrisiko
Beteiligungsrisiken	
Liquiditätsrisiken	Zahlungsunfähigkeitsrisiko
	Refinanzierungskostenrisiko
Operationelle Risiken	
Sonstige Risiken	Modellrisiko

Zentrales Element unserer Risikosteuerung ist das implementierte Risikotragfähigkeitskonzept. Die Stadtsparkasse Oberhausen setzt ein periodenorientiertes System ein. Die periodische Risikotragfähigkeitsbetrachtung ist als primärer und einziger Steuerungskreis in der Sparkasse definiert. Der Ermittlung der periodischen Risikotragfähigkeit liegt ein Going-Concern-Ansatz zu Grunde, nach dem die Fortführung des Geschäftsbetriebes sowie die Erfüllung der regulatorischen Mindestkapitalanforderungen auch bei Verlust des bereitgestellten Risikodeckungspotenzials sichergestellt sein müssen. Zur Berechnung des gesamtinstitutsbezogenen Risikos wurde das Konfidenzniveau auf 99,0 % und eine rollierende Zwölf-Monats-Betrachtung einheitlich festgelegt. Darüber hinaus werden auch einzelne Risikoszenarien zur Risikoquantifizierung eingesetzt.

Die Berechnung des Risikodeckungspotenzials erfolgt monatlich, während die Risikoquantifizierung und somit die Risikotragfähigkeit vierteljährlich ermittelt wird.

Der Going-Concern-Sichtweise folgend zielt das Risikotragfähigkeitssystem auf die Sicherung einer Mindesteigenkapitalquote ab. Demzufolge bilden im Rahmen der periodenorientierten Risikotragfähigkeit das über die intern festgelegte Mindest-Eigenkapitalquote hinausgehende freie Eigenkapital und das Planergebnis nach Steuern (nach Abzug der erwarteten Verluste aus dem Kundenkreditgeschäft und aus Beteiligungsrisiken sowie der schwebenden Verluste aus Wertpapieren) die Risikodeckungsmasse. Zur Ermittlung des endgültigen Risikodeckungspotenzials werden von der zuvor ermittelten Risikodeckungsmasse Puffer für einzelne Risikoarten (Modell-, Kosten-, Provisions- und Liquiditätsrisiken) sowie die aus der Bankenabgabe resultierenden Eventualverbindlichkeiten abgezogen.

Anschließend legt die Geschäftsleitung entsprechend ihrer Risikoneigung fest, welchen Anteil des Risikodeckungspotenzials sie als Risikolimit für unerwartete Risiken zur Verfügung stellt bzw. welcher Freiraum zwischen Risikodeckungspotenzial und Gesamtbanklimit zu jedem Stichtag gegeben sein muss.

Am Jahresanfang hat der Vorstand für das Jahr 2021 Risikolimite auf Basis unserer Risikotragfähigkeitsberechnung festgelegt. Alle wesentlichen Risiken werden auf die entsprechenden Limite angerechnet oder vom Risikodeckungspotential in Form von Abzugsposten abgezogen (Liquiditätsrisiko, Modellrisiko). Unser Risikodeckungspotenzial und die bereitgestellten Limite reichten auf Basis unserer Risikoberichte sowohl unterjährig als auch zum Bilanzstichtag aus, um die vorhandenen Risiken abzudecken.

Die prozentualen Anteile der Risiken sowie der Limite am Risikodeckungspotenzial stellen sich zum 31. Dezember 2021 wie folgt dar:

	Anteile am Risikodeckungspotenzial in %	
	Risiken	**Limite**
Bewertungsrisiko Wertpapiere	31,3	37,1
Adressenrisiken Kundengeschäft	12,7	14,5
Zinsspannenrisiko	7,2	9,6
Beteiligungsrisiken	9,6	9,7
Operationelle Risiken	3,9	4,1
SUMME	**64,7**	**75,0**

Die zuständige Abteilung steuert die Risiken im Rahmen der bestehenden organisatorischen Regelungen und der Limitvorgaben des Vorstands.

Die der Risikotragfähigkeit zu Grunde liegenden Annahmen sowie die Angemessenheit der Methoden und Verfahren werden jährlich überprüft.

Stresstests werden regelmäßig durchgeführt. Im Rahmen ergänzender Untersuchungen haben wir regelmäßig auch mögliche Auswirkungen der Covid-19 Krise auf die Ertrags- und Risikolage der Sparkasse untersucht. Als Ergebnis dieser Simulationen ist festzuhalten, dass die aufsichtsrechtlichen Mindestanforderungen an die Eigenmittelausstattung auch bei Eintritt außergewöhnlicher, aber plausibel möglicher Ereignisse eingehalten werden. Bei Eintritt des Szenarios „schwerer konjunktureller Abschwung“ wäre allerdings die Risikotragfähigkeit nur noch knapp gegeben. Aufgrund dessen wurde festgelegt, die in der Sparkasse erarbeiteten und zum Teil bereits eingeleiteten Maßnahmen zur Stärkung der ordentlichen Ergebnissituation sowie zur Begrenzung der Risiken im Kundenkreditgeschäft sowie bei den Eigenanlagen der Sparkasse weiterhin konsequent umzusetzen.

Um einen möglichen etwaigen Kapitalbedarf rechtzeitig identifizieren zu können, besteht ein zukunftsgerichteter Kapitalplanungsprozess bis zum Jahr 2026. Dabei wurden Annahmen über die künftige Ergebnisentwicklung sowie den künftigen Kapitalbedarf getroffen, wie z. B. rückläufige Zinsüberschüsse aufgrund einer anhaltenden Niedrigzinsphase. Für den im Rahmen der Kapitalplanung betrachteten Zeitraum können die aufsichtsrechtlichen Mindestanforderungen an die Eigenmittelausstattung auch bei adversen Entwicklungen vollständig eingehalten werden. Nach dem Ergebnis der Planungen besteht zudem ein ausreichendes internes Kapital (einsetzbares Risikodeckungspotenzial), um die Risikotragfähigkeit im Betrachtungszeitraum unter Going-Concern-Aspekten sicherstellen zu können. Allerdings reduziert sich das für die Risikotragfähigkeit nach MaRisk verbleibende freie Risikodeckungspotential spürbar. Im adversen Szenario würde die Risikodeckungsmasse in den Jahren 2025 und 2026 unterhalb des vorläufigen Gesamtrisikolimits liegen. Um dieser Entwicklung sowie den insgesamt schwierigen Rahmenbedingungen frühzeitig entgegenzuwirken, wurden bereits konkrete Maßnahmen, mit denen die Ergebnis- und Risikosituation in den Folgejahren nachhaltig verbessert werden soll, erarbeitet und zum Teil bereits eingeleitet. Diese wurden in den Planungen berücksichtigt.

Der Sicherung der Funktionsfähigkeit und Wirksamkeit von Steuerungs- und Überwachungssystemen dienen die Einrichtung von Funktionstrennungen bei Zuständigkeiten und Arbeitsprozessen sowie insbesondere die Tätigkeit der Risikocontrolling-Funktion, der Compliance-Funktion und der Internen Revision.

Das Risikocontrolling, das aufbauorganisatorisch von Bereichen, die Geschäfte initiieren oder abschließen, getrennt ist, hat die Funktion, die wesentlichen Risiken zu identifizieren, zu beurteilen, zu überwachen und darüber zu berichten. Dem Risikocontrolling obliegt die Methodenauswahl, die Überprüfung der Angemessenheit der eingesetzten Methoden und Verfahren sowie die Errichtung und Weiterentwicklung der Risikosteuerungs- und -controllingprozesse. Zusätzlich verantwortet das Risikocontrolling die Umsetzung der aufsichtsrechtlichen und gesetzlichen Anforderungen, die Erstellung der Risikotragfähigkeitsberechnung und die laufende Überwachung der Einhaltung von Risikolimiten. Es unterstützt den Vorstand in allen risikopolitischen Fragen und ist an der Erstellung und Umsetzung der Risikostrategie maßgeblich beteiligt. Die für die Überwachung und Steuerung von Risiken zuständige Risikocontrolling-Funktion wird im Wesentlichen durch die Mitarbeiter der in der Abteilung Unternehmenssteuerung angesiedelte Gruppe Controlling wahrgenommen. Die Leitung der Risikocontrolling-Funktion obliegt der Gruppenleitung Risikocontrolling der Abteilung Unternehmenssteuerung und ist in dieser Funktion dem Marktfolgevorstand direkt unterstellt.

Zur Sicherstellung der Funktionsfähigkeit und Wirksamkeit der in der Sparkasse eingesetzten Steuerungs- und Überwachungssysteme existieren Notfallpläne für die Sparkasse sowie für deren Tochtergesellschaften.

Verfahren zur Aufnahme von Geschäftsaktivitäten in neuen Produkten oder auf neuen Märkten (Neu-Produkt-Prozess) sind festgelegt. Zur Einschätzung der Wesentlichkeit geplanter Veränderungen in der Aufbau- und Ablauforganisation sowie den IT-Systemen bestehen Definitionen und Regelungen.
Das Reportingkonzept umfasst die regelmäßige Berichterstattung sowohl zum Gesamtbankrisiko als auch für einzelne Risikoarten. Die Berichte enthalten neben quantitativen Informationen auch eine qualitative Beurteilung zu wesentlichen Positionen und Risiken. Auf besondere Risiken für die Geschäftsentwicklung und dafür geplante Maßnahmen wird gesondert eingegangen.
Der Verwaltungsrat als Aufsichtsorgan der Stadtsparkasse Oberhausen hat einen Risikoausschuss gebildet, der die Grundsätze der Risikopolitik und Risikosteuerung der Sparkasse mit dem Vorstand berät. Der Risikoausschuss wird vierteljährlich über die Risikosituation auf der Grundlage des Gesamtrisikoberichts informiert. Die zentralen Aspekte aus dem

Risikoreport werden dem gesamten Verwaltungsrat ebenfalls quartalsweise vorgestellt. Neben der turnusmäßigen Berichterstattung ist auch geregelt, in welchen Fällen eine Ad-hoc-Berichterstattung zu erfolgen hat.

Die Sparkasse setzt zur Steuerung der Zinsänderungsrisiken derivative Finanzinstrumente (Swapgeschäfte) ein. Sie wurden in die verlustfreie Bewertung des Bankbuches einbezogen. Daneben ist die Sparkasse per 31.12.2021 an drei Kreditbasket-Transaktionen der Sparkassen-Finanzgruppe beteiligt. Die hieraus resultierenden Kreditderivate halten wir aufgrund der vorgegebenen Symmetrie der Transaktion sowohl in der Position des Sicherungsnehmers als auch als Sicherungsgeber. Dabei handelt es sich um in emittierte Credit Linked Notes eingebettete Credit Default Swaps. Die per 31.12.2021 bestehenden Finanzderivate können der Übersicht im Anhang zum Jahresabschluss entnommen werden.

2. Strukturelle Darstellung der wesentlichen Risiken

2.1 Adressenrisiken

Unter dem Adressenrisiko wird eine negative Abweichung vom Erwartungswert einer bilanziellen oder außerbilanziellen Position verstanden, die durch eine Bonitätsverschlechterung einschließlich Ausfall eines Schuldners bedingt ist. Dabei wird das Adressenrisiko in das Ausfall- sowie das Migrationsrisiko eines Schuldners unterteilt. Das Ausfallrisiko umfasst die Gefahr einer negativen Abweichung vom Erwartungswert, welche aus einem drohenden bzw. vorliegenden Zahlungsausfall eines Schuldners folgt. Das Migrationsrisiko bezeichnet die Gefahr einer negativen Abweichung vom Erwartungswert, welche daraus folgt, dass sich im Zeitablauf die Bonitätseinstufung (Ratingklasse) des Schuldners innerhalb der Ratingklassen, die keinen Ausfall darstellen, ändert und damit ein im Vergleich zur Erwartung möglicherweise höherer Spread gegenüber der risikolosen Zinskurve berücksichtigt werden muss.

Das Länderrisiko setzt sich aus dem bonitätsinduzierten Länderrisiko und dem Ländertransferrisiko zusammen. Das bonitätsinduzierte Länderrisiko im Sinne eines Ausfalls oder einer Bonitätsveränderung eines Schuldners ist Teil des Adressenrisikos im Kunden- bzw. Eigengeschäft. Der Schuldner kann ein ausländischer öffentlicher Haushalt oder ein Schuldner sein, der nicht selbst ein öffentlicher Haushalt ist, aber seinen Sitz im Ausland und somit in einem anderen Rechtsraum hat. Unter dem Ländertransferrisiko wird die Gefahr verstanden, dass ein ausländischer Schuldner oder ein Schuldner mit Sitz im Ausland trotz eigener Zahlungsfähigkeit aufgrund fehlender Transferfähigkeit oder -bereitschaft seines Sitzlandes seine Zahlungen nicht fristgerecht oder überhaupt nicht leisten kann. Für die Sparkasse stellt das Länderrisiko kein wesentliches Risiko dar. Zum einen ist der Anteil der Kundenkreditforderungen außerhalb Deutschlands an den gesamten Forderungen marginal. Zum anderen haben die Emittenten der erworbenen Unternehmensanleihen ihren Sitz überwiegend in der Eurozone.

Adressenausfallrisiken im Kundengeschäft

Die Steuerung der Adressenausfallrisiken des Kundengeschäfts erfolgt entsprechend der festgelegten Strategie unter besonderer Berücksichtigung der Größenklassenstruktur, der Bonitäten, der Branchen, der gestellten Sicherheiten sowie des Risikos der Engagements.

Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:

- Trennung zwischen Markt (1. Votum) und Marktfolge (2. Votum) bis in die Geschäftsverteilung des Vorstands
- regelmäßige Bonitätsbeurteilung und Beurteilung der Kapitaldienstfähigkeit auf Basis aktueller Unterlagen
- Einsatz standardisierter Risikoklassifizierungsverfahren (Rating- und Scoringverfahren) in Kombination mit bonitätsabhängiger Preisgestaltung und bonitätsabhängigen Kompetenzen
- interne, bonitätsabhängige Richtwerte für Kreditobergrenzen, die unterhalb der Großkreditgrenzen des KWG liegen, dienen der Vermeidung von Risikokonzentrationen im Kundenkreditportfolio. Einzelfälle, die diese Obergrenze überschreiten, unterliegen einer verstärkten Beobachtung
- regelmäßige Überprüfung von Sicherheiten
- Einsatz eines Risikofrüherkennungsverfahrens, das gewährleistet, dass bei Auftreten von signifikanten Bonitätsverschlechterungen frühzeitig risikobegrenzende Maßnahmen eingeleitet werden können
- festgelegte Verfahren zur Überleitung von Kreditengagements in die Intensivbetreuung oder Sanierungsbetreuung
- Berechnung der Adressenausfallrisiken für die Risikotragfähigkeit mit dem Kreditrisikomodell „Credit Portfolio View“
- Einsatz von Sicherungsinstrumenten zur Reduzierung vorhandener Risikokonzentrationen
- Kreditportfolioüberwachung auf Gesamthausebene mittels regelmäßigem Reporting

Das Kreditgeschäft der Sparkasse gliedert sich in drei große Gruppen: Das Unternehmenskunden-, das Privatkunden- sowie das Kommunalkreditgeschäft.

Kreditgeschäft der Sparkasse	Buchforderungen	
	31.12.2021 Mio. €	**31.12.2020 Mio. €**
Unternehmenskundenkredite	768	769
Privatkundenkredite	826	768
Kommunalkredite	505	487
Sonstige Kredite[1]	28	24
Gesamt	**2.127**	**2.048**

[1] Kredite an Organisationen ohne Erwerbszweck sowie an ausländische Nichtbanken

Zum 31. Dezember 2021 wurden etwa 36 % der zum Jahresende ausgelegten Kreditmittel an Unternehmen und wirtschaftlich selbstständige Privatpersonen vergeben, 39 % an wirtschaftlich unselbstständige und sonstige Privatpersonen sowie 24 % an inländische öffentliche Haushalte. Damit weist die Stadtsparkasse Oberhausen im Vergleich zum Verbandsdurchschnitt einen stark überproportionalen Anteil an öffentlichen und korrespondierend dazu einen unterdurchschnittlichen Anteil an privaten und gewerblichen Kreditnehmern auf.

Die regionale Wirtschaftsstruktur spiegelt sich auch im Kreditgeschäft der Sparkasse wider. Die mit einem Anteil von 27,7 % mit Abstand größte (Ober-) Branche „Grundstücks- und Wohnungswesen“ setzt sich aus verschiedenen Teilbranchen zusammen, die wiederum den beiden Bereichen Gewerbe- oder Wohnungsbau zugeordnet werden können. Darüber hinaus entfallen jeweils 8,7 % auf Ausleihungen an Unternehmen der Branche Gastgewerbe sowie auf Ausleihungen an Unternehmen im Kredit- und Versicherungswesen.

Die Größenklassenstruktur zeigt insgesamt eine breite Streuung des Ausleihgeschäfts. 61,5 % des Gesamtkreditvolumens im Sinne des § 19 Abs. 1 KWG entfallen auf Kreditengagements mit einem Kreditvolumen bis 5,0 Mio. €. Der Anteil der Kreditengagements mit einem Kreditvolumen von mehr als 5,0 Mio. €, der sich per 31.12.2021 auf insgesamt 36 Kreditnehmer verteilt, wird maßgeblich durch den vergleichsweise hohen Anteil von Ausleihungen an inländische öffentliche Haushalte beeinflusst.

Die Kredit-Risikostrategie ist ausgerichtet auf Kreditnehmer mit guten Bonitäten bzw. geringeren Ausfallwahrscheinlichkeiten. Dies wird durch die Neugeschäftsplanung unterstützt. Hierdurch ergibt sich folgende Ratingklassenstruktur im Kundengeschäft:

Ratingklasse	**31.12.2021 Volumen in %**	**31.12.2020 Volumen in %**
1 bis 9	94,0	93,3
10 bis 15	3,7	4,2
16 bis 18	2,3	2,5

Konzentrationen bestehen im Kreditportfolio im Bereich der regionalen, grundpfandrechtlichen Sicherheiten sowie hinsichtlich der Größenklassenstruktur.

Insgesamt sind wir dennoch der Auffassung, dass unser Kreditportfolio sowohl nach Branchen und Größenklassen als auch nach Ratinggruppen gut diversifiziert ist.

Zur Absicherung von Adressenausfallrisiken hat die Sparkasse 10 Einzelkreditnehmer mit einem Kreditvolumen von insgesamt 23,0 Mio. € in die Sparkassen-Kreditbaskets (über die Emission von Originatoren-Credit Linked Notes) eingebracht.

Risikovorsorgemaßnahmen sind für alle Engagements vorgesehen, bei denen nach umfassender Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Kreditnehmer davon ausgegangen werden kann, dass es voraussichtlich nicht mehr möglich sein wird, alle fälligen Zins- und Tilgungszahlungen gemäß den vertraglich vereinbarten Kreditbedingungen zu vereinnahmen. Bei der Bemessung der Risikovorsorgemaßnahmen werden die voraussichtlichen Realisationswerte der gestellten Sicherheiten berücksichtigt. Im Rahmen der dazu notwendigen Zukunftsbetrachtung haben wir das aktuelle gesamtwirtschaftliche Umfeld, die Situation einzelner Branchen sowie Einschätzungen zur Entwicklung der Covid-19 Pandemie ebenso wie staatliche Stabilisierungsmaßnahmen berücksichtigt. Sofern unter diesen Rahmenbedingungen und Annahmen keine

nachhaltige Schuldendienstfähigkeit von Kreditnehmern zu erwarten ist, haben wir eine Einzelwertberichtigung gebildet. Die der aktuellen Covid-19 Krise immanenten Schätzungsunsicherheiten und Ermessensspielräume haben wir im Sinne der kaufmännischen Vorsicht berücksichtigt bzw. ausgeübt.

Für latente Risiken im Forderungsbestand haben wir Pauschalwertberichtigungen gebildet. Mit Blick auf den vom IDW am 13. Dezember 2019 veröffentlichten und ab dem Geschäftsjahr 2022 verpflichtend anzuwendenden RS BFA 7 zur Bemessung von Pauschalwertberichtigungen haben wir eine Pauschalwertberichtigung in Höhe des erwarteten Verlustes über einen Betrachtungszeitraum von 12 Monaten gebildet, der sich im Wesentlichen an dem auch für Zwecke des internen Risikomanagements ermittelten und verwendeten Wert orientiert. Das Verfahren für die Bildung der Pauschalwertberichtigungen ist im Anhang zum Jahresabschluss erläutert.

Der Vorstand wird grundsätzlich vierteljährlich über die Entwicklung der Strukturmerkmale des Kreditportfolios, die Einhaltung der Limite und die Entwicklung der notwendigen Vorsorgemaßnahmen für Einzelrisiken schriftlich unterrichtet. Eine Ad-hoc-Berichterstattung ergänzt bei Bedarf das standardisierte Verfahren.

Die Entwicklung der Risikovorsorge in 2021 weist im Vergleich zum Vorjahr eine rückläufige Entwicklung auf. Das leicht positive Bewertungsergebnis Kredit von 0,3 Mio. € ist auf höhere Auflösungen als Neubildungen und Erhöhungen zurückzuführen. Bislang sind somit keine gravierenden wirtschaftlichen Folgen der Covid-19-Pandemie auf unsere Forderungen zu verzeichnen. Das Risikolimit für unerwartete Adressenrisiken aus dem Kundenkreditgeschäft wurde im Jahr 2021 durchgängig eingehalten.

Adressenausfallrisiken im Eigengeschäft

Die Adressenausfallrisiken im Eigengeschäft umfassen die Gefahr einer negativen Abweichung vom Erwartungswert, welche einerseits aus einem drohenden bzw. vorliegenden Zahlungsausfall eines Emittenten oder eines Kontrahenten (Ausfallrisiko) resultiert, andererseits aus der Gefahr entsteht, dass sich im Zeitablauf die Bonitätseinstufung (Ratingklasse) des Schuldners innerhalb der Ratingklassen 1 bis 16 (gemäß Sparkassenlogik) ändert und damit ein möglicherweise höherer Spread gegenüber der risikolosen Zinskurve berücksichtigt werden muss (Migrationsrisiko). Dabei unterteilt sich das Kontrahentenrisiko in ein Wiedereindeckungsrisiko und ein Erfüllungsrisiko. Zudem gibt es im Eigengeschäft das Risiko, dass die tatsächlichen Restwerte der Emissionen bei Ausfall von den prognostizierten Werten abweichen. Ferner beinhalten Aktien eine Adressenrisikokomponente. Dieses Einzelaktienausfallrisiko umfasst nicht marktypische negative Wertveränderungen bis hin zum kompletten Wertverlust, welcher auf die Insolvenz des Emittenten zurückzuführen ist.

Die Steuerung der Adressenausfallrisiken des Eigengeschäfts erfolgt entsprechend der festgelegten Strategie unter besonderer Berücksichtigung der Größenklassenstruktur, der Bonitäten sowie des Risikos der Engagements.

Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:
- Festlegung von Limiten je Partner (Emittenten- und Kontrahentenlimite)
- Regelmäßige Bonitätsbeurteilung der Vertragspartner anhand externer Ratingeinstufungen sowie weiterer öffentlich zugänglicher Informationen

Die Eigengeschäfte umfassen zum Bilanzstichtag ein Volumen von 279,4 Mio. € (Vorjahr: 282,2 Mio. €). Wesentliche Positionen sind dabei die Schuldverschreibungen und Anleihen (99,6 Mio. €), Wertpapierspezialfonds (115,2 Mio. €), Immobilienspezialfonds (13,4 Mio.€) und sonstige Investmentfonds (49,5 Mio. €). Als Folge der in der Sparkasse festgelegten Anlagerestriktionen ist die Struktur der Eigenanlagen geprägt durch öffentliche Anleihen sowie durch Inhaberschuldverschreibungen von deutschen Kreditinstituten und Unternehmensanleihen.

Die direkt durch die Sparkasse gehaltenen Schuldverschreibungen und Anleihen verfügen – mit Ausnahme der im Rahmen der Sparkassen-Kreditbaskets erworbenen Initiatoren-Credit Linked Notes sowie einer geringfügigen Verbriefungstransaktion – über ein Rating im Bereich des Investmentgrades. Lediglich eine Schuldverschreibung eines deutschen Kreditinstitutes (4,0 Mio. €) mit Fälligkeit im ersten Quartal 2022 liegt unterhalb des Investmentgrade Bereiches. Bei den Anteilen an Wertpapierspezialfonds sowie den sonstigen Investmentfonds wird der Anteil der Positionen mit Ratings unterhalb des Investmentgrades durch die festgelegten Volumenslimite für die einzelnen Assetklassen sowie bei den Spezialfonds zusätzlich durch die definierten Wertuntergrenzen begrenzt.

Es existieren keine wesentlichen Konzentrationen hinsichtlich der Adressenausfallrisiken im Eigengeschäft.

Das Länderrisiko, das sich aus unsicheren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen eines anderen Landes ergeben kann, ist für die Sparkasse von untergeordneter Bedeutung.

Eine separate Limitierung der Adressenausfallrisiken aus Eigenanlagen erfolgte für das Jahr 2021 nicht. Diese wurden gemeinsam mit den weiteren Adressrisiken aus dem Kundengeschäft zusammengefasst, deren Risikolimit in 2021 durchgängig eingehalten wurde.

2.2 Marktpreisrisiken

Mit Marktpreisrisiken werden die möglichen Gefahren bezeichnet, die durch Veränderungen von marktabhängigen Parametern wie Zinsen, Creditspreads, Immobilien- und Rohstoffpreise, Volatilitäten, Fonds-, Fremdwährungs- und Aktienkursen zu Verlusten oder Wertminderungen führen können.

Für die Sparkasse weisen insbesondere das Zinsänderungs-, das Spread-, das Aktienkurs- und das Immobilienrisiko zentrale Bedeutung auf.

Die Steuerung der Marktpreisrisiken erfolgt entsprechend der festgelegten Strategien unter besonderer Berücksichtigung der festgelegten Limite und der vereinbarten Anlagerichtlinien für Spezialfonds. Die Steuerung der Marktpreisrisiken aus Eigenhandelsgeschäften erfolgt anhand einer G.u.V.-orientierten Ermittlung des Abschreibungsrisikos. Sämtliche Marktpreisrisiken des Eigenanlagegeschäftes werden wöchentlich nach Art und Höhe bewertet und an die Geschäftsleitung kommuniziert.

Marktpreisrisiken aus Zinsen (Zinsänderungsrisiken)

Das Zinsänderungsrisiko wird definiert als die Gefahr einer negativen Abweichung vom Erwartungswert einer bilanziellen oder außerbilanziellen Position, welche sich aus der Veränderung der risikolosen Zinskurve ergibt. Ferner ist die Gefahr einer unerwarteten Rückstellungsbildung bzw. -erhöhung im Rahmen der verlustfreien Bewertung des Bankbuchs gemäß IDW RS BFA 3 zu berücksichtigen. Im Sinne dieser Definition werden alle zinstragenden Positionen des Anlagebuchs betrachtet. Ebenso Teil des Zinsänderungsrisikos ist das Risiko, dass der geplante Zinskonditions- bzw. Strukturbeitrag unterschritten wird.

Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:

- Periodische Ermittlung, Überwachung und Steuerung der Zinsänderungsrisiken des Anlagebuchs über die IT-Anwendung Integrierte Zinsbuchsteuerung Plus mittels Simulationsverfahren auf Basis verschiedener Risikoszenarien (Haltedauer 12 Monate, Konfidenzniveau 99,0 %). Die größte negative Auswirkung auf die Gewinn- und Verlustrechnung im Vergleich zum Planszenario stellt das Szenario dar, welches auf das Risikotragfähigkeitslimit angerechnet wird.
- Betrachtung des laufenden Geschäftsjahres und der fünf Folgejahre bei der Bestimmung der Auswirkungen auf das handelsrechtliche Ergebnis.
- Aufbereitung der Cashflows für die Berechnung von wertorientierten Kennzahlen zu Risiko und Ertrag sowie des Zinsrisikokoeffizienten gemäß § 25a Abs. 2 KWG und BaFin-Rundschreiben 6/2019. Für Geschäfte ohne feste Zins- oder Kapitalbindungen werden dabei produktspezifische Annahmen zugrunde gelegt, die aus historischen Daten oder über eine Analyse und Prognose der zukünftigen Entwicklungen abgeleitet wurden.
- Ermittlung des Verlustrisikos (Value-at-Risk) für den aus den Gesamtzahlungsströmen errechneten Barwert auf Basis der historischen Simulation der Marktzinsänderungen. Die negative Abweichung der Performance über den Planungshorizont 12 Monaten von diesem statistisch erwarteten Wert wird mit einem Konfidenzniveau von 99,0 % berechnet. Zur Beurteilung des Zinsänderungsrisikos orientiert sich die Sparkasse an einer definierten Benchmark (angelehnt an die Struktur des gleitenden 10-Jahresdurchschnitts, wobei die Höhe des maximalen Risikos bei Eintritt des aufsichtsrechtlich vorgegebenen Zinsschocks von +/- 200 Basispunkten durch die Einhaltung der Obergrenze von 2,75 % der Risikoaktiva determiniert wird. Abweichungen zeigen ggf. einen Bedarf an Steuerungsmaßnahmen auf und dienen als zusätzliche Information für zu tätigende Geschäfte.
- Regelmäßige Überprüfung, ob bei Eintritt des unterstellten Risikoszenarios eine Drohverlustrückstellung gemäß IDW RS BFA 3 n. F. zu bilden wäre.

Im Rahmen der Gesamtbanksteuerung wurden zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken derivative Finanzinstrumente in Form von Zinsswaps eingesetzt (vgl. Angaben im Anhang zum Jahresabschluss).

Auf Basis des Rundschreibens 6/2019 (BA) der BaFin vom 12. Juni 2019 (Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch) haben wir zum Stichtag 31. Dezember 2021 die barwertige Auswirkung einer Adhoc-Parallelverschiebung der Zinsstrukturkurve um + bzw. - 200 Basispunkte errechnet.

Währung	**Zinsänderungsrisiken**	
	Zinsschock (+200 / -200 BP)	
	Wertänderung +200 BP	**Wertänderung -200 BP**
T€	**- 29.772,9**	**- 8.703,7**

Konzentrationen bestehen bei den Zinsänderungsrisiken in folgenden Bereichen:

- Laufzeitstruktur des Zinsbuches hinsichtlich möglicher Konzentrationen oder Ungleichverteilungen des Cashflows auf einzelne Laufzeitbänder.
- Anteil des Strukturbeitrages (= Ergebnis aus der Fristentransformation) am Zinsüberschuss
- Existenz hochvolumiger Sondertilgungsrechte einzelner Kreditnehmer

Um diese Konzentrationen zu begrenzen, werden Steuerungsmaßnahmen zur Anpassung bzw. Aussteuerung von Cashflow-Überhängen abgeschlossen, um die angestrebte Benchmarkstruktur mit einem entsprechenden Hebel zu erreichen. Zudem werden die bestehenden Sondertilgungsrechte regelmäßig ausgewertet und die Optionsrisiken über das Risikolimit für das Zinsspannenrisiko in der Risikotragfähigkeit der Stadtsparkasse Oberhausen berücksichtigt.

Marktpreisrisiken aus Spreads

Das Spreadrisiko wird allgemein definiert als die Gefahr einer negativen Abweichung vom Erwartungswert einer bilanziellen oder außerbilanziellen Position, welche sich aus der Veränderung von Spreads bei gleichbleibendem Rating ergibt. Dabei wird unter einem Spread der Aufschlag auf eine risikolose Zinskurve verstanden. Im Sinne dieser Definition ist also eine Spread-Ausweitung, die sich durch eine Migration ergibt, dem Adressenausfallrisiko zuzuordnen. Implizit enthalten im Spread ist auch eine Liquiditätskomponente.

Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:
- Keine Investments in Spreadrisiken zur Erzielung kurzfristiger Kursgewinne
- Regelmäßige Ermittlung der Marktpreisrisiken aus verzinslichen Positionen im Direktbestand auf Basis historischer Spreadaufschläge je Spreadklasse (VaR 99,0 % Konfidenzniveau, 12 Monate Haltedauer)
- Berücksichtigung von Risiken aus Publikumsfonds mittels Benchmarks, für die der VaR mit einem Konfidenzniveau von 99,0 % und einer Haltedauer von 12 Monaten ermittelt wird
- Berücksichtigung von Spreadrisiken aus Spezialfonds in der Risikoquantifizierung über die mit den Kapitalverwaltungsgesellschaften vereinbarten Wertuntergrenzen und eines darüberhinausgehenden Puffers für eine unterstellte Liquidation der Fonds (Ermittlung VaR, 99 % Konfidenzniveau, verschiedene Haltedauern (1-12 Monate) mittels historischer Analysen verschiedener Benchmarks für die jeweiligen Assetklassen)
- Anrechnung der ermittelten Risiken auf das bestehende Risikolimit Bewertungsrisiko Wertpapiere

Eine Risikokonzentration besteht bei den Spreadrisiken in der vorliegenden Depot A-Struktur, die zu 29,1 % in ungedeckte Titel (Unternehmensanleihen und Bankschuldverschreibungen) investiert ist und somit entsprechend auf Creditspreadausweitungen reagieren würde. Die Sparkasse hat Volumenlimite für die unterschiedlichen Assetklassen und Emittenten/Kontrahenten festgelegt, um eine Risikostreuung zu erzielen. Zudem erfolgen Neuanlagen nur im Rahmen eines vorhandenen Freiraums in der Risikotragfähigkeit.

Aktienkursrisiken

Das Marktpreisrisiko aus Aktien wird definiert als die Gefahr einer negativen Abweichung vom Erwartungswert einer bilanziellen oder außerbilanziellen Position, welche sich aus der Veränderung von Aktienkursen ergibt. Neben dem Marktpreisrisiko beinhalten Aktien auch eine Adressenrisikokomponente.

Der Aktienbestand der Sparkasse wird im Wesentlichen über zwei Spezialfonds gemanagt. Der Fokus liegt hierbei auf den europäischen Standardwerten. Die Spezialfonds verfügen per 31.12.2021 über ein Gesamtvermögen von 115,2 Mio. €, von denen in der Basisallokation ca. 13 % in Aktien investiert sein sollen. Tatsächlich beträgt das Volumen in Aktien 40,3 Mio. € per Ende 2021 und entspricht somit einer Quote von 35,0 %. Allerdings bestehen Absicherungsmaßnahmen für ein Volumen von 32,8 Mio. €. Das Aktienkursrisiko hieraus wird in der Risikoquantifizierung über die mit den Kapitalverwaltungsgesellschaften vereinbarten Wertuntergrenzen sowie dem zusätzlichen Risiko aus der unterstellten Fondsliquidation berücksichtigt und auf das bestehende Risikolimit Bewertungsrisiko Wertpapiere angerechnet.
Zudem wurden im Rahmen der Liquidation einer Beteiligungsgesellschaft im Jahr 2019 entsprechende Aktien von der Beteiligungsgesellschaft an die Sparkasse ausgekehrt und in den Direktbestand übernommen (Wert per 31.12.2021 1,6 Mio. €). Die Risikoquantifizierung erfolgt über die Kurshistorie (Haltedauer 12 Monate, Konfidenzniveau 99,0 %) und wird auf das bestehende Risikolimit Bewertungsrisiko Wertpapiere angerechnet.

Immobilienrisiken

Das Marktpreisrisiko aus Immobilien wird definiert als die Gefahr einer negativen Abweichung vom Erwartungswert einer bilanziellen oder außerbilanziellen Position, welche sich aus der Veränderung von Immobilienpreisen ergibt. Hier werden sowohl eigengenutzte Immobilien als auch Immobilieninvestitionen betrachtet. Bei den von der Sparkasse direkt gehaltenen Immobilien handelt es sich um betrieblich genutzte bzw. ehemals betrieblich genutzte Immobilien sowie damit in Zusammenhang stehende Wohnungen etc.. Aufgrund der Differenz zwischen Anschaffungs- und Buchwert sowie der jährlichen AfA sind keine besonderen Abschreibungsrisiken erkennbar, so dass eine zusätzliche Risikobetrachtung für den Bestand an eigenen Immobilien sowie eine Berücksichtigung in der Risikotragfähigkeit nicht erforderlich sind.

Immobilieninvestitionen unter Renditegesichtspunkten erfolgen über die 100-%ige Tochtergesellschaft S-Immobilien Oberhausen GmbH, die die Aufgabe hat, einen eigenen und selbst verwalteten Immobilienbestand aufzubauen sowie Grundstücke zu entwickeln und zu vermarkten. Dieses Immobilienrisiko wird in der Risikotragfähigkeit im Rahmen des Beteiligungsrisikos berücksichtigt.

Weitere Immobilieninvestitionen erfolgen über vier Immobilienfonds mit einem Gesamtzeichnungsvolumen in Höhe von 19,3 Mio. €, wovon per 31.12.2021 ca. 5,8 Mio. € noch nicht abgerufen wurden. Die Risikoquantifizierung erfolgt analog zu dem Verfahren für Publikumsfonds.

Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:
- Regelmäßige Ermittlung der Marktpreisrisiken aus Immobilienfonds mittels Immobilienpreisindizes und Marktschwankungsberichte, für die der VaR mit einem Konfidenzniveau von 99,0 % und einer Haltedauer von 12 Monaten ermittelt wird
- Berücksichtigung des durch die Fremdkapitalquote entstandenen Hebels (auch für gezeichnete und noch nicht abgerufene Fondsanteile)
- Als weiteres Kursrisiko werden die in der jeweiligen Ergebnisprognose für die folgenden 12 Monate erwarteten Ausschüttungen der Immobilienfonds berücksichtigt
- Anrechnung der ermittelten Risiken auf das Risikolimit Bewertungsrisiko Wertpapiere

Im Jahr 2021 wurden die beiden für Marktpreisrisiken im Risikotragfähigkeitskonzept bereitgestellten Risikolimite „Zinsspannenrisiken“ sowie „Bewertungsrisikos Wertpapiere“ durchgängig eingehalten.

2.3 Liquiditätsrisiken

Das Liquiditätsrisiko setzt sich allgemein aus dem Zahlungsunfähigkeits- und dem Refinanzierungsrisiko zusammen. Das Liquiditätsrisiko umfasst in beiden nachfolgend definierten Bestandteilen auch das Marktliquiditätsrisiko. Dieses ist das Risiko, dass aufgrund von Marktstörungen oder unzulänglicher Markttiefe Finanztitel an den Finanzmärkten nicht zu einem bestimmten Zeitpunkt und/oder nicht zu fairen Preisen gehandelt werden können.

Das Zahlungsunfähigkeitsrisiko stellt die Gefahr dar, Zahlungsverpflichtungen nicht in voller Höhe oder nicht fristgerecht nachzukommen.

Das Refinanzierungskostenrisiko ist definiert als die Gefahr einer negativen Abweichung vom Erwartungswert der Refinanzierungskosten. Dabei sind sowohl negative Effekte aus veränderten Marktliquiditätsspreads als auch aus einer adversen Entwicklung des eigenen Credit-Spreads maßgeblich. Zum anderen beschreibt es die Gefahr, dass negative Konsequenzen in Form höherer Refinanzierungskosten durch ein Abweichen von der erwarteten Refinanzierungsstruktur eintreten.

Die Steuerung der Liquiditätsrisiken erfolgt entsprechend der festgelegten Strategie.

Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:
- Regelmäßige Ermittlung und Überwachung der Liquiditätsdeckungsquote gemäß Art. 412 CRR i. V. m. der deIVO 2015/61
- Regelmäßige Ermittlung der Survival Period und Festlegung einer Risikotoleranz
- Diversifikation der Vermögens- und Kapitalstruktur
- Regelmäßige Erstellung von Liquiditätsübersichten auf Basis einer hausinternen Liquiditätsplanung, in der die erwarteten Mittelzuflüsse den erwarteten Mittelabflüssen gegenübergestellt werden
- Tägliche Disposition der laufenden Konten
- Liquiditätsverbund mit Verbundpartnern der Sparkassenorganisation
- Definition eines sich abzeichnenden Liquiditätsengpasses sowie eines Notfallplans
- Erstellung einer Refinanzierungsplanung
- Ermittlung des Refinanzierungskostenrisikos in Form des zur Abdeckung eines mittels Szenarioanalyse ermittelten Liquiditätsbedarfs über den Risikohorizont resultierenden Aufwands
- Regelmäßige Überwachung der Fundingkonzentration zur Ermittlung und Begrenzung des Anteils einzelner Kontrahenten an der Gesamtrefinanzierung

Die Sparkasse hat einen Refinanzierungsplan aufgestellt, der die Liquiditätsstrategie und den Risikoappetit des Vorstands angemessen widerspiegelt. Der Planungshorizont umfasst den Zeitraum bis zum Jahr 2026. Grundlage des Refinanzierungsplans sind die geplanten Entwicklungen im Rahmen der mittelfristigen Unternehmensplanung, bei der die Veränderungen der eigenen Geschäftstätigkeit, der strategischen Ziele und des wirtschaftlichen Umfelds berücksichtigt werden. Darüber hinaus wird auch ein Szenario unter Berücksichtigung adverser Entwicklungen durchgeführt.

Unplanmäßige Entwicklungen, wie z. B. vorzeitige Kündigungen sowie Zahlungsunfähigkeit von Geschäftspartnern, werden dadurch berücksichtigt, dass im Rahmen der simulierten Stressszenarien sowohl ein Abfluss von Kundeneinlagen als auch eine erhöhte Inanspruchnahme offener Kreditlinien simuliert werden.

Im Rahmen der Ermittlung der Survival Period simuliert die Sparkasse neben einem Planszenario drei Stressszenarien. Im kombinierten Stressszenario liegt die Survival Period der Sparkasse zum Bilanzstichtag im Laufzeitbucket länger als 12 Monate und kürzer als 2 Jahre.

Die Liquiditätsdeckungsquote gemäß Art. 412 CRR beträgt zum 31. Dezember 2021 192 %; sie lag im Jahr 2021 zwischen 192 % und 294 %.

Aufgrund der positiven Entwicklung der Kundeneinlagen war – analog zum Vorjahr – auch in 2021 keine Notwendigkeit zur Aufnahme längerfristiger Refinanzierungsmittel gegeben.

Konzentrationen bestehen bei dem Liquiditätsrisiko in folgenden Bereichen:
- Hoher Anteil von lediglich kurzfristig gebundenen Bilanzpassiva als Hauptrefinanzierungsquelle
- Existenz hoher Einzelkundeneinlagen
- Volumen der Wertpapiereigenanlagen in ungedeckten Finanzinstrumenten (Unternehmensanleihen und Bankschuldverschreibungen), die bei Bedarf ggf. schwieriger zu liquidieren sind

Zur Begrenzung dieser Konzentrationen erfolgt zum einen eine regelmäßige Auswertung über die Größenklassenstruktur der Kundeneinlagen. Zur Begrenzung des Refinanzierungskostenrisikos und zur weiteren Diversifikation der Refinanzierungsquellen treibt die Sparkasse zum anderen die Erschließung alternativer Refinanzierungsquellen voran. Im Vordergrund steht dabei die Teilnahme an einer Pfandbrief-Pooling-Transaktion sowie die Schaffung der Voraussetzungen zur Nutzung des Verfahrens MACCs (Mobilisation and Administration of Credit Claims) der Bundesbank zur Einreichung von Kreditforderung. Des Weiteren hat die Sparkasse in ihrer Organisationsrichtlinie für Wertpapiereigenanlagen höhere Volumenslimite für gedeckte Schuldverschreibungen, die über eine vergleichsweise hohe Marktliquidität verfügen, definiert. Die Zahlungsfähigkeit der Sparkasse war im Geschäftsjahr jederzeit gegeben.

2.4 Operationelle Risiken

Unter operationellen Risiken (OpRisk) versteht die Sparkasse die Gefahr von Schäden, die in Folge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern, der internen Infrastruktur oder in Folge externer Einflüsse eintreten können. In dieser Definition ist das Rechtsrisiko enthalten, d. h. die Gefahr von Verlusten aufgrund der Verletzung geltender rechtlicher Bestimmungen sowie aufgrund einer Änderung der Rechtslage (geänderte Rechtsprechung oder Gesetzesänderung) für in der Vergangenheit abgeschlossene Geschäfte.

Die Ausnahmesituation während der Covid-19 Pandemie führt grundsätzlich zu erhöhten OpRisk insbesondere durch Änderungen der internen Prozesse und des Marktumfelds. Dem haben wir insbesondere durch folgende Maßnahmen Rechnung getragen:
- Regelmäßige Sitzungen des Krisenstabs zur Erörterung und Bewertung der Situation sowie Entscheidung über Maßnahmen
- Verstärkte Nutzung von mobilem Arbeiten und Heimarbeit durch die Mitarbeiter
- Vorwiegende Nutzung digitaler Kommunikationswege sowohl intern als auch extern mit unseren Kunden und Geschäftspartnern

Unsere Geschäftstätigkeit haben wir uneingeschränkt aufrechterhalten.
Die mit der Ausnahmesituation verbundenen zusätzlichen Aufwendungen beschränkten sich i. W. auf gestiegene Kosten für Sicherungsmaßnahmen, zusätzliche Hygienemaßnahmen zum Schutz von Mitarbeitern und Kunden sowie höhere IT-Kosten im Rahmen des mobilen Arbeitens.
Die Steuerung der operationellen Risiken erfolgt entsprechend der festgelegten Strategie.

Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:
- Jährliche Schätzung von operationellen Risiken auf Basis der szenariobezogenen Schätzung von risikorelevanten Verlustpotenzialen aus der IT-Anwendung Risikolandkarte
- Regelmäßiger Einsatz einer Schadensfalldatenbank zur Sammlung und Analyse eingetretener Schadensfälle
- Regelmäßige Messung operationeller Risiken mit der IT-Anwendung „OpRisk-Schätzverfahren“ auf der Grundlage von bei der Sparkasse sowie überregional eingetretener Schadensfälle
- Erstellung von Notfallplänen, insbesondere im Bereich der IT

Im Bereich der operationellen Risiken wurden keine wesentlichen Konzentrationen identifiziert.

Insgesamt sind die operationellen Risiken im Jahr 2021 aufgrund der BHG-Urteile zum AGB-Änderungsmechanismus und zur Zinsanpassung bei Prämiensparverträgen angestiegen. Für Details hierzu wird auf die entsprechenden Ausführungen im Anhang verwiesen.

Das festgelegte Limit für operationelle Risiken wurde im Jahresverlauf sowie per 31.12.2021 durchgängig eingehalten.

2.5 Beteiligungsrisiken

Das Risiko aus einer Beteiligung (Beteiligungsrisiko) umfasst die Gefahr einer negativen Abweichung vom Erwartungswert einer Beteiligung. Diese negative Abweichung setzt sich zusammen aus den Wertänderungen einer Beteiligung an sich, der negativen Abweichung zum erwarteten Ertrag (Ausschüttung), sowie dem Risiko eines Nachschusses. Das Risiko eines Nachschusses kann sich sowohl aus einer vertraglichen Vereinbarung als auch der Erwartung im Bezug auf eine Entscheidung im Krisenfall ergeben.

Je nach Beteiligungsart unterscheidet man nach dem Risiko aus strategischen Beteiligungen, Funktionsbeteiligungen und Kapitalbeteiligungen.

Die Steuerung der Beteiligungsrisiken erfolgt entsprechend der festgelegten Strategie. Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:

- Rückgriff auf das Beteiligungscontrolling des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes
- Ermittlung des Beteiligungsrisikos anhand kritisch gewürdigter Expertenschätzungen
- Regelmäßige Auswertung und Beurteilung der Jahresabschlüsse der Beteiligungsunternehmen

Das Beteiligungsportfolio besteht zu mehr als 96 % aus strategischen Beteiligungen innerhalb der Sparkassen-Finanzgruppe. Daneben bestehen weitere Beteiligungen, die zur Förderung des Geschäftsgebietes sowie unter Renditegesichtspunkten gehalten werden. Hierzu gehört die 100-%ige Tochtergesellschaft S-Immobilien Oberhausen GmbH, die die Aufgabe hat, einen eigenen und selbst verwalteten Immobilienbestand aufzubauen sowie Grundstücke zu entwickeln und zu vermarkten. Somit entsteht aus der Beteiligung sowie der Kreditierung der Bauvorhaben ein Immobilienrisiko, welches in der Risikotragfähigkeit im Rahmen des Beteiligungsrisikos berücksichtigt wird. Dabei wird ein Puffer für neue Projekte, die noch nicht hinreichend konkret sind, einbezogen. Die Risikoquantifizierung erfolgt mittels der beobachteten Preisrückgänge innerhalb von 12 Monaten aus der Historie von Immobilienpreisindizes und Marktschwankungsberichten.

Konzentrationen bestehen im Beteiligungsportfolio insbesondere aufgrund der Bündelung strategischer Verbundbeteiligungen. Eine faktische Begrenzung dieser Konzentrationen ist kaum möglich. Im Rahmen des Risikotragfähigkeitskonzeptes wird dem Beteiligungsrisiko sowie den hierbei bestehenden Konzentrationen durch eine entsprechende Reservierung von Risikodeckungspotenzial entsprechend Rechnung getragen.

Im Jahr 2021 wurde das von der Sparkasse definierte Risikolimit für Beteiligungen durchgängig eingehalten.

2.6 Sonstige Risiken

Neben den zuvor dargestellten Risikoarten berücksichtigt die Stadtsparkasse Oberhausen auch Modellrisiken in ihrem Risikotragfähigkeitskonzept, wobei das Modellrisiko sowohl in das Zinsspannenrisiko mit einbezogen als auch im Rahmen der Ableitung des Risikodeckungspotenzials als Abzugsposten berücksichtigt wurde. Damit trägt die Sparkasse dem Risiko Rechnung, dass einerseits das Modell grundsätzlich die Realität nur eingeschränkt oder falsch abbildet bzw. andererseits Daten, Annahmen oder Schätzverfahren des verwendeten Modells falsch, fehlerhaft, ungeeignet, unsachgemäß oder nicht mehr aktuell sind.

Aufgrund des sehr hohen Volumens an variablen (Einlagen-)Produkten wurde die Struktur der gleitenden Durchschnitte als wesentliche Risikokonzentration eingestuft. Zur Begrenzung dieser Konzentrationen werden im Rahmen der kritischen Analysen der Risikoquantifizierungsverfahren die getroffenen Annahmen und Parameter auch vor dem Hintergrund der Modellrisiken untersucht und beurteilt.

Zur Stabilisierung der Westdeutschen Landesbank AG (WestLB) wurde im Dezember 2009 die Errichtung einer Abwicklungsanstalt beschlossen. Der Rheinische Sparkassen- und Giroverband, Düsseldorf (RSGV) ist entsprechend seines Beteiligungsanteils verpflichtet, tatsächliche liquiditätswirksame Verluste der Abwicklungsanstalt, die nicht durch das Eigenkapital der Abwicklungsanstalt und deren erzielte Erträge ausgeglichen werden können, bis zu einem festgelegten Höchstbetrag zu übernehmen. Auf die Stadtsparkasse Oberhausen entfällt als Mitglied des RSGV damit eine anteilige indirekte Gesamtverpflichtung entsprechend ihrer Beteiligung am RSGV. Somit besteht das Risiko, dass die Sparkasse während der voraussichtlich langfristigen Abwicklungsdauer entsprechend ihres Anteils am RSGV aus ihrer indirekten Verpflichtung in Anspruch genommen wird. Weitere Informationen hierzu können den Ausführungen im Anhang zum Jahresabschluss 2021 entnommen werden.

3. Chancenbericht

Chancen sehen wir vor allem in einer Erholung des wirtschaftlichen Umfelds sowie in der Umsetzung der im Rahmen unseres internen Strategieprozesses erarbeiteten Maßnahmen und den damit verbundenen positiven Auswirkungen, insbesondere auf die Ertrags- und Vermögenslage. Die Chance auf eine Stabilisierung unserer Ertragskraft wollen wir dabei insbesondere durch Maßnahmen zur Erhöhung der Profitabilität des Einlagengeschäftes, eine Optimierung der internen Prozesse inklusive einer damit verbundenen Reduzierung der Mitarbeiterkapazitäten sowie eine weitere Steigerung des Provisionsüberschusses nutzen.

Darüber hinaus wollen wir Chancen nutzen, indem wir neben der Filialpräsenz in der Fläche und der flächendeckend angebotenen SB-Technik die digitalen Vertriebskanäle weiter ausbauen.

Chancen sehen wir zudem in einem steigenden und somit über der Planung liegenden Zinsniveau, welches die Durchsetzung erhöhter Margen im Kundengeschäft ermöglicht.

In der aktuellen wirtschaftlichen Situation stehen wir unseren Kunden im Rahmen unseres öffentlichen Auftrags als verlässlicher Partner auch in schwierigen Zeiten zur Verfügung. Dies bietet nach unserem Selbstverständnis die besten Chancen auf langfristige und im beiderseitigen Interesse erfolgreiche Geschäftsverbindungen mit unseren privaten und gewerblichen Kunden.

4. Gesamtbeurteilung der Risikolage

Unser Haus verfügt über ein dem Umfang der Geschäftstätigkeit entsprechendes System zur Steuerung, Überwachung und Kontrolle der vorhandenen Risiken gemäß § 25a KWG. Durch das Risikomanagement und -controlling der Sparkasse können frühzeitig die wesentlichen Risiken identifiziert und gesteuert sowie Informationen an die zuständigen Entscheidungsträger weitergeleitet werden.

Auf Basis unserer internen Risikoberichte bewegten sich die Risiken in 2021 innerhalb des vom Vorstand vorgegebenen Limitsystems. Das Gesamtbanklimit war am Bilanzstichtag mit 86,4 % ausgelastet.

Der vom Vorstand festgelegte und monatlich überwachte Mindestfreiraum zwischen Risikodeckungspotential und Gesamtbanklimit wurde im Jahr 2021 auf dieser Basis durchgängig eingehalten. Demnach war und ist die Risikotragfähigkeit in der verfolgten periodenorientierten Sicht gegeben. Die durchgeführten Stresstests zeigen, dass die aktuellen aufsichtsrechtlichen Mindestanforderungen an die Eigenmittelausstattung auch bei Eintritt außergewöhnlicher Ereignisse eingehalten werden. Dies gilt auch für unsere Untersuchungen möglicher Auswirkungen der Covid-19 Pandemie auf die Risikolage der Sparkasse.

Auf Basis der durchgeführten Kapitalplanung ist bei den bestehenden Eigenmittelanforderungen zum Ende des Planungshorizonts eine Einengung der Risikotragfähigkeit zu erwarten. Zwar wird die Risikotragfähigkeit weiterhin sichergestellt, allerdings reduziert sich das Risikodeckungspotential spürbar. In einem adversen Szenario würde die Risikodeckungsmasse in den Jahren 2025 und 2026 unterhalb des vorläufigen Gesamtrisikolimits für das Jahr 2022 liegen. Darüber hinaus ist damit zu rechnen, dass die weiter steigenden Eigenkapitalanforderungen aufgrund regulatorischer Verschärfungen für die Finanzwirtschaft mittelfristig zu einer weiteren Einengung der Risikotragfähigkeit führen werden.

Risiken der künftigen Entwicklung bestehen insbesondere im Hinblick auf die Auswirkungen des Ukraine-Krieges, dessen Ausmaß und Reichweite zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abgeschätzt werden können. Weitere Risiken der künftigen Entwicklung existieren hinsichtlich der weiteren Auswirkungen der Corona-Pandemie sowie hinsichtlich der zunehmenden regulatorischen Anforderungen, insbesondere im Bereich des Verbraucherschutzes wie auch hinsichtlich der steigenden Eigenkapitalanforderungen.

Die Sparkasse hat bereits konkrete Maßnahmen, mit denen die Ergebnis- und Risikosituation in den Folgejahren nachhaltig verbessert werden soll, erarbeitet und zum Teil bereits eingeleitet.

Die Auswirkungen der Covid-19 Krise haben wir im Einklang mit unserem internen Reporting bei der Darstellung der einzelnen Risikoarten berücksichtigt.

Insgesamt beurteilen wir unsere Risikolage als ausgewogen, da unser Risikodeckungspotenzial die eingegangenen Risiken aktuell spürbar übersteigt, auch wenn sich der Umfang des Puffers auf Basis unserer mittelfristigen Ergebnis- und Kapitalplanung voraussichtlich reduzieren wird.

E. Prognosebericht

Die nachfolgenden Einschätzungen haben Prognosecharakter. Sie stellen unsere Einschätzungen der wahrscheinlichsten künftigen Entwicklung auf Basis der uns zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichts zur Verfügung stehenden Informationen dar. Da Prognosen mit Unsicherheit behaftet sind bzw. sich durch die Veränderungen der zugrundeliegenden Annahmen als unzutreffend erweisen können, ist es möglich, dass die tatsächlichen künftigen Ergebnisse gegebenenfalls deutlich von den zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichts getroffenen Erwartungen über die voraussichtlichen Entwicklungen abweichen. Hierbei sind neben den bereits in den Vorjahren vorhandenen Unwägbarkeiten hinsichtlich der weiterhin Entwicklung der Corona-Pandemie nunmehr insbesondere die noch nicht abschätzbaren Auswirkungen des Krieges in der Ukraine zu berücksichtigen.

Der Prognosezeitraum umfasst das auf den Bilanzstichtag folgende Geschäftsjahr.

Als Risiken im Sinne des Prognoseberichts werden künftige Entwicklungen oder Ereignisse gesehen, die zu einer für die Sparkasse negativen Prognose- bzw. Zielabweichung führen können.

Als Chancen im Sinne des Prognoseberichts werden künftige Entwicklungen oder Ereignisse gesehen, die zu einer für die Sparkasse positiven Prognose- bzw. Zielabweichung führen können.

1. Ausblick 2022

Der Internationale Währungsfonds (IWF) rechnete zu Jahresbeginn 2022 mit einer Zunahme der Weltproduktion (BIP) um 4,4% und einem Anstieg des Welthandels um 6,0% im Jahr 2022. Für das Folgejahr 2023 erwartete der IWF ein BIP-Wachstum von 3,8%. Dies hätte einem erneuten starken Wachstum der Weltwirtschaft im Jahr 2022 und einer Normalisierung auf „Vor-Pandemie-Niveau“ in 2023 bedeutet. Der IWF hat am 10. März jedoch angekündigt, die Prognose zur Entwicklung der Weltwirtschaft im nächsten World Economic Outlook abzusenken.

Für Deutschland erwarteten die großen deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute in ihren vor dem Jahreswechsel veröffentlichten Prognosen eine Zunahme des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 3,5% bis 4,0% im laufenden und 1,8% bis 3,3% im kommenden Jahr. Ein Großteil der prognostizierten BIP-Zunahme im Jahr 2022 würde demnach auf den privaten Konsum entfallen. Da die privaten Haushalte in der Pandemie aufgrund der eingeschränkten Konsummöglichkeiten in großem Umfang zusätzliche Ersparnis gebildet haben, stehen erhebliche Mittel zur Verfügung, die für einen zusätzlichen bzw. nachgeholten Konsum genutzt werden könnten. Die großen deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute haben zu Jahresbeginn für das Gesamtjahr 2022 noch einen Anstieg der privaten Konsumausgaben um +4,7% bis 7,6% prognostiziert. Für das Gesamtjahr 2022 erwarteten die Konjunkturforscher einen Rückgang der Arbeitslosenquote auf 5,2% bis 5,3% und einen Anstieg der Zahl der Erwerbstätigen auf über 45 Mio. (+0,6% bis +1,0%).

Neben den bereits in den Vorjahren bekannten Unwägbarkeiten hinsichtlich der Prognose von wirtschaftlichen Kennzahlen, die im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie stehen, ist mit dem Krieg in der Ukraine ein weiteres Ereignis eingetreten, dessen Ausmaß und Reichweite zum jetzigen Zeitpunkt nicht abgeschätzt werden können. Bereits jetzt kam es zu heftigen Reaktionen an den internationalen Wertpapier-, Kapital-, Rohstoff- und Energiemärkten. Es zeichnet sich ab, dass das Wirtschaftswachstum und der Außenhandel in diesem Jahr schwächer ausfallen werden als erwartet. Die EZB hat ihre BIP-Prognose für die Eurozone von +4,2% auf +3,7% für das laufende Jahr gesenkt. Die Helaba hat ihre BIP-Prognose für Deutschland von +3,6% auf +2,8% gesenkt. Es ist davon auszugehen, dass die allgemeine Preissteigerung in 2022 weitaus höher ausfallen wird als noch zum Jahreswechsel erwartet. Für die Eurozone erwartet die EZB statt einer Zunahme um 3,2% wie noch in der Dezember-Prognose nun einen Anstieg der Inflation um 5,1%. Für Deutschland geht die Helaba von einer allgemeinen Preissteigerung von 4,6% aus (zuvor: +3,9%).

Vor diesem Hintergrund sind alle gesamtwirtschaftlichen Prognosen für das Jahr 2022 zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Prognoseberichts mit erhöhten Unsicherheiten behaftet. Daher können auch die möglichen Auswirkungen auf die unternehmensindividuellen Prognosen für das Geschäftsjahr 2022 noch nicht umfassend beurteilt werden. Negative Abweichungen von unseren Planungen können bei den wesentlichen finanziellen Leistungsindikatoren nicht ausgeschlossen werden.

2. Geschäftsentwicklung

Abgeleitet aus der Bestandsentwicklung des Jahres 2021 rechnen wir auf Basis unserer Mittelfristplanung mit einem weiteren deutlichen Wachstum für unser Kundenkreditgeschäft, vorrangig aus dem privaten Wohnungsbaukreditgeschäft. Hierbei wollen wir den Bestand über eine weiterhin enge Zusammenarbeit mit Vermittlern und Vermittlerplattformen grundsätzlich nochmals spürbar ausbauen. Allerdings kann es durch die seitens der BaFin avisierte, kurzfristige Einführung eines sektoralen Systemrisikopuffers für Wohnimmobilienkredite sowie die anstehende generelle Erhöhung der Eigenmittelanforderungen aufgrund der beschlossenen Erhöhung des antizyklischen Kapitalpuffers zu einer Abschwächung des Wachstumspfades kommen. Im gewerblichen Kreditgeschäft gehen wir von einer moderaten Geschäftsausweitung aus. Hinsichtlich der Entwicklung der Einlagenbestände erwarten wir einen weiteren spürbaren Anstieg auf dem Niveau des Kreditwachstums, insbesondere bei den täglich fälligen Einlagen. Hintergrund hierfür sind u. a. die eingeschränkten bzw. fehlenden rechtlichen und vertraglichen Grundlagen für die Sparkasse zur Ergreifung möglicher gegenläufiger Maßnahmen.

Bei der Bilanzsumme erwarten wir aufgrund der vorgenannten Entwicklungen im Kredit- und Einlagengeschäft für das Folgejahr einen spürbaren Anstieg.

Im Dienstleistungsgeschäft gehen wir im Bereich der Konsumentenkredite von einem spürbaren Anstieg des Vermittlungsvolumens aus. Im Bereich des Wertpapiergeschäftes erwarten wir – unterstützt durch eine noch stärkere Forcierung des provisionstragenden Anlagegeschäftes – nochmals einen spürbaren Umsatzanstieg.

3. Entwicklung der Lage

Finanzlage

Aufgrund unserer vorausschauenden Finanzplanung gehen wir davon aus, dass auch im Prognosezeitraum die Zahlungsbereitschaft gewährleistet ist und die bankaufsichtlichen Anforderungen eingehalten werden können.

Die als bedeutsamer finanzieller Leistungsindikator definierte Liquiditätsdeckungsquote (Liquidity Coverage Ratio - LCR) erwarten wir zwar unterhalb des Wertes per 31.12.2021, aber weiterhin spürbar oberhalb des zu erfüllenden Mindestwerts von 100 %.

Auch für die als bedeutsamer finanzieller Leistungsindikator definierte strukturelle Liquiditätsquote (Net Stable Funding Ratio – NSFR) erwarten wir im Jahr 2022 leicht rückläufige Werte, die aber weiterhin spürbar oberhalb der aufsichtlichen Mindestquote von 100 % liegen.

Für das Jahr 2022 sind keine größeren Investitionen geplant.

Ertrags- und Vermögenslage

Vor dem Hintergrund der dargestellten Erwartungen hinsichtlich der Entwicklung der Rahmenbedingungen erwarten wir für das Geschäftsjahr 2022 folgende Entwicklung.

Auf Basis des Betriebsvergleichs der Sparkassen-Finanzgruppe rechnen wir unter der grundlegenden Annahme einer Seitwärtsentwicklung des Zinsniveaus grundsätzlich mit einem nochmals spürbar sinkenden Zinsüberschuss. Allerdings kann es vor dem Hintergrund der jüngst aufgekommenen Erwartungen eines deutlichen Inflationsanstiegs auch zu einem nachhaltigen Anstieg des Zinsniveaus kommen.

Beim Provisionsüberschuss gehen wir für das nächste Jahr von einem deutlichen Anstieg aus, wofür insbesondere steigende Erträge aus dem Privatgirobereich sowie aus dem Wertpapiergeschäft verantwortlich sind. Der prognostizierte Verwaltungsaufwand für 2022 beläuft sich unter Berücksichtigung des zu beobachtenden Preisanstiegs bei den Energiekosten leicht über dem Niveau des Vorjahres. Hierbei gehen wir beim Personalaufwand von einem moderaten Anstieg gegenüber dem Jahr 2021 sowie beim Sachaufwand von einer Seitwärtsentwicklung aus. Durch ein stringentes Kosten- und Personalmanagement wollen wir in beiden Bereichen über die Prognose hinausgehende Einsparungen realisieren. Bezüglich des als bedeutsamer finanzieller Leistungsindikator definierten Betriebsergebnisses vor Bewertung ergibt sich unter Berücksichtigung der vorgestellten Annahmen für das Jahr 2022 insgesamt ein moderat steigendes ordentliches Ergebnis.

Das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft ist aufgrund der konjunkturellen Entwicklung nur mit großen Unsicherheiten zu prognostizieren. Bei der Risikovorsorge für das Kreditgeschäft erwarten wir - nach den moderaten Auflösungen von Risikovorsorgemaßnahmen im Vorjahr - trotz einer weiterhin risikoorientierten Kreditgeschäftspolitik als Folge der aktuellen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ein insgesamt deutlich steigendes negatives Bewertungsergebnis.

Aus den eigenen Wertpapieren sowie den weiteren Eigenanlagen in Spezial-, Publikums- und Immobilienfonds rechnen wir aufgrund des Anfang 2022 eingetretenen spürbaren Zinsanstiegs sowie des Ukraine-Krieges mit einem per Saldo deutlich negativen Bewertungsergebnis.

Für das sonstige Bewertungsergebnis haben wir hinsichtlich unserer strategischen Beteiligungen eine Belastung in Höhe von 1,7 Mio. € eingeplant. Auch künftig können weitere Risiken in unserem Beteiligungsportfolio nicht ausgeschlossen werden.

Zusammenfassend gehen wir für das Jahr 2022 von einer moderat ansteigenden ordentlichen Ergebnissituation aus. Die Entwicklung des – als bedeutsamer finanzieller Leistungsindikator definierten – Jahresergebnisses nach Steuern und Ausschüttung wird insbesondere durch die weiteren Auswirkungen der Corona-Pandemie, des Ukraine-Krieges, der Entwicklung der Energiepreise sowie des Zinsniveaus auf die Bewertungsergebnisse aus dem Kredit- sowie dem Wertpapiergeschäft determiniert. Gegenüber dem Vorjahr wird ein spürbar rückläufiges Jahresergebnis erwartet, das allerdings – sofern die Belastungen aus den Bewertungsergebnissen die in unserer Planung unterstellten Werte nicht wesentlich überschreiten – eine weitere moderate Erhöhung der Eigenmittel zulässt.

Hinsichtlich der als bedeutsame finanzielle Leistungsindikatoren definierten Kapitalquoten (Gesamt- sowie Kernkapitalquote nach CRR) erwarten wir folgende Entwicklung: Die prognostizierte Entwicklung der Ertragslage ermöglicht eine weitere Stärkung der Eigenmittel, so dass die aufsichtlichen Mindestanforderungen von 8 % gemäß CRR (zuzüglich SREP-Zuschlag sowie Kapitalerhaltungs- und antizyklischem Kapitalpuffer) nach unserer Einschätzung auch künftig spürbar überschritten werden. Allerdings sieht die CRR bei den existierenden Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB eine nur noch teilweise Anerkennung vor. Dieser Effekt führt in Kombination mit einem erwarteten spürbaren Anstieg der Risikoaktiva – trotz der positiven Auswirkungen des Jahresabschlusses 2021 – dazu, dass es per Saldo zu einer merklichen Reduzierung der Gesamtkapitalquote sowie zu einer leichten Reduzierung der Kernkapitalquote kommt.

Mit Blick auf die Allgemeinverfügung der BaFin zur Erhöhung des antizyklischen Kapitalpuffers bzw. ihrer Absicht, kurzfristig einen sektoralen Systemrisikopuffer für Wohnimmobilienkredite einzuführen, ist absehbar, dass im Verlauf des Jahres 2023 erhöhte Eigenmittelanforderungen zu erfüllen sind. Auf Basis unseres aktuellen Kenntnisstandes über die Maßnahmen der BaFin und unserer aktuellen Ergebnis- und Kapitalplanung gehen wir davon aus, dass wir auch diese Anforderung erfüllen werden.

Die Verschuldungsquote (Verhältnis des Kernkapitals zur Summe der bilanziellen und außerbilanziellen Positionen) soll über der aufsichtlichen Mindestanforderung von 3,0 % liegen und wird zum 31. Dezember 2022 mit 6,1 % prognostiziert. Insbesondere bei einer länger anhaltenden konjunkturellen Abschwächung könnten sich gleichwohl weitere Belastungen für die künftige Ergebnis- und Kapitalentwicklung ergeben.

Des Weiteren können sich aufgrund regulatorischer Verschärfungen für die Finanzwirtschaft weitere Belastungen ergeben, die sich auf die Ergebnis- und Kapitalentwicklung der Sparkasse negativ auswirken können.

4. Gesamtaussage

Die in diesem Lagebericht enthaltenen Prognosen sind aufgrund der noch nicht abschätzbaren Auswirkungen des Krieges in der Ukraine mit deutlich erhöhten Eintrittsrisiken behaftet.

Insgesamt lässt die Prognose für das Geschäftsjahr 2022 erkennen, dass das hinsichtlich der konjunkturellen Rahmenbedingungen sowie der Wettbewerbssituation und der Zinslage weiterhin schwierige Umfeld auch an der Sparkasse nicht spurlos vorübergeht.

In Summe rechnen wir mit einer spürbar negativen Entwicklung der Ertragslage, die allerdings dennoch eine weitere moderate Erhöhung der Eigenmittel ermöglichen würde.

Unsere Perspektiven für das Geschäftsjahr 2022 beurteilen wir unter Berücksichtigung der von uns erwarteten Entwicklung der Rahmenbedingungen und unserer bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren zusammengefasst als noch günstig.

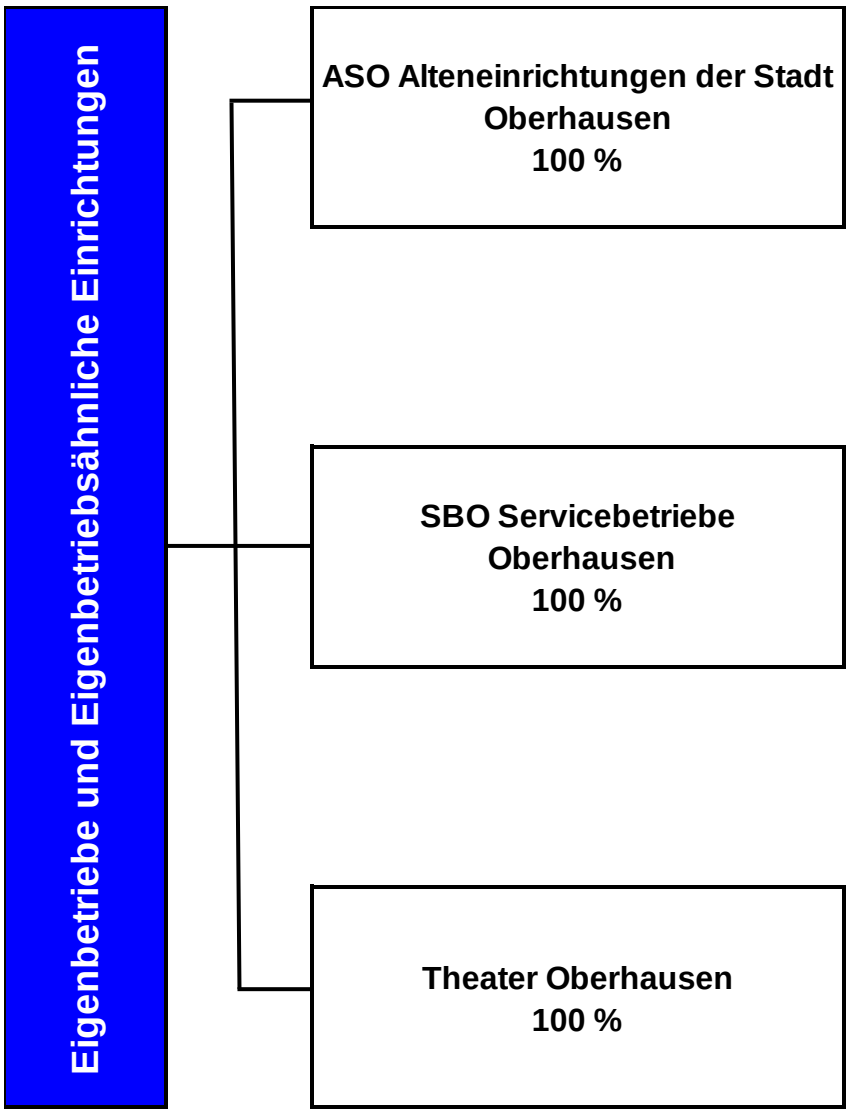
Auf Basis unserer Ergebnis-, Kapital- und Liquiditätsplanung gehen wir davon aus, dass auch im Prognosezeitraum die Risikotragfähigkeit und die Einhaltung aller bankaufsichtlichen Kennziffern durchgängig gewährleistet sind.

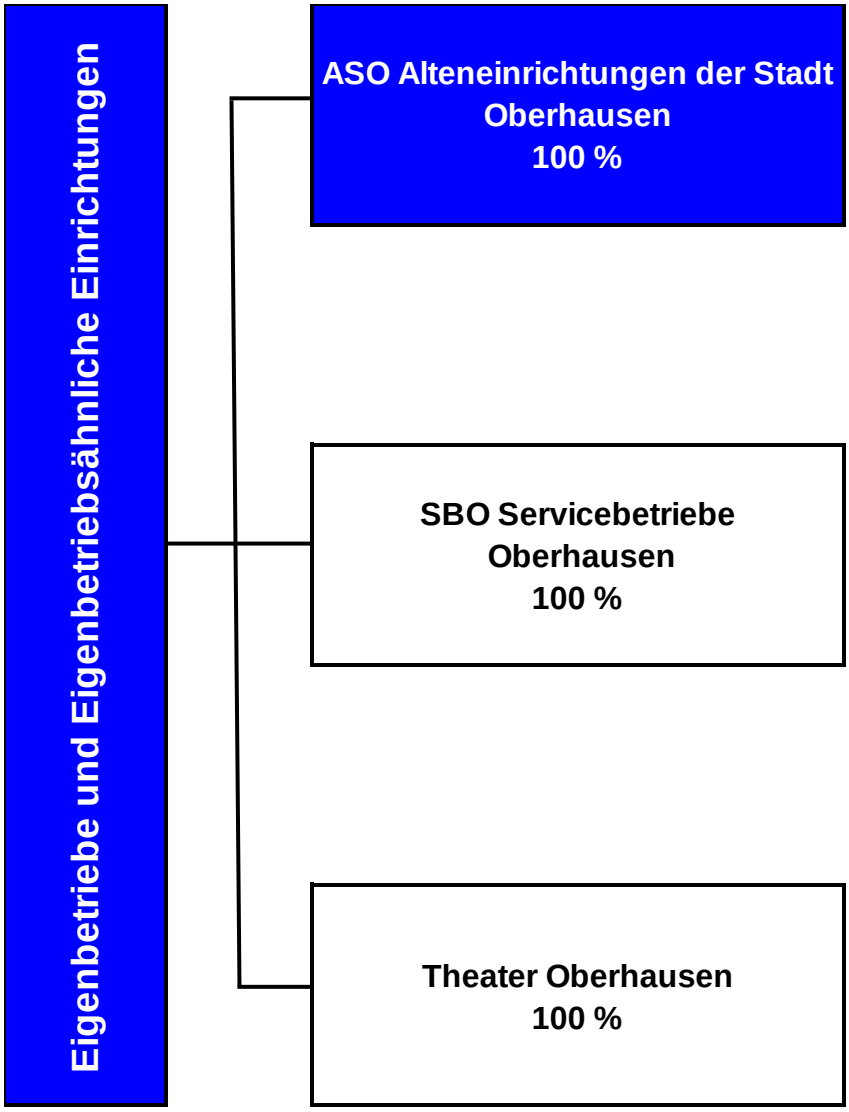
Oberhausen, 29. April 2022

Stadtsparkasse Oberhausen

Mebus / Gäng
Vorstand

Eigenbetriebsähnliche Einrichtungen




Eigenbetriebe und Eigenbetriebsähnliche Einrichtungen
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen
100 %
SBO Servicebetriebe Oberhausen
100 %
Theater Oberhausen
100 %

Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Elly-Heuss-Knapp Str. 3
46145 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/8252665
Fax	0208/8255001
e-Mail	matthias.frerix@oberhausen.de
Internet	www.aso-ggmbh.de/

Rechtsform: Eigenbetriebsähnlicher Betrieb
Stammkapital in T€: 1.789,52

Gesellschafter:

	T€	%
Stadt Oberhausen	1.789,52	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Zweck der ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen ist die vermögensrechtliche Erhaltung, Verwaltung und Weiterentwicklung der Grundstücks- und Gebäudekomplexe zur Ermöglichung der Unterbringung, Betreuung, Versorgung sowie der ambulanten und stationären Pflege in der Regel alter Menschen (Personenkreis im Sinne des § 53 der Abgabenordnung).

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Pachtverträge mit der ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH
Diverse	Mietverträge

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2021)

Geschäftsführung:	Betriebsleiter	Frerix, Matthias
Betriebsausschuss:	Vorsitzende	Bongers, Sonja
	stellv. Vorsitzende	Willing-Spielmann, Ulrike
	Mitglied	Bennewa, Helmut
	Mitglied	Blanke, Andreas
	Mitglied	Broß, Klaus Dieter
	Mitglied	Kamps, Jochen
	Mitglied	Koch, Lühr Otto Werner Klaus
	Mitglied	Telli, Ercan
	Mitglied	Girrullis, Sebastian
	Mitglied	Lösken, Kathrin
	Mitglied	Höppner, Chris
	Mitglied	Heitmann, Dagmar
	Mitglied	Grothe, Helga

Mitglied	Baumann, Louisa
Mitglied	Domberger, Benedikt
Mitglied	Dr. Schröer-Tebbe, Jörg
Mitglied	Büschken, Dieter
Mitglied	Horn, Denise
Mitglied	Mumm, Birgit
Mitglied	Rubin, Finn
Mitglied	Schnettler, Jennifer
stellv. Mitglied	Dubbert, Karin
stellv. Mitglied	Flore, Manfred
stellv. Mitglied	Hausmann-Peters, Gundula
stellv. Mitglied	Kamps, Thorsten
stellv. Mitglied	Lampe, Siegfried
stellv. Mitglied	Lenz, Eugen
stellv. Mitglied	Opitz, Stefanie
stellv. Mitglied	Paß, Eugen
stellv. Mitglied	Pusch, Jörg
stellv. Mitglied	Sahin, Bülent
stellv. Mitglied	Stelzer, Johannes
stellv. Mitglied	Tüzün, Saadettin
stellv. Mitglied	Wolter, Marita
stellv. Mitglied	Gadde, Andreas
stellv. Mitglied	Janetzki, Maximilian
stellv. Mitglied	Salwik, Claudia
stellv. Mitglied	Sauer, Florian
stellv. Mitglied	Bohnes, Kirsten
stellv. Mitglied	Both, Jutta
stellv. Mitglied	Kortmann, Richard
stellv. Mitglied	Virgallita, Gianni

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2019		2020		2021		Veränder-ungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	23.494,50	90,8	26.754,58	96,2	30.394,93	94,6	3.640,35	13,61
Umlaufvermögen	2.388,93	9,2	1.040,07	3,7	1.737,99	5,4	697,92	67,10
Rechnungsabgrenzungsposten			10,90	0,0			-10,90	-100,00
Bilanzsumme	**25.883,43**	**100,00**	**27.805,55**	**100,00**	**32.132,92**	**100,00**	**4.327,37**	**15,56**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	5.960,48	23,0	6.056,91	21,8	7.951,68	24,7	1.894,77	31,28
Sonderposten mit Rücklagenanteil	427,72	1,7	408,91	1,5	528,94	1,6	120,03	29,35
Rückstellungen	92,91	0,4	79,40	0,3	72,16	0,2	-7,24	-9,12
Verbindlichkeiten	19.402,32	75,0	21.260,33	76,5	23.580,14	73,4	2.319,81	10,91
Bilanzsumme	**25.883,43**	**100,00**	**27.805,55**	**100,00**	**32.132,92**	**100,00**	**4.327,37**	**15,56**

bb) GuV

	2019	2020	2021
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	1.967,98	1.918,19	2.044,06
sonstige betriebliche Erträge	158,87	19,61	2.144,40
Abschreibungen	798,63	805,59	1.290,34
sonstige betriebliche Aufwendungen	680,09	531,79	508,76
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,01	0,00	0,00
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	542,40	482,22	472,85
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	105,73	118,19	1.916,52
sonstige Steuern	21,75	21,75	21,75
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	83,98	96,44	1.894,77
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	83,98	96,44	1.894,77

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2021	Angaben in
Umsatzrentabilität:	4,27	5,03	92,70	%
Eigenkapitalrentabilität:	1,43	1,62	31,28	%
Cash-Flow:	882,60	902,03	3.185,10	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				
Personalaufwandsquote:				

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2021	Angaben in
Sachanlagenintensität:	90,77	96,22	94,59	%
Eigenkapitalquote:	23,03	21,78	24,75	%
Fremdkapitalquote:	76,97	78,22	75,25	%

e) Lagebericht

I. Geschäft- und Rahmenbedingungen

Der ASO-Verbund

Der ASO-Verbund besteht aus den beiden privatrechtlichen Gesellschaften „ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH“ und „ASO Service GmbH“ sowie aus der öffentlich-rechtlichen eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen“.

Dieser Lagebericht bezieht sich ausschließlich auf die eigenbetriebsähnliche Einrichtung.

Entsprechend der aktuellen Betriebssatzung vom Juli 2015 liegt der Geschäftsbetrieb der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung in der vermögensrechtlichen Erhaltung, Verwaltung und Weiterentwicklung der Grundstücks- und Gebäudekomplexe zur Ermöglichung der Unterbringung, Betreuung, Versorgung sowie der ambulanten und der stationären Pflege in der Regel alter Menschen. Der Zweck der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung liegt somit nicht im operativen Bereich der pflegerischen Dienstleistungspalette, sondern in der eigenen Vermögensverwaltung.

Organe der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung sind gemäß Eigenbetriebsverordnung und Betriebssatzung der Betriebsausschuss und der Betriebsleiter. Die Aufgaben des Betriebsausschusses werden von den Mitgliedern des Sozialausschusses wahrgenommen. Betriebsleiter ist Herr Matthias Frerix.

Abgrenzung der Verantwortlichkeiten zwischen der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung und der ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH

Die Nutzung der sich über die eigenbetriebsähnliche Einrichtung im Eigentum der Stadt Oberhausen befindlichen Grundstücks- und Gebäudekomplexe an der Elly-Heuss-Knapp-Straße und an der Siepenstraße 30/30a richtet sich zunächst nach den Pachtverträgen, die zwischen der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung und der ASO gGmbH abgeschlossen worden sind. Danach ist die ASO gGmbH als Pächterin verpflichtet, die Substanz des gepachteten Anlagevermögens zu erhalten und zu erneuern. Dazu führt die Pächterin eigenverantwortlich Unterhaltungs- und Instandhaltungsarbeiten im Bereich der Einrichtungen auf eigene Rechnung durch und übernimmt somit sämtliche mit der Abwicklung dieser Baumaßnahmen verbundenen Aufwendungen. Die Bausubstanz betreffende Investitionen (Erweiterung, Neubau), soweit es sich nicht um sogenannte Pächtereinbauten handelt, sind alleinige Sache der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung als Verpächterin, die sich zur Umsetzung ihrer Projekte der Pächterin bedient. Pächtereinbauten sind vor Beginn der jeweiligen Maßnahme mit der Verpächterin abzustimmen.

Gebäudebezogene Investitionen im handels- und steuerrechtlichen Sinne sind, wie bereits vor Gründung der ASO gGmbH im Jahre 2001, über die vermögensverwaltende eigenbetriebsähnliche Einrichtung abzuwickeln, da die ASO gGmbH die hierfür entstehenden Kosten nicht bilanziell aktivieren kann (Investition in fremdes Eigentum).

Weiterentwicklung der Gebäudestruktur an der Elly-Heuss-Knapp-Straße

Mit dem Abriss von Haus II des aus Haus I und Haus II bestehenden „Haus am Brunnen“ und der im Juli 2009 vereinbarten dritten Änderung des Pachtvertrages vom 20.06.2002 sollten die Voraussetzungen für die Errichtung eines Ersatzneubaus geschaffen werden. Dieser sollte entsprechend der Ratsentscheidung aus Februar 2009 auf der Abrissfläche errichtet werden, und zwar über die ASO gGmbH.

Aufgrund veränderter Rahmenbedingungen wurden jedoch von dieser die mit dem Bau gegebenenfalls verbundenen Risiken als zu hoch eingeschätzt, so dass der Aufsichtsrat der ASO gGmbH sich im Dezember 2009 für die Alternative des Wirtschaftsplans 2010 entschieden hatte, die den ursprünglich geplanten Neubau nicht mehr vorsah. Die abschließende Entscheidung durch die politischen Gremien wurde im Frühjahr 2010 getroffen. Der Rat der Stadt beschloss am 03.05.2010, von dem ursprünglich geplanten Ersatzneubau abzusehen und den Heimbetrieb im „Haus am Brunnen“ (Haus I) spätestens bis zum Ablauf der von Feuerwehr und Bauordnung akzeptierten Übergangsfrist (30. Juni 2011) einzustellen.

Zugleich wurde vom Rat beschlossen, nach Einstellung des Heimbetriebs das „Haus am Brunnen“ abzureißen und die mit dem Abriss verbundenen Kosten von der ASO gGmbH tragen zu lassen. Ferner wurde diese verpflichtet, auch die auf dem Haus noch liegenden Darlehensverpflichtungen ebenfalls dauerhaft auch nach dem Abriss zu tragen.

Der Rat der Stadt und der ASO-Aufsichtsrat hatten sich nicht nur gegen den Ersatzneubau, sondern auch dafür ausgesprochen, für die durch den Abriss von „Haus am Brunnen“ frei werdende Fläche Nutzungsalternativen unter der Prämisse Wohnen, Betreuen und Versorgen älterer Menschen zu erarbeiten. Zugleich wurde der Geschäftsführer der ASO gGmbH

von deren Aufsichtsrat beauftragt, mit der Stadt Oberhausen als Grundstückseigentümerin Kaufverhandlungen hinsichtlich der für die Bebauung notwendigen Fläche aufzunehmen. Darüber hinaus sollte die Frage des Erhalts des Saales an der Elly-Heuss-Knapp-Straße bzw. der damit verbundene Kostenaufwand über das Architekturbüro Dr. Schramm-Fronemann Partner, Gelsenkirchen, geklärt werden.

Auf der Grundlage der abgearbeiteten Prüfaufträge wurden von der Stadt als Eigentümerin und der ASO gGmbH folgende Entscheidungen in 2011 getroffen:

- Der Saal an der Elly-Heuss-Knapp-Straße soll nicht abgerissen, sondern neu gestaltet werden.
- Auf der durch den Abriss vom „Haus am Brunnen" frei werdenden Fläche sollen zwei sich gegenüberliegende Gebäude mit 30 bzw. 28 Wohnungen errichtet werden. Die Wohnungen verteilen sich auf jeweils 3 Geschosse zuzüglich Staffelgeschoss. In den beiden Staffelgeschossen sollen pro Gebäude 4 frei finanzierte Wohnungen entstehen, während die übrigen 50 Wohnungseinheiten mit öffentlichen Fördergeldern errichtet werden sollen.
- Die für den Neubau benötigte Grundstücksfläche wird ebenso wie die auf den Saal entfallende Fläche an die ASO gGmbH veräußert.
- Die mit dem Abriss von „Haus am Brunnen" verbundenen Kosten sind von der ASO gGmbH zu tragen.

Am Ende des Jahres 2011 stand fest, dass das von der ASO gGmbH geplante Projekt auch die beantragte öffentliche Förderung erfahren würde, so dass die Realisierung des Bauvorhabens und eine dauerhafte adäquate Folgenutzung der fraglichen Grundstücksfläche gewährleistet sein würden. Der Grundstückskaufvertrag wurde im September 2011 geschlossen, die Eigentumsumschreibung von der Stadt auf die ASO gGmbH erfolgte im Juli 2012. Ende 2012 wurde mit dem Bau der beiden Häuser an der Elly-Heuss-Knapp-Straße 5 und 5 a begonnen. Im Juli 2014 waren alle Wohnungen bezogen.

Weiterentwicklung der Gebäudestruktur an der Siepenstraße 30/30a

In den zurückliegenden Berichtsjahren wurde mehrfach auf die Notwendigkeit einer strategischen Neuausrichtung der zum Louise-Schroeder-Heim gehörenden Gebäudesubstanz hingewiesen. Der Fokus der Überlegungen richtete sich dabei auf Haus III, da dieser Gebäudeteil ohne eine umfassende Modernisierung und Brandschutzoptimierung nicht mehr als stationäre Pflegeeinrichtung genutzt werden durfte. Nach Abwägung aller Vor- und Nachteile der beiden denkbaren Alternativen „Modernisierung von Haus III" oder „Ersatzneubau" sahen Verwaltung der Stadt Oberhausen, Betriebsleitung des ASO Eigenbetriebs und Geschäftsführung der ASO gGmbH in dem „Ersatzneubau" die zukunftsorientiertere Lösung und schlugen deshalb dem Rat der Stadt die Errichtung eines Ersatzneubaus mit 80 Plätzen vor. Diesem Vorschlag folgte der Rat am 21.11.2016. Nach einer intensiven Planungsphase wurde das neue Gebäude im August 2021 vom ASO Eigenbetrieb fertiggestellt und an die ASO gGmbH verpachtet.

Nach der Errichtung des Gebäudes zogen die Bewohner des Haus III in den Neubau um. Hierbei konnte vollumfänglich berücksichtigt werden, dass die Gemeinschaften, welche sich in den einzelnen Wohnbereichen gebildet hatten, in der bestehenden Form zusammenbleiben. Für die Folgenutzung von Haus III wird die Betriebsleitung dem Betriebsausschuss zum gegebenen Zeitpunkt eine Machbarkeitsstudie vorlegen. Aktuell wird das Haus genutzt, um geflüchteten Menschen aus der Ukraine einen Wohnraum zu geben. Vorteilhaft erweist sich hierbei vor allem die Privatsphäre, da jede abgeschlossene Wohneinheit über eine eigene Sanitäreinrichtung verfügt.

Zudem soll das Haus II auf dem Gelände umfassend saniert werden, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Hierzu wurde eine externe Begutachtung der Gebäudestruktur vorgenommen. Diese gibt Aufschluss über den bautechnischen Zustand des Gebäudes, den Instandhaltungs- und Investitionsstau, sowie die landesspezifischen baulichen Anforderungen. Danach wird ein Modernisierungskonzept von Architekten und Fachingenieuren erstellt, welches ebenfalls dem Betriebsausschuss vorgelegt wird.

Sowohl der Neubau, wie auch die Folgenutzung von Haus III und die Sanierung von Haus II stehen in einem ganzheitlichen zukunftsweisenden, bedarfsbezogenen Konzept einer Quartiersentwicklung an der Siepenstraße. Neben der Öffnung des Standortes zu einem Quartier, soll das Portfolio der ASO erweitert und diversifiziert werden.

II. Wichtige Vorgänge des Berichtsjahres

Das Bauvorhaben „Ersatzneubau an der Siepenstraße 30/30a"

- **Fertigstellung des Ersatzneubaus**

  Ziel des Bauvorhabens war ein modernes Pflegeheim zu errichten, welches den aktuell ökologischen Standards entspricht, zukunftsweisend ist und einen Mehrwert für die Stadt Oberhausen darstellt. Außerdem war die Bauzeit einzuhalten und die Kosten im Blick zu behalten. Alle Ziele wurden erreicht.

  Der Neubau wurde am 26.08.2021 nach zweijähriger Bauzeit termingerecht (trotz aller Schwierigkeiten der Corona-Pandemie) feierlich eröffnet.

  Der Ersatzneubau besteht aus drei Bauteilen und 80 rollstuhlgerechten Einzelzimmern. Es ist gelungen, das Gebäude modern, energieeffizient und ökologisch zu bauen. Neben der Dachbegrünung und der Ableitung des Regenwassers in den Mühlenbach wurden attraktive Grünflächen zur Erholung und zur Bewegung der Bewohner geschaffen, um die

Gesundheit und das Wohlbefinden zu fördern. Zu den Besonderheiten gehören flächendeckendes WLAN, elektronische Schließungen der Türen, Lichtsteuerung über Touch-Screens und eine helle Klinkerfassade. Großzügige und offen gestaltete Gemeinschaftsräume sollen die Interaktion der Bewohner fördern.

Kleine Pflegeeinheiten von 10 Bewohnerzimmern je Flur lassen die Bezugspflege mit festen Ansprechpartnern zu; auf Individualität und Selbstbestimmung der Bewohner kann eingegangen werden. Ein abgestimmtes Farbkonzept kennzeichnet die unterschiedlichen Wohnbereiche. Somit wird ein Wiedererkennungswert durch die Symbolik mit Oberhausener Sehenswürdigkeiten (Gasometer, Kaisergarten, Schloss Oberhausen) besonders für demenzerkrankte Bewohner erzeugt.

- **Kostensituation des Bauvorhabens**

Das Bauvorhaben stand vollkommen im Zeichen der Corona-Pandemie. Es wurden bei Ausschreibungen einzelner Gewerke weniger Angebote als üblich abgegeben. Für die ausführenden Unternehmen bestand das Risiko, dass die Bautätigkeit durch mögliche Probleme bei den Baustoffzulieferern, Erkrankungen in der eigenen Belegschaft oder durch behördliche Maßnahmen gebremst oder komplett eingestellt werden konnte. In Bezug auf die Vergaben resultieren durch die zurückhaltenden Angebotsabgaben der Firmen teilweise höhere Kosten. Zudem erhöhten sich die Kosten durch coronabedingte Zusatzaufwendungen und Aufwendungen aus der Berücksichtigung von Interessen der Nachbarschaft. Eine weitere Herausforderung bestand darin, dass der Bauablauf wegen coronabedingter Erfordernisse mehrfach angepasst und immer wieder neu koordiniert werden musste. Der schwierige Weg wurde jedoch gemeistert, da alle Beteiligten sehr gut zusammenwirkten und auf Veränderungen schnell reagierten. Die Kostensteigerung im Bauvorhaben entspricht der allgemeinen Kostenentwicklung im Baugewerbe.

Durch einen Erlass des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (MAGS) wurde diese Entwicklung erkannt und bestätigt, indem der Kostenindex für das Jahr 2020 sehr deutlich um 15,5 % erhöht wurde. Das heißt, die Angemessenheitsgrenze, die die Grundlage der Refinanzierung des Ersatzneubaus darstellt, wurde deutlich angehoben.

Das Kostenvolumen beträgt 11,5 Mio.€ brutto. Somit verzeichnet das Bauvorhaben eine moderate Kostensteigerung von 6,5 % trotz der Corona-Pandemie und der damit einhergehenden deutlich steigenden Kostenentwicklung im Baugewerbe.

- **Abschluss eines Pachtvertrages für den Ersatzneubau**

Wie auch bei den Bestandsgebäuden des Louise-Schröder-Heims wird der Ersatzneubau im Rahmen eines Pachtvertrages an die ASO gGmbH verpachtet.

Der ASO Eigenbetrieb und die ASO gGmbH haben einen Pachtvertrag verhandelt, der sich an dem aktuellen Vertragsverhältnis für das Haus Bronkhorstfeld anlehnt. Grundlage für den Pachtzins ist der Bescheid des Landschaftsverbandes Rheinland gemäß § 12 der „Verordnung zur Ausführung des Alten- und Pflegegesetzes Nordrhein-Westfalen und nach § 8a SGB XI (APG DVO NRW)“.

Diese Herangehensweise unterscheidet sich von dem alten Vertrag für das Haus III, der einen Pachtzins vorsah, der sich aus den Abschreibungen und Zinsen berechnete. Aufgrund der durch den Zeitablauf rückläufigen Abschreibungen und Zinsaufwendungen, die von der ASO gGmbH für die Gebäudenutzung entrichtet wurden, hat sich die Pachteinnahme des ASO Eigenbetriebs stetig vermindert. Die von der ASO gGmbH vereinnahmten Investitionskosten für das Louise-Schroeder-Heim betrugen im Jahr 2020 1.316 T€. Diesen Einnahmen standen entsprechende Pachtzahlungen an den ASO EB von 964 T€ gegenüber. Hieraus resultierte ein für die ASO gGmbH positiver Ergebniseffekt von 352 T€ zulasten des ASO EB. Der verhandelte Pachtvertrag trägt diesem Umstand insofern Rechnung, als dass sich der Pachtzins nunmehr an den Investitionskostensätzen und der Auslastungsquote des Neubaus orientiert. Dies führt zu einer Verstetigung der Einnahmesituation, wodurch auch sichergestellt wird, dass dauerhaft ausreichend Mittel zur Instandhaltung zur Verfügung stehen.

Am 01.12.2021 hat der Betriebsausschuss (ASO EB) und am 09.12.2021 der Aufsichtsrat (ASO gGmbH) dem Abschluss des Pachtvertrages einstimmig zugestimmt.

Darlehensübernahme der Stadt Oberhausen

Im Zuge der Stilllegung des Haus III und dem damit verbundenen Wegfall der Pachteinnahmen für den ASO EB, wurde der Ratsbeschluss B/16/2053-01 vom 21.11.2016 umgesetzt und das Darlehen 3820790123 mit einem Restkapital von 2.123.804,05 € von der Stadt Oberhausen im August, mit dem Umzug der Bewohner von Haus III in den Neubau, übernommen.

Der Wegfall der Darlehensverpflichtungen und die Verbuchung in den sonstigen betrieblichen Erträgen beeinflussen das Jahresabschlussergebnis in positiver Weise.

III. Darstellung der Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage

Ertragslage

Für das Geschäftsjahr 2021 ergibt sich ein Jahresüberschuss von 1.895 T€ (Vorjahresüberschuss 96 T€).

Die Umsatzerlöse erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 126 T€ von 1.918 T€ auf 2.044 T€ und entfallen dabei im Wesentlichen auf die Mieterlöse von der ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH mit 2.032 T€ sowie Mieterlösen von Dritten mit 12 T€.

Die sonstigen betrieblichen Erträge in Höhe von 2.124 T€ umfassen im Wesentlichen die Ausbuchung einer Darlehensverbindlichkeit infolge der außerplanmäßigen Tilgung seitens der Stadt Oberhausen.

Die Abschreibungen erhöhten sich um 485 T€ auf 1.290 T€ insbesondere infolge der Fertigstellung des Ersatzneubaus und der damit angeschafften Ausstattungsgegenstände im Rahmen von geringwertigen Wirtschaftsgütern.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind um 23 T€ auf 509 T€ gesunken (Vorjahr 532 T€).

Das Finanzergebnis verbesserte sich tilgungsbedingt um 9 T€ auf - 473 T€.

Vermögens- und Finanzlage

Das Anlagevermögen wird durch langfristiges Kapital am Bilanzstichtag nicht vollständig gedeckt. Die Unterdeckung hat sich um 960 T€ von -1.051 T€ auf -91 T€ verbessert.

Der Anteil des langfristigen Kapitals an der Bilanzsumme ist zum Vorbilanzstichtag mit 94,3 % gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert (Vorjahr 92,4%).

Die Liquidität auf kurze Sicht beläuft sich auf -91 T€ (Vorjahr -1.051 T€).

IV. Risikobericht

Die zur eigenbetriebsähnlichen Einrichtung gehörende Gebäudesubstanz ist ausschließlich und langfristig an die ASO gGmbH verpachtet. Der bislang vereinbarte Pachtzins hatte in den zurückliegenden Jahren sichergestellt, dass die gesamten Erstellungskosten in vollem Umfang refinanziert werden konnten. Wegen des vertraglichen Konstruktes bzw. wegen der engen rechtlichen Verflechtung von eigenbetriebsähnlicher Einrichtung und der ASO gGmbH muss im Rahmen dieses Risikoberichts auf die finanzielle Situation der Pächterin hingewiesen werden. Diese wurde erneut durch eine unzureichende Vermarktungssituation des Louise-Schroeder-Heims belastet. Der Grund liegt vor allem in den baulichen Gegebenheiten dieses größten Oberhausener Pflegeheims, das im Gegensatz zu neuen Einrichtungen über einen sehr hohen Doppelzimmeranteil verfügt. Auf die Auslastungsprobleme und die damit verbundenen Belastungen des Betriebsergebnisses der Pächterin wird jedoch durch den Ersatzneubau und die beabsichtigten Maßnahmen zur Auslastungsoptimierung von Haus II effektiv und nachhaltig eingegangen. Damit wird der Erwartung der Pächterin entsprochen, seitens der Verpächterin bzw. seitens des ASO Eigenbetriebs auch an der Siepenstraße ein Pachtobjekt zur Verfügung gestellt zu bekommen, das eine zukunftsfähige stationäre Pflege ermöglicht und die notwendigen Voraussetzungen erfüllt, um im örtlichen Wettbewerb bestehen zu können.

Im August wurde der Neubau in Betrieb genommen, welcher mit 80 rollstuhlgerechten Einzelzimmern eine sehr hohe Nachfrage am Markt erfährt. Der Vermarktungsschwierigkeit wurde insofern Rechnung getragen, indem mit der Stilllegung von Haus III insgesamt 22 Doppelzimmer abgebaut wurden. Dennoch ist durch die 36 Doppelzimmer im Haus II weiterer Handlungsbedarf gegeben. Hierzu werden aktuell Maßnahmen zur Auslastungsoptimierung geprüft.

Seitens der Verpächterin wird nicht daran gezweifelt, dass mit dem Betrieb des Neubaus die Pächterin wieder an die frühere erfolgreiche Geschäftsentwicklung anknüpfen wird und der ASO Verbund sich am Markt behaupten kann. Eine Stärkung des Verbundes resultiert nach Auffassung der Betriebsleitung auch durch die Übernahme des Darlehens für das Haus III durch die Stadt Oberhausen.

Die Pächterin wird gemäß dem bestehenden Pachtvertrag für das Haus II des Louise-Schroeder-Heims auch in den nächsten Jahren eine Pacht in Höhe der bilanziellen Abschreibungen und der Zinsen entrichten. Hierdurch wird sich ein Delta zwischen den Zahlungen der ASO gGmbH und dem vom ASO Eigenbetrieb aufzubringenden Aufwand für noch zu leistende Tilgungs- und Zinszahlungen ergeben. Dieses Problem muss gelöst werden, indem der Pachtvertrag für das Haus II neu ausgehandelt wird. Dieser müsste ähnliche Regelungen wie der Pachtvertrag des Haus Bronkhorstfeld bzw. des Ersatzneubaus enthalten.

Die genannten Risiken sind für die ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen nicht als bestandsgefährdend einzustufen.

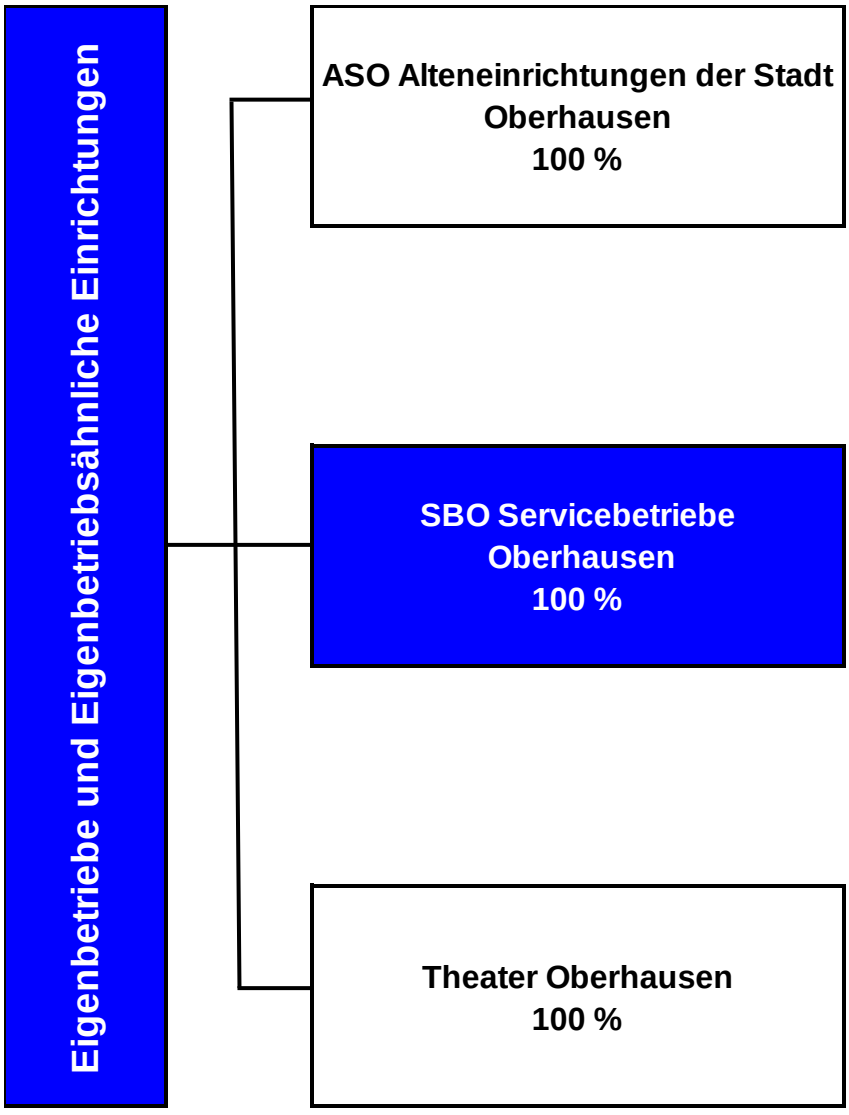
V. Prognosebericht

Die Betriebsleitung ist zuversichtlich, dass durch die vom Rat der Stadt im Jahr 2016 vorgenommene Weichenstellung für das Louise-Schroeder-Heim die Grundlage für eine finanziell positive Entwicklung des gesamten ASO Verbundes getroffen worden ist. Notwendig wird es jedoch, eine Lösung für die sich abzeichnende negative Finanzentwicklung des ASO Eigenbetriebs zu entwickeln, indem die Belastung durch eine Anpassung des zzt. noch bestehenden Pachtvertrages für das Haus II des Louise-Schroeder-Heims reduziert wird. Der Neubau ist der Grundstein für eine Quartiersentwicklung, die an der Siepenstraße entstehen soll. Die Folgenutzung des Bestandsgebäudes und die Umsetzung neuer, moderner Konzepte wird das Thema des Jahres 2022 sein. Hierin sieht die Betriebsleitung ein zukunftsweisendes Projekt, welches das Portfolio des ASO-Verbundes erweitert und wettbewerbsfähig macht. Für das Geschäftsjahr 2022 wird mit einem Jahresüberschuss von 15 T€ geplant.

Oberhausen, 24. April 2022

Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen (ASO)

Matthias Frerix
Betriebsleiter


Eigenbetriebe und Eigenbetriebsähnliche Einrichtungen
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen
100 %
SBO Servicebetriebe Oberhausen
100 %
Theater Oberhausen
100 %

SBO Servicebetriebe Oberhausen

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Bahnhofstr. 66
46145 Oberhausen

Kontakt:

Rechtsform: Eigenbetrieb

Stammkapital in T€: 2.000,00

Gesellschafter:	**T€**	**%**
Stadt Oberhausen	2.000,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Eigenbetriebes
1) Das Gebäudemanagement, die Grünflächenunterhaltung sowie weitere mit den vorgenannten Zwecken im Zusammenhang stehende oder vergleichbare Dienstleistungen für die Stadt Oberhausen werden als Eigenbetrieb auf der Grundlage der gesetzlichen Vorschriften und den Bestimmungen dieser Betriebssatzung geführt.
2) Zu den Aufgaben des Eigenbetriebes gehören insbesondere:
a) alle Dienstleistungen im Bereich des Immobilien- und Gebäudemanagement,
b) die Unterhaltung und Pflege städtischer Grün- und Sportflächen,
c) das Friedhofswesen,
d) Serviceleistungen für die Stadt Oberhausen und Unternehmen mit städtischer Beteiligung, insbesondere im Rahmen der Beschaffung sowie beim Erwerb oder der Veräußerung von Liegenschaften,
e) Planung und Realisierung von Neu-, Um- und Erweiterungsbauten für die Stadt Oberhausen als Bauherrin,
f) die Vermietung, Anmietung und Verpachtung von Liegenschaften und Räumen,
g) die bedarfsgerechte Versorgung aller Organisationseinheiten der Stadt mit städtischen oder angernieteten Räumen oder Grundstücken,
h) Bäderwesen, Marina,
i) Tiergehege,
j) Restabwicklung Baumaßnahmen,
k) Immobilien- und Mietwesen für Eigenobjekte der OGM GmbH.
3) Der Eigenbetrieb kann alle seinem Betriebszweck fördernden Hilfs- und Nebengeschäfte betreiben.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Dienstleistungsvertrag zwischen der Stadt Oberhausen/SBO und der OGM in Bezug auf den bei der OGM verblebenden Geschäftsbetrieb zum 01.01.2021
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Miet- und Betreibervertrag zwischen der SBO und der OGM in Bezug auf das Parkhaus an der Marina
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Mietvertrag über Büroräume im Technischen Rathaus über eine Mietfläche von rd. 96 m² zum 01.01.2021
VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH	Betreibervertrag für das Parkhaus am Eugen-zur-Nieden-Ring vom 23.07.2009
VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH	Mietvertrag für das Parkhaus am Eugen-zur-Nieden-Ring vom 23.07.2009
VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH	Mietvertrag zwischen der VZO GmbH und der SBO (vormals OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH) vom 26. September / 25. Oktober 2001 über das Bürogebäude an der Bahnhofstraße 66
VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH	Betreibervertrag zwischen der VZO GmbH und der SBO (vormals OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH) vom 26. September / 25. Oktober 2001 über das Verwaltungsgebäude Technisches Rathaus
VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH	Miet- und Betriebsführungsvertrag zwischen der SBO (vormals OGM) und der VZO über das Bürogebäude "Jobcenter Marktstraße" und das Parkhaus Marktstraße 10

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2021)

Betriebsausschuss:	Vorsitzende	Stehr, Simone Tatjana
	stellv. Vorsitzender	Look, Dietmar
	Mitglied	Axt, Norbert
	Mitglied	Cordes, Hubert
	Mitglied	Flore, Manfred
	Mitglied	Ingendoh, Holger
	Mitglied	Karacelik, Yusuf
	Mitglied	Gadde, Andreas
	Mitglied	Völker, Andreas
	Mitglied	Kempkes, Wolfgang
	Mitglied (AN)	Heweling, Detlef
	Mitglied (AN)	Mazura, Hubert
	Mitglied (AN)	Hauffe, Dagmar
	Mitglied (AN)	Diebels, Stefan
	Mitglied (AN)	Mandlburger, Nicole
	stellv. Mitglied	Axt, Birgit
	stellv. Mitglied	Bandel, Frank
	stellv. Mitglied	Benter, Christian
	stellv. Mitglied	Bischoff, Jörg
	stellv. Mitglied	Koch, Lühr Otto Werner Klaus
	stellv. Mitglied	Nakot, Werner
	stellv. Mitglied	Opitz, Stefanie
	stellv. Mitglied	Dr. Schröer-Tebbe, Jörg
	stellv. Mitglied	Derißen, Jörn
	stellv. Mitglied	Mumm, Hartmut
	stellv. Mitglied (AN)	Demond, Malte
	stellv. Mitglied (AN)	Papotto, Gaetano
	stellv. Mitglied (AN)	Peuten, Mirko
	stellv. Mitglied (AN)	Stevens, Dunja
	stellv. Mitglied (AN)	Visnjic, Goran
Betriebsleitung des Eigenbetriebs:	Vorsitzender	Kußel, Andreas
	Mitglied	Kalthoff, Horst

c) Beteiligungen

mittelbar	**T€**	**%**
	2.000,00	100,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2021	
Aktiva	**T€**	**%**
Anlagevermögen	32.897,07	50,4
Umlaufvermögen	32.278,04	49,5
Rechnungsabgrenzungsposten	43,67	0,1
Bilanzsumme	**65.218,78**	**100,00**

Passiva	**T€**	**%**
Eigenkapital	4.716,61	7,2
Rückstellungen	6.134,84	9,4
Verbindlichkeiten	54.273,68	83,2
Rechnungsabgrenzungsposten	93,65	0,1
Bilanzsumme	**65.218,78**	**100,00**

bb) GuV

	2021
	T€
Umsatzerlöse	99.185,67
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	29.922,57
sonstige betriebliche Erträge	425,31
Materialaufwand	84.869,76
Personalaufwand	29.135,12
Abschreibungen	2.416,73
sonstige betriebliche Aufwendungen	9.978,41
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2,66
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	680,80
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	2.455,39
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	223,30
sonstige Steuern	254,61
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	1.977,48
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	1.977,48

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2021	Angaben in
Umsatzrentabilität:	1,99	%
Eigenkapitalrentabilität:	72,19	%
Cash-Flow:	4.394,20	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	223,72	T€
Personalaufwandsquote:	22,49	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2021	Angaben in
Sachanlagenintensität:	50,43	%
Eigenkapitalquote:	7,23	%
Fremdkapitalquote:	92,77	%

e) Lagebericht

A. Grundlagen des Unternehmens

1. Allgemeines

Die SBO Servicebetriebe Oberhausen sind ein Eigenbetrieb der Stadt Oberhausen. Die Gründung erfolgte zum 01.01.2021 und wurde am 16.07.2021 rechtskräftig ins Handelsregister eingetragen. Der Eigenbetrieb erbringt für die Stadt Oberhausen Dienstleistungen im Gebäudemanagement und der Grünflächenunterhaltung sowie damit im Zusammenhang stehende oder vergleichbare Leistungen.

Zum Eigenbetrieb gehören insbesondere folgende Aufgaben:
- alle Dienstleistungen im Bereich des Immobilien- und Gebäudemanagements
- die Unterhaltung und Pflege städtischer Grün- und Sportflächen
- das Friedhofswesen
- Serviceleistungen für die Stadt oder deren Beteiligungen beim Erwerb oder der Veräußerung von Liegenschaften
- Planung und Realisierung von Neu-, Um- und Erweiterungsbauten für die Stadt
- Vermietung, Anmietung und Verpachtung von Liegenschaften und Räumen
- Versorgung des Bedarfs der Stadt mit Räumen oder Grundstücken
- Betrieb des Bäderwesens und der Marina
- Betrieb des Tiergeheges im Kaisergarten
- Immobilien- und Mietwesen für Eigenobjekte der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH

Neben dem angemieteten Bürostandort an der Geschäftsadresse betreibt der Eigenbetrieb einen zentralen Betriebshof in der Stadt, an dem die operativen Einheiten mit Fuhr- und Gerätepark untergebracht sind. Kleinere Dienststellen befinden sich auf den kommunalen Friedhöfen, im Kaisergarten und im Stadion Niederrhein. Zweigniederlassungen sind nicht vorhanden.

Aufsichtsgremium des Eigenbetriebes ist der Rat der Stadt Oberhausen nach § 4 der Betriebssatzung sowie der Betriebsausschuss nach § 5 der Betriebssatzung.

2. Forschung und Entwicklung

Aus dem Aufgabengebiet eines kommunalen Dienstleisters heraus, ergibt sich für den Eigenbetrieb nicht die Notwendigkeit zu Forschungstätigkeiten oder Produktentwicklungen.

B. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die Servicebetriebe Oberhausen (SBO) sind als Eigenbetrieb keine eigenständige juristische Person, sondern Dienststelle der Stadt Oberhausen und damit überwiegend Dienstleister der Stadt. Da der maßgebliche Teil der Leistungen direkt für die Stadt erbracht wird, unterliegt der Eigenbetreib nur in begrenztem Maße gesamtwirtschaftlichen Einflüssen. Einfluss haben Lohn- und Preissteigerungen, die jedoch im Wirtschaftsplan berücksichtigt werden und somit indirekt in den Haushalt der Stadt Oberhausen einfließen.

Die Coronapandemie hatte insbesondere Einfluss im Bereich des Bäderwesens auf Grund von Schließungen und Kurzarbeit und im Bereich der Gebäudebewirtschaftung durch höhere Kosten im Bereich der Bewachung (Einlasskontrollen an öffentlichen Gebäuden, Bewachung der Impfzentren) und durch die Ausweitung der Gebäudereinigung und der Ausstattung mit zusätzlichen Hygieneartikeln.

2. Geschäftsverlauf

Mit Beginn der Geschäftstätigkeit am 1.1.2021 wurden im Wesentlichen die Leistungsbereiche der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH (OGM) weitergeführt. Einige Teilbereiche wurden nicht übernommen, die Bereiche Friedhofsverwaltung der Stadt Oberhausen und Strategisches Immobilienmanagement kamen hinzu.

Der Wirtschaftsplan wurde basierend auf den Vorjahresergebnissen der weitergeführten Leistungsbereiche der OGM und der übernommenen städtischen Bereiche und den zum Zeitpunkt der Gründungsphase des Eigenbetriebs bekannten Prämissen erstellt.

Eine Vergleichsbetrachtung zum Vorjahr ist im ersten Geschäftsjahr nicht möglich.
Die Wirtschaftsplandaten waren aufgrund der oben geschilderten Gründe nicht in allen Bereichen zutreffend. Abweichungen werden in der Plan/Ist-Analyse erläutert. Bezüglich der Finanzmittelströme wird auf die beigefügte Kapitalflussrechnung verwiesen.

3. Beteiligungen

Der Eigenbetrieb hält keine Beteiligungen

C. Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage

1. Wirtschaftliche Entwicklung

Die Umsatzerlöse werden im Wesentlichen durch die gezahlten Zuschüsse und Entgelte der Stadt Oberhausen geprägt.

Die Entgelte in € sind wie folgt zusammengesetzt und zeigen gegenüber ihrer Planung folgende Entwicklung:

	2021/€ IST	2021/ € PLAN	Abw. / €
Pauschalentgelte	67.159.194	68.088.865	-929.671
Umsatzerlöse Rechnungsjournale	17.287.561	15.845.181	1.442.380
Mieterträge und Nebenkosten	8.285.706	9.123.202	-837.497
Umsatzerlöse Bäderwesen	1.722.855	2.626.437	-903.582
Versicherungserträge	1.273.400	952.000	321.400
Umsatzerlöse Objektmanagement	933.140	30.000.000	-29.066.860
Umsatzerlöse Friedhöfe	239.353	114.826	124.527
Umsatzerlöse Gebäudeunterhaltung	141.194	313.780	-172.586
Erlöse Nutzungsentgelt	127.064	317.333	-190.269
sonstige Allgemeine Umsatzerlöse	2.016.204	219.321	1.796.883
Summe Umsatzerlöse	**99.185.671**	**127.600.946**	**-28.415.274**

Bestandsveränderungen HF-Baumaßnahmen	29.993.089	0	29.993.089
Bestandsveränderungen BK Immobilien	-70.522	-723.435	652.913

2. Plan- / Ist-Vergleich

Die Umsatzerlöse belaufen sich im Geschäftsjahr 2021 insgesamt auf 99,2 Mio. €. Der überwiegende Teil resultiert aus dem Pauschalzuschuss sowie geleisteten Einzelzuschüssen der Stadt Oberhausen. In der verabschiedeten Wirtschaftsplanung sind diese Zuschüsse unter den Positionen „Sonstige Erträge / Zuschuss Stadt Oberhausen“ bzw. „Sonstige Erträge/ Investive Baumaßnahmen Stadt Oberhausen“ ausgewiesen. Drittumsätze ergeben sich im Wesentlichen aus Mieterträgen sowie aus Umsätzen des Bäderbetriebs.

Dabei führten die nur schwer einschätzbaren Pandemieauswirkungen sowie zum Planungszeitpunkt noch nicht bekannten Immobiliensachverhalte, insbesondere Veränderungen in den Eigentumsverhältnissen ehemaliger OGM-Immobilien, zu größeren Planabweichungen.

Der geplante städtische Zuschuss „Umsatzerlöse Objektmanagement“ korrespondiert mit den Bestandsveränderungen für Baumaßnahmen, da die noch nicht abgeschlossenen Baumaßnahmen keine Umsatzgröße, sondern zunächst einen Bestand darstellen. Betrachtet man beide Größen in Summe, kommt es zu einer Abweichung von der Plangröße (30 Mio. €) für umgesetzte Baumaßnahmen von ca. 1 Mio. €, die sich analog durch höhere Bauaufwendungen im Materialaufwand zeigt.

Der Materialaufwand beträgt 84,9 Mio. €. Neben Treibstoffen, Betriebsmitteln, Arbeitsausrüstung, medizinischen und Hygienebedarfen umfasst dieser im Wesentlichen Aufwendungen für Bau- und Instandhaltungsleistungen, Gebäudeunterhaltungskosten, Energie und Personalgestellungskosten. Er liegt mit rd. 1,8 Mio. € über dem geplanten Ansatz und ist hauptsächlich in höherem Bau- und Instandhaltungsaufwand begründet.

Die Personalkosten liegen mit 29,1 Mio. € 10,7% unter dem geplanten Ansatz (32,6 Mio. €). Eine wesentliche Abweichung in Höhe von 1,5 Mio. € gegenüber der Plangröße ergibt sich aus der Umgliederung von Kosten für durch die Stadt gestellten Beamten, die im Schema der Gewinn- und Verlustrechnung nicht im Personalaufwand, sondern unter den Materialaufwendungen ausgewiesen werden. Weitere Umgliederungen betreffen Erstattungen für Altersteilzeit, die ursprünglich in den sonstigen Erträgen geplant waren. Materielle Abweichungen ergeben sich u.a. durch Langzeiterkrankungen, bei denen keine Lohnfortzahlungskosten angefallen sind.

Die Abschreibungen liegen mit 2,4 Mio. € 0,4 Mio. € unter dem Plan. Ursache sind geplante aber nicht oder später durchgeführte Investitionen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen belaufen sich auf 10,0 Mio. €. Sie umfassen im Wesentlichen Mietaufwendungen, Postaufwendungen, Versicherungsprämien und übrige sonstige Aufwendungen. Sie bleiben im Geschäftsjahr mit rund 3,0 Mio. € unterhalb des Plans.

Das positive Betriebsergebnis in Höhe von 3,1 Mio. € liegt mit 2,4 Mio. € deutlich über dem Plan.

Das Finanzergebnis in Höhe von -0,7 Mio. € liegt auf Planniveau.

Das Ergebnis nach Steuern beläuft sich auf 2,2 Mio. €.

Nach sonstigen Steuern ergibt sich ein Jahresüberschuss von 2,0 Mio. €.

Der Jahresüberschuss ergibt sich im Wesentlichen durch den geplanten Pauschalzuschuss, der in Teilen die originären Kosten des Eigenbetriebs übersteigt.

Die folgende Übersicht gibt einen Überblick über die Entwicklung einiger finanzieller Leistungsindikatoren sowie der Vermögens- und Kapitalstruktur:

	2021
Umsatzerlöse (T€)	99.186
Materialaufwandsquote	66%
Personalintensität	23%
Personalaufwand pro Kopf (T€)	48
Jahresergebnis (T€)	1.977
Eigenkapital (T€)	4.717
Eigenkapitalquote	7,23%
Investitionen (T€)	2.835
Fremdkapitalquote	92,62%
Anlagevermögen	32.897
Anlagenintensität	50,44%
Abschreibungsintensität	1,91%

Der Investitionsplan, der sich auf Güter des beweglichen und immateriellen Anlagevermögens bezog, belief sich auf 4,6 Mio. €. Die Anlagenzugänge im Bereich dieses Anlagevermögens belaufen sich auf 2,5 Mio. €. Damit wurde der Investitionsplan in Teilen nicht umgesetzt. Ursächlich sind im Wesentlichen die geringeren Investitionsmaßnahmen im Bereich der Stadtverwaltung (Betriebs- und Geschäftsausstattung), hier wurden 0,9 Mio. € weniger als geplant abgerufen sowie nicht durchgeführte IT-Investitionen (Software, Hardware und Infrastruktur), und Fahrzeugbeschaffungen, deren Liefertermine sich ins Folgejahr verschoben.

3. Sonstiges

Notwendige Finanzierungen im Berichtsjahr erfolgten durch Darlehensaufnahmen. Kontokorrentkredite wurden nicht in Anspruch genommen. Weitere Finanzierungsinstrumente wurden nicht eingesetzt.

4. Kapitalflussrechnung

Cashflowrechnung 2021	
1. Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	**T€**
Jahresergebnis	1.978
Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	2.417
Zunahme/Abnahme (-) der Rückstellungen	103
Zunahme(-)/Abnahme (+) der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-8.640
Zunahme(+)/Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	24.652
Gewinn(-)/Verlust(+) aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens (saldiert)	-37
Zinsaufwendungen/Zinserträge	678
Ertragssteueraufwand/-ertrag	200
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	**21.351**
2. Cashflow aus Investitionstätigkeit	
Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-9
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	39
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-3.313
Erhaltene Zinsen	3
Cashflow aus Investitionstätigkeit	**-3.280**
3. Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	
Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von (Finanz-) Krediten	4.000
Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und (Finanz-) Krediten	-2.914
Gezahlte Zinsen	-681
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	**405**
Finanzmittelfonds	
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	18.476
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	26
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	18.502
Zusammensetzung des Finanzmittelbestands	
Liquide Mittel	18.502

D. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

1. Wirtschaftsplan 2022 ff

Der Wirtschaftsplan 2022 basiert auf den im ersten Halbjahr 2021 gewonnenen Erkenntnissen des Geschäftsverlaufes, den prognostizierten Veränderungen und den Prämissen, dass die nach Abzug von Drittumsätzen geplanten Kosten und die für die Finanzierung von Investitionen notwendigen Mittel durch die Stadt Oberhausen zur Verfügung gestellt werden.

Dementsprechend wurde der Wirtschaftsplan vom Rat der Stadt Oberhausen im Rahmen des Beschlusses über den Gesamtstädtischen Haushaltsplan 2022 beschlossen. Der Wirtschaftsplan sieht einen Jahresüberschuss in Höhe von 665 T€ vor. Dieser resultiert aus der Finanzierung von Investitionen des Eigenbetriebs durch die Stadt, die die Abschreibungen übersteigen und somit im Rahmen der Kostenerstattung nicht durch die Stadt gedeckt sind.

Der Gesamtzuschuss der Stadt beläuft sich auf 130.924 T€. Der Anstieg gegenüber dem Vorjahresplan (118.517 T€) resultiert zum einen aus Tarifsteigerungen im Personalbereich, vertraglich indizierten Preisanpassungen und sonstigen Marktpreissteigerungen und zum anderen aus den höheren für die Stadt geplanten Beschaffungsleistungen und Baumaßnahmen.

Der Investitionsplan weist für das Jahr 2022 ein Gesamtvolumen von 5.371 T€ aus. Hierin sind bewegliche Investitionsgüter sowohl für den Bedarf der Stadt Oberhausen als auch für die SBO enthalten. 700 T€ des Gesamtvolumens wurden im Jahr 2022 für die Errichtung einer Betriebsstelle am Nordfriedhof eingeplant.

Der Vermögensplan sieht einen ausgeglichenen Cash-Flow, basierend auf den Zuschüssen der Stadt und der moderaten Aufnahme von Darlehen zur Finanzierung von Investitionen für Neuanschaffungen vor.

2. Risikomanagement

Die SBO hat als Rechtsnachfolgerin der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH das im Geschäftsjahr 2005 eingeführte Risiko-Chancen-Management übernommen. Es werden grundsätzlich alle vier Monate Risiko-Inventuren durchgeführt, in denen eine Beschreibung der jeweiligen Risiken sowie die Eintrittswahrscheinlichkeit und die möglichen finanziellen Auswirkungen, aber auch Chancen in der künftigen Entwicklung, erfasst werden.

Im Rahmen der Risiko-Inventuren werden alle bestehenden oder abzusehenden Risiken wirtschaftlicher, finanzieller, fachlicher und personeller Art erfasst, soweit sie sich nicht grundsätzlich aus dem Betrieb eines Objektes oder aus gesetzlichen und allgemeinen vertraglichen Regelungen ergeben.

Das auf dieser Basis erstellte Risiko-Chancen-Portfolio gibt der Betriebsleitung sowie den leitenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einen regelmäßigen Überblick über die Chancen und Risiken in den einzelnen Bereichen und ermöglicht allen Verantwortlichen die Früherkennung und Steuerung der Risiken. Zum aktiven Einfluss auf ein Chancenpotential wird auf die einschränkenden Ausführungen zu A 1. verwiesen.

Risikoinventuren wurden im Januar, Mai und September 2021 und zuletzt zum 31. Januar 2022 durchgeführt.

Unternehmensgefährdende oder sonstige bestandsgefährdende Risiken wurden nicht festgestellt.

3. Steuerung des Unternehmens

Der Eigenbetrieb SBO verfügt über ein Controlling, das als Stabsstelle bei der Betriebsleitung angesiedelt ist. Hier erfolgen monatliche Analysen im Rahmen von Plan- / Ist-Vergleichen auf der Basis eines detaillierten Kostenstellen- und Auftragsnummernsystems sowie eine Überwachung des mit der Stadt Oberhausen vereinbarten Budgets. Das entsprechende Datenmaterial wird der Betriebsleitung und den leitenden Mitarbeitern/innen regelmäßig zur Verfügung gestellt und ermöglicht diesen eine zeitnahe Steuerung.

Darüber hinaus erfolgt im Bereich Finanzen eine tägliche Überwachung der Finanzströme und eine regelmäßige Liquiditätsplanung.

E. Sonstige Angaben

1. Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und Zielerreichung

Wie bereits unter Punkt A 1. ausgeführt wurde, ist der Eigenbetrieb in erheblichem Umfang direkt und indirekt für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Oberhausen tätig.

Diese Aufgaben wurden im Geschäftsjahr 2021 mit der Einschränkung der pandemiebedingten Schließung der Bäder und des Tiergeheges und im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten des städtischen Haushalts erledigt.

3. Besetzung der Betriebsleitung

Die Betriebsleitung ist wie folgt besetzt:

Andreas Kußel	Diplom-Kaufmann Angestellter Kaufmännische Leitung
Horst Kalthoff	Diplom-Ingenieur, Architekt Beamter der Stadt Oberhausen Technische Leitung

3. Angaben gemäß § 6 Abs. 7 Satz 4 Energiewirtschaftsgesetz (EnWG)

Die SBO betreiben auf dem eigenen Bergbau-Erlebnis-Bad AQUApark Photovoltaikanlagen. Die für das Bad nicht benötigte Energie wird in das Netz des örtlichen Energieversorgers, der Oberhausener Netzgesellschaft mbH, eingespeist. Ein Entgelt von 7 T€ wurde im Geschäftsjahr vereinnahmt.

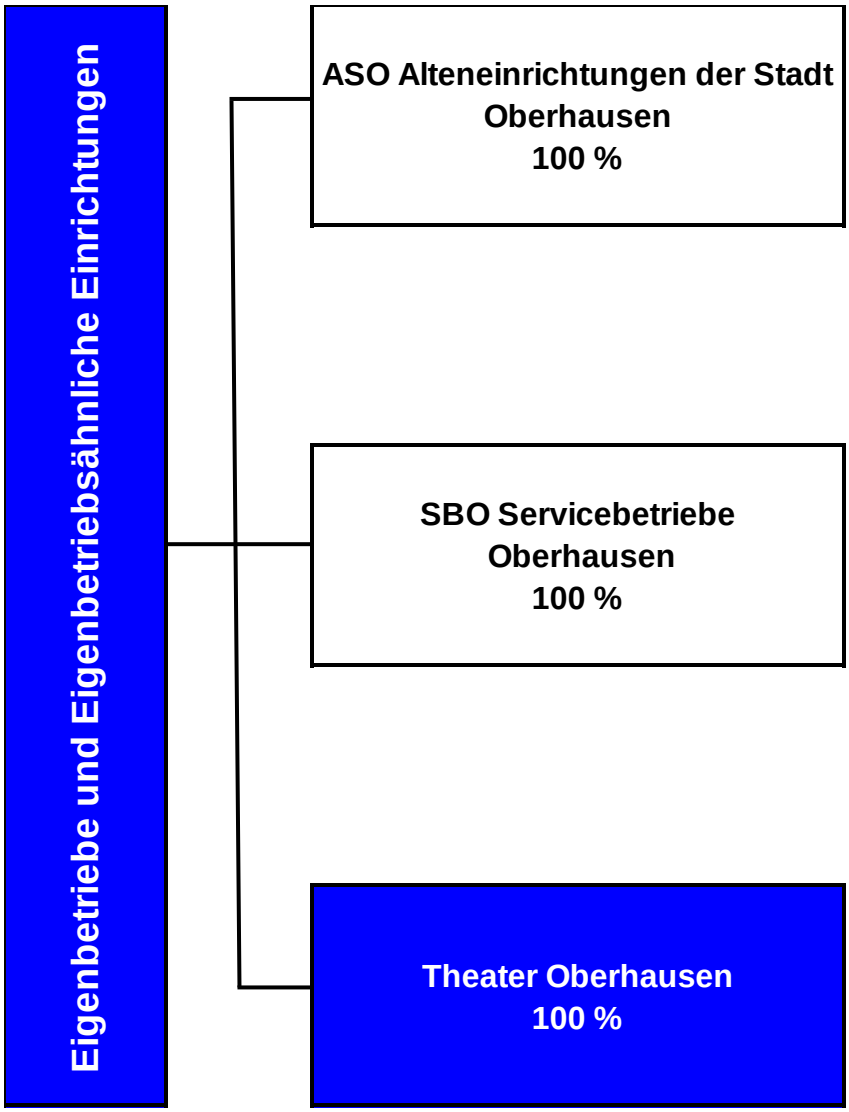
Weitere Tätigkeiten im Sinne von § 6 b Abs. 3 EnWG werden vom Eigenbetrieb nicht ausgeübt.

Es wird versichert, dass im Lagebericht nach bestem Wissen der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Eigenbetriebes so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird und dass die wesentlichen Chancen und Risiken beschrieben sind.

Oberhausen, 07. April 2022

SBO Servicebetriebe Oberhausen (SBO)

Andreas Kußel / Horst Kalthoff
Geschäftsführung


Eigenbetriebe und Eigenbetriebsähnliche Einrichtungen
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen
100 %
SBO Servicebetriebe Oberhausen
100 %
Theater Oberhausen
100 %

Theater Oberhausen

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Ebertstr. 82
46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/85780
Fax	0208/8578325
e-Mail	info@theater-oberhausen.de
Internet	www.theater-oberhausen.de/

Rechtsform: Eigenbetriebsähnlicher Betrieb

Stammkapital in T€: 100,00

Gesellschafter:

	T€	%
Stadt Oberhausen	100,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Das Theater der Stadt Oberhausen bildet eine eigenbetriebsähnliche Einrichtung und wird auf der Grundlage der gsetzlichen Vorschriften und den Bestimmungen der Betreibssatzung geführt.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH	Vertrag über die Anmietung der Probebühne vom 01.10.1998
Stadt Oberhausen	Treuhandüberlassungsvertrag vom 01.12.1998 zur Nutzung des Grundstücks (inkl. Gebäude) Ebertstraße 82 einschließlich fest verbundener Einbauten sowie der Betriebs- und Geschäftsausstattung des Theaters

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2021)

Geschäftsführung:	Betriebsleiter	Fiedler, Florian
	Betriebsleiter	Beckmann, Doris
Betriebsausschuss:	Vorsitzender	Flore, Manfred
	stellv. Vorsitzende	Gödderz, Sandra
	Mitglied	Barwanietz, Thomas
	Mitglied	Broß, Klaus Dieter
	Mitglied	Dubbert, Karin
	Mitglied	Köster, Volker
	Mitglied	Sahin, Bülent
	Mitglied	Wolter, Marita
	Mitglied	Schmidt, Georgis
	Mitglied	Höppner, Chris
	Mitglied	Scherer, Axel

Mitglied	Gadde, Andreas
Mitglied	Janetzki, Maximilian
Mitglied	Heinzen, Tim
Mitglied	Bandel, Bärbel
Mitglied	Hoff, Amelie
Mitglied	Jankowski, René
Mitglied	Kompa, Hartwig
Mitglied	Laß, Claudia
Mitglied	Noldus, Erich
Mitglied	Wilts, Silke
stellv. Mitglied	Axt, Birgit
stellv. Mitglied	Bennewa, Helmut
stellv. Mitglied	Benter, Christian
stellv. Mitglied	Blanke, Andreas
stellv. Mitglied	Brodrick, Helmut
stellv. Mitglied	Dittmeyer, Jürgen
stellv. Mitglied	Matzat, André
stellv. Mitglied	Tüzün, Saadettin
stellv. Mitglied	Willing-Spielmann, Ulrike
stellv. Mitglied	Dr. Jacobs, Silke
stellv. Mitglied	Dr. Schröer, Jörg
stellv. Mitglied	Grothe, Helga
stellv. Mitglied	Lange, Jörg
stellv. Mitglied	Müller, Karl-Heinz
stellv. Mitglied	Ottersbach, Dustin
stellv. Mitglied	Paspaliari, Ekaterini
stellv. Mitglied	Prohl, Manuel
stellv. Mitglied	Racel, Britta
stellv. Mitglied	Sauer, Florian
stellv. Mitglied	Tzscheppan, Wolfgang
stellv. Mitglied	Völker, Andreas

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2019		2020		2021		Veränder-ungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Umlaufvermögen	883,96	87,2	1.045,30	89,4	2.330,88	94,6	1.285,58	122,99
Rechnungsabgrenzungsposten	129,44	12,8	124,22	10,6	132,11	5,4	7,89	6,35
Bilanzsumme	**1.013,40**	**100,00**	**1.169,52**	**100,00**	**2.462,99**	**100,00**	**1.293,47**	**110,60**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	188,59	18,6	230,34	19,7	1.508,95	61,3	1.278,61	555,10
Rückstellungen	308,07	30,4	349,80	29,9	571,47	23,2	221,67	63,37
Verbindlichkeiten	516,74	51,0	519,24	44,4	360,07	14,6	-159,17	-30,65
Rechnungsabgrenzungsposten			70,14	6,0	22,50	0,9	-47,64	-67,92
Bilanzsumme	**1.013,40**	**100,00**	**1.169,52**	**100,00**	**2.462,99**	**100,00**	**1.293,47**	**110,60**

bb) GuV

	2019	2020	2021
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	452,95	264,14	53,56
sonstige betriebliche Erträge	10.342,21	10.424,07	11.487,99
Materialaufwand	964,56	815,11	942,52
Personalaufwand	7.880,93	8.188,34	7.622,48
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.920,81	1.643,01	1.697,93
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	28,86	41,75	1.278,61
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-1,46		
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	30,32	41,75	1.278,61
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	30,32	41,75	1.278,61

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.07.2019	31.07.2020	31.07.2021	Angaben in
Umsatzrentabilität:	6,69	15,81	2.387,06	%
Eigenkapitalrentabilität:	19,16	22,14	555,11	%
Cash-Flow:	30,32	41,75	1.278,61	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	89,22	87,68	93,08	T€
Personalaufwandsquote:	73,00	76,61	66,04	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.7.2019	31.7.2020	31.7.2021	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	18,61	19,70	61,26	%
Fremdkapitalquote:	81,39	80,30	38,74	%

e) Lagebericht

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Das Theater Oberhausen wird als Öffentliche Einrichtung in der Rechtsform einer eigenbetriebsähnlichen Einrichtung betrieben und hat aufgrund seiner Satzung vom 19. Juni 2006 den Auftrag, die Darstellende Kunst mit Durchführung von Theateraufführungen und mit der Öffnung zu anderen Kunstgattungen zu fördern. Es betreibt dabei auch ein Kinder- und Jugendtheater. Das Theater Oberhausen wird nach den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung des Landes Nordrhein-Westfalen (EigVO NRW) und nach den Bestimmungen der Betriebssatzung geführt. Das Theater Oberhausen wird überwiegend öffentlich finanziert und verfolgt ausschließlich gemeinnützige Zwecke im Sinne der Abgabenordnung (AO).

Die Stadt Oberhausen ist eine im Strukturwandel befindliche Stadt im westlichen Ruhrgebiet mit ca. **211.000** Einwohnern. Weitere theatertragende Städte im Umfeld sind Duisburg, Moers, Essen und Gelsenkirchen.

Ertragslage

In Klammern: jeweils der Vorjahreswert

In der Spielzeit 2020/21 wurden in Oberhausen 117 (221) Veranstaltungen mit 5.453 (29.505) Besuchern durchgeführt. Die Platzausnutzung der eigenen Produktionen betrug 93,6 % (56,01 %) der angebotenen Plätze. Der Spielplan umfasste im Großen Haus 2 (10), im Saal 2 (früher Malersaal) 1 (10) und in Außenspielstätten und Pool (früher Bar) 5 (6) Produktionen bzw. Veranstaltungsreihen. Ferner fanden 30 (22) Gastspiel- und Sonderveranstaltungen statt.

Zudem wurden 40 Termine angeboten, zu denen digitale Produktionen gestreamt werden konnten.

Das Theater Oberhausen gastierte mit **0** (1) eigenen Abstechern.

Entwicklung der **Umsatzerlöse:**

	31.07.21 €	31.07.20 €
Eintrittseinnahmen und Abstecher	53.564,35	264.140,11

Das wirtschaftliche Ergebnis schloss mit einem Jahresüberschuss von € 1.278.614,66 (Vorjahr € 41.749,43) ab. Die deutliche Umsatzreduzierung ist im Wesentlichen auf die Pandemie-bedingte Schließung des Theaters in der Zeit von November 2020 bis Spielzeitende 2021 zurückzuführen.

Die **Erträge** lagen um T€ 450 über dem Planansatz. Mindereinnahmen aus den Umsatzerlösen (-T€ 366) standen Mehreinnahmen im Wesentlichen aus Sonderzuschüssen und dem erhöhten Landeszuschuss und Erstattungszahlungen des Kurzarbeitergeldes gegenüber.

Auf der Kostenseite lagen die **Personalkosten** um T€ 864 unter dem Planansatz.

Die **Sachkosten** lagen um T€ 167 unter dem Planansatz.

Die Differenz zwischen dem Jahresüberschuss (T€ 1.279) und dem sich aus den vorstehend aufgeführten Ergebnisverbesserungen (T€ 1.481) resultiert aus den nicht auf einzelne Etatpositionen umgelegten pauschalen Zuschussreduzierungen des Wirtschaftsplanes (T€ 202).

Die Entwicklung im Bereich Personal stellt sich wie folgt dar:

Zahl der Beschäftigten	31.07.21	31.07.20	Veränderung
Künstler u. Künstl.-techn-Pers.	56,5	57,5	-1,0
Verwaltungspersonal	10,5	9,4	1,1
Arbeiter	57,0	55,0	2,0
	124,0	121,9	2,1

Der Aufwand betrug T€ 3.315 für Künstler:innen und BTT–Kräfte und T€ 3.054 für Beschäftigte nach TVöD. Gesetzliche und tarifvertragliche Sozialaufwendungen beliefen sich auf T€ 1.766. Im Aufwand für das Künstlerische Personal sind auch Kosten für Gastschauspieler:innen, -Regisseur:innen und -Ausstatter:innen enthalten.

Vermögens- und Finanzlage

Die Vermögens- und Finanzlage stellt sich wie folgt dar:

	31. Jul 21		31. Jul 20		Veränderung
	T€	%	T€	%	
Unfertige Ausstattungen	12	0,5	146	12,5	-134
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	3	-0,1	15	1,3	-12
Forderung gegenüber der Stadt Oberhausen	916	37,2	0	0	916
Übrige Vermögensgegenstände und Rechnungsabgrenzungsposten	963	39,1	831	71,1	132
Kasse / Bank	569	23,1	177	15,1	392
Gesamtvermögen	2.463	100	1.169	100	1.294
Rücklagen	177	7,2	138	11,8	39
Gewinn	1.332	54,1	92	7,9	1.240
Eigenkapital	1.509	61,3	230	19,7	1.279
Sonstige Rückstellungen	571	23,2	350	29,9	221
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	216	8,8	169	14,5	47
Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt Oberhausen	0	0,0	241	20,6	-241
Übrige Verbindlichkeiten und Rechnungsabgrenzungsposten	167	6,7	179	15,3	-12
Kurzfristiges Fremdkapital	954	0,0	939	80,3	15
Gesamtkapital	2.463	100	1169	100	1.294

Das **Eigenkapital** entwickelte sich wie folgt:

	01.08.2020	Zuführung	Auflösung	31.07.2021
Eingefordertes gezeichnetes Kapital	0,00	0,00	0,00	0,00
Allg. Rücklage	109.848,14	41.749,43	0,00	151.597,57
Zweckgebundene Rücklage	28.632,41	0,00	3.579,04	25.053,37
Gewinn	91.855,99			
Aufl. zweckgeb. Rücklage		3.579,04		
Einstellung Allg. Rücklage			41.749,43	
Jahresüberschuss		1.278.614,66		
Gewinn				1.332.300,26
	230.336,54	1.323.943,13	45.328,47	1.508.951,20

Entwicklung der Rückstellungen:

	01.08.2020	Verbrauch	Auflösung	Zuführung	31.07.2021
Erneuerung Rauchwärmeabzugsanlage	57.000,00	0,00	0,00	0,00	57.000,00
Zuwendung 13. Gehalt	87.500,00	87.500,00	0,00	87.500,00	87.500,00
Jahresabschlussprüfung	27.095,00	17.345,00	0,00	26.450,00	36.200,00
Übrige	178.206,73	124.100,72	11.447,41	348.115,86	390.774,46
	349.801,73	228.945,72	11.447,41	462.065,86	571.474,46

Risikobericht

Die bestandsgefährdenden Risiken werden regelmäßig im Rahmen des Risikomanagements überprüft. Dazu gehört auch ein umfangreiches Arbeitssicherheitsmanagement.

Durch fachlich begleitete Betriebsbegehungen sowie die regelmäßige Wartung und Instandsetzung der Anlagen kann die Wahrscheinlichkeit eines Ausfalls der Anlagen verringert werden. In den Jahren 2012 bis 2018 sind laufende Instandhaltungsmaßnahmen durchgeführt worden Für weitere Modernisierungsmaßnahmen hat die Stadt Oberhausen im Haushaltsjahr 2018 eine Rückstellung über T€ 3.000 gebildet. Im Sommer 2020 wurde mit dem ersten Bauabschnitt dieser Maßnahmen begonnen. Der gesamte Schnürboden, Teile der Arbeitsgalerien und 16 Elektrozuganlagen sind erneuert worden. Die Arbeiten an der Bühnenmaschinerie wurden im zweiten Bauabschnitt 2021 fortgesetzt und umfassen die Erneuerung der Bühnentechnik im Bereich der Vorbühne. Der 3. Bauabschnitt 2022 soll für die Erneuerung der bühnentechnischen Beleuchtung sowie für die endgültige Fertigstellung der Arbeiten genutzt werden.

Im Wirtschaftsjahr 2018/19 hat ein beauftragtes Sachverständigenbüro damit begonnen, eine Schwachstellenanalyse für das gesamte Theatergebäude zu erstellen. Schwerpunkt der Untersuchung war der vorbeugende Brandschutz. Das Gutachten wurde sowohl mit dem Bereich Bauordnung als auch der Berufsfeuerwehr der Stadt Oberhausen abgestimmt. Als Ergebnis des Gutachtens waren umfangreiche Arbeiten im Bereich des vorbeugenden Brandschutzes vorzunehmen. Die Umsetzung dieser Maßnahmen am Theatergebäude begann im Sommer 2020 und soll bis Sommer 2022 baulich abgeschlossen werden. Diese Maßnahme wird vollständig von der Stadt Oberhausen finanziert.

Als eine der Auswirkungen der Corona-Pandemie ist zudem der vollständige Austausch der Klima- und Lüftungsanlagen notwendig geworden. Diese Arbeiten sollen im Sommer 2022 durchgeführt werden. Die Finanzierung erfolgt auch hier durch die Stadt Oberhausen.

Auch den Folgen Höherer Gewalt (z.B. die Vernichtung eines Teils oder des gesamten Theatergebäudes, der Werkstätten und Probebühnen) wird durch regelmäßige Maßnahmen des Brandschutzes, turnusmäßige TÜV- bzw. Sachverständigenprüfungen und Wartungspläne für die maschinellen Anlagen begegnet.

Den entsprechenden Maßnahmen wird durch ausreichende Vorsorge im Wirtschaftsplan Rechnung getragen. Der Versicherungsschutz wird durch den Rechtsbereich der Stadt Oberhausen sichergestellt. Auch weniger gravierenden Risiken wird durch angemessene organisatorische Maßnahmen begegnet.

Das Besucherverhalten wird in regelmäßigen Sitzungen analysiert.

Veränderungen des Kommunalen- und des Landeszuschusses unterliegen nicht den Handlungsmöglichkeiten der Theaterleitung.

Chancenbericht

Der Ausbau neuer künstlerischer Formate am Theater eröffnet Chancen, zukünftig auch neue Zuschauergruppen zu erreichen.

Geprüft wird zudem, ob durch eine neue Sparte im Bereich Tanz das Theater zukünftig breiter aufgestellt werden kann. Mit dem Land Nordrhein-Westfalen werden dazu Gespräche mit dem Ziel geführt, die Gründung dieser neuen Sparte finanziell zu unterstützen.

Prognosebericht
Zur künftigen Entwicklung ist unverändert festzustellen, dass die Existenz des Theaters von der Bezuschussung durch die Stadt Oberhausen abhängig ist. Hinsichtlich der voraussichtlichen Entwicklung muss weiterhin auf die äußerst angespannte Haushaltslage der Stadt Oberhausen verwiesen werden. Für das Wirtschaftsjahr 2021/22 liegt ein mit Datum vom 14.12.2020 durch den Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Oberhausen beschlossener Wirtschaftsplan vor, welcher einen städtischen Zuschuss in Höhe von T€ 9.386 ausweist.

Auch für das Wirtschaftsjahr 2022/23 liegt bereits der vom Rat der Stadt Oberhausen am 13.12.2021 beschlossene Wirtschaftsplan mit einem kommunalen Zuschuss in Höhe von T€ 9.582 vor.

Die Spielzeit 2021/22 war durch die bis ca. Ende Dezember 2021 andauernden Baumaßnahmen beeinträchtigt. Der Spielbetrieb in der Spielstätte Großes Haus wurde erst im Februar 2022 wieder aufgenommen. Die Spielstätte Saal 2 wird seit Oktober 2021 wieder genutzt.

Die Corona-Pandemie hatte weiterhin massiven Einfluss auf die Einnahmesituation des Theaters Oberhausen.

Durch die beiden vorstehend genannten Umstände werden die Eintrittseinnahmen deutlich unter den Planansätzen liegen. Durch Einsparungen und zu erwartende Ausgleichszahlungen aus dem Sonderfond des Bundes für Kulturveranstaltungen ist trotzdem von einem ausgeglichenen Jahresergebnis für 2021/2022 auszugehen.

Aufgrund des Stärkungspaktes für überschuldete Kommunen (§ 76 GO NRW) ist die Stadt Oberhausen verpflichtet, ab 2012 für zehn Jahre durchschnittlich mindestens 40 Mio. € p.a. einzusparen. Nach dem Haushaltssanierungsplan (HSP) 2012 ff. sollte durch massive Einsparungen und Einnahmeverbesserungen bereits 2017 unter Einberechnung der Stärkungspakt-Mittel der Haushaltsausgleich erfolgen. Dieses Ziel wurde angabegemäß erreicht. Ab 2021 ist die Stadt verpflichtet, einen ausgeglichenen Haushalt ohne Stärkungspakt-Mittel vorzulegen.

Gemäß HSP 2013 ff. hält der Rat der Stadt weiterhin die Existenz der städtischen Bühnen für unverzichtbar. Dies ist nochmals zusätzlich durch die vollständige Finanzierung der vorstehend aufgeführten umfangreichen Baumaßnahmen dokumentiert worden.

Das Theater Oberhausen soll in den nächsten Jahren weiter zukunftsfähig gemacht werden. Im Rahmen des Förderaufrufs 2020 des Bundesförderprogramms Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur haben die Stadtverwaltung und das Theater mit ihrem Konzept „Theater ohne Grenzen“ im April 2022 vom Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen eine Förderung in Höhe von 3,3 Mio. € in Aussicht gestellt bekommen, die bis Ende 2025 erfolgen soll. Der Rat der Stadt Oberhausen hat das Vorhaben bereits Ende Juni 2021 befürwortet.

Oberhausen, 20. April 2022

Theater Oberhausen

Florian Fiedler / Doris Beckmann
Betriebsleitung

Anlagen

Gründungshistorie

Gründungs-/ Beitrittsjahr	Gesellschaft	Sparte*
1898	RWE-Aktiengesellschaft	(V)
1900	Gemeinnützige Wohnungsgenossenschaft Oberhausen	(WB)
1904	Gemeinnützige Wohnungsgenossenschaft Osterfeld	(WB)
1912	RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft	(V)
1922	Deutsche Städte Medien GmbH	(S)
1925	Gemeinnützige Wohnungsgenossenschaft Sterkrade	(WB)
1926	Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH	(S)
1937	STEAG GmbH	(V)
1946	ekz.bibliotheksservice GmbH	(S)
1952	Oberhausener Bauförderungsgesellschaft mbH	(WF)
1964	Stadtwerke Oberhausen AG (jetzt STOAG GmbH)	(V)
1965	LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	(F)
1967	STEAG Fernwärme GmbH	(V)
1968	Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein	(V)
1970	Landesentwicklungsgesellschaft mbH NW	(WF)
1970	Heimbau Gemeinnützige Wohnungsgenossenschaft	(WB)
1971	Energieversorgung Oberhausen AG	(V)
1972	Revierpark Vonderort GmbH (jetzt FMR)	(F)
1987	GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH	(V)
1988	TZU Technologiezentrum Umweltschutz (früher EGO)	(WF)
1988	Bau- und Wohnungsgenossenschaft - Werkbundsiedlung Am Ruhrufer e. G.	(WB)
1989	GEG Grundstücksentwicklungsgesellschaft GmbH (jetzt OWT)	(WF)
1989	GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG	(V)
1990	HDO High Definition Technologiezentrum GmbH	(WF)
1990	Lokalfunk Radio Mülheim/Oberhausen	(S)
1991	FRIEDA Qualifizierungs- und Beschäftigungsgesellschaft für Frauen gGmbH	(S)
1992	UMSICHT-Institut-Immobilienverwaltung GbR	(WF)
1992	Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	(WF)
1992	RZO-Recycling-Zentrum-Oberhausen GmbH	(V)
1992	RW Kommunale Finanzbeteiligungs GmbH	(V)
1992	RW Kommunale Verwaltungs- und Beteiligungs GmbH	(V)
1993	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	(EB)
1993	Theater Oberhausen	(EB)

Gründungs-/ Beitrittsjahr	Gesellschaft	Sparte*
1994	Schloss Oberhausen GmbH	(F)
1994	Gasometer Oberhausen GmbH	(F)
1994	Stadion Niederrhein GmbH	(F)
1995	Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	(V)
1997	TMO Tourismus & Marketing Oberhausen GmbH (jetzt OWT)	(F)
1997	Theatr*O*. Centr*O*. GmbH	(WF)
1997	PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH	(WF)
1998	CPO Circus Park Oberhausen Betriebs GmbH	(F)
1998	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	(F)
1999	VZS Verwaltungszentrum Sterkrade GmbH (jetzt VZO)	(WF)
1999	OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	(V)
1999	O.Vision Zukunftspark Oberhausen GmbH	(WF)
1999	O.Vision Projektgesellschaft mbH	(WF)
1999	KOSTAT-DST (Kommunalstatistik-Deutscher Städtetag) GmbH	(S)
2000	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	(S)
2002	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	(S)
2002	World Games 2005 GmbH	(F)
2003	ASO Service GmbH	(S)
2003	meoline GmbH	(V)
2003	Marina Oberhausen am CentrO. GmbH	(V)
2004	FSO Verwaltungs-GmbH	(V)
2004	FSO GmbH & Co. KG	(V)
2004	ARGE SODA (Gesellschaft öffentlichen Rechts sui generis), ab 2011 Jobcenter Oberhausen	(S)
2006	evo Energie-Netz GmbH (jetzt Oberhausener Netzgesellschaft mbH)	(V)
2006	Public Konsortium d-NRW GbR (jetzt d-NRW AöR)	(S)
2009	Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA RRW), Anstalt öffentlichen Rechts	(S)
2009	Quantum GmbH	(V)
2009	strasserauf GmbH	(V)
2009	Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG	(V)
2009	Biostrom Oberhausen Management GmbH	(V)
2010	KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG	(V)
2010	KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH	(V)
2013	Energiegenossenschaft Handwerk eG	(V)
2013	ecce european centre for creative economy GmbH	(WF)
2013	GMVA GmbH & Co. KG	(V)
2013	GMVA Verwaltungs-GmbH	(V)

Gründungs-/ Beitrittsjahr	Gesellschaft	Sparte*
2016	PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH	(S)
2021	SBO Servicebetriebe Oberhausen	(EB)

V	Ver- und Entsorgung	WF	Wirtschaftsförderung
F	Freizeit und Tourismus	WB	Wohnungsgenossenschaften
S	Sonstige	EB	Eigenbetriebe

Beteiligungen der Stadt Oberhausen zum 31.12.2021

	Grundlage	Kapitalanteil vH
Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	direkt	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	direkt	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
ASO Service GmbH	durchgerechnet	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
Bau- und Wohnungsgenossenschaft "Werkbundsiedlung Am Ruhrufer" e.G.	direkt	83,2493
	Gesamtquote W	83,2493
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH & CO. KG	direkt	0,0427
	Gesamtquote W	0,0427
Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH	direkt	12,6000
	Gesamtquote W	12,6000
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG	durchgerechnet	50,0000
	Gesamtquote W	50,0000
Biostrom Oberhausen Management GmbH	durchgerechnet	50,0000
	Gesamtquote W	50,0000
Castra Grundstückverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG	durchgerechnet	0,4000
	Gesamtquote W	0,4000
Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW)	direkt	3,8462
	Gesamtquote W	3,8462
d-NRW Anstalt öffentlichen Rechts	direkt	0,0787
	Gesamtquote W	0,0787
ecce - european centre for creative economy GmbH	durchgerechnet	10,0000
	Gesamtquote W	10,0000
Energiegenossenschaft Handwerk e.G.	durchgerechnet	1,3953
	Gesamtquote W	1,3953
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	direkt	53,8404
	durchgerechnet	31,7555
	Gesamtquote W	85,5959
Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe GmbH & Co. KG	durchgerechnet	0,2772
	Gesamtquote W	0,2772
evo Energieversorgung Oberhausen AG	durchgerechnet	50,0000
	Gesamtquote W	50,0000
Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH	durchgerechnet	11,0438
	Gesamtquote W	11,0438

	Grundlage	Kapitalanteil vH
Fernwärmeversorgung Niederrhein GmbH	durchgerechnet	0,7800
	Gesamtquote W	0,7800
Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr mbH	direkt	4,0541
	Gesamtquote W	4,0541
FSO GmbH & Co.KG	durchgerechnet	50,0000
	Gesamtquote W	50,0000
FSO Verwaltungs-GmbH	durchgerechnet	50,0000
	Gesamtquote W	50,0000
Gasometer Oberhausen GmbH	durchgerechnet	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
Gesellschaft für Stadtmarketing mbH, Bottrop	durchgerechnet	0,0001
	Gesamtquote W	0,0001
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH	durchgerechnet	3,4783
	Gesamtquote W	3,4783
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG	durchgerechnet	6,2500
	Gesamtquote W	6,2500
GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH	durchgerechnet	15,1800
	Gesamtquote W	15,1800
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	direkt	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
IWW Rheinisch-Westfälisches Institut für Wasserforschung gGmbH	durchgerechnet	0,0006
	Gesamtquote W	0,0006
Jobcenter Oberhausen	direkt	50,0000
	Gesamtquote W	50,0000
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG	durchgerechnet	3,0000
	Gesamtquote W	3,0000
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH	durchgerechnet	3,0000
	Gesamtquote W	3,0000
LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	direkt	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
Oberhausener Netzgesellschaft mbH	durchgerechnet	50,0000
	Gesamtquote W	50,0000
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	direkt	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000

	Grundlage	Kapitalanteil vH
OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH i.L.	durchgerechnet	80,0000
	Gesamtquote W	80,0000
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH	direkt	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH i.L.	durchgerechnet	80,0000
	Gesamtquote W	80,0000
Projektgesellschaft FIBE S.p.A., Neapel/Italien	durchgerechnet	0,0050
	Gesamtquote W	0,0050
Quantum GmbH	durchgerechnet	4,3674
	Gesamtquote W	4,3674
Rheinischer Sparkassen- und Giroverband	durchgerechnet	1,3841
	Gesamtquote W	1,3841
RSL Rheinische Sparkassen-Leasingsbeteiligungsgesellschaft mbH & CO. KG	durchgerechnet	1,7767
	Gesamtquote W	1,7767
RWE Aktiengesellschaft	durchgerechnet	0,1914
	Gesamtquote W	0,1914
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH	direkt	0,0039
	Gesamtquote W	0,0039
S Bargeldlogistik GmbH	durchgerechnet	30,0000
	Gesamtquote W	30,0000
SBO Servicebetriebe Oberhausen (Eigenbetrieb der Stadt Oberhausen)	direkt	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
S-Direkt-Verwaltungs GmbH & Co. KG	durchgerechnet	0,6980
	Gesamtquote W	0,6980
SEG Stadtentwässerung Schwerte GmbH	durchgerechnet	0,0019
	Gesamtquote W	0,0019
S-Immobilien Oberhausen GmbH	durchgerechnet	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
S-International Rhein-Ruhr Beteiligungsgesellschaft mbH	durchgerechnet	6,6296
	Gesamtquote W	6,6296
S-International Rhein-Ruhr GmbH	durchgerechnet	10,4000
	Gesamtquote W	10,4000
S-Logistik Rhein-Ruhr GmbH	durchgerechnet	49,0000
	Gesamtquote W	49,0000
Sparkassen Dienstleistung Rheinland GmbH & Co. KG	durchgerechnet	2,1810
	Gesamtquote W	2,1810

	Grundlage	Kapitalanteil vH
Sparkassen Vermietungs- und Immobilienvermittlungs GmbH Oberhausen	durchgerechnet	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
S-Service-Rhein-Ruhr GmbH	durchgerechnet	51,0000
	Gesamtquote W	51,0000
Stadtsparkasse Oberhausen	direkt	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
STEAG Fernwärme GmbH	durchgerechnet	3,0000
	Gesamtquote W	3,0000
STEAG GmbH	durchgerechnet	3,0000
	Gesamtquote W	3,0000
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	direkt	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
Theater Oberhausen	direkt	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH	durchgerechnet	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
VKA Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH	direkt	0,6280
	durchgerechnet	0,4000
	Gesamtquote W	1,0280
VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH	direkt	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
Wasserverbund Niederrhein GmbH	durchgerechnet	0,0010
	Gesamtquote W	0,0010
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	durchgerechnet	51,0000
	Gesamtquote W	51,0000
WiN Emscher-Lippe Gesellschaft zur Strukturverbesserung mbH	durchgerechnet	0,0000
	Gesamtquote W	0,0000

Grundlagen: Beteiligungsquote direkt = Unmittelbare Beteiligung der Stadt
Beteiligungsquote durchgerechnet = Mittelbare Beteiligung der Stadt
Gesamtquote = Summe aus mittelbarer und unmittelbarer Beteiligung

Zusammensetzung der Management- und Aufsichtsgremien nach Geschlecht

Stand: 31.12.2021	Geschäftsführung/Vorstand					Aufsichtsrat/Verwaltungsrat			
Name der städt. Gesellschaft	**MA insgesamt**	**insgesamt**	**Männer**	**Frauen**	**Frauenanteil in %**	**insgesamt**	**Männer**	**Frauen**	**Frauenanteil in %**
ASO gGmbH Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	194	1	0	1	100%	17	11	6	35%
ASO Service GmbH Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	32	1	0	1	100%	17	11	6	35%
ENO GmbH Entwicklungs GmbH ENO Neu-Oberhausen	2	1	1	0	0%	14	10	4	29%
EVO AG Energieversorgung Oberhausen	240	2	2	0	0%	15	12	3	20%
FMR mbH Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr	141	1	1	0	0%	20	13	7	35%
Gasometer GmbH	3	1	0	1	100%	siehe OWT GmbH			
GMVA GmbH Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein	184	3	1	2	67%	20	20	0	0%
IKF gGmbH Internationale Kurzfilmtage	10	1	1	0	0%	22	14	8	36%
LAH GmbH Luise-Albertz-Halle	6	1	1	0	0%	7	5	2	29%
OGM GmbH Oberhausener Gebäudemanagement	2	2	2	0	0%	9	7	2	22%
OWT GmbH Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung	35	1	1	0	0%	12	9	3	25%
PBO mbH i. L. Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen	1	1	1	0	0%	in Liquidation			
SBO Servicebetriebe Oberhausen	579	2	2	0	0%	15	12	3	20%
SSK Stadtsparkasse Oberhausen	451	2	2	0	0%	14	13	1	7%
STOAG GmbH Stadtwerke Oberhausen	413	1	1	0	0%	15	13	2	13%
Theater Oberhauen	124	2	1	1	50%	21	14	7	33%
TZU GmbH Technologiezentrum Umweltschutz	3	1	1	0	0%	siehe OWT GmbH			
VZO GmbH Verwaltungszentren Oberhausen	0	2	2	0	0%	Die Gesellschaft hat keinen Aufsichtsrat.			
WBO GmbH Wirtschaftsbetriebe Oberhausen	385	2	2	0	0%	21	16	5	24%
Gesamt	**2.805**	**28**	**22**	**6**	**21%**	**239**	**180**	**59**	**25%**

Besetzung der Gesellschaftsorgane (Stand 30.09.2022)
Vertreter/innen der Stadt Oberhausen in Hauptversammlungen und in Gesellschafterversammlungen

	Bevollmächtigte/r der STOAG	Bongers, Sonja	Flore, Manfred	Geschäftsführung der Biostrom Oberhausen Management GmbH	Geschäftsführung der FSO Verwaltungs- GmbH	Geschäftsführung der STOAG	Jehn, Michael	Motschull, Frank	Overkamp, Werner	Schmidt, Jürgen	Schranz, Daniel	Sprenger, Detlef	Tsalastras, Apostolos	Vorstand der evo AG	Willecke, Thomas
ASO gGmbH								X							
ASO Service								X							
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG				X											
Biostrom Oberhausen Management GmbH														X	
ecce GmbH												X			
ENO													X		
evo						X									
FMR										X					
FSO GmbH & Co.KG	X				X										
FSO Verwaltungs- GmbH	X														
Gasometer													X		
GMVA											X				
IKF													X		
KSBG														X	
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH														X	
LAH													X		
Lokalfunk													X		
Lokalfunk Verw. mbH													X		
OB-Netz														X	
OGM											X				
OVP i. L.									X						
OWT													X		
PBO i. L.									X						
Quantum														X	
RWE Aktiengesellschaft	X														
RWW			X												
STOAG		X													
TZU													X		
VKA											X				
VZO							X								
WBO											X				
Werkbundsiedlung e.G.															X

Vertreter/innen der Stadt Oberhausen in Aufsichtsräten u. ä. (Stand 30.09.2022)

	ASO gGmbH	CVUA-RRW	ENO	evo	FMR	FMR	GMVA	IKF	Jobcenter Oberhausen	LAH	OGM	OWT	SSO	STOAG	WBO
Axt, Birgit								(X)							
Axt, Norbert													X		
Bandel, Frank							X								
Barwanietz, Thomas								X							
Baumann, Louisa	X														
Bennewa, Helmut	X							(X)							
Benter, Christian								(X)					X		
Berger, Frank						X									
Bischoff, Jörg									X			X		X	
Blanke, Andreas								(X)		X				X	
Bletgen, David															X
Blumenthal, Heiko					X										
Bohnes, Frank	X														
Bongers, Sonja	X		X							X					X
Boos, Thomas					X										
Brodrick, Helmut								(X)						X	
Broß, Klaus Dieter	X							X		X			(X)		X
Bruckhoff, Peter										X				X	
Bunse, Antoinette						X									
Cordes, Hubert											X				
Dilly, Mark				X							X				
Dittmeyer, Jürgen								(X)							
Domberger, Benedikt	X														
Dresen, Marga															X
Driever, David													(X)		
Dubbert, Karin								X							
Flore, Manfred								X			X		X		
Gadde, Andreas								X			X				
Gäng, Thomas			X												

	ASO gGmbH	CVUA-RRW	ENO	evo	FMR	FMR	GMVA	IKF	Jobcenter Oberhausen	LAH	OGM	OWT	SSO	STOAG	WBO
Geise, Hans-Christian						X									
Girrullis, Sebastian	X								X						
Gödderz, Sandra			X					X					(X)		
Grothe, Helga	X							(X)	X						
Hausmann-Peters, Gundula													X		
Heinzen, Tim								X				X			
Heitmann, Dagmar							(X)								
Hoff, Marc													X		
Höppner, Chris								X		X					
Ingendoh, Holger							(X)					X			
Jacobs, Silke			X	X				(X)					(X)		
Janetzki, Maximilian								X				X			
Jehn, Michael							(X)								X
Kamps, Jochen									X						
Karacelik, Yusuf											X			X	
Karschti, Albert									X						
Kattler, Thomas	X		X									X			
Kirchhof, Sandra								X							
Koch, Lühr Otto Werner Klaus	X												X		
Kocks, Sandra								(X)							
Kompa, Hartwig								X							
Korbar, Ulrike	X														
Köster, Volker								X							
Krey, Thomas						X							X		
Küsters, Andrea												X			
Lampe, Siegfried	X														
Lange, Jörg	X							(X)							
Lauxen, Sabine		X													
Lenz, Eugen			X												

	ASO gGmbH	CVUA-RRW	ENO	evo	FMR	FMR	GMVA	IKF	Jobcenter Oberhausen	LAH	OGM	OWT	SSO	STOAG	WBO
Lösken, Kathrin	X														
Matzat, André								(X)							
Motschull, Frank							X								
Müthing, Christa														X	
Nakot, Werner											X		X		
Ohletz, Horst		X													
Opitz, Stefanie				X											
Osmann, Denis													(X)	X	
Prohl, Manuel								(X)					(X)		
Prystaw, Birgit									X						
Pusch, Jörg									X						
Real, Ulrich														X	
Rubin, Dirk					X										X
Sahin, Bülent							X	X							
Salwik, Claudia										X					
Sander, Hanna Marlene					X	X									
Scherer, Axel						X		X				X			
Schiller, Heidi								(X)							
Schmidt, Georgis								X							
Schmidt, Jürgen						X					X				
Schranz, Daniel			X	X								X	X		
Schröer-Tebbe, Jörg	X														X
Stehr, Simone Tatjana				X							X		(X)		
Telli, Ercan	X														
Tepperis, Maria						X									
Tsalastras, Apostolos														X	
Tüzün, Saadettin								(X)				X			
van Geister, Daniel					X	X									
Völker, Andreas								(X)							

	ASO gGmbH	CVUA-RRW	ENO	evo	FMR	FMR	GMVA	IKF	Jobcenter Oberhausen	LAH	OGM	OWT	SSO	STOAG	WBO
Willecke, Thomas										X					
Willing-Spielmann, Ulrike	X							(X)	X						X
Wilts, Silke								X			X		(X)		
Wischermann, Hermann						X									
Wolter, Marita								X						X	

X Mitglied
(X) stellvertretendes Mitglied

Vertreter/in gemäß § 113 (2) GO

Besetzung der Betriebsausschüsse (Stand 30.09.2022)

	ASO Eigenbetrieb	SBO EB	Theater Oberhausen
Axt, Birgit		(X)	(X)
Axt, Norbert		X	
Bandel, Bärbel			X
Bandel, Frank		(X)	
Barwanietz, Thomas			X
Baumann, Louisa	X		
Bennewa, Helmut	X		(X)
Benter, Christian		(X)	(X)
Bischoff, Jörg		(X)	
Blanke, Andreas	X		(X)
Bohnes, Kirsten	(X)		
Bongers, Sonja	X		
Both, Jutta	(X)		
Brodrick, Helmut			(X)
Broß, Klaus Dieter	X		X
Büschken, Dieter	X		
Cordes, Hubert		X	
Demond, Malte		(X)	
Derißen, Jörn		(X)	
Diebels, Stefan		X	
Dittmeyer, Jürgen			(X)
Domberger, Benedikt	X		
Dubbert, Karin	(X)		X
Flore, Manfred	(X)	X	X
Gadde, Andreas	(X)	X	X
Girrullis, Sebastian	X		
Gödderz, Sandra			X
Gördes, Georg	(X)		
Grothe, Helga	X		(X)
Hauffe, Dagmar		X	
Hausmann-Peters, Gundula	(X)		
Heinzen, Tim			X
Heitmann, Dagmar	X		
Heweling, Detlef		X	
Hoff, Amelie			X
Höppner, Chris	X		X
Horn, Denise	X		
Ingendoh, Holger		X	
Jacobs, Silke			(X)

	ASO Eigenbetrieb	SBO EB	Theater Oberhausen
Janetzki, Maximilian	(X)		X
Jankowski, René			X
Kamps, Jochen	X		
Kamps, Thorsten	(X)		
Karacelik, Yusuf		X	
Kempkes, Wolfgang		X	
Koch, Lühr Otto Werner Klaus	X	(X)	
Kompa, Hartwig			X
Köster, Volker			X
Lange, Jörg			(X)
Lenz, Eugen	(X)		
Look, Dietmar		X	
Lösken, Kathrin	X		
Mandlburger, Nicole		X	
Matzat, André			(X)
Mazura, Hubert		x	
Müller-Böhm, Eva	(X)		
Müller, Karl-Heinz			(X)
Mumm, Birgit	X		
Mumm, Hartmut		(X)	
Nakot, Werner		(X)	
Noldus, Erich			X
Opitz, Stefanie	(X)	(X)	
Ottersbach, Dustin			(X)
Papotto, Gaetano		(X)	
Paspaliari, Ekaterini			(X)
Paß, Eugen	(X)		
Peuten, Mirko		(X)	
Prohl, Manuel			(X)
Pusch, Jörg	(X)		
Racel, Britta			X
Rubin, Finn	X		
Sahin, Bülent	(X)		X
Salwik, Claudia	(X)		
Sauer, Florian	(X)		(X)
Scherer, Axel			X
Schiller, Heidi			(X)
Schmidt, Georgis			X
Schnettler, Jennifer	X		

	ASO Eigenbetrieb	SBO EB	Theater Oberhausen
Schröer, Jörg			(X)
Schröer-Tebbe, Jörg	X	(X)	
Stehr, Simone Tatjana		X	
Stevens, Dunja		(X)	
Stelzer, Johannes	(X)		
Telli, Ercan	X		
Tüzün, Saadettin	(X)		(X)
Tzscheppan, Wolfgang			(X)
Virgallita, Gianni	(X)		
Visnjic, Goran		(X)	
Völker, Andreas		X	(X)
Willing-Spielmann, Ulrike	X		(X)
Wilts, Silke			X
Wolter, Marita	(X)		X

X Mitglied
(X) stellvertretendes Mitglied
X Arbeitnehmermitglied
(X) stellvertretendes Arbeitnehmermitglied

Vergütungsbericht 2021

Mandatsträger	Funktion (HG)	Vergütung in EUR
Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen		
Geschäftsführung		
Frerix, Matthias	Betriebsleiter	0,00
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH		
Geschäftsführung		
Stecker, Petra	Geschäftsführerin	158.090,99
ASO Service GmbH		
Geschäftsführung		
Stecker, Petra	Geschäftsführerin	7.466,16
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH & CO. KG		
Geschäftsführung		
Schindler, Axel	Geschäftsführer	0,00
Biostrom Oberhausen Management GmbH		
Geschäftsführung		
Basler, Christian	Geschäftsführer	0,00
Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW)		
Vorstand		
Dr. Stappen, Martha	Vorsitzende	98.460,84
d-NRW Anstalt öffentlichen Rechts		
Geschäftsführung		
Dr. Lienenkamp, Roger	Vorsitzender	140.346,72
Both, Markus	stellv. Vorsitzender	119.817,12
ecce - european centre for creative economy GmbH		
Geschäftsführung		
Weyers, Christian	Geschäftsführer	20.640,00
evo Energieversorgung Oberhausen AG		
Aufsichtsrat		
Dr. Schröder, Achim	Vorsitzender	9.484,81
Schranz, Daniel	stellv. Vorsitzender (Mitglied gem. § 113 GO)	8.890,19
Teigelkamp, Frank	2. stellv. Vorsitzender (AN)	7.875,00
Bedenbecker, Nicolai	Mitglied	5.250,00
Bockelmann, Cosima	Mitglied	5.250,00
Dr. Dilly, Mark	Mitglied	2.182,74
Jacobs, Silke	Mitglied	5.250,00
Dr. Schulte, Franz-Josef	Mitglied	5.250,00
Sahin, Bülent	Mitglied	5.250,00
Stehr, Simone Tatjana	Mitglied	5.250,00
Cleven, Frank	Mitglied (AN)	5.250,00

Mandatsträger	Funktion (HG)	Vergütung in EUR
Ludwig, Andreas	Mitglied (AN)	5.250,00
Püttmann, Uwe	Mitglied (AN)	5.250,00
Tirbs, Markus	Mitglied (AN)	5.250,00
Eckenroth, Lutz	Mitglied	5.250,00
Vorstand		
Gieske, Hartmut	Vorstand	300.621,14
Basler, Christian	Vorstand	199.705,17
	zzgl. Versicherungsbeiträge anstelle einer Rückstellung für Pensionsverpflichtungen	135.000,05

Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH

Aufsichtsrat		
Straus, Michael	Vorsitzender	1.800,00
Basler, Christian	Mitglied	1.800,00
Dr. Kalkühler, Kathrin	Mitglied	1.800,00
Dr. Schiele, Ralf	Mitglied	1.650,00
Eislöffel, Michaela	Mitglied	1.650,00
Fluchtmann, Marco	Mitglied	1.650,00
Gieske, Hartmut	Mitglied	1.800,00
Klement, Monika	Mitglied	0,00
Kobelt, Volker	Mitglied	1.800,00
Korten, Anke	Mitglied	1.800,00
Ohl, Matthias	Mitglied	1.800,00
Geschäftsführung		
Döking, Thomas Josef	Geschäftsführer	0,00
Engel, Michael	Geschäftsführer	0,00
Grimberg, Thomas	Sprecher	0,00

Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr mbH

Aufsichtsrat		
Schlüter, Markus	Vorsitzender	420,00
Brosch, Alfred	stellv. Vorsitzende	560,00
Ossowski, Silke	stellv. Vorsitzende	560,00
Blumenthal, Heiko	Mitglied gem. § 113 GO	560,00
Boos, Thomas	Mitglied	560,00
Brambora-Schulz, Susanne	Mitglied	420,00
Föhse, Björn	Mitglied	420,00
Günzel, Gabriele	Mitglied	560,00
Kosel, Stephan	Mitglied	560,00
Krampitz, Christian	Mitglied	560,00
Lilla-Oblong, Martina	Mitglied	560,00
Purps, Christoph	Mitglied	560,00
Richter, Tim	Mitglied	420,00
Rubin, Dirk	Mitglied	420,00
Sander, Hanna Marlene	Mitglied	560,00
Schmück-Glock, Martina	Mitglied	560,00
Timmermann-Fechter, Astrid	Mitglied	280,00
van Geister, Daniel	Mitglied	420,00
Waßmann, Uwe	Mitglied	560,00
Wolters, Gereon	Mitglied	280,00
Geschäftsführung		
Hecht, Jürgen	Geschäftsführer	173.999,76

Mandatsträger	Funktion (HG)	Vergütung in EUR
Gasometer Oberhausen GmbH		
Geschäftsführung		
Schmitz, Jeanette	Geschäftsführerin	128.866,75
GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH		
Aufsichtsrat		
Susen, Thomas	Vorsitzender	6.000,00
Bandel, Frank	stellv. Vorsitzender	4.500,00
Hanning, Guido	stellv. Vorsitzender	3.800,00
von Häfen, Werner	3. stellv. Vorsitzender	5.300,00
Motschull, Frank	Mitglied gem. § 113 GO	3.000,00
Dr. Fendel, Ansgar	Mitglied	2.500,00
Dr. Ritter, Sebastian	Mitglied	3.000,00
Erlenbach, Klaus	Mitglied	2.500,00
Feldt, Thorsten	Mitglied	3.000,00
Juchem, Timo	Mitglied	2.500,00
Maaßen, Thomas	Mitglied	2.000,00
Patermann, Thomas	Mitglied	0,00
Sahin, Bülent	Mitglied	3.000,00
Schmidt, Markus	Mitglied	3.600,00
Stallmann, Ulrich	Mitglied	2.500,00
Woidtke, Karsten Bernard	Mitglied	3.000,00
Wolters, Thomas	Mitglied	3.000,00
Hoffmann, Andreas	Mitglied (AN)	2.300,00
Küster, Helmut	Mitglied (AN)	2.500,00
Haak, Sebastian	stellv. Mitglied	1.200,00
Geschäftsführung		
Dr. Sabac-el-Cher, Angela	Geschäftsführerin	211.800,00
Nachtsheim, Frank	Geschäftsführer	220.000,00
Schröder, Michaela	Geschäftsführerin	170.800,00
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH		
Geschäftsführung		
Dr. Gass, Lars Henrik	Geschäftsführer	109.194,83
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH		
Aufsichtsrat		
Kufen, Thomas	Vorsitzender	13.600,00
Sikorski, Ralf	1. stellv. Vorsitzender	10.500,00
Spohn, Dietmar	2. stellv. Vorsitzender	10.475,00
Banaszak, Jörg	Mitglied	8.000,00
Dinter, Thomas	Mitglied	8.600,00
Dr. Bartels, Ralf	Mitglied	8.600,00
Gieske, Hartmut	Mitglied	6.800,00
Grabmeier, Gerhard	Mitglied	8.600,00
Hagemeier, Bernd	Mitglied	8.600,00
Hanke, Jörg	Mitglied	8.600,00
Kiefer, Elmar	Mitglied	8.600,00
Kremer, Josef	Mitglied	8.000,00
Pehlke, Guntram	Mitglied	8.000,00

Mandatsträger	Funktion (HG)	Vergütung in EUR
Prof. Dr. Hermanns, Julia	Mitglied	8.600,00
Reuter, Ingrid	Mitglied	8.600,00
Samland, Ursula	Mitglied	8.600,00
Süpke, Sabine	Mitglied	8.000,00
Westphal, Thomas	Mitglied	8.000,00
Wittig, Marcus	Mitglied	8.000,00
Geschäftsführung		
Schröder, Carsten	Geschäftsführer	244.221,00

LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH

Aufsichtsrat		
Bongers, Sonja	Vorsitzende	104,32
Broß, Klaus Dieter	stellv. Vorsitzender	104,32
Willecke, Thomas	Mitglied gem. § 113 GO	104,32
Blanke, Andreas	Mitglied	26,08
Bruckhoff, Peter	Mitglied	104,32
Höppner, Chris	Mitglied	104,32
Salwik, Claudia	Mitglied	104,32
Geschäftsführung		
Schaugg, Willi	Geschäftsführer	101.876,92

Oberhausener Netzgesellschaft mbH

Geschäftsführung		
Hell, Bernd Paul	Geschäftsführer (ab 01.07.2021)	102.633,12

OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH

Aufsichtsrat		
Flore, Manfred	Vorsitzender	5.120,00
Stehr, Simone Tatjana	stellv. Vorsitzende	3.840,00
Schmidt, Jürgen	Mitglied gem. § 113 GO	2.560,00
Cordes, Hubert	Mitglied	2.560,00
Dr. Dilly, Mark	Mitglied	2.560,00
Gadde, Andreas	Mitglied	4.569,60
Karacelik, Yusuf	Mitglied	2.560,00
Nakot, Werner	Mitglied	2.560,00
Wilts, Silke	Mitglied	2.560,00
Geschäftsführung		
Kalthoff, Horst	Geschäftsführer	0,00
Schmidt, Hartmut	Geschäftsführer	215.759,00

SBO Servicebetriebe Oberhausen

Betriebsleitung		
Kußel, Andreas	Betriebsleiter	59.000,00
Kalthoff, Horst	Betriebsleiter	101.144,00

Mandatsträger	Funktion (HG)	Vergütung in EUR
Stadtsparkasse Oberhausen		
Verwaltungsrat		
Schranz, Daniel	Vorsitzender	15.184,40
Bongers, Sonja	1. stellv. Vorsitzende	9.101,12
Benter, Christian	2. stellv. Vorsitzender	8.016,00
Axt, Norbert	Mitglied	8.016,00
Flore, Manfred	Mitglied	10.920,00
Hausmann-Peters, Gundula	Mitglied	4.008,00
Hoff, Marc	Mitglied	4.376,00
Koch, Lühr Otto Werner Klaus	Mitglied	2.904,00
Krey, Thomas	Mitglied	4.376,00
Nakot, Werner	Mitglied	4.376,00
Berg, Thorsten	Mitglied (AN)	4.744,00
Ehrlich, Dietmar	Mitglied (AN)	4.376,00
Nockmann, Thomas	Mitglied (AN)	9.101,12
Zimmermann, Thomas	Mitglied (AN)	7.648,00
Zorn, Klaus	Mitglied (AN)	3.640,00
Bletgen, David	stellv. Mitglied	0,00
Broß, Klaus Dieter	stellv. Mitglied	0,00
Driever, David	stellv. Mitglied	1.104,00
Dr. Jacobs, Silke	stellv. Mitglied	437,92
Gödderz, Sandra	stellv. Mitglied	0,00
Osmann, Denis	stellv. Mitglied	0,00
Prohl, Manuel	stellv. Mitglied	0,00
Stehr, Simone Tatjana	stellv. Mitglied	368,00
Wilts, Silke	stellv. Mitglied	0,00
Höffner, Stefan	stellv. Mitglied (AN)	368,00
Klima, Michael	stellv. Mitglied (AN)	0,00
Midzic, Belinda	stellv. Mitglied (AN)	0,00
Schäfer, Marc	stellv. Mitglied (AN)	736,00
Schwarz, Alexa	stellv. Mitglied (AN)	0,00
Vorstand		
Mebus, Oliver	Vorstand	344.851,28
Gäng, Thomas	Vorstand	307.227,84
STEAG GmbH		
Aufsichtsrat		
Pehlke, Guntram	Vorsitzender	45.000,00
Dr. Bartels, Ralf	stellv. Vorsitzender	42.000,00
Auerhahn, Karlheinz	Mitglied	21.000,00
Detemple, Andreas	Mitglied	21.000,00
Drese, Markus	Mitglied	21.000,00
Dr. Neuhaus, Arndt	Mitglied	21.000,00
Enzweiler, Rainer	Mitglied	30.000,00
Gieske, Hartmut	Mitglied	18.000,00
Jacoby, Jörg	Mitglied	24.000,00
Jochum, Gerhard	Mitglied	21.000,00
Prof. Dr. Knorre, Susanne	Mitglied	21.000,00
Schröder, Karl-Wilhelm	Mitglied	30.000,00
Spohn, Dietmar	Mitglied	33.000,00
Vassiliadis, Michael	Mitglied	29.000,00
Zimmer, Thomas	Mitglied	21.000,00
Banaszak, Jörg	Mitglied (AN)	20.000,00
Dinter, Thomas	Mitglied (AN)	21.000,00

Mandatsträger	Funktion (HG)	Vergütung in EUR
Hagemeier, Bernd	Mitglied (AN)	33.000,00
Kremer, Josef	Mitglied (AN)	21.000,00
Samland, Ursula	Mitglied (AN)	23.000,00
Geschäftsführung		
Dr. Reichel, Andreas	Geschäftsführer	819.000,00
Dr. Schiele, Ralf	Geschäftsführer	935.000,00
Schmitz, Ralf	Geschäftsführer (seit 30.07.2021)	928.000,00
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH		
Aufsichtsrat		
Osmann, Denis	Vorsitzender	5.250,01
Real, Ulrich	1. stellv. Vorsitzender	3.940,00
Pecheol, Sebastian	2. stellv. Vorsitzender	3.940,00
Tsalastras, Apostolos	Mitglied gem. § 113 GO	2.625,00
Bischoff, Jörg	Mitglied	2.625,00
Blanke, Andreas	Mitglied	2.625,00
Brodrick, Helmut	Mitglied	2.625,00
Bruckhoff, Peter	Mitglied	2.625,00
Karacelik, Yusuf	Mitglied	2.625,00
Müthing, Christa	Mitglied	2.625,00
Wolter, Marita	Mitglied	2.625,00
Kamps, Thorsten	Mitglied (AN)	2.625,00
Koca, Vedat	Mitglied (AN)	2.625,00
Michalik, Manfred	Mitglied (AN)	2.625,00
Ricken, Norbert	Mitglied (AN)	2.625,00
Geschäftsführung		
Overkamp, Werner	Geschäftsführer	223.660,66
Theater Oberhausen		
Geschäftsführung		
Beckmann, Doris	Betriebsleiterin	96.448,00
Fiedler, Florian	Betriebsleiter	129.998,94
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH		
Geschäftsführung		
Lerch, Klaus	Geschäftsführer	134.000,00
VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH		
Geschäftsführung		
Kalthoff, Horst	Geschäftsführer	10.000,00
Schmidt, Hartmut	Geschäftsführer	0,00

Mandatsträger	Funktion (HG)	Vergütung in EUR
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH		
Aufsichtsrat		
Hanning, Guido	Vorsitzender	4.906,70
Willing-Spielmann, Ulrike	stellv. Vorsitzende	3.626,66
Herrmann, Regina	stellv. Vorsitzende (AN)	3.840,00
Jehn, Michael	Mitglied gem. § 113 GO	2.560,00
Bletgen, David	Mitglied	2.560,00
Bongers, Sonja	Mitglied	3.199,98
Broß, Klaus Dieter	Mitglied	2.560,00
Dresen, Marga	Mitglied	2.560,00
Dr. Schröer, Jörg	Mitglied	2.560,00
Erlenbach, Klaus	Mitglied	2.560,00
Feldt, Thorsten	Mitglied	2.560,00
Juchem, Timo	Mitglied	2.560,00
Rubin, Dirk	Mitglied	2.560,00
Rudolph, Karl-Ulrich	Mitglied	2.560,00
Tschentscher, Stefan	Mitglied	2.560,00
Althoff, Claudia	Mitglied (AN)	1.066,67
Bohnes, Ralf	Mitglied (AN)	2.560,00
Brands, Pierre	Mitglied (AN)	1.493,31
Brinkert, Matthias	Mitglied (AN)	1.493,31
Croonenbroeck, Andreas	Mitglied (AN)	1.066,67
Froese, Anke	Mitglied (AN)	2.560,00
Gellert, Heiko	Mitglied (AN)	1.493,31
Horatz, Stefan	Mitglied (AN)	2.560,00
Langenbusch, Jürgen	Mitglied (AN)	1.066,67
Geschäftsführung		
Woidtke, Karsten Bernard	Geschäftsführer	156.218,75
Kußel, Andreas	Geschäftsführer	139.147,15

Wesentliche gesetzliche Grundlagen der wirtschaftlichen Betätigung (Rechtsstand: 20.11.2019)

Art. 28 Abs. 2 Satz 1 Grundgesetz

Den Gemeinden muss das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln.

§ 107 GO NRW - Zulässigkeit wirtschaftlicher Betätigung

(1) Die Gemeinde darf sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben wirtschaftlich betätigen, wenn

1. ein öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert,

2. die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht und

3. bei einem Tätigwerden außerhalb der Wasserversorgung, des öffentlichen Verkehrs sowie des Betriebes von Telekommunikationsleitungsnetzen einschließlich der Telekommunikationsdienstleistungen der öffentliche Zweck durch andere Unternehmen nicht besser und wirtschaftlicher erfüllt werden kann.

Das Betreiben eines Telekommunikationsnetzes umfasst nicht den Vertrieb und/oder die Installation von Endgeräten von Telekommunikationsanlagen. Als wirtschaftliche Betätigung ist der Betrieb von Unternehmen zu verstehen, die als Hersteller, Anbieter oder Verteiler von Gütern oder Dienstleistungen am Markt tätig werden, sofern die Leistung ihrer Art nach auch von einem Privaten mit der Absicht der Gewinnerzielung erbracht werden könnte.

(2) Als wirtschaftliche Betätigung im Sinne dieses Abschnitts gilt nicht der Betrieb von

1. Einrichtungen, zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist,

2. öffentlichen Einrichtungen, die für die soziale und kulturelle Betreuung der Einwohner erforderlich sind, insbesondere Einrichtungen auf den Gebieten

- Erziehung, Bildung oder Kultur (Schulen, Volkshochschulen, Tageseinrichtungen für Kinder und sonstige Einrichtungen der Jugendhilfe, Bibliotheken, Museen, Ausstellungen, Opern, Theater, Kinos, Bühnen, Orchester, Stadthallen, Begegnungsstätten),

- Sport oder Erholung (Sportanlagen, zoologische und botanische Gärten, Wald-, Park- und Gartenanlagen, Herbergen, Erholungsheime, Bäder, Einrichtungen zur Veranstaltung von Volksfesten),

- Gesundheits- oder Sozialwesen (Krankenhäuser, Bestattungseinrichtungen, Sanatorien, Kurparks, Senioren- und Behindertenheime, Frauenhäuser, soziale und medizinische Beratungsstellen),

3. Einrichtungen, die der Straßenreinigung, der Wirtschaftsförderung, der Fremdenverkehrsförderung oder der Wohnraumversorgung dienen,

4. Einrichtungen des Umweltschutzes, insbesondere der Abfallentsorgung oder Abwasserbeseitigung sowie des Messe- und Ausstellungswesens,

5. Einrichtungen, die ausschließlich der Deckung des Eigenbedarfs von Gemeinden und Gemeindeverbänden dienen.

Auch diese Einrichtungen sind, soweit es mit ihrem öffentlichen Zweck vereinbar ist, nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu verwalten und können entsprechend den Vorschriften über die Eigenbetriebe geführt werden. Das für Kommunales zuständige Ministerium kann durch Rechtsverordnung bestimmen, dass Einrichtungen, die nach Art und Umfang eine selbständige Betriebsführung erfordern, ganz oder teilweise nach den für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften zu führen sind; hierbei können auch Regelungen getroffen werden, die von einzelnen der für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften abweichen.

(3) Die wirtschaftliche Betätigung außerhalb des Gemeindegebiets ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 vorliegen und die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt sind. Die Aufnahme einer wirtschaftlichen Betätigung auf ausländischen Märkten ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 2 vorliegen. Die Aufnahme einer solchen Betätigung bedarf der Genehmigung.

(4) Die nichtwirtschaftliche Betätigung außerhalb des Gemeindegebiets ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 2 vorliegen und die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt sind. Diese Voraussetzungen gelten bei in den Krankenhausplan des Landes aufgenommenen Krankenhäusern als erfüllt. Die Aufnahme einer nichtwirtschaftlichen Betätigung auf ausländischen Märkten ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 2 vorliegen. Die Aufnahme einer solchen Betätigung bedarf der Genehmigung.

(5) Vor der Entscheidung über die Gründung von bzw. die unmittelbare oder mittelbare Beteiligung an Unternehmen im Sinne des Absatzes 1 ist der Rat auf der Grundlage einer Marktanalyse über die Chancen und Risiken des beabsichtigten wirtschaftlichen Engagements und über die Auswirkungen auf das Handwerk und die mittelständische Wirtschaft zu unterrichten. Den örtlichen Selbstverwaltungsorganisationen von Handwerk, Industrie und Handel und der für die Beschäftigten der jeweiligen Branche handelnden Gewerkschaften ist Gelegenheit zur Stellungnahme zu den Marktanalysen zu geben.

(6) Bankunternehmen darf die Gemeinde nicht errichten, übernehmen oder betreiben.

(7) Für das öffentliche Sparkassenwesen gelten die dafür erlassenen besonderen Vorschriften.

§ 107a GO NRW - Zulässigkeit energiewirtschaftlicher Betätigung

(1) Die wirtschaftliche Betätigung in den Bereichen der Strom-, Gas- und Wärmeversorgung dient einem öffentlichen Zweck und ist zulässig, wenn sie nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht.

(2) Mit den Bereichen Strom-, Gas- und Wärmeversorgung unmittelbar verbundene Dienstleistungen sind zulässig, wenn sie den Hauptzweck fördern. Die Gemeinde stellt sicher, dass bei der Erbringung dieser Dienstleistungen die Belange kleinerer Unternehmen, insbesondere des Handwerks, berücksichtigt werden.

(3) Die Aufnahme einer überörtlichen energiewirtschaftlichen Betätigung ist zulässig, wenn die Voraussetzung des Absatzes 1 vorliegt und die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt sind. Bei der Versorgung mit Strom und Gas gelten nur die Interessen als berechtigt, die nach den Vorschriften des Energiewirtschaftsgesetzes eine Einschränkung des Wettbewerbs zulassen. Die Aufnahme einer energiewirtschaftlichen Betätigung auf ausländischen Märkten ist zulässig, wenn die Voraussetzung des Absatzes 1 vorliegt. Die Aufnahme einer solchen Betätigung bedarf der Genehmigung.

(4) Vor der Entscheidung über die Gründung von bzw. die unmittelbare Beteiligung an Unternehmen im Sinne des Absatzes 1 ist der Rat über die Chancen und Risiken des beabsichtigten wirtschaftlichen Engagements zu unterrichten. Den örtlichen Selbstverwaltungsorganisationen von Handwerk, Industrie und Handel und der für die Beschäftigten der jeweiligen Branche handelnden Gewerkschaften ist Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben, sofern die Entscheidung die Erbringung verbundener Dienstleistungen betrifft.

§ 108 GO NRW - Unternehmen und Einrichtungen des privaten Rechts

(1) Die Gemeinde darf Unternehmen und Einrichtungen in einer Rechtsform des privaten Rechts nur gründen oder sich daran beteiligen, wenn

1. bei Unternehmen (§ 107 Abs. 1) die Voraussetzungen des § 107 Abs. 1 Satz 1 gegeben sind und bei Unternehmen im Bereich der energiewirtschaftlichen Betätigung die Voraussetzung des § 107 a Abs. 1 gegeben ist,

2. bei Einrichtungen (§ 107 Abs. 2) ein wichtiges Interesse der Gemeinde an der Gründung oder der Beteiligung vorliegt,

3. eine Rechtsform gewählt wird, welche die Haftung der Gemeinde auf einen bestimmten Betrag begrenzt,

4. die Einzahlungsverpflichtung der Gemeinde in einem angemessenen Verhältnis zu ihrer Leistungsfähigkeit steht,

5. die Gemeinde sich nicht zur Übernahme von Verlusten in unbestimmter oder unangemessener Höhe verpflichtet,

6. die Gemeinde einen angemessenen Einfluß, insbesondere in einem Überwachungsorgan, erhält und dieser durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder in anderer Weise gesichert wird,

7. das Unternehmen oder die Einrichtung durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder sonstiges Organisationsstatut auf den öffentlichen Zweck ausgerichtet wird,

8. bei Unternehmen und Einrichtungen in Gesellschaftsform gewährleistet ist, daß der Jahresabschluß und der Lagebericht, soweit nicht weitergehende gesetzliche Vorschriften gelten oder andere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen, aufgrund des Gesellschaftsvertrages oder der Satzung in entsprechender Anwendung der Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften aufgestellt und geprüft werden,

9. bei Unternehmen und Einrichtungen in Gesellschaftsform, vorbehaltlich weitergehender oder entgegenstehender gesetzlicher Vorschriften, durch Gesellschaftsvertrag oder Satzung gewährleistet ist, dass die für die Tätigkeit im Geschäftsjahr gewährten Gesamtbezüge im Sinne des § 285 Nummer 9 des Handelsgesetzbuches der Mitglieder der Geschäftsführung, des Aufsichtsrates, des Beirates oder einer ähnlichen Einrichtung im Anhang zum Jahresabschluss jeweils für jede Personengruppe sowie zusätzlich unter Namensnennung die Bezüge jedes einzelnen Mitglieds dieser Personengruppen unter Aufgliederung nach Komponenten im Sinne des § 285 Nummer 9 Buchstabe a des Handelsgesetzbuches angegeben werden. Die individualisierte Ausweisungspflicht gilt auch für:

   a) Leistungen, die den genannten Mitgliedern für den Fall einer vorzeitigen Beendigung ihrer Tätigkeit zugesagt worden sind,

   b) Leistungen, die den genannten Mitgliedern für den Fall der regulären Beendigung ihrer Tätigkeit zugesagt worden sind, mit ihrem Barwert sowie den von der Gesellschaft während des Geschäftsjahres hierfür aufgewandten oder zurückgestellten Betrag,

   c) während des Geschäftsjahres vereinbarte Änderungen dieser Zusagen und

   d) Leistungen, die einem früheren Mitglied, das seine Tätigkeit im Laufe des Geschäftsjahres beendet hat, in diesem Zusammenhang zugesagt und im Laufe des Geschäftsjahres gewährt worden sind.

Eine Gewährleistung für die individualisierte Ausweisung von Bezügen und Leistungszusagen ist im Falle der Beteiligung an einer bestehenden Gesellschaft auch dann gegeben, wenn in Gesellschaftsvertrag oder Satzung die erstmalige individualisierte Ausweisung spätestens für das zweite Geschäftsjahr nach Erwerb der Beteiligung festgelegt ist.

10. bei Unternehmen der Telekommunikation einschließlich von Telefondienstleistungen nach § 107 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 im Gesellschaftsvertrag die unmittelbare oder im Rahmen einer Schachtelbeteiligung die mittelbare Haftung der Gemeinde auf den Anteil der Gemeinde bzw. des kommunalen Unternehmens am Stammkapital beschränkt ist. Zur Wahrnehmung gleicher Wettbewerbschancen darf die Gemeinde für diese Unternehmen weder Kredite nach Maßgabe kommunalwirtschaftlicher Vorzugskonditionen in Anspruch nehmen noch Bürgschaften und Sicherheiten i.S. von § 87 leisten.

Die Aufsichtsbehörde kann von den Vorschriften der Nummern 3, 5 und 8 in begründeten Fällen Ausnahmen zulassen. Wird von Satz 1 Nummer 8 eine Ausnahme zugelassen, kann auch von Satz 1 Nummer 9 eine Ausnahme zugelassen werden.

(2) Absatz 1 Satz 1 Nummer 9 gilt für die erstmalige unmittelbare oder mittelbare Beteiligung an einer Gesellschaft einschließlich der Gründung einer Gesellschaft, wenn den beteiligten Gemeinden oder Gemeindeverbänden alleine oder zusammen oder zusammen mit einer Beteiligung des Landes mehr als 50 vom Hundert der Anteile gehören. Bei bestehenden Gesellschaften, an denen Gemeinden oder Gemeindeverbände unmittelbar oder mittelbar alleine oder zusammen oder zusammen mit dem Land mit mehr als 50 vom Hundert beteiligt sind, trifft die Gemeinden und Gemeindeverbände eine Hinwirkungspflicht zur Anpassung an die Vorgaben des Absatzes 1 Satz 1 Nummer 9. Die Hinwirkungspflicht nach Satz 2 bezieht sich sowohl auf die Anpassung von Gesellschaftsvertrag oder Satzung als auch auf die mit Absatz 1 Satz 1 Nummer 9 verfolgte Zielsetzung der individualisierten Ausweisung der dort genannten Bezüge und Leistungszusagen.

(3) Gehören einer Gemeinde mehr als 50 vom Hundert der Anteile an einem Unternehmen oder einer Einrichtung in Gesellschaftsform, muß sie darauf hinwirken, dass

1. in sinngemäßer Anwendung der für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften

   a) für jedes Wirtschaftsjahr ein Wirtschaftsplan aufgestellt wird,

   b) der Wirtschaftsführung eine fünfjährige Finanzplanung zugrunde gelegt und der Gemeinde zur Kenntnis gebracht wird,

   c) die Feststellung des Jahresabschlusses, die Verwendung des Ergebnisses sowie das Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts unbeschadet der bestehenden gesetzlichen Offenlegungspflichten öffentlich bekannt gemacht werden und der Jahresabschluss und der Lagebericht bis zur Feststellung des folgenden Jahresabschlusses zur Einsichtnahme verfügbar gehalten werden,

2. in dem Lagebericht oder in Zusammenhang damit zur Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und zur Zweckerreichung Stellung genommen wird,

3. nach den Wirtschaftsgrundsätzen (§ 109) verfahren wird, wenn die Gesellschaft ein Unternehmen betreibt.

Gehört der Gemeinde zusammen mit anderen Gemeinden oder Gemeindeverbänden die Mehrheit der Anteile an einem Unternehmen oder an einer Einrichtung, soll sie auf eine Wirtschaftsführung nach Maßgabe des Satzes 1 Nr. 1 a) und b) sowie Nr. 2 und Nr. 3 hinwirken.

(4) Die Gemeinde darf unbeschadet des Absatzes 1 Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform einer Aktiengesellschaft nur gründen, übernehmen, wesentlich erweitern oder sich daran beteiligen, wenn der öffentliche Zweck nicht ebenso gut in einer anderen Rechtsform erfüllt wird oder erfüllt werden kann.

(5) Die Gemeinde darf unbeschadet des Absatzes 1 Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung nur gründen oder sich daran beteiligen, wenn durch die Ausgestaltung des Gesellschaftsvertrags sichergestellt ist, dass

1. die Gesellschafterversammlung auch beschließt über

   a) den Abschluss und die Änderungen von Unternehmensverträgen im Sinne der §§ 291 und 292 Abs. 1 des Aktiengesetzes,

b) den Erwerb und die Veräußerung von Unternehmen und Beteiligungen,

c) den Wirtschaftsplan, die Feststellung des Jahresabschlusses und die Verwendung des Ergebnisses sowie

d) die Bestellung und die Abberufung der Geschäftsführer, soweit dies nicht der Gemeinde vorbehalten ist, und

2. der Rat den von der Gemeinde bestellten oder auf Vorschlag der Gemeinde gewählten Mitgliedern des Aufsichtsrats Weisungen erteilen kann, soweit die Bestellung eines Aufsichtsrates gesetzlich nicht vorgeschrieben ist.

(6) Vertreter der Gemeinde in einer Gesellschaft, an der Gemeinden, Gemeindeverbände oder Zweckverbände unmittelbar oder mittelbar mit mehr als 25 vom Hundert beteiligt sind, dürfen

a) der Gründung einer anderen Gesellschaft oder einer anderen Vereinigung in einer Rechtsform des privaten Rechts, einer Beteiligung sowie der Erhöhung einer Beteiligung der Gesellschaft an einer anderen Gesellschaft oder einer anderen Vereinigung in einer Rechtsform des privaten Rechts nur zustimmen, wenn

- die vorherige Entscheidung des Rates vorliegt,

- für die Gemeinde selbst die Gründungs- bzw. Beteiligungsvoraussetzungen vorliegen und

- sowohl die Haftung der gründenden Gesellschaft als auch die Haftung der zu gründenden Gesellschaft oder Vereinigung durch ihre Rechtsform auf einen bestimmten Betrag begrenzt sind oder

- sowohl die Haftung der sich beteiligenden Gesellschaft als auch die Haftung der Gesellschaft oder Vereinigung, an der eine Beteiligung erfolgt, durch ihre Rechtsform auf einen bestimmten Betrag begrenzt sind;

b) einem Beschluss der Gesellschaft zu einer wesentlichen Änderung des Gesellschaftszwecks oder sonstiger wesentlicher Änderungen des Gesellschaftsvertrages nur nach vorheriger Entscheidung des Rates zustimmen.

In den Fällen von Satz 1 Buchstabe a) gilt Absatz 1 Satz 2 und 3 entsprechend. Als Vertreter der Gemeinde im Sinne von Satz 1 gelten auch Geschäftsführer, Vorstandsmitglieder und Mitglieder von sonstigen Organen und ähnlichen Gremien der Gesellschaft, die von der Gemeinde oder auf ihre Veranlassung oder ihren Vorschlag in das Organ oder Gremium entsandt oder gewählt worden sind. Beruht die Entsendung oder Wahl auf der Veranlassung oder dem Vorschlag mehrerer Gemeinden, Gemeindeverbände oder Zweckverbände, so bedarf es der Entscheidung nur des Organs, auf das sich die beteiligten Gemeinden und Gemeindeverbände oder Zweckverbände geeinigt haben. Die Sätze 1 bis 4 gelten nicht, soweit ihnen zwingende Vorschriften des Gesellschaftsrechts entgegenstehen.

(7) Die Gemeinde kann einen einzelnen Geschäftsanteil an einer eingetragenen Kreditgenossenschaft erwerben, wenn eine Nachschußpflicht ausgeschlossen oder die Haftungssumme auf einen bestimmten Betrag beschränkt ist.

§ 108 a GO NRW - Arbeitnehmermitbestimmung in fakultativen Aufsichtsräten

(1) Soweit im Gesellschaftsvertrag eines Unternehmens (§ 107 Absatz 1, § 107a Absatz 1) oder einer Einrichtung (§ 107 Absatz 2) in Privatrechtsform, an der die Gemeinde unmittelbar oder mittelbar mit mehr als 50 Prozent der Anteile beteiligt ist, ein fakultativer Aufsichtsrat vorgesehen ist, können diesem Arbeitnehmervertreter angehören. Arbeitnehmervertreter können von der Gemeinde in den fakultativen Aufsichtsrat entsandt werden, wenn diese mehr als zwei Aufsichtsratsmandate besetzt. In diesem Fall ist ein angemessener Einfluss der Gemeinde im Sinne des § 108 Absatz 1 Satz 1 Nummer 6 gegeben, wenn bei mehr als zwei von der Gemeinde in den Aufsichtsrat zu entsendenden Vertretern nicht mehr als ein Drittel der auf die Gemeinde entfallenden Aufsichtsratsmandate durch Arbeitnehmervertreter des Unternehmens oder der Einrichtung nach Maßgabe der folgenden Absätze besetzt werden.

(2) Wird ein Aufsichtsratsmandat oder werden zwei Aufsichtsratsmandate mit Arbeitnehmervertretern besetzt, so müssen diese als Arbeitnehmer im Unternehmen oder in der Einrichtung beschäftigt sein. Werden mehr als zwei Aufsichtsratsmandate mit Arbeitnehmervertretern besetzt, so müssen mindestens zwei Aufsichtsratsmandate mit Arbeitnehmern besetzt werden, die im Unternehmen oder in der Einrichtung beschäftigt sind.

(3) Der Rat der Gemeinde bestellt aus einer von den Beschäftigten des Unternehmens oder der Einrichtung gewählten Vorschlagsliste die in den fakultativen Aufsichtsrat zu entsendenden Arbeitnehmervertreter. Die Bestellung bedarf eines Beschlusses der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Mitglieder des Rates. Die Vorschlagsliste muss mindestens die doppelte Zahl der zu entsendenden Arbeitnehmervertreter enthalten. Der Rat hat das Recht, mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl seiner Mitglieder sämtliche Vorschläge der Liste zurückzuweisen und eine Neuwahl zu verlangen. In diesem Fall können die Beschäftigten eine neue Vorschlagsliste wählen; Sätze 1 bis 4 gelten entsprechend. Im Falle einer erneuten Zurückweisung der Vorschläge durch den Rat bleiben die für die Arbeitnehmervertreter vorgesehenen Aufsichtsratsmandate unbesetzt.

(4) § 113 Absatz 1 Satz 2 und 3 sowie § 9 des Drittelbeteiligungsgesetzes vom 18. Mai 2004 (BGBl. I S. 974), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 114 des Gesetzes vom 22. Dezember 2011 (BGBl. I S. 3044) geändert worden ist, gelten für die nach Absatz 3 für den fakultativen Aufsichtsrat vom Rat bestellten Arbeitnehmervertreter entsprechend. Verliert ein vom Rat bestellter Arbeitnehmervertreter, der als Arbeitnehmer im Unternehmen oder in der Einrichtung beschäftigt ist, die Beschäftigteneigenschaft in dem Unternehmen oder der Einrichtung, muss der Rat ihn entsprechend § 113 Absatz 1 Satz 3 aus seinem Amt im fakultativen Aufsichtsrat abberufen.

(5) Zur Wahl der Vorschlagsliste nach Absatz 3 sind alle Beschäftigten des Unternehmens beziehungsweise der Einrichtung wahlberechtigt, die am Tage der Wahl das 18. Lebensjahr vollendet haben. Nicht wahlberechtigt und nicht wählbar sind Geschäftsführer und Vorstände des Unternehmens beziehungsweise der Einrichtung. In die Vorschlagsliste können nur Personen aufgenommen werden, die das 18. Lebensjahr vollendet haben. Im Gesellschaftsvertrag, der Satzung oder dem Organisationsstatut des Unternehmens beziehungsweise der Einrichtung ist die Amtsdauer der Arbeitnehmervertreter zu regeln. Sie soll die regelmäßige Amtsdauer der nach § 113 Absatz 2 Satz 2 neben dem Bürgermeister oder dem von ihm benannten Bediensteten der Gemeinde in den fakultativen Aufsichtsrat bestellten weiteren Vertreter nicht überschreiten.

(6) Die Wahl der Vorschlagsliste erfolgt auf Grund von Wahlvorschlägen des Betriebsrats und der Beschäftigten. Die Wahlvorschläge der Beschäftigten müssen von mindestens einem Zehntel der Wahlberechtigten, jedoch mindestens von drei Wahlberechtigten unterzeichnet sein. Sieht der Gesellschaftsvertrag des Unternehmens oder der Einrichtung die Stellvertretung eines verhinderten Aufsichtsratsmitglieds vor, kann in jedem Wahlvorschlag zusammen mit jedem Bewerber für diesen ein stellvertretendes Mitglied vorgeschlagen werden. Ein Bewerber kann nicht zugleich als stellvertretendes Mitglied vorgeschlagen werden. Wird ein Bewerber gemäß Absatz 3 als Aufsichtsratsmitglied bestimmt, so ist auch das zusammen mit ihm vorgeschlagene stellvertretende Mitglied bestimmt. Das für Inneres zuständige Ministerium bestimmt durch Rechtsverordnung das Verfahren für die Wahl der Vorschlagsliste, insbesondere die Vorbereitung der Wahl und die Aufstellung der Wählerlisten, die Frist für die Einsichtnahme in die Wählerlisten und die Erhebung von Einsprüchen gegen sie, die Wahlvorschläge und die Frist für ihre Einreichung, das Wahlausschreiben und die Frist für seine Bekanntmachung, die Stimmabgabe, die Feststellung des Wahlergebnisses und die Fristen für seine Bekanntmachung, die Anfechtung der Wahl und die Aufbewahrung der Wahlakten.

(7) Der Bürgermeister teilt dem zur gesetzlichen Vertretung berufenen Organ des Unternehmens oder der Einrichtung die Namen der vom Rat für den Aufsichtsrat bestellten Arbeitnehmervertreter und ihrer im Falle

des Absatzes 6 Satz 5 bestimmten stellvertretenden Mitglieder mit. Gleichzeitig informiert er die für den Aufsichtsrat bestellten Arbeitnehmervertreter und die im Falle des Absatzes 6 Satz 5 bestimmten stellvertretenden Mitglieder.

(8) Wird ein Arbeitnehmervertreter von seinem Amt gemäß § 113 Absatz 1 Satz 3 abberufen oder scheidet er aus anderen Gründen aus dem Aufsichtsrat aus, ist gleichzeitig auch das zusammen mit ihm nach Absatz 6 Satz 5 bestimmte stellvertretende Mitglied abberufen oder ausgeschieden. Wird ein stellvertretendes Mitglied von seinem Amt gemäß § 113 Absatz 1 Satz 3 abberufen oder scheidet es aus anderen Gründen als stellvertretendes Mitglied aus dem Aufsichtsrat aus, bleibt die Position des stellvertretenden Mitglieds unbesetzt. Für den abberufenen oder ausgeschiedenen Arbeitnehmervertreter bestellt der Rat mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl seiner Mitglieder aus dem noch nicht in Anspruch genommenen Teil der Vorschlagsliste nach Absatz 3 einen Nachfolger. Kommt eine solche Mehrheit nicht zustande, können die Beschäftigten den noch nicht in Anspruch genommenen Teil der Vorschlagsliste um neue Vorschläge ergänzen. Für die Ergänzung der Vorschlagsliste gelten die Absätze 5 und 6 entsprechend. Kommt auch dann keine Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Mitglieder des Rates für die Bestellung eines Nachfolgers zustande, bleibt das Aufsichtsratsmandat unbesetzt.

(9) Die Absätze 1 bis 8 gelten mit folgenden Maßgaben entsprechend in den Fällen, in denen an einem Unternehmen oder einer Einrichtung in Privatrechtsform zwei oder mehr Gemeinden unmittelbar oder mittelbar mit insgesamt mehr als 50 Prozent der Anteile beteiligt sind:

1. Die Bestellung der in den fakultativen Aufsichtsrat zu entsendenden Arbeitnehmervertreter bedarf übereinstimmender, mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Mitglieder zustande gekommener Beschlüsse der Räte mindestens so vieler beteiligter Gemeinden, dass hierdurch insgesamt mehr als die Hälfte der kommunalen Beteiligung an dem Unternehmen oder der Einrichtung repräsentiert wird. Kommen solche übereinstimmenden Beschlüsse nicht oder nicht im erforderlichen Umfang zustande, kann eine neue Vorschlagsliste gewählt werden. Kommen auch hierzu entsprechende übereinstimmende Beschlüsse der beteiligten Räte nicht oder nicht im erforderlichen Umfang zustande, bleiben die für die Arbeitnehmervertreter vorgesehenen Aufsichtsratsmandate unbesetzt.

2. Für die Bestellung eines Nachfolgers im Sinne des Absatzes 8 gilt Nummer 1 Satz 1 entsprechend. Kommen danach übereinstimmende Beschlüsse der beteiligten Räte nicht oder nicht im erforderlichen Umfang zustande, können die Beschäftigten den noch nicht in Anspruch genommenen Teil der Vorschlagsliste um neue Vorschläge ergänzen. Für die Ergänzung der Vorschlagsliste gelten die Absätze 5 und 6 entsprechend. Kommen auch dann übereinstimmende Beschlüsse der beteiligten Räte nicht oder nicht im erforderlichen Umfang zustande, bleibt das Aufsichtsratsmandat unbesetzt.

3. Für die nach § 113 Absatz 1 Satz 2 und 3 zu treffenden Entscheidungen bedarf es übereinstimmender Beschlüsse der Räte mindestens so vieler beteiligter Gemeinden, dass hierdurch insgesamt mehr als die Hälfte der kommunalen Beteiligung an dem Unternehmen oder der Einrichtung repräsentiert wird.

§ 108 b GO NRW - Regelung zur Vollparität

(1) Nach Maßgabe der folgenden Regelungen kann für die fakultativen Aufsichtsräte kommunal beherrschter Gesellschaften, die von den bis zum 31. Oktober 2020 amtierenden kommunalen Vertretungen zu bestellen sind, auf Antrag eine Ausnahme von der in § 108a geregelten Drittelparität zugelassen werden.

(2) Die Ausnahme ist von der Gemeinde, die die Gesellschaft beherrscht, bei der zuständigen Aufsichtsbehörde unter Beifügung eines entsprechenden Ratsbeschlusses und des vorgesehenen Gesellschaftsvertrages zu beantragen. Sind an der kommunal beherrschten Gesellschaft zwei oder mehr Gemeinden beteiligt, muss der Antrag von sämtlichen an der Gesellschaft beteiligten Gemeinden unter Beifügung der entsprechenden Ratsbeschlüsse gestellt werden.

(3) Die zuständige Aufsichtsbehörde hat die Ausnahme zuzulassen, wenn die in Absatz 2 genannten Unterlagen ordnungsgemäß vorliegen und der Gesellschaftsvertrag den sonstigen Anforderungen des § 108a und der nachfolgenden Absätze entspricht. Die Zulassung der Ausnahme durch die zuständige Aufsichtsbehörde bedarf vor ihrem Wirksamwerden der Genehmigung des für Kommunales zuständigen Ministeriums.

(4) Sind sämtliche Aufsichtsratsmandate von der Gemeinde zu besetzen, können abweichend von § 108a Absatz 1 Satz 3 bis zur Hälfte der Aufsichtsratsmandate mit Arbeitnehmervertretern besetzt werden. Wird die Hälfte der Aufsichtsratsmandate mit Arbeitnehmervertretern besetzt, muss der Gesellschaftsvertrag vorsehen, dass der Aufsichtsratsvorsitzende nicht zu dem von der Arbeitnehmerseite vorgeschlagenen Personenkreis gehört. Außerdem muss der Gesellschaftsvertrag für den Fall, dass eine Abstimmung im Aufsichtsrat Stimmengleichheit ergibt, regeln, dass noch in derselben Sitzung des Aufsichtsrats eine erneute Abstimmung über denselben Gegenstand herbeigeführt wird, bei der der Aufsichtsratsvorsitzende zwei Stimmen hat.

(5) Ist ein Teil der Aufsichtsratsmandate von Gesellschaftern zu besetzen, die die Vorschriften des 11. Teils nicht unmittelbar, sinngemäß oder entsprechend anzuwenden haben, muss der Gesellschaftsvertrag vorsehen, dass die Mehrzahl der auf die Gemeinde entfallenden Aufsichtsratsmandate mit Personen besetzt wird, die nicht von der Arbeitnehmerseite vorgeschlagen werden.

(6) Im Übrigen gelten die Regelungen des § 108a. Das für Kommunales zuständige Ministerium bestimmt durch Rechtsverordnung das Verfahren für die Wahl der Vorschlagsliste, insbesondere die Vorbereitung der Wahl und die Aufstellung der Wählerlisten, die Frist für die Einsichtnahme in die Wählerlisten und die Erhebung von Einsprüchen gegen sie, die Wahlvorschläge und die Frist für ihre Einreichung, das Wahlausschreiben und die Frist für seine Bekanntmachung, die Stimmabgabe, die Feststellung des Wahlergebnisses und die Fristen für seine Bekanntmachung, die Anfechtung der Wahl und die Aufbewahrung der Wahlakten.

§ 109 GO NRW - Wirtschaftsgrundsätze

(1) Die Unternehmen und Einrichtungen sind so zu führen, zu steuern und zu kontrollieren, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird. Unternehmen sollen einen Ertrag für den Haushalt der Gemeinde abwerfen, soweit dadurch die Erfüllung des öffentlichen Zwecks nicht beeinträchtigt wird.

(2) Der Jahresgewinn der wirtschaftlichen Unternehmen als Unterschied der Erträge und Aufwendungen soll so hoch sein, daß außer den für die technische und wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens notwendigen Rücklagen mindestens eine marktübliche Verzinsung des Eigenkapitals erwirtschaftet wird.

§ 111 GO NRW - Veräußerung von Unternehmen, Einrichtungen und Beteiligungen

(1) Die teilweise oder vollständige Veräußerung eines Unternehmens oder einer Einrichtung oder einer Beteiligung an einer Gesellschaft sowie andere Rechtsgeschäfte, durch welche die Gemeinde ihren Einfluß auf das Unternehmen, die Einrichtung oder die Gesellschaft verliert oder vermindert, sind nur zulässig, wenn die für die Betreuung der Einwohner erforderliche Erfüllung der Aufgaben der Gemeinde nicht beeinträchtigt wird.

(2) Vertreter der Gemeinde in einer Gesellschaft, an der Gemeinden, Gemeindeverbände oder Zweckverbände unmittelbar oder mittelbar mit mehr als 50 v.H. beteiligt sind, dürfen Veräußerungen oder anderen Rechtsgeschäften i.S. des Absatzes 1 nur nach vorheriger Entscheidung des Rates und nur dann zustimmen, wenn für die Gemeinde die Zulässigkeitsvoraussetzung des Absatzes 1 vorliegt.

§ 112 GO NRW - Informations- und Prüfungsrechte

(1) Gehören einer Gemeinde unmittelbar oder mittelbar Anteile an einem Unternehmen oder einer Einrichtung in einer Rechtsform des privaten Rechts in dem in § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes bezeichneten Umfang, so soll sie

1. die Rechte nach § 53 Abs. 1 des Haushaltsgrundsätzegesetzes ausüben,

2. darauf hinwirken, daß ihr die in § 54 des Haushaltsgrundsätzegesetzes vorgesehenen Befugnisse eingeräumt werden.

(2) Ist eine Beteiligung der Gemeinde an einer Gesellschaft keine Mehrheitsbeteiligung im Sinne des § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes, so soll die Gemeinde, so weit ihr Interesse dies erfordert, darauf hinwirken, daß ihr im Gesellschaftsvertrag oder in der Satzung die Befugnisse nach § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes eingeräumt werden. Bei mittelbaren Minderheitsbeteiligungen gilt dies nur, wenn die Beteiligung den vierten Teil der Anteile übersteigt und einer Gesellschaft zusteht, an der die Gemeinde allein oder zusammen mit anderen Gebietskörperschaften mit Mehrheit im Sinne des § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes beteiligt ist.

§ 113 GO NRW - Vertretung der Gemeinde in Unternehmen oder Einrichtungen

(1) Die Vertreter der Gemeinde in Beiräten, Ausschüssen, Gesellschafterversammlungen, Aufsichtsräten oder entsprechenden Organen von juristischen Personen oder Personenvereinigungen, an denen die Gemeinde unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist, haben die Interessen der Gemeinde zu verfolgen. Sie sind an die Beschlüsse des Rates und seiner Ausschüsse gebunden. Die vom Rat bestellten Vertreter haben ihr Amt auf Beschluß des Rates jederzeit niederzulegen. Die Sätze 1 bis 3 gelten nur, soweit durch Gesetz nichts anderes bestimmt ist.

(2) Bei unmittelbaren Beteiligungen vertritt ein vom Rat bestellter Vertreter die Gemeinde in den in Absatz 1 genannten Gremien. Sofern weitere Vertreter zu benennen sind, muss der Bürgermeister oder der von ihm vorgeschlagene Bedienstete der Gemeinde dazuzählen. Die Sätze 1 und 2 gelten für mittelbare Beteiligungen entsprechend, sofern nicht ähnlich wirksame Vorkehrungen zur Sicherung hinreichender gemeindlicher Einfluss- und Steuerungsmöglichkeiten getroffen werden.

(3) Die Gemeinde ist verpflichtet, bei der Ausgestaltung des Gesellschaftsvertrages einer Kapitalgesellschaft darauf hinzuwirken, daß ihr das Recht eingeräumt wird, Mitglieder in den Aufsichtsrat zu entsenden. Über die Entsendung entscheidet der Rat. Zu den entsandten Aufsichtsratsmitgliedern muß der Bürgermeister oder der von ihm vorgeschlagene Bedienstete der Gemeinde zählen, wenn diese mit mehr als einem Mitglied im Aufsichtsrat vertreten ist. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen.

(4) Ist der Gemeinde das Recht eingeräumt worden, Mitglieder des Vorstandes oder eines gleichartigen Organs zu bestellen oder vorzuschlagen, entscheidet der Rat.

(5) Die Vertreter der Gemeinde haben den Rat über alle Angelegenheiten von besonderer Bedeutung frühzeitig zu unterrichten. Die Unterrichtungspflicht besteht nur, soweit durch Gesetz nichts anderes bestimmt ist.

(6) Wird ein Vertreter der Gemeinde aus seiner Tätigkeit in einem Organ haftbar gemacht, so hat ihm die Gemeinde den Schaden zu ersetzen, es sei denn, daß er ihn vorsätzlich oder grob fahrlässig herbeigeführt hat. Auch in diesem Falle ist die Gemeinde schadensersatzpflichtig, wenn ihr Vertreter nach Weisung des Rates oder eines Ausschusses gehandelt hat.

§ 116 GO NRW – Gesamtabschluss

(1) Die Gemeinde hat in jedem Haushaltsjahr für den Abschlussstichtag 31. Dezember einen Gesamtabschluss aufzustellen. § 95 Absatz 1 gilt entsprechend.

(2) Der Gesamtabschluss besteht aus

1. der Gesamtergebnisrechnung,

2. der Gesamtbilanz,

3. dem Gesamtanhang,

4. der Kapitalflussrechnung und

5. dem Eigenkapitalspiegel.

Darüber hinaus hat die Gemeinde einen Gesamtlagebericht aufzustellen.

(3) Zum Zwecke der Aufstellung des Gesamtabschlusses sind die Jahresabschlüsse aller verselbständigten Aufgabenbereiche in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form mit dem Jahresabschluss der Gemeinde zu konsolidieren, sofern im Gesetz oder durch Rechtsverordnung nicht anderes bestimmt ist. Für mittelbare Beteiligungen gilt § 290 Absatz 3 des Handelsgesetzbuches entsprechend.

(4) Auf den Gesamtabschluss sind, soweit seine Eigenart keine Abweichung bedingt oder im Gesetz oder durch Rechtsverordnung nichts anderes bestimmt ist, die Vorschriften über den gemeindlichen Jahresabschluss entsprechend anzuwenden.

(5) Hat sich die Zusammensetzung der in den Gesamtabschluss einbezogenen verselbständigten Aufgabenbereiche gemäß Absatz 3 im Laufe des Haushaltsjahres wesentlich geändert, so sind in den Gesamtabschluss Angaben aufzunehmen, die es ermöglichen, die aufeinanderfolgenden Gesamtabschlüsse sinnvoll zu vergleichen.

(6) Die in den Gesamtabschluss einzubeziehenden verselbständigten Aufgabenbereiche nach Absatz 3 haben der Gemeinde ihre Jahresabschlüsse, Lageberichte, und wenn eine Abschlussprüfung stattgefunden hat, die Prüfungsberichte sowie, wenn ein Zwischenabschluss aufzustellen ist, einen auf den Stichtag des Gesamtabschlusses aufgestellten Abschluss unverzüglich einzureichen. Die Gemeinde kann von jedem verselbständigten Aufgabenbereich nach Absatz 3 alle Aufklärungen und Nachweise verlangen, welche die Aufstellung des Gesamtabschlusses und des Gesamtlageberichtes erfordert.

(7) Am Schluss des Gesamtanhangs sind für die Mitglieder des Verwaltungsvorstands nach § 70, soweit dieser nicht zu bilden ist für den Bürgermeister und den Kämmerer, sowie für die Ratsmitglieder, auch wenn die Personen im Haushaltsjahr ausgeschieden sind, anzugeben:

1. der Familienname mit mindestens einem ausgeschriebenen Vornamen,

2. der ausgeübte Beruf,

3. die Mitgliedschaften in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien im Sinne des § 125 Absatz 1 Satz 5 des Aktiengesetzes,

4. die Mitgliedschaft in Organen von verselbstständigten Aufgabenbereichen der Gemeinde in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form,

5. die Mitgliedschaft in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen.

(8) Der Gesamtabschluss und der Gesamtlagebericht sind innerhalb der ersten neun Monate nach dem Abschlussstichtag aufzustellen, § 95 Absatz 5 findet für deren Aufstellung entsprechende Anwendung.

(9) Für die Prüfung des Gesamtabschlusses und des Gesamtlageberichtes gilt § 59 Absatz 3 entsprechend. Der Rat bestätigt den geprüften Gesamtabschluss durch Beschluss, § 96 Absatz 1 Sätze 1, 4 und 7 und Absatz 2 finden entsprechende Anwendung.

§ 116a GO NRW - Größenabhängige Befreiungen

(1) Eine Gemeinde ist von der Pflicht, einen Gesamtabschluss und einen Gesamtlagebericht aufzustellen, befreit, wenn am Abschlussstichtag ihres Jahresabschlusses und am vorhergehenden Abschlussstichtag jeweils mindestens zwei der nachstehenden Merkmale zutreffen:

1. die Bilanzsummen in den Bilanzen der Gemeinde und der einzubeziehenden verselbständigten Aufgabenbereiche nach § 116 Absatz 3 übersteigen insgesamt nicht mehr als 1 500 000 000 €,

2. die der Gemeinde zuzurechnenden Erträge aller vollkonsolidierungspflichtigen verselbständigten Aufgabenbereiche nach § 116 Absatz 3 machen weniger als 50 Prozent der ordentlichen Erträge der Ergebnisrechnung der Gemeinde aus,

3. die der Gemeinde zuzurechnenden Bilanzsummen aller vollkonsolidierungspflichtigen verselbständigten Aufgabenbereiche nach § 116 Absatz 3 machen insgesamt weniger als 50 Prozent der Bilanzsumme der Gemeinde aus.

(2) Über das Vorliegen der Voraussetzungen für die Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabschlusses entscheidet der Rat für jedes Haushaltsjahr bis zum 30. September des auf das Haushaltsjahr folgenden Jahres. Das Vorliegen der Voraussetzungen nach Absatz 1 ist gegenüber dem Rat anhand geeigneter Unterlagen nachzuweisen. Die Entscheidung des Rates ist der Aufsichtsbehörde jährlich mit der Anzeige des durch den Rat festgestellten Jahresabschlusses der Gemeinde vorzulegen.

(3) Sofern eine Gemeinde von der größenabhängigen Befreiung im Zusammenhang mit der Erstellung eines Gesamtabschlusses Gebrauch macht, ist ein Beteiligungsbericht gemäß § 117 zu erstellen.

§ 116b GO NRW - Verzicht auf die Einbeziehung

In den Gesamtabschluss und den Gesamtlagebericht müssen verselbstständigte Aufgabenbereiche nach § 116 Absatz 3 nicht einbezogen werden, wenn sie für die Verpflichtung, ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gemeinde zu vermitteln, von untergeordneter Bedeutung sind. Die Anwendung des Satzes 1 ist im Gesamtanhang anzugeben und zu begründen. Aufgabenträger mit dem Zweck der unmittelbaren oder mittelbaren Trägerschaft an Sparkassen sind nicht im Gesamtabschluss zu konsolidieren.

§ 117 GO NRW - Beteiligungsbericht

(1) In den Fällen, in denen eine Gemeinde von der Aufstellung eines Gesamtabschlusses unter den Voraussetzungen des § 116a befreit ist, ist in dem Jahr ein Beteiligungsbericht zu erstellen. Für die Erstellung des Beteiligungsberichtes gilt § 116 Absatz 6 Satz 2 entsprechend. Über den Beteiligungsbericht ist ein gesonderter Beschluss des Rates in öffentlicher Sitzung herbeizuführen.

(2) Der Beteiligungsbericht hat folgende Informationen zu sämtlichen verselbständigten Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher Form zu enthalten, sofern in diesem Gesetz oder in einer Rechtsverordnung nichts anderes bestimmt wird:

1. die Beteiligungsverhältnisse,

2. die Jahresergebnisse der verselbständigten Aufgabenbereiche,

3. eine Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals jedes verselbständigten Aufgabenbereiches sowie

4. eine Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander und mit der Gemeinde.

§ 394 AktG

Aufsichtsratsmitglieder, die auf Veranlassung einer Gebietskörperschaft in den Aufsichtsrat gewählt oder entsandt worden sind, unterliegen hinsichtlich der Berichte, die sie der Gebietskörperschaft zu erstatten haben, keiner Verschwiegenheitspflicht. Für vertrauliche Angaben und Geheimnisse der Gesellschaft, namentlich Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse, gilt dies nicht, wenn ihre Kenntnis für die Zwecke der Berichte nicht von Bedeutung ist. Die Berichtspflicht nach Satz 1 kann auf Gesetz, auf Satzung oder auf dem Aufsichtsrat in Textform mitgeteiltem Rechtsgeschäft beruhen.

§ 395 AktG

(1) Personen, die damit betraut sind, die Beteiligungen einer Gebietskörperschaft zu verwalten oder für eine Gebietskörperschaft die Gesellschaft, die Betätigung der Gebietskörperschaft als Aktionär oder die Tätigkeit der auf Veranlassung der Gebietskörperschaft gewählten oder entsandten Aufsichtsratsmitglieder zu prüfen, haben über vertrauliche Angaben und Geheimnisse der Gesellschaft, namentlich Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, die ihnen aus Berichten nach § 394 bekanntgeworden sind, Stillschweigen zu bewahren; dies gilt nicht für Mitteilungen im dienstlichen Verkehr.

(2) Bei der Veröffentlichung von Prüfungsergebnissen dürfen vertrauliche Angaben und Geheimnisse der Gesellschaft, namentlich Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse, nicht veröffentlicht werden.

Rechtsformen wirtschaftlicher Betätigung

Für die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinde stehen unterschiedliche öffentlich-rechtliche und privatrechtliche Formen zu Verfügung.

Im Wesentlichen sind dies:

in öffentlich-rechtlicher Form:

- Regiebetrieb,
- eigenbetriebsähnliche Einrichtung,
- Eigenbetrieb,
- Anstalt des öffentlichen Rechts,

in privatrechtlicher Form:

- GmbH,
- Aktiengesellschaft,
- eingetragene Genossenschaft.

Nachfolgend werden die Besonderheiten der einzelnen Rechtsformen und die Einflussmöglichkeiten der Stadt kurz erläutert.

Regiebetrieb

Der Regiebetrieb ist ein rechtlich und wirtschaftlich unselbstständiger Betriebszweig der Stadt, der rechnungsmäßig gemäß der kameralistischen Einnahmen- und Ausgabenrechnung ausschließlich im Haushaltsplan der Stadt erfasst wird. Soweit es sich um kostenrechnende Einrichtungen (Gebührenhaushalte) handelt, wird eine Betriebsabrechnung im Rahmen der erweiterten Kameralistik durchgeführt.

Der Regiebetrieb ist organisatorisch uneingeschränkt in die Gemeinde eingebunden.

Steuerrechtlich kann ein Regiebetrieb zum Betrieb gewerblicher Art (BgA) werden, wenn er nicht überwiegend der Ausübung der „öffentlichen Gewalt“ (Hoheitsbetrieb) dient.

Eigenbetrieb / eigenbetriebsähnliche Einrichtung

Eigenbetriebe sind verselbstständigte gemeindliche wirtschaftliche Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit. Sie werden gemäß Eigenbetriebsverordnung NW (EigVO NW) mit eigener Betriebssatzung und eigenem (kaufmännischem) Rechnungswesen geführt; ihr Vermögen ist als Sondervermögen vom übrigen Gemeindevermögen getrennt.

Der Eigenbetrieb verfügt zwar über eigene Leitungs- und Kontrollorgane (Werkleiter, Werksausschuss); die Kompetenzen dieser Organe werden jedoch vom Rat der Stadt in der Betriebssatzung festgelegt. Insgesamt untersteht der Eigenbetrieb dem Rat und dem Oberbürgermeister.

Eigenbetriebsähnliche Einrichtungen sind solche Betriebe, die nach der Definition des § 107 GO NW nicht als wirtschaftliche Betätigung gelten, die aber dennoch nach den Vorschriften der EigVO NW betrieben werden.

Anstalt des öffentlichen Rechts

Rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts nach § 114a GO NW (AöR)

Die AöR ist eine Mischform zwischen Eigenbetrieb und GmbH. Ihre Rechtsverhältnisse werden nach der GO NW durch eine Satzung geregelt, welche die Gemeinde aufstellt.

Die Organe der AöR sind der Vorstand und der Verwaltungsrat. Die Leitung der AöR obliegt dem Vorstand in eigener Zuständigkeit, soweit nicht gesetzlich oder durch die Satzung etwas anderes bestimmt ist. Der Verwaltungsrat ist für Entscheidungen des Aufgabenkataloges aus § 114a Abs. 7 GO NW zuständig, unterliegt jedoch bei bestimmten Entscheidungen (Erlass von Satzungen, Beteiligungen) den Weisungen des Rates der Stadt. Die Weisungsverpflichtung kann durch die Satzung ausgeweitet werden.

Die Gemeinde haftet als Gewährträgerin für die Verbindlichkeiten der AöR unbeschränkt, soweit nicht Befriedigung aus deren Vermögen zu erlangen ist.

Die Einflussmöglichkeiten des Rates der Stadt sind insbesondere durch die Satzungsaufstellung definiert.

Sparkassen

Auch Sparkassen sind gemäß § 2 SpkG rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts. Gemäß § 1 SpkG können Gemeinden und Gemeindeverbände Sparkassen errichten. Für deren Verbindlichkeiten haftet die Gemeinde als Gewährträgerin uneingeschränkt. Durch das SpkG werden zahlreiche Verbindungen zwischen der Gemeinde und der Sparkasse festgeschrieben, die der Gemeinde Einflussmöglichkeiten eröffnen, die dem Gewährträgerverhältnis Rechnung tragen (Besetzung des Verwaltungsrates und des Kreditausschusses, Beanstandungsrecht des Hauptverwaltungsbeamten, Beschluss des Rates über die Ergebnisverwendung sowie die Entlastung der Sparkassenorgane etc.).

Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Die Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) ist eine juristische Person des Privatrechts mit eigener Rechtspersönlichkeit. Die innere Struktur der Gesellschaft wird im Gesellschaftsvertrag festgeschrieben und kann von den Gesellschaftern unter Beachtung der Vorschriften des GmbH-Gesetzes (GmbHG) relativ frei und flexibel geregelt werden, so dass die Eigenheiten und Erfordernisse der jeweiligen Gesellschaft optimal berücksichtigt werden können.

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung. Ein Aufsichtsrat kann gebildet werden; grundsätzlich besteht hierzu (mit Ausnahme der mitbestimmten Gesellschaften mbH) jedoch keine Pflicht.

Einflussmöglichkeiten des Rates bestehen ausschließlich im Rahmen des Gründungsbeschlusses (Gestaltung des Gesellschaftsvertrages etc.) sowie über Weisungen an die jeweiligen Vertreter/innen der Stadt in der Gesellschafterversammlung und Empfehlungen an die städtischen Vertreter/innen im Aufsichtsrat.

Aktiengesellschaft

Wie die GmbH ist auch die Aktiengesellschaft (AG) eine privatrechtliche Gesellschaft mit eigener Rechtspersönlichkeit. Auch hier wird die innere Struktur der Gesellschaft in der Satzung festgeschrieben. Allerdings enthält das Aktiengesetz (AktG) eine Vielzahl von verbindlichen Regelungen und Formvorschriften, so dass den Aktionären für eine flexible Gestaltung unter Berücksichtigung der Erfordernisse der einzelnen Gesellschaft nur wenig Spielraum verbleibt.

Organe der Gesellschaft sind die Hauptversammlung, der Vorstand und der Aufsichtsrat, der hier, im Gegensatz zur GmbH, zwingend vorgeschrieben ist.

Die Einflussmöglichkeiten des Rates sind im Prinzip die gleichen wie bei der GmbH. Da allerdings zum einen die Satzung den restriktiven Anforderungen des AktG genügen muss und zum anderen die Entscheidungskompetenzen der Hauptversammlung durch das AktG vorgegeben und nicht frei gestaltbar sind, sind die Einflussmöglichkeiten letztlich geringer als bei der GmbH.

eingetragene Genossenschaft

Wie die GmbH und die AG hat auch die e. G. eine eigene Rechtspersönlichkeit. Die innere Struktur richtet sich nach der Satzung, die den Vorschriften des Genossenschaftsgesetzes (GenG) Rechnung tragen muss.

Organe der e.G. sind der Vorstand, der Aufsichtsrat und die Generalversammlung bzw. bei Genossenschaften mit mehr als dreitausend Mitgliedern die Vertreterversammlung.

Anders als bei der GmbH oder der AG, bei der die Höhe des gehaltenen Kapitals über die Anzahl der Stimmen in der Gesellschafterversammlung bzw. Hauptversammlung entscheidet, hat hier jeder Genosse, unabhängig von der Anzahl seiner Genossenschaftsanteile, nur eine Stimme. Damit sind die Einflussmöglichkeiten der Stadt äußerst gering.

Im Übrigen kann im Rahmen der Vertreterversammlung nur eine natürliche, unbeschränkt geschäftsfähige Person, die auch Mitglied der Genossenschaft ist, zum Vertreter bestellt werden. In den Fällen, in denen aufgrund der Anzahl der Mitglieder die Vertreterversammlung das Organ der Genossen ist, hat die Stadt als juristische Person des öffentlichen Rechts keine Möglichkeit, ein Mitglied zu entsenden.

Verzeichnis der verwendeten Abkürzungen

a. F.	alte Fassung
AG	Aktiengesellschaft
AktG	Aktiengesetz
AO	Abgabenordnung
AöR	Anstalt öffentlichen Rechts
ARGE	Arbeitsgemeinschaft
ASO	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen
BFO	Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH
BgA	Betrieb gewerblicher Art
BilRUG	Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz
BSO KG	Biostrom Oberhausen GmbH & CO. KG
BVR	Busverkehr Rheinland
ca.	circa
CPO	Circus Park Oberhausen Betriebs GmbH
CVUA-RRW	Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper
DM	Deutsche Mark
DSD	Duales System Deutschland
e. G.	eingetragene Genossenschaft
EBITDA	earnings before interest, taxes, depreciation and amortization. = „Gewinn vor Zinsen, Steuern, Abschreibungen auf Sachanlagen und Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände“
ecce	european centre for creative economy GmbH
EEG	Gesetz für den Vorrang Erneuerbarer Energien
EigVO NW	Eigenbetriebsverordnung NW
ekz	Einkaufszentrale für Bibliotheken GmbH
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
EUR	EURO
ENO	Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH
e. V.	eingetragener Verein
evo	Energieversorgung Oberhausen
GbR	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
GEG	Grundstücksentwicklungsgesellschaft Oberhausen mbH
GenG	Genossenschaftsgesetz
GE-WO	Gemeinnützige Wohnungsbau e. G. Oberhausen-Osterfeld
GFKO	Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH
gGmbH	gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GKDO	Gesellschaft für kommunale Dienste Oberhausen
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GMVA	Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein
GO NW	Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen

ha	Hektar
HGrG	Haushaltsgrundsätzegesetz
hast	Haushaltsstelle
IKF	Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH
i. L.	in Liquidation
inkl.	inklusive
KG	Kommanditgesellschaft
KOSTAT-DST	Kommunalstatistik-Deutscher Städtetag GmbH
KSBG KG	Kommunale Beteiligungsgesselllschaft GmbH & Co. KG
LAH	Luise-Albertz-Halle
LEG	Landesentwicklungsgesellschaft NW
LGO	Landesgartenschau Oberhausen GmbH
Mio.	Millionen
MVA	Müll-Verbrennungsanlage
Nr.	Nummer
NW	Nordrhein-Westfalen
OBG	Oberhausener Bauförderungsgesellschaft mbH
OB-Netz	Oberhausener Netzgesellschaft mbH
o. g.	oben genannte
OGM	Oberhausener Gebäudemanagement GmbH
OLGA	Oberhausener Landesgartenschau 1999
ÖPNV	öffentlicher Personennahverkehr
OVP	O.Vision Projektgesellschaft mbH
OVZ	O.Vision Zukunftspark GmbH
OWT	Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH
PBO	Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH
PPP	Public-Private-Partnership
rd.	rund
RVR	Regionalverband Ruhr
RW	Rheinisch-Westfälisch
RWE	RWE AG
RWW	Rheinisch-Westfälische-Wasserwerksgesellschaft
RZO	Recycling-Zentrum Oberhausen
SBO	Servicebetriebe Oberhausen
SpkG	Sparkassengesetz
SPNV	Schienenpersonennahverkehr
STOAG	Stadtwerke Oberhausen GmbH
TASi	Technische Anleitung Siedlungsabfall
TCO	TheatrO CentrO GmbH
TDM	Tausend Deutsche Mark

T€	Tausend EURO
TMO	Tourismus & Marketing Oberhausen GmbH
TZU	Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH
UA	Unterabschnitt
u. a. m.	und anderes mehr
UMSICHT	Institut für Umwelt- und Sicherheitstechnik
VkA	Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH
vorl. Ist	vorläufiges Ist
VRR	Verkehrsverbund Rhein-Ruhr
VU	Verkehrsunternehmen
VZO	Verwaltungszentren Oberhausen GmbH
VZS	Verwaltungszentrum Sterkrade GmbH
WBO	Wirtschaftsbetriebe Oberhausen
WDR	Westdeutscher Rundfunk
WFO	Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH
WE	Wohneinheiten
ZV	Zweckverband

Alphabetisches Inhaltsverzeichnis

Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen 382
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH 306
ASO Service GmbH....314
Bau- und Wohnungsgenossenschaft "Werkbundsiedlung Am Ruhrufer" e.G. 300
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH & CO. KG....326
Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH 324
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG....112
Biostrom Oberhausen Management GmbH....118
Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW)....340
d-NRW Anstalt öffentlichen Rechts 332
ecce - european centre for creative economy GmbH 250
Energiegenossenschaft Handwerk e.G. 180
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO 228
evo Energieversorgung Oberhausen AG 86
Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH....170
Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr mbH 276
FSO GmbH & Co.KG....182
FSO Verwaltungs-GmbH....202
Gasometer Oberhausen GmbH 294
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH....178
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG 176
GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH 208
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH....268
Jobcenter Oberhausen....320
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG....140
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH....136
LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH 258
Oberhausener Netzgesellschaft mbH 102
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH 28
OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH 82
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH 234
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH 78
Quantum GmbH 122
RWE Aktiengesellschaft 206
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH 52
SBO Servicebetriebe Oberhausen....392
Stadtsparkasse Oberhausen....352
STEAG GmbH....166
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH....38
Theater Oberhausen 402
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH....244
VKA Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH 64
VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH....222
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH....70